Roland Günter

Stadtmassaker und Sozialverbrechen

Studie zur Kommunalpolitik am Fallbei(l)spiel »Stadtzerstörung und Stadtentwicklung in Duisburg«



werk bund nordrhein-westfalen

»Einmischen und Mitgestalten«
Eine Schriften-Reihe des Deutschen Werkbunds Nordrhein-Westfalen

Band 18

Roland Günter

Dokumentarische Fotografie: **Katrin Susanne Gems und Gerda Sökeland**

Stadtmassaker und Sozialverbrechen

Studie zur Kommunalpolitik am Fallbei(l)spiel Stadtzerstörung und Stadtentwicklung in Duisburg

Mit einem Beitrag von **Peter Strege**

Deutscher Werkbund
Eingreifen und mitgestalten

Dank an: Die Aufrechten im Max-Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz, insbesondere für die Familie Mattern. Für ständige Informationen: Harald Jochems, der von ganz oben in seinem Wasser-Turm ganz Duisburg überschauen kann. Katrin Susanne Gems. Michael Lefknecht. Horst und Ursula Niewrzol. Helga Vocke. Karl Heinz Hagenbruck, der als einziger Ratsherr gegen den Abriß stimmte.

Dank an: Prof. Dr. Bernd Günter für das Domizil in Ostende, in dem dieses Buch in Ruhe zu Ende geschrieben werden konnte. Janne Günter für viele Diskussionen. Roland Göhre für Gespräche über heikle Fragen.

Widmung. Dieses Buch ist gewidmet Karl Ganser und Christoph Zöpel, die mit ihrer Politik und Praxis in den 1980er und 1990er Jahren nach grobianistischen Jahrzehnten die

Meßlatte für eine humane Stadtentwicklung wieder hochgelegt haben. Die Nachfolgenden werden nie drum herum kommen, Qualitäten daran zu messen.

Der Autor hat 2009 eine Biographie vorgelegt: Karl Ganser. Ein Mann setzt Zeichen. Eine Planer-Biographie mit der IBA in der Metropole Ruhr. (Klartext Verlag) Essen 2010.

Impressum

Schriften-Reihe des Deutschen Werkbund NW „Eingreifen und Mitgestalten“

Sie hatten nicht die Menschen im Kopf, sondern nur die Objekte. Weil sie kein Selbstbewusstsein zur Selbstreflexion besaßen, lief alles schief. Sie hatten nur Wohlstandsgebiete im Blick. Und sie waren zynisch gegenüber allem, was nicht so war wie sie selbst. Sie machten unerfüllbare Heilsversprechen und wurden böse, dass sich diese nicht automatisch verwirklichten – wie auch? Bei sich selbst fragten sie nicht an, sondern beschuldigten die Bewohner und das Viertel. Dann vergriffen sie sich an allem, was sie in die Hände bekamen und zerstörten es bis auf den Grund. Was nicht ihren Vorstellungen genügte, warfen sie in die Mühle ihres Zerstörungs-Zwanges.

Multatuli (Eduard Dowes Dekker; 1820-1887):
„Auf technischem Gebiet macht man täglich Fortschritte, das ist wahr. Aber daß diese Fortschritte günstig für den menschlichen Fortschritt wirken, leugne ich.“
„Die Geschichte der Irrtümer ist die Geschichte des Menschengeschlechts.“
„Wenn ein Pfirsich danach strebt, eine Kartoffel zu werden, so ist das Streben eine Strafe.“
„Es ist traurig, daß der Mensch des Menschen Feind ist.“

Johann Nestroy: „Was recht is, is recht, doch was z´viel is, is z´viel.
Der Chef unserer Stadt tut mit uns, was er will.“[1]

Politiker haben die Neigung, nicht den eigenen Kopf zu benutzen, sondern das Brett davor.
Politiker melden sich öffentlich nicht mit Gedanken, sondern mit Stellungnahmen.
Politiker sind allem, nur nicht ihrem Gewissen unterworfen.

Alt-Oberbürgermeister Josef Krings ironisch: „Der Grüngürtel schützt die Industrie vor den Menschen.“

Prof. Dr. Christoph Zöpel (Staatsminister a. D., Bauminister NRW a. D.): „Abriß ist das Fantasieloseste, was man machen kann.“[2]

---

[1] Johann Nestroy, Freiheit in Krähwinkel. Stuttgart 1980. Theaterstück 1848.
[2] Zitat aus: In Duisburg tobt der Abrißfrevel. In: Revierkohle. Jahrbuch für Energiepolitik und Montankultur. Hamburg 2012, 159.

Albert Schweitzer (1875-1965): „Humanität besteht darin, daß niemals ein Mensch einem Zweck geopfert wird.“

Wilhelm von Humboldt (1867-1835): „Es ist unglaublich, wieviel Kraft die Seele dem Körper zu leihen vermag.“

Warum schreibe ich dieses Buch ?

Dazu habe ich mir selbst viele Fragen gestellt und sie mit Freunden diskutiert[3].

Vor uns hatten mehrere Generationen in harten Kämpfen Demokratie erfochten. Dem Widerstand in der NS-Diktatur verdanken wir in der Nachkriegszeit ein Grundgesetz, dessen Qualität in der Spitzengruppe der Welt zu sehen ist.

Aber viele Menschen in den nachfolgenden Generationen haben diese Werte nicht begriffen. Und Gruppen, die sich Macht aneigneten, pervertierten aus mehreren Gründen die Demokratie. Dieses Buch beschreibt einen solchen Prozeß in einer westdeutschen Stadt.

Man kann es nachdenklich lesen und dabei vielleicht depressiv werden, wenn man durchdenkt, wie wenige Demokratie institutionell und mental entwickelt ist.

Wenn man, wie in diesem Buch, den Zoom auf Duisburg richtet, kann man am konkreten Beispiel viel dazu ablesen.

Ein Labyrinth der untersten Schublade, wie im Duisburger Stadt-Geschehen, kann dazu verleiten, sich angeekelt abzuwenden und für sich zu entscheiden: Ich führe mein Leben privat so gut wie möglich und versuche mich aus dem, was da oben läuft, abzunabeln.

Auch ich frage mich immer wieder, ob ich mir das antun soll, aufzustehen gegen das, was in Duisburg und anderswo geschieht.

Meine persönliche Alternative wäre verlockend: Ich könnte in einem schönen Ort Europas meine Jahre verbringen und ruhig meinem Beruf als forschender und schreibender Wissenschaftler nachgehen. Tatsächlich versuche ich auch dies – aber es genügt mir nur für eine gewisse Zeit des Jahres.

Viele Menschen ziehen aus dem Labyrinth des politischen Geschehens und aus der Deformation der Politik den Schluß, nicht mehr zur Wahl zu gehen. Man kann den Unwillen verstehen. Aber wenn man dies ein wenig weiter denkt, muß man auch begreifen, daß es kurzatmig ist und die relativen Fortschritte, für die unsere Vorväter kämpften, in Gefahr bringen.

Denn Rückzug ist Zustimmung zur Perversion der Demokratie: dazu, daß sich darin ein weiterlaufender Absolutismus eingenistet hat und weiter läuft. Daß der Fürstenstaat weiterhin funktioniert – und unter ausgewechselten Etiketten.

Auch am Fürstenhof entschieden ganz wenige – die Obersten einer Hierarchie: Der Fürst faßte seine Beschlüsse allein, wenn er wollte; vielleicht ließ er sich von einigen Hofräten helfen. Alle weiteren im Land waren Untertanen. Sie hatten Glück, wenn keine Obrigkeit etwas von ihnen wollte, außer Steuern.

So etwa sieht es auch in Duisburg aus - und anderswo . *Die Machthaber müssen heute nur ein paar Formalien mehr beachten als im absolutistischen Jahrhundert. Sie sind inzwischen so schlau, daß sie dies mit allen Raffinessen handhaben – auch bei vielerlei Unsinn können sie formal richtig liegen. Duisburg ist ein Lehrstück dafür, wie der absolutistische Fürstenstaat erneut in der Demokratie auftaucht.*

---

[3] Im Internet ist dazu viel nachlesbar. www.geschichtswerkstatt-Duisburg-Nord.de. - www.deutscherwerkbund-nw.de.

Viele Bürger fragen: Aber gibt es denn keine Aufsichtsbehörden und Gerichte ? – Es gibt sie. Aber am Beispiel Duisburg kann man sehen, wie sie unterlaufen werden. Oder sich um keines der Probleme kümmern.

Und warum sollen sich Menschen darum kümmern, die davon nicht unmittelbar betroffen sind ? Warum soll man „eingreifen und mitgestalten" ? – eine Aufforderung, die Frank Münschke und ich dieser Buch-Reihe des Deutschen Werkbunds als Untertitel gegeben haben.

Man kann dieses Buch mit einer Antwort auf diese Frage lesen. Diese Antwort ist trotz manchem Anflug an Depression produktiv, weil sie zwei weitere Dimensionen in den Blick nimmt und damit in die Zukunft schaut.

Die erste ist die Menschenwürde. Dafür habe ich meinen Freund Robert Jungk (1913-1994) bewundert, der wie ein moderner Franz von Assisi (1181-1228) unaufhörlich diskutierend und Rat gebend durch die Lande zog.

Was Menschenwürde ist, konnte mir auch mein Freund Michelangelo (1475-1564) zeigen, der in finsterster Zeit Figuren und Bilder schuf, die das Licht dieser Haltung durch die Jahrhunderte tragen.

Die zweite Dimension ist das Gemeinwesen – am besten verkörpert in der als Gemeinwesen strukturierten Stadt mit ihren Plätzen als Symbol der Bürgerschaftlichkeit. Sie ist eine Tradition, die spezifisch europäisch und einzigartig in der Welt ist. Als Stichworte für Stadtkultur nenne ich: Max Weber (1884-1920). Das Grundgesetz. Die vielen Bürgerinitiativen – mit ihren Erfolgen.

Nach der Analyse dessen, was erbärmlich läuft, entwickelt dieses Buch produktive Gedanken, wie es anders laufen könnte: Die visionäre Stadt. Wie kann eine Stadt demokratisch strukturiert werden ?

Geschichte ist ein ständiges Abenteuer.

Wie die Geschichte weitergeht, weiß niemand.

Es gehört zu den wichtigen Fähigkeiten des modernen Menschen, mit der Unsicherheit zu leben. Trotzdem zu handeln. Mit der Substanz der Menschenwürde und einer Vorstellung des Gemeinwesens.

Harte Realität – und dafür Worte

„Stadtmassaker". Das ist ein treffendes Wort, mit dem der Journalist Dankwart Guratzsch, eine Lichtgestalt unter den Heeren der Journaille, die von der Hofberichterstattung aufgesogen werden, über die beiden Fälle Bruckhausen und Max-Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz schrieb.

„Sozialverbrechen." Christoph Zöpel, einst Minister für Städtebau in NRW, der mit Abstand Beste in seinem Bereich, sagte es zum Geschehen in Bruckhausen.

Der Münchner Stadtplaner Gerhard Gross: „Das ist ja Wilder Westen !"

Die Leute, die die Stadt metzeln, haben nur solange den Mut, sich zu zeigen, wie sie sich von diesen Untaten Gewinn versprechen. Sie sprechen von Verantwortung – aber dies betrifft nur ihren Gewinn. Sobald die Sache schief zu gehen droht, will es keiner gewesen sein. Der Schutz der Nacht heißt dann: Abtauchen in die Anonymität.

ThyssenKrupp versteckte sich äußerst geschickt. Oberbürgermeister Adolf Sauerland erklärt sich für „nicht verantwortlich" – wie auch in anderen Fällen[4]. In der Love Parade gab

---

[4] Zum Love-Parade-Unglück: Dr. Richard Wittiepe www.u-gaap.de und Blogvon Prof. Dr. Hennig Ernst Müller.

es 23 Tote. Er wollte damit nichts zu tun haben. Er versuchte die Vorwürfe auszusitzen. Er sagte: In einem Jahr ist das vergessen.

Aber dann wurde er bestraft: Der Volkszorn kochte hoch - nicht nur wegen der Love Parade, sondern auch wegen seiner Stadtmassaker. Das Volk wählte ihn ab – und er verschwand, spurlos.

Der zweite, mit einem grünen Anstrich, aber ohne grünem Inhalt, der sich dem Bürgermeister andiente und dann eine Weile den Nachfolger spielte, Peter Greulich, suchte sich, als der Kessel zu heiß wurde einen anderen Job, natürlich mit erhöhter Bezahlung – das versteht sich im Karriere-System. Er geht 2013 in den Vorstand einer städtischen Firma.

Langsam kommt Licht ins Dunkel und es wird sichtbar, wer alles seine Hände in diesem Stadtmassaker hatte.

Duisburg ist die Skandalstadt im Ruhrgebiet und auch noch weit darüber hinaus. Exemplarisch wird dies sichtbar an zwei Stadtbereichen, die in brutaler Weise zerstört werden: Bruckhausen und Max-Taut-Viertel um den Zinkhüttenplatz.

Die Maskerade für die Zerstörung von Bruckhausen hieß: „Grüngürtel". Wem kommen ob dieser Heuchelei nicht die Tränen ? Was unter der Decke gehalten wird, ist der weitergehende Plan. Dieser Grüngürtel soll immer weiter ausgedehnt werden: drei Kilometer lang im Halbrund um das Stahlwerk von ThyssenKrupp. Alles, was an Häusern in diesem Bereich liegt, allein in Marxloh 450 bis 500 Häuser, ist zum Verschwinden verurteilt – aber die Hinrichtung blockieren nun mehrere Bürgerinitiativen.

Dazu kommen weitere Skandale in der Stadt.

Ausgerechnet ein grüner Stadtdirektor, Peter Greulich, metzelt den Botanischen Garten - statt ihn zu einer Lern-Stätte für seine Grünen und die Stadtbevölkerung zu machen. Wieviel ist da von Grün übrig geblieben ?

Politik und Verwaltung sind Weltmeister der Grauzonen zwischen Legal und Illegal. Im Grunde ist es den meisten Politikern und vielen Verwaltern egal, ob sie legal oder illegal handeln. Gesetze werden gebogen und gebrochen, wie es hinkommen soll – „was nicht passt, wird passend gemacht". Es passt so vieles nicht ! – dies kann man in diesem Buch studieren.

Dies mag auch anderswo so sein. Aber hier fällt es inzwischen auf. Die Täter aber sind so verstockt und blind, dass sie es nicht merken – umso mehr aber zunehmend Bürger.

In Bruckhausen sprechen wir mit vielen Menschen. Mit Türken vor dem Lebensmittelgeschäft. Mit der Familie Schindler in ihrer Wohnung, mit Karin Schindler und Karl Heinz Schindler. In der Heinrichstraße wohnt der mutigste Verteidiger des Viertels: Markus Hagedorn. Er hat sich in seinem Haus verbunkert. Gott sei Dank – solche Leute braucht man. Im Max-Taut-Viertel um den Zinkhüttenplatz bilden Bewohner ein Widerstandsnest gegen die Abreiß-Barbaren.

Wissenschaft ? Warum nennt sich dieses Buch eine Studie der Kommunalpolitik ?

Der Autor hat durchaus den Anspruch, auch im Bereich der Wissenschaften wahrgenommen zu werden. Er liefert Tatsachen, die die Wissenschaften gern außer acht lassen, weil sie eine Tendenz haben, sich unter dem Vorwand der Neutralität und aus persönlicher Harmoniesucht aus Konflikten heraus zu halten. Allerdings gibt es unter diesen nicht wenige, die sich Wissenschaftler nennen, aber wenig Hemmungen haben, bezahlte Aufträge anzunehmen und sich darin maskiert oder offen von wirtschaftlichen Interessen geleitet zu verhalten.

Wissenschaft muß sich nicht heraushalten. Sie hat Verantwortung. Wenn Prozesse gegen fundamentale Werte laufen, muß sie dies durchschaubar machen – und darf auch in Zorn geraten.

Dieses Buch beobachtet und ist auch advokatorisch. Es nimmt Stellung. Dies müssen Wissenschaften stets tun, wenn sie Wissenschaft sein wollen und nicht Technokratie.

Stadtpest. Der Publizist Dankwart Guratzsch: „Wenn Stadtplaner historische Viertel niederreißen. Ein Stadtmassaker nach dem anderen: Im Ruhrgebiet werden ganze Stadtviertel zertrümmert, von stolzen Gründerzeithäusern bleibt nur Schutt übrige. Vor allem in Duisburg versagen Stadtplaner. Im Ruhrgebiet geht die Stadtpest um, und Duisburg steht dabei in vorderster Linie. Alles das, was Chronisten über die >Geißel Gottes< im Mittelalter überliefert haben, ist hier an den Gebäuden des einst schmucken Bruckhausen abzulesen: Beulen, schwärende Wunden, Kraftlosigkeit, Fieberwahn. Den Fieberwahn tragen die Bagger in das Gebiet, Straße um Straße reißen sie die stuckverzierten Gründerzeithäuser nieder, mit denen einmal das Bürgertum des Reviers voller Stolz seine Ankunft in der >Gesellschaft< anmeldete. . . . Es ist die alte, schlimme Philosophie der Flächensanierung, der bis in die Siebzigerjahre hinein so viele wertvolle Stadtquartiere in Deutschland geopfert wurden. Im schrumpfenden Ruhrgebiet lebt sie wieder auf. “ (Die Welt, 27. 4. 2012)

Duisburg reißt sich ab: Kritik des Bebauungsplanes Bruckhausen

Diese Anregungen und Bedenken[5] mache ich erstens als Person, zweitens als Fachwissenschaftler, drittens als 1. Vorsitzender des Deutschen Werkbunds NW als 2. Vorsitzender des Gesamt-Werkbunds. Ich konzentriere mich auf essentielle Punkte.

Vorab bereits das Resumee: Diese Bebauungsplanung ist im höchsten Grad verfehlt.

1 Der Bebauungsplan bestimmt die Hälfte eines Stadtviertels zum Abriß. Dies geht in seiner Aggressivität schlicht gegen zivilgesellschaftliches Verhalten.

2 Man kann sich nicht einzig auf Formalrechtliches berufen. Auch dagegen gibt es viel Kritik. Wir haben in den letzten drei Jahrzehnten an Planungskultur erheblich zugelernt. Davon kann ich im Fall Bruckhausen nichts finden.

3 Bruckhausen ist seit 1980 der einzige und erste Flächenabriß in Nordrhein-Westfalen. Und meines Wissens der einzige in ganz Mitteleuropa.

4 Städtebau-Minister Christoph Zöpel und sein Abteilungsleiter Prof. Karl Ganser hatten 1980 sämtliche geplanten Flächenabrisse in NW auf den Prüfstand gestellt - und sie sämtlich (!) gestrichen. Damit beendeten sie vor nunmehr 31 Jahren (vor eineinhalb Generationen !) den Abriß-Wahn der 1960er und 1970er Jahre. Dieser damals landesweit verbreitete Abrisswahn war mit ähnlichen Behauptungen, Maskierungen, unsemantischem Wort-Gebrauch und Irreführungen „begründet“ gewesen, wie sie nun erneut im Bebauungsplan für Bruckhausen auftauchen.

5 Der Bebauungsplan Bruckhausen stammt in seinen Grundzügen des Flächenabrisses noch aus der Zeit um 1975. 1980 wurde er gestoppt, weil das Ministerium dafür nicht die notwendigen Zuschüsse geben würde. (Falls es in Duisburg keine bessere Einsicht gibt, sollten das Ministerium und weitere Instanzen dafür in ähnlicher Weise Zuwendungen versagen.) Nach 30 Jahren holte die Stadtverwaltung den Abrißplan wieder hervor. **Darüber wundert sich Prof. Karl Ganser. Er schreibt mir: „Was treibt die Stadt Duisburg um, in Bruckhausen wieder das alte Konzept von 1975 zu verfolgen. Das ist unverständlich und dumm. Ich glaube, dieser Herr Dressler [Baudezernent] ist ein Unhold.“** Prof. Ganser ist nicht irgendwer, sondern war mit Städtebauminister Christoph Zöpel zusammen der Dirigent einer ganz anders orientierten und hoch erfolgreichen Städtebaupolitik in Nordrhein-

[5] Prof. Dr. Roland Günter. Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplan 1104 – Duisburg Bruckhausen. - Der Bebauungsplan Duisburg-Bruckhausen 1104 ist publiziert im Internet unter: http://www.duisburg.de/gis/bplan/index_inter_fr.php.

Westfalen, vor allem umgesetzt in der IBA Emscher Park, die mit ihren 120 Projekten das in den 1980er Jahren tief gefallene Ruhrgebiet unter mehreren Aspekten wieder nach vorn brachte.

Hervorragende Experten des Landes sehen die Bruckhausener Flächenzerstörung für verfehlt an, darunter der Dortmunder Professor Wolfgang Sonne. Dieser schrieb am 24. Mai 2011 an den Oberbürgermeister Sauerland: „Wie ich gerade erfahre, soll demnächst der Abriß in Bruckhausen fortgesetzt werden. Im Namen des Deutschen Instituts für Städtebaukunst und meines für die Lehre der Denkmalpflege zuständigen Lehrstuhls an der TU Dortmund bitte ich Sie dringendst, diese Abrissmaßnahmen auszusetzen und ein stadtverträgliches Konzept, das die bestehende Bebauung mit einschließt, umzusetzen. Aus städtebaulicher, ökologischer, ökonomischer, sozialer und auch politischer Perspektive stellt die momentane Abriß-Strategie das genaue Gegenteil dessen dar, was heute unter einer nachhaltigen Stadtentwicklung notwendig ist. Lassen Sie nicht zu, dass Ihr Name mit einem solchen Irrsinn verbunden wird ! Gerne bin ich bereit, an einem stadt- und denkmalverträglichen Konzept mitzuarbeiten."

Das Konzept Bruckhausen ist also völlig anachronistisch. Ein solches Konzept macht heute niemand.

6 In Duisburg hatte der Abrisswahn mehrere halbe Viertel zerstört. Das Bedauern darüber ist heute eine Selbstverständlichkeit. Ich nenne nur als Beispiele Neumühl und Homberg. Ich nenne auch den geplanten Totalabriß der Altstadt von Ruhrort, an den heute kein Mensch mehr denken würde.

7 Dazu gab es die weitreichendsten Bürger-Bewegungen der 1970er Jahre: Bürgerinitiativen, zwei Hungerstreiks, heroische Kämpfe, weitreichende Image-Verluste für die Stadt.

8 Es liegt neben der Wahrheit, wenn behauptet wird, dass sich in Bruckhausen niemand wehrt. Tatsächlich hat Bruckhausen neben Eisenheim, Rheinpreußen, Flöz Dickebank und Mausegatt die längste Widerstandsgeschichte in der Metropole Ruhr – seit 1972. Heute gibt es in Bruckhausen zwei Bürgerinitiativen und die dauerhafte Intervention des renommierten Deutschen Werkbunds. Dies kann sich weiter auswachsen. Zur Lage und zur Stellungsnahme der Bevölkerung mit Zuwanderungs-Hintergrund siehe weiter unten.

9 Zu denken ist auch daran, was in den Duisburger Abriß-Bereichen an die Stelle der Abrisse in der Folgezeit trat: Niemand konnte damit zufrieden sein. Es entstanden kahle Flächen, bis heute unbebaut, und Bauten, deren Probleme man noch lange mit sich herumschleppen wird (u. a. Hochhäuser des Bauspekulanten Kun in Homberg).

10 Daher frage ich: Können sich Rat und Verwaltung sowie die Parteien leisten, dass man ihnen, wenn sie diesen Bebauungsplan eines anachronistischen Abrisswahns „gut" heißen, dass man ihnen nachsagt, sie hätten nicht das Mindeste aus den umfangreichsten Erfahrungen gelernt ? Niemand wird sagen können, er habe das nicht gewusst.

11 Die Akzeptanz des Bebauungsplanes kann man nicht anders als eine neuerliche Wahnsinns-Tat bezeichnen.
Die vorhergehenden Flächenabrisse sind als solche in die Geschichte eingegangen. Auch verbunden mit Namen. Thyssen hatte sich mit dem Abrissplan Eisenheim (verhindert durch Bürgerinitiative) für längere Zeit das Image ruiniert.

12 Dem Bebauungsplan fehlt jegliche Untersuchung zum historischen Terrain. Dies läßt auf ein unentschuldbares Desinteresse und Unkenntnis schließen.

Detailliertes dazu steht in den Einwendungen von Frau Katrin Gems, die mit ihren vorzüglichen Kenntnissen die ignorante Darstellung des Bebauungsplanes beschämt.

Der Verfasser dieser Einwände, der Unterzeichner, war in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren der erste, der auf dem Kontinent unter Denkmalschutz brachte: Fabriken, Infrastruktur-Anlagen und städtebauliche Bereiche (u. a. Südstadt Bonn). Unter dem

Stichwort Industrie-Kultur hatte das Thema einen großartigen Siegeszug. Dies hatte erheblichen Anteil an der IBA, an der Ruhr Triennale und an der Kulturhauptstadt.

Heute stellt die Industriekultur unter mehreren Aspekten ein Alleinstellungs-Merkmal für die Metropole Ruhr dar.

Die Ruhr-Siedlungen sind hinreichend bekannt. **Bruckhausen ist ein industriekultureller städtebaulich-architektonischer Biotop direkt neben einem großen Werk.**
Dies ist in sich bereits hoch bedeutend.
Es wird gesteigert dadurch, dass Bruckhausen der letzte erhaltene, also der einzige industriekulturelle städtebauliche Biotop vor einem großen Werk und besonders vor Thyssen ist.

Es ist unfassbar, warum dies in Duisburg in Verwaltung und Politik bislang nicht gesehen wird.

13 Bruckhausen ist eine spannende Etappe der Siedlungs-Geschichte von Ruhr. Zunächst gab es südlich das jahrhundertelalte Dorf Beeck. Dann legte im Zusammenhang mit dem Rhein die Gesellschaft Deutscher Kaiser ein Hüttenwerk an. Als drittes wurde kurz vor 1900 der Raum zwischen Dorf und Hütte für die Industrie zur Gründung eines Viertels verwandt. Es zeigt ein klares Straßen-Muster im Sinne rational kalkulierten Städtebaues. Dieser stand im Gegensatz zu den umliegenden dörflichen Ausprägungen. Das Muster wurde bald von Verkehrs-Infrastrukturen mit anderen Zwecken durchschnitten – dies spricht nicht gegen den Biotop, sondern auch dies gehört zum Biotop der Industriestadt. In der Metropole Ruhr gibt es keinen so deutlichen industriekulturellen Stadtbiotop wie Bruckhausen.

14 Dr. Thomas Parent, stellvertretender Leiter des LWL-Industriemuseums: „Nur noch an diesem Ort ist im Ruhrgebiet das enge Nebeneinander von montanindustrieller Arbeitswelt und unmittelbar anschließendem Wohngebiet erlebbar. . . . Duisburg-Bruckhausen ist eine Geschichtslandschaft von hohem Denkmalwert. Die aufwändig gestalteten Stuckfassaden im Neurenaissance- und Jugendstil erinnern an öffentlichen und privaten Reichtum zu Zeiten früherer Hochkonjunktur. . . . Bruckhausen ist fraglos ein hochkarätiges Geschichtsdenkmal und dies gilt für verschiedene Aspekte: Architektur-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte. . . . Im Duisburger Norden ist entlang der Kaiser-Wilhelm-Straße die spezifische Verstädterungsgeschichte unserer Region anhand von originaler Bebauung noch in einer Dichte ablesbar, wie sie an keinem anderen Ort im Ruhrgebiet mehr erhalten geblieben ist."

15 Thyssen hat sich immer gegriffen, was es wollte. Dabei verschwanden ganze Stadtteile, am deutlichsten Alsum. Diese Aggressivität ist hoch ambivalent. Jetzt soll Thyssen zumindest dazu gezwungen werden, sich das nicht zu greifen, was es überhaupt nicht braucht: Bruckhausen. Von der Zerstörung Bruckhausens hat Thyssen nicht das Geringste. Sie hat keinerlei Rationalität – sie ist einfach nur gemein.

16 Thyssen verhält sich durch diese Irrationalität auch dumm. Es muß durchaus fürchten, dass es im Rahmen der Gegenwehr auch an den Pranger kommt: Thyssen wollte in Brasilien ein Hochofenwerk aufziehen, kaufte dazu vermeintlich ganz billig umfangreiches Land, Sumpfland (auch die ökologischen Folgen kann man sich überlegen), Thyssen musste unglaublich viel Geld in die Fundierungen stecken, dies funktionierte zum Teil überhaupt nicht, u. a. stand – grotesk - der Hochofen schief. Diese Fehlentscheidung eines inkompetenten Managements setzte rund sechs Milliarden Euro buchstäblich in den Sumpf. Dahinter stand eine ähnliche mentale Arroganz wie in Bruckhausen: Wir können alles, wir machen alles, wir setzen alles durch. In diesem Weltbild fehlen Bescheidenheit, genaues Hinschauen, Respekt.

17 Die Stadt zeigt mit diesem B-Plan immer noch ihre Befangenheit im Industrie-Feudalismus. Dies ist vordemokratisch. Die Industrie darf heute nicht mehr der Fürst sein.

Und eine Stadt darf ihm nicht simpel zu Diensten stehen. Und sie darf auch nicht stolz sein, wenn diese Art weiterlaufender Fürst ihr für die Zerstörung Bruckhausens 35 Millionen Euro „schenkt" – und sie darf auch nicht so dumm sein, nicht zu merken, dass dieser Fürst ihr diese Millionen von den Steuern abzieht – als Verlust.

Sie müsste sich emanzipieren: als demokratische Stadt, die das Zusammenleben von Industrie und Bevölkerung in sinnhafter sozialkultureller Balance reguliert – statt Thyssen die Füße zu küssen.

18 Die Ignoranz drückt sich darin aus, dass der Bebauungsplan-Vorschlag auf die Industriekultur mit keiner Zeile eingeht. Und vor allem, dass ihm kein städtebauliches Gutachten beiliegt, das diese einzigartige Bedeutung herausarbeitet.

Der Widerspruch: Die Stadt argumentiert mit oberflächlichen städtebaulichen Stereotypen, die lange überholt sind. Sie müsste wissen, dass sich exzellente städtebauliche Ruhr-Experten dagegen ausgesprochen haben. Aber sie legt kein städtebauliches Gutachten vor.

Es darf heute keine Instanz als Entschuldigung gelten lassen: „Ja, hätten wir dies gewußt !"Wir wissen es. Wir können es wissen. Es ist nicht zu spät, es zu wissen.

19 Der Denkmalschutz ist völlig unzulänglich dargestellt. Nicht erwogen ist städtebaulicher Denkmalschutz. Nach Experten-Ansicht ist ist dazu Untersuchung notwendig.

Hier verweise ich auf die Stellungnahme von Frau Katrin Susanne Gems, die sich eingehend mit dem Denkmalschutz befasst.

Dazu gehört eine Untersuchung zu die Tradition des Eisens in diesem Bereichs des Rhein, die offensichtlich (ich bin kein Experte dafür) hier frühe Stätten hatte. Sie fehlt.

20 In einem Stadtteil-Portrait auf der Home Page der stadteigenen EG-DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbh heißt es: „Bruckhausen . . . gilt als Inbegriff eines benachteiligten Stadtteils." Hier wird das Wort „benachteiligt" in einer intellektuell nicht mehr hinnehmbaren Weise zunächst nicht erklärt und dann zum Vorurteil gemacht. Dies wird instrumentalisiert, um pseudo-objektiv Stadt zu zerstören.

21 Die Stadt spricht von „überalterter Bausubstanz". Das gibt es überhaupt nicht. Die Bausubstanz der Häuser ist alt – das ist die halbe Republik. Man könnte höchstens davon sprechen, dass manche Reparaturen gut oder notwendig wären und Teile der Gebäude-Infrastruktur durch neuere ersetzt werden könnten.

22 Die Stadt spricht von einem „überdurchschnittlich hohen Anteil an Arbeitslosen." Diesem Problem kann man nicht durch Stadtplanung d. h. Abriß entgegen kommen. Ebenso wenig dem Anteil an „Sozialhilfeempfängern". Und genau so wenig dem Anteil an „Nichtdeutschen".

Die Tatsache, dass es Menschen in diesem Status gibt, kann und darf nicht in dieser Weise negativ beurteilt werden. Denn es diskriminiert diese Menschen. Es wird dabei nämlich unterstellt, dass es solche Menschen eigentlich nicht geben darf – das ist zynisch. Es gibt sie. Sie alle haben ebenso ein Recht auf Wohnen wie alle anderen. Ihr Schicksal wird nicht besser, wenn man sie von hier vertreibt – wie es besonders mit hilflosen Mietern geschieht.

Die Gemeinheit wird dann noch einmal gesteigert, indem an die Spitze dieser negativen Vorurteils-Pyramide die Zuwanderer , hier „Nichtdeutsche" genannt, gestellt werden.

Dabei gelingt gerade in diesem und den umliegenden Stadtbereichen (wie u. a. in dem ebenfalls in dieser Weise diffamierten Ortsteil Marxloh) die Integration von Zuwanderern besser als irgendwo anders.

Die genannten Kriterien als Argumente zum Abriß zu verwenden , ist eine menschenverachtende Wahrnehmung und ein menschenverachtendes Problemlösungs-Verhalten.

23 So lange der Anteil an Zuwanderern mit einer vorurteilshaft ausgedeuteten Statistik derart behandelt wird, kann man sagen: Was die Stadt hier treibt, ist hoch unsachlich. Es schafft und verstärkt Vorurteile. Diese Vorurteile haben Folgen. Auf dieser gemeingefährlichen Basis finden Wanderungs-Bewegungen statt, die erstens nicht sein müssen und zweitens viele negative Folgen haben, die hier im einzelnen nicht dargestellt werden können.

Tatsache ist für jeden verständigen und sachgerecht sozialwissenschaftlich verstehenden Menschen, dass in Bruckhausen durchaus vernünftige Verhältnisse bestehen.

Man könnte diese Verhältnisse ohnehin nicht durch Architektur oder Städtebau verändern. Das treffendste historische Beispiel: Friedrich Engels beschreibt in seinem Buch „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" (1845) Londoner Elendsviertel. Sie sind erhalten. Wer heute hindurch geht, sieht zu seinem Erstaunen, dass es ganz normale Häuser waren, in denen heute eine Bevölkerung des unteren Mittelstandes lebt. Wo steckte das Elend ? Nicht in den Häusern, sondern in der Überbelegung. Dagegen wurden Gesetze gemacht. In Bruckhausen gibt es keine Überbelegung.

24 Stadt und Thyssen haben zumindest einem Teil der Menschen mit ziemlich widerlichen Methoden die Grundstücke und Häuser ab- und herunter gehandelt. Dies war absolut unsozial.

Oft eingeschüchtert und gedrängt, fühlten viele dieser Leute sich zu schwach, um zu prozessieren. Freiwillig waren die Auszüge nur selten.

Hilfe bekamen sie von kaum jemandem. Wie muß man sich als Bürger fühlen, wenn die Obrigkeit bedrängt und nicht hilft.

25 Wie unehrlich das Projekt betrieben wird, können wir auch an seiner Sprachlichkeit ablesen. Da wird Häuser-Abriß als „Rückbau" und „Rückbaumaßnahme" bezeichnet. „Park" ist tatsächlich kein Park. Der „Grüngürtel" ist auch kein Gürtel, sondern nur ein Stück Grün. „Der neue Park vor der Haustür" – wie bitte ? Wenn das Haus abgerissen wird ! „Stabilisierung des Ortskerns:" Was alles wird in dieser dunkelmännerischen Planung behauptet ! Davon kann doch keine Rede sein ! Wenn die Stadt dies wirklich wollte, würde sie nicht die Hälfte des Viertels zerstören. „Aufwertung des Wohnungsbestandes" – erst wird er kaputt geredet, was soll dann das täuschende Wort „Aufwertung" ?

26 Genaue Ziffern zu erhalten ist unmöglich. Angegeben wird: „Im Rahmen des Projektes werden ca. 340 Haushalte umziehen müssen." Dies deutet zumindest die Größenordnung der Vertreibung an.

Eine solche Ziffer wirkt sich auch aus auf den Mieten-Markt, vor allem weil 87 Prozent der bislang umgezogenen Haushalte im Duisburger Norden blieben.

27 Es gibt keinen Sozialplan. „Umzugskostenpauschalen" können ihn nicht ersetzen.

Zum Sozialplan müssten eine Anzahl Entschädigungen gehören. Die rund 1 000 Euro pro Person an Pauschale kann das Verlorene sicher nicht ersetzen. Die „Entschädigungen" in „Härtefällen" für „über 65 Jahre alt" und „Schwerbehinderte" sind außerordentlich mager.

28 Es gibt auch keinen sozialkulturellen Blick auf Nachbarschaft, Stadtviertel-Identifikation und Nähe. Wie dringend eine solche Untersuchung wäre, läßt sich ablesen an einer Ziffer: Von den bislang 487 Personen der bislang umgezogenen 211 Haushalte haben sich 87 Prozent im Duisburger Norden Wohnungen gesucht. Dies läßt ahnen, welche Identifikation es gibt und wie brachial damit seitens der Stadt umgegangen wird.

29 Staub-Belastung ? Sie kann nicht als Argument für Abriß gelten.

1. müsste dann im Umkreis von 10 Kilometern abgerissen werden.
2. müssten in der Abwägung Vergleiche vorgelegt werden. Daraus ginge wahrscheinlich hervor, dass es wenigstens 20 Bereiche in Duisburg mit ähnlicher Staubbelastung gibt, vor allem an Verkehrsstraßen. Keinen davon wird man abreißen.

3. Dieses Stichwort kann auch nicht das aussschlaggebende sein.
4. Denn die Staubbelastung ist, vor allem nach Abriß der Kokerei, erheblich gesunken.
5. Und sie wird weiter sinken. Über die Filter bestimmt die EU. Unseres Wissens muß unter allen Umständen sowieso nachgerüstet werden .

30 Lärm ? Er ist erheblich vermindert. Inzwischen ist die Qualität der Fenster erheblich gestiegen. Grotesk: Es wird gesagt, dass die Hauptquelle des Lärms nicht die Industrie-Anlage ist, sondern der Verkehr. Dies ist vor allem die Autobahn 42. Unfassbar, dass es an dieser Stelle keine Lärmschutzwand gibt. Die Stadt hätte darauf dringen müssen. Daher kann Lärm jedenfalls kein Abriß-Grund sein.

31 Leerstand. *Mit diesem Stichwort wollen sich auch hier die Täter, die den Leerstand gemacht haben, noch belohnen.* Leerstand zu produzieren und dies dann als Abriß-Argument zu nehmen, war in den Jahrzehnten des Abriß-Wahns der 1960/1970er Jahre eine berüchtigte Strategie. In Bruckhausen haben Thyssen und die Stadt Häuser aufgekauft und sie dann leer stehen lassen. Unter fälschlicher Berufung auf zwei Veränderungssperren haben sie alle Anfragen, die es gab und auch geben würde, abgewiesen.

Es wird suggeriert, dass Leerstand nicht mehr umkehrbar sei und daher zwangsläufig zum Abriß führen müsse. Dies ist eine Irreführung. Zum Wiederaufbau des Viertels siehe weiter unten.

32 Bruckhausen wurde im jetzt zur Debatte gestellten Bereich gezielt herunter ruiniert. Dies war **der einzige fassbare städtebauliche Missstand**: der Missstand liegt also nicht im Objekt, sondern im Handeln von Thyssen und der Stadt.

33 Es ist eine vorurteilsgeprägte Argumentation, die davon ausgeht, dass hier soziologisch der sogenannte normale Schnitt an Bevölkerung nicht besteht, dass er hergestellt werden müsste, aber nicht hergestellt werden kann. Einen solchen normalen Schnitt gibt es überhaupt nicht. Es gibt ihn nicht in wohlhabenden Vierteln, nicht in der Stadtmitte und nicht in Arbeiter-Bereichen. Ein naiver Umgang mit Statistik hat uns jahrzehntelang in die Irre geführt. Daraufhin wurden unerfüllbare Ansprüche gestellt. Und die Dummheit dieses statistischen Dogmatismus hat zu umfangreichen städtebaulichen Gewalttaten geführt.

34 Alle sogenannten Sanierungen, die Bevölkerungspolitik betreiben wollten , sind gescheitert. Dies müssen wir uns nach unzähligen solcher Versuche eingestehen. Mit Architektur und Städtebau kann man keine Bevölkerung verändern. Die Frage ist: Was ist überhaupt die viel zitierte Bevölkerungs-Struktur ? Einzig die abstrakte Annahme eines nirgendwo möglichen Durchschnitts. Dies ist pures Wunschdenken. Wenn man es zum Maßstab und Ziel von Städtebau erhebt, wird es – wie man auch hier sieht – zur Gewalttat .

35 Wenn man die Geschichte des sogenannten „Gringürtels" verfolgt, wird erkennbar, dass die Stadt größte Schwierigkeiten mit den Benennungen hatte. Mal sollte niemand merken, was wirklich dahinter steht, mal sollte mit Marketing Euphorie verkauft werden. Die Widersprüche sind offensichtlich: Er soll „Park" sein, dann wiederum nur eine „verbesserte Ansicht des Werkes". Park kann der Grüngürtel keinesfalls sein. Es gibt nichts weniger Geeignetes.

Es kennzeichnet das Verständnis der Manager zu ihrer Industrie: Sie wollen sie im Tiefsten nicht – daher möchten sie die Industrie verstecken. Und es zeigt sich ihre illusionistische Mentalität: Sie merken nicht, dass sich diese Industrie nicht verstecken läßt.

Warum aber sollte sie versteckt werden ? Wieweit lange wollen denn die Manager und ihre zuarbeitende Stadt nicht wahrnehmen, dass wir seit über 20 Jahren eine Industriekultur haben ?

Dies ist hoch kontraproduktiv für die Metropole Ruhr.

Zur Erinnerung: *Übrigens liegt Bruckhausen in der Route der Industriekultur.*

36 Im Hintergrund drohen Klagen

1. wegen Subventionserschleichung

2. wegen Subventionsmissbrauch.

37 Wir bemängeln, daß die Unterlagen unvollständig sind.

1. Städtebau fehlt.
3. Denkmalbewertung im Zusammenhang fehlt.
4. Sozialplan fehlt.
u. noch mehr.

38 Wiederaufbau ! Nur den Laien, die nichts vom Bauen verstehen, kann man das Vorurteil einflößen, der Bereich Bruckhausen sei nicht mehr wieder her zu stellen.

Es gehört zu den Fähigkeiten von einigermaßen intelligenten Stadtplanern und Architekten, einen Wiederaufbau zu planen. Man kann dies auch sehr gut machen.

Das Stadtviertel muß ein Wiederaufbau-Projekt werden ! Dies ist weitaus einfacher als viele Leute jetzt denken. Alles, was neu entstehen soll, gab es bereits. Da die Grundstücke billig (zum erheblichen Teil mit Tricks heruntergehandelt) in die Hände von Stadt und Thysssen gekommen sind, sind die Grundstückspreise sehr niedrig. Die Bausubstanzen sind besser als das Vorurteil sie gewöhnlich einschätzt. Kein einziges Haus muß abgerissen werden. Dafür liegen an vielen Orten umfangreiche Erfahrungen vor.
Bei der Frage nach der Klientel darf man nicht an die Normalität denken, denn normale Familien suchen sich klischierte Wohnungen, auch anderswo.

Ein derart spannendes Viertel, zudem verkehrlich gut erschlossen, findet immer andere Klientele. Zum Beispiel läßt sich mit Wohnungen bzw. Zimmern für Studenten eine rentable Finanzierung erreichen.

Es gibt weitere Gruppen.
Wir können es. Auch andere.

39 Resumee: Eine anachronistische Vorlage. Vorurteilsbestimmte Bewertungen. Duisburg zeigt, dass es sich nicht selbst verstanden hat. Fachlich grottenschlecht.
Ein Parlament dürfte dem nicht zustimmen. Tun Sie diese Vorlage in die Schlublade, aus der sie ja nach über zwei Jahrzehnten herausgezogen wurde!
Sinnhaft wäre anstelle dessen ein Tendenz-Beschluß für eine Wiederaufbau-Planung.
Selbstverständlich stehe auch ich zu Gesprächen bereit.

Nachschrift im November 2012.
Prof. Roland Günter erhielt am 11. 10. 2011 ein Schreiben vom Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement, das den Eingang der Einwendungen am 23. 0. 2011 bestätigte. „Die von Ihnen zu o. g. Plan vorgebrachten Stellungnahmen werde ich dem Rat zur Prüfung vorlegen. Das Ergebnis der Prüfung wird Ihnen zu gegebener Zeit mitgeteilt. Ich bitte Sie, sich bis zu diesem Zeitpunkt zu gedulden und von Rückfragen abzusehen. [Unterschrift] Beeck.“

Da es bis heute keine Mitteilung zum Prüfungsergebnis gibt, kann man annehmen, daß der Rat überhaupt nicht geprüft hat. Je ignoranter, desto arroganter: Ein Rat und ein Amt haben es nicht nötig, einem Bürger zu antworten. Der absolutistische Fürstenstaat des 18. Jahrhunderts läßt grüßen. Auch andere Einwender haben nichts gehört. Der Plan wurde im Dezember 2011 vom Rat einstimmig, ausgenommen eine einzige Stimme. Angenommen mit einem chinesischen Abstimmungs-Verhalten.

Eigentlich zu schade für Skandale: Duisburg

Duisburg ist eine der vielfältigsten Städte in Deutschland. Sie liegt am wichtigsten Strom Europas, am Rhein – der Achse des Kontinents. Hier mündet die Ruhr in den großen Strom. Zwar hat die Ruhr nicht mehr die Bedeutung von einst – sie war ein Jahrhundert lang, im 17. und 18. Jahrhundert, ein Welthandelsweg der Frühindustrie. Im 20. Jahrhundert kam der Kanal von West nach Ost hinzu - durch Europa bis zur Weichsel. Hier laufen Eisenbahnen und Autobahnen zusammen. An einem solchen Knotenpunkt kristallisiert sich die Metropole Ruhr. Einst entstand aus Duisburgs Gewässern der größte Binnenhafen Europas. Am Rhein entlang wuchs 40 km lang ein Band von Industrien – mehr als irgendwo anders in der Welt. Ich habe es einmal Kenneth Hudson gezeigt, dem einst wichtigsten Kenner der Industrie-Kultur.

Duisburgs anfaßbare Stadt-Geschichte haben Kriegsflugzeuge und verständnislose Nachkommende weitgehend zerstört. Duisburg war im Mittelalter historisch eine große und bedeutende Stadt. Von hier aus begann die vom Franken-Kaiser Karl angelegte, antik-römischem Vorbild folgende Militär- und Handelsstraße in den Osten zur Elbe in Magdeburg.

Duisburg hatte eine bedeutende Universität, die um 1800 nach Bonn verlegt wurde. In den 1960er Jahren entstand sie neu – heute im Verbund mit Essen.

Von Stadtteil zu Stadtteil verändert sich das Bild. Wer daran gehen würde, dies zu charakterisieren und dadurch zu verdeutlichen, könnte rasch das Vorurteilsbild „öde Industriestadt“widerlegen – aber davon, dies kulturell wahrnehmungsfähig zu machen, von einer solchen kulturellen Leistung, ist das Führungspersonal der Stadt weit entfernt. Statt dessen verbeißt es sich wie eine Hundemeute in ihr Projekt, den äußerst spannenden Norden der Stadt durch Abriß abzuschaffen – mit einem anachronistischen Klassenkampf von oben, dessen mentale Waffe das Vorurteil ist.

In dieser vielfältigen spannenden Stadt kann man ständig fragen: Was macht sie mit sich ? Dann erhält man zunächst die Antwort, sie sei arm. Aber das Problem ist nicht eine Frage des Geldes, sondern der Denk- und Phantasie-Fähigkeit.

Gerade wenn man arm ist, muß man sich aufs Denken besinnen. Und wenn man an zwei wichtigen Achsen Europas liegt, müßte man weltoffen sein – statt dessen bunkert sich die Kaste der Dirigenten inzestuös ein.

Aufstieg und Entmündigung

Einst breitete sich im Norden der heutigen Stadt eine Landschaft aus, die wie im Münsterland aussah. Davon wissen wir sehr viel, weil es in Duisburg immer schon ein vorzügliches Stadtarchiv gab – mit seiner Zeitschrift „Duisburger Forschungen“.

Die Industrie-Epoche begann in Ruhrort, das am Rhein und nach Überland die Drehscheibe des Ruhrgebietes wurde. Der Handel, vor allem die Transporteur-Dynastie Haniel, orientierte sich zur niederländischen Städtekette und zum Oberrhein, später auch nach Preußen.

Die Anfuhr von skandinavischen Erzen auf der Wasserstraße des Rheines veranlaßte August Thyssen um 1900 das gewaltigste Stahlwerk Europas anzulegen – in Bruckhausen. Zudem wurden für die Hochöfen und Walzwerke Energien gefördert: Kohle - in etlichen Bergwerken.

Völker stömten hier her, um Arbeit zu haben – sie wurde lange Zeit von den Industrie-Giganten angeboten. Eine Stadt entstand und hatte bald 100 000 Einwohner: Hamborn. Weil

aber die preußische Obrigkeit die Industrie geradezu haßte, versagte sie ihr viele Jahrzehnte lang die Stadtrechte.

Die Eingemeindung war eine Katastrophen. Der heutige Norden von Duisburg hatte bis zur Eingemeindung wenig mit Duisburg zu tun. Er bestand aus selbständigen Gemeinden. Hamborn wurde eine Großstadt. Sie hatte sich ein stolzes Selbstbewußtsein aufgebaut. Man sieht es in vielen gelungenen Bauten. Hamborn nahm teil an den Innovationen der Baugeschichte von 1900 bis 1930. Seine entwickelten Infrastrukturen drückten sich in den Zeichen seiner Bauten aus. Es entstanden Plätze und viele überdurchschnittlich gestaltete Straßen. Diese vielfältige Leistung bedeutete Identität.

1929 hat Duisburg die selbständige Großstadt Hamborn mit ihren über 100 000 Einwohnern eingemeindet – gegen viel Widerstand. Für den Norden war es eine Katastrophe. Sie blieb dies dauerhaft bis heute – nach über 80 Jahren, nach über vier Generationen – und wurde eher härter als gemildert. Denn dabei verlor eine große Stadt ihr Selbst-Sein. Und seit 1929 ging es bergab. Der Norden blieb unverstanden und ungeliebt – besetzt mit Vorurteilen.

Wie eine Kolonie. Dann spielte sich ihre Geschichte ab wie in einer Kolonie. Die selbsternannte Mitte von Duisburg schaute verächtlich auf den Norden herab: Das war das Terrain der Industrialisierung, die ein erheblicher Teil des Bürgertums nicht mochte – bis heute, sonst gäbe es das Desaster in Bruckhausen nicht, das die Industrie vom Ort trennen will – durch Zerstörung.

Dies ist keine Vorstellung, die in Bruckhausen entstand, sondern in der fernen Mitte von Duisburg. *Sie ist unfaßbar ungerecht, denn die Bereiche des Nordens sind durchaus ähnlich den Vorstädten von Karlsruhe, Frankfurt, Hamburg und München.* Aber Vorurteile sind ignorant und je mehr sie das sind, desto arroganter treten sie auf.

Man müßte eine Bewegung schaffen mit dem Ruf „Los von Rom !“, und die Ausgemeindung fordern. Ähnlich auch in Wattenscheid, Kettwig und auf dem anderen Rhein-Ufer in Homberg.

Der Bezirk. Aus der einstigen Großstadt Hamborn ist der Bezirk Hamborn geworden. Er umfaßt die historischen Stadtteile Marxloh, Schmidthorst/Neumühl, Obermarxloh mit Röttgersbach und Alt-Hamborn. Heute leben auf einer Fläche von 2.400 Hektar rund 90 000 Einwohner.

Die gespaltene Region

Die Metropole Ruhr ist seit jeher tief gespalten. Eigentlich kann man in dieser Gesellschaft nichts anderes erwarten. Denn Ruhr ist – sieht man von seiner durchaus erheblichen Mittelalter-Geschichte ab – mit seiner Industrie-Geschichte nicht älter als rund 200 Jahre, mit seinen ersten Höhepunkten meist nur 100.

In Ruhr sind die Völker zusammen geströmt.

Ruhr ist zutiefst pluralistisch.

Ruhr ist ein Laboratorium – für Industrien und Menschen.

Und seit den 1980er Jahren auch ein Laboratorium für Kultur.

Ruhr ist einerseits durchsetzt von Grobianismus und Ignoranz, brutal bis freundlich, - andererseits ebenso durchsetzt von wacher sozialkultureller Intelligenz.

Skandalöser mentaler Umgang mit der Region. Tatsächlich war der Umgang von Ruhr mit sich selbst stets skandalös. Das Motto hieß: Machen und abräumen. Diese Mentalität war rigoros, dreist, arrogant, kam sich vor wie der säkularisierte allmächtige Gott.

Die Psychologie könnte sich damit beschäftigen, daß dies auch ein kollektiver Masochismus ist – eine fortwährende Selbstzerstörung, weil man keine Freude am Entdecken von all dem hat, was man zustande brachte, und keine Phantasie nach vorn besitzt.

Dies entspricht der Mentalität einer kurzatmigen Wirtschaft, die aufbaut, nur kurze Zeit produziert – und sich dabei um ihr Umfeld nicht kümmert. Als Industrie-Feudalismus schlägt dies auch durch auf die Mentalität ihrer Abhängigen, die sich – auch mit ihren Stellvertretern – mit wenigem zufrieden geben, d. h. kulturell uninteressiert bleiben.

Die Kohle war der Motor der Industrialisierung, aber die Region mußte dafür hohe Preise zahlen. Und zahlt bis in alle Ewigkeit - ähnlich der Atom-Wirtschaft. Denn wegen der Bergsenkungen durch Kohle-Abbau muß in einem Drittel des Terrains Wasser abgepumpt werden. Ruhr ist eine Polder-Landschaft. Man kann nicht feststellen, daß dafür ein Bewußtsein der Nachdenklichkeit entstand – vielmehr herrscht weiterhin bei den Mächtigen, abgesehen von Ausnahmen und Alibis, ein grobianistischer Umgang mit vielem – was zeigt, daß kaum etwas gelernt wurde.

Die Ausnahmen verdanken wir weithin den Interventionen von Intellektuellen in den 1970er Jahren und der IBA Emscher Park in den 1990er Jahren.

Dazu bietet dieses Buch reichlich Stoff zum Studieren.

Städtebau der Industrie-Kultur

Industrie-Kultur. Ruhr ist seit 1970 auf dem Kontinent das Zugpferd im Bereich der Industrie-Kultur geworden. Was ein kleines Netzwerk von intelligenten Leuten in Gang gesetzt hat, wurde dank einem Städtebauminister wie Christoph Zöpel und seinem wichtigsten Mitarbeiter Karl Ganser zu einer breiten Kultur. Und auf der Schiene des Ansehens geriet es zu einem Alleinstellungs-Merkmal für die Region – europaweit und darüber hinaus bewundert.
Man kann eine Perlen-Kette bedeutendster Baudenkmäler zeigen.

Das Städtebau-Beispiel. Nun sind drei städtebaulich und architektonisch wichtige Bereiche bedroht, die einzigartig sind: Bruckhausen, Marxloh und das Max-Taut-Quartier am Zinkhüttenplatz. Sie sind keine Einzel-Dokumente, sondern Flächen-Dokumente: zwei kleine im wesentlichen bürgerliche Städte und eine Siedlungs-Anlage vor den Toren eines großen Werkes. Sie zeigen die städtebauliche und architektonische Entwicklung von über 100 Jahren.

Entwicklungs-Geschichte von Bruckhausen. Um 1890 gab es in der Bauernschaft Bruckhausen, das zu Beeck gehört, nur einzelne verstreute Siedlungs-Kerne entlang dem Communalweg (später Kaiserstraße) und der Schulstraße.

Die Industrialisierung begann hier unter der Erde: mit der Kohle. 1867 erhielt die Gewerkschaft Hamborn die Gruben-Felder Hamborn, Neumühl und Rhein verliehen. 1871 nahm sie im Schacht 1 nördlich von Hamborn die Förderung auf. 1871 benannte sie sich um: in Gewerkschaft Deutscher Kaiser (GDK).

Im selben Jahr 1871 gründete 10 km entfernt August Thysssen (1842-1926) ein Stahl- und Walzwerk. Er erwarb in der Gewerkschaft Deutscher Kaiser[6] seit 1883 schrittweise die Mehrheit der Kuxen (Aktien). 1891 hatte er sie vollständig in der Hand. Ebenso schrittweise kaufte Thyssen seit 1889 Grundstücke in Bruckhausen.

1882/1884 ließ das Werk für den Schiffs-Transport der skandinavischen Erze den Hafen anlegen. 1890 beschloß August Thyssen, daneben ein Stahl- und Walzwerk zu bauen.

Thyssen hatte für diese Unternehmungen eine Intention: Er will einen integrierter Montan-Konzern schaffen: mit Kohle, über deren Preis er selbst bestimmen kann, und mit Stahl.

[6] 1867 gründet Daniel Morian in Hamborn die (Steinkohlen-) Gewerkschaft Hamborn. Sie wird 1871 in Gewerkschaft Deutscher Kaiser umbenannt. 1871/1876 wird Schacht 1 abgeteuft.

Weil viele Menschen zuwandern, entsteht Interesse an Mietwohnungen und eigenen Häusern. Die Gemeinde Beeck will das schnelle Wachstum vernünftig steuern: Dafür läßt sie eine städtebauliche Planung anfertigen – in einer Gestalt, wie sie in dieser Zeit überall Standard ist: Es soll ein rechtwinkliges Straßen-Raster entstehen - mit vielen ungefähr quadratischen Blöcken[7].

Dieser Städtebau und der Bau der Häuser wird von den Unternehmern des Ortes geprägt, die sich hier ansiedelten. Sie arbeiteten sowohl für das Werk wie für den Ort.

Wege-Netz von Bruckhausen. Um zu den eigenen Infrastrukturen die Möglichkeiten der umliegenden Orte nutzbar zu machen, entstehen Verbindungen: 1897 wird die Straßenbahn-Linie Bruckhausen-Ruhrort angelegt. 1900 folgt die Linie Bruckhausen-Hamborn-Marxloh. 1910 eine dritte Linie: Alsum-Hamborn- Buschhausen. Sie bringt etwas überraschend Neues mit sich: Sie unterquert das Werksgelände durch den Matena-Tunnel (1910/1911) – in seiner Zeit elegant gestaltet. Maßgeblich dafür war einst die Straßenbahn, die hier durch geführt wurde. *Heute ist der Tunnel ein einzigartiges Baudenkmal in Ruhr, auch berühmt geworden durch Filme mit Götz George alias Schimanski.* Aber nach hundert Jahren Bestand ist es jetzt ebenso bedroht wie der Stadtbereich .

Wachsen von Bruckhausen. Seit 1895 gibt es mit kurzen Unterbrechungen zwei Jahrzehnte lang Konjunktur. Sie läßt mit einem stürmischen Wachstum vor dem Fabrik-Tor den städtischen Kern von Bruckhausen entstehen.

1896 findet man hier bereits 6 Bäckereien, 2 Frisöre, 9 Kolonialwaren-Läden, 3 Gemüse-Händler, 4 Metzger, 5 Gast-Schänken, 5 Schuhmacher und einen Kurzwaren-Händler. Wenig später kommen weitere hinzu: 6 Uhrmacher, 2 Hut-Läden, 2 Fahrrad-Geschäfte, eine Brennerei. Bruckhausen ist eine industrielle „Boom town“.

1910 hat Bruckhausen 23 410 Einwohner. Es sind einfache Arbeiter und vor allem handwerklich spezialisierte Facharbeiter, viele Handwerker sowie ein Pulk von Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden.

Jeder Fünfte ist aus dem Ausland zugewandert. Meist kam er aus Österreich-Ungarn, dann folgte an Gruppe aus Holland und danach aus Italien. 1910 gibt es ein Geschäft für italienische Importe - am Wilhelmsplatz.

Infrastruktur-Einrichtungen entstehen, u. a. das Kaufhaus Heinrichstraße. Der Wilhelmsplatz wird angelegt. 1895 die katholische Schule. Zwei Gasthöfe. 1895 die katholische Notkirche. Immer wieder vergrößert für die Lust am Schauen und an erzählten Geschichten: 1910, 1912, 1921 das Apollotheater für Theater und Filme – weithin berühmt (abgerissen). 1911 werden der Feuerwehrturm und die Turnhalle gebaut. 1912 errichtet der Architekt Aloys Böll, ein Onkel des späteren Schriftstellers, die Liebfrauenkirche – mit dem Blick auf neue Wiener Architektur.

Bruckhausen entstand ganz aus bürgerlicher Inititiative. Bauern verkauften ihr Land an die Industrie und wurden zu Bürgern. Sie legten den Erlös in Miet-Häusern an - als dauerhafte Rendite. Bauunternehmer, die sich ansiedelten, bauten reihenweise Häuser. Größere Bauherren bebauten größere Parzellen. Sie verkauften oder vermieteten Läden sowie Häuser, Wohn-Anlagen, Werks-Wohnungen für Beamte und Arbeiter. Hinzu kamen Handwerker-Höfe mit Werkstätten. Im südlichen Teil entstanden – angefügt - Infrastrukturen.

Die Ausdrucksformen ihrer Fassaden können wir als ein Spiegel des vielfältigen Zeit-Geschmacks lesen. Man kann die Bautätigkeit nach Jahren identifizieren. Es gibt auch ambitionierte Architekturen: 1923 bauten die renommierten Architekten Peter Grund und Karl Pinno die Reihe der Beamtenhäuser in der Kronstraße.

---

[7] Übersichtskarte der Bürgermeisterei Beeck von 1898. Zur Stadtentwicklung von Bruckhausen siehe Strauß & Fischer, Historische Bauwerke. Dokumentation, Zwischenstand 2009 (Stadtarchiv).

Charakteristiken dieser kleinen Stadt: Die Verbindung von Wohnen und Industrie. Ein Architektur-Geschehen in umfangreicher Bandbreite: vom Haus des Direktors zu Arbeiter-Miethäusern – vom einfachen Leben bis zur Wohlhabenheit.

Bruckhausen ist in seiner Komplettheit die einzige überlieferte kleine Stahlstadt. Die Gründerzeitliche Bausubstanz ist trotz eines skandalösen städtischen Zerstörungs-Unwesen immer noch ziemlich komplett erhalten – aber nicht mehr lange, wenn das Massaker nicht gestoppt wird.

Bruckhausen ist keine Arbeiter-Stadt, sondern eine bürgerliche Stadt. Viele Geschäftsleute gaben ihre Läden auf, als die Kaufkraft der Arbeiter schwand. Und wanderten ab.

In Ruhr ist dieser städtebauliche Biotop der Industrie-Kultur einzigartig und als einziger erhalten.

Späte Recherche. Obwohl es das Stadtarchiv und das Thyssen-Archiv gibt, die beide auf bestimmten Schienen exzellent sind, blieben historische Forschungen und Überlegungen zum Städtebau sowohl der Stadt wie Thyssen fremd. Hinzu rechnen muß man eine wenig inspirierte Denkmalpflege. Erst vor wenigen Jahren erteilte sie den Forschungs-Auftrag für Strauß & Fischer, ein Büro in Krefeld, für eine Überblick-Recherche.

Die Zerstörungen konnten auch geschehen, weil die Werte, die durch Forschung hätten ermittelt werden müssen, unerkannt blieben – demzufolge konnte das Terrain unbedeutend erscheinen und leicht der Zerstörung übergeben werden. Es ist für Stadt und Thyssen gleichermaßen blamabel, was Ignoranz hier angerichtet hat.

Statt-Planung: Leidens-Weg und Leidens-Zeiten

1977 will die CDU Bruckhausen im Laufe von 10 Jahren komplett abreißen. Die Bürgerinitiative BIP mit dem Pfarrer-Ehepaar Michel und Monika Höhn hält dagegen und setzt sich durch.

Es werden Filme gedreht. In einem Haus am Raulien-Platz mietet sich Günter Wallraff incognito ein und schreibt das Buch „Ganz unten“ (1985). Es zeigt menschenunwürdige Arbeits-Verhältnisse, Menschenrechtsverletzungen und Ausländerfeindlichkeit. Er nimmt für dieses Buch die Rolle des Türken Levent (Ali) Sigirlioglu an. „Ich weiß jetzt, was er zu ertragen hat und wie weit die Menschenfeindlichkeit in diesem Land gehen kann. Ein Stück Apartheid findet mitten unter uns statt – in unserer >Demokratie<.“

1979/1980 läßt die Stadt zur Sanierung vorbereitende Untersuchungen machen. Dabei ist keine Rede von irgendeiner Bürger-Beteiligung – obwohl die Gesellschaft im Jahrzehnt nach 1968 voll von Rufen danach ist.

Aber in der Zöpel-Ära (1980-1989), in den produktiven Jahren des Ministeriums für Stadtentwicklung legen Christoph Zöpel und Karl Ganser alle Planungen von Flächen-Abrissen in den Papierkorb. Sie geben 1984 etliche Millionen, um in Bruckhausen das Wohnumfeld mit Straßen und Plätzen erheblich zu verbessern. Das Ministerium will auch in den 1990er Jahren Gutes tun: unter anderem an der Kaiser-Wilhelm-Straße Fassaden sanieren lassen. Aber die Stadt verschiebt dies immer wieder.

Um 2000 läuft die politische Bestands-Garantie für Bruckhausen ab.

Noch im Sanierungskonzept von 2004 schreibt die EG-DU, dass es keine schlechte Bausubstanz gibt, bis auf vereinzelte vernachlässigte Häuser. Von Leerstand ist keine Rede.

Das Umkippen. Wir haben noch nicht herausbekommen, warum um 2006 der Prozeß umkippt. Wir werden dran bleiben.

Nun wird gelogen, dass sich die Balken biegen: der Ortsteil sei marode. Eine Wende zum Absurden tritt ein: zur Zerstörung. Die EG-DU schlägt Maßnahmen vor, die nicht mehr auf Nutzen, sondern auf Schaden hinaus laufen. 2010 fordert die Bürgerinitiatitive, daß der EG-

DU die Sanierungsträgerschaft entzogen wird, weil sie „an der Auflösung des Stadtteils arbeitet“.

Die staatlichen Würge-Maßnahmen. Vor dem Beginn der Sanierung hatte Bruckhausen Zuwanderung. Dann beginnen Würge-Maßnahmen: strukturelle staatliche Gewalt - von der Stadt unter Mitverantwortung von Land und EU, die sie finanzieren. Sie richten ein Desaster an.

Eine Veränderungssperre wird erlassen – ein Gesetzes-Instrument, das nie vernünftig differenziert wurde. Ursprünglich war es gedacht als Bremse gegen Spekulation und Investoren-Tätigkeiten, um zu verhindern, daß sie in positive Sanierungen dazwischen grätschen. Jetzt aber wird es zur Zerstörung benutzt – das ist tiefgreifend rechtswidrig.

Veränderungssperre heißt: Niemand darf mehr vermieten ohne Genehmigung der Stadt – und die Stadt genehmigt nicht. Die Folge: Viele Familien, die sich kurz zuvor noch ein Haus gekauft haben, vor allem Zuwanderer, hatten dafür Hypotheken aufgenommen. Aber durch das Verbot zu vermieten, können sie die Hypotheken-Zinsen, für die sie ganz normal Miet-Einnahmen kalkulierten, nicht mehr zahlen – sie geraten finanziell in existentielle Bedrängnis. Der Bankrott droht. Da erscheint der Retter – ausgerechnet der Täter, der sie in diese Vorhölle gebracht hatte, und bietet sich heuchlerisch an: das Rathaus will die Familien retten, indem es den Familien die Häuser abkauft. Aber: zum tief gedrückten Preis-Niveau, tief unter Wert. Mit allerlei Gutachten-Tricks.

Auf diese Weise wird vielen Leuten, vor allem Zuwanderern , die Alterssicherung, die sie sich mit Hilfe eines Miethauses erarbeitet hatten, zerrieben. In einer Gesellschaft, die geradezu dazu abgerichtet ist, grausame Tatbestände mit harmlos klingen Worten zu ummanteln, ist es gut, sich den Kern dieser staatlichen Aktion deutlicher zu machen: Dies ist mithilfe eines Gesetzesbruches ein „Sozialverbrechen“.

Zweiter Schlag: Häuser dürfen nicht renoviert und modernisiert werden. Dies ist ebenso grotesk – und entgegen dem Sinn des Wortes Stadtsanierung. Auch damit wird das Gesetz gebrochen – denn Gesetze folgen der Semantik der Sprache – und darin ist Sanierung eine verbessernde Heilung.

Dritter Schlag: Die EG-DU-Leute der Stadt setzen die Leute unter Druck. Sie sagen ihnen: Ihr habt keine Chance, zieht woanders hin, hier wird abgerissen !

Vierter Schlag: Verkauft der Stadt das Haus an die Stadt, sonst wird es enteignet. Aber die Enteignungs-Drohung ist eine illegale Botschaft, denn in noch keinem einzigen Sanierungsgebiet der Bundesrepublik wurde jemals enteignet. Vor Enteignung haben die Bürokratien die Furcht, daß dazu Prozesse geführt werden können, in denen die Stadt lange beschäftigt ist und schlecht aussieht.

Fünfter Schlag: Das Rathaus will mit dem Umlegungs-Recht, das für die Landwirtschaft gemacht ist, auch in der Stadt arbeiten. Aber gegen diesen Schwindel prozessiert Markus Hagedorn, ein mutiges Mitglied der Bürgerinitiative. Er gewinnt den Prozeß gegen die Stadt: Das Oberverwaltungsgericht befindet, daß das Umlegungs-Recht für ganz andere Verhältnisse gemacht wurde: für die Landwirtschaft und nicht für die Stadt.

Viele Menschen lassen sich von den Bedrohungen, die mehr oder minder freundlich-heuchlerisch bis boshaft übergebracht werden, in die Falle jagen. Ein Lockvogel ist die Wegzug-Prämie. Auch sie wird gegen den Sinn der Sanierung d. h. illegal vom staatlichen Sanierungs-Geld gezahlt. Nie wird für die wirklichen Kosten gezahlt. Der eine oder andere braucht aus anderen Gründen schnelles Geld und verzehrt es rasch.

Hinzu kommt, daß es keineswegs leicht ist, anderswo vernünftige Wohnungen zu finden. Die Statistik der Leerstands-Ziffer hilft niemandem – sie fragt nicht nach Qualitäten. Es gibt Leerstand mit äußerst unterschiedlichen Begründungen.

In jedem Fall zahlen die Leute drauf, vor allem weil die neue Wohnung meist erheblich höhere Miete kostet.

Zerstörung der sozialen Netze. Der Mangel an Einsicht und Gefühl staatlicher Autoritäten läßt sich auch daran ablesen, mit welcher Leichtfertigkeit die soziale Dimension übersehen bzw. abgetan wird.

Vor allem wenn Menschen lange Zeit in einem geprägten Bereich wohnen - in Bruckhausen, in Marxloh oder im Max-Taut-Viertel um den Zinkhüttenplatz – haben sich soziale Netze gebildet. Sie gehören zu den wichtigen Lebens-Qualitäten der einzelnen. Behörden und Investoren tun so, als gäbe es das nicht oder es sei völlig unerheblich und daher austauschbar. Es mag ja sein, daß manche Wohlhabende sich weniger dem Ort verpflichtet fühlen, aber es ist in hohem Maße unsensibel, ja ein „Sozialverbrechen", dies auch als Kriterium für Stadtplanung einzusetzen.

Solche Netze haben eine Fülle an Werten, die man einzeln beschreiben kann – gute Literaten sind dazu in der Lage.

Behörden entscheiden gern nach Akten-Lage. Aber man muß sich klar machen, daß dies oft aus einer ganz subjektiven Faulheit und Distanz zu den konkreten Menschen geschieht. Es wäre viel gewonnen, wenn sie zu den Leuten , über die sie entscheiden, gehen und mit ihnen mehrfach reden würden. Über die Ausrede „Keine Zeit" kann man lachen – auch weinen. Wer einigermaßen denken und organisieren kann, wäre in der Lage, jedem nachzuweisen, daß es dafür Zeit gibt – denn Stadtplanung in Stadt-Bereichen dauert stets sehr lange.

Zerstörung von Existentiellem. Im Max-Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz sagten mir mehrere Witwen, wie schlimm es für sie sei, wenn sie fortziehen müssen. Sie kommen dann nicht mehr so häufig zum Friedhof, um mit ihrem Mann, mit dem sie 30, 40, 50 und mehr Jahre zusammen lebten, reden zu können.

Auf welchem miserablen Niveau funktioniert eine Gesellschaft, wenn sie diese existentielle Dimension deshalb nicht begreifen will, weil sie nicht in ihr reduktives Schema von Zahlen als Gewinn und Verlust paßt. Zur Ebene des Sozialverbrechens gehört es, Existentielles als Sentimentalität abzutun !

Menschliche Bezüge. Viele türkische Familien kauften sich in Bruckhausen ein Haus: mithilfe ihres Familien-Netzes - mit größten Anstrengungen. Darin wohnt dann oft die gesamte Großfamilie. Dies ist in den normalen Wohnungen, die der Markt besitzt, in der Regel nicht möglich. Was dann ? Man mag daran ermessen, welches Unrecht solchen Menschen angetan wird. *Die Behörde redet sich auf abstrakte Kriterien heraus, die weltfremd und sozial schlicht unanständig sind. Solche abstrakten Begriffe sind Schwindel: sie täuschen Rationalität und Gerechtigkeit vor – aber sie sind zutiefst irrational und verletzend.*

Man muß darüber nachdenken, was es heißt, daß von den Ausgezogenen 80 Prozent sich im näheren Bereich eine Wohnung gesucht haben. Dies spricht erstens für Bruckhausen und zweitens für die starke Bedeutung der Nähe in den menschlichen Beziehungen.

Das „Sozialverbrechen" besteht darin, eine komplexe sozialkulturelle Welt zu ignorieren und sie – da kommt der Teufel wirklich raus ! - auf Ziffern zu reduzieren.

Ein Un-Verhältnis: Industrie und Stadt

Interesselosigkeit von ThyssenKrupp an der Stadt. Thyssen hat um sich herum, sich Terrain einverleibt - Stück für Stück.

Darüber hinaus aber ist es *grotesk, wie lange ThyssenKrupp an ihrer Umgebung überhaupt kein Interesse hatte. Das umfangreiche eigene Gelände wurde vernachlässigt. Es gibt keinerlei Maßnahme zu irgendeiner Verschönerung.* ThyssenKrupp, das sich wahrlich auf Lobby bis zu tiefen Verfilzungen versteht, machte auch in der Stadt keine Anstalten, etwas

Positives zu tun. Vor diesem Hintergrund wirken die Maßnahmen in Bruckhausen besonders grotesk.

ThyssenKrupp krümmte auch keinen Finger, um die Immeo davon abzuhalten, mit ihrem Thyssen-Erbe vernünftig umzugehen.

Verlust der Maßstäbe. *Der alte Alfred Krupp hatte im 19. Jahrhundert eine Wertschätzung für seine Arbeiter und ebenso für seine Rentner* – aber was kam nach ihm ? Ich erinnere mich daran, als ich mich 1970 im Amt des Landeskonservator Rheinland für die Erhaltung der Siedlung Altenhof I in Essen einsetzte: Da sagte mir der Krupp-Liegenschaftschef ins Gesicht: Das ist Sozialklimbim. – Ich anwortete ihm: Was hätte Alfred Krupp zu Ihnen gesagt ?

Alfred Krupp hätte seinen Wohnbestand wohl kaum an eine Heuschrecke wie Immeo verschleudert. An seinem Beispiel und an dem seines Sohnes Gustav Alfred Krupp kann man im Kontrast die verloren gegangenen menschlichen Maßstäbe ablesen, die wir nun einfordern.

Gleichgültigkeit. „Es ist erstaunlich, daß die Umgebung des angeblich größten Stahlwerks Europas so vernachlässigt ist. Man würde eigentlich vermuten, daß ein solches Werk Wohlstand in seiner Umgebung bewirkt und nicht vernachlässigte Grünflächen und Gebäude." (Markus Hagedorn)

Daraus kann man den Schluß ziehen: ThyssenKrupp war und ist es völlig gleichgültig, wo sie ihre Industrien hat. *Dies ist die uralte grobschlächtige Weise und die neue neoliberale Egomanie solcher Produzenten.*

Dazu gehört aber auch die Rhetorik des Dementierens, des Bagatellisierens, des Ignorierens, des Beschönigens, - und andererseits die dreiste Erwartung, daß die Gesellschaft ein gutes Bild dieser Finanzmächtigen haben soll.

Maskeraden. Weder ThyssenKrupp noch das Rathaus mit Verwaltung und Parteien können in dieser Gesellschaft offen die Tatsachen zugeben und reflektieren, sondern sie wollen dies camouflieren d. h. täuschend verhüllen und ihnen einen schönen Schein geben.

Dies ist leicht, weil man sich in einer verkommenen Sprachwelt mühelos gut klingende Worte greifen kann, ohne sie ernst nehmen zu müssen. Und weil man die Journaille ziemlich leicht in die Hand bekommt. Auch weil die Propaganda in einer Gesellschaft, die von Werbung durchsetzt ist, zur Selbstverständlichkeit im Alltagsleben geworden ist.

Industrie-Feudalismus. Es gibt auch heute noch eine weit über 100 Jahre alte Mentalität des Industrie-Feudalismus. Es gibt sie in der gesamten Bundesrepublik: in der Verfilzung von Wirtschafts-Interessen und staatlicher Tätigkeit. Hier in Duisburg kann man ihren greifbaren Höhepunkt sehen. Hier erscheint sie noch im Zustand des grobianistischen Durchsetzens, das die Industrie-Epoche lange Zeit kennzeichnete. Seit den 1970er Jahren wurde sie in der BRD mit vielen Mühen und Intelligenzen abgebremst. Aber hier im Duisburger Norden läßt sie sich geradezu als ein Museum ihres Grobianismus besichtigen.

Mit Demokratie hat dies nicht viel zu tun. Gewiß gibt es formale demokratische Prozesse, aber sie werden – wie man an unseren Fällen sieht - mit Dreistigkeit und schlitzohrig unterlaufen.

Es gäbe für die Aufsichtsbehörden eine Fülle zu kontrollieren – wenn diese auch nur ein wenig Interesse daran hätten, ihren rechtlich gebotenen Aufgaben nach zu kommen.

Es gäbe auch eine Fülle an Rechtsstreitigkeiten, wenn die Betroffenen das Geld hätten, Prozeß-Risiken auf sich zu nehmen und entsprechende Anwälte zu finden.

Aus diesen Gründen geschieht auch anderswo in Stadt und Land vieles, was nicht geschehen darf.

Aber dann wundern sich die Mächtigen, wenn mal ein mit einer Milliarde gebautes Eon-Kraftwerk wie in Datteln stillgelegt wird, weil ein Gericht darauf pocht, daß Recht auch für die Mächtigen und unabhängig von der Höhe des Kapital-Einsatzes im Namen der Demokratie Recht bleiben muß.

Ein schöner Gedanke, aber . . . dazu kann man sich in Duisburg umsehen.

Expansions-Gier. Markus Hagedorn, der in der Heinrichstraße in Bruckhausen ständig Thyssen vor Augen hat, vermutet, daß es Thyssen mental stets darum ging, sein Terrain nach Gutsherrenart zu vergrößern – also um räumliche Expansion und nicht um eine Bevölkerung, die zum erheblichen Teil ja bei Thysssen arbeitet. Immer schon lag die Stadt ThyssenKrupp zu Füßen.

Markus Hagedorn stellt auch die Wirtschaftlichkeit weiter Thyssen-Flächen in Frage, die seit Jahrzehnten brach liegen. ThyssenKrupp hat vieles nicht auf realen Nutzen angelegt. Man erwartet rationales Denken, aber tatsächlich ist ein erheblicher Teil irrational. Abstrakt. Illusionär.

Herausgeworfene Millionen – Niemand hat etwas davon. Ich habe in der Aktionärs-Versammlung von ThyssenKrupp 2012 in Bochum dem Aufsichtsrat-Vorsitzenden Gerhard Cromme und dem Vorstands-Vorsitzenden Hermann Hiesinger ins Gesicht gesagt, daß sie über 30 Millionen Euro zum Fenster hinaus werfen *– für Null-Nutzen: Thyssen hat von einem Stück Rasen anstelle von Bruckhausen nichts. Auch die Stadt hat nichts davon – niemand gewinnt das Geringste.*

Als Antwort des Vorstands kamen inhaltsleere abstrakte Sätze. Sie gewinnen auch durch ständige Wiederholung nicht an Wahrheit.

Keine Versöhnung von Industrie und Gesellschaft. Der Konflikt zeigt, daß es in Teilen der Gesellschaft auch nach 200 Jahren weithin keine Versöhnung von Industrie und bürgerlichem Leben gibt. Es regiert eine eigentümliche Vorstellung von Sauberkeit: was nicht mehr unmittelbar genutzt werden kann, wird von einer geradezu neurotischen Zwangs-Vorstellung abgerissen. In der Industrie schien es immer schon nach dem Ende der Nutzung im Wege zu stehen, obwohl Abrisse meist nur Brachen von immerwährender Dauer hinterliessen.

In den Ruhrgebiets-Zeitungen wurden jahrzehntelang vor allem in Fotos die Abrisse mit sadistischem Wohlbehagen gefeiert: wenn Zechen-Türme einen Augenblick lang am Fliegen waren . Dann zeigte ein zweites Foto einen Schutthaufen. Eine Woche später war das Gelände so leer, als sei es noch nie von einem Menschen betreten worden.

Aber hatte das Abräumen einen Nutzen ? Stets kostete es viel Geld.

Die IBA sparte in ihren Projekten das Geld für Abriß und investierte es in Erhaltung. Dies erschien umwerfend neu, aber in Wirklichkeit war es eine einfache und sehr realistische Überlegung, die sich als wunderbar produktiv erwies. Einige Kilometer entfernt – auf Duisburger Gebiet – kann man sie bestaunen: im Landschaftspark Duisburg Nord, wo drei Hochöfen mit vielem Drumherum schlicht stehen gelassen wurden.

Industrie-Feindlichkeit. Schauen wir einen Moment auf die Wurzeln dieser Mentalität zurück. In Deutschland entstand in der Industrie-Epoche seit 1800 ein tiefer Riß zwischen Befürwortern und Gegnern der Industrialisierung. Die Gründe waren vielschichtig. Breite Schichten waren Opfer der Industrialisierung: Bauern, bäuerliche Guts-Besitzer, Handwerker, Kleinbürger in den Städten. Im Gegensatz zu England stieg der Adel nicht in die Industrie ein (Ausnahme: Oberschlesien). Die Bürokratien verwalteten den alten Staat und hatten nichts mit der Industrie zu tun. Der finanziell absinkende Adel haßte die wachsende Industrie: Sie war ihm unheimlich, weil sie ihn überholte. Zudem warb sie schlecht bezahlten Land-Arbeiter ab. Der Adel regierte Deutschland. Er beeinflußte breite Bereiche des Bürgertums mit seiner Antipathie gegen die Industrie. Dies hatte besonders starke Auswirkungen auf die Schulen, besonders auf die Gymnasien.

Daher blieben selbst industrielle Manager und Ingenieure in Distanz zu dem, was sie selbst taten – eine Schizophrenie.

An ThyssenKrupp wird verdient, man liegt ihm zu Füßen – aber in Bruckhausen verstehen dieselben Leute nicht, warum es vor dem Fabrik-Tor eine kleine Stadt geben kann. Zumal die Luftprobleme seit einiger Zeit positiv bewältigt sind. Die Bürgerinitiative mit Markus

Hagedorn hat nachgewiesen und zeigt dies im Internet: „daß sich heute die Lage in der Nähe der Industrie kaum negativ auswirkt.“[8]

Die Vorurteile gegen die Industrie spiegeln sich auch in der Planer-Sprache. Eines der vorurteilsbesetzten Worte heißt „Industrienahtlage“. Das Wort ist semantisch ziemlich unintelligent konstruiert.

Es war eine Ideologie, Industrie und Wohnen zu trennen. In den 1970er Jahren wurde sie zugespitzt vom Abstandserlaß einer damals FDP-gesteuerten nordrhein-westfälischen Landesregierung. Diesen Erlaß kassierte 1980 der Minister des neu gegründeten Ministeriums für Stadtentwicklung - Christoph Zöpel. Er wurde auch von seinen Nachfolgern nie mehr angewandt. Bis die Stadt Duisburg um 2008 wieder auf diesen verfehlten Gedanken kam.

Industrie-Kultur. *„Die Route der Industrie-Kultur“ stellt eine Perlen-Kette von Industrie-Denkmälern vor – als Alleinstellungs-Merkmal für die Region und weit darüber hinaus. Dies müßte auch in Duisburg verstanden werden. Die Ignoranz gegenüber dieser Tatsache ist unfaßbar.*

ThyssenKrupp ist die letzte Produktionsstätte für Stahl in der Metropole Ruhr. Das Werks-Areal hat eine Fläche von 9,5 Quadrat-Kilometern – so groß wie ein Stadtteil. Das Wege-Netz darauf ist zusammen gerechnet 70 Kilometer lang. 2012 produzieren noch 4 Hochöfen. Insgesamt arbeiten hier rund 12 000 Menschen.

Wie lange noch ? Fünf Jahre ? 10 Jahre ? *ThyssenKrupp will umstrukturieren. Angesichts dessen wird es immer absurder, Abrisse von Wohn-Vierteln zu planen.*

Vor-Urteile wüten mit Zerstörung

Erst Kolonisierung, dann Wüstung

Die böse Macht zynischer Vorurteile. Die Mitte von Duisburg überzog den Norden mit Vorurteilen. In ihren arroganten Formulierungen stellten sich die Kolonisatoren ihre Bilder der Kolonisierten so her, wie sie es zur Rechtfertigung für ihr schnödes Verhalten brauchten. Die Leute und darüber hinaus alle Welt sollte sehen: So muß man mit Kolonisierten umgehen, sie sind es nicht anders wert, man tut ein gutes Werk, es ist fortschrittlich, wenn man abreißt, weil man dadurch Terrain bereinigt. Jedes Haus, das verschwindet, bringt Duisburg ein Stück weiter.

Der Norden wird mit einem Imperialismus der Mitte überzogen.

Er paart sich mit einem Industrie-Feudalismus der Industrie-Kapitäne, die mit der Arroganz des großen Geldes über die Leute reden. Sie brauchen sie und zugleich wollen sie – immer noch wie im 19. Jahrhundert - nichts mit ihnen zu tun haben. Weil sie sie für arme Schlucker halten.

Die Verachtung der Mitte gegenüber dem Norden hält an. Obwohl sich in der gesamten deutschen und europäischen Gesellschaft viele Menschen und Gruppen bemühen, Vorurteile, Diskriminierungen und Verletzungen abzubauen – und darin viele Erfolge sichtbar sind. Aber die Duisburger Mitte rast heute mehr denn je durch den Duisburger Norden. Sie gibt

[8] www.grüngürtel.info.

hier für Mitteleuropa das rasanteste Beispiel dafür, dass sie am Prozeß des Abbaues von Vorurteilen nicht teilnehmen will.

Sie verbreitet Vorurteile in allen Ebenen. Diskriminiert werden Hartz-4-Empfänger, Rentner, Zuwanderer aus vielen Ländern. Es ist auch eine Art Rassismus, der hier gespielt wird. In vielen Ebenen. In der Politik, in der Verwaltung, in den Service-Leistungen, im Bildungswesen.

Man muß zumindest weite Teile der Bevölkerung im Norden bewundern, wie sie sich mit Tatsachen, die sie selbst erarbeiten, gegen diese Kolonisierung wehren. Sie führen die Vorurteile ad absurdum.

Die Wüstung des Nordens: Leere. Filmriß. Keiner von den Leuten, die seit Jahrzehnten den Norden massakrieren, hat sich jemals angesehen, was nach den bereits durchgeführten Abrissen auf der Fläche geschehen ist: nichts. Leere.

Die „Bauwelt" hat unlängst einen Artikel zum drohenden Abriß des Max-Taut-Quartiers überschrieben mit dem Wort „Wüstung." Dies droht dem Norden.

„Wüstung" nennen Historiker und Mittelalter-Archäologen untergegangene Dörfer.

Sattsam bekannt sind die Sätze, die nicht nur in Duisburg sondern auch anderswo hochnäsig über Stadtbereiche verbreitet werden, in denen Leute wohnen, denen man weniger Wohlstand unterstellt. Der Gedanke läuft keineswegs darauf hinaus, ihnen Wohlstand zu verschaffen, sondern ihre Viertel in irgendeiner Weise zum Verschwinden zu bringen.

Nach dem Abriß soll sich der Wohlstand für die Abgerissenen von allein ergeben. Vom Himmel fallen. Irgendwo, wo die Versprengten Unterschlupf finden.

Aber das kümmert die Täter nicht. Ihre Versprechen waren nur instrumentalisierte Werbe-Fallen.

Ist die Stadt ein Abreiß-Kalender ? Das Verschwinden von Stadtvierteln haben Regierungen von Bund, Land, Städten in den 1960/1970er Jahren mit Milliarden an Steuergeldern durchgezogen. Wer heute alte deutsche Städte aufsuchen möchte, muß eher in den Osten als in den Westen gehen.

Auch Duisburg hat sich nach dem Weltkrieg geradezu in Fortsetzung des Krieges weiterhin selbst zerstört. Und jetzt ist es immer noch am Zerstören, vor allem mit der Wahn-Idee, es könne seine Geschichte im Norden auslöschen.

Im Norden leben die Menschen, die die härteste Arbeit auf sich nehmen. Die Parteien haben keinen Gedanken daran, dass diese Menschen ihre Arbeit für die Gesellschaft getan haben und heute noch tun.

Irrationalität der Vorurteile. Das Zerstörungswerk hat keinerlei rationale Gründe, es beruht auf den Vorurteilen gegen den Norden der Stadt. In diesen Vorurteilen steckt die Fremdheit gegenüber allem, was nicht in die Gutbürgerlichkeit passt. Man muß sich den Zynismus der Begründungen für die Bebauungspläne ansehen: gegen Hartz-4-Empfänger, Rentner, Ausländer, niedere Einkommen.

Auch dies hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. In der Konsum-Gesellschaft kaufen seit 30 Jahren alle Leute – die Armen ebenso wie die Reichen - dieselben gepolsterten Sofas und Stühle, sie haben dieselben Küchen und dieselben aufgepeppten Schlafzimmer. Die Gründerzeit-Fassaden im Norden und im Süden sehen gleich aus. Im Süden gibt es ein paar mehr Einfamilien-Häuser.

Daran läßt sich erkennen, wie tatsachen-blind die Vorurteile sind.

Der Duisburger Norden sieht ähnlich aus wie alle Vororte von deutschen Industrie-Städten. Er hat sogar mehr Grün. Und ist spannender . . .,

---

Das Duisburger Nord-Süd-Problem

Klassen-Denken. Wie sehr die Duisburger Stadtplanung aus dem Geist der Klassengesellschaft stammt, kann man zum Vergleich an folgenden Zitaten lernen.

Frankfurt 1904: „Bei seiner Wohnungspolitik läßt sich Herr Adickes [der Oberbürgermeister] wesentlich von der Absicht leiten, das Proletariat möglichst in die Außenviertel, Nordend, Westend hinter der Galluswarte, Bockenheim und Bornheim zu drängen und die Innenstadt möglichst luxuriös auszugestalten, damit die Fremden, wenn sie vom Bahnhof her in die Altstadt kommen, von Frankfurt einen angenehmen Eindruck bekommen. Wo ehemals ein kleiner, fleißiger Gewerbestand wohnte und sich ehrlich und redlich ernährte, da werden jetzt Prachtbauten errichtet mit luxuriösen Läden, die natürlich ein kleiner Geschäftsmann nicht bezahlen kann. Diese werden mit den Arbeitern mehr und mehr in die Außenviertel gedrängt“.[9]

In Duisburg gibt es – konjunkturentsprechend – nicht einmal diese Prachtbauten – aber das Ziel der Vorurteile deckt sich in der Intention eines Frankfurt im damaligen Klassen-Staat.

Heute jedoch wollen wir keine Klassen-Gesellschaft mehr haben. Demokratie ist keine Gesellschaft, die nach Höheren und Minderen einteilt.

Man wird uns nun mitteilen, dass das Rathaus daran nicht denke. Wir aber sagen dem Rathaus auf den Kopf zu, dass es die Stadt wie eine Klassen-Gesellschaft behandelt. Daß es dabei wenig denkt, wird deutlich an seinem Handeln.

Wer Vorurteile hat, kann sich eine Klassen-Gesellschaft leicht vorstellen. Es ist ein Denken in der untersten Schublade: Das Rathaus meint immer noch, es könne lange nach dem zumindest offiziellen Ende der Klassen-Gesellschaft wie in der Klassen-Gesellschaft handeln.

Wir sind eine zumindest tendentiell egalitäre Gesellschaft. Alle Menschen sind gleich. Die Menschenrechte sind die von uns gewünschte Grundcharta der Welt und auch unserer Gesellschaft. Auf ihnen baut das Grundgesetz auf.

Dazu aber gibt es dreiste Erfindungen, diese Menschenrechte zu umgehen und im Handeln die Klassen-Gesellschaft in der Stadtplanung immer noch aufzuführen. Der Duisburger Norden ist ein Beispiel dafür. Auch in anderen Ruhr-Städten geschieht dies – allerdings nicht so offensichtlich und nicht mit solcher Dreistigkeit wie in Duisburg.

Abgeordnete als Agenten. Das Beschämende daran ist, dass die Abgeordneten aus dem Norden, sogar quer durch die Parteien, dieses Denken der Klassen-Gesellschaft verinnerlicht haben. Weil sie mitspielen wollen, weil sie durch Bravsein persönliche Privilegien in irgendeiner Form erhalten, manchmal auch Geldwerte oder Geld. Daher lassen sie es auch zu, dass ihre Leute, die sie mit irgendeiner guten Hoffnung ziemlich naiv gewählt haben, über den Tisch gezogen werden. Stadt- und Bezirksräte spielen als Agenten die Anführer der Klassen-Gesellschaft.

Ein Brief aus der Toskana an den Stadtbaurat Carsten Tum

Roland Günter schreibt im Juli 2012: Sehr geehrter Herr Stadtbaurat der großen Stadt Duisburg,

ich schreibe aus einem Land, das es nicht mehr geben darf, - nimmt man Duisburger Maßstäbe, zu denen Sie mir in Bruckhausen täglich Beispiele geben.

Wir begegnen auf der italienischen Halbinsel einem Leerstand ohne Ende. Das sieht so aus, als gäbe es in halb Italien keine Menschen mehr. Wenn man mit den Leuten redet, erhält man Antworten, die jeder Duisburger Logik spotten. Der eine sagt, er wohne schon lange in Florenz, aber dies sei sein Haus, weil darin seine Großeltern gelebt hätten. Eine solche

---

[9] O. Zielowski, Die Millionärswirtschaft auf dem Frankfurter Rathause. Frankfurt 1904, 95.

Sentimentalität würde in Duisburg nicht durchgehen. Der andere sagt: Das Haus gehörte seit dreihundert Jahren meiner Familie, steht jetzt leer, aber vielleicht will es einer der Enkel irgendwann mal wieder bewohnen – kann man sich solche Irrationalität in Duisburg überhaupt vorstellen ? Nein, das ist so abseitig gegenüber dem Nutzendenken, das in Duisburg die Verwaltung auszeichnet und das uns lieb und teuer ist. Man kann doch erkennen, dass keiner die Hütte haben möchte – so sieht sie jedenfalls aus. Ich habe gehört, dass man in Duisburg den Bagger holen will, wenn ein Haus leer steht.

Hier scheint sich noch nicht herum gesprochen zu haben, dass der Bagger überhaupt erfunden ist, dieses segensreiche Gefährt zum Säubern von Flächen, auf denen anachronistische Gebilde stehen, die zu Unrecht Häuser genannt werden.

Wie sehen viele Mauern in diesen Städten aus ? Vergammelt. Unverputzt. Ein Labyrinth unterschiedlicher Steine. Runde graue aus dem Fluß, dazwischen ein paar rote Ziegel, alles durcheinander, hier mal geflickt, dort geflickt, nichts aus einem Guß, alles zu verschiedenen Zeiten gemacht, weil keiner den Mut hatte, es runter zu reißen. Manchmal gibt es ein bisschen Verputz, aber der bröckelt ab. Keine Menschenseele scheint sich in Jahrhunderten um die alten Fassaden zu kümmern.

Gibt es hier gar keinen Stadtbaurat wie im gut organisierten Duisburg? Wenn wir durch solche Straßen kommen und hier gibt es nur solche heruntergekommenen Straßen, schütteln wir den Kopf über so viel private und öffentliche Schlamperei. Das ist Italien. Es hatte immer einen schlechten Ruf. Seit Jahrhunderten.

Hin und wieder kommen Leute aus dem Norden, sogar studierte, und wollen den Leuten einreden, dieses heruntergekommene Zeug habe „Charme“. Sie schwafeln von „Atmosphäre“ und von „Patina“. In ihrem Herkunftsland, etwa in Duisburg, kämen sie nicht auf solche absurden Ideen.

Was für ein Paradies war Deutschland bis um 1980 ! Neulich war ein pensionierter Beamter aus dem Ministerium hier. Er sagte, „in der Zeit *vor* Zöpel und Ganser“, na ja, damals, in den 1970er Jahren, habe man kurzen Prozeß mit all dem Zeug gemacht und die alten Städte abgeräumt. Was der Krieg nicht weg kriegte, hätten sie zusammen mit den seinerzeitigen Stadtbauräten bereinigt.

Er guckte sich im toskanischen Ort um und sagte: Schade, dass ich schon zu alt bin, um hier Bauchef zu werden, aber mit dem Unsinn heruntergekommener Häuser würden wir kurzen Prozeß machen.

Dann kam ein grüner Studienrat und meinte, dass hier die Dämmung von Fassaden ein unbekanntes Wort sei. Ein paar Neubauten hätten so etwas, aber das müßten auch all die alten Hucken erhalten, die hier ganze Städte bilden.

Die Einheimischen fanden die Frage komisch und sagten, dass sie dicke Wände hätten, manchmal 45 und 60 cm stark - seit Jahrhunderten. – Da antwortete der Grüne: Was für ein Elend, in solchen Häusern zu wohnen !

Das sieht ja aus wie bei Bolle, dem Duisburger Prolli, meinte unlängst ein Reisender. Er fügte hinzu: Dem werden sie bald das Haus wegreißen.

Dann meinte er, dass wohlhabende deutsche Politiker und ihre Verwalter , die sich emsig um Sauberkeit bemühen, in der Toskana auf den Gedanken verfallen: wer in solchen Häusern wohnt, kann nur herunter gekommen sein. Und man muß an Arme, Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfe-Empfänger denken.

Er konnte sich nicht enthalten, mich heftig zu attackieren: Von Ihnen als Professor hätte ich nie gedacht, dass sie sich in Anghiari mit Ihrem verwahrlost aussehenden Haus auf ein solches Niveau einlassen.

Und neben ihrem Haus stehen leere Wohnungen. Was tun die Leute ? Ich glaube, auch hier gibt es griechische Verhältnisse. Kein Mensch scheint zu arbeiten. Die Reichen sind geflohen. Die Wohlhabenden mögen es nicht, in solchen Vierteln zu leben. Das ist doch Abstieg, Herr Professor ! Ob ich klar bei Verstand sei ? Ach ja, ich sei Rentner und müsse nichts mehr tun.

– Ja, sagte ich, ich bin unproduktiv. Ich schreibe hin und wieder dem Duisburger Stadtbaurat einen längeren Brief.

Er schaute mich erstaunt an: Ist das Ihr Freund ? – Ich antwortete: Kann ich nicht so genau sagen.

Wenn ich das recht vergleiche, sehr geehrter Herr Stadtbaurat Carsten Tum, wird man hier in der Toskana der Rentner ebenso wenig Herr wie in Duisburg. Es gibt davon statistisch viel zu viele. Um den statistischen Durchschnitt zu kriegen, mit dem wir unsere Stadtplanung gern machen, müssten wenigstens 40 Prozent weg. Aber hier kommen die Leute noch nicht auf eine fortgeschrittene Idee, die ich nach Duisburger Modell hierhin weitergeben könnte. Wie kann man sich der Rentner entledigen ? - Erschießen ? - Nein. - Erwürgen ? - Wer soll es denn tun ? - Aushungern ? - Ach, Gott ! - Ertränken ? - Geht auch nicht. - Vertreiben ? Ja daran kann man denken.

Ich sage meinen toskanischen Freunden, dass man in Duisburg für so etwas die Abteilung Stadtentwicklung hat. Ganze Viertel einfach abreißen - das kennen sie hier in der Toskana überhaupt nicht. In Italien macht dies niemand.

Neugierig fragen meine einheimischen Freunde: Sind in Duisburg die Rentner verschwunden ? - Ich muß zugeben, dass man sie in anderen Stadtteilen wieder findet. - Na, dann klappt also die Vertreibung mit Stadtentwicklung nicht. – Ich sage: Dann muß man auch den anderen Stadtteil abreißen. – Und wenn es immer noch Rentner gibt ? – Dann eben noch einen. – Dann ist schließlich die ganze Stadt ausgelöscht – und es gibt immer noch Rentner. Nun ja, manche werden es nicht überleben.

Für Sie, Herr Stadtbaurat, werden solche Gespräche unersprießlich und ärgerlich enden. Am besten, Sie fahren nie hier hin. Hier gibt es kein Verständnis für das, was Sie mit hohem Engagement zum Wohl ihrer Stadt und dem wohlhabendem Teil der Menschheit tun.

Neulich sagte mir ein Toskaner: Bei Euch müsste man, nach der Logik der Duisburger Statistik, auch alle vornehmen Stadtteile abreißen, weil auch dort der Durchschnitt nicht erreicht wird: Dort gibt es zu wenige Rentner, Sozialhilfe-Empfänger, Obdachlose, Arbeitslose, Ausländer. - Ja sagte ich, der Stadtbaurat, will die Statistik nicht für solche Viertel missbrauchen. - Da antwortete der freche Toskaner spitz: Der Stadtbaurat beschränkt die Statistik auf die schlecht beleumdeten Viertel.

Ich fragte im toskanischen Rathaus, ob es auch hier solche Statistiken gäbe. Der Baubeigeordnete guckte mich verständnislos an. Schließlich fragte er, wozu sie denn nützlich wären, es sei doch nur Aufwand. - Ich antwortete: Zum Abreißen. - Er fragte: Was wollen Sie hier denn abreißen ? - Ich sagte, es sähe überall heruntergekommen aus – mit all den Haus-Fassaden. – Was wollen Sie denn mit Statistik ? - Sie ist ein Argumente zum Beseitigen, sagte ich. Statistiken sind Zahlen, daran glauben Politik und Verwaltung ! In Duisburg versteht man dies parteiübergreifend. Auch fachlich sieht man gut aus, wenn man sich nicht umständlich in Sprache ausdrücken muß, sondern Zahlen hat.

In diesem Gespräch war einer dabei, der Max Weber zitierte: Bei Statistiken müsste man denken. Was wollte er damit sagen ?

Seit einiger Zeit kommen in die toskanische Stadt jedes Jahr mehr und mehr Leute: In einer idiotischen Verdrehung nennen sie Anghiari einen der schönsten Orte in der Toskana. Das würden Sie, als Stadtbaurat, natürlich vernünftiger ansehen. Fachlich, dafür sind Sie ja bekannt, spricht alles gegen eine solche Umkehrung. Wie kann man Häuser, die seit Jahrhunderten vernachlässigt wurden, für schön halten ? – und dazu auch noch Filme drehen, wie hier etliche entstanden sind, auch noch für das deutsche ZdF !

Können Sie sich vorstellen, dass hier das Unfassbare geschieht: dass englische, amerikanische, kanadische reiche Leute sich solche heruntergekommenen Bauten kaufen ? Darunter etliche Professoren. Das sind Spinner ! Zugegeben, im Inneren machen sie ein bisschen was. Aber meist reißen sie nicht mal Wände und Treppen raus. Da gibt es Treppen, die Sie längst mit Abriß-Verfügungen zum sicherheitsgefährdenden Baubereich belegt hätten.

Der Landeskonservator läßt hier alles schützen. Gut, dass sich Ihr Duisburger Denkmalamt auf wenig einlässt – auch nicht auf einen besonderen Unsinn: die über 50 Jahre alten Wohn-Bauten von einem Architekten zu schützen, der angeblich einer der bedeutendsten des 20. Jahrhunderts sein soll.

Wie heißt er denn ? – Max Taut. – Nie gehört. – Neuerdings heißt es in Duisburg bei einigen Leuten, es sei der Erfinder der Tautologie.

Ich versuche, Toskanern Denkmalpflege zu erklären. Ich glaube, sie verstehen es nicht. Dann sage ich: Ein aufrechter Deutscher läßt sich von so etwas nicht beeindrucken. Wenn er eine Meinung hat, bleibt er dabei und setzt sie durch - unbeirrt von Einreden.

Diese Fremden kaufen sich hier die unmöglichsten Bauten und lassen dann auch noch die halbe Welt zu Besuch kommen. Ich habe so ein Haus in Anghiari vor 25 Jahren gekauft. Für sehr wenig Geld. Ich hab es nicht verputzen und dämmen lassen. Ich stelle keine Neubau-Ansprüche. Nach Duisburger Ansprüchen sehe ich arm aus. Und herunter gekommen.

Im Laufe der Zeit haben mir etliche Leute das Fünffache des Kaufpreises angeboten, einige sogar mehr, aber ich bin einer von den hartnäckigen Verweigerern einer besseren Welt.

Die Architektin des beauftragten Kölner Stadtplanungsbüros, die in Marxloh Leerstand zählte, und dies an einem untrüglichen Zeichen festmachte, am Fehlen von Gardinen, würde auch mein Haus als Leerstand deklarieren. Denn auch ich habe keine Gardinen an den Fenstern. Hier in Anghiari könnte sie Rekordzahlen ermitteln, denn der größte Teil der Hausbewohner, Besitzer wie Mieter, weigert sich beharrlich, Gardinen aufzuhängen.

Die Verwaltungen und erst Recht die Politik sind hier so lax, dass sie nicht einmal darüber reden. Sie kommen überhaupt nicht auf die Idee, die Leute aufzufordern, Gardinen zu kaufen. Sie lassen hier schlichtweg alles schlüren.

Ich habe den Leuten, die ich hier kenne, von Duisburger Maßstäben erzählt, auch von einem Stadtbaurat, der solche Häuser abreißt. Für dieses Saubermachen erntete ich nicht das geringste Verständnis. Die Leute lachten laut. Ich sagte ihnen, dass der Stadtbaurat in Duisburg ein schweres Amt habe, die Abrisse von Häusern durch zu setzen, weil es auch im Norden verständnislose und fehlorientierte Leute gibt. Sie fragten mich, wie er das macht. Ich sagte: Wenig drüber reden. Ablenken. Eingaben nicht beantworten. Aussitzen.

Meine Frau hält es für ein Zeichen von Anhänglichkeit, dass ich mich auch noch in den Ferien mit Ihnen, Herr Stadtbaurat, beschäftige. Dabei liegt hier ein großer Stapel an Arbeit auf meinem Schreibtisch - im uralten Haus. Es soll aus dem 14. Jahrhundert stammen und ist immer noch nicht abgerissen.

Sehr geehrter Herr Stadtbaurat, sie hätten in der Toskana eine riesige Menge Arbeit. Sollten Sie sich hier mal um eine Stelle bewerben, weil Ihre Frau auf die Idee käme, mehr Sonne zu kriegen, würde ich Ihnen dringend abraten. Sie finden nur renitente Leute. Sie haben ja in Duisburg genug zu tun, die misslungenen Stadtviertel zu säubern und endlich nach dem zeitmäßen Geschmack und Ansprüchen eines wohlhabenden Bürgertums herzurichten, dem Sie sich verantwortlich fühlen.

Wenn ich zurückkomme, werde ich mich umgehend umschauen, wie weit Ihr großes Werk in Bruckhausen inzwischen fortgeschritten ist. Das müsste hier endlich mal jemand verstehen wollen. Bis dahin stelle ich mir vor, dass auch in Anghiari jeden zweiten Tag der Bagger eines dieser unverputzten geschmacklosen Häuser abräumen würde. Wenn ich dann im Oktober erneut nach Anghiari käme, müsste ein Teil der Stadt so sauber sein, wie es nach Duisburger Ansprüchen und auch rein fachlich in Ordnung ist.

Was ist das Problem ? Es besteht im *gesamten* Ruhr-Norden

Das Problem des Nordens von Duisburg gibt es nicht nur in Duisburg, sondern in der gesamten Metropole Ruhr.

Daher gilt unsere Auseinandersetzung den Vorurteilen, die als böse Wolken die Metropole zu vergiften drohen. Dieses Gift gebiert Phantome in Politik, Verwaltung und vor allem Stadtplanung. Bruckhausen droht *überall* an Ruhr und Emscher.

Polarisierte Leitbilder. Die Metropole Ruhr ist durch Deindustrialisierung im Jahrzehnt der 1980er Jahre ökonomisch tief gefallen. Sie erlebte jedoch vor allem mit der IBA Emscher Park und ihren 120 Projekten einen erstaunlichen Aufschwung.

Für diesen Aufschwung gibt es einen Zusammenhang zwischen Marksteinen wie den Bürgerbewegungen, der aufgeklärten Tätigkeit des Städtebauministers Christoph Zöpel mit Karl Ganser (Zöpel-Ära), der IBA-Emscher Park und Initiativen wie RuhrTriennale und Kulturhauptstadt.

Dagegen stehen Leitbilder, die durch Medien der Region ständig zugeredet werden. Was in den Medien und in vielen Politik-Bereichen stattfindet, ist kein Diskurs. Darin wird behauptet, ohne genau hinzuschauen – weder in die Region noch in die Leitbilder. Die Presse-Statements sind Teil eines Machtkampfes. *Er hat nichts mit links und rechts zu tun, sondern mit aufgeklärt oder bequem ignorant.*

Die phantastische Geschichte tatsachen-feindlicher Vorurteile. Am 23. Juli 2012 konnte man um 20 Uhr in der ARD einen französischen Film sehen, der sich in kommödiantischer Weise mit den Vorurteilen des französischen Südens über den Norden von Frankreich ausließ. Er zeigt, in welcher grotesken Weise Menschen, die nichts vom anderen wissen, Lügengeschichten erfinden. Sie stabilisieren sich dann zu einer sogenannten allgemeinen Meinung. Und natürlich werden sie als Wahrheit ausgegeben.

Einen solchen Film könnte man auch über Nord und Süd in der Metropole Ruhr drehen – und besonders über den Norden und Süden von Duisburg.

In solchen Vorurteilen ist der Norden der Nordpol. Und dort ist es so kalt, dass mir die Zehen abfrieren. Die Kinder gucken jeden Morgen, ob sie noch alle Zehen haben. Im Norden leben lauter grobe Barbaren. Sie haben keine Möbel, sondern schlafen auf Strohsäcken. Unter ihnen gibt es viele grimmige Monster. Hinter jeder Ecke lauern Kriminelle. Wer dort hin zieht, ist verloren. Die Jungen und Mädchen werden in den Schulen schlecht behandelt und rächen sich an Mitschülern und Lehrern.

Einen solchen Film kann man grimmig machen oder lustig. Denn: Vorurteile kümmern sich nicht um Tatsachen. Man kann sie jeweils danach abrichten, wie man sie haben will – bei Regen anders als an Sonnen-Tagen.

Die Wirklichkeit ist anders. Als ich mit meiner Familie 1974 von Bonn ins Ruhrgebiet zog, haben uns viele Leute bedauert. Sie meinten, wir fallen unter die Räuber. Sie warnten mich, in der Dunkelheit auf die Straße zu gehen: ich müsste damit rechnen, ausgeraubt zu werden oder in eine Schlägerei zu geraten.

Nun wohne ich seit rund 40 Jahren im Norden der Nachbarstadt Oberhausen: Ich wurde nie überfallen, nie ausgeraubt, weiß bis heute nicht, wie ein Räuber aussieht. Es mag Räuber geben, aber hier nicht mehr als anderswo. *Mit dem Blick auf die Tatsachen fallen die Projektionen zusammen.*

Die Häuser haben hier Gesichter ähnlich wie in den Vorstädten von Köln, Karlsruhe, Frankfurt, Hannover. Die Leute können bei Regen ein wenig mürrisch sein – wie überall, auch in den mediterranen Ländern, wenn es dort regnet. Und bei Sonne sind viele Menschen freundlich. Ich erhalte ehrliche und entgegenkommende Auskünfte, wenn ich nach einer Straße oder Person frage. Die Menschen leben nicht in Löchern oder Hütten, sondern - wie überall - in vernünftigen Wohnungen. Sie haben den Komfort, der ihnen seit 50 Jahren von den Möbelhäusern mit endloser Werbung eingeredet wurde – er ist ja nicht schlecht. Viele haben sogar von der Subkultur der 1970er Jahre manches übernommen.

Ich lernte endlos viele Menschen kennen. Mit Leichtigkeit gewann ich Freunde. Keiner hat mich übers Ohr gehauen. Man spricht von „ruhrgebietsoffen“ und meint damit: Zugänglichkeit, Entgegenkommen, Ehrlichkeit.

Wer ist das Problem ? *Das größte Problem sind die Köpfe der Leute, die vorgeben, Probleme lösen zu wollen, dafür aber weitgehend nur Vorurteile vorweisen – dementsprechend kommt es zu grotesken Fehlleistungen.*

Kern-Frage: Wollen Politik und Verwaltung *überhaupt* Probleme lösen ?

Wer hier Probleme lösen will, muß sich als erstes klarzumachen versuchen, was Vorurteil und was Tatsache ist. Daher ist zunächst das wichtigste Problem: der Kampf gegen Vorurteile.

Statistik-Missbrauch – als Instrument für Vorurteile

Wer Statistiken benutzt, muß denken können, sagt der große Soziologe Max Weber.

Seit den 1970er Jahren werden in der Stadtplanung unentwegt Statistiken zitiert – aber ohne Kontext. Das heißt: Denken kann dort kaum jemand. Der Missbrauch von Statistiken schreit zum Himmel.

Dahinter steckt der Glaube, dass etwas eine objektive Wahrheit ist, wenn dafür eine Zahl steht. Zahl ist Religion – sie scheint auch noch naturwissenschaftlich begründet zu sein.

Aber es gibt kaum eine Statistik, deren Zahlen stimmen, außer in manchen Waren-Lägern von Flaschen und Büchsen.

Erstens: Wer erfaßt die Zahlen ? Und mit welchem Hintergrund ? Meist sind die Zahlen überhaupt nicht deutlich ermittelbar – wie zum Beispiel in Duisburg die leerstehenden Wohnungen. Die Zahlen sind meist falsch. Es ist unehrlich, sie zu glauben.

Zweitens: Viele Fragen, nach denen gezählt werden soll, sind falsch gestellt.

Drittens: Die Zahlen brauchen Interpretation – diese wird meist gedreht und gewendet, wie ein Interessent es für seinen Zweck gerade braucht.

Viertens: Es werden oft Durchschnitts-Werte gerechnet. Beispiel: Ein Mann wollte mit Gummistiefeln durch einen Fluß gehen – und ertrank. Warum ? Man hatte ihm gesagt: Der Fluß ist im Durchschnitt 50 Zentimeter tief. *Der Durchschnitt sagt gar nichts. Er ist eine abstrakte Fiktion. Es geht um Fälle. Jeder ist individuell.*

Oder: Wer die eine Hand in den Eis-Schrank hält und die andere in den Ofen, kann sich wohl kaum gut fühlen[10].

Ein grotesker Fall ist die Frage des Leerstands im Duisburger Norden. Man muß sich fragen und wundern: Warum wird danach überhaupt gefragt ? Es gibt keinerlei wirkliche Ermittlung. Wo ermittelt wird, wird Unsinn erzählt: Das Kölner Büro des Doktor Jansen zählte in Marxloh Fenster ohne Gardinen, hält dies für Leerstand, macht daraus eine Durchschnitts-Ziffer – alles unmethodisch und dadurch grotesk. Dann instrumentalisiert die Behörde eine solche unbrauchbare Untersuchung, die den Namen und das Geld dafür nicht verdient, als Argument für Abriß. Das Büro weiß natürlich, daß es dem Mißbrauch zuliefert – dafür erhält es seine Bezahlung.

Zudem werden die Statistik-Ziffern meist nicht in Vergleich gesetzt – und wenn dies doch mal geschieht, in oft falsche Vergleiche, die irgendeinem Interesse dienen.

Was sollen solche Zahlen? Besoffen von Zahlen ohne Sinn: In Gesamt-Duisburg sind 45 Prozent der Gebäude Geschoßwohnungsbau aus der Zeit von 1949 bis 1968 ? Es sind mehr Wohnungen älter als der Landesdurchschnitt. „Insgesamt verfügt Duisburg im Jahre 2009 über einen Bestand von rund 262.600 Wohnungen. Eine Wohnung hat durchschnittlich drei bis vier Zimmer inclusive Küche und eine Wohnfläche von 71 qm: Der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch pro Kopf ist in Duisburg mit 37, 6 qm (2008) niedriger als der Landesdurchschnitt mit 40, 4 qm und der Durchschnitt aller kreisfreien Städte in Nordrhein-

---

[10] Zur Statistik kritisch: Walter Krämer, So lügt man mit Statistik. Frankfurt 1991.

Westfalen mit 38, 9 qm."[11] Diese Zahlen sagen nichts aus. Man kann daraus so gut wie nichts interpretieren. Aber in dieser Weise arbeitet Planung, die nichts wert ist.

Denkfähigkeit ? Das Rathaus verkündete 2006: „ . . . ist [in Bruckhausen] festzustellen, daß der Anteil an Haushalten, die finanzielle Unterstützung durch Sozialleistungen beziehen, über dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegen". Ein solcher Satz dient dann zur „Rechtfertigung" für „Stadtumbau" – im Klartext zur Zerstörung des Stadt-Viertels. Nutzt dies einem einzigen, der Sozialleistungen empfängt ? Verschwindet ein einziger ?

Welchen Sinn hat diese statistische Feststellung ? Erhalten die Leute nun mehr Geld ? Keineswegs. Wenn sie günstige Miet-Wohnungen verlieren, wird ihnen Geld genommen.

Denkfähigkeit wäre, wenn das Rathaus folgende Einsichten hätte.

Erstens: Soziale Probleme lassen sich nicht durch Städtebau und Architektur lösen.

Zweitens: steckt in der These die schlimme Diskriminierung, daß Sozialleistungen ein Manko sind. Sozialleistungen gehören zur Normalität des gesellschaftlichen Lebens.

Drittens: muß man differenzieren, daß es viele Weisen von Sozialleistungen gibt. Zu den Unworten gehört auch das Wort „Transferleistungen". Es ist ebenfalls eine hintergründige neoliberale Diffamierung.

Viertens: Der Durchschnitt ist eine alberne Fiktion, die nichts aussagt. Er bewertet nach unten: Er assoziiert ein fiktives Kollektiv, aber mit dieser Abstraktion kann man nichts Vernünftiges anfangen – nur ein Vorurteil bedienen.

Fünftens: Dies wird noch getoppt mit der Idioten-Idee, man müsse und könne mit Planung einen Teil dieser Menschen unterhalb des sogenannten Durchschnitts verjagen, um den Durchschnitt zu erreichen.

Sechstens: Wo bleiben die Leute, die vertrieben werden ? Sie verschwinden doch nicht vom Erdboden. Übrigens „verderben" sie dann anderswo die Statistiken. Eine Groteske.

Siebtens: soziale Probleme muß man mit ganz anderen Mitteln lösen.

Achtens: Es gibt soziale Probleme, die gar keine sind – zum Beispiel das Dasein als normaler Rentner. Man diskriminiert Menschen, die Renten oder Pensionen beziehen, sowohl Arbeiter wie Lehrer oder den Bürgermeister in Rente, wenn man sie zu sozialen Problemen deklariert.

Neuntens: Viele soziale Probleme sind gelöst, wenn man sie pragmatisch so nimmt, wie sie sind. Zum Beispiel kann man Behinderten die Behinderung nicht nehmen, aber man kann ihnen die Umstände verbessern.

Das Problem sind die sogenannten Experten, die nicht in der Lage sind zu erkennen, wie ein Problem wirklich aussieht – im Kontext.

Der größte Fehler der Statistiken: Sie nimmt keine Menschen wahr , nur Zahlen. Statistik täuscht über Menschen hinweg. Der Statistik-Wahn hat mit dem „Verschwinden der Menschen zu tun" (Jean Foucault, Elfriede Jelinek). In Statistiken wird nicht ein Funke an Geist angezündet. Aber: Man muß doch wissen, daß es sich um Menschen handelt – um *einzelne* Menschen. *Kein Mensch ist der Durchschnitt. Durchschnitt ist eine Abstraktion. In Statistiken geht der konkrete Menschen unter.*

Wirtschaft und Statistik. Im Unfug des Statistik-Verbrauchs steht ganz vorn die Behauptung, das Wichtigste für eine Region sei die Wirtschaft. Ohne deren Bedeutung zu unterschätzen, muß man jedoch *heftig dagegen protestieren, sie zum Maß aller Dinge zu machen.*

Gerade die dezentrale Metropole Ruhr demonstriert, dass nach dem Absturz in den 1980er Jahren seither *mentale und kulturelle Strukturen erheblich wichtiger sind*. Bei genauem Hinschauen bestimmen sie auch vieles in der Wirtschaft.

Bislang gibt es dazu keine Untersuchungen.

Die individuellen Meinungen über Wirtschaft lassen sich nicht zu Statistiken vereinfachen.

---

[11] Entwurf Strategie Wohnen und Arbeiten. Duisburg 2027. o. O. und J. [um 2010], S. 90/91.

Meist bekommt man nur Ergebnisse durch Fallstudien mit Tiefen-Interviews.

Dies ist Aufwand – die Wissenschaften scheuen ihn. Sie lieben die weniger teuren Verallgemeinerungen – aber diese sind unwissenschaftlich.

Die Medien haben kein Interesse an Tiefen-Interviews als Fallstudien – sie sind nicht auf Probleme, sondern auf Klischees orientiert, die sie mit Zahlen beweisen wollen - beides ist Unsinn, wird aber, weil es bequem ist, häufig vorgeführt.

Zum Beispiel in den vielen Behauptungen über die Metropole Ruhr. *Diese Metropole ist jedoch weithin anders als behauptet*[12].

Was Statistik ausläßt. Die Methoden der Beurteilungen bewegen sich fast stets im engen Raster einer einzelnen Disziplin – ohne Frage nach Kontext, nach Ausgelassenem, nach Historizität. Die Ziffern stimmen nicht, aber sie werden in der Öffentlichkeit zum Beleg von Killer-Sätzen gemacht. Dabei bleibt außen vor, was mit anderen Methoden untersucht werden müsste: Daß es auch andere Wirtschafts-Systeme in der Bevölkerung gibt – mit Stichworten wie kleine Kreisläufe, unkonventionelle Selbstbeschaffung, Tausch, Hilfen. Dies kann man nie in Zahlen fassen, aber es ist existent und in mancherlei Weise wirksam. Als Grundlage der Forschung muß die komplexe Wirklichkeit gelten, nicht was sich bequem darstellen lässt.

Ein zweites Beispiel für eine kurzschlüssige Methode im Umgang mit Zahlen bzw. Statistik: Im Tourismus-Bereich findet wenigstens ebenso viel Bewegung statt in Bezügen zu Verwandten und Freunden, weshalb die Statistik der Übernachtungen nur einen Teilbereich bezeichnet.

Dementsprechend werden die Potenziale vieler Tätigkeiten von Menschen übersehen. Aber sie finden statt. Daher ist es wichtig, solche Potenziale wahrzunehmen und zu beschreiben. Aber dies ist nicht mit Statistik möglich.

Statistik wird als ein Täuschungs-Mittel benutzt: Es soll davon ablenken, wie ignorant Interessenten gegenüber komplexer Wirklichkeit sind. Sie stellen eine Zahlen-Magie vor, um Komplexität zu bagatellisieren und um ihr jeweiliges Interesse über alles als das Wichtigste darzustellen.

Den Statistiken und Statements von Interessengruppen darf man nichts mehr glauben. Sie mißbrauchen in breitem Ausmaß Wissenschaften, die dann methodologisch Fehlerhaftes produzieren und damit Wissenschaft instrumentalisieren.

Am besten vergißt man Statistik – sie taugt fast nie zu etwas, außer zum Mißbrauch.

Wiederaufnahme von Vorurteilen: im Speer-Plan

Vor wenigen Jahren schleusten hinter den Kulissen einige einflussreiche Leute in der Landeshauptstadt und in Ruhr, die sich nicht zu erkennen gaben, Albert Speer jun. ein: Er soll einen Masterplan machen. Die Leute hinter den Kulissen hatten immer noch die Illusion, der Architekt sei ein Großplaner der Welt.

Sie hätten sich zuvor kundig machen können: Sämtliche solcher Planungen in Ruhr waren gescheitert. Eine Komplexität wie diese Region läßt sich nicht als Gesamtes planen.

Dagegen setzte Karl Ganser eine ganz andere Methode: seine 120 Projekte waren so etwas wie Akupunktur. Beispiele. Für unterschiedliche Themen. In unterschiedlicher Weise. Sie sollten eine Ausstrahlung haben.

---

[12] Siehe dazu: Roland Günter, Andere Kriterien für Ruhr. In: Ludger Basten (Hg.), Zwischen Basel, Bochum und Toronto. Einblicke in die Geographie postindustrieller Stadtentwicklungen. Münster 2010. 239/274. - Auch in: www.deutscherwerkbund-nw.de, Artikel.

Der Kern der Speer-Planung waren zwei Behauptungen. Erstens: Die Mitte der Region (die es überhaupt nicht gibt, assoziiert wird die Hellweg-Zone) soll als Stärke mit Stärke von der Landesregierung gefördert werden . Zweitens: Der gesamte Ruhr-Norden sei als marginal einzustufen und könne vernachlässigt werden. Er empfahl, die öffentlichen Förderungen für den Norden von Ruhr zu reduzieren – es lohne sich nicht.

Mit dieser These nahm Speer jun. im Wesentlichen das alte Zweiklassen-Vorurteil wieder auf, das mit viel Mühe in der Zöpel-Ära, vor allem durch die daraus entstandene IBA, mit Erfolg beseitigt worden war. Die Touristen gehen heute vorwiegend in den interessanten Norden.

Man sieht: der „große Planer" weiß nichts von Ruhr, das eine dezentrale Metropole ist. Er senkte sein zentralistisches Leitbild ein – es entspricht keinerlei Tatsachen, ist völlig undurchführbar, man versuche doch mal Essen und Dortmund zu zentralisieren. Der Planer merkte auch nicht, wie zynisch er sich gegenüber der Region verhielt, die er in Stücke zerlegen wollte. Er warf sich in die Pose der Autorität und stellte Behauptungen auf.

Die Vorstudie, für die wohl auf Anweisung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers das Ministerium Bauen und Verkehr 200 000 Euro ausgab (der folgend gedachte Masterplan sollte weitere 800 000 kosten), wurde zunächst geheim gehalten, offensichtlich um die Sache strategisch erstmal „politisch fest zu zurren" (Polit-Jargon).

Das Vorhaben mißlang: Im Internet publizierte „Ruhrbarone.de" die Planungs-Absicht - zunächst mit einem naiven positivem Kommentar. Der NRZ-Journalist Stephan Hermsen schrieb darüber - mit dickem Fragezeichen. Ich erhielt eine Interview-Chance in der NRZ und kommentierte das Vorhaben sehr kritisch.

Der Deutsche Werkbund NW veröffentlichte auf sieben Seiten eine Argumenten-Sammlung gegen die Speer-Planung[13]. Er versandte sie an sämtliche 53 Bürgermeister des Regionalverbands und an weitere Personen und Institutionen. Er klärte alle 53 Kommunen über den zynischen Unsinn auf. Er wies darauf hin, daß die IBA mit ihren 120 Projekten den Norden hochgebracht hat – so attraktiv machte, daß die Touristen aus aller Welt in den Norden gehen.

Dies war strategisch sehr wirksam. Sofort entstand eine einhellige Ablehnung. Damit war der Plan Speer erledigt.

Karl Ganser kommentierte: Die Werkbund-Argumente sind „total richtig".

Alle Großplanungen solcher Art dienten seit den 1960er Jahren dem Abriß. Der Speer-Plan – hätten ihn die Ruhr-Autoritäten akzeptiert und umzusetzen versucht - wäre für viele Verwaltungen und Politiker ein Freibrief für Zerstörung geworden.

Ein neuer Klassenkampf von oben – statt Gleichheit

Stände-Gesellschaft. Wir hatten jahrhundertelang in Europa eine Stände-Gesellschaft, die die Ungleichheit der Menschen etablierte und zementierte.

Dagegen entstanden viele Bewegungen, um sie aufzuheben – mit dem Ziel einer zumindest annähernden Gleichheit der Menschen. Diese unendlichen Mühen hatten große Erfolge, um die uns die Aufgeklärten der Welt beneiden.

In diesen Bewegungen gab es aber auch große Irrtümer. Sahen jahrhundertelang die „Oberschichten" auf die „Unterschichten" (was für eine Sprache !) herab, drehte eine weltweite Bewegung dies um – vergessend, was das Ziel der Emanzipation war: nicht „Diktatur des Proletariats", sondern Gleichheit der Menschen. Diese Bewegung scheiterte.

[13] Deutscher Werkbund NW, Argumente gegen den Speer-plan. www. deutscher-werkbund.de/blog/wp-content).

Immer noch haben wir es „klammheimlich“ oder offen mit den Folgen der Stände-Gesellschaft zu tun: dass die Reichen nicht nur heftig die Zahl der Armen vermehren, sondern auch ihre Verhältnisse in vielerlei Weise schwieriger machen. Wohlhabende schauen auf weniger Wohlhabende herunter – und reden die Menschen, ihr Aussehen, ihr Verhalten, ihre Milieus, ihre Stadt-Bereiche schlecht.

Bürger-Krieg. Dies nenne ich einen schwelenden Bürger-Krieg.

Die Folgen der Diffamierung kann man sehen. Im Norden von Dortmund läßt man den Leuten nicht den Aufwand an Stadtreinigung zukommen, der ihnen nach dem Gleichheits-Grundsatz zusteht. Ähnlich ist es mit der Sicherheit: die Funktion der Polizei ist dort eingeschränkt. Man kann dies weiter durchsuchen und findet, dass das Schlechtreden eine Menge praktischer Folgen hat. Da wirkt immer noch der Klassenkampf – aber von oben. Von unten ist er längst beendet. Aber von oben läuft er unter allerlei Maskeraden weiter – und hat böse Folgen.

Diskriminierung durch Mittelschichten-Kriterien. Völlig abstrakt wird zur Norm ein Mittelschichten-Bild deklariert, das angeblich „sozial schwache“ Familien“, „Gastarbeiter“, „Ausländer“, ja sogar „Rentner“ und „alte Menschen“ tiefgreifend diskriminiert. Es wird nicht reflektiert, daß es sich nicht „um sozial schwach“ handelt, sondern um „*finanz*schwach“. Und daß noch lange nach dem Nationalstaat und seiner Zuspitzung im NS-Staat in den Köpfen der sogenannten Entscheider und Pseudo-Wissenschaftler ein um Jahrzehnte rückständisches Bild herrscht.

Auch Statistik wird missbraucht: Es heißt, dass in Bruckhausen davon *zu viele* leben – ohne sich klarzumachen, dass es dafür überhaupt kein vernünftiges Kriterium gibt.

Die Vorurteils-Bilder werden nach Gutsherren-Art verwandt. Diese zurecht gezimmerte Unlogik wird „natürlich“ nicht in den sogenannten besseren Viertel im Süden von Ruhr angewandt. Sie könnten in anderer Weise als „asozial“ angesehen werden: weil sie überdurchschnittlich viel Fläche beanspruchen, viel zu dünn besiedelt sind, viel zu viel Einkommen haben und überproportional städtische Infrastrukturleistungen beanspruchen. Wir vergleichen Nord und Süd, um den Unsinn dieser Statistik zu zeigen – und ihre Finalisierung auf ein Mittelschichten-Vorurteil ad absurdum zu führen.

Doch diese pseudowissenschaftliche und methodisch verfehlte Statistik wurde in den 1960/1970er Jahren, überall in der BRD angewandt, um den Abrisswahn zu legimieren. Erwähnt soll auch werden, dass mit dieser Pseudosoziologie viele Hochschul-Lehrstuhlinhaber und private Planungsbüros sich mit solchen „Gutachten“ goldene Nasen verdienten. Mit Gutachten, die in Wirklichkeit dem Schlechtachten dienten. Ein Bündnis von methodisch völlig ungeschulten Stadtplanern und Architekten mit verfilzten politischen Banden in Parteien und Parlamenten bejubelte diesen fatalen Missbrauch und die Instrumentalisierung der Wissenschaft.

Der Unsinn kehrt nach 30 Jahren zurück. Man kann ihn heute erneut im Duisburger Abrisswahn sehen. Hier ist der Unsinn nach rund 30 Jahren zurückgekehrt – ein unbegreiflicher Anachronismus. Verwalter und Politik haben offensichtlich nichts gelernt aus den Kämpfen der vorhergehenden Generation. Was haben sie überhaupt gelernt ?

Menschen verschwinden nicht so einfach. Die ideologisch angesetzte Mittelschichten-Norm fragte (und fragt) nicht danach, was denn mit den drei Gruppen, den Finanzschwachen, den Zugewanderten und den Menschen ohne Lohnarbeit, geschehen soll. Politik und Verwaltung dekretieren in Bruckhausen (nachlesbar in der Bebauungsplan-Begründung) ihr Verschwinden – kurz und bündig nach dem Motto: Hier gehört ihr nicht hin ! Tatsache: Es gibt sie doch !

Alle sind Menschen, auch diese Diskriminierten. Seit der Grundsatz der Gleichheit formuliert wurde, schon vor nahezu 200 Jahren, musste man darüber nachdenken.

Politik und Stadtplanung machten sich keine Gedanken nach dem Wohin. Irgendwohin ? Lösen sich diese Menschen auf ? Sie werden doch wohl nicht umgebracht: vergiftet, ertränkt,

erschossen ? - Nein das nicht, aber dass alte Leute darüber sterben könnten, interessierte die Interessenten nicht. So geschah es aber in vielen Fällen.

Woher nehmen sich Politiker und Verwalter das Recht (nein: das Unrecht), zu dekretieren, dass Mieter, die verdrängt werden, anderswo mit Selbstverständlichkeit einen erheblich höheren Betrag für die Miete bezahlen müssen – was Folgen hat: eine Reduktion von Lebensqualitäten.

Die erweiterte Version. Die stadtplanerische Vorgabe der Mittelschichten-Norm formuliert erneut eine Vorstellung von Klassenkampf. Klassenkampf von oben. Er richtet sich jetzt gegen die unter dem Aspekt der Macht sogenannten „Schwächeren" in der Gesellschaft.

Dieser Teil der Gesellschaft wird erweitert: Dazu gerechnet werden nun auch die Zuwanderer. Dies entspricht nach wie vor einer tiefgreifend fremdenfeindlichen Tradition, die es seit Jahrhunderten gibt, die aber in der NS-Zeit mit dem Bild des rassisch ungemischten Deutschen bis hin zum „Untermenschen" noch aggressiver bis todbringend verschärft wurde.

Man kann in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts und heute diese Menschen nicht wegschicken, aber man gibt ihnen und den Einheimischen zu verstehen, dass man sie nur in minimaler Hinsicht akzeptiert, sie darüber hinaus aber nicht für wünschenswert hält.

Diskriminierung von Rentnern. Auf gleicher Höhe zynischer Menschenverachtung bewegt sich die Einschätzung von Rentnern und alten Menschen – nachlesbar in der „Begründung des Bebauungsplanes. .

Rentner haben keinen Nutzen mehr für ein Bild von Wirtschaft, das einzig Verwertbarkeit gelten läßt. Vergessen sind die Mühen, unter denen Menschen in und nach den Katastrophen des Jahrhunderts jahrzehntelang arbeiteten. Nicht nur zum eigenen Überleben, sondern auch für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Landes. Vergessen, dass ihre Rente kein Almosen ist, sondern ein Teil ihres Arbeitsentgeltes, das für spätere Zeiten zurückgelegt wurde.

Vom „nutzlosen Menschen" zum „lebensunwerten" ist nur ein Schritt – zumindest in der Einschätzung. Wer denkt bei der Diskriminierung der Alten nicht an die furchtbare Hypothek der deutschen Geschichte, wo mit der Ideologie des „lebensunwerten Lebens" die ungeheuerlichsten Verbrechen begangen wurden.

Krupps Hochachtung für alte Leute. Alfred Krupp hatte einst Hochachtung für die Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet hatten. Dafür ließ er gute Wohnungen bauen - zum Beispiel die exzellente Siedlung Altenhof in Essen. Thyssen und Krupp fusionierten, dann warfen sie ihren gebündelten Wohnungs-Bestand den Heuschrecken vor. Dazu gehört das Max-Taut-Viertel, das nun von sehr vielen Thyssen-Rentnern bewohnt wird – aber unwidersprochen vom Investor, der es abreißen will, diskreditiert wird: „Da wohnen doch nur Rentner."

Integration oder Desintegration ?
Deutsch – Deutsch hat so viele Probleme wie Türkisch – Deutsch

Der Kern. In der „Süddeutschen Zeitung" schreibt Chefreporter Stefan Klein eine Seite über Sarrazin. Er stellt die unterschiedlichen Einstellungen zur Frage der Einwanderer am Beispiel der Reaktionen auf Sarrazin dar – literarisch, wie es auf Seite 3 zugehen darf, womit manche Einsicht jenseits des gewöhnlichen Zeitungs-Genres ermöglicht wird. Ich will mich jetzt nicht damit beschäftigen, was alles insgeheim oder offen hinter den unterschiedlichen Ideologien von dem steht, was kreuz und quer über das Problem gesagt wird. Ich stelle vorweg, was ich für den

Kern der Sache halte. Alle, die gekommen sind und die kommen und die nach uns kommen, sind Menschen.

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, um zu begreifen versuchen: Was ist ein Mensch ? Tiefes Nachdenken ist notwendig: Was ist der Kern eines Menschen ? Mal nicht danach sehen wie arm oder reich er ist, wie eitel oder bescheiden, welche Sprache er spricht oder nicht - Menschsein ist das höchste Gut.

Daher haben wir die Todesstrafe abgeschafft. Dies ist der Grund für die Menschenrechte. Sie sprechen von der Würde des Menschen. Es ist die Würde von *jedwedem* einzelnen Menschen. Aus dieser Sicht wurde der Rechtsstaat konzipiert. Dies war das Fundament des Christentums: Der Mensch ist Gott ähnlich. Ebenso ist dies das Fundament für die Wurzeln der Aufklärung. Das Fundament der Gerechtigkeit.

Dies alles wird von vielen Seiten mit Füßen getreten. Vor allem mit dem Versuch, den Menschen von seiner Verwertbarkeit her zu formulieren.

Verwertbarkeit. Verwertbar für Betriebsabläufe. Verwertbar für Ausplünderungen vieler Art. Verwertbar als Zähl-Material für Mehrheiten. Verwertbar für Quoten. Verwertbar für Marketing. Verwertbar für Militär und Kriege.

Durch die Geschichte ziehen sich als ein grauer Faden die tausend Versuche, Menschen zu verachten – indem Machthaber aller Sorten nur auf ihre Verwertbarkeit zielen und sie daraufhin abrichten.

Abrichten. Anders kann man kaum beschreiben, was in unseren Bildungs-Systemen geschieht. Darin werden Menschen unter sehr engen Aspekten angeschaut. Nicht auf ihre Humanität hin, sondern auf die Einpaßbarkeit in eines der vielen Verwertungs-Systeme. Und wo das nicht paßt, spricht oder denkt man sich: Nicht verwertbar.

In Amsterdam sagte mir ein Mann in einem Café: Die Kinder der Zuwanderer haben in den Schulen weitaus schlechtere Noten als die Einheimischen. – Ich fragte: Welchen Schluß würden Sie darau ziehen ? – Er antwortete nicht, aber ich las an seinem Gesicht, daß es ihm am liebsten wäre, wenn es diese Menschen in seinem Land nicht gäbe. – Ich sagte: Es gibt diese Leute. Man kann sie nicht wegjagen und nicht verschwinden lassen. – Was würden Sie tun ? fragte er mich. Ich sagte: Wenn ihre Schul-Leistungen geringer sind als die der Einheimischen, würde ich für sie das Doppelte an Lehrern einstellen. Das ist natürlich nur ein Teil der Problemlösung. Denn der Lehrer muß gut sein, sonst kann man so viele Lehrer einstellen wie man will und kommt nicht weiter.

Ich befrage das Problem anders. Sind wir selbst nicht weit mehr das Problem als die Zuwanderer ? Warum ? Weil wir als ein reiches Land unfähig sein wollen, uns selbst und unser Bildungs-System so zu strukturieren, daß es sich dieser Menschen annimmt - im menschlichen Kern, der das Zentrum des Bildungs-Systems sein soll. Wir sind die Opfer eines betriebswirtschaftlichen Denkens: einer ganz engen Nutzung.

Viele Weisen des Nutzens. Ich habe nichts gegen Nutzen. Jeder Mensch kann nützlich sein – aber es gibt sehr viele Weisen des Nutzens. Den Lehrer, den Pastor, die Krankenschwester darf man nicht dem betriebswirtschaftlichen Nutzen unterwerfen, sondern man muß ein ganz anderes Denken dafür entwickeln, wo sie Nutzen haben.

Wenn man im Krankenhaus den Nutzen einführt, wie ihn viele Betriebswirte im Kopf haben, gibt es kein Mitgefühl, keine Freundlichkeit, keine Menschlichkeit für die Menschen, die dort leiden. Dann sagt man im nächsten Schritt: Leiden ist nutzlos.

Dieses Nutzen-Denken ist eine Spirale der Zerstörung. Was der Kern einer menschlichen Menschheit ist, wird zum selten werdenden Luxus-Produkt, das man schließlich nur noch von anderen Menschen erhält, - wenn man viel Geld hat oder zufällig Glück. Dadurch wird die Welt absurd, brutal, zynisch, heimtückisch – alle Zivilisiertheit bleibt auf der Strecke.

Vision: Sich der Menschen annehmen. Das Problem sind erstmal wir selbst und dann erst die Leute, die kommen.

Was können wir tun ? Welche Vision kann man haben und zu realisieren versuchen ? Stellen wir uns vor, dass wir viele Menschen beschäftigen, die sich der Zuwanderer zugewandt annehmen und ihnen das zeigen, was zum Leben in diesem Land hilfreich ist. Sprache. Fertigkeiten. Wie können auch sie mit Menschen umgehen, die ihnen zunächst fremd sind – denn für Zuwanderer sind auch wir erstmal Fremde.

Ich höre sogleich: Wenn für das normale Bildungs-System zu wenig Geld da ist, wie kann es dann so viele weitere Helfer und Lehrer geben ? Es gäbe kein Geld dafür.

Es ist aberwitzig, dass über Nacht Milliarden zur „Rettung" von Banken beschlossen werden. Plötzlich ist das Geld da. Angeblich, weil sie „systemrelevant" sind. Zuwanderer sind ebenso systemrelevant wie das Bankwesen.

Systemrelevant sagen unsere Obrigkeiten über die Banken, mit denen sie in innigem Einvernehmen sind, weil Banken Macht durch Geld haben. Aber die Menschen sind weit mehr systemrelevant. Sie bilden die Gesellschaft, die Banken erst in vierter Linie.

Von Bildung reden alle – aber der eine nur für eine weitere Vermehrung des egomanen Nutzens, der andere, damit seine Kinder für den Jahrmarkt der Geltung, sprich Eitelkeit, besser eingerichtet werden, der dritte, weil es an Facharbeitern fehlt und man daher mehr ausgebildete junge Leute braucht.

Das Problem sind wir. Wir sind zu geizig, mit uns selbst menschlich umzugehen – und erst recht mit denen, die gekommen sind. Wir haben zu wenig Übersicht – weder in unsere Geschichte noch in eine vermutete Zukunft.

Wer will nicht integrieren ? Es erscheint bequemer, auf die Angekommenen mit den Fingern zu zeigen. Zu sagen: Sie wollen sich nicht integrieren. Dies stimmt nur für einen sehr kleinen Teil.

Aber wollen *wir, die Einheimischen*, sie denn integrieren ? Ein erstaunlich großer Teil der Einheimischen ist abweisend.

Wollen die Einheimischen sich integrieren in eine Gesellschaft, die schon seit einiger Zeit nicht mehr so ist wie die anachronistischen Vorstellungs-Bilder von Deutschen ?

Natürlich gibt es „deutsch" – aber anders als vor 50 und 100 Jahren. Nicht versumpft im Nationalismus, manchmal sogar Rassismus, sondern offen, in Synergie mit anderen und mit Neuem, das hinzu kommt und wächst.

Das ist nicht ganz neu, es war im Kaiserreich und danach verengt auch Ausschließlichkeit und überheblich bis zum Größenwahn geworden.

Herkunft ? Schaut man – zum Beispiel auf den Grabstätten eines Friedhofs - die Namen an, dann entdeckt man, dass die Namen der Einheimischen ihre Herkunft verraten, vor allem in den Städten und in den industriellen Ballungsgebieten.

Ihre Vorfahren kamen aus Polen. Aus der Tschechei. Vom Balkan. Aus den Niederlanden. Mein Freund Bernhard Schimmelpfennig hatte Vorfahren, die aus den Niederlanden nach Ostpreußen gingen - und jetzt ist er hier. Die Enkel der Zuwanderer, die inzwischen respektierte Mitglieder dieser Gesellschaft sind, heißen Buschkowski, Zlonicky, Luczak, van der Minde, Noseda, Naujokat, Novy, Sloterdijk – übrigens auch Sarrazin. Prognose: Die heutigen Zuwanderer werden dies in ähnlicher Weise ebenso selbstverständlich in zwei Generationen sein. Was redet man da von „Deutschland gibt sich auf ?"

Wollen wir uns zwei Generationen lang selbst vergiften ?

Der europäische Hochadel und vor allem die Königshäuser sind – woran kein Stammtisch denkt – endlose veritable Promenaden-Mischungen – oft bejubelt. Beispiel Niederlande: Prinz Bernhard stammt aus Lippe. Aus Deutschland kam auch Prinz Claus. Maxima kam aus Argentinien. Im Fußball gibt es unumstrittene Mannschaften aus aller Herren Länder.

Wenn einer adlig oder reich ist oder gut Fußball spielt, ist er akzeptiert. Eine eigentümliche Welt. Ist ja gut so, aber kann das nicht ähnlich für *alle* Menschen gelten, die zu uns kommen ?

Stellen wir uns vor – besser: üben wir ! – die Angekommenen und Ankommenden so zugewandt zu empfangen wie Fußballer, die Tore schießen – uns mit ihnen anzufreunden, ihnen zuzuhören, sie einzuladen, mit ihnen vielerlei gemeinsam tun. Das Volk guckt im Fernsehen zu solchen Verhaltensweisen oft Filme – warum setzt es dieses Miterleben nicht in den Alltag um ? Dann gibt es kein Problem im Dreifamilienhaus mehr – ob da eine türkische oder rumänische oder angolanische Familie lebt, sie gilt so viel wie eine gutnachbarliche deutsche.

Phantome. Da sind wir am Zentrum des Vorurteils: Im Jahrmarkt der Eitelkeiten, dem man überall in der Gesellschaft verfallen kann, wird nach Schönheit und Geld jeweils ein- und ausgegrenzt. Nach Belieben. Wenn ein Mediterraner gut aussieht, fürchtet man um die Töchter, auch wenn man selbst keine hat – und plötzlich und nicht zuvor denkt man an den Nachbarn und plötzlich und nicht zuvor meint man, ihn schützen zu müssen.

Sichtbar wird, dass Phantome aufgebaut werden.

Historische Erfahrungen. Ein wenig Kenntnis der Geschichte würde im Problem zu besseren Gedanken führen. Besser: weil sie realer sind. Ganz Italien war über Jahrtausende ein Gebiet, in dem sich Menschen von überall sammelten. Es gibt *den* Italiener nicht. Ebenso wenig wie es *den* Deutschen gibt. Bei *den* Türken kann man weit über dreißig Unterscheidungen machen.

Die Hanse war ein europäisches Handels-System, vor allem entlang der Meere mit ihren Häfen. Es war hoch erfolgreich. In diesen Städten sammelten sich Menschen aus aller Welt. Amsterdam ist das deutlichste Beispiel. Aber auch – das vermutet keine landläufige Meinung – im ostfriesischen Emden, das im 17. Jahrhundert von Amsterdam auskonkurriert wurde.

Böse Fiktionen. Rasse und Nation sind Fiktionen. Böse Fiktionen. Fiktionen, die unsäglich viel Elend über die Menschen gebracht haben und bis heute böse weiter wirken. Rasse und Nation werden dekretiert, zugewiesen, so etwa wie der NS-

Führer Hermann Göring sagte: „Wer Jude ist, bestimme ich." So absurd geht es auch heute noch an Stammtischen zu. Man muß kein NS-Partei-Abzeichen haben, um ähnlichen Unsinn von sich zu geben.

Paulus schrieb seine Briefe an allerlei Gemeinden im Mittelmeer-Raum. Im römischen
Reich gab es Verwaltungs-Bezeichnungen, aber keine Nationen. Nation ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Rasse ist eine Erfindung des 20. Jahrhunderts.

Stammes-Denken und Fremdeln. Es gab jahrtausendelang Stämme. Darin fühlten sich ihre Angehörigen aus einst erzwungenen Gründen identisch – und bezeichneten die da außer ihnen als fremd. So etwas treibt die Stammtische heute noch um – total anachronistisch.

Zunächst steckt darin ein psychologisch unaufgearbeitetes Fremdeln des Kindes im ersten Lebensjahr – das behalten viele Menschen bis ins Alter. Und zweitens steckt darin - immer noch und unter völlig veränderten Verhältnissen - eine Art archaisches Stammes-Denken. Es will
nicht begreifen, dass es solche Stämme in Europa real überhaupt nicht mehr gibt. Schon
seit sehr langer Zeit nicht mehr. Darf man sich soviel nachhängendes Bewusstsein gegen die Realität leisten ? Es zerstört.

Deutsch-deutsches Fremdsein. Wir haben das Problem nicht nur gegenüber denen, die aus anderen Bereichen der Welt zu uns kamen. Wir haben es auch untereinander – also deutsch deutsch. Man höre sich an, was Leute aus dem wohlhabenden Duisburger Süden über die Arbeiter-Vorstädte im Duisburger Norden sagen: „Das ist doch alles Schrott !" „Das muß abgerissen werden." „Der Norden taugt nichts." „Die Stadt ist tot." Ähnlich denken viele Leute über die Menschen, das können sie nur nicht mehr so einfach sagen – aber *das Stadt-Viertel ist die Metapher dafür. Und in den ungerechten Verallgemeinerungen und Diffamierungen steckt ihre existentielle Fremdheit gegenüber Menschen.*

Vorurteilsgesteuerte Abrisse. Bereiche, die in den 1960er Jahren nicht bestimmten Wohlfahrts-Vorstellungen entsprachen und auf die manche Boden-Spekulanten und Konzern-Interessen ihr Auge der Gier geworfen hatten, wurden von einer gefälligen Presse mit einer Propaganda-Flut von Vorurteilen überzogen. Da hieß es „arm", „rückständig", „überaltert" (man kann nur alt sein, aber nicht überaltert), „sozial schwach", „einkommensschwach", „Ausländer" und dergleichen mehr. Ausgerechnet Kapital-Interessen behaupteten , sie würden dort „die Welt verbessern", wenn sie die Welt abreißen. Wie es dort nach der Vertreibung der Bewohner heute aussieht, kann man sich anschauen, am deutlichsten in Essen-Steele[14].

1980 haben der damals neue Minister Christoph Zöpel und sein Abteilungsleiter Karl Ganser mit der „Umsteuerung" alle Flächen-Zerstörungen in Nordrhein-Westfalen beendet.

30 Jahre später kam die Stadt Duisburg auf die Idee, eine ähnliche würdelose Zerstörung neu zu beginnen: eine Flächen-Zerstörung im Stadtteil Bruckhausen - mit über 200 Häusern.

Mit denselben Sätzen und Worten der 1960er Jahren wird heute der Norden Duisburg schlecht geredet.

---

[14] Eine kritische Auseinandersetzung mit der Stadtsanierung in Essen Steele: Tim Schanetzky, Endstation Größenwahn. Die Geschichte der Stadtsanierung in Essen-Steele. Essen 1998.

Zuwanderer: mit Füßen getretene Würde

Gemeinheiten. Im Rahmen dessen werden die Gemeinheiten noch einmal übertroffen und das Grundgesetz doppelt mit Füßen getreten, wenn in den Kampagnen des Schlechtredens die „Ausländer“, die „Türken“ und weitere Zuwanderer zur Diffamierung der ärmeren Bevölkerung und ihrer Stadtbereiche angeführt werden. Man hört auch Worte wie „Ghetto“ – obwohl es in Ruhr keines gibt. Oder „Slum“ – obwohl Ruhr kein einziges hat. Dies alles ist kein abstraktes Geschehen, sondern es hat viele praktische Auswirkungen.
In der Stadtplanung steht dafür Bruckhausen.

Tortur für die Würde des Menschen. *Das Zentrum des Diskurses - der archimedische Punkt - ist der Mensch mit seiner Würde. Dies ist der Maßstab, an dem sich alles messen lassen muß, was geschieht.*

Der Fortschritt nach zwei Jahrzehnten Neoliberalismus darf nicht die Intelligenz- und Effizienz-Steigerung der Bedienung von asozialer Egomanie sein, sondern der Weg zu einer Gesellschaft, die die Würde des Menschen konkret realisiert.

Was im Duisburger Norden geschieht, hat damit nichts zu tun: Dort wird diese Würde mit Füßen getreten - von sämtlichen (!) Parteien. CDU, SPD, Grüne, Linke. Alle wirken hier mit.

Sie schauen in Bruckhausen ungerührt zu: Ganz ähnlich wie in einem Krieg wird Haus für Haus nieder gemacht. Ein erheblicher Teil gehörte zugewanderten Familien.

Stundenlang fährt mit ohrenbetäubendem Getöse der Bagger hin und her. Donnernd stürzt Wand für Wand, einst Zuflucht von Menschen, in die Tiefe. Der Berg an Zerstückeltem wächst und wächst. Ein zweiter Bagger lädt Becken von Schutt auf die Lastwägen. Auch sie stehen wie drohende Monster mit laufenden Motoren, Abgase speiend, in der Straße. Sie warten auf ihren Kriegs-Einsatz. Nicht zufällig hat das Abriß-Gerät einen charakteristischen Namen: die „Bombe“. Und was bei den Menschen, die davon getroffen sind, auch wenn sie nur zehn Minuten ohnmächtig zuschauen, in der Psyche bleibt, heißt „Verletzung“. Dies prägt sich für lange Zeit ein. Auch der Grimm auf die Personen, die dies inszenieren, sich aber entfernt halten und in Vornehmheit einhüllen.

Das Rathaus: Eingemauerte Wahrnehmung. Das Stadtmassaker bedeutet: Missachtung und Ohrfeigen für die Bevölkerung des Nordens von Duisburg. Es richtet hohen Schaden an. Niemand empfindet es als Zufall, daß sich dies vor allem in den Bereichen abspielt, wo es viele Zuwanderer gibt.

Das Rathaus ist eine Burg, die die Wahrnehmungs-Fähigkeit eingemauert hat. Es reflektiert nicht, daß dieses Stadtmassaker den Integrations-Prozeß von Zuwanderern äußerst belastet. Wer viel mit den Menschen spricht, bekommt dies mit. In den örtlichen Medien ist davon wieder mal nichts zu lesen und zu hören.

Es offenbart zugleich, mit welchem Ausmaß an Anmaßung, fachlicher Fehlerhaftigkeit, Inkompetenz, Bauchrednerei das Groß-Projekt dieser Autodestruktion betrieben wird – und daß die Würde des Menschen dabei keine Rolle spielt.

Ich bin kein Ausländer: Familie Bülbül lebt hier seit vier Jahrzehnten

Muhammet Bülbül am Kringelkamp 22 schrieb am 27. September 2012 an Markus Hagedorn: „Da Sie und andere am 28.9. 2012 ein Gespräch mit Herrn Minister [für Stadtentwicklung Michael] Groschek führen können, bitte ich Sie, dem Minister meine folgende Stellungnahme vorzutragen: Ich wohne seit meiner Kindheit in

Bruckhausen. Jetzt bin ich seit 35 Jahren in Bruckhausen. Meine drei Kinder, zwei in der Schule und eines im Kindergarten, sind ebenfalls in Bruckhausen aufgewachsen.

Wir haben daher alle unter der Luftvergiftung und dem Lärm in der Vergangenheit gelitten. Jetzt ist die Luft normal, und das Werk lärmt nur noch, wenn die Sirenen der Kühltürme oder der Werksbahn betätigt werden.

Wir wohnen gerne in Bruckhausen und wollen bleiben. Wir können überhaupt nicht verstehen, warum wir jetzt aus unserer Wohnung raus müssen, wo die ganze Umgebung saniert werden soll. Seit 5 Jahren sind viele Millionen Euro für die Sanierung unserer Nachbarschaft vorhanden, aber unsere Nachbarschaft ist trotzdem immer schlimmer geworden. Fast alle unsere Nachbarn ziehen fort. Jetzt zieht auch die letzte Nachbarsfamilie (außer meiner Schwester) in eine teurere Wohnung, weil die alten Leute den Druck durch die Mitarbeiter der Stadt nicht mehr ausgehalten haben.

Die leerstehenden Häuser der Stadt sind kaum gesichert, ständig schleichen hier nachts Plünderer herum. Letztens wurde wieder in unser Nachbarhaus eingebrochen. Da dort noch Gas-Leitungen aktiv sind, habe ich Angst, dass die Plünderer eine aktive Gas-Leitung demontieren und eine Explosion verursachen. Die städtischen Häuser in unserer Nachbarschaft sehen schrecklich aus, weil sie von Plünderern zerstört wurden und die Stadt sie nicht sichert oder in Ordnung hält.

Neben dem Plünderungstourismus herrscht hier seit Jahren Mülltourismus. Aus allen möglichen Gegenden kommen Fahrzeuge und laden Müll bei den städtischen Häusern ab. Dieser Müll liegt teilweise seit Jahren dort, weil die Stadt ihn nicht beseitigt. Das sieht nicht nur schrecklich aus, sondern zieht auch Ratten an. Das gefährdet die Gesundheit meiner Kinder.

Ich hätte mir vorher nie vorstellen können, dass meine Stadt mich mit solchen Methoden aus meiner Wohnung vertreiben will. Wir wollen, dass die Stadt sofort diese Müllkippen beseitigt und die Häuser wieder oberflächlich herrichtet und sichert.

Natürlich haben wir uns wegen dieser Zustände nach anderen Wohnungen umgesehen. Aber jetzt zahlen wir 380 Euro Miete und eine vergleichbare Wohnung würde mich 680 Euro Miete
kosten. Das kann ich mir nicht leisten. Für die höheren Mietkosten will die Stadt mich nicht entschädigen. Für meinen Umzug will man mir 3500 Euro aus dem Sozialplan zahlen. Das deckt nicht einmal die reinen Umzugskosten. Wieso behandelt man uns so, während man an Thyssen ein riesiges Stück Stadt verschenkt? Weil wir einen Migrations-Hintergrund haben? Bitte lassen Sie uns in unserer Wohnung und zerstören Sie nicht unsere Heimat in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen Familie Bülbül.

Das zweite Vorurteil: „Ich bin hier weggezogen wegen der Türken."

Diesen Satz, der es in sich hat, hört man von manchen Deutschen. Er zeigt: Auf das deutsch-deutsche Vorurteil wird ein zweites drauf gesetzt: Das Vorurteil gegen Zuwanderer .

Urban Priol: „Nicht neben armen ausländischen Flüchtlingen wohnen wollen. Der Kontostand mag uns trennen von denen da oben, unsere Dummheit nicht.“

Ich habe mit meiner Frau, Janne Günter, ein Jahr in der Türkei gelebt: in Istanbul. In einer einfachen Hausmeister-Wohnung. Vor einigen Jahren lud mich der Oberbürgermeister von Mersin, der Partnerstadt von Oberhausen, zwei Wochen in seine südtürkische Stadt ein – daraus entstand ein Tagebuch, das ich als Buch veröffentlichte[15].

Ich lernte sehr viele Türken kennen. In der Siedlung Eisenheim in Oberhausen, in der ich lebe, wohnen als Nachbarn viele Türken. Es waren und sind fast ausnahmslos einfache, ganz normale Menschen, mit denselben Bedürfnissen, wie wir sie haben. Mit durchaus ähnlichen Verhaltensweisen. Sie sind durchweg sehr freundlich. Ich erlebte die meisten als gutmütig. Ihre Sprache ist so langsam wie unsere. Sie klingt meist tiefer und dadurch sonor.

Auch in der Siedlung ist erkennbar: Die Türkei ist ein Vielvölkerstaat. Welches Land ist das, wenn man es genau kennt, eigentlich nicht ? Daher sehen die Menschen ein wenig unterschiedlich aus. Der Mythos ist falsch, daß alle Deutschen gleich aussehen.

Türken haben eine entwickelte Kultur des Essens – das kann man bereits auf den Wochen-Märkten beobachten. In Bruckhausen gibt es auf dem Raulien-Platz einen weithin berühmten.

Von der türkischen Hygiene können viele Deutsche einiges lernen. Allerdings verwechseln Deutsche gern Hygiene mit dem Saubermann-Weiß vieler Fassaden, die manches Gebäude dann ziemlich steril und und auf eine eigene Weise ekelhaft erscheinen läßt.

Viele der zugewanderten Türken kommen vom Land, manche aus tausenden Kilometern Entfernung vom Van-See, manche aus dem Bergbaugebiet um Zonguldag, manche von der Westküste. Ähnlich wie hundert Jahre zuvor die in Ruhr zugewanderten Deutschen ziehen sie in den Gärten immer noch gern Gemüse. Wissen wir, wann auch viele Deutsche den Boden in einigen Jahren wieder nutzen müssen, um durchs Leben zu kommen ? Mancher Deutsche schimpft über den Wald an Bohnenstangen, den Zuwanderer in ihren Gärten aufrichten. Er könnte sich sachkundig machen: Bohnen zählen zu den reichhaltigsten Lebensmitteln. In mediterranen Ländern, wo die meisten Menschen mehr Kenntnisse über die Natur haben als bei uns, ist dies seit Jahrhunderten bekannt. Deutsche können davon einiges lernen. Manche tun dies auch, wenn sie in mediterrane Länder reisen.

Damals in der Türkei wurde und heute werde ich von Türken ausnahmslos anständig behandelt.

Damals in der Türkei waren die Menschen in einer Weise deutschfreundlich, wie ich sie in keinem anderen Land erlebt hatte. Ich dachte oft darüber nach, wie die „Gastarbeiter“ in den ersten Jahren in Deutschland auf Verachtung stießen. Ich war beschämt: Das hatten sie nicht verdient.

In einer Zwischenphase, die wir jedoch weithin hinter uns haben, wurden manche der buchstäblich alleingelassenen Zuwanderer von einigen Predigern radikalisiert – aber dies waren eher Ausnahmen. Sie wurden jedoch von deutschen Medien mit dem „Wohlbehagen“, in dem sich Vorurteile aalen, aufgegriffen und in weiterer Weise radikalisiert: durch Verallgemeinerung, über die klar denkende Menschen nur den Kopf schütteln können.

Janne Günter berichtet: Wenn ich nach Osterfeld gehe, zählen dort zu den freundlichsten Menschen mein zugewanderter Schneider, mein zugewanderter Schuster, meine Fußpflegerin aus Bosnien und meine Friseuse aus dem Iran. Was wäre dieses Land ohne solche Mitbürger ? Ohne solche Berufe ?

Im Duisburger Norden haben sich die Zuwanderer ein Netz an Wirtschaftsleistungen aufgebaut, über das man staunen muß. Sie schufen und schaffen Arbeitsplätze. Meist sind es grundsolide kleine Handwerks-Betriebe.

---

[15] Roland Günter, Heimat + Kultur: zweimal ist mehr als einmal. Die Reise von Oberhausen in die südtürkisch-mittelmeerische Partnerstadt Mersin. Essen 2007.

Was würde das Land tun, ohne die Zuwanderer, die notwendige wichtige Arbeiten übernahmen, die Einheimische nicht tun wollen.

Während in der Fabrik und in der Zeche der Zuwanderer als guter Arbeitskollege erfahren und wertgeschätzt wurde, entwickelte sich im zivilen Leben ein ziemlich unziviles Verhalten: Auch von manchen bereits diskriminierten Deutschen werden Zuwanderer als eine Ebene unter sich angesehen. Dies ist unverständlich für vernünftig empfindende und denkende Menschen.

Gerade in Deutschland müßte Wichtiges gelernt sein – in unmenschlichen Erfahrungen der NS-Zeit: Damals wurde Rasse erfunden, dekretiert und damit Menschen vernichtet. Damals stempelte man Völker um uns herum und vor allem östlich von uns zu „Untermenschen“, schließlich sogar Italiener, weil sie sich vn Mussolini abgewandt hatten. Dieser Diskriminierungs-Wahn brachte Millionen um. Selten in der Geschichte gab es eine solche Mißachtung von lebendigen Menschen.

Deutschland ist ein geteiltes Land: ein Teil der Deutschen wurde nach 1945 sehr nachdenklich – ein anderer Teil blieb unbewußt mental immer noch in manche Vorurteile verstrickt. Dies geht quer durch die Gesellschaft.

Wenn jeder Deutsche einen türkischen Freund hätte, wäre das Problem der Vorurteile im Kern gelöst.

Der Duisburger Norden hat von allen deutschen Städten wahrscheinlich den größten Anteil an Zuwanderern . Das Rathaus hat diese Menschen kaum integriert, vielmehr ohrfeigt es sie ständig mit Diskriminierungen. *Die Zuwanderer selbst – inzwischen weitgehend mit deutschem Paß – haben in den Jahrzehnten ihres endgültigen Hier-Seins sich fabelhaft integiert – wir können dies als eine Glanzleistung ansehen.*

In der Integrations-Frage stehen Tatsachen gegen Vorurteile.

Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, diese Pyramide der Vorurteile aufzuarbeiten. Nicht nur, um gute Menschen zu werden, sondern auch in einer Bewegung des Inneren Friedens.

An anderer Stelle ist darüber zu sprechen, welche Vorteile die Zuwanderung für die Gesellschaft hat.

Letzte Meldung (NRZ 26. 1. 2013): „Duisburg stoppt Einbürgerung. Keine Neuanträge bis zum Sommer. . . . 1 500 Anträge auf Einbürgerung stapeln sich . . .. Die [Personal-] Einsparungen treffen zuerst die Migranten, sie werden benachteiligt.“

Der erste öffentliche Aufstand – türkisch und deutsch

Protest gegen Plan Rotlicht-Viertel. 20. April 2011. Unweit von Bruckhausen liefert die Stadt Duisburg ein weiteres Skandal-Beispiel. Mitten im Stadt-Bereich Marxloh stehen fast tausend Menschen auf der Piazza an der Kaiser-Friedrich-Straße. Zu zwei Dritteln sind es Migranten, meist aus der Türkei. Türkische Frauen halten Transparente hoch: „Was mutet man diesem Stadtteil noch alles zu !“

Worum geht es ? An dieser Querachse von Marxloh will die Stadt-Politik ein „Rotlicht-Viertel“ mit Bordellen etablieren. Mit seinem Drumherum an Szene mit Drogen und Kriminalität ist es keineswegs harmlos. Wo soll es stadtplanerisch platziert werden ? Dafür findet die Stadt-Politik „natürlich“ keine Zustimmung im wohlhabenden Süden und in der Stadtmitte und in den Gewerbegebieten – das weiß sie und versucht es gar nicht. Sie hat die Absicht, es in den Stadtteil Marxloh zu implantieren – sogar in der Hauptstraße.

Nun ist aber Marxloh ein Beispiel dafür, wie Integration in vieler Weise beispielhaft gelingt. Zu einer spontan aufgerufenen Demonstration gegen diese stadtpolitische Ohrfeige kamen auf dem Hauptplatz tausend Menschen zusammen, darunter mehr

als die Hälfte mit Migrations-Hintergrund. Die Menschen empfinden es als eine gewalttätige Provokation von Politik und Verwaltung gegen den Norden der Stadt.

Ich erlebte den wohl ersten öffentlichen Aufstand von Migranten. In der dichtgedrängten Menge halten türkische Frauen Transparente hoch. „Was wird Maxloh noch alles zugemutet ?“ steht auf einem davon.

Mit vielen abstrakten Worten, die als umständlich empfunden werden, trägt die EG-Du das Vorhaben vor. Sie versucht , erstmal den Zeitablauf selbst zu belegen. Noch herrscht in der Menge Schweigen. Die EG-DU präsentiert der Reihe nach die Orts-Politiker. Sie versuchen unisono und schleimig, den Leuten das Vorhaben nahe zu bringen.

Aber der Schmusekurs wird rasch durchkreuzt. Der evangelische Pfarrer Rolf Lauer bricht das Eis. Er trifft den Punkt. Zu den „Offiziellen“ gewandt, sagt er langsam: „Euch fehlt die Achtung, die man Menschen entgegen bringen muß.“

Dann geht ein Sturm los. Viele Frauen greifen sich das Mikrophon. Jede spricht ausgezeichnet deutsch. Sie argumentieren hervorragend. Im Wechsel sprechen Alteingesessene. Es wird deutlich, wie gut sich inzwischen alte Einheimische und neue Einheimische verstehen.

Die Politiker maskieren wie üblich: Keiner will es gewesen sein, keiner will etwas gewußt haben, keiner war damit befaßt. Dies ist politische Rhetorik, die hier niemand glaubt. Die anwesenden Männer aus der Bezirksvertretung und aus dem Stadtrat behaupten, sie seien doch auch dagegen - alle. Sie sind umgekippt – aber wie lange ? Jemand sagt: Ihr hüllt Euch jetzt in Opportunismus, aber dann dreht ihr euch um und nach ein paar Schritten spielt ihr erneut die menschenverachtende Karte.

Der Zorn des Volkes kocht hoch. Mehrere Frauen sagen: Wir versuchen, unsere Kinder gut zu erziehen. Aber was macht Ihr ? Durch so ein Quartier müssen die Kinder auf dem Hinweg zur Schule und auf dem Rückweg laufen – da stehen die Dealer und allerlei andere Kriminelle. Und weil es so zugeht, verhöhnt ihr uns noch. - Es gibt großartige Rede-Beiträge vieler Menschen.

Wie sehr inzwischen im Duisburger Norden die Integration gut gelaufen ist, wird erkennbar: nicht allein an der inzwischen gut gelernten deutschen Sprache, sondern wie hier Türken und Deutsche gemeinsam denken und agieren.

Ich denke, dass ich in dieser Versammlung nichts sagen muß, weil die Leute selbst so vorzüglich argumentieren. Aber gegen Schluß reißt es mich doch hin und ich versuche, das Problem zu erweitern: „Dies ist keine lokale punktuelle Auseinandersetzung, sondern ein Probleme der gesamten Region. Da gibt es Leute im Süden, die den Norden seit über hundert Jahren diskreditieren – auch Funktionsträger, die sagen >Abreißen !< Das läuft gegen die Menschenwürde, gegen die Menschenrechte, gegen die Verfassung, gegen die Sitten. Das ist ein Bürgerkrieg – zuerst deutsch gegen deutsch, dann noch aufgeheizt durch Haß gegen Migranten. Er ist auf Illusionen aufgebaut: dass man den Norden, die Deutschen und die Türken, in Luft auflösen könnte, mit dem Abbruch ganzer Stadtteile – was natürlich nie gelingen kann, aber erstmal machen solche Leute im wohlhabenden Süden und in der Mitte Krieg gegen den Norden.“

Ich bekommt nach fast jedem Satz Beifall.

Ich spreche auch über Bruckhausen – mit dem geplanten absurden anachronistischen letzten Flächen-Abriß des Landes, nachdem schon 1980 Minister Christoph Zöpel und Karl Ganser einen solchen Unsinn abgedreht hatten und er dann über 25 Jahre lang nirgendwo mehr versucht wurde.

Die Versammlung auf dem Platz ist für die Region Ruhr ein historisches Ereignis. Denn zum ersten Mal bleiben die Türken nicht in der Familie und in ihren Vereinen, sondern gehen in eine Dimension, die man – mit Max Weber – als öffentlich bezeichnen kann: als Teilhaber des Gemeinwesens, als Akteure einer europäischen Stadtkultur.

Provokation. Man muß kein Prophet sein, um zu fürchten, dass, wenn die Bruckhausener Zerstörung weiter getrieben wird, die zugewanderten Mitbürger dies als einen Anschlag auf sie empfinden werden. *Der Abriß ist eine Provokation. Er zeigt den Leuten, dass man sie missachtet, weil man ausgerechnet bei ihnen eine solche Sinnlosigkeit betreibt.*

Die Flächen-Zerstörung ist auch dumm und dreist, weil sie eine Provokation ist. Denn: die Integration der zugewanderten , meist türkischen Mitbürger läuft in diesem Stadtteil erstaunlich gut – übrigens weitestgehend aus eigenen Kräften. Jedoch macht der Abriß deutsche Vorurteile besonders deutlich – und wird gewiß in absehbarer Zeit die Empörung der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte hervor rufen: Sie kann darin nur eine neuerliche Mißachtung sehen. Dies ist gefährlich: denn es kann den Prozeß des Zusammenwachsens erheblich stören.

Die Moschee. In Marxloh war vor nicht langer Zeit eine große Moschee gebaut worden – in bestem Einvernehmen mit den evangelischen und katholischen Pfarrern.

Inkompetenz, nur *halb* gedacht und Perspektivlosigkeit

Für die Inkompetenz in der Rathaus-Burg gibt es viele Beispiele.

Der zusammengeschlagene Platz. Man schaue sich an, welche Qualität diese Stadt als Planung zustande bringt, wenn sie zum Beispiel in Bruckhausen den sehr schönen Raulien-Platz zerlegen will – eine Seite soll abgerissen werden. Jedoch: Geschlossenheit gehört zum Einmaleins des Planens. Ein solches Vorhaben macht städtebaulich überhaupt keinen Sinn. Es wäre ein Leichtes, diese Häuser-Zeile bestehen zu lassen, zumal sie sehr guter und schöner Altbestand ist. Übrigens: Der Platz war zuerst nicht einmal zum Abriß vorgesehen.

Zweiter Beweis für Inkompetenz: Eine Ecke des Raulien-Platzes (Heinrichstraße/Bayreuther Straße) ist bereits abgerissen worden. Das schöne Haus mit dem Erker und dem Türmchen (1904 von Josef Schroer) war eine berühmt Schank-Wirtschaft, in der getrunken, getanzt, gefeiert wurde. Dann entstand im Gebäude eine Moschee. Ist das ein Fall für Abriß ? Mit diesem großen Loch ist der Platz erheblich geschädigt – dies ist für einen Platz eine Katastrophe. Das tut besonders weh. Was daran ist Stadtplanung ?

Repräsentation ? – eine Farce. ThyssenKrupp sagt, es wolle die Kaiser-Wilhelm-Straße als repräsentative Anfahrt zu seinem Verwaltungshochhaus haben. Dafür hat jedoch ThyssenKrupp noch nie einen Finger gekrümmt. Es hätte auf seinem eigenen Betriebsgelände gestalten können – no interest. Dort sieht jedermann, daß Thyssen alles vor sich hin wuchern läßt und keinerlei Gestaltungs-Absicht hat. Offensichtlich fehlt dafür auch jede Empfindung.

Alles ist nur *halb* gedacht. Die Stadt und ThyssenKrupp wollen eine Grünplanung haben, das sagen die Liegenschafts-Chefs der Firma dem früheren Städtebauminister Christoph Zöpel und mir in einer Besprechung. Dafür gab es einen Wettbewerb und einen Gewinner.

Typisch ist jedoch, daß dabei nicht auf die seitlichen Ränder. Das Thyssen-Betriebsgelände hätte man zumindest mit einem Streifen einbeziehen müssen. Keine Spur davon. Ebenso mußte man darauf achten, wie es auf der Südseite aussehen soll. Ebenso: keinerlei Nachdenken.

An der Südseite soll ein Wall entstehen. Frage: Wozu ? Die Kaiser-Wilhelm-Straße ist keineswegs besonders belebt. Den Wohnbereich muß man nicht gegen die Industrie und gegen die Straße abschotten. Der Wall ist ein hirnloser Einfall des kleinen Moritz, wie man eins vom anderen trennt – auch in sich ohne Effekt. Wenn er tatsächlich Geräusche nicht durchlassen wollte, müßte er viel höher als sechs Meter sein. Diese sechs Meter sollen an der Straße gefaßt sein: von Spundwänden - vom selben in den Boden gerammten Eisen wie den Ufern von Häfen und Kanälen. Was an solcher Häßlichkeit ist repräsentativ ? Daß diese Spundwände aus Corten-Stahl sein sollen, wurde bereits verworfen – es wäre zu teuer.

Für die Grün-Planung gibt es kein Bauschild, das den Entwurf zeigt. Wie der Entwurf aussieht, entzieht sich bislang den Augen der Öffentlichkeit. Warum ? Klar, die Öffentlichkeit könnte deutlich erkennen, was hier geschieht. Sie könnte auch sehen, wie armselig in sich selbst dieses Machwerk ist, das erst durch so viel Zerstörung entstehen kann.

Italiener würden sich krumm lachen über diese Unfähigkeit zur Repräsentation bei der Stadt und bei ThyssenKrupp.

Beispiele. *Nur halb gedacht - das ist einer der Gründe für die vielen weiteren Skandale in der Stadt.* Beispiele: Love Parade: Unzulängliches Sicherheitsdenken. - Museums-Küppers-Mühle: Halber Abriß eines Industrie-Denkmals, dann sollte (eine Schnaps-Idee) zur Erweiterung oben drauf eine weit auskragende „Schuhschachtel" gesetzt werden – mit miserablen Schweißnähten (weil's billiger war). Hochgehievt wäre sie auseinander gebrochen, wohl sogleich mit 400 Eröffnungsgästen, die dabei umkommen konnten. – „City Palais": Mangelhafter Brandschutz hätte bei Brand zu vielen Toten geführt.

Für alles Weitere keine Planung. Obwohl die sogenannte Sanierung mit viel Geld ausgestattet ist, gibt es keine Planung für das ganze Viertel. Dies ist fachlich unsinnig – und eine Blamage. Auch für die EU und die Landesregierung, die für soviel Geld keine vernünftige Planung abfordert. Allerdings hätte eine Planung, die den Namen verdient, dazu geführt, Wesentliches anders zu denken.

Wenn es Kompetenz gäbe, müßten das Land und die EU aufschreien, daß in dieser beschränkten Weise immense Finanz-Mittel ausgegeben werden: für pure Zerstörung und ohne einen Anflug an Planung für das Stadtviertel.

Nervös verteidigt der Baudezernent Carsten Tum das Geschehen: Es bleibe ja genug von Bruckhausen. - Aber was wird dafür getan ? – Nichts.

Strategie. Manche Leute fürchten, daß sich deshalb kein Planungs-Finger rührt, weil die Stadt und ThyssenKrupp den strategischen Hintergedanken haben, auch noch die zweite Hälfte von Bruckhausen abzureißen – also den industriekulturellen Biotop ganz zu zerstören.

Planen gegen die Wirklichkeit

Gestörter Tatsachen-Sinn

Planer haben aufgrund eines tief greifenden Mangels in ihrer Ausbildung und aufgrund einer verkorksten Anschauung von Gestern-heute-morgen, d. h. aus einer falschen Geschichts-Theorie, nur selten ein Verhältnis zu Tatsachen, die komplex sind. Diese lassen sich nicht wie Bauklötzchen schieben.

Im Grunde ist das, was sich viele Planer von der Stadt vorstellen und wie sie mit Räumen und Bauten umgehen, immer noch nah am kindlichen Klötzchenspiel – nur daß es nichts von dessen Unschuld und Charme besitzt, sondern, wie wir an Duisburg sehen können, hoch aggressiv, rücksichtslos und zerstörend ist.

Wenn ein Planer jedoch eine Haltung mit einem gut ausgebildeten Sinn für Tatsachen hat, die meist lange Verwurzelungen und gute Gründe haben, könnte er niemals auf die „Idee" kommen, einen Stadtteil beseitigen zu wollen.

Zudem könnte er rasch lernen, daß ein erheblicher Bevölkerungsanteil dies nicht zuläßt, daß er dagegen aufsteht, in mehrfacher Weise. Und daß es aberwitzig viel Geld kostet, die vielen Quadratmeter zu entschädigen. Und daß man dies nicht so eben mal obenhin tun kann.

In Bruckhausen wird abgerissen – für ein Stück Rasen, - ohne Nutzen für irgend jemanden, bloß weil einige Potentaten sich dies um 2007 in den Kopf gesetzt hatten und sich dafür – eher – zufällig mithilde von Vorurteilen und Mehrheiten ignoranter Stellvertreter viel Geld erschwindeln konnten.

Genau so soll es im Norden in 3 Kilometern Länge weiter gehen – ohne Sinn und Ziel. Wir werden erfahren, was dies für ein Projekt ist.

Es besteht Aussicht, daß es scheitert: daß nach all dem Widerstand kaum mehr das notwendige Geld für diese weitreichende Zerstörung erschlichen werden kann.

In jedem Fall ist der Duisburger Norden ein Lehr-Stück: gegen ein Planungs-Denken mit Phantasmen, bei dem Vorurteile zu genügen scheinen und man auf das Glück des Schwindels hofft.

Vermutungen über die dunklen Motive des Stadtmassakers

Die Motive, die die Zerstörung antreiben, liegen weitgehend im Dunkeln. Nur selten gibt es direkte Belege. Meist herrscht Schweigen. Aber in der Art, wie hierzulande über ein Jahrhundert lang Politik gemacht wurde, gab es gewiß etliches, was in Hinterzimmern abgesprochen wurde und unter den Beteiligten blieb.

Vermutung: Ausweitung des Industrie-Areals. Die einen vermuten, daß Thyssen seinen Betrieb ausweiten will. Tatsächlich hatte Thyssen sich Stück für Stück immer mehr in der Fläche ausgedehnt. Heute ist sein Areal riesengroß. Man kann es auf der Alsumer Straße kilometerlang durchfahren. Auch auf der Kaiser-Wilhelm- und Friedrich-Ebert-Straße. Der Industrie-Bereich reicht durch mehrere Stadtteile: Schwelgern, Marxloh, Bruckhausen, Beeckerwerth, Laar und einige mehr.

Schon 1976 gibt es in der Bevölkerung durch den Umgang mit dem Stadtteil Bruckhausen das Bewusstsein, dass hier abgerissen werden soll. Auch dass Thyssen diesen Stadtteil ähnlich wie Alsum verschwinden lassen will. Man vermutet zunächst, dass auf der Fläche Parkplätze, Labors und Lehrwerkstätten angelegt werden sollen.

Dies ist jedoch nie geschehen.

Vermutung: das Problem der Luft. Die Luft war tatsächlich jahrzehntelang erheblich belastet. Vor allem durch die Kokerei. Wahrscheinlich versuchte Thyssen, sich Abstand zu verschaffen. In den 1960er Jahren erließ die Landesregierung den „Abstands-Erlaß". Aber er wurde heftig kritisiert – methodisch und politisch.

Auch Bürgerinitiativen wie z. B. Eisenheim in Oberhausen liefen Sturm dagegen. Diese Siedlung wollte der FDP-Innenminister Burkhard Hirsch abreißen lassen, aber SPD-Umweltminister Friedhelm Farthmann ließ sich überzeugen: dann müsse zuerst wegen der hauptsächlichen Windrichtung der Stadtteil Osterfeld sowie die Gesamtschule verschwinden.

Wenn man den Erlaß auf Thyssen anwenden würde, müßte man im Umkreis von 20 Kilometern abreißen. Aber dies könne niemand bezahlen. Der Abstands-Erlaß verschwand in der Schublade – als unrealistisches Phantom.

Dann riß Thyssen die Hauptursache des Übels ab: die Kokerei. Und baute etliches an Filtern ein.

Ausgerechnet als das Problem der Luft ganz gut gelöst ist, beginnt das Rathaus, in Bruckhausen abzureißen. Auf diesen Widersinn wies 2012 der frühere Städtebauminister Christoph Zöpel in einem Gespräch mit der ThyssenKrupp-Führung hin, bei dem ich zugegen

war. Die Führungs-Leute antworteten: Das Luftproblem spiele keine Rolle. Aber sie waren nicht bereit, im Gespräch den komplexen Zusammenhang zu besprechen. Wir werden herausfinden, warum.

Tatsache ist allerdings, daß EU-Werte immer noch überschritten werden.

Vermutung: Daß es völlig irrational zugeht. In etlichen Köpfen entstand der Gedanke: Das muß weg ! Ein völlig vager Gedanke. Ohne irgendeinen Inhalt. Ohne irgendeine Rationalität. Total irrational. Diese Art von Gedanken gibt es. Sie hat keine weiteren Gedanken, eigentlich ist es kein Gedanke, weil dabei nicht gedacht wird, sondern nur eine Regung.

Man kennt sie aus dem Krieg. Da drückt einer auf den Knopf – und irgendwie entsteht Zerstörung. Nicht sichtbar, einzig vorgestellt, ohne einen Gedanken an die Folgen, was Menschen angetan wird, „kalt", „abgebrüht", „dumpf" – so sagt man.

Wir Intellektuelle können dies kaum verstehen, weil wir bei allem Rationalität haben möchten. Aber es gibt Irrationales.

Das ist der Wahn, daß etwas weg muß – einfach weg. Man kann es nur literarisch beschreiben. Es ist eine Mentalität des Furchtbaren. Hin und wieder vergegenwärtigen wir sie uns einen Augenblick, wenn wir an Krieg denken. Oder an die Rampe, auf der ein Mann, der seine Menschlichkeit auf fast Nichts reduziert hat, die einen nach links und die anderen nach rechts sortierte. Ich weiß, daß jetzt Politiker und Verwalter anfangen, so furchtbar zu schreien, - wie sie hier das Furchtbare tun: Plötzlich halten sie nicht aus, daß das Furchtbare, das sie tun, mit Furchtbarem, das andere taten, verglichen wird. Natürlich hat keiner von ihnen an der Rampe gestanden, aber er sortiert auch hier – und spielt Schicksal. Ich nehme ihnen keinen Satz der Rechtfertigungen ab, die sie nachher erfinden, um dem Widerspruch zu entkommen: daß sie entsetzliches Unrecht tun und zugleich im allgemeinen Ansehen als „verantwortungsvolle Führungsleute" da stehen wollen.

In Bruckhausen brechen sie jeden zweiten Tag mit der „Bombe" am Bagger ein Haus auseinander und fahren die Trümmer auf eine Deponie. Dieses Zerstörungs-Instrument heißt nicht zufällig „die Bombe". Viele haben sich ans Bagatellisieren gewöhnt, aber es ist keine Bagatelle, sondern ein „Sozialverbrechen" – ob sie dieses Wort mögen oder nicht.

Nein, sagen sie, das sind nicht wir, sondern der Abbruch-Unternehmer. Aber sie haben ihn vom Schreibtisch aus angewiesen. *Wir wissen inzwischen, was Schreibtisch-Täter sind. In unserer Rechtsordnung steht der, der anstiftet, ebenso für die Tat wie der, der Anweisungen ausführt.*

Zuvor haben sie die Leute aus den Häusern heraus terrorisiert. Es gibt Unmenschlichkeiten, die sie als legal stempeln, aber sie bleiben tiefgreifend unmenschlich, egal, welche Stempel sie darauf setzen.

Mehrheit und Wahrheit. „Wenn alle es verkehrt machen, ist es keineswegs richtig." – Aber die anderen machen es doch auch so !" – „Dann ist es immer noch nicht richtig." (Bernhard Schimmelpfennig)

Bei wichtigen Abstimmungen über den Norden stimmten sämtliche 75 Rats-Mitglieder mit einer einzigen Ausnahme für die geplanten Zerstörung von zwei Stadt-Vierteln. Dies habe ich mehrmals mit chinesischen Verhältnissen verglichen. Meine Anklage in der Zeitschrift „Bauwelt" nannte der Beigeordnete Carsten Tum in seiner Replik einen „Schlag ins Gesicht der gewählten Volksvertretung "[16], die doch legitimiert sei, so etwas zu tun – es sei eine Mehrheits-Entscheidung. Ein Schlag – für wen ? Ich führe die Tatsache an: Diese Abstimmung ist ein Schlag für tausende von Menschen.

Mehrheit wird zur Wahrheit erklärt – wie in China ! Und zum Aggressor wird gestempelt, wer den kollektiven Unsinn, den ein Gremium abstimmt, nicht als richtig anerkennt.

---

[16] Planungsdezernent Carsten Tum zum Autor in: Bauwelt 21/2012, Seite 9.

Kritik am Mehrheitsprinzip. Das Stichwort Mehrheit geistert wie ein Glaubens-Dogma durch die Gesellschaft und fordert Gehorsam. Aber die Vernunft kritisiert es.

Erstens: Mehrheit verpflichtet niemanden, eine Sache durch Abstimmung für wahr zu halten. Mehrheit verpflichtet lediglich die Institution. Zunächst. Auch Mehrheiten können sich ändern.

Zweitens: In einem Land steht es jedem frei, Mehrheiten und ihre Entscheidungen zu kritisieren – und sie nicht zu akzeptieren. Dies ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie – jeder kann sie realisieren.

Drittens: Keine Angst, für politische Kritik kommt man hierzulande nicht wie in östlichen Ländern ins Arbeits-Lager. Werturteile gehören zur Demokratie. Wenn man eine Abstimmung wie über den Norden von Duisburg für unmoralisch hält, darf man dies öffentlich sagen – das Volk muß sie keineswegs als gut befinden.

Viertens – und am wichtigsten: Das Mehrheitsprinzip ist irrwitzig, wenn es nicht mit Rationalität verbunden ist. Der Beigeordnete wird noch einmal schreien, wenn ich daran erinnere, wann und wie oft eine Mehrheit gebrüllt hat: „Kanonen“. Auch diese irrationalen Massen wurden als Mehrheit ausgegeben.

Fünftens: In einer Demokratie darf, ja muß man auch bezweifeln, daß Mehrheit Wahrheit sei. Mehrheit ist kein Wahrheits-Prinzip.

Sechstens: Mehrheit ist nicht mehr als ein pragmatisches Hilfsmittel, wenn man in Verhandlungen keine andere Lösung hinkriegt. Aber auch dann dürfen Zweifel bleiben, Sie stehen der Wahrheit oft näher als die vielen erhobenen Hände von Abgeordneten, vor allem, wenn diese den Sachverhalt weder verstanden noch einen Diskurs dazu geführt haben, worüber und bevor sie abstimmen. An den Fällen im Duisburger Norden läßt es sich vorzüglich nachweisen.

Die Wahrheit ist nicht das, was man durch Abstimmung gern dargestellt hätte, sondern die Tatsachen. Ein Stadtteil wird Tag für Tag gefoltert und Stück für Stück ausgelöscht. Ähnlich wird der nächste Stadtbereich Tag für Tag mit Folter und Auslöschen bedroht: das Max Taut-Viertel um den Zinkhüttenplatz. Und ebenso der halbe Norden der Stadt.

Vernichtung ist immer irrational – und zu ihren Ausreden und Maskeraden gehört, daß sie versucht, sich rational darzustellen, wenn sie befragt wird: Im Krieg sind es die Kommandos der Offiziere – hier sind es die Kommandos, die sich aus den Hinterzimmern in die Fraktionen schlichen, sich bündelten und schließlich den Konformismus von karrieresüchtigen Politiker nutzten, um himmelschreiendem Unrecht des Stadtmassaker und der Vertreibung eine scheinhafte Legitimität durch Mehrheit zu geben.

Gefordert: Diskurse. Kein anderes System fordert die Menschen so stark wie die Demokratie auf, über den Sinn geplanter Beschlüsse zu diskutieren. Im Bundestag gibt es eine erste und eine zweite Lesung, dann erst die Abstimmung. Dies heißt: In der Zwischenzeit soll mit Arbeit und Diskussionen ein wechselseitiger Lern-Prozeß stattfinden. Formales Abstimmen ohne ausführlichen Diskurs über Sinn ist ein Schlag gegen die Demokratie.

Den Stand der Demokratie kann man daran messen. Meist wird Demokratie in der Minimal-Ebene gehandhabt. In Duisburg in der untersten Schublade.

Propaganda und Schein-Rationalisierung

Es ist selten, daß Täter zugeben, was sie tun. Für ihre Taten bauen sie sich Gebäude auf, die von ihrer und anderer Wirklichkeit weit entfernt sind. Sie suchen und erfinden Bilder, die sie anders aussehen lassen als ihre Taten. Dies beschreibt Propaganda.

Das Killer-Wort „Verslammung". Viele Menschen gehen in die Falle eines propagandistisch aufgebauten Schlagwortes: in Bruckhausen herrsche „zunehmende Verslammung".

Dieses Unwort wurde vor allem in den 1960/1970er Jahren über alles geschleudert, was der Abrißwahn in Deutschland zerstören wollte: sowohl in Altstädten wie in Arbeiter-Siedlungen.

Dazu entstanden in beiden Bereichen heftige Bürger-Kriege.

Seit 1972 regte sich der Widerstand gegen den Abriß-Wahn. Ich war mittendrin. Dies ist ein Teil meiner Biographie. Mit vielen Bürgerinitiativen in beiden Bereichen zerstörten wir den „Mythos" des propagandistischen Killerwortes, das damals bei vielen Menschen den Verstand ausschaltete.

Wer auch nur ein wenig Kenntnis von wirklichen Slum-Gebieten in der Welt hat, muß sagen: In Ruhr gab es noch nie irgendwo eine Verslammung.

Slum ist in Ruhr ein propagandistisches Schlagwort. Es ist ein Killer-Wort, bei dem man meint, nicht mehr argumentieren zu müssen. Es entstand um 1970, als die Zechengesellschaften ihre Produktion in die Einheitsgesellschaft RAG einbringen mußten, dann begannen sie mit ihrem immensen Landbesitz aber zu spekulieren. Damals herrschte die Ideologie hoher Häuser, mit denen man – durch Neubau - mehr Miete erzielen wollte als mit der gängigen zwei - oder viergeschossigen Bauweise.

In dieser Weise wurden im Duisburger Stadtteil Neumühl die gut gebauten Arbeiter-Häuser abgerissen und daneben Hochhäuser gebaut wie Hagenshof - mit dem kaum einer glücklich wurde.

Mißbrauchte Wissenschaft: Soziologie. Es dauerte lange, bis Soziologen auf das Thema Stadt kamen. Man kann dies als Blindheit ansehen. Es dauerte ebenfalls lange, bis sie sich selbst dabei reflektierten: daß Wissenschaft Kriterien haben muß und daß sie nicht einfach kaum befragte Aussagen in die Welt werfen darf. Weil gut gezahlt wird und man gern einen weiteren Auftrag haben möchte.

Soziologen sahen in der sogenannten „Stadtsanierung" – ein weiteres propagandistisches Unwort - ein Feld zum Verdienen: durch sogenannte Gutachten. Mit ihnen sollten sie Abriß und Neubau rechtfertigen. Sie verwandelten ihre Wissenschaft in Ideologie: Dies verengte die Komplexität der Tatsachen auf weniges.

So entstanden Gefälligkeits-Gutachten für die Spekulation – an Vorurteilen triefend, die im pseudowissenschaftlichen Gewand daher kamen – unter dem Motto „Die Wissenschaft sagt doch auch . . .."[17]

Ohne und mit solchen Schlechtachten wurden in Ruhr von 1960 bis 1975 rund tausend Arbeitersiedlungen abgerissen, die ganz ähnlich in den Ruf der Verslammung gebracht waren.

Vokabular. Was die größte Abriß-Wut in den 1960/1970er Jahre vortrug, hatte dasselbe Vokabular wie es heute von den Autoritäten in Duisburg benutzt wird. Es diente damals einem gigantischen Irrtum – und ebenso heute.

Eine neue Religion: die Wirtschaft. In der Industrie-Gesellschaft, die es seit 200 Jahren gibt, kamen die meisten Menschen aus der Armut. Sie suchten Arbeitsplätze zum Überleben. Sie fanden sie in Industrie-Gebieten wie in der Metropole Ruhr. Die Angst, arm zu werden, begleitet viele Menschen bis heute. Aber die meisten sind seit langer Zeit nicht mehr arm. Doch das Bild der Armut wird seit langem vor allem von der Politik, von Wirtschafts-Interessen und von Gewerkschaften instrumentalisiert.

Wo die Frage nach Arbeits-Plätzen, die durchaus wichtig ist, aber geradezu als Gebetsmühle an die erste Stelle gerückt und Wirtschaft zu einem neuen Glauben hochgeredet wird, lassen sich alle weiteren Fragen leicht bagatellisieren.

---

[17] Eines dieser Gutachten hat beispielhaft Janne Günter kritisch auseinandergenommen in ihrem Buch „Leben in Eisenheim" (Weinheim 1980).

Im Duisburger Norden konnte ich so etwas als Hysterie erleben: als ich eine Stunde lang in der Ratsfraktion der Linkspartei gegen den Abriß zu diskutieren versuchte. Ich traf auf mehrere Betriebsräte, auch auf zwei türkische. Sie vereinfachten sich die Anschauung über ihre Welt mit der simplen These: Woanders haben es die Leute in Bruckhausen und im Max-Taut-Quartier besser.

Der Allmachtswahn als Planung

Allmachts-Wahn. Durch die Geschichte der Architektur und des Städtebaues geistert seit Jahrhunderten eine folgenreiche Vorstellung: Architekten fühlen sich in einem Allmachts-Wahn - wie Weltenschöpfer.

Manche Stadtgründer beschäftigten Planer, die sich später Architekten nannten. Meist lebten sie vom Militär. Diese entwarfen die Pläne für viele Städte. Es entstand in solchen Prozessen die Vorstellung, daß Herrscher in einer Weise verfahren können, die sich immer mehr Gott-Ähnlichkeit zubilligt. Als Architekten sich den Künstler-Mythos zulegten und ihn hier und da – in Parallele zu Priestern – mit der Idee göttlicher Eingebung ausgestalteten, konnten auch sie sich als eine Art Abbild des Welten-Schöpfers fühlen.

Zerstörung. Im späten 15. Jahrhundert versuchte in der oberitalienischen Stadt Vigevano der Herzog von Mailand die bürgerliche Stadt zu einem Vorfeld seines Palastes zu verwandeln . Dies bedeutete: den bürgerlichen Markt für seinen aggressiven Repräsentations-Willen zu instrumentalisieren. So etwas hatte es zuvor nie gegeben. Der Erfinder dieses Planes war der Architekt Bramante. Er wollte die Häuserzeile abreißen, die herkömmlich den Markplatz vom Palast-Hof trennte. Dies brachte die Bürger so in Rage, daß sie dem Bramante einen zweiten Namen gaben: „il ruinante“, d. h. der Ruinierer – der Stadt-Zerstörer.

Absolutismus. Je mächtiger Herrschaft wurde, desto näher lag der Gedanke, dafür und für ihre Taten, zu denen das Bauen in vieler Weise gehörte, eine Vorstellung zu entwickeln, die sich Gott ähnlich fühlte. Dies verschärft sich im Absolutismus. Das war zwar weithin alles schon in den Jahrhunderten zuvor angelegt, aber die Verfügungs-Macht richtete sich nun auf Um- und Einbauten.

Allmachts-Wahn des Ingenieurs. In der Industrie-Epoche, die im frühen 19. Jahrhundert beginnt, kommt es zu einem zweiten Schub: Unternehmer und Ingenieure errichten riesige Produktions-Stätten. Es entsteht ein Ingenieur-Denken, das den Allmachts-Gedanken des Schöpfens säkularisiert weiter entwickelt. Die Ideologie: Der Ingenieur kann im Prinzip alles.

Heute sind wir durchseucht von dieser Mentalität. In Köln sollte eine U-Bahn-Strecke gebaut werden – im schwierigsten Terrain. Dies sollte in der Nähe des Stromes geschehen, der in Jahrhunderten ständig sein Bett verschoben hatte. Das Überlegenheits-Gefühl der Ingenieure bagatellisierte Natur und Geschichte. Es ist bekannt, wie schief diese Unternehmung lief. Ich fragte Stefan Polónyi, den weltberühmten Professor für Tragwerke, was denn da geschehen war. Er antwortete: Die Ingenieure wollten für das Anlegen der Tunnel-Röhre den Rhein auspumpen.

Hinzu kam ein Dilettantismus: Sie dachten nicht an die einfache Erfahrung, daß beim Pumpen nicht nur Wasser, sondern auch Schwemmstoffe bewegt werden: beim Abpumpen wird Erde weg gesogen. Nächste Dummheit: Man beobachtete den Vorgang nicht. Und so entging den Ingenieuren bzw. Planern, daß allmählich ein 30 Meter tiefes Loch entstand – und dort hinein stürzte das Archiv mit den Schätzen der Menschheit.

Es ist kein Zufall, daß Diktatoren einen Allmachtswahn hatten und ihn brachial zu realisieren versuchten. Zum Beispiel Benito Mussolini und kurz danach Adolf Hitler mit Albert Speer.

2012 bekam die Ostküste der USA zu spüren, daß die Natur Respekt verlangt – und wenn man mit ihr nicht sorgfältig und mit Achtung umgeht, setzt sie dem Allmachtswahn Grenzen. Wer ist brutal – die Strafe ? Eher die Täter.

Die unverarbeitete Mentalität des Krieges

Mentalität. Der Allmachts-Wahn ist strukturell bereits ein Kriegs-Geschehen.

Es wird verstärkt durch das, was wir den offenen Krieg nennen.

Der Tiefenpsychologie Alexander Mitscherlich schrieb ein Buch über die „Unwirtlichkeit unserer Städte“ (1966). Und ein zweites zusammen mit seiner Frau, Margarete Mitscherlich: „Die Unfähigkeit zu trauern.“

Man könnte, angeregt von diesen erkenntnisöffnenden Werken, ein Buch schreiben über die unverarbeitete Mentalität des Krieges. Es gibt sie noch 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Kriegs-Mentalität hat eine lange Geschichte. Daran kann man auch lernen, wie sie im Grunde – mit anderen und täuschenden Etiketten - noch heute wirksam ist: als Allmachts-Wahn.

Zum Stichwort Mentalität gibt es in Frankreich die berühmte Historiker-Schule der „Annales“[18] - mit den Namen wie Marc Bloch, Fernand Braudel, Lucien Febvre. Braudel spricht von der „langen Dauer“ (longue durée) von Mentalitäten in der Geschichte. Dies bedeutet, daß einschneidende Ereignisse noch lange Zeit, wenn sie längst vorbei sind, mit ihren Wirkungen nachlaufen – meist unterbewußt.

Kriegs-Zerstörung. In Eroberungs-Feldzügen wurden seit Urzeiten renitente Städte zerstört. Berühmt sind die Stadt-Zerstörungen des Kaiser Friedrich II. Barbarossa 1162 in Oberitalien. In großen und kleinen Kriegen ruinierten Herrscher und Heere die Unterlegenen: lange Zeit durch Plünderungen. Im Rausch ihrer Überlegenheit wollten sie den Unterlegenen schädigen – nachhaltig. Sie zündeten Stadt-Viertel und ganze Städte an. Es gibt kaum eine europäische Stadt, die dieses Schicksal nicht erlitt. Die Geschichtsschreibung nennt viele dieser Katastrophen, mit einer Jahreszahl, – aber selten stellt sie dar, was diese Katastrophe wirklich ist.

Verharmlosung oder existentielle Darstellung ? Ich versuche in diesem Buch zu zeigen, daß es im Duisburger Norden um Katastrophe geht – und nicht um einen schön daher geredeten „Stadtumbau“, wie es in den Konferenzen der Fachplaner heißt, in denen nur selten Sachverhalte in ihrer existentiellen Dimension dargestellt und besprochen werden. Wir diskutieren den Fall Duisburg an seinem existentiellen Kern: an den Menschen.

Menschen-Verachtung. Wie kommt es zur Verachtung von Menschen ? Menschen galten in den vorausgehenden Jahrhunderten wenig. Einer hohen Kinderzahl stand eine hohe Kinder-Sterblichkeit gegenüber. Die Leute wurden wegen der Krankheiten, die oft nicht bekämpft werden konnten, nicht alt. In den Kriegen waren sie „Kanonen-Futter“. In der Hierarchie der Gesellschaft galten sie wenig.

Den Aufstieg mit den Mitteln der Industrialisierung im 19. Jahrhundert machte lange Zeit nur ein Teil des Stadt-Bürgertums. Rasch nahm dieses Bürgertum aristokratische Züge an. Erst erstritt es sich mit dem Stichwort „Demokratie“ Aufstiegs-Stufen, dann verweigerte es

---

[18] Die Historiker-Schule der „Annales“ etablierte sich als neue Methodologie und Praxis in der Geschichtswissenschaft. Die Zeitschrift wurde 1929 von Marc Bloch und Lucien Febvre gegründet. Peter Burke, offene Geschichte. Die Schule des „Annales“. Berlin 1991. – Matthias Middel/Steffen Sammler (Hg.), Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten 1929-1992. Leipzig 1994.

dem großen Teil der Bevölkerung denselben Aufstieg. Es war ein langer Weg, „sich aus dem Elend zu erlösen" und geachtet zu werden.

Ausbildung. In der Ausbildung von Stadtplanern und Architekten herrscht mit solchem unterbewußten intuitiven Rückenwind die Kriegs-Mentalität in der Leichtigkeit des Wegwischens von räumlichen Bereichen mit einer Handbewegung oder ein paar Strichen. Und es herrscht parallel zum Ingenieur und schließlich auch zum Mythos Speer ein subtiler Größenwahn. Dies wird niemand direkt zugeben. Aber so sehen konkret viele Planungen aus, wenn man sie zu lesen versteht.

Stadt-Zerstörung. Keinem dieser Leute kann man nachsagen, er sei ein Nazi. Aber was Hitler in Berlin mit Speer probierte, für seine Repräsentation Stadtviertel abzureißen, das setzte sich nach dem Krieg fort[19]. Schon die NS-Ideologie kam im ideologischen Gewand der Modernisierung daher. Und erst recht der bis um 1980 grassierende Gedanke, daß man halbe Städte abreißen wolle, müsse, könne. Er war genährt durch die Stadtzerstörungen, die der „gottähnliche" Herrscher Adolf Hitler zusammen mit seinem „gottähnlichen" Architekten Albert Speer machte. Im Ergebnis entsprangen die Zerstörungen von Stadt-Vierteln demselben Allmachtswahn . Beispiele: Hameln, Detmold, Herford, Rheda, Moers, Wuppertal (nicht geglückt), Lemgo (nicht geglückt).

Daß man eine Stadt in großem Umfang zerstören konnte, verbreitete sich auch durch die Gewalt der Bomben – mit „Flächenbombardements" der Alliierten, nicht nur in Dresden, sondern in Hunderten von Städten. Diese Zerstörungen wurden simpel hingenommen, auch heute noch werden sie nur selten kommentiert. Und die Anstrengungen, über einen Wiederaufbau im Bestand nachzudenken, wie es in Polen, Italien und in anderen Ländern geschah, waren in Deutschland sehr gering.

Wenn man sich fragt, woher die Verwaltung und Politik in Duisburg die Unbescheidenheit nimmt, erneut ganze Stadtviertel zu zerstören, dann kommt man mit einigem Nachdenken und Enttabuisierung auf diese Stichworte: Solche Planer stellen sich – als Mentalgeschichte gelesen – faktisch in eine Reihe: mit absolutistischen Herrschern, mit einem absolutistisch handelnden Intendanten eines Heeres von Spekulanten in Paris (Haussmann), mit einem dafür bestraften Architekten (Albert Speer), mit den Luftkriegern von Hamburg, Dresden u. a., mit den „Stadt-Zerstörern" der 1960/1970er Jahre.

Auch in Duisburg wird Krieg geführt – gegen die eigene Bevölkerung. Bürger-Krieg.

Verwirklichte Demokratie oder Demokratie als Maskerade ?

Es nennt sich Demokratie: der Beschluß des Stadtrates mit allen Stimmen außer einer. Tatsächlich aber ist es die Maskierung eines Verfahrens, das beim genauen Hinschauen absolutistisch ist.

Der Fürst musste niemandem antworten.

Ebenfalls erhielten wir keine Antwort, wenn wir uns in Bruckhausen gegen Gesetzes-Brüche der Stadt bzw. der EG-DU beschwerten. Gelegentlich ein lakonisches Schreiben mit der Behauptung, es sei alles rechtens. Als ich meine Einwände gegen die Bebauungsplan-Entwürfe für Bruckhausen und das Max-Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz schrieb (siehe unten), erhielt ich keine Antwort – obwohl sie mir nach Gesetz zusteht.

Der Fürst musste keine Rechenschaft ablegen.

---

[19] Siehe dazu: Werner Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970. Braunschweig 1986 (neu aufgelegt: Stuttgart 2001). - Werner Durth/Paul Sigel, Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels. (Jovis) Berlin 2009.

Heute steht die Rechtsaufsicht des Regierungspräsidenten über die Tätigkeit der Kommune bloß auf dem Papier – sie ist das Papier nicht wert. Wenn sie angerufen wird, antwortet sie fast nie und bleibt fast stets untätig. Mit einem Rechtsstaat hat dies wenig zu tun.

Verwirklichte Demokratie muß etwas anderes sein als ein Verfahren, das Demokratie bloß behauptet und das die Bürger nur zum Schein einschließt, in Wirklichkeit sie aber in mehreren Weisen ausschließt: teils krude, teils raffiniert, teils scheinheilig.

Was sich hier als Verfahren vorstellt, ist – auch wenn die Gesetze so sind wie sie sind – eine hoch üble Verhinderung der Demokratie unter dem Schein der Demokratie.

Spätere werden über uns schreiben, daß in diesen Jahrzehnten auf allem und jedem das Etikett Demokratie prangte, um darüber hinweg zu täuschen, dass Demokratie unter keinen Umständen gewollt war. Vielleicht nennen sie es das „Zeitalter der Trickser und Täuscher".

Heute kann sich keiner mehr hinstellen und offen sagen, dass er keine Demokratie will und kein Demokrat sei. Er muß sagen, dass er ein Demokrat sei und Demokratie will – dann wirft er Nebel und spielt eine Lügenmaschinerie.

Den Tatsachen nach herrscht im Duisburger Norden keine Demokratie. Es gibt hier nicht mehr als den Schein.

Die Vorwürfe. Erstens: Die kilometerlange Zerstörung im Duisburger Norden wurde vor den Abstimmungen nicht in einer Weise diskutiert, die man einen Diskurs nannen kann.

Zweitens: Der größte Teil des Sachverhaltes und der Absichten wurde im Dunkeln gehalten. Ein solcher Mangel an Transparenz konterkariert das Wort Demokratie.

Drittens: Demokratie bedeutet, Sinnfragen sehr intensiv zu stellen. Hier aber war die Abstimmung nichts anderes als die Legitimierung von Unsinn durch eine Mehrheit. Damit wird jedoch noch lange nicht aus Unsinn ein Sinn.

Viertens: Mit der Demokratie ist historisch stets tendenziell die Suche nach Gerechtigkeit verbunden. Zum Brisantesten dieses Falles stellt sich am Ende unserer Untersuchung heraus: Die tatsächlichen Interessen wurden verborgen - am Ende ist es nur ein einziger Interessent, der im Dunkel bleiben will. Was vorgezeigt wird, ist alles Mögliche, was sprachlich gut klingt, aber den Kern der Sache verbirgt.

Fünftens: Es wurde nicht über das offengelegte Interesse abgestimmt, sondern nur über das Interesse derer, die den Kern des Interesses schlitzohrig verborgen hielten.

Sechstens: Derart komplexe Probleme darf man nicht in eine einzige Abstimmung packen.

Siebentens: Auch die Verfahrens-Schritte müssen im einzelnen demokratisch angelegt sein.

Demokratie ist eine Weise, wie sich Gesellschaft organisiert – mit weit höheren Ansprüchen als jedes andere gesellschaftliche Organisations-System. Man kann in Duisburg darüber nachdenken, ob hier Anführer alles tun, um sich aus dieser Verpflichtung heraus zu stehlen: so wenig wie eben möglich davon abzuliefern.

Gutachten als Schlechtachten und dies in Planer-Sprache als Täuschung

Hier geschieht Stadtplanung als Phantom. Das Phantom heißt: Der Norden von Duisburg ist „ein negatives Terrain". Dies operiert simpel mit Vorurteilen, die seit langer Zeit immer wieder propagandistisch verbreitet und bestärkt werden. Man könnte eine umfangreiche Dissertation dazu schreiben, wie geradezu ein Haß auf den Norden propagiert wurde.

Darin spielt das Rathaus eine führende Rolle: mit vielen Statements, die sich als objektiv geben, in Wirklichkeit aber methodisch falsch und mit ihren Grundannahmen, Behauptungen, Zielen und Schlussfolgerungen in einem unfassbaren Maße verlogen sind.

Dies kann man in den Texten zu unseren Fällen leicht erkennen, wenn man sie Satz für Satz durchgeht. Sie agieren zur Sache mit einer Fülle von unbewiesenen Behauptungen. Und sprachlich fast immer in Obersätzen.

Gutachten als Geschäft. Das Anfertigen von Gutachten ist hierzulande seit Jahrzehnten meist ein Geschäft – orientiert am Interesse des Auftraggebers. Dies pervertiert den Sinn von Gutachten.

Der Gutachter ist häufig gefällig, denn er möchte meist weitere Aufträge. MitGutachten kann man viel Geld „verdienen". Daher macht er sich gern und meist gefällig. Er redet dem Auftraggeber nach dem Munde. Diese Praxis läßt sich in vielen Jahrzehnten nachweisen. In der Nachbarstadt Gelsenkirchen haben sich im Fall der Zerstörung des Hans-Sachs-Hausen (1920 von Alfred Fischer) die Gutachter „goldene Nasen" verdient[20]. So scheint es für Auftraggeber und Gutachter opportun zu sein, diese Gutachten nicht einsehbar zu machen – das heißt: sie unöffentlich zu halten.

Häufig haben Gutachten die Funktion, etwas auszudrücken, was der Besteller aus Gründen der Politik oder medialen Vermittlung nicht selbst sagen möchte. Er versteckt sich hinter dem Gutachten, das er „natürlich" steuert.

Gutachten – unter Verschluß. „Gutachten", die dem Auftraggeber gefällig, liefern seinen Zielen Pseudo-Argumente. Bürgerinitiativen sprechen solchen interessegeleiteten pseudo-wissenschaftlichen Machwerken den Titel „Schlechtachten" zu.

Die Gutachten/Schlechtachten werden zum Teil sogar vom Interessenten finanziert. Was dabei heraus kommt, entspricht der uralten Erfahrung „Wes´Brot ich eß, des´ Lied ich sing."

Ein wirklicher Gutachter nimmt nicht nur die Fragen der Auftraggeber auf, sondern auch die Fragen von Initiativen und einzelnen.

Aber es herrscht bereits in den Fragestellungen keine Offenheit. Diese ist jedoch die unverzichtbare Grundlage eines demokratischen Prozesses. Es ist heute äußerst selten, daß im Einvernehmen von Rathaus und Initiativen Gutachter mit einem Bündel von Fragen aus mehreren Richtungen beauftragt werden und dann wirkliche Gutachten schreiben.

Die Gutachten/Schlechtachten werden in der Schublade unter Verschluß gehalten. Meist bekommen selbst die Stadt- und Bezirks-Räte die Gutachten/Schlechtachten nicht zu sehen. Die „Fürsten" haben die Erfahrung, daß ihre Vasallen ohnehin blind abstimmen – wozu dann ein Aufwand ?

Warum Geheimhaltung?

Hier läuft die absolutistische Hofhaltung weiter, die den Standpunkt hatte, daß es den Untertanen nichts angehe, wie regiert wird. Aber: Nach demokratischem Denken und nach dem Informationsfreiheits-Gesetz müssen Gutachten/Schlechtachten einsehbar sein. *Sie sind Teil des öffentlichen Prozesses – daher ist Öffentlichkeit unabdingbar geboten.*

Zweite Argumentation gegen Transparenz. Frank Börner, planungspolitischer Sprecher der SPD: „Es ist erstmal das Handeln von privaten Leuten." - Wie bitte ? Aber Hallo ! Private Leute entziehen ihren Mitbürgern Lebensgrundlagen – ist dies keine öffentliche Angelegenheit ? – Die Sprecherin der Stadt, Anja Hundgeburth: „Das ist Sache der Stadt . . . eindeutig Privatrecht." – Seit wann ist Stadt Privatrecht ?

Hintergrund: Das Rathaus hat Angst, daß kluge Leute in den Gutachten Mängel offenlegen und Fehler widerlegen.

In einem demokratischen Verfahren müssen Gutachter und die Fragestellungen im Konsens mit den Betroffenen bestimmt werden und dann das Gutachten/Schlechtachten vorgelegt werden, damit man es öffentlich diskutieren kann.

---

[20] Deutscher Werkbund (Hg.), Weltstar Hans-Sachs-Haus. Bedrohtes Demokratie-Denkmal – Aufbruch statt Abbruch. >Einmischen und Mitgestalten< - eine Schriftenreihe des Deutschen Werkbundes Nordrhein-Westfalen. Band 3. Essen 2006.

Mit Geheimnis-Krämerei begibt sich das Rathaus in die Dunkelzone von Geheimdiensten. Dann darf man sich über Vorwürfe wie „Manipulation“ und „Verschleierung“ nicht wundern.

Manipulation. Wenn das erste Gutachten nicht den Interessen der Auftraggeber entspricht, wird es in der Sphäre der Geheimhaltung umgeschrieben. Wenn dies noch nicht reicht, wird ein zweites gemacht - mit erheblichen Manipulationen. Weil dies nicht der Sinn von Gutachten ist, dürfen wir es Täuschung nennen. Ist der Gutachter vereidigt, ist es zusätzlich Meineid.

Im Max Taut –Quartier beobachteten zwei alte Frauen, daß eine Verkehrszählung am 2. Januar 2013 vorgenommen wurden. „Es ist doch eine Manipulation, denn an diesem Tag nach Neujahr gibt es noch wenig Verkehr.“

Sprache als Verschleierung. Sprache kann im Sinne der Aufklärung Sachverhalte klar legen – oder verschleiern. In vielen Gutachten/Schlechtachten gibt es oft kaum lesbare Kapitel, die zudem mit viel Fachchinesisch und Denglisch durchsetzt sind. Am Schluß stehen weitreichende Zusammenfassungen - als Vereinfachungen in abstrakten und aufgeblasenen Sätzen dieser Art: „Ohne umfassende städtbauliche Veränderungen entsteht eine negative Wirkungskette der Leerstandsentwicklung, die zu weiteren sozialen und wirtschaftlichen Problemen führt.“ (Städtebauliches Gutachten, Innova, 2006)

Dies ist Kaffeesatz-Lesen mit einer dunklen Drohung. Es fehlt jegliche Nachdenklichkeit dazu, dass sich in vielen abstrakten Sätzen geradezu Todesurteile verbergen – nämlich ein Freibrief für „Stadtmassaker“ und „Sozialverbrechen“.

Es fehlt auch jedes Bedenken, dass sich solche weitreichenden Phantastereien in der Vergangenheit ad absurdum geführt haben.

Wer keine Argumente für den konkreten Fall hat, weicht in einen Trick aus: Er geht eine Ebene höher, also in eine Abstraktion, die stets eine Verallgemeinerung ist. Diese stellt sich als gewaltig dar – und macht sich dadurch scheinbar unanfechtbar.

Dies ist nicht mehr als Rhetorik !

Abstrakte apokalyptische Szenarien werden mit Sprachblasen hergestellt und drohend aufgefahren – wie zum Beispiel dieser volltönende Satz: „Um im immer globaler werdenden Wettbewerb auf europäischer aber durchaus auch auf nordrhein-westfälischer Ebene nicht unter zu gehen . . ..“ Das ist inhaltlich und sprachlich kabarettistisch – ich stelle mir vor, wie Oliver Welcke in der satirischen„Heute Show“ (ZdF) einen solchen Satz vorführen könnte. Der weltweite Vergleich ist mit nichts belegbar. Er ist eine hochtrabende Blase. Und wie sieht der Untergang einer Großstadt aus – etwa wie im Science Fiktion-Film ? Fragt sich nur, ob im Feuer oder in den Wellen des Rheins oder im Hurrican auf dem Ozean vor Florida.

„Wir werden als Ruhr-Metropole weder auf dem Radarschirm internationaler Investoren, noch als touristischer Anziehungsraum, noch als kulturelle Metropole tatsächlich signifikant nachhaltig wahrgenommen.“ – Na und ? Muß man überhaupt wahrgenommen werden – und dies auf Radarschirmen ? Die Leute im Norden von Ruhr wollen vernünftig leben – und nicht als Zielscheibe für jagende Investoren, denen sie dann oft auch noch weichen müssen. Ihr Lebens-Ziel ist nicht der Tourismus. Was sind das für Menschen, die das normale Leben beklagen und nach Phantomen rufen !

Intelligenten Lesern fallen in der Planer-Sprache viele maßlose Übertreibungen auf. Dies kennt man von den Medien und von der Verkaufs-Werbung von Interessenten. Man muß aufhören, solchen Sätzen auch nur minimalen Glauben zu schenken. Sie posaunen mit vollen Backen grobe Obersätze in die Öffentlichkeit - wie himmliche Gesetze. Sie lönnen deshalb so leicht daher gesagt werden, weil sich die Verfasser mit nichts an Begründung und Verantwortung gebunden fühlen.

Nicht belegte Behauptungen. Viele dieser Thesen sind inhaltlich schlicht falsch und haben keinen wirklichen Zusammenhang mit dem konkreten Fall.

Es gibt gar keinen „Wettbewerb“ – weder zwischen Städten noch zwischen Ländern, nicht innerhalb von Europa und nicht nach Übersee. Das Wort „Wettbewerb“ ist Ideologie. Damit

versuchen Interessenten, die Mitmenschen zu scheuchen – ihnen die Angst einzureden, daß sie sonst verlieren. Sie sollen glauben, die Macher wären Gewinner.

Solche Texte appellieren an ein Gegenüber, dem sie eine mindere Denk- und Differenzierungsfähigkeit unterstellen. Andernfalls würden sie nicht so viel Unsinn von sich geben.

Fundamentale Täuschung: Bürger-Dialog. Die Krönung der Täuschung ist das Wort „Bürger-Dialog“. Es gab und gibt ihn nicht. Es ist ein pures Propaganda-Stichwort der Durchsetzungs-Strategie – eine pure Einbahnstraße[21].

Antisemantik, Unehrlichkeit, Methodenfeindlichkeit, Ideologie

Die EG-DU verkündete einst in Hochglanz-Broschüren: Bruckhausen darf nicht durch Abriß von leer stehenden Häusern veröden. Dann kam etwas ganz anderes.

Worte. „Stadtumbau West“ nennt sich die Maskerade von Stadtmassaker und Sozialverbrechen. Ordentliche Menschen haben die Überzeugung, daß Worte ehrlich sein sollen. Daß die Bezeichnung sich mit der bezeichneten Tatsache deckt. Dies nennt man Semantik. Die Tatsache und ihr verbaler Ausdruck sollen sich entsprechen. Nichts davon entspricht sich, wenn das Rathaus ständig von „Stadt-Umbau“ spricht. Tatsächlich verhüllt es damit, daß es um nichts anderes geht als um Abriß. Mit diesem Schwindel holt es sich auch Fördermittel aus dem Titel des Bundeshaushalts, der das Etikett „Soziale Stadt“ trägt. Wir fotografierten Abriß in Bruckhausen mit einem Schild, auf dem man diesen Schwindel lesen kann.

Gehen wir den Gebrauch der Worte, die das Rathaus benutzt durch, dann herrschen darin andere Kriterien als Semantik. Die Worte dienen einem bestimmten Marketing: dem propagandistischen Verkauf von Zielen.

Die Sprache des Rathauses ist verfallen. Das Wort wird nicht aus dem Tatbestand abgeleitet. Es bezeichnet ihn nicht. Sondern es darf oft frei etwas meinen – dies nennt nicht nur der Volksmund „lügen“. Worte können über Sachverhalte hinweg täuschen. Auch dies ist Lüge. Wenn der Sachverhalt semantisch deutlich gemacht würde, könnten Menschen merken, worum es geht und dagegen aufbegehren. Worte können verführen, etwas zu glauben, was es überhaupt nicht ist. Dies nennt man Schwindel. Worte können einschläfern.

Wenn Worte etwas als Sachverhalt vorstellen, was es überhaupt nicht gibt – sollen sie damit oft von Tatsachen ablenken. Ein Interessent wie ThyssenKrupp will die realen Tatsachen nicht benannt haben, weil sich dann Widerstand regen könnte. Wenn nicht von Abriß gesprochen werden soll, wird „Rückbau“ gesagt – dies ist eine Wort-Erfindung, die als Wortmaskerade für Abriß dient. „Rückbau“ wird häufig in der Fachsprache benutzt – das Wort will einzig durch häufigen Gebrauch als Wissenschafts-Begriff gelten, ist aber aufgrund fehlender Semantik gänzlich unwissenschaftlich. Es wird nicht wahrer, wenn viele Fachplaner ebenfalls diese Täuschung benutzen.

Ganz ähnlich ging der Planungsamtsleiter Martin Linne (2011 nach Krefeld „geflohen“) mit Worten um. Er propagierte: „Den westlichen Ortsrand verwandeln als eine Metamorphose.“ Was für eine Verschleierung ! Und gelogen – denn da sollte doch nichts kommen als eine Nichtigkeit. Das Rathaus verheißt den „Park vor der Haustür“ und eine „grüne Lunge.“ Die Tatsachen sehen anders aus.

Im Strategie-Buch des Rathauses ist die Rede von „Identitäten“, die gestärkt werden sollen (S. 122). Aber erstens versteht das Rathaus davon nichts, und zweitens will es drei so starke Identitäten wie Bruckhausen, Marxloh und die Max-Taut-Wohnanlage am Zinkhüttenplatz zerstören. Worte sind nicht mehr geduldig !

---

[21] Bürger-Dialog beginnt. NRZ 20. 9. 2006.

Wort-Erfindungen. Was ist das für eine Wort-Erfindung: „überaltert“ ? Mit Semantik hat auch dieses Wort nichts zu tun. Ist jemand alt, dann ist er alt. Wenn jemand etwas Altes nicht haben will, sage er das ! – und nenne seine Gründe, warum er es nicht haben will ! Das Wort „überaltert“ ist der Versuch, mit einem vorurteilsbesetzten Schimpfwort auf simple Weise Menschen wegzudefinieren.

Zahlen. Ziffern geben dem naiven Leser oder Zuhörer den Anschein, daß es sich um etwas Objektives handelt. Meist versuchen sie, diese Schein-Autorität zu verstärken, indem sie als Statistik daher kommen. Statistik, wenn sie überhaupt einen Sinn hat, ist eine Frage der Wahrhaftigkeit. Darum steht es jedoch überall äußerst schlecht.

Wer den Ziffern traut, ist geradezu abergläubisch. Eine ehrliche Handhabung von Zahlen, sagt stets dazu, worauf sie sich beziehen und wie sie ermittelt sind. Das Stichwort Statistik-Lüge ist kein Witz.

Ungeprüfte Abstraktionen. Es gibt viele Beispiele, in denen in Abstraktionen der Mensch in seiner Lebensumwelt zum Verschwinden gebracht wird. Darüber haben sich ironisch Michel Foucault oder die Schriftstellerin Elfriede Jelinek ausgelassen.

Unredlichkeit der Erhebung von Tatbeständen. Leerstand in Marxloh wurde ermittelt : abgelesen am Fehlen von Gardinen. Es gibt in keiner Stadt eine tatsachenorientierte Erhebung von Wohnungs-Leerständen. Dabei könnte man leicht ein Kataster herstellen.

Unredliche Schlußfolgerungen. Leerstand tritt fast immer nur punktuell auf. Es ist unredlich, als Maßnahme gegen Leerstand Flächen abzureißen.

Ständig wechseln die Ziffern. Die Stadt behauptet, es wären in Bruckhausen „nur“ 121 von 640 Gebäuden, die abgerissen werden. Dies ist die totale Hälfte des Kerns. Aber es ist Augenauswischerei: Sie rechnet nämlich sämtliche Gebäude im weit verstreuten Stadtviertel in die Ausgangs-Summe ein, um die Ziffer gefälliger zu machen – und kommt dann auf „nur“ 19 Prozent Abriß. Daran hängt sie den unredlichen Schluß, daß 19 Prozent nicht viel sei. Aber selbst einen Abriß von 19 Prozent aller Häuser darf man nicht bagatellisieren. Das ist in jedem Falle viel. Auch dies ist ein Missbrauch von Statistik. Wer Sinn für Qualität hat, durchschaut die absurde Rechnung.

Es wird viel gelogen. So wurde Björn Zech gesagt, man habe in Bruckhausen 600 Häuser durchrenoviert. Tatsächlich gibt es nicht so viele Häuser in Bruckhausen. Bei nochmaliger Nachfrage schrumpfte die Ziffer auf sehr wenige. Man muß davon ausgehen, daß die Prozesse undurchsichtig gehalten und mit viel Lügen untermischt wurden. Glauben kann man nichts.

In einer Anzahl von Fällen wurden und werden wichtige Informationen verweigert und wenn überhaupt erst nach mehreren Beschwerden geliefert.

Schönreden. Was die Stadt als „Stabilisierung des Stadtteils und als Maßnahmen“ vorträgt, ist das bekannte Schönreden von Planung: abstrakte Obersätze ohne Realität.

Rhetorik. Es fehlt dem Rathaus an Fähigkeit und Willen zur Stadt-Analyse, um so freigebiger ist es mit Rhetorik, die nichts kostet, zu nichts verpflichtet und „bella figura“machen soll.

Walter Ziegler (Geschäftsführung der Immeo) spricht vom Finden „einer optimalen Lösung für alle Beteiligten“. Preis-Frage: Was ist die optimale Lösung für das Herausgraulen und Deportieren von 1 000 Menschen im Max Taut-Quartier ? „Sozialverträglicher Umzug“, sagen er und das Rathaus.

Groß klingende Worte. Die Parteien haben in ihren Programmen zusammen getragen, was gut klingt – aber was sie niemals tun. An großen Worten fehlt es nicht. Wenn man sie „nach den Akten“ ansehen würde, wäre alles bestens in Ordnung und lauter wohlmeinende Leute am Werk. Man kann die Geschichte nicht nach Akten schreiben.

Mangel an Selbstreflexion. Den Amtspersonen, denen wir im Duisburger Norden begegnet sind, fehlt Selbstreflexion. Dies hat zum Beispiel der Versuch eines Diskurses ergeben, den Christoph Zöpel und weitere Experten mit dem Rathaus in Gang zu bringen versuchten. Vergeblich.

Mangel an Lernfähigkeit. Nicht ein blasser Schimmer an Gelerntem aus 50 Jahren Stadtentwicklung ist erkennbar. So kommt es zu Bauch-Urteilen. Es fehlt die Erkenntnis, dass es seit Jahrzehnten in der Metropole Ruhr Lernen in der Stadtentwicklung gibt.

Wenn ein Arzt auf dieser Grundlage handeln würde, gäbe es in Fülle Tote. Aber weil es in der Stadtplanung zunächst einmal scheinbar ohne Folgen zugeht und die Folgen erst einige Zeit später erscheinen, wird dieser Unsinn aufs Papier und in Beschlüsse gesetzt

Ideologie. In jedem Satz der sogenannten Begründungen für den Abriß-Plan in Bruckhausen steckt eine ungeprüfte, nicht hinterfragte Ideologie. Eine unbefragte aus dem Bauch heraus gesagte Annahme. Gesteuert von Vorurteilen. Was ist „schlecht" ? Warum ? Ist es wirklich schlecht ?

Warum müssen Zuwanderer als Begründung für Abriß herhalten – als angeblich negatives Element ? Hier sind Zynismen am Werk – ja Rassismus. Hier wird behauptet: Zuwanderer sind schlechter als Deutsche. Dies hat mit Wissenschaft, mit Aufklärung, mit Redlichkeit nichts zu tun – hier wird das Gegenteil als Kriterium angeführt: das ideologische Vorurteil. Hinter vielen Sätzen stecken Zynismus und Unmenschlichkeit !

Hochstapeln. Roger Sevenheck (Douvil), laut Wochenanzeiger (18. 2. 2012)„kein Sympathieträger": Factory-Outlet-Center verspricht, Hochpreisiges als Schnäppchen zu handeln. Sevenheck ist Geschäftsführer der German Development Group. Ein solcher Name müßte Ehrfurcht erregen, aber dahinter steckt so gut wie nichts. Sevenheck behauptet hochtönend: „Es ist nicht mein Stil, Leute respektlos zu behandeln." Tatsächlich aber will er respektlos tausend Menschen aus ihrer Heimat vertreiben . Dann sagte er: „Ich setze auf die Vernunft der Menschen – daß sie ausziehen."[22] Auf was für eine Vernunft ?

Inhaltsleer abstrakt bluffend daher geredet. „Ein städtebaulich negatives Erscheinungsbild in Teilbereichen." Was ist denn eine so leere Formel anderes als eine Beschimpfung ! Und warum muß man das Ganze abreißen, wenn nur vom Teilbereich die Rede ist ? „Der Stadtumbau West soll den westdeutschen Städten bei der Bewältigung ihrer demographisch bedingten Strukturprobleme helfen." Die Stadt spricht von einem „Gesamtstädtischen Entwicklungskonzept." Das gibt es nicht – und es wäre auch kaum machbar. Noch ein hochtrabender Satz**:** „Maßnahmen zur Herstellung nachhaltiger Strukturen in Gebieten, die vom demographischen Wandel besonders betroffen sind bzw. absehbar sein werden."

Stadt als Immobilie. Das „Gesamtstädtische Entwicklungskonzept GEK" wurde 2006 an eine auf die Immobilienwirtschaft spezialisierte Unternehmensberatung in Essen und Berlin vergeben. Dies ist typisch für die Einschränkung des Denkens über die Stadt. Was ist dabei herausgekommen ? Wo ist es ? Gibt es mehr als abstrakte Sätze her ? Wie dünn sind die Kriterien ? Geht es nur um Immobilien-Wirtschaft ? Stadt-Analyse muß mehr sein.

Stadtplanung mit Phantomen

Verständnislose Rezeption. In der Ruhr-Region wird mit Phantomen gehandelt.

Das Problem kann man bereits aus einigen wenigen Zeilen herauslesen, die der Baubeigeordnete Paul Brandi schrieb. Er hatte in München, Straßburg, Berlin und Leipzig studiert, brachte von dorther sein großbürgerliches Leitbild und Ansprüche mit - und senkte sie auf die Industriestadt Essen. Über seine „Essener Arbeitsjahre" schreibt er: „Der äußere Eindruck, den Essen bei meinem Dienstantritt [1899] gemacht hatte, bestätigte den Ruf, in welchem Essen damals stand, das heißt einer wenig anmutenden Industriestadt. Die Enge der Altstadt, deren Radius einen Kilometer nicht überstieg, einerseits und das überschnelle

---

[22] Wochenanzeiger 18. 2. 2012.

Anwachsen der Einwohnerzahl andererseits hatten eine moderne und wenigstens sachgemäße Ausgestaltung des Stadtbildes unmöglich gemacht.“[23]

In einem solchen kurzen Text sind bereits alle Vorurteile enthalten: Satz für Satz spiegelt er Verständnislosigkeit und daraus hervorgehend Fehlurteile und Ansprüche, die dann zu Phantomen werden.

Paul Brandi ist nicht der Urheber all dessen, sondern der Spiegel einer „gutbürgerlichen“ Einstellung. Er fomuliert später, in den 1920er Jahren, das Leitbild für die Region: Im Süden kann man gut wohnen – wenn man wohlhabend ist; im Norden gibt es die Industrie und die „Proleten“, wie man sie sich damals in gutbürgerlichen Kreisen vorstellte. Dies ist ein Muster der Trennung der Schichten – ein unterschwelliges Weiterlaufen des „Klassendenkens von oben“. Und weil es sich in struktureller Gewalt äußerte, war es auch „Klassen-Kampf“. .

In den 1970er Jahren kamen zu den „Proleten“ die „Türken“. Sie wurden aufgefaßt (nicht wahr-genommen) als Erscheinungen von Fremdartigkeit – ähnlich wie man damals Rassen auffaßte bzw. deklarierte. Tatsächlich aber sind es Menschen wie du und ich – aber in eine solche Nähe reicht der Blick nicht, wenn man in ein Phantom-Denken verstrickt ist.

Der größte Teil des Problems ist der verständnislose Rezipient.

Bereits eine Planung auf der Basis von Vorurteilen ist ein Phantom.

Hinzu kommen weitere Phantome.

Geheimnisvolle Investoren. Das Wunschdenken in den Städten giert nach Investoren. Sie werden als Wundertäter angesehen. Aber die Investoren, die meist erscheinen oder angedeutet werden, gibt es häufig entweder überhaupt nicht oder sie sind Phantome. Investoren bringen kein Geld in eine Stadt, sondern sie leben davon, daß sie Geld aus der Stadt herausziehen.

Ein symptomatischer Fall für ein solches Phantom an Investor ist Roger Sevenheck, der das Outlet Center in Duisburg-Hamborn bauen will. Er kann keine reale Existenz als potenter Finanzier nachweisen – nur ein Scheingeflecht von Firmen ohne auch nur einen Anflug an Kapital. Bislang plant das Rathaus für einen Bluff.

Dies hat der Duisburger Wirtschaftsprüfer Richard Wittsiepe, der dazu recherchierte, nachgewiesen und mehrfach veröffentlich – aber im Rathaus geht es an zugestopften Ohren vorbei, obwohl es sehr gefährlich für die Stadt ist. Das Rathaus verlangt ihm nicht einmal eine Bonitäts-Prüfung ab. Es will geblendet sein vom Phantom. Endlich kommt in die „arme“ Stadt ein „Retter“.

Diesem Phantom soll ein Stadtviertel geopfert werden, das von dem weltberühmten Architekten Max Taut gebaut ist - mit 400 Wohnungen und 1000 Menschen. Dazu kann man an anderer Stelle in diesem Buch viel lesen.

Man kann keinem Menschen, der bei Verstand ist, vermitteln, dass in einer Zeit, in der die Stadt bettelarm ist, teure Flächen-Abrisse – abgesehen von ihrer Sinnlosigkeit – wirtschaftlich sind. Teurer Abriß für nichts – wenn das kein Phantom ist !

Zu den Phänomenen des Phantoms gehört auch, daß die Verantwortlichen plötzlich nicht mehr erkannt werden wollen. Sind es keine konkreten Menschen, die solchen Unsinn in die Welt setzen ? Sie tragen Namen: Sauerland. Greulich. Tum. Maschke. Mettler. Enzweiler. Kantel. Dierkes. Und viele mehr.

Andreas Gryphius (1616-1694):
„Du siehst, wohin du siehst, nur Eitelkeit auf Erden.
Was dieser heute baut, reißt jener morgen ein:
Wo itzund Städte stehn, wird eine Wiese sein,
Auf der ein Schäferskind wird spielen mit den Herden:
Was itzund prächtig blüht, soll bald zertreten werden.

[23] Paul Brandi, Essener Arbeitsjahre. In: Beiträge zu Stadt und Stift Essen 75, 1959, 3/11.

Was itzt so pocht und trotzt, ist morgen Asch und Bein.
Nichts ist, das ewig sei, kein Erz, keinMarmorstein.
Itzt lacht das Glück uns an, bald donnern die Beschwerden.
Der hohen Taten Ruhm muß wie ein Traum vergehn.
Soll denn das Spiel der Zeit, der leichte Mensch, bestehn ?
Ach ! was ist alles dies, was wir für köstlich achten,
Als schlechte Nichtigkeit, als Schatten, Staub und Wind;
Als eine Wiesenblum, die man nicht wiederfind´t.
Noch will, was ewig ist, kein einzig Mensch betrachten!“

Parteien und Prozesse

Rats-Parteien: Maßstäbe ? - für sich selbst

Der Rat 2012: SPD 30 Sitze, CDU 25 Sitze, Grüne 6, Linke 6, FDP 3, DWG 3. Fraktionslos 1. Es entstanden die seltsamsten Koalitionen. Unter dem Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU), der Bärbel Zieling (SPD) ablöste, verbanden sich: CDU, Grüne, FDP. Aber von Opposition konnte kaum die Rede sein. Abgestimmt wird in wechselnden Konstellationen – und in wichtigen Fällen gemeinsam, wie zum Beispiel im Konsens der Zerstörung im Norden der Stadt. An Bruckhausen kann man gut sehen, welche Maßstäbe die einzelnen Parteien für sich selbst gesetzt haben.

Christdemokraten und FDP. Die CDU ist am weitesten entfernt von sozialen Gefühlen. Mit dem, was einst ihre Vorgänger-Partei, das katholische Zentrum, prägte, hat sie nichts mehr zu tun. Das Zentrum war im 19. Jahrhundert und vor allem in der Zwischenkriegs-Zeit 1918 bis 1933 eine stark sozial orientierte Partei. Nach 1945 nahm die CDU dies zunächst wieder auf, entwickelte sich aber dann in Etappen zu einer reinen Wirtschaftspartei.

Ausgesprochen deutlich sichtbar macht dies heute die FDP, die bis 1982 auch eine sozialliberale Tradition hatte. Mit dieser brach sie: nachdem der Großindustrielle Baron von Fink mit sechs Millionen DM die Parteikasse vor dem Bankrott bewahrte – unter der Bedingung, daß die Partei-Führung die Richtung veränderte. Es war der größte Fall der Käuflichkeit von Politik in der Nachkriegszeit.

Beide Parteien sind vollgepumpt mit Vorurteilen gegen den Duisburger Norden und begrüßen die Zerstörungen, in denen sie in typisch vager „Wünsch-Dir-Was“-Verheißung Zukunft sehen wollen bzw. suggerieren. Auf die Frage, was damit konkret werden soll, kommt mit Sicherheit mangels anderer Vorstellungen das Stichwort „Gewerbefläche“ – aus dem Arsenal der Gebetsmühle.

Es wird nicht nachgesehen, ob die Wirtschaft dies wirklich braucht oder nicht. Duisburg hat davon übergenug, denn sehr viele Industrien haben aufgegeben.

Das Stichwort Gewerbeflächen läßt sich propagandistisch scheinbar gut nutzen (die Medien bestätigen dies). Es tönt inzwischen in den Lautsprechern aller Parteien. Es verspricht dem Kapital Entwicklung und den Leuten Arbeitsplätze. In diesem Gemenge wird nicht nach den realen Tatsachen gefragt.

In diesen Parteien sammeln sich Leute mit Berufen, die sich davon Kontakte, Beziehungen und Geschäfte versprechen. Das legt Käuflichkeit nahe.

Darüber redet man nicht – aber vielleicht gibt es doch mal einen Staatsanwalt, der bei diesem Thema aus Bequemlichkeit nicht abwinkt und Lust hat, einen kommunalen Sumpf trocken zu legen. Ich wünsche mir dafür einen Antonio Di Pietro. Kennt ihn hier niemand ? Das war der Mailänder Staatsanwalt, der den Mut hatte, in den Sumpf der „Tangenten" d. h. Bestechungsgelder hinein zu gehen und dabei in Abgründe hinein leuchtete.

Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie ist schon lange die Partei, die im Großem allem folgt, was die beiden Vorgenannten vorgeben. Das sagt sie nicht offen, denn sie lebt vom Anschein – na, von welchem ? – von Sozialdemokratie.

Um aber im Schein einer Alternative wahrgenommen zu werden, stimmt sie zu und formuliert Versachtungen als soziale Pflaster. Dies soll die Illusion einer sozialen Partei zumindest auf Minimum-Höhe halten.

Für den Industrie-Feudalismus, den es in Ruhr seit jeher gab, erweisen sich Sozialdemokraten hilfreich - in zweierlei Hinsicht: in guten Zeiten sorgen sie dafür, dass manche Leute vom Kuchen ein bisschen abbekommen, meist lediglich Krümel, in schlechten Zeiten, wie gegenwärtig, versprechen sie, dass Grausamkeiten wie das Abreißen von Bruckhausen und Deportieren von tausend Menschen aus dem Max-Taut-Quartier „sozial abgefedert" und „sozial verträglich" gemacht werden. Gegen die Grausamkeit selbst gehen sie nicht vor.

Wir werden sehen, dass es eine Spruchwelt ist, die Illusionen, aber nicht Tatsachen erzeugen soll. In Wirklichkeit betreibt die Sozialdemokratie als stärkste Partei am deutlichsten die Flächen-Zerstörungen. Sie spricht die Sprache der Vorurteile. Sie will sich vom Malocher-Image befreien, das sie der Links-Partei zuweist . Dies weist allerdings auch die Links-Partei – zumindest in Duisburg – ebenfalls von sich.

Immer noch steckt die Sozialdemokratie in der Schockstarre einer üblen Nachrede und ist nur partiell in der Lage sie souverän abzuweisen: Daß die Sozialdemokratie „Vaterlandsverräter" sei – so hieß es von 1918 bis um 1960. Daß sie eine Gefahr für Deutschland wäre – so denunzierte sie Adenauer. Dagegen tun die Genossen alles, um sich als „staatstragend" genehm zu machen.

Karl Heinz Hagenbuck, Ratmitglied der Duisburger Wählergemeinschaft (DWG), wünscht sich „Mehr Ehrlichkeit von der Politik". Die Politiker wußten seit Anfang 2011 von den Plänen für das FOC[24]. Vor der Bevölkerung „eiern sie herum." Zum Beispiel der SPD-Ratsherr Manfred Slykers. Er stimmt im Oktober 2011 zweimal für den Abriß der Max-Taut-Anlage, geriert sich aber im Politischen Nachtgebet in der Kreuzeskirche wie ein Widerstands-Kämpfer, indem er die Leute auffordert, „sich zu organisieren". Aber der Abriß sei ihm damals nicht so präsent gewesen: „Ich hatte im Unterbewußtsein, daß es noch länger dauert, bis das FOC in den Bereich der Wohnungen ausgeweitet wird. Wir hatten ganz aus den Augen verloren, daß der Abschnitt so schnell betroffen ist."[25]

Einst war die Hoffnung grün. Die Grünen haben einige Zeit im Umwelt-Bereich gegen den Trend eine relativ mutige Rolle gespielt. Man sagt, auch Peter Greulich habe einige Punkte gemacht. Das ist lange her. Dann aber kamen die Grünen in den Genuß der „Fleischtöpfe Ägyptens" – das heißt: der Macht. Einst gedacht als Fluchtweg aus der Orthodoxie einer Umfallpartei von Betonköpfen, sind sie davon heute kaum unterscheidbar. Sie verschafften der CDU die Mehrheit und den Oberbürgermeister Adolf Sauerland. Ihr Anführer, Peter Greulich, wurde Stadtdirektor . Was dabei noch Grün blieb, kann man nicht herausfinden. Nach Sauerlands Abwahl 2012 zog Greulich das Programm, das Sauerland entworfen hatte, getreulich und mit vollem Zynismus durch.

---

[24] NRZ 12. 12. 2011.

[25] NRZ 12. 12. 2011.

Und die Grünen ? Karl Ganser sagte mir: „Es gibt geborene Grüne und Karriere-Grüne.“In Duisburg dominieren die Karriere-Grünen, angeführt vom Stadtdirektor Peter Greulich, an dem nichts mehr grün ist. Sie verspielen ebenfalls Hoffnungen und Vertrauen.

Das Maß wird von allen Parteien voll gemacht mit der Heuchelei, die Inhalte und Werte durch politische Rhetorik ersetzen, wenn es in Duisburg heißt: Wir tun den Menschen etwas Gutes, wenn abgerissen wird.

Alle stecken im Sumpf: die Linkspartei als CDU. 20. Juni 2011. Die Linkspartei in Duisburg hat im historischen Stadtbereich Hochfeld ein Ladenlokal. Ich wurde in die Fraktions-Sitzung eingeladen. In einem kleinen Raum tagten etwa 10 Personen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende leitete die Sitzung, einst Bankfrau, dann Lehrerin, in der Fraktion zuständig für Finanzen.

Ich argumentierte dreiviertel Stunden lang gegen den Flächenabriß von Bruckhausen. Ich beschwor die Fraktions-Mitglieder: Wenigstens Ihre Leute müssen dem Abriß widersprechen ! Nach 10 Minuten meines Vortrags kamen in der Diskussion aus der Runde alle Sätze von 50 Jahren daher, die so ganz ähnlich wie in den Altparteien klangen – und dies immer noch in alter Naivität.

Die Linke hatte sich gerade in der Allparteien-Koalition etabliert, die aus der Duisburger Unregierbarkeit entstanden war und darin ihre kleinen Vorteile geerntet. Daher ging sie einem Konflikt zwischen den Parteien aus dem Weg.

Ihre Partei-Vertreter erwiesen sich als „Hardliner“. Sie ließen sich durch kein Argument in ihrer einmal fixierten Ansicht erschüttern: Die Menschen werden durch den Abriß irgendwo in der Stadt etwas Besseres erhalten.

Dies wurde einfach daher gesagt – ohne irgendeine empirische Grundlage. Das ist kaum anders als man im Mittelalter Menschen, die man vom Leben zum Tode brachte, damit tröstete: Im Himmel geht es Euch besser als auf der Erde.

Tatsächlich aber hatte diese Linke ebenso wie Grüne und Sozialdemokraten an der bedrohten Bevölkerungs-Schicht, die sie zum „Subproletariat“ stempelten, kein Interesse: Es stellte kein bedeutendes Wählerpotential dar und es hatte keine Lobby. Zudem wollte man sich selbst als etwas Besseres als „solche“ Leute präsentieren und sich damit den Mittelschichten anbiedern.

Aus der Geschichte der Stadtplanung mit ihren vielen Flächenzerstörungen kannte niemand auch nur das Geringste. Aus der Ferne hatte man mal etwas von Eisenheim gehört.

Es zeigt sich das Manko dieser Parteien: Sie wollen allzuständig sein, aber sie haben nur wenige Themen.

Jede Partei hat ihre Blase. Die FDP sagt Wirtschaft, die Grünen Ökologie, die Linke Soziales. Das ist wenig und kommt auch nur als Gebetsmühle daher. Es gibt keine ausgreifende Bildung. Und weil sich jeder überfordert fühlt, wehrt er ab – und glaubt dem, was ihm eine Verwaltung vorsetzt. Das kann so miserabel sein wie hier. Weil andere Parteien noch gläubiger sind, und weil es einen Gruppendruck gibt und darüber hinaus den Druck von willfährigen Medien, ist man unsicher und *glaubt* dann lieber, statt sich mit Argumenten und Rückgrat sattelfest zu machen.

So funktioniert Parteiwesen – nicht nur hier, sondern auch anderswo. Das ist ausgekungelter Konsens, der hier in Duisburg die größte aller Koalitionen macht. Wenn man dann noch das Gefühl haben kann, ein bißchen mitzuregieren, hat man überhaupt keine Lust, in einem kontroversen Thema mal den aufrechten Gang zu zeigen.

Zwei Betriebsräte von Thyssen sind dabei. Einer ist mit der Wohnungsvergabe beschäftigt. Er erzählt, dass die Leute weg wollen, in bessere Stadtteile, man habe ihn dazu angefleht, er hält die Wohnungen für menschenunwürdig.

Dies wird von ihm nicht befragt und er hat auch keine Lust, auf mein Argument einzugehen; daß es seit 50 Jahren immer Leute gab, die nach oben strebten und sich dafür ein Viertel nach vermeintlichem Prestige aussuchten. Daß es aber auch andere Menschen gäbe.

Sie wollen keine Stellvertreter-Politik machen, sagen die Herren und Frauen Ratsmitglieder. Daher wollen sie erst gegen die Zerstörung in Bruckhausen antreten, wenn die Leute in Bruckhausen einen Aufstand machen. Dann glaubt man, auf dem Feuer eine parteipolitische Stimmen-Suppe kochen zu können. Das ist entlarvend. Man macht Politik aus dem Bauch und mit dem Finger zum Wind.

Die Menschen, denen sie sich mit Krokodils-Augenzwinkern verpflichtet fühlen, sind nur vertretungswürdig, wenn sie Stimmen bringen.

Am Ende sage ich: Nun hab ich mich eine Stunde bei Euch Linken genau so gefühlt wie bei der CDU.

Heuchelei: Linke und Grüne brachten am 17. Oktober 2011 in der Bezirksvertretung Hamborn einen gemeinsamen Antrag ein: daß „im Zuge der Bebauung rund 400 Wohnungen zurückgebaut" werden sollen. „der Investor und der bisherige Eigentümer werden aufgefordert, die notwendigen Umzüge für alle Mieter sozialverträglich zu organisieren."[26]

Das Beispiel Duisburg. Es ist ein konkreter Fall, der vieles offen legt.

Parteien machen uns ständig etwas vor, und für die Wahlen mißbrauchen sie immerzu unsere Hoffnungen – und dann kommt nichts. Da ist nichts.

Manche Leute, die solche Vereinigungen machen, sonnen sich ein wenig oder viel im Gefühl einer Macht, die sie überhaupt nicht wollen, weil sie nichts Sinnhaftes damit anzufangen wissen. Man kann das Gefühl haben, vor sich Brabbelbäuche und Bauchredner zu erleben. Ohne Ziele. Ohne Inhalte. Behäbige Leute, die auf ein bißchen Sitzungsgeld aus sind. Ihr Ehrgeiz ist ein kleines Pöstchen. Ihre Energie erschöpft sich – wie beim Stammtisch – in einem bißchen Zusammenkommen. Aber bitte nicht dabei denken. Das könnte Arbeit nach sich ziehen.

Der Fraktionschef hat die arrogante Abwink-Geste des angeblich überlasteten Multifunktionärs. Ob die Grünen es besser machen ? Nach 30 Jahren sehe ich ähnliche Verhaltens-Muster.

Wenn in diesem Land etwas nach vorn gebracht wurde, waren die Akteure einzelne Personen und Gruppen, aber keine Parteien.

Parteien legten sich eine Maske zu, hinter der sie Unfähigkeit und Untätigkeit zu verbergen suchen. Angeblich brauchen sie erst einen Mehrheits-Beschluß, um etwas zu tun – daran verzehren sie ihre Mini-Kraft. Weil sie keine Kraft haben, stellen sie nicht einmal Anträge für solche Mehrheits-Beschlüsse. Und so bleibt es weithin wolkenhaft vage.

Es ist im Grund egal, ob es Konservative oder Sozialdemokraten oder Grüne oder Linke sind. Daher sind sie sämtlich im Grunde stockkonservativ.

Man muß sich mal von der Terminologie der Politologen (eine windige Pseudo-Wissenschaft) lösen, um zu erkennen, was Parteien-Verhalten mit dem gewöhnlichen Lebensverhalten zu tun hat. Es mögen ja die Menschen in der Nachbarschaft so behäbig sein wie sie sind, aber Parteien dürfen dies nicht sein.

Geschwätz. Zum geplanten Abriß der 348 Wohnungen im Max-Taut-Quartier am Zinkhüttenplatz sagen die Verantwortlichen: „Kein Mieter landet auf der Straße."Immeo und Investor versprechen „faire Lösung für jeden Betroffenen". Fraktionsvorsitzender Rainer Enzweiler (CDU) schwadroniert: „Der Sozialdezernent soll die Wohnungsbörse koordinieren." Immeo: „Wir lassen unsere Mieter nicht allein." Und: „Wir betreten ja kein Neuland." Investor Sevenheck: „Wir schmeißen keinen auf die Straße." Enzweiler: „Keiner muß morgen raus."[27] Frage: Was sagen solche Sätze ? Haben sie irgendwas mit einer sozialen Realität zu tun ?

Das Rathaus. Die Stadt ignoriert die Bürgerinitiativen. Die Verantwortlichen sind für die Leute nicht zu sprechen.

---

[26] NRZ 12. 12. 2011.

[27] NRZ 16. 11. 2011,

Verachtung. Potentaten erwarten, daß man ihnen sinngemäß auf k. u. k. mit Handkuß ausdrückt: „Meine Verehrung.“Ich sagte dem Motor der Destruktion des Nordens, dem Stadtdirektor Peter Greulich, der sein Grün dem Zynismus opferte, nach einer Veranstaltung in der Clauberg-Halle: „Meine Verachtung !“

Von einem Freund erfuhr ich, es habe ihn außerordentlich geärgert.

In den Distanzen, die es zwischen Bürgern und Amtspersonen gibt, schwingt dasselbe mit, auch wenn es nicht zu dieser sprachlichen Pointierung kommt.

Der wirkliche Prozeß: „So läuft es halt.“

Der wirkliche Prozeß unterscheidet sich meist himmelweit von den schönen Sätzen in Partei-Programmen und Sonntags-Reden, die jeder Gutwillige gern glauben möchte, wovon ihn aber der wache Blick in die Wirklichkeit abhalten sollte.

Dazu gibt es im Süddeutschen eine berühmt-berüchtigte Ausrede: „Es menschelet halt.“ Es mag ja etwas dran sein, man möchte auch dies in Rechnung stellen, aber dies kann nicht so weit gehen, daß es zum Freibrief für Unsinn und Untaten wird.

Das Stammtisch-Gebräu. In einer ersten langen Phase entsteht es so etwas wie ein Gebräu. Es wird von Problemen geredet – zunächst ganz ungar. Eher in Andeutungen. Vorurteile artikulieren sich. Bauch-Meinungen. Stammtisch-Gerede wird verbreitet. Was man will und was man nicht will. Es mischen sich Wünsche ein. Die heile Welt tropft von oben in die Gespräche herab.

Wer sich ein wenig intellektuell fühlt, hat die Neigung, sich das Irrationales als rational zurecht zu legen. Da es aber nicht so ist, hat auch er sich weit entfernt von der Wirklichkeit.

Man wird von hinten gezwickt, meint, nach vorn etwas tun zu sollen. Aber man will eigentlich nichts tun – fühlt sich nicht in der Lage dazu. Nur ein bißchen reden. Wolken werfen, - das kostet nichts. Wenn der Tag lang ist und man sonst nichts zu reden hat, spricht man halt auch darüber. „In dem einen Viertel kannte ich einen, der . . ..“ Nichts Genaues weiß man nicht, sagt man nicht nur in Bayern.

Eher als Konstruktives, kommt Destruktives hoch, besonders, wenn es einige Tage geregnet hat, die wie eine Ewigkeit erscheinen. Jemand sagt: „Weg mit dem Scheiß!“ Es gibt keinen Widerspruch. Die Politik soll handeln – aber das tut sie noch lange nicht.

Es bilden sich kleine Lobbys.

Wie man zum großen Geld kommt. Der Abriß von Bruckhausen erscheint gut finanziert und wie geschaffen zur Erhaltung der Einkommen in der EG-DU. Es gelingt, aus Brüssel Geld zu bekommen – viele viele Millionen.

Brüssel guckt nicht hin wofür, das sagt uns der Europa-Parlamentarier Jens Geier. Dies ist eine strukturelle Sünde. Brüssel fühlt sich dazu nicht in der Lage, versucht der Abgeordnete zu erklären. Den Brüsseler Bürokraten genügt eine gut klingende Leerformel. Auf dem Papier muß so etwas wie Zukunft stehen – und später auf dem Bauschild.

Durchlaufstation für die Millionen ist die Landesregierung – auch diese schaut nicht genau hin – sie hat sich mal bemüht, aber es hat nicht geklappt. Mag sein, daß es sie ärgert. Dann erhält das Ministerium eine andere Führung, aus einer anderen Partei, - und diese fährt es nach unten.

Ein Eigenanteil an der Finanzierung ist vorgeschrieben. Aber die arme Stadt hat kein Geld. Irgendwo aus dem Untergrund der Verfilzung kommt ein Wohltäter: ThyssenKrupp übernimmt den städtischen Eigenanteil – 35 Millionen Euro.

Hat Thyssen ebenfalls nicht genau hingeschaut ? Es sieht so aus, aber es ist nicht so: Thyssen ist – wie Unternehmen gern sagen – kein Wohlfahrtsverband – es hat seine eigenen Interessen. Das ist nicht leicht durchschaubar – Thyssen ist darin Meister, dies im Dunkeln zu

belassen. Thyssen hat keinerlei Ehrgeiz, sich transparent und damit wenigstens tendenziell demokratisch zu machen.

Wie das geht, werden wir an anderer Stelle dieses Buches lesen können.

Nun kippt der Prozeß – und eine einfache Formel kommt auf den Tisch. Kein Mensch denkt daran, woher sie eigentlich stammt. Wenn es ein Problem gibt, das man nicht lösen kann – es genügt die Meinung dazu, Beweise fordert niemand – dann kann man es an die Wand stellen und erschießen. So entstand die Vorstellung: Reißen wir doch Bruckhausen ab !

Rasch wird dies begleitet und vorwärts getrieben vom Dunst der Vorurteile, deren Ekelhaftigkeit kaum einer spürt. Das Bauchgefühl wird aggressiv und fordert: Im Grunde muß man den ganzen Norden abreißen. Dies sagen am bestimmtesten die Leute, die selbst nicht im Norden wohnen, sondern in der Mitte und im Süden. Was dann geschieht, kommt diesem Wunsch ziemlich nah.

Das Wünsch-dir-was-Modell. Jemand kommt von weither zu solchen Wünsch-Dir-Was-Leuten, die es nicht nur im Rathaus, sondern auch im Volk gibt, und fragt sie, warum sie so über die anderen reden. – Ungerührt kommt die Antwort: „Bei uns gehen die Wogen hoch: Die Menschen wünschen der Welt etwas Besseres - und damit soll man jetzt anfangen“. – Frage: „Wie darf das aussehen ?“ – Antwort: „Wie bei uns.“ – Frage: „Sie sind also das Modell von dem, was sie dem anderen Menschen wünschen.“ – Antwort: „Aber natürlich.“ – Der Gast: „Das klingt wunderschön und könnte vielleicht auch wunderschön sein, aber wie wollen Sie das realisieren ?“ – Antwort: „Erstmal anfangen.“ – Frage: „Wie ?“ – Antwort: „Ganz einfach: erstmal abreißen.“ – Frage: „Wird sich der Rest finden ?“ – Antwort, etwas leiser: „Na ja, irgendwie.“ – Frage: „Wer soll das machen ?“ – Antwort: „Dazu haben wir Politiker und das Rathaus.“

Vorlagen für den Stadtrat. Wenn der Brei lange Zeit hoch gekocht ist, entsteht eine sogenannte Vorlage. Drei Leute haben sie besprochen. Drei. Drei. Drei. Das weiß niemand. Es wird auch nicht bekannt, wo dies geschah. Spekulationen bieten sich an. Irgendwo im Hinterzimmer. Zu welcher Uhrzeit ? Es kann um 3 Uhr nachts geschehen sein. Vielleicht. Zumindest der Anstoß dazu. Wie hoch war der Alkohol-Spiegel ? Weiß man nicht. Die drei waren die Machthaber, die sich jahrelang um nichts gekümmert haben und nun plötzlich aus dem immer dichter gewordenen Nebel eine Vorlage machen.

Zum Kochen lassen sie nun ihre Maschinerie anlaufen. Dies ist ein ganzer Stab von Rathaus-Leuten. Erst ein Amt, dann kommen weitere hinzu.

Diese Mannschaften sind – so funktioniert das System - berufsmäßige Ja-Sager. Leute, die nie im Leben irgendeinen Widerstand leisteten. Sie sind irgendwann in die Verwaltung geschlüpft, haben brav und oft halbherzig getan, was man ihnen auftrug, hielten sich mit eigenen Gedanken tunlichst zurück, damit kein Vorgesetzter und kein Kollege eifersüchtig wurde. Fabelhaft eingepaßt in das uralte gängige Rezept des Hochkommens, dachten sie an Aufstieg. Auch wenn es wegen der Armut der Städte schon seit einiger Zeit gar keinen Aufstieg mehr gibt.

Ein solches Rathaus tendiert dazu, harmonische Bilder von 8 Uhr bis Punkt 16 Uhr zu erzeugen – dann freut sich ein jeder auf seinen Feierabend. Anschließend darf er in seinem Sportverein ein bißchen anders spielen. Und mancher auch am Stammtisch.

Mit solchen Leuten hat der Konformismus der Politik, den es hier (und anderswo) schon seit Jahrzehnten gibt, leichtes Spiel.

Unterschiedliche Bürgermeister. Das dumpfe Labyrinth erhält von Bürgermeister zu Bürgermeister Variationen.

Lange Zeit gab es einen Bürgermeister, der versuchte, den Deckel auf viel Unsinn zu setzen – was ihm auch gelang: Josef Krings. Er war im Volk sehr beliebt und wurde daher freundschaftlich „Jupp Krings“ genannt. Ein zugänglicher Politiker. Von Beruf Lehrer. Mit einer Grundsubstanz von Bildung und Kultur. Er konnte zuhören. Und interessiert und höflich fragen. Er verfügte sogar über die Fähigkeit, nachdenklich Entscheidungen zu revidieren. Am

auffälligsten gelang ihm dies, als er bei der geplanten Zerstörung der Rheinpreußen-Siedlung im Stadtteil Homberg einlenkte und dann entscheidend dazu beitrug, das Quartier zu retten.

Seine Nachfolgerin Bärbel Zieling stammte aus der Verwaltung, war das, was man in der Politik „betonköpfig" nennt, hatte keine Übersicht und keine Perspektive, verhielt sich unsouverän. Ihr Mangel an Menschen-Kenntnis trug zunehmend zu ihrer Isolierung bei. Die Wahl verlor sie haushoch.

Zielings Chaos sollte ein Mann der politischen Gegenseite ordnen: Adolf Sauerland. Dieser erwies sich bereichsweise durchaus fähig, auch mit Maßen gesprächsbereit, aber er war einer der harten Protagonisten der Zerstörung im Norden – bis er schließlich sich selbst zerstörte: Unfaßbar seine unsensible Reaktion auf das Unglück der Love Parade.

Interimistisch übernahm der grüne Stadtdirektor Dr. Peter Greulich die Bürgermeister-Funktion – dazu sagt dieses Buch sehr viel. Er ist ein Mensch, dem das Karrierestreben seine politischen Ursprünge im einst nachdenklichen und innovativen Grün zerfressen hat. Man kann ihn studieren als den klassischen Umkehrer von dem, was er eigentlich substantiell tun sollte. Sauerlands Zerstörung des Nordens führte er noch betonköpfiger weiter als sein Vorgänger – ein groteskes Phänomen.

Soziologie. Soziologen schauen sich nur an, was im Gesetz und auf dem Papier an Institutionalisierung steht. Alles weitere interessiert sie kaum. Sie nehmen nicht wahr, wie Mentalitäten fähig sind, jedweden gut gemeinten Sinn von Gesetzen raffiniert zu unterlaufen oder zum Teufel zu jagen.

Die Rolle von Stadt-Räten. Was für eine Rolle spielen die Leute im Stadtrat und in Bezirksvertretungen ? Heiner Geisler wird nicht müde, in Talk Shows das Hohe Lied der ehrenamtlichen Opferfähigkeit der unteren politischen Chargen zu singen, aber es gibt auch Stimmen, daß dies vielleicht noch für Anfänger in der ersten Legislatur-Periode gilt, aber daß die Langeweile der weiteren Legislatur-Perioden bewirkt, daß viele „etwas davon haben wollen" – was auch immer und sei es nur der Kleinverdienst der Sitzungs-Gelder. Und in den nahezu 60 städtischen Firmen gibt es viele Posten und Aufsichtsrat-Mandate – rund 200. Sie sorgen für Versorgung . . .. Geld ist die große Verlockung. Was nimmt man dafür nicht alles hin.

Die untere Politik-Garde. Wer in der politischen Hierarchie unten steht, sieht es als Privileg an, daß er sich nicht in den einen oder anderen Streit da oben verwickeln lassen muß. Er zuckt die Achseln und sagt: Ich bin ohnmächtig – oft ist es eine bequeme Ausrede.

In der unteren Garde der Stadt-Hierarchie sammelt man häufig seine kleinen Vorteile: Hier ein bißchen Ehre, dort ein bißchen guttuende Anmaßung, wichtig sind ein paar Euro als Sitzungs-Geld. Genußfähig ist das Gefühl, einer zu sein, der in der Öffentlichkeit den Schein von Einfluß darstellt, auch wenn er keine Spur davon besitzt und alles Illusion ist. Für viele genügt als Beleuchtung das kleine Licht.

Nicht immer geht es um Beleuchtung. Fraktions-Bosse vermeiden sehr häufig das größere Licht, weil sie sich im Dunkeln besser zurecht finden – ihre Unöffentlichkeit tarnt sie.

„Der Lauf der Welt". Die oben genannte Vorlage wandert mit dem Knüppel durch die Gremien – in der Annahme, daß sie überall abgenickt wird. Dies geschieht, obwohl jedes Gremium eigentlich für sich diskutieren und entscheiden müßte. So werden nahezu blinde und bequeme Abstimmungs-Maschinen abgerichtet.

Natürlich ist es keineswegs leicht, die Fülle der Vorgänge einer großen Stadt kennen zu lernen, zu studieren und mit Sachkenntnis abzustimmen. Abgeordnete werden zugeschüttet. Ihr Tag hat auch nur 24 Stunden. Da hilft nur eines: zwischen wichtig und unwichtig unterscheiden lernen. Aber die wenigsten Rats-Mitglieder lernen das.

Man darf erwarten, daß Abgeordnete, die viele Jahre im Parlament sind, sich größte Mühe geben, hinzu zu lernen. Ich war selbst 8 Jahre als sachkundiger Bürger in einem Ausschuß: Da war vom Hinzu-Lernen kein Zeichen zu sehen. Viele Abgeordneten laufen in der Herde. Es ist ein Skandal, der in kaum einem Beruf hingenommen würde, wenn man auch nach

langen Jahren in offenkundig wichtigen Fragen nichts gelernt hat. Unser Duisburger Fall ist ein besonderes Beispiel für Inkompetenz. „Sie wissen nicht, was sie tun.“

Im Fall „Stuttgart 21“ wurde 15 Jahre lang die Vorlage für den teuren Unsinn eines anderen Hauptbahnhofs von einem Gremium zum anderen transportiert. Unwidersprochen. Wehe dem, der widersprochen hätte. Und so gefährdete niemand seine Karriere. 15 Jahre danach wunderten sich die späteren Opponenten, wie eine solche Laufbahn einer Vorlage vor sich gehen konnte. Des Rätsels Lösung ist einfach: Einmal unter den drei „Fürsten“ abgesprochen, einmal in der Welt, durch die erste Abstimmung als der wichtigsten durchgebracht, hat nachher niemand den Mut, etwas in Frage zu stellen.

Zudem weiß jeder, daß nicht der einzelne entscheidet (wie es im Grundgesetz steht), sondern die Fraktion, genauer: die Fraktions-Spitze – das wird als Praxis ausgegeben, sonst könne man nicht regieren, heißt es. Das ist bequem, dahinter kann man sich verstecken - und hat scheinbar nie so etwas wie Verantwortung.

Was auf die Strecke gebracht wird, kann in einer solchen jahrzehntelangen eingefahrenen Praxis also nur geradeaus laufen. Wer kann sich Widerspruch erlauben ? „Er müßte sich warm anziehen. Und das nächste mal . . ..“

Am Bürger vorbei. Die Bürger-Mitwirkung, wenn sie überhaupt vorgeschrieben ist (sonst muß man nicht einmal an so etwas denken), wird fast immer rasch und unauffällig in einem günstigen Moment durchgezogen, wo keiner oder fast keiner hinschaut und etwas merkt. Dazu braucht man nicht einmal die Ablenkung des Volkes durch eine Weltmeisterschaft.

Bis Bürger instand gesetzt werden zu begreifen, was sich zusammenbraut, ist der Vorgang längst an ihnen vorbei gelaufen. Wenn dann jemand kommt, reagiert man zunächst nicht. Es muß sehr viel Lärm geben, bis die Institutionen und Parteien jemanden vor die Kulisse schicken. Dieser Mensch ist entweder total harmlos oder total abgebrüht . er sagt mit freundlichen Worten in einer lange trainierten Rhetorik: Was man vorhat, dient dem Wohl der Betroffenen und dem Wohl der Menschheit. Alles sei legal, es erfülle alle Gesetze.

Die Kaste Politik. Politiker haben sich zu einer Kaste entwickelt. Sie bleiben meist unter sich. Wenn einer nicht dazu gehört, mag er so gescheit sein, wie er will – er wird nicht wahrgenommen - höchstens als Störenfried.

Quereinsteigen ? – so gut wie unmöglich in dieser abgeschotteten Welt. Kein Wunder, daß der andere Teil der Welt diese Kaste nicht liebt.

Die meisten Menschen wollen inzwischen keiner Partei mehr verpflichtet sein.

Bürger und Politik versöhnen ? Das geht nur auf der Grundlage von Inhalten und anderen Verhaltens-Weisen.

Die Rhetorik des Rathauses. Sie ist jahrzehntelang trainiert – mit einem Arsenal von Sprüchen, die bedenkenlos über die Lippen in die Welt gehen. Es sei alles in Ordnung, das Verfahren lief nach Gesetz und Vorschrift.

Ist jemand so kühn zu sagen, aber davon sei ihm gar nichts mitgeteilt worden, weist man ihn darauf hin, es habe doch eine Mitteilung ausgehangen: Am schwarzen Brett. Wo ist denn das ? Irgendwo im Rathaus. Wer sucht nun jede Woche solche Aushänge ? Er muß lernen zu glauben.

Schweigen ist Politik. Zum Arsenal von Politik und Verwaltung gehört am wenigsten das Reden und Schreiben, sondern vor allem das Schweigen. Seit den 1980er Jahren kam das Aussitzen dazu. Zum Schweigen gehört es, auf Eingaben nicht zu antworten. Es steht zwar nach Gesetz jedem Bürger die Antwort zu, aber oft heißt es im Rathaus: „Wir haben leider zu wenig Personal“. Das kann man glauben oder nicht. Es kann aber nicht gelten.

Im Rathaus ist zwar mit dem Grundgesetz die Demokratie vorgesehen, aber wenn sie lästig wird, verstehen wichtige Leute umzuschalten: ähnlich wie beim Militär oder bei Thyssen auf Befehl und Gehorsam – das machen sie mit der soeben beschriebenen Mentalität. Die Etiketten sind unterschiedlich, in der Flasche ist das gleiche drin: ziemlich vergiftet.

So ist die Gesellschaft geteilt in Leute, die Diskussions-Bedarf spüren und in Leute, die zu Hause selbst die Diskussionen mit Kindern jeglichen Alters lästig finden. „Ich halte mich da raus," ist einer beliebtesten Sprüche, der auf ein ruhiges Leben zielt.

Salami-Taktik. Wo eine Vorlage härteste Grausamkeiten vorsieht und anstiftet wie die Flächenzerstörungen im Duisburger Norden, wird lange Zeit der Kern der Sache vernebelt. Dies gehört inzwischen zur Strategie. Sie behauptet „Sozialverhalten gegenüber der Bevölkerung". Sie arbeitet scheibchenweise. Sie rüttelt Stück für Stück am Vorhandenen. Sie hobelt partienweise ab. Sie setzt in Verfall. Sie lockt die Ohnmächtigen aus ihrem Stadt-Viertel heraus.

Dieser Prozeß dauert Jahre. Es ist Arbeits-Beschaffung für die EG-DU. Schämt sich dort keiner, an einem „Stadtmassaker" und „Sozialverbrechen" konkret mitzuarbeiten ?

Im Max-Taut-Quartier wurde gesagt: Ganz schnell entmieten und abreißen ! Eine Gebärde des Bluffs und der Drohung. Aber es dauert dann doch viele Jahre – und wird hoffentlich gestoppt.

Phantasie-Verbot und Zerstörungs-Phantasie. Man kann sich kaum vorstellen, auf wie viel destruktive Phantasie Politik und Rathaus verfallen. Das hätte man ihnen, nachdem dort Phantasie geradezu als systemisches Übel verboten ist, nicht zugetraut. Psychologen können daraus ablesen, dass es leichter ist, ein durchtriebener Mensch mit negativen Zielen zu sein als ein guter, der etwas aufbauen möchte.

Nach dem Sinn der Demokratie ist sie unter allen politischen Systemen die stärkste Herausforderung, für die differenzierten Bedürfnisse und Möglichkeiten der Gesellschaft mit Phantasie zu reagieren: um differenzierte Lösungen zu erarbeiten.

Minimal-Demokratie. Nach vielen solchen Erfahrungen habe ich den Eindruck, daß im Rathaus mehr gelernt wurde, wie man das bißchen Demokratie, das wir nach 1945 erhielten, auch noch aushebeln kann – statt Demokratie zu lernen.

Für die Bevölkerung ein rotes Tuch: die EG-DU – zerstören statt entwickeln

Aufstieg und Fall. Die Stadt gründete eine Firma: die Entwicklungs-Gesellschaft Duisburg, kurz EG-DU. Dies ist im Prinzip ein ausgelagertes Amt – in vielen Details mit Freiheiten für mehr Beweglichkeit und Produktivität ausgestattet. Eine solche Institution verleiht der Stadt zunächst und eine Zeit lang ein Image. Man muß annehmen, „daß sich etwas tut".

Zunächst arbeitet diese neue Institution im Kleinen, manchmal nicht einmal schlecht.

Aber man kann nicht davon sprechen, daß in diesem Instrument der Verwaltung sich eine strukturelle Phantasie für Lösungen entwickelt hätte – bestenfalls eine gelegentliche. Es gab einige vernünftige Projekte wie den Raulien-Platz mit dem Kultur-Bunker. Hans Raulien kümmerte sich als Polizist engagiert, verständnisvoll und zugleich bestimmt u den Platz[28]. Oberbürgermeister Jupp Krings setzte nach Rauliens Tod durch, daß der Platz nach ihm benannt wurde. Jetzt aber wird der erfolgreiche Platz nach kurzer Lebens-Zeit wieder zerstört.

Die EG-DU stellte sich in den Dienst des Bruckhausen-Projektes – anfangs mit positiver Tätigkeit, aber nach dem Umschwenken der Politik um 2005 so gehorsam wie ein Knecht

[28] Alice Agneskirchner, Film: Hans Rauliens Revier Bruckhausen 1994 Duisburg. www.youtube.com/watch?feature=endscreen&v=zh63J5KOPFQ&NR=1.

Rupprecht: Sie machte für Politik und Verwaltung mit dem Knüppel die Drecksarbeit – unkontrolliert und einiges mehr.

Ab und zu macht jemand von der EG-DU einen Rundgang im Viertel – ich bin solchen Personen mehrmals begegnet: Sie sahen nicht nach Kümmerern aus, sondern eher wie Aufseher, die nachschauten, ob der Abriß zügig läuft.

Verspieltes Vertrauen. Die Bevölkerung bringt der EG-DU schon lange keinerlei Vertrauen mehr entgegen. „Bist du von der EG-DU?“ Und als es bejaht wird, ist die Reaktion: „Dann will ich nichts mit dir zu tun haben.“ Manche Leute sagen: „Die EG-DU ist nur zum Reinlegen der Bevölkerung da.“

Das wichtigste Problem der EG-DU heißt nicht Verbesserung der Lebensqualitäten. Sie kämpft nicht um den Stadtteil, sondern um ihre eigenen Jobs. So hat sich eine einstmals vernünftig aufgestellte Institution zum abgekoppelten Selbstlauf entwickelt.

Job-Sicherung. Langsam laufen die Finanz-Mittel für die Zerstörung aus. Rund 30 Personen wollen monatlich ein Gehalt. EG-DU-Geschäftsführer Heiner Maschke sagt, es sei seine wichtigste Aufgabe, diese Arbeitsplätze zu sichern. Das klingt sozial, zeigt jedoch, daß sich der Apparat bereits eine andere Priorität gegeben hat als die Aufgabe. Offensichtlich ist er personal und finanziell aufgebläht. Daher sucht er ständig nach subventionierten Aufgaben, um Aufwand und Arbeitsplätze zu verteidigen.

„Wes Brot ich eß´ . . ..“ Seit einiger Zeit gehört die EG-DU zu 51 Prozent der Bürgerstiftung – sie wird von Grillo und Thyssen-Krupp dominiert.

Mehrfach wird gefordert, der EG-DU die Sanierungsträgerschaft zu entziehen: 2010 von der Bürgerinitiative und 2012 vom Sanierungs-Beirat. Der Vorwurf: Sie arbeitet „an der Auflösung des Stadtteils“.

Dürfen Ratsmitglieder Vorteile ziehen ?

Noch nie war das Ansehen von Politikern so schlecht wie heute. Dies mag manchmal ungerecht sein. Aber wir sehen in der Politik so gut wie keinerlei kritischen Umgang mit sich selbst.

Eine Mehrheit der Bevölkerung glaubt, daß Politiker sich Vorteile verschaffen. Wer sagt, dies sei eine Unterstellung, muß bedenken, daß diese Vermutung nahe liegt: Denn die Politik tut alles, um sich undurchsichtig zu machen und Transparenz zu verhindern.

Wenn erhebliche Teile von Parlamenten – angefangen in der Stadt – im Grunde nur Lobbyisten sind, dann gehören diese Leute nicht in ein Parlament: Denn ein Parlament und damit jedes Mitglied, ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Es darf sich nicht als eine Lobby-Versammlung verstehen, in dem wie in einem Haifisch-Becken unentwegt die Stärksten ihre Vorteile durchsetzen. Wenn dies zu Mehrheiten führt, ist es nur folgerichtig, daß solche Mehrheitsentscheide vom Volk nicht als sakrosankt hingenommen werden.

Es gibt viele Menschen, die auf den Tag warten, wo ein Gesetz diese Art von Vorteilnahme strafbar macht.

Ich höre einem Gespräch zu. „Vorteile holen ?“ – „Das ist in der Gesellschaft nicht anders.“ - „Abgeordnete machen ihr Mandat nur, um Geld zu verdienen.“ – „Verdienen und bekommen – das ist ein fundamentaler Unterschied.“ – „Es gibt aber auch viele, die gerecht sind.“ – „Aber nur ganz wenige.“ – „Politiker sagen immer, dass sie den Menschen helfen wollen.“ – „Aber sie tun es nicht.“ – „Im Vergleich mit Putin und Berlusconi sind wir ganz gut.“ – „Wir haben von einem Paradies geträumt und sind dann unsanft aufgewacht.“

Interessenvertreter im Rathaus. Für die Bevölkerung ist unklar, ja manchmal unheimlich, nicht durchauen zu könne, was in der Grauzone von Mandat und Interesse sich abspielt. Da wüßte man gern Genaues.

Beispiel Enzweiler. Mittendrin ein Parteiführer der CDU, der in und außerhalb des Rates Strippen zieht: Rainer Enzweiler, Rechtsanwalt und Notar, Ratsherr, Fraktionsvorsitzender der CDU, Vorsitzender im zentralen Ausschuß für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr. Auch sein Sozius Udo Steinke ist CDU-Ratsherr. Enzweiler verknüpft seinen beruflichen Erfolg mit seiner Arbeit in der Partei und in städtischen Ausschüssen.

Denn Enzweiler wurde ertappt: als er eine Grenze überschritten hatte. Für seine Partei saß er im Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft GEBAG. Für sie machte er als Notar Verträge – und erhielt ein gutes Honorar. Er mußte wissen, daß es eine Interessen-Überschneidung ist, die nicht erlaubt ist. Als es ans Licht kam, mußte er sein Aufsichtsrats-Mandat aufgeben.

Enzweiler ist umstritten – und es wurde bereits öffentlich gefragt, ob er „sein berufliches Interesse mit seinem politischen Mandat verknüpft."

Rainer Enzweilers heftiges Engagement für den Investor des Outlet, der das Max-Taut-Viertel abreißen lassen will, bringen viele Leute in einen Zusammenhang. Sie fragen: Gibt es für soviel Engagement Geschäftliches zu tun ?

Nach der Affaire Wulff muß es endlich sensibel zugehen.

Vor allem: Ratsmitglieder sind nach der Verfassung ein Teil der Körperschaft des Regierens. Sie müssen beim Amts-Antritt ein Versprechen ablegen. Analog Beamten dürfen sie keine Vorteile nehmen. Einem Müllmann darf man nicht mehr als 5 Euro zustecken.

Ansammlung von Lobbisten. Offenkundig wird: *Wir brauchen saubere Parlamente und keine Ansammlungen von Lobbyisten.* Die Vorteilnahme für dieses oder jenes läuft über alle Grenzen der Parteien hinweg, weil sie für das Dabeisein attraktiv ist.

Karrieren werden oft nicht von Leistungen bestimmt, sondern vom Eingewobensein in ein solches System, das oft mit der Verpflichtung zu Demokratie und zum idealen Parteiprogramm nichts mehr zu tun hat.

Gegen diese Weise, sich die Stadt zur Beute zu machen, lief bei der Abwahl 2012 der Volkszorn hoch auf.

Verbot der Annahme von Vorteilen. Die wenigsten Bürger wissen es – aber es ist Tatsache: In einem Stadtrat ist jeder Abgeordnete verfassungsrechtlich ein Mitglied der Körperschaft Stadt, - also Teil eines staatlichen Organs. Demzufolge darf er genau so wenig einen Vorteil annnehmen wie ein Beamter oder Angestellter im Rathaus.

Aber diese Vorgabe der Verfassung ist von der Praxis ziemlich entfernt.

Der „Segen". Ein Ratsmitglied formuliert, an was für „Segen" man glaubt: „Da muß für mich was rausspringen. So ganz kostenlos geht das nicht." Und für wen springt noch etwas heraus ? Und für wen nichts ? „Investoren," sagt das Ratsmitglied, das ungenannt bleiben will, weil Aufrichtigkeit in diesem Kreis gefährlich ist, „kaufen sich Leute, in jeder Partei zwei drei, von denen sie wissen, daß sie Geld brauchen oder Geld haben wollen."

Der Ruf nach dem Staatsanwalt. Staatsanwälte müßten nachschauen, welcher Abgeordnete für seine Lobby-Tätigkeit Geld oder andere Vorteile annimmt. Was im Dunkeln geschieht, kann der Bürger mit seinen Möglichkeiten nicht erkunden, dies muß eine mit Vollmachten ausgestattete Institution tun.

Staatsanwalt ermittelt - Verdacht auf Vorteilsnahme. NRZ 2012: "Düsseldorf. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Düsseldorfer Oberbürgermeister Dirk Elbers (CDU) sowie gegen weitere 57 Amtsträger und Mitarbeiter der Stadtverwaltung wegen Verdachts der Vorteilsnahme. Mitarbeiter der Stadt sollen unter anderem Geschenke im Zusammenhang mit ihren dienstlichen Funktionen angenommen haben. Die Wein- und Champagner-Kisten oder Einladungen in Luxus-Restaurants sollten „einer Atmosphäre allgemeinen Wohlwollens zugunsten von Unternehmensinteressen innerhalb der Stadtverwaltung dienen." Die Geschenke kamen von der Immobilien- und Projektentwicklungsfirma IDR. Ermittlungen

laufen auch gegen den inzwischen gefeuerten IDR-Chef, unter anderem wegen illegaler Spenden an die CDU."[29]

Das Grund-Prinzip muß heißen: *Ein Abgeordneter macht eine Tätigkeit im öffentlichen Bereich und nicht im privatwirtschaftlichen. Er macht sie ebenso wie ein Pfarrer und ein Lehrer. Für ihn gelten andere Maßstäbe als für Wirtschaftsleute. Sie sind ebenso wie Beamte im Öffentlichen Dienst – und müssen sich dementsprechend verhalten: Sie dürfen keine Vorteile annehmen.*

Am Pranger der Geschichte: Die Personen, die uns abreißen, haben Namen

Im politischen Prozeß steht nun für die Stadtplanung und ihre nibelungenhaften Alberichs das Ziel fest – es muß nur noch durchgesetzt werden. Dazu braucht die Verwaltung - gelegentlich - so etwas, das wie ein Argument aussieht. Unter fachlich-wissenschaftlichem Aspekt sind es einzig Pseudo-Argumente.

Konformismus. In Diktaturen geht es ähnlich zu. Der Rat der Stadt ist nicht weit davon entfernt. Sein Konformismus ist blinde Gefolgschaft von dem, was jeweils der Fraktionsvorsitzende vorgegeben hat. Mit Demokratie hat es nichts, gar nichts zu tun. Es geht ähnlich zu wie in Diktaturen, hier aber in freiwilliger Unterwerfung.

Dadurch entstanden chinesische Abstimmungs-Verhältnisse: für die Zerstörung von zwei Stadtvierteln stimmten 74 Ratsmitglieder von 75.

Stadträte, die für die Zerstörung stimmten. In einer demokratischen Verfassung können Abgeordnete nicht durch Anonymisierung aus ihrer Verantwortung lösen und verstecken. Daher seien sie namentlich genannt – und gehen mit Namen in die Geschichte ein.

SPD-Fraktion: Georg Berner, Peter Bettermann, Heiko Blumenthal, Jürgen C. Brandt, Jürgen Edel, Herbert Eickmanns, Ersin Erdal, Ilonka Freese, Reiner Friedrich, Joachim Hajdenik, Erkan Idik, Manfred Kaiser, Elif Keklik, Dieter Lieske, Herbert Mettler, Theodor Nüse, Manfred Osenger, Elke Patz, Theodor Peters, Ellen Pflug, Sylvia Pohle, Friedrich Prüßmann, Bruno Sagurna, Georg Salomon, Rainer Schütten, Manfred Slykers, Udo Vohl, Werner von Häfen, Angelika Wagner, Yulia Zaslavskyi.

CDU-Fraktion: Walter Becks, Ulrike Bergmann, Gürsel Dogan, Rainer Enzweiler, Peter Griebeling, Frank Heidenreich, Peter Ibe, Peter Keime, Thomas Kempken, Elmar Klein, Dieter Kleinbongardt, Thomas Kretschmer, Benno Lehnsdorf, Sylvia Linn, Volker Mosblech, Klaus Mönnicks, Karl-Wilhem Overdick, Maria Brigitte Parlo, Gabriele Partenheimer, Joachim Schneider, Borislav Schön, Thomas Susen, Sigrid Volk-Cuypers, Bernd Wedding, Josef Wörmann.

Die Grünen-Fraktion: Nazan Aksu, Mustafa Arslan, Doris Janicki, Prof. Dr. Heinz-Dieter Kantel, Claudia Leiße, Frank-Michael Rich.

Die Linke-Fraktion: Martina Amman-Hilberath, Hermann Dierkes, Thomas Keuer, Erkan Kocalar, Barbara Laakmann, Dilan Sinem Sert.

FDP-Fraktion: Frank Albrecht, Wilhelm Bies, Betül Cerrah.

DWG-Fraktion: Rainer Grün, Stephan Krebs.

Fraktionslos: Knut Happel.

Einzige Gegenstimme. Der einzige, der sich gegen die Zerstörungen wandte und mutig dagegen stimmte war der Ratsherr Karlheinz Hagenbuck.

---

[29] Gömi, 15. 11. 2012.

Parteien-Verschwörung gegen die Bevölkerung

Inhaltlose Etiketten. Zwischen den Parteien ist kaum mehr ein inhaltlicher Unterschied erkennbar. Sie sind sich in größten Koalitionen einig: im Zerstören von Stadtteilen. Einig auch im Ignorieren der Lebensinteressen von Menschen, denen sie eigentlich und dem Namen nach zugeordnet sein müssten. Viele Menschen haben begriffen, daß es sich im gegenwärtigen Parteienwesen geradezu um Verschwörungen handelt.

Worte wie christlich und sozial verkamen zu inhaltlosen Etiketten. Tatsächlich vertreten diese Parteien die Interessen windiger Investoren – und dies mit zunehmender und offener Frechheit. Grün, einst gegen solche Verhältnisse gegründet, war herunter gekommen zu einer Machtpartei, die sich nahtlos einordnete. Und ebenso die Linkspartei, wo man sich im Gespräch „wie bei der CDU fühlen konnte".

In einem Kungel untereinander wurden die Positionen vergeben, weil Karrierismus die Inhalte zuschanden werden ließ. Dies ist neben Oberbürgermeister Adolf Sauerland ebenso sichtbar am zweiten Mann der Verwaltung, am Stadtdirektor Peter Greulich, an dem Grün kaum mehr in Spurenelementen erkennbar ist. So entstand eine große Koalition gegen die eigene Bevölkerung. Eine Allparteien-Regierung.

Das Vertrauen in Parteien. Nach 1945 haben neue Parteien die Bevölkerung um Vertrauen gebeten – und viele vertrauten ihnen, obwohl dies nach den vorherigen Erfahrungen der nicht leicht war. Dieses Vertrauen ist schon seit längerer Zeit in einem Prozeß des Zerschmelzens. Am deutlichsten läßt sich das Zerschmelzen an der Zahl der Menschen ablesen, die kein Vertrauen mehr haben und dies durch Nichtwählen ausdrücken. Es wird auch innerhalb der Parteien an der stark gesunkenen Zahl der Mitglieder erkennbar.

Politik als Versorgung

Städtische Betriebe. Die Verarmung der Kommunen legte die Idee nah, nach Auswegen zu suchen, um sich wenigstens in Teilen vom Diktat der Landesregierung mit ihren Regierungspräsidien zu lösen. Daher gründeten viele Rathäuser Betriebe, in die sie kommunale Aufgaben ausgliederten – betriebswirtschaftlich „outsourcen" genannt. Dies ist eine Art Privatisierung eigener Art. Meist sind diese Betriebe zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt. Aber sie unterliegen einem anderen Rechtssystem als die Kommune.

Dies mag manchmal sinnhaft sein, auch Flexibilität besitzen, oft werden darin Finanz-Möglichkeiten aufbewahrt, die – dem Zugriff des Regierungspräsidenten entzogen - die Stadt in manchem handlungsfähig macht.

Versteckspiel. Aber es kann mit dieser Konstellation auch viel Mißbrauch getrieben werden. Als Firma macht sich ein solcher Betrieb – ebenso wie in der Wirtschaft - meist undurchsichtig. Er bunkert sich noch mehr ein als die Kommunal-Verwaltung – dies geschieht mit dem obskuren Stichwort „Geschäftsgeheimnis". Es blufft auch noch mit Datenschutz, wo es keinen gibt oder geben darf.

Die Stadt Duisburg hat es auf 30 solcher Betriebe gebracht (Aufstellung im Internet[30]).

Belohnungen. Das Eigentümlichste daran ist die Tatsache, daß alle Betriebe Aufsichtsräte haben. Dies suggeriert, daß es kenntnisreiche Leute sind, die einen solchen Posten erhalten. Wozu wird jemand zum Aufsichtsrat ernannt ? Macht ein Aufsichtsrat wirklich eine Aufsicht ? Was versteht er von der Sache ? Es ist offenkundig, daß etliche Personen so gut wie keine Kenntnis haben, die zu dieser Position befähigen.

[30] www.duisburg21.info.

Manche kommunalen Betriebe haben gleich 10 Aufsichtsräte, einer sogar 20. Diese Posten werden von der Politik vergeben – unter dem rührenden Titel „Steuerungsmöglichkeiten durch die politisch besetzten Aufsichtsräte". Aber es wird nur selten gesteuert, meist abgenickt – dann geht es zum Buffet. Und alle sind zufrieden.

Der größte Teil der Mandate bringt dem Inhaber ein opulentes Zubrot. Zum Beispiel erhalten die zehn Aufsichtsräte der finanziell bedrängten Gemeinnützigen Baugesellschaft (Gebag) trotzdem im Jahr 2012 stolze 92 500 Euro d. h. jeder bekommt rund 9 000 Euro im Jahr.

Zu den Eigentümlichkeiten gehört die Tatsache, daß viele Stadträte mehrere Aufsichtsrats-Posten haben.

Dieses System, das sich kaum durch Leistung auszeichnet, ist ein System von finanziellen Belohnungen für Vasallen-Verhalten. Man kann es kaum anders als Filz bezeichnen.

Man kann sich ausrechnen, daß numerisch praktisch jedes Ratsmitglied an diesem System teilhat. Für „verdiente" Parteileute gibt es also in großer Spannweite klingende Münze zu „verdienen". Wer wird da nicht alles versorgt !

Jobs für Parteileute. Nach dem Jesuiten-Motto „Er wird befördert, damit er weg ist" (promoveatur ut amoveatur) geschah dies Anfang 2013 auch mit dem Stadtdirektor Peter Greulich, dessen Posten die SPD besetzen wollte. Wohin mit Greulich ? Er wurde in den Vorstand der Stadtwerke „entsorgt" – mit doppeltem Gehalt.

Opulente Einkommen. Der Stadtwerke-Chef Hermann Janning (CDU) erhält inklusive Pensionsbezügen jährlich knapp 700 000 Euro, eingeschlossen Zulagen. Geheim bleiben diverse weitere Bezüge über Aufsichtsräte[31].

Die Thyssen-Story

Ein Meisterstück im Verdunkeln: der geheim gehaltene Anstifter

Parallel-Mentalität: Industrie-Management. Nun gibt es in Duisburg nicht nur die Stadt, sondern auch den großen Thyssen – einen riesigen Betrieb.

Dort läuft es ganz ähnlich wie im Rathaus – aber mit dem Unterschied, dass Thyssen sich nicht im Mindesten das Wort Demokratie anziehen muß. Denn am Thyssen-Tor endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik - und dahinter geht es zu wie beim Militär: mit glasklarem Befehl und Gehorsam. In solchen Betrieben wird per se nicht diskutiert.

Es war ein Meisterstück im Verbergen. Lange Zeit bin ich nicht darauf gekommen, daß Thyssen der Anstifter und Interessent an der Stadt-Zerstörung sein könnte. Perfekt unsichtbar

[31] WAZ 16. 1. 2013. – Kanzlerin Angela Merkel erhält jährlich 220 00 Euro, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft knapp 185 000 Euro. Der Vergleich ist kein Playdoyer für mehr Geld der einen, sondern für „Maßhalten" (Ludwig Erhard, 1897-1977) der anderen.

hielt sich der große Thyssen. Nirgendwo tauchten Presse-Artikel auf, daß Thyssen im Norden von Duisburg mehr will als friedlich vor sich hin zu produzieren.

Michael Lefknecht, der Umwelt-Arzt, hatte schon vor einiger Zeit die Entdeckung gemacht, aber zunächst hatte ich Skepsis, es zu glauben. Er hatte die Fährte entdeckt. Dann fühlte ich mich wie in einem Kriminalstück. Auch hier gibt es viele Täter, aber der es in Bewegung setzte, bleibt lange verborgen und wird erst ziemlich spät entlarvt.

Die Mächtigen haben gelernt. Sie setzen sich nicht in Positur - bestenfalls in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen, die außer Wirtschaftsleuten kaum einer liest. Sie verhalten sich in der Öffentlichkeit mit einer Tarnkappe – so als gäbe es sie nicht. Wenn man sie fragt, antworten sie: Wir konzentrieren uns auf unsere Tätigkeit. Sie schweigen – und tun unbeteiligt.

Öffentlichkeit schadet nur. Sie brauchen die Öffentlichkeit nicht. Vor allem wissen sie, daß die Öffentlichkeit mißtrauisch ist – gegen Macht. Die meisten Leute mögen sie nicht. Immerhin haben die Mächtigen erreicht, daß man heute öffentlich vielleicht über die Firma, aber kaum jemand öffentlich über die konkreten Chefs redet. Damit verschwand aber auch das Vorstellungs-Vermögen, daß es Personen sind, die Weichen stellen, an Schaltern drehen, irgendwo mit viel Macht und Einfluß wirksam sind.

So bleiben viele Leute im Zustand einer eigentümlichen Naivität: Sie halten die Mächtigen für Unschuldslämmer. Sie trauen ihnen keine Untaten zu.

Andere vorschicken. Die Absprachen finden dort statt, wo niemand zuhören kann und nichts öffentlich wird. Es gibt vornehme Hinterzimmer und unvornehme. Man nennt dies auch Verfilzung. Wie in den Intrigen des klassischen Theaters, bleiben die Anstifter lange im Dunkeln – sie schicken ihre Haushofmeister, ihre Räte, ihre Lobby vor.

Wer Karriere machen will, sucht die Nähe der Mächtigen. Inzwischen haben es die politisch Ambitionierten gelernt, darüber zu schweigen: Sie sagen nicht, wer sie vorschickt. Götz George alias Schimanski könnte einen Tatort-Krimi an dem Ort drehen, wo sich seine ersten Filme abspielten.

***Eines ist nun gewiß**: Wir haben recherchiert und viele Indizien gefunden, nimmt man sie zusammen und setzt dazu die Frage, wer den Nutzen hat, dann ist es sicher, daß Thyssen das Rathaus angestiftet hat: Es soll in einem halben Rund um das Stahlwerk das Gelände durch Abriß so frei schlagen, wie sich ganz ähnlich mittelalterliche Städte und Burgen rund um sich ein Schußfeld für ihre Kanonen geschaffen haben. Hier wird natürlich nicht geschossen – es geht im Kern nur noch um eine Symbolik, aber um eine sehr teure und unsozial folgenreiche: die Stadt-Bewohner sollen – „bitt' scheen“ – Distanz zu Thyssen halten.*

Dies steht in vollem Gegensatz zum Erfolgsmodell der Metropole Ruhr, der Industriekultur. Und mit Unternehmenskultur hat es auch nichts zu tun.

Landnahme. Ein Jahrhundert lang hatte sich Thyssen Stück für Stück Terrain angeeignet – es ist also trainiert in Landnahme. Immer schon wurde anschließend abgeräumt - und mit darauf Gebauten war nichts von früheren Jahrhunderten mehr da. Die Spuren davon liegen nur noch in Karten - im Archiv. Darüber macht gerade eine Wissenschaftlerin eine Doktor-Arbeit.

Die Leute haben dies hingenommen, war darin doch etwas Rationalität erkennbar: eine große Industrie braucht Raum. Aber in Gesprächen mit der Bevölkerung spürte ich, daß es den Leuten doch ein wenig unheimlich war – na ja, man muß halt damit leben.

Thyssen war nie aufgefallen damit, daß es niemals versuchte, den Leuten entgegen zu kommen, wie das lange Zeit die alten Krupps getan hatten. Thyssen blieb der schweigende Riese. Anonym. In großer Nähe und doch sehr fern.

Abstand zur Industrie. Für weitere Landnahme gab es anfangs einen Impuls: die Umwelt-Belastung, die von den verschiedenen Anlagen des riesigen Stahlwerks ausging.

Aber Thyssens Umgang mit diesem gravierenden Problem, das starke Bürgerinitiativen hervorrief, hatte längere Zeit das wenig intelligente Niveau des kleinen Moritz: Wir erledigen

das Problem, wenn wir vor der Fabrik einen unbewohnten Raum schaffen. Das Wie und die Folgen machte sich niemand klar – der Verstand hörte in kurzer Entfernung auf.

Das war naiv gedacht. Tatsächlich müßte kilometerweit abgeräumt werden – ja das ganze Industrie-Gebiet. Ganze Städte müßten verschwinden. Und dann hätten die Übriggebliebenen nur etwas weniger dicke Luft. Etwas verdünnt durch die Winde. Aber in der Gesamtmenge bliebe das Übel. Tatsächlich wurde es bis nach Skandinavien exportiert, wo aus den Ruhr-Schornsteinen vielerlei Wolken die Wälder überfielen.

Weil der kurzatmigen Abstands-These fast die gesamte Ruhr-Industrie aufsaß, folgte ihr in den frühen 1970er Jahren auch die Landespolitik – mit einem sogenannten „Abstandserlaß".

Aber rasch wurde deutlich, daß das Abreißen schwierig und sündhaft teuer wäre. Also meist undurchführbar.

An den Ursachen arbeiten. Dann kam von draußen – nicht aus dem Inneren der Festungen – die entscheidende Idee: Man muß an den Ursachen arbeiten.

Daher legte der intelligente Umwelt-Minister Friedhelm Farthmann den Erlaß zu den Akten. Der Minister-Kollege Christoph Zöpel beendet gleich nach Amtsantritt 1980 jegliche Flächen-Zerstörung mit allen ihren heuchlerischen Deckmänteln. Daraufhin gibt es in der Metropole Ruhr über 20 Jahre lang, eine Generation, bis 2 005 in Duisburg kein Abriß-Begehren mehr.

Aber es entstand viel Druck, das Übel der dicken Luft an seiner Ursache zu packen. Firmen veränderten ihre Produktions-Prozesse. Sie mußten oder wollten Filter einbauen.

In Bruckhausen wurde die Kokerei still gelegt. Heute ist dort die Luft so gut und so schlecht wie in Köln. Man mag die Luft-Situation insgesamt kritisieren – aber konkret ist sie jetzt in Bruckhausen nicht schlechter als woanders.

Die Chefs der ThyssenKrupp-Liegenschaften sagten Christoph Zöpel und mir in einem Gespräch, daß das Problem nicht die Luft sei.

Aber warum soll dann abgerissen werden ? Dazu schwiegen die Chefs – wir bekamen keine Auskunft, aber Sätze wie: Das macht die Stadt Duisburg. Städtebau ist deren Angelegenheit.

Wirklich ? Oder ist Duisburg „his masters voice" – die Stimme des Herrn ? Industrie-Feudalismus ?

Der Widerspruch. Das Groteske geschieht: Zu dem Zeitpunkt, wo das Luft-Problem gelöst ist, wird die überholte Forderung nach Abstand wieder herausgeholt und die Weiche auf Abriß des Umfeldes gestellt.

Wir machen uns auf den Weg, die tiefere Schicht des Geschehens zu erkunden.

Das Thyssen-Desaster

Das halbrunde Abriß-Phantasma. „Ekkehardt Schulz, studierter Hütteningenieur und mit der Statur einer Schrankwand gesegnet, gehörte zu den Vielbewunderten bei Thyssen-Krupp. Ein Zupacker. Das gefällt den Malochern."[32]

Er packt auch zu: beim Abriß von Bruckhausen.

Aber nicht nur Bruckhausen soll zerstört werden. Wir bekamen einen riesigen Zusammenhang heraus: In geheimen Verhandlungen einigten sich Thyssen und das Rathaus auf ein gewaltiges Projekt: *Das ganze Halbrund vor dem Stahlwerk soll abgerissen werden - sage und schreibe drei Kilometer lang. Dafür sollen rund weit über tausend Häuser mitsamt ihren Bewohnern verschwinden. Und wenigstens 2 000 Menschen.* Wo gab es jemals so viel Abriß ?

---

[32] SZ 8. 12. 2012

Dafür wird öffentliches Geld eingesetzt: aus Brüssel, aus Düsseldorf, aus Berlin. Weil Duisburg bettelarm ist und nichts mehr übrig hat, spendiert Ekkehardt Schulz, der „eiserne Ekki“, 35 Millionen Euro und läßt sich dafür bestaunen.

Schulz gilt lange als ein starker Realist. Tatsächlich aber ist dies ein leeres Image – in Wirklichkeit ist er ein Phantast. Das Stück Rasen, das durch die Zerstörung des Thyssen-Halbrunds mit Bruckhausen entstehen sollte, nutzt keinem und schadet allen.

Der **Zerstörungs-Gürtel** – alias „Grüngürtel“. *Wenn man die Summe für den drei Kilometer langen halbrunden Zerstörungs-Gürtel errechnet, kommt man in die Minus-Dimension von mehreren Milliarden – für Zerstörung von eigenen Werten im Thyssen-Besitz und für den umfangreichen Kauf von Privat-Häusern. Dafür muß nämlich Haus für Haus entschädigt und mit weiteren Kosten gezahlt werden. Solche Milliarden sind die Ziffern für ein Phantasma. An ihnen wird der Plan scheitern, weil es dieses Geld nicht gibt.*

„Die Geschichte des >eisernen Ekki< muß möglicherweise umgeschrieben werden,“ schrieb die Süddeutsche (8. 12. 2012). Möglicherweise ? - nein, sie muß mit Sicherheit umgeschrieben werden – nicht nur wegen des Brasilien-Desasters, sondern auch wegen seiner Rolle beim Anstiften der Stadt-Zerstörung. Beide sind Milliarden-Desaster.

Der Größenwahn des „eisernen Ekki“

Der ThyssenKrupp-Konzern ist riesig, er hat insgesamt 170 000 Mitarbeiter. Thyssen und Krupp, die alle Stahl-Produzenten in der Metropole Ruhr aufsogen, wurden 1999 zusammengeschweißt[33]. Hin und wieder gab es einen Höhepunkt der Stahlkonjunktur. Dann ging es Thyssen gut, die Gewinne waren hoch. Dies schuf jedoch keine Zufriedenheit, sondern weckte Begehrlichkeiten. ThyssenKrupp machte viel Geld und wurde übermütig und leichtsinnig.

Allenthalben sprach man von „Globalisierung“ und „man muß mithalten“. Thyssen expandierte. Ekkehardt Schulz, „der größenwahnsinnige eiserne Ekki“, breitete die Flügel aus: bis nach Brasilien und in die USA. Er wollte Roheisen in Brasilien billiger herstellen als in Duisburg. Dann sollte es mit dem Schiff nach Alabama in den USA transportiert und dort zu Stahl veredelt werden – für die Autofabriken.

Der Aufstieg. Das neue Hüttenwerk entstand in Brasilien in der Bucht von Sepetiba, 70 km von Rio de Janeiro entfernt, zwischen Meer und den riesigen Vorstädten von Rio, den Armen-Vierteln der Favelas. Schulz machte 2006 – zum Zeitpunkt der Wende in Bruckhausen – den ersten Spatenstich für Hochöfen, Kokerei, Kraftwerk.

ThyssenKrupp versprach sich günstiges Produzieren. Dies hieß: Geringere Löhne. Billigere Energie. Keine lästigen Umwelt-Auflagen. Die Unternehmensberatung Mc Kinsey hatte in ihrer Machbarkeitsstudie verkündet: alles wird sehr viel günstiger als am Rhein.

Der Abstieg. „Es sollte der große Coup werden. Heraus kam ein Desaster,“ schrieb Hayke Lanwert in der NRZ[34]. In Sepetiba ist der Boden sumpfig. Er muß für Millionen mit Pfählen befestigt werden. Das Werk wurde nicht von der eigenen erfolgreichen Tochterfirma Uhde gebaut, sondern von einer chinesische Firma, die billiger anbot – mit fatalen Folgen: immer mehr Kosten. Verzögerungen. Mängel. Anfangs mit 1,9 Milliarden Euro kalkuliert, verteuert

[33] Die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung hält seit 2008 25, 3 Prozent Anteil am Konzern. Seit 1968 ist Berthold Beitz Vorsitzender und geschäftsführendes Mitglied des Kuratoriums.

[34] Hayke Lanwert, Milliardenflop im Sumpf von Setiba. Das brasilianische Stahlwerk sollte günstiger als in Deutschland produzieren. Doch der Neubau wurde zum Kostenfresser. Werk läuft nicht mit voller Kraft. NRZ 7. 12. 2012.

e sich das Projekt um das Mehrfache – auf 5,2 Milliarden (2012), mit Tendenz zu weiterem Anstieg. Fischer und Anwohner klagen wegen massiver Umweltverstöße.

Aufsichtsrat-Vorsitzender Gerhard Cromme resumierte in der Aktionärs-Versammlung 2011 in Bochum für die aufstöhnenden Coupon-Besitzer: „Erst hatten wir kein Glück, dann kam auch noch Pech dazu.“ Ahnungslos sei man gewesen. Und ständig von dortigen Leuten falsch informiert worden – nicht etwa von Brasilianern, sondern von Deutschen. Berthold Beitz ergrimmt und nannte es einen „unverzeihlichen Loyalitätsbruch“. Aber gehört es nicht zu den Fähigkeiten von Chefs, dies wenigstens im Grundsätzlichen zu durchschauen ? Auch die Arbeitnehmer-Vertreter waren immer dabei – ebenso ahnungslos, ebensowenig intelligent.

In den Wirtschafts-Zeitungen kann man jetzt lesen: „Thyssen-Krupp hat sich beim Bau von Stahlwerken in Brasilien und in den USA verkalkuliert. Fehlplanungen und Pfusch ließen die Kosten, die mit drei Milliarden Euro angesetzt waren, explodieren. Inzwischen haben die beiden Stahlwerke, die nun verkauft werden sollen, 12 Milliarden verschlungen.“ Der Vorgang sei einmalig unter den größten 30 Dax-Konzernen.

Desaster Zerstörungs-Gürtel. Schulz hatte dieses Desaster angerichtet. Aber wovon die Wirtschafts-Zeitungen keine Zeile schreiben, ist das Desaster des halbrunden Kahlschlag-Gürtels um das Stahlwerk am Rhein – dies hat ebenfalls zunächst „der eiserne Ekki“ zu verantworten. War dies für die Medien keine Größen-Ordnung ? Ging es da „nur“ um Menschen ?

Anklage. Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbandes der Kritischen Aktionäre, bringt das Thema Bruckhausen in die Aktionärs-Versammlung 2012 von ThyssenKrupp in der Stadthalle in Bochum. Seine Anklage: Vertreibung von Menschen. Zerstörung von privatem und öffentlichem Eigentum. Hohe Verluste für Steuerzahler. Vernichtung eines einzigartigen Sachzeugnisses. Unter dem Deckmantel sozialen und ökologischen Engagements wird rücksichtslose Interessenpolitik betrieben. – Der Vorstand antwortet mit den bekannten glatten Sprüchen.

Weitere Thyssen-Skandale. Thyssen hat im letzten Jahrzehnt eine Kette von Skandalen angehäuft.

2003 wurde ein Thyssen-Manager „vom Landgericht Frankfurt wegen Bestechung eines Managers der Deutschen Bahn verurteilt. 240 000 Euro waren dafür geflossen, damit die Bahn den Stahlkonzern gegenüber Konkurrenten bevorzugte. Mit 90 000 Euro kam der Schienenpapst noch glimpflich davon.“ . . . „Er „durfte seine Karriere im Essener Konzern fortsetzen – obwohl dessen Vorstand der Bahn versprochen hatte, sich von dem korrupten Manager zu trennen. Es geschah das Gegenteil. Der Arbeitsvertrag des Experten wurde dreimal verlängert.“ . . . „Der Vorstand von Thyssen-Krupp um den damaligen Konzernchef Ekkehard Schulz, genannt der >Eiserne Ekki<, hat das Unternehmenskreisen zufolge abgenickt.“. . . „Das Staatsunternehmen [Bahn] wurde also getäuscht. Und sogar weiter betrogen . . . .“ „Die Staatsanwaltschaft Bochum ermittelt gegen mehr als 200 Beschuldigte.“ . . . „Die Kartellaffäre hat den Stahlgiganten bereits mehr als 100 Millionen Euro Bußgeld gekostet. Hunderte Millionen Euro Schadensersatz könnten hinzukommen, die Bahn bereitet eine Klage vor.“ . . .

„Es könnte eine ungemütliche Sitzung am Montag werden, wenn sich der Aufsichtsrat mit vielen Krisenthemen befassen muß: Milliarden-Verluste bei Stahlwerken in Übersee, kriminelle Kartelle, Schadenersatzforderungen, dubiose Geschäfte im Ausland. Und nun auch noch die ungewöhnliche Karriere eines dem Korruptiven nicht fernen Managers. >Es reicht<, sagt einer, der ganz nah dran ist am Geschehen bei Thyssen-Krupp, über die Stimmung im Aufsichtsrat. >Das ist unerträglich, da muß aufgeräumt werden.“[35]

---

35 Klaus Ott, Der fehlbare Schienenpapst. Bizarres bei Thyssen-Krupp: Ein wegen Bestechung verurteilter Manager blieb mit Billigung der Konzernspitze jahrelang im

„Der Ruhrkonzern hat sich verspekuliert,“ schreibt die Süddeutsche Zeitung, Zwei neue Stahlwerke – in Brasilien und in den USA – lasten schwer in der Bilanz. Die Anlagen haben nicht drei oder vier Milliarden gekostet, sondern zwölf. Ein krasser Fall von Mißmanagement, die Schuldenlast hat das Unternehmen bedrohlich ins Wanken gebracht. Hinzu kommen nun auch noch Kartell- und Korruptionsfälle: illegale Kartellabsprachen im Aufzugs-, Rolltreppen- und im Schienengeschäft, Ermittlungen wegen des Verdachts auf Schmiergeldzahlungen, Luxusreisen mit Journalisten, Probleme an allen Ecken.“[36]

ThyssenKrupp Tochter GfT Bautechnik schmierte Geschäfte in Osteuropa und Asien (Handelsblatt). Es gab Luxusreisen für Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat: nach Übersee, zu Formel 1-Rennen und in ein Spielerparadies.

Es reicht, können wir auch angesichts des Vorhabens sagen, im Halbrund um das Stahlwerk drei Kilometer lang abzuräumen.

Korruptions-Bericht. Nach Transparency Deutschland liegt Deutschland bei der Korruption im Mittelfeld der 176 untersuchten Staaten. Innerhalb eines Jahres rutschte es aber von Platz 80 auf Platz 94 ab. Enthalten sind natürlich nur die ans Licht gekommenen Fälle. Die Dunkelziffer dürfte ein Vielfaches höher liegen.

Skandal-Bewältigung. Die illegale Absprache über die Preise für Schienen, die die Deutsche Bahn mit Hunderten von Millionen Euro schädigte, wurde zunächst wie üblich vertuscht und dann mußte Thyssen-Krupp 103 Millionen Euro Strafe zahlen. „Wegschauen, das hat Tradition im Hause, Auch als andere Betrügereien aufflogen, galt meist das Prinzip: Wegsehen, laufen lassen.“ So läuft es bis heute mit den 30 Millionen für Stadtzerstörung in Bruckhausen. Vertuschen. Wegschauen.

Dann wurde im Dezember 2012 mit einem Paukenschlag der halbe Vorstand (Jürgen Classen, Compliance. Edwin Eichler, Stahl. Olaf Berlien, Technik), drei von sechs Mitgliedern, entlassen – wie es in solchen Geschäften zugeht, stark abgefedert mit Abfindunge von insgesamt zwölf Millionen Euro. Wegen des „Milliarden-Desasters in Übersee und aus diversen Kartell- und Korruptionsdelikten, die das Unternehmen in den vergangenen Wochen und Monaten immer mehr in Bedrängnis gebracht hatten“ (SZ).

Es sollen noch weitere Mitarbeiter gehen. ThyssenKrupp verspricht sich davon eine „Führungskultur des Unternehmens“.

Verantwortung. Der „eiserne Ekki“ hat sich davon gemacht – sehr einfach: in eine gut ausgestattete Pension. Dies heißt in der Presse so: „Schulz äußerte sich nicht zu diesen Vorgängen, da er dem Unternehmen nicht mehr angehöre.“[37] In der turbulenten Aktionärs-Versammlung 2011 schlich er still durch die Reihen. Aufsichtsrats-Vorsitzender Gerhard Cromme gab sich viel Mühe, ihm vornehme und achtungsvolle Nachsicht zu verschaffen.

Die Täuschung im Rathaus läuft weiter. Obwohl der Anstifter Thyssen ausgemacht ist, spricht das Rathaus weiterhin von eigenem Städtebau und versucht, die Abrisse mit „städtebaulichen Mißständen“ zu rechtfertigen. Es wird also weiter getäuscht. Das ganze

---

Spartenvorstand. Der Mann soll in dieser Zeit auch noch an Kartellabsprachen beteiligt gewesen sein, erneut zulasten der Deutschen Bahn. Süddeutsche Zeitung 5. 12. 2012. – Hans Leyendecker/Kristina Läsker/Klaus Ott, Süddeutsche Zeitung 16. 1. 2013. Zwei Druckseiten. „Nicht reden, nicht auspacken.“

[36] Schein und Sein. Milliardenverluste in den USA und Brasilien, Kartellverstöße, Korruptionsermittlungen: Bei Thyssen-Krupp kommt derzeit alles knüppeldick. Gleich mehrere Manager der alten Garde wurden gefeuert. Doch der Traditionskonzern braucht vor allem eine Kulturrevolution. Süddeutsche Zeitung 8. 12. 2012.

[37] Klaus Ott, Der fehlbare Schienenpapst. Bizarres bei Thyssen-Krupp: Ein wegen Bestechung verurteilter Manager blieb mit billigung der Konzernspitze jahrelang im Spartenvorstand. Der Mann soll in dieser Zeit auch noch an Kartellabsprachen beteiligt gewesen sein, erneut zulasten der Deutschen Bahn. Süddeutsche Zeitung 5. 12. 2012.

Argumentations-Gebäude der Stadt, wenn es überhaupt so etwas ist (was wir bestreiten), ist durchsetzt von der Täuschung, hier werde für die Stadt gehandelt – in Wirklichkeit jedoch ist es Thyssen, für den das Rathaus arbeitet.

Wie aber kam es zu diesem Projekt ?

Entstehung, Urheber, Bündnis und geheimer Hintergrund

In der genannten Hochphase der Konjunktur, in der die Gewinne sprudelten, entstand der Plan für den Kahlschlag im Halbrund um das Stahlwerk.

2005/2006 wurde in 16 Sitzungen einer Lenkungsgruppe von ThyssenKrupp, Stadt Duisburg, EGE-DU, Bezirksregierung und Bauministerium das Projekt ausgehandelt, im Duisburger Norden ein Grün-Band anzulegen.

Teilnehmer der Sitzung am 13. Dezember 2006 waren Jasper (Ministerialrat Ministerium Bauen und Verkehr), Austermann (MBV), Lueb, Stromeier, Baumgart Bezirksregierung, Still, Enneper (ThyssenKrupp Steel), Linne, Klug (Stadt Duisburg), Maschke, Braun (EG-DU).

Kosten. Im Kostenstruktur-Plan werden 80 Millionen Euro angenommen. In der Finanzstruktur ist der EU-Anteil 50 Prozent, der Anteil des Landes 30 Prozent, den kommunalen Anteil von 20 Prozent übernimmt ThyssenKrupp.

Ein gutes Geschäft. Für den Kostenanteil von ThyssenKrupp für die Stadt wird der Wert von eigenen Grundstücke (50 Prozent der Gesamtfläche) eingesetzt. Hinzu kommen 40 Prozent des Gebäudebestandes[38].

Damit hat Thyssen/Krupp Liegenschaften, die sie überhaupt nicht benötigt, mit einem Schlag günstig an die Öffentliche Hand verkauft.

Vielleicht hat TKS dies auch noch steuerlich absetzen können, dies wäre dann ein fabelhaftes Geschäft.

Der eigentliche Akteur bleibt völlig im Hintergrund. Die Bürgerbewegung gegen den Häuserabriß in Marxloh mit Karin Materna lieferte am 10. 9. 2010 in ihren Einwendungen gegen die Planung eine Analyse: Der eigentliche Akteur „muß ja aus rechtlichen Gründen versteckt gehalten werden, weil solche flächenhaften Abrisse – Rückbausanierung genannt – nur im öffentlichen Interesse geschehen dürfen und nicht im Interesse eines Privaten. Deshalb muß hier die ganze Zeit mit verdeckten Karten gespielt werden.“

„Das also ist des Pudels Kern . . ..“ Ein Wirtschafts-Unternehmen bereichert sich auf dem Umweg über die Öffentliche Hand an öffentlichen Geldern für ein privates Ziel.

Thyssen-Initiative. Die „Bürgerbewegung gegen den Häuserabriß in Marxloh 2010“, eine von mehreren Bürger-Gruppen, schreibt weiter: *„Die Initiative zu diesem Flächenabriß in Marxloh und Bruckhausen ging eindeutig von der TKS [ThyssenKrupp] aus – wie sie in ihrem Bericht zur Nachhaltigkeit 2005/2006 – selbst geschrieben hat.*

Geheime Sitzungen. Es fanden seinerzeit unserer Kenntnis nach mindestens 16 geheime Sitzungen einer sog. Lenkungsgruppe zwischen der TKS, der Stadt Duisburg, der EG-DU, der Bezirksregierung und dem Bauministerium statt, um dieses Vorhaben auf die Schiene zu setzen. Die Namen der Lenkungsgruppe sind bekannt.“

Öffentliche Mittel abschöpfen. Die Bürgerinitiative: „Das wichtigste war dabei natürlich, wie man das Ganze so gestalten kann, daß man die öffentlichen Töpfe in der EU und im Land anzapft, d. h. *daß es für TKS möglichst billig wird und wie man das Ganze als „im öffentlichen Interesse stehend“ dargestellt bekommt*. Denn nur die Stadt kann solche >Rückbausanierungen< beantragen und durchführen. Deshalb darf die TKS im öffentlichen

---

[38] Unterlagen der Bürgerbewegung gegen Häuserabriß in Marxloh.

Verfahren nie auftauchen und tut es ja auch nicht. Die TKS ist nur als uneigennütziger Spender von 35,9 Mio. Euro dabei.“

Der Eigenanteil. Öffentliche Gelder erhält man nur, wenn man auch einen Eigenanteil aufbringt. Da das Rathaus kein Geld hat, weil Duisburg bettelarm ist und hohe Schulden hat, bot sich ThyssenKrupp an, den Eigenanteil des Rathauses zu übernehmen: die zweite Hälfte der Kosten. Also zahlte ThyssenKrupp 36 Millionen Euro. Dies wurde „Spende“ genannt.

Das Stadtplanungsamt sagte zu diesem Fang:„eine einmalige und tolle Chance für die Stadt.“

Öffentlichkeit des Vorgangs. Die Bürger-Gruppe: „Wir verlangen, daß die Protokolle dieser Treffen veröffentlicht und in den Entscheidungsprozeß mit einbezogen werden. Denn auch die Bezirksvertreter und die Ratsmitglieder wurden über diese Hintergründe getäuscht. Der Finanzplan der Sitzung der Lenkungsgruppe vom 13. 12. 2006 und die Namen der Teilnehmer wurden uns zugespielt.“

In der Demokratie müßte alles öffentlich sein – es wird jedoch das Meiste immer noch ebenso geheim gehalten wie einst an den Fürsten-Höfen. Allerdings wissen viele Initiativen, wie sie Einblick in Vorgänge erhalten – oft haben sie dazu meisterhafte Fähigkeiten. Niemand muß dabei ein schlechtes Gewissen haben, denn die Geheimhaltung verstößt gegen ein elementares Prinzip der Demokratie.

Lügengürtel. Die Bürger-Gruppe schreibt weiter: „Ein wesentlicher Trick in diesem Verfahren war es, Gelder aus dem Ökotopverbund NRW zu generieren. Deshalb ließ man sich auch den Namen >Grüngürtel Duisburg Nord< einfallen, obgleich jedem Kenner der Situation klar ist, daß eine Ökotopverbindung zwischen Bruckhausen und Marxloh wegen der Gleisanlagen der TKS und der Straßenführung über die Hochbrücke nicht möglich ist. Aber sogar das Bauministerium und die Bezirksregierung waren auf beiden Augen blind oder drückten dieselbigen fest zu. Das war die erste dicke Lüge, die in der Bevölkerung zur Bezeichnung Lügengürtel führte. Sie war aber für die Zusage der Gelder nötig.“[39]

War der Landesregierung und der Bezirksregierung klar, daß es sich hier um ein Abstands-Areal für das Stahlwerk Thyssen handeln sollte ?

Waren sie wirklich so naiv, nicht hinzuschauen und zu begreifen, was für ein ausgreifendes Projekt in Szene gesetzt werden sollte ?

Brüssel. Für die Stadt-Zerstörung hat das Rathaus eine weitere Finanzierungs-Quelle angezapft. Die Hälfte, also 36 Millionen Euro, kommen von der Europäischen Union (EU).

Wie uns der zuständige Europarat-Abgeordnete Jens Geyer (Essen) bei einem Besuch sagte, fragt die Brüsseler Behörde nicht nach Sinn und Unsinn, sondern vertraut diese Millionen blind staatlichen Instanzen an – hier dem Land Nordrhein-Westfalen. Unfaßbar: *Brüssel guckt nicht hin und fragt nicht nach Sinn oder Unsinn und kümmert sich nicht um die Zweckentfremdung seiner Subventionen !*

Gewinn oder Verlust. Für das Stadtmassaker seit 2005 betragen die angeblichen Gesamt-Kosten 72 Millionen Euro. Die Zahlen-Angaben schwanken. Unklar bleibt, ob dies nur die Kosten für die Zerstörung von Bruckhausen sind. Wahrscheinlich.

Wie bekam das Rathaus der hoch verschuldeten Stadt so viel Geld ?

Man muß zu den Millionen noch etliche hinzu rechnen. Was kostete die Arbeit der vielen Verwaltungs-Leute ? Denn der Verwaltungs-Aufwand wurde nur zum Teil aus den Zuschuß-Geldern bezahlt. Dafür mußte auch der normale Haushalt herhalten.

Und die Aneignung von Häusern in den städtischen Besitz zum Abreißen bedeutet, daß daraus keine Grundsteuern mehr fließen. Man könnte weitere Verluste katalogisieren.

---

[39] Bürgerbewegung gegen den Häuserabriß in Marxloh. c/o Karin Materna. 10. 9. 2010- Einwendung/Stellungnahme gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 2.26 – Marxloh–Grüngürtel Duisburg-Nord und gegen den Bebauungsplan Nr. 1105 – Marxloh-Grüngürtel Duisburg-Nord. Bekanntmachung 12. 7. 1010.

„Grüngürtel" - „Lügengürtel" – „Zerstörungs-Gürtel"

Ökologisch ? Abstände von Betrieben mindern nicht die Emissionen. Abstand ist keine Problem-Lösung.

Vor allem mußte man mit einem Blick auf die Stadt-Karte erkennen, daß ein solcher Grün-Verbund völlig unreal ist: Ein „Grüngürtel" ? - über so viele Gleisanlagen, Straßen und Infrastrukturen hinweg ? Das ergibt keinen Grüngürtel !

Man mußte auch den zweiten Widerspruch sehen: Falls dort aber, wie man zu dieser Zeit noch annahm, eine hohe Luft-Belastung vorhanden wäre, hätte diese Fläche keinerlei Freizeit-Wert und Erholungs-Funktion - wie derzeit propagandistisch geschwätzt wurde . Abgesehen davon, daß es in diesem Bereich bereits erhebliche Freizeit-Flächen gibt.

Was – bitte – sollte daran ökologisch sein ?

Wäre dort aber die Luft-Belastung unerheblich, wie heute von ThyssenKrupp Real Estate behauptet wird, dann wäre der Grüngürtel überflüssig.

Rhetorisch wird mal das eine, und mal das andere behauptet. Mit Redlichkeit und Logik hat dies nichts zu tun. Dies zeigt aber auch, daß es darum überhaupt nicht geht. Also war der „Grüngürtel" bloß eine Lüge, um sich staatliche Fördermittel zu erschleichen. Daher nannten die Widerstands-Gruppen diese Erfindung in Zukunft den „Lügengürtel".

Zwei bis dreitausend Leute vertrieben - mit einem Schwindel-Etikett – was für ein Projekt !

Ralph Lobonte, Vorstandsmitglied von ThyssenKrupp und Arbeitsdirektor: „Das Modell Thyssen-Krupp, das Modell des sozial verantwortlichen Konzerns, ist einzigartig in Europa."[40]

Geschenkte Wohltaten – vertan

Über die Kosten, die das Rathaus bzw. der Steuerzahler in Bruckhausen investierte, gibt es keine Gesamt-Übersicht.

Im Dunkel bleiben die Kosten, die nicht erst seit 2005, sondern schon seit den 1980er Jahren liefen. Man muß diese Mittel als Werte-Vernichtungs-Kosten hinzuzählen.

Damals steckte das Ministerium, das Christoph Zöpel leitete, viele Millionen in die Verbesserung der Wohn-Umwelt. Man kann es sehen: in der Neugestaltung der Straßen. Sie wurden zum Teil für Fußgänger freundlich hergerichtet, Bordsteine entfernt, Bodenbeläge erneuert, durchgehende Flächen geschaffen, um den Straßen einen platzartigen Charakter zu geben. Eingefügt wurden kleine Grün-Inseln mit Bäumen.

Als Christoph Zöpel sich mit mir und mit weiteren unserer Leute nach drei Jahrzehnten in den Jahren 2011 und 2012 mehrmals Bruckhausen ansah, konnte man ihm den Grimm im Gesicht ansehen und seine kopfschüttelnde Kommentare dazu hören, wie ein Rathaus eine positive Maßnahme abgebrochen und zu einem Zerstörungswerk umgedreht hatte.

Es wird also, wenn jetzt zerstört wird, sehr viel öffentliches Geld vernichtet. Dies ist ein ziemlich einmaliger Vorgang. Einmalig ist auch die Unbedenklichkeit, mit der dies geschieht.

Was das Rathaus und die EG-DU dazu sagen, ist ziemlich banal. Auf die Vernichtung von Finanzmitteln geht niemand ein. Das waren die geschenkte Wohltaten ! Es ist schlechter Stil, so zu tun, als sei das nichts gewesen.

[40] Süddeutsche Zeitung 23. 1. 2013.

Dilettantismus der Planung: Sie können nicht rechnen

Keine Zahl, die in Duisburg genannt wird, ist genau, denn dilettantischer kann keine Planung sein als hier.

In der Rheinischen Post heißt es: „Im Planungsgebiet sind etwa 2 000 Menschen betroffen. Sie erfuhren [es] vor sechs Jahren aus heiterem Himmel . . . .“ - An anderer Stelle wird die Zahl 3 000 Menschen genannt.

So naiv und unkorrekt in der Journaille jahrelang über das Projekt geschrieben wird, zeigt es doch eine Mentalität. Erstens: Über Nacht wird dekretiert. Zweitens: Die Leute müssen verschwinden - wie im Krieg oder in Besetzungen.

Tiefgestapelt wird mit den Kosten. Immer erscheinen wieder andere Zahlen. Nun heißt es in derselben Zeitung: „Für die komplette Umsetzung [was für eine verharmlosende Sprache !] werden fast 100 Millionen Euro benötigt. Thyssen beteiligt sich an dem Projekt mit fast 36 Millionen. Ähnlich hoch ist der Förderbeitrag des Landes und der EU. Und auch Geld aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist bereits in die Maßnahme geflossen.“

Keiner hat hingeschaut.

Das will Planung sein.

Der Umgang mit Kosten ist abenteuerlich. Die Zahlen werden mal so, mal so angegeben: in Marxloh sollen es einmal 300 Häuser, ein anderes Mal 450, und auch mal 500 sein. Vielleicht sind es sogar mehr. Hinzu kommt Bruckhausen. Und noch weitere Gebiete.

Wieviele Wohnungen sind darin ? Wieviele Menschen sind betroffen ? Dies bleibt alles nebulös.

Wieviele weitere unbebaute Grundstücke, die entschädig werden müssen, kommen hinzu ?

Wem gehören die Häuser ? Thyssen hat viel Eigentum. Und es gibt viele Privatleute.

In jedem Fall, auch für Thyssen, ist Abriß ein Verlust an Werten.

Die Stadt erhält kein Haus geschenkt. Setzt man realistisch einen Betrag von 200 000 Euro pro Haus an, dann kommt man, zusammen gerechnet, bei niedrigen Ansätzen, bereits auf eine Summe von 600 Millionen.

Was aber muß man alles hinzu zählen ? Abrißkosten – man hört von einem Betrag von 80 000 Euro pro Haus. Infrastruktur-Kosten. Umzugskosten. Verwaltungskosten. Notar-Kosten. Gerichts-Kosten. Herrichtung der Abriß-Fläche. Die Gesamt-Ziffer wird wohl kaum unter einer Milliarde bleiben. Zum Vergleich: Dies wäre die Hälfte der Gesamtsumme von Duisburgs Schulden von rund 2 Milliarden.

Ist das Rathaus noch fähig zu rechnen ?

Bürger-Beteiligung oder Thyssen-Lobby ?

Betroffenen-Beteiligung. Die Initiative Bruckhausen schreibt am 6. Juni 2010, es habe nur eine „minimale Betroffenenbeteiligung“ gegeben.

Enttäuschung. Die Initiative Bruckhausen: „Wir fühlen uns von den politisch einflußreichen Gremien und Vertretern im Stich gelassen. Besonders von den Gewerkschaften, den Arbeitern der ThyssenKrupp Steel AG (TKS) und den Umweltschutzorganisationen sind wir enttäuscht, weil man in Bruckhausen immer schon für Arbeiterrechte und Umweltschutz gekämpft hat und gerade dies auch ein Teil der Motivation der Thynosaurier ist, unseren aufsässigen Stadtteil von der Landkarte zu tilgen.“

Die Thynosaurier. Markus Hagedorn, einer der Aufrechten in Bruckhausen, ist ein Meister von literarischen Wortspielen, die eine große und überraschende Assoziationsbreite eröffnen. „Die Thynosaurier haben es mit viel Geld und einer relativ kleinen Gruppe von ca. 20 bis 40 von ihnen geförderten ThySi-Ims geschafft, der Öffentlichkeit und dem Rat vorzumachen, daß es gute Gründe zum Wohl der Allgemeinheit für das jetzige Sanierungsziel [d. h. Abriß des Stadtteils] gibt. Die ThySi-iMs sind in fast allen politisch einflußreichen Organisationen und Gremien in Duisburg, aber auch in überregionalen Gremien bis hin zur EU anzutreffen und haben durch massive Informationsmanipulation eine Entscheidung für den Grüngürtel erwirkt."

Hindernis-Lauf: selbstgemachte und andere Bremsen

Kein Bauzeiten-Plan. So geht es im Rathaus im Amt für Bodenordnung bei Reiner Bartel und bei den wechselnden Bau-Beigeordneten dilettantisch zu.

Zum Dilettantismus gehört, daß es keinen Bauzeiten-Plan gibt. Im Herbst 2013 sollen in Bruckhausen die Häuser abgerissen sein. Aber das ist weit von der Wirklichkeit entfernt.

Verfallende Gelder. Schon gibt es das Lamento, daß Gelder verfallen, wenn es länger dauert. Gut so. Ende des Jahres 2012 verfallen bereits 700 000 Euro.

Eigentum. Im Dezember 2012 wird zum ersten Mal zugegeben: „Das ganze Verfahren ist in der Abwicklung offenbar sehr viel komplizierter, als anfangs angenommen." Das zeigt, mit wie naiven Annahmen geplant wurde. In der Rheinischen Post heißt es: „Denn zunächst muß die Stadt die benötigten Grundstücke erst mal besitzen. Der Ankauf aber gestaltet sich schwierig. Wie berichtet, weigern sich etliche Eigentümer nach wie vor zu gehen." Klar, wir leben nicht mehr im 17. oder 19. Jahrhundert, wo man mit einem Wink des Landesherrn oder nach Aufmarsch eines Kavallerie-Regimentes zu verschwinden hat, sondern wir leben im Rechtsstaat: Es gibt verfassungsrechtliche Sicherungen für das Eigentum mitsamt gesetzlichen Verfahren.

Der Bürgerkämpfer Markus Hagedorn in Bruckhausen wird durch alle Instanzen gehen, wenn das Rathaus den Versuch macht, zu enteignen. Das wird auch deshalb schwierig, weil die Rechtslage so ist: Man kann nur für das Allgemeinwohl enteigen – aber Allgemeinwohl ist ja wohl ein Fremdwort in Bruckhausen.

„Andere," so schreibt die Rheinische Post, „verhandeln noch immer über bessere Preise und Konditionen." Ebenfalls ist klar: Wir leben in der Marktwirtschaft. Die Preis-Vorstellungen des Rathauses und der Eigentümer gehen meist weit auseinander. Das Rathaus wollte skandalös wenig hergeben – und nicht jeder ließ sich bluffen.

Abriß in Marxloh storniert ? Schon früh gab es eine Bremse. Am 7. August 2007 wurde den Bürgern die Vorbereitende Untersuchung für Marxloh präsentiert. Sie hielt Abriß nicht für sinnvoll. Zumindest soviel war realistisch. Statt dessen plädierte sie für ein städtebauliches Erneuerungskonzept.

Damit aber entfiel die Landes-Finanzierung. Daher mußte die Abrißplanung für Marxloh erstmal angehalten d. h. storniert werden. Das war dem Rathaus peinlich – gelernt hat es daraus nichts.

Dann kommt noch eine Pointe. Neues Ereignis im Jahr 2012: „In Marxloh [und nicht nur dort] sind bereits leer geräumte Häuser gerade erst von der Stadt >beschlagnahmt< worden, um sie übergangsweise Asylbewerbern zur Verfügung zu stellen, die für den Jahresanfang angekündigt sind und dann voraussichtlich in so großer Zahl kommen werden, daß die Plätze in den vorhandenen Unterkünften nicht ausreichen werden." Man kann es in der Zeitung lesen.

ThyssenKrupp verschenkt gesparte Steuern

Thyssen spendet. Was auf den ersten Blick großherzig aussieht, erweist sich auf den zweiten analysierenden Blick als schlitzohrig ausgeklügelt. Thyssen kann die Spende von der Steuer absetzen. Der Spender ist dann nur zum Teil Thyssen, zum anderen Teil die Bürger als Steuerzahler.

Weitere Thyssen-Finanzen. Die Initiative Bruckhausen weist darauf hin, daß ThyssenKrupp Steel die vorbereitende Untersuchung bezahlt hat – man müsse also davon ausgehen, daß sie Einfluß genommen habe. Vorbereitende Untersuchungen läßt man anständigerweise nicht von einem Interessenten finanzieren.

Kurz vor der entscheidenden Ratssitzung hatte Thyssen 31 Mio Euro überwiesen – also Fakten geschaffen. Aber: warum nicht 36 Millionen ?

Der Start des Projektes wurde im Stadtrat in einer Mammutsitzung als einer vor sehr vielen Punkten rasch durchgewunken.

Undurchsichtig – was ist mit dem Rest ? Die Finanzierung ist auf der Einnahmen- und Ausgabenseite völlig undurchsichtig – wahrscheinlich ist sie nur für sehr wenige einsehbar. Welche Zinsen gab es für die eingebrachten Gelder ? Es wurden Grundstücke eingebracht – geschenkt oder bezahlt ?

Im Projekt sollen 47 Mio. Euro für Bruckhausen, 13 Mio. für Marxloh, 6 Mio für Beeck ausgegeben werden. Dies ergibt insgesamt 66 Mio. Euro. Was ist mit dem Rest von knapp 6 Mio. Euro ?

Die Bürgerinitiative prangert an: Verschwendung, unsinnige Ausgaben, überflüssiger Verwaltungs-Aufwand, ein Durcheinander von Interessen, die mal so, mal anders bedient wurden. Sie vermutet, daß am Ende das Geld ausgeht.

Illegal. Die Initiative hält die Verwendung von Sanierungs-Geldern für andere Projekte für illegal.

Sie spricht auch von Vernichtung städtischen Eigentums, unter anderem von mietgünstigen Wohnungen - in Millionenhöhe.

Erst vor 15 bis 20 Jahren war viel Steuergeld in Bruckhausen investiert. „Dies alles dient nicht dem Wohl der Allgemeinheit."

Arme Stadt – aber sparen ? Wir leben in einer Zeit, wo uns jeden Tag von den Repräsentanten und Medien gesagt wird, dass wir sparen müssen. Daß die Öffentlichen Haushalte „abspecken" sollen. In einer Zeit, in der Stadt und Städte ärmer werden.

Aber man kann landauf landab sehen, dass dieselben Leute, die in den reichen Zeiten der 1960/1970er Jahre mit den öffentlichen Finanzen aasen konnten, heute immer noch nicht nachdenklich geworden sind. Sie aasen immer noch. Sie können nicht mit den Finanzen umgehen. Duisburg ist eine arm gewordene Stadt. Sie hat rund 2 Milliarden Euro Schulden. Aber diese Stadt will es sich leisten, in ihrem ungeliebten Norden rund 40 Prozent der Bebauung abzureißen.

Der ThyssenKrupp-Brief

ThyssenKrupp schreibt am 8. Juli 2011 an den Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre in Köln: „Sehr geehrter Herr Dufner, sehr geehrter Professor Günter, sehr geehrte Frau Gems, im Namen von Herrn Dr. Hiesinger [Vorstands-Vorsitzender] möchten wir Ihren Brief vom 20. Juni 2011 wie folgt beantworten."

Sinngemäß behauptet ThyssenKrupp: alles sei in Ordnung. In Inhalt und und Verfahren.

Dann folgt die Behauptung: „Wir möchten betonen: der Grüngürtel Duisburg-Nord ist kein Projekt von ThyssenKrupp Steel Europe oder des ThyssenKrupp Konzerns. Die Anstöße kamen von der Stadt Duisburg . . ..“

Überprüfen könnte man dies nur, wenn die Protokolle aus ihrem geheimnishaften Nebel ans Licht kämen. Aber was im Hintergrund ablief, läßt sich trotz aller Geheimnistuerei ungefähr lesen. Viele Indizien und die Frage nach dem Nutzen zeigen auch ThyssenKrupp.

Im ThyssenKrupp-Schreiben folgt der Hinweis auf die Verminderung der Einwohnerzahl. Dies ist ein zynisch-dümmliches Pseudo-Argument, mit dem man – wenn man es glaubt – alles und jedes rechtfertigen kann.

Der Brief: „Das Rückbaugebiet“ [was für eine Wort-Maskerade !] sei kleiner ausgefallen als ursprünglich vorgesehen. Es betreffe auch nicht „ganz Bruckhausen, sondern nur die ersten Straßenzüge zwischen Werk und Ortskern.“ Tatsache: Es halbiert den bedeutenden Orts-Kern. Es ist ein Trick, wenn dies auf die Fläche eines ganzen Stadtteils mit Autobahnen, Geleisen, Außenbezirken umgerechnet wird und dann rechnerisch wie ein Bruchteil aussieht. Eine Rechnung für Dumme – ausgegeben nicht nur von ThyssenKrupp sondern bei anderen Gelegenheiten auch vom Rathaus.

Behauptung im Brief: „Dort steht keine denkmalwürdige Architektur – ganz im Gegenteil.“ Tatsache: Wir haben es mit einem Dokument der Blindheit zu tun.

Weiter schreibt ThyssenKrupp: „Durch diesen Grüngürtel mit Erholungs- und Freizeitpotenzial wird der Stadtteil aufgewertet und attraktiver für die Bevölkerung.“

Gegenfrage: Für die vertriebene Bevölkerung ? Wenn die Industrie sich die Leute vom Hals halten will, wie kommt sie dann zu dem grotesk widersprüchlichen Gedanken, daß dieses Terrain „Erholungs- und Freizeitpotenzial“ besitze ?

Thyssen Krupp habe, so der Brief, „zur Umsetzung des Sanierungsziels Grundeigentum des Konzerns im Sanierungsgebiet an die Stadt Duisburg verkauft.“ Wie das ? Besteht ein Zusammenhang zwischen Verkauf von Grundstücken und Häusern an die Stadt und der Spende ? Dann wäre die Spende vielleicht gar keine Spende gewesen ? – zumindest zum Teil. Verkaufte ThyssenKrupp gar etwas, was der Konzern nicht mehr haben wollte, die Stadt kaufte mit der Thyssen-Spende auf, was sonst keiner gekauft hätte ? Gibt Thyssen den Kaufpreis als Spende, um den Zerstörungs-Gürtel zur Hälfte zu finanzieren ? Und ThyssenKrupp erhält für ihr Interesse auch noch die andere Hälfte der Finanzierung von der öffentlichen Hand – als Steuer-Minderung ?

Das Rathaus verarmt sich durch die Zerstörung städtischer Substanz für ein Stück Rasen, das kaum mehr als Brachland ist. Und es verarmt sich durch diese Steuer-Abschreibung – es hat damit Minder-Einnahmen. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Natürlich geschieht dies alles im Dunkel. Aber dieses Dunkel schreit nach Aufklärung.

Im Brief heißt es weiter: „ThyssenKrupp Steel Europe ist an der Erarbeitung und Umsetzung der Pläne für den Grüngürtel nicht beteiligt.“ Zwei Zeilen höher war noch die Rede vom Verkauf von Grundstücken. Und ist eine Spende von 30 Millionen keine Beteiligung an der Erarbeitung und Umsetzung ?

ThyssenKrupp schreibt weiter: „Der Grüngürtel soll im Zeitraum von zehn Jahren fertig gestellt werden.“ Da wundert sich auch der Fachmann. Zehn Jahre ? Das heißt, daß ThyssenKrupp sich auch im Klaren darüber war: Es geht um umfangreiche Häuser-Abrisse.

Der Brief: „ThyssenKrupp Steel Europe hatte sich bereit erklärt, für diesen aus kommunaler Sicht höchst [!!!] sinnvollen Grüngürtel, der von der EU und vom Land unterstützt wird, den kommunalen Beitrag über eine Spende [31 Mio. Euro; der Schreiber kriegt die Zahl nicht klar, oder ?] zu übernehmen, da die Stadt Duisburg dem Haushaltssicherungskonzept unterliegt und die Finanzierung nicht alleine leisten kann.“

Thyssen tut so, als schließe es sich der EU, dem Land und der Stadt nur an. Was für ein Unschulds-Engel ! Unterzeichnet ist das Schreiben von Dr. Claus Ehrenbeck und i. V.

Hartmut Eimers. Wir halten die Namen als einziges schriftliches Dokument, das uns von Thyssen erreichte, für die Geschichte fest.

Städtebau – privat/städtisch. Das Rathaus sagt, es werde „erstmalig [ein solches Projekt] in der Bundesrepublik offiziell in einer sogenannten Partnerschaft der Stadt Duisburg mit einem privaten Investor, der ThyssenKrupp Steel AG, die zu einem multinationalen Stahl- und Rüstungskonzern mit sehr vielen Tochterfirmen gehört, durchgeführt."

Termin in der Konzern-Zentrale Essen von ThyssenKrupp. Ich habe mich am 27. März 2012 mit Christoph Zöpel, dem früheren Städtebauminister NW, in der Hauptverwaltung von ThyssenKrupp in Essen verabredet. Die obersten Herren von ThyssenKrupp Real Estate wurden vom Konzern-Vorstand nach der Aktionärsversammlung 2011 in Bochum, in der ich zweimal auftrat, „verdonnert", diesen Termin wahrzunehmen. Es sind Herr Emmeluth, der sich wie man hört für den Erhalt von aufgelassenen Kirchen einsetzt, und Herr Bergmann.

Der Termin findet in der Konzern-Zentrale in Essen statt. Dies ist ein unlängst gebauter ungeheuer opulenter Neubau: Er sieht aus wie ein gelandetes Ufo aus einer anderen Welt, die nichts mit ihrer weiteren Umgebung zu tun hat oder ahnen läßt. Es gibt keine Spur, nicht einmal eine Tafel, ganz zu schweigen von einer kleinen Ausstellung über das Gelände, auf dem sich die Krupp-Werke im 19. und 20. Jahrhundert ausgebreitet hatten.

Rückblende. Ich erinnere mich an eine Verhandlung 1970 mit zwei Krupp-Managern auf dem Gelände der historischen Siedlung Altenhof in Essen: Zusammen mit dem Denkmalpflege-Kollegen Wilhelm Happe vom Landeskonservator Rheinland versuchte ich die Siedlung zu retten. Der Krupp-Vorstand sagte, die Erhaltung sei „sentimentales Zeug". Ich wandte ein: „Alfred Krupp dreht sich im Grab um, wenn er dies hören könne." – Er antwortete, daß ihn das nicht interessiere.

Ich denke, diese Schicht der Dirigenten von Ruhr haben – mit einigen Ausnahmen - niemals ein Interesse an der Region gehabt. Und so hinterließe sie die Region in den 1980er Jahren hinterlassen.

Hier in der Konzernzentrale in Essen können Christoph Zöpel und ich über Bruckhausen mit Engelszungen reden, aber es gibt keine Liebe bei diesen Herren. Sie führen die sattsam bekannten Sätze zur Zerstörung vor – ausnehmslos Pseudo-Argumente. Sie bleiben unbeeinflusst von Einwänden. Ich sage: „Das ist ja alles falsch, da stimmt ja nichts.". Des ehemaligen Ministers brillante Ausführungen werden höflich angehört – aber es regt sich nichts in den Köpfen und Herzen.

Die Gäste erfahren, dass die Luft für Bruckhausen keinerlei Rolle spiele. Und daß es ThyssenKrupp nur darum gehe – so behaupten es jetzt die Manager - , daß die Firmen-Gäste auf dem Weg längs Bruckhausen zum Duisburger ThyssenKrupp-Verwaltungshochhaus einen sogenannten besseren Anblick haben.

Ich frage: „Mit sechs Meter hohen Spundwänden wie beim Rhein-Herne-Kanal ?"

Verlegene Antwort: „Ja, wir haben noch nicht über das Material beschlossen."

Ich entgegne: „Das ist doch keine Repräsentation ! Wenn Sie wenigstens Italiener wären, die sich mit Repräsentation auskennen – nein, das ist unglaublich banal. Und dafür werfen Sie 35 Millionen Euro aus, die Sie der Stadt dafür geben."

An diesem Beton ist nicht zu rütteln. Wir verabschieden uns kühl.

Christoph Zöpel und ich machen eine Nachbesprechung im Casino Zollverein in Essen.

Drei Kilometer Zerstörung – für nichts

Haussmann. Der „Lügengürtel" ist ein Zerstörungswerk á la Haussmann in Paris. Soviel Abriß wurde historisch nur von dem stadtplanenden Pariser Polizeipräsidenten übertroffen.

Georges-Eugène Haussmann (1809-1891) ließ in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Paris weite Bereiche abreißen. Dabei wurden zwangsweise Eigentümer vertrieben und viermal mehr an Mietern. Ein Drittel der Bevölkerung war obdachlos. Man muß sich die Fülle der unglücklichen Schicksale vorstellen.

Dieses Stadtmassaker und Sozialverbrechen wurde in Szene gesetzt für Bürger mit Finanzkapital: Sie konnten in riesigem Ausmaßen mit Grundstücken spekulieren. So wurde Armut erzwungen, damit ein gigantisch werdender Reichtum entstehen konnte.

Überdies wurden unersetzliche Kulturgüter vernichtet.

Nur wenig realisiert. Von der Fülle der leichthin aufs Papier gekommenen Abriß-Phantasien wurden jedoch nur kleine Bereiche realisiert. Meist mußten sich die Obrigkeiten mit wenigem begnügen – so Mussolini, der Haussmann verehrte, in Rom: mit der Via della Conciliazione und der Via dei Fori imperiali. In Papier und Modellen stecken blieb auch Hitlers und Speers ungeheures Phantasma des Kahlschlags von Berlin für die Planung seiner Reichshauptstadt. Ähnlich die Planungen für viele stadtzerstörenden Gau-Foren. Selbst Diktatoren haben nicht die Finanzen, ihre Phantasien zu realisieren. Ein Zeitgenosse von Haussmann, Jules Ferry, prägte das in Frankreich verbreitete Wort „les comtes fantastiques de Haussmann“ (Haussmanns phantastische Rechnungen).

Mit der Niederlage Frankreichs im Deutsch-Französischen Krieg verlor Haussmann seinen Posten und allen Einfluß. Und Mussolini und Hitler scheiterten zusätzlich am Krieg.

Die Erben. Haussmanns Beispiel spukt als Phantasma durch viele Planer-Gehirne und Planer-Schulen. Nach Ursachen und Kontext, nach dem Blut und den Tränen an der Unterseite des „glänzenden Paris“ mit seinen viel gefilmten Boulevards fragt kaum jemand, der Stadtplanung lehrt und lernt. Es gilt als Traum naiver Studenten, so etwas mal entwerfen zu können. Ein absurder Traum und Gottseidank völlig unrealistisch. Aber gelegentlich gibt es mal einen Anlauf dazu.

Phantasma Duisburg. Drei Kilometer lang im Duisburger Norden abräumen – das ist ein Phantasma aus dieser Tradition. Weil es weder Thyssen noch der Stadt nutzt, kann man mit dem Kabarettisten Urban Priol sagen: „Das Nichts haben wir jetzt doppelt. Das müßte man abziehen. Es fährt ein Zug nach Nirgendwo.“

Man kann prophezeien, daß das Phantasma sich in Luft auflösen wird. Denn die Geld-Ströme versiegen. Aber bis dahin richtet es etlichen Schaden an.

Dann wird es lange am Pranger der Geschichte stehen. Dazu möchten die Bürgerinitiativen und dieses Buch beitragen.

Abschied von Phantasterei. Karl Ganser war es, der zusammen mit Christoph Zöpel 1980 im NRW-Ministerium für Stadtentwicklung solche Phantastereien beendeten. Er legte die IBA Emscher Park nicht territorial, sondern mit 120 Projekten als eine Art Akupunktur an. Nun konnte man annehmen, daß dies der definitive Abschied vom weltfremden Unsinn territorialen Denkens war – aber dann kehrte er 2006 in Duisburg als anachronistisches Gespenst erneut im Rathaus ein und vergiftet von dort aus auch etliche Institutionen. *Prof. Karl Ganser: „Was treibt die Stadt Duisburg um, in Bruckhausen wieder das alte Konzept von 1975 zu verfolgen. Das ist unverständlich und dumm. Ich glaube, dieser Herr Dressler [Baudezernent] ist ein Unhold.“*[41]

Weiter wankeln wie gewohnt oder vernünftig wandeln ?

Vorstandsvorsitzender Dr. Heinrich Hiesinger, von Siemens geholt, wird als der Mann für den Neuanfang ausgegeben. Er räumt ein: „Es gab Seilschaften.“

[41] Karl Ganser in einem Schreiben an den Autor 2010.

2011 hatte ThyssenKrupp über 5 Milliarden Verluste durch Management-Fehler. Der bereinigte Gewinn im europäischen Stahlgeschäft vor Zinszahlungen und Steuern fiel von 1, 1 Milliarden auf 247 Millionen Euro. 2012 erzielte der ThyssenKrupp-Konzern noch 70 Prozent seiner Umsätze mit Stahl. Handelsblatt (12. 12. 2012): „Alles ist denkbar – selbst der Totalaussieg aus dem Stahlgeschäft." Teilverkauf ? Kompletter Rückzug ? Umwandlung ?

Ignoranz: die Wirtschaftszeitungen berichten keine Zeile über den Bruckhausen-Skandal.

Aber mit Neuanfängen hat es Duisburg nicht – das ist meist nur Werbefassade.

Hiesinger propagiert eine „neue Führungskultur". Das machte sich gut für die Schlagzeilen der Medien. Wir sagen: Dazu muß auch gehören, daß es nicht mehr egal sein darf, wenn in 3 Kilometern Länge die Häuser von 2-3 000 Menschen für ein Phantasma abgerissen werden.

***Guter Rat für Hiesinger**. Sehr geehrter Herr Dr. Hiesinger, wenn wir uns nicht täuschen, können wir vermuten, daß Sie – auch aus ihrer Herkunft von einem Hof in der Schwäbischen Alb - einen guten Sinn für Realitä t haben – und auch für Anstand gegenüber den Menschen, die das Stahlwerk in Duisburg umgeben. In den Neuanfang für ThyssenKrupp wäre es gut, auch das Problem des Umgangs mit dem Thyssen-Umfeld hinein zu packen. Da hat nämlich unter Ihrem Vorgänger ebenfalls die „Führungskultur" versagt – zusammen mit der Führungskultur des Rathauses. Es ist eine Phantasterei, rund um das Werk in einer Länge von drei Kilometern einen breiten Streifen Stadt abreißen zu wollen. Das ist ein Vorhaben, das so sündhaft milliarden-teuer ist, daß es niemand jemals finanzieren könnte und das keinerlei produktives Ergebnis hätte.*

Die Umweltprobleme sind weitgehend entschärft, so auch die Aussage Ihres eigenen Hauses (Real Estate). Man konnte Umwelt- und Armutsproblemen noch nie mit Städtebau begegnen. Wenn es für Ihre Produktion Auflagen gibt, dann kommen sie von der EU – aus der Sache heraus. Sie haben nichts mit Städtebau zu tun.

Eine Stadt-Zerstörung schadet erheblich dem Image von ThyssenKrupp.

Wir können uns vorstellen, daß Ihnen daran liegt, mit der Metropole Ruhr in Frieden und angesehen zu leben. Und wir denken auch, daß der korrekte Weg mittelfristig der erfolgreiche ist. Ein Neuanfang ist leicht: Beenden Sie allen Abriß in Ihrem Umfeld.

Widerstand:
Analyse und Widerstands-Perspektiven

Die Gleichgültigen

Die langen Phasen, bis begriffen wird. Das Stadtmassaker ist für das Rathaus nur so lange eine „Heldentat", wie erstmal kaum jemand davon erfährt. Bis sich in der Stadt und darüber hinaus herum gesprochen hat, was es wirklich ist.

Dann kommt eine Phase der Begriffsstutzigkeit: „Das kann doch nicht wahr sein." „Aber so etwas kann man kaum glauben". „Das sind doch alles ehrenwerte Herren." („Ehrenwert ist ein Wort, das wir von woandersher deutlicher kennen.) „Das kann man denen doch gar nicht

zutrauen“. „Haben die das wirklich gemacht ?“„Das betrifft mich Gott sei Dank nicht.“ „Damit habe ich nichts zu tun“. „Darüber haben sie doch abgestimmt.“

Das Rathaus hat gut versteckt, gut camouffliert d. h. maskiert, auch durch lange Indoktrination, die das Fragen abwies oder verstellte.

Will ein deutscher Untertan gar nichts wissen? „Es gibt ja soviel Unglück auf der Erde, wo käme ich hin, wenn ich mich in alles einmischen würde“ – die Bild-Zeitung und andere Medien sorgen dafür, dass tagtäglich alle Katastrophen der Welt über uns herfallen, damit der deutsche Untertan so resigniert, daß er sich auch nicht ins Geringste einmischt.

Sehr vielen ist es egal, was mit dem Nachbarn geschieht. Gleichgültigkeit ist die Verhaltensweise, die früh eingeübt wird und das ganze Leben anhalten kann – bis es einen selbst trifft. Dann weint man, dass es niemanden gibt, der hilft. Hat man selbst zuvor jemals geholfen ?

Abstumpfen. Weithin regt viele Menschen nichts mehr auf. Zur Gleichgültigkeit erzieht das tägliche Medien-Gewitter. Die Leute müssen sich geradezu im Krieg fühlen – als gäbe es überall nur noch Katastrophen. Reaktion: Das stumpft ab. Ist dies das Ziel der politischen Kaste ? Je weniger Menschen teilnehmen wollen, desto mehr ist man unter sich. So wird Demokratie reduziert: es entsteht ein aristokratisches Gefüge.

Gelegentlich: Volkszorn

Die existentielle Dimension und der Volkszorn. Gelegentlich geht doch ein Volkszorn hoch. – Ihn fürchten die Potentaten. Das Wichtigste daran ist seine Unberechenbarkeit. Sie könnte eine lange Dressur der Bevölkerung auf das gehorsame Brav-Sein durcheinander bringen.

So geschah es 2011 in Duisburg, als die Love Parade in einem Massaker endete: mit 23 Toten. Die Verantwortlichen für allerlei Umstände wiesen jegliche Verantwortung von sich.

Noch schlimmer: Die Bevölkerung merkte, daß diese Verantwortlichen eine unglaubliche Kälte der Gefühle hatten – daß sie überhaupt nicht begriffen, was da abgelaufen war. Stadtdirektor Peter Greulich fand es nicht nötig, seinen Urlaub abzubrechen, ebensowenig die meisten Beigeordneten und Stadträte.

Wenn Bürgermeister Adolf Sauerland sich auf den Boden geworfen und betroffen geweint hätte, wären die Leute gekommen und hätten auch ihn getröstet. Aber Sauerland sagte sinngemäß, daß er mit dem Desaster nichts zu tun habe. Er fügte hinzu: Er habe die Leute nicht umgebracht. Aber er war es, der die Genehmigungen der Love Parade unterschrieben hatte – und damit vielem Fragwürdigen seinen Lauf ließ.

Das Irrationale des Desasters konnte nicht in Verwaltungs-Schemen aufgelöst werden, wie es das Rathaus versuchte. Mehr und mehr ritt es sich in seinen eigenen Eklat hinein. Auch mit teuren Gutachten der Düsseldorfer Rechtsanwalts-Kanzlei Heuking und Partner, die über 637 000 Euro[42] kosteten: Sie sollten die Unschuld aufs Papier malen.Aber angesichts solcher Wäsche-Manöver wurde das Volk immer wütender über seine „Repräsentanten“, die vielleicht die Paragraphen mühsam im Griff hatten, aber die existentielle Dimension des Unglücks nicht begriffen hatten.

Für die Loveparade wurde zumindest der Bürgermeister vom Volk bestraft. Er wurde abgewählt. Alle weiteren Rathaus-Beteiligten blieben, u. a. Stadtdirektor Peter Greulich – als

---

[42] http//derwesten.de/staedte/loveparade-gutachten-kostete-stadt-duisburg-sogar-637-000-euro-id7407868html. – 2011 wollte „die Stadtspitze einen Mantel des Schweigens um die Kosten für das Gutachten hüllen und lieferte sich dazu einen kernigen Briefwechsel mit dem NRW-Datenschutzbeauftragten. . . . offenbar eine Kehrtwende . . ..“

sei nichts geschehen. Auch weil die Mühlen der Justiz langsam mahlen – so langsam, daß man Zweifel haben kann, ob sie überhaupt mahlen.

Ebenso wenig wie bei der Love Parade hat das Rathaus die existentielle Dimension im Duisburger Norden begriffen. Der Pfarrer Wilhelm Huft sagte am 6. September 2010 im „Politischen Nachtgebet" in der Kreuzeskirche Marxloh: „Wir Bürger unserer Stadt leiden darunter, daß in der ersten Pressekonferenz nach der Katastrophe keiner der vier Befragten ein menschliches Wort für die Toten, verletzten und ihre Angehörigen fand."

Biedermann und die Brandstifter. Was machen die Biedermänner, die das Feuer für die Massaker legen: Sie zeigen mit den Fingern auf den Volkszorn und rufen „Oh, oh, diese Leute wollen den Staat stürzen." Solche Ausrufe, die weitab von der Wahrheit liegen, gehören zum Kasper-Theater der Massaker. Sie glauben Zeit zu gewinnen. Sie denken, daß sie damit von ihren Sünden ablenken. Trotzdem hätte Dante sie in die Hölle gesteckt. Und dort ständen sie mit ihren Namen am Pranger der Geschichte und der Literatur.

Die Biedermänner, die den Brand stiften, rechnen mit der Gutmütigkeit des Volkes. Aber das Volk ist überhaupt nicht gutmütig, sondern einstweilen bloß gleichgültig. Die Biedermänner vertrauen darauf, daß an der Gleichgültigkeit alles abprallt.

Jahrtausende lang wurden Menschen in Ohnmacht gehalten. Darauf regierten Menschen, indem sie sich nur noch um ihre eigenen Bedürfnisse kümmerten. So kann man es heute noch in vielen Mittelmeer-Ländern erkennen.

In einigen Ländern erkämpften sich die Urgroßväter die Demokratie – das heißt: Jetzt gehören uns nicht nur die eigenen Dinge wie Haus und Hof, sondern auch das Gemeinwesen. Aber weite Teile der Bevölkerung verstehen nicht, was ihnen nach dem Elend des Untertanen-Daseins im Gemeinwesen an Sinn zugewachsen ist. Sie überlassen denen das Gemeinwesen, die dazu oft untauglich, aber umtriebig sind, gierig darauf, Macht zu usurpieren.

Macht ? - für was ? Oft für die eigene Tasche.

In einer Demokratie darf man dies nicht zulassen. Demokratie heißt: Das Volk muß sich regen – der Brandstiftung Einhalt gebieten.

Die mangelnde Solidarität der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften, die die Pflicht hätten, gegen Ungerechtigkeiten anzutreten – was tun sie ? Sie reden von Arbeitsplätzen. Wenn ihnen vorgeschwindelt wird, jede dieser Duisburger Untaten bringe Arbeitsplätze, glauben sie es – und lehnen sich zurück. Sie wollen ein solches Märchen glauben, um damit bequem aus dem Schneider zu sein.

Daß dafür die Existenzen von weit über tausend Menschen getroffen und beschädigt werden, nennen sie, wenn sie überhaupt ein Wort darüber verlieren, „Kollateralschaden".

Sie verstehen es, die Leute mit Hoffnungen zu „vertrösten": Die Betriebsräte der Linkspartei in Duisburg erzählen mir, die Leute in Bruckhausen bekämen endlich bessere Wohnungen. Einer ihrer bekanntesten Leute, der frühere Betriebsrat-Vorsitzende von Thyssen-Schienen, Hermann Dierkes, heute Chef der Links-Partei, sagte sinngemäß: So lange es in Bruckhausen keinen Volksaufstand gibt, habe ich nichts damit zu tun.

Die vielbeschworenen Massen gibt es nicht. Es leben auch in Duisburg nur einzelne.

Den Gewerkschaften ist es gleichgültig, was hier passiert. Man kann ihnen die Ausrede nicht durchgehen lassen, dies habe nichts mit ihrer Kern-Aufgabe, den Tarif-Verträgen, zu tun. Die Gewerkschaften könnten lernen: Es gibt im Leben nicht nur Tarif-Verträge sondern viel mehr . Ihre Leute brauchen Schutz – in vieler Hinsicht. Aber mit ihrem engen Blick reihen sich Gewerkschaften in die große Schar der Gleichgültigen ein.

Ihnen genügen einige gut klingende, aber geheuchelte Sprüche. Sie sparen die harte Arbeit, sich mit dem „Sozialverbrechen" auseinander zu setzen und grobianistisch agierende

Unternehmen, auch außerhalb der Tarif-Verträge zu den Grundlagen einer zivilen Gesellschaft zu drängen. Die Mitbestimmung darf nicht am Fabrik-Tor enden.

Es ist offenkundig, daß es bei denen, die wir hier in die kritische Auseinandersetzung ziehen, nie ein wirkliches, reflektiertes, am tatsächlichen Gemeinwohl interessiertes Interesse an der Stadt gab.

Die Gewerkschaften haben ihren „Frieden“ mit den „Bossen“ gemacht. Beide Seiten beschränken sich im Umgang miteinander auf Tarif-Verhandlungen. Am harmlosesten sind die Arbeitnehmer-Vertreter , die nach dem Mitbestimmungs-Gesetz im Aufsichtsrat sitzen, fast die Hälfte der Mitglieder. Die Industriegewerkschaft Metall stellt auch den Arbeitsdirektor. Die Gewerkschaft hat in den Konflikten im Duisburger Norden anscheinend keinerlei Meinung zu dem, was ihren Leuten an Unrecht geschieht – außer der Gebetsmühle, daß es um Arbeitsplätze gehe. Das klingt nicht mehr als ein bißchen gut.

Inzwischen hat sich auch die Manager-Seite diese Gebetsmühle zugelegt. Und in den Fernseh- Talk-Runden hängen die Sätze wie ein Spruchband aus dem Mund von Partei-Vertretern jedweder Farbe – einige Sätze, die nichts kosten, dagegen könnte niemand etwas sagen, sie bilden die aufgesetzte Maske der Fürsorge. Das Publikum darf ihnen sein Wohlwollen nicht versagen. Aber Glaubwürdigkeit ist etwas anderes.

Die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsleute haben auch beim Verkauf des Wohnungsbestandes keinen Widerstand gemacht. Und was immer auf dem historischen Thyssen-Umfeld geschieht, es sieht danach aus, als sei ihnen das egal oder sie stimmen sogar zu.

Arbeitsdirektor Labonte beschönigt mit dem Spruch: „Das Modell Thyssen-Krupp, das Modell des sozial veranwortlichen Konzerns, ist einzigartig in Europa.“[43] Nach den Tatsachen im 3 km langen Zerstörungs-Gürtel und im Max-Taut-Viertel ist dies nichts als Propaganda.

Das Pfarrer-Ehepaar und die Bürgerinitiative

Widerstand in Bruckhausen. In der Zeit des ruhr-weiten Kampfes um die Arbeitersiedlungen (1972/1980) entstand auch in Bruckhausen Widerstand. Darin spielte die evangelische Kirchengemeinde eine wichtige Rolle.

Das evangelische Pastoren-Ehepaar Michael Höhn und Monika Höhn beschreiben[44] den Vorgang.

In Bruckhausen gehört zu den Tatsachen: 90 Prozent der Bevölkerung sind von Thyssen abhängig, das zu dieser Zeit 40 000 Beschäftigte hat. 50 Prozent der Wohnhäuser gehören einer Thyssen-Tochter, der Rheinischen Wohnstätten AG. Weder Stadtverwaltung noch Thyssen veröffentlichen genaue Zahlen. Manche Bewohner-Familien orientieren sich anderswohin, wo jedoch die Wohnung das Doppelte kostet. Allerdings gibt es überall in Ruhr Fluktuation. Sie stagniert 1972/1973.

In dieser Zeit herrscht in Politik, Verwaltung und Hochschulen ein Bild der Gesellschaft, das sich wohlmeinend gibt, aber überhaupt nicht reflektiert ist und sogar tiefgreifend Konflikte schürt.

1972 berichten das Pfarrer-Ehepaar von „guten Kommunikationsstrukturen“ im Viertel. „Viele Leute kennen sich untereinander.“

---

[43] Süddeutsche Zeitung 22. 1. 2013.

[44] Monika Höhn/Michael Höhn/Cläire Randerath, Entwicklung einer Initiative in einem Arbeiterstadtteil des nördlichen Ruhrgebiets. In: Demokratische Erziehung (Pahl-Rugenstein Köln) 6, 1976, 689/696.

Schon zuvor, in den 1960er Jahren, gab es einen Prozeß der Zivilisierung. So „. . . ist die vor etwa zehn Jahren zu beobachtende Gewalttätigkeit größerer Gruppen von Jugendlichen gegenwärtig fast vollständig zurückgegangen.“

Dies ist ein Prozeß, der sich in der gesamten Gesellschaft erkennen läßt.

In den 1970er Jahren gibt es eine entfaltete pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Die Menschen erhofften sich verbesserte Lebensbedingungen. Unter diesen Voraussetzungen wollen sie bleiben.

Umschalten. Schon 1972 erkennt die Bevölkerung, daß von der Politik kein Wohlwollen kommt.

Um 2005 schalten Verwaltung und Politik um: sie setzen an die Stelle der Verbesserungen, zu denen sie weithin unfähig waren , eine Strategie der Vertreibung.

Hochschulen in Bruckhausen. 1975 dreht eine Bielefelder Film-Gruppe unter der Leitung von Prof. Jörg Boström einen Film[45]. Im Gemeindehaus wird eine Ausstellung gezeigt. Eine Gruppe von Studenten der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit der Gesamthochschule Duisburg arbeitet unter der Leitung von Prof. Dr. Dankwart Danckwerts im Viertel. Eine Fragebogen-Aktion mit einem hohen Prozentsatz an Rückläufen, am höchsten in der türkischen Bevölkerung, ergibt: 90 Prozent der Befragten wollen in Bruckhausen wohnen bleiben.

Thyssens Desinteresse. Die Bürgerinitiative Bruckhausen (BIP) will die Verschlechterungen stoppen und an Verbesserungen arbeiten. Aber Thyssen zeigt daran kein Interesse.

Gesteuertes Mülleimer-Image. Propagandistisch wird von mehreren Seiten absichtsvoll und rücksichtslos dem Viertel ein Mülleimer-Image aufgesetzt. Viel geht zurück auf unzureichende Stadtreinigung. Die Indizien sprechen dafür, daß sie von der Stadtverwaltung reduziert wird: Der Stadtteil soll schmutzig aussehen. Dies ist ein alter Trick zur Vorbereitung und Rechtfertigung der Zerstörung. Die Presse arbeitet heftig mit am „Mülleimer-Image“, das nun dem wehrlosen Stadtteil übergestülpt wird.

Herunter geschrieben. 1976 gibt es noch keine Beschlüsse, das Viertel abzureißen. Die Drohung schwebt aber informell in der Luft.

In der Presse wird Bruckhausen herunter geschrieben. Ein Beispiel: „Es gibt inzwischen Reisende [gemeint sind Studenten und Dozenten von zwei Hochschulen] in Sachen Bewusstmachung, die selbst da noch Weizen anbauen wollen, wo längst keine Disteln mehr gedeihen.“ (WAZ 1976)[46].

Die Fraktionen gestehen 1976 „gütig“ dem Stadtteil noch 10 bis 15 Jahre Lebenszeit zu.

Erfolg gegen Vorurteile. In den 1970 noch stehenden rund tausend Arbeitersiedlungen in der Region entstand – ausgehend von Eisenheim - durch wissenschaftliche Untersuchung Widerstand dadurch, dass mit den Tatsachen der niedermachende Propaganda-Begriff zerstört wurde. Janne Günter zerlegte den pseudowissenschaftlichen Angriff der Spekulanten in einer Untersuchung, die das wirkliche Leben in der Siedlung Eisenheim zeigte[47].

In Eisenheim und zur Rettung der weiteren Siedlungen in Ruhr entstanden nach 1972 50 Arbeiter-Initiativen. Sie hatten es im wesentlichen mit den gleichen Vorurteilen zu tun wie heute im Duisburger Norden.

---

[45] Der Film Jörg Boström/Werner Busch/Eckhard Möller, „Bruckhausen – ein Stadtteil kämpft“ (1975). Kommentar: Michael Höhn. Musik: Dieter Süberkrüpp. Im Auftrag der evangelischen Gemeinde in Duisburg-Bruckhausen. 47 Minuten. Der Film ist erreichbar auf youtube. http:/www.youtube.com/watch?v=E-vmnpLecl.

[46] Redakteur Fackert in der WAZ 14. 3. 1976.

[47] Dazu: Janne Günter, Leben in Eisenheim. Weinheim 1980.

Die Initiativen und der Kreis von Intellektuellen[48], vor allem von Professoren und Studenten, den sie um sich scharten, waren in der Lage, analytisch einen realen Blick auf die Tatsachen herzustellen, die Vorurteile zu durchschauen, zu benennen und zu widerlegen. Sie waren fähig, mit anderen Aspekten die Bilder in den Köpfen zu verwandeln bzw. Bilder herzustellen, die mit den Tatsachen übereinstimmten und nicht mit den Vorurteilen.

Dieser Blick und seine Perspektive hatten wesentlichen Anteil an einem der größten Erfolge, den Bürgerinitiativen jemals hatten. Die noch bestehenden rund 1 000 Arbeitersiedlungen mit ihren rund 500 000 Menschen wurden sämtlich gerettet. Nach der Rettung um 1977 kommen jährlich rund 20 000 Besucher, um sich die komplexen Lebens-Qualitäten der Siedlung Eisenheim anzuschauen.

Der Widerstand bricht zusammen. Im ganz anders strukturierten Stadtteil Bruckhausen hatte sich das Pfarrer-Ehepaar Höhn, isoliert von ängstlicheund opportunistischen Kirchen-Kollegen und Kirchen-Oberen, so stark abgearbeitet, dass es sich zur physischen Rettung und zur psychischen Regeneration eine andere Pfarrstelle suchen muß. Sie emigrieren ins Bergische Land in ein Dorf. Damit ist der wichtigste Pfeiler des Widerstands gefallen.

In den 1980er Jahren flauen überall die Widerstands-Bewegungen ab - eigentümlicherweise nicht zuletzt auch wegen ihrer Erfolge im Bereich der Arbeiter-Siedlungen.

Mit der IBA entsteht eine starke konstruktive Bewegung in der Metropole Ruhr, die viel intellektuelle Kraft beschäftigte – auch euphorisch.

Es ist schade, dass in dieser Zeit in der Stadt nicht ein anderer Blick auf Bruckhausen entwickelt wurde. Leider war Bruckhausen derzeit für die Intellektuellen in Ruhr kein wichtiger Schauplatz.

Erneuter Widerstand. Ein Schauplatz wurde Bruckhausen erst, als eine junge Frau, die Historikerin Katrin Susanne Gems, es verstand, ein Netzwerk zu knüpfen und den Ort in die Diskussions-Ebene zu bringen, die dieses Buch entfaltet.

Manche Leute sagten: Zu spät.

Aber selbst wenn es für einen Teil von Bruckhausen zu spät sein könnte, kam der Widerstand in wichtiger Zeit. *Erstens ist über die Zerstörungen längst nicht das letzte Wort gesprochen. Zweitens verändert ein anderer Blick auch die Perspektiven. Drittens wird im Duisburger Norden ein Strukturproblem der gesamten Metropole Ruhr umkämpft. Viertens geht es um die Entwicklung der Stadtplanung, die wir als Gesellschaft nicht weiter auf tatsachenblinden Illusionen dampfen lassen dürfen, die auf Bauchgefühlen, Vorurteilen und Phantomen basieren.*

Dieses Buch will einen Beitrag zu dieser tiefgreifenden Veränderung beitragen.

Symbolische Hausbesetzung „Licht ins Dunkel“

Licht bedeutet Hoffnung und Leben. Licht bedeutet Aufklärung. Am 20. Dezember 2010 treffen sich am Nachmittag einige erfahrene Menschen, die das Ruhrgebiet in den letzten 30 Jahren entscheidend mit- und umgestaltet haben, in der Gaststätte „Schwarzer Diamant“ an der Kaiser-Wilhelm-Straße. Sie trinken türkischen Cay und diskutieren.

Irgendwann greift der Liedermacher Frank Baier zu seiner Ziehharmonika und spielt den Bruckhausen-Walzer – eine Musik, die 1978 entstand und in der damaligen Widerstands-Bewegung eine genußreiche Rolle spielte. Eine sehr

[48] Dazu zählt Siegfried Baumeister, der in der Siedlung Johannehof lebt und heute seine Erfahrungen, besonders aus Rheinpreußen, in die Initiative einbringt.

emotionale, aufrüttelnde Musik. Ihr folgt seit jeher ein starker Applaus.

Die Gruppe beschließt, tätig zu werden. Sie zieht durch die Ruinen-Landschaft, in der das Stadtmassaker und Sozialverbrechen betretbar wird, zur Kronstraße.

Das tiefe Grau des Wintertages füllt atmosphärisch den Raum, der diffus zwischen den Allee-Bäumen weiterläuft. Die Zwanziger Jahre-Villen der Thyssen-Manager sind seit einiger Zeit verlassen. Auch diese Leute hatte man herauskomplimentiert. Die Häuser stehen auf der Denkmäler-Liste. 1923 wurden sie von den renommierten Architekten Peter Grund und Karl Pinno[49] entworfen. Aber keine städtische Denkmalbehörde und kein Landeskonservator kümmert sich um das, was ihnen von Gesetzes wegen aufgetragen ist. Die städtische Denkmalpflegerin Dr. Claudia Euskirchen hat Schwierigkeiten im Umgang mit dem 20. Jahrhundert – und dies in einer Industrie-Stadt !

Einige Zeit lang sind die Bauten ungesichert – jeder kann einsteigen und manche tun es, auch neugierige Kinder. Erst auf drastische Aufforderung der Bürgerinitiative hin bewegt sich ein städtisches Amt: Es stellt die großen Fenster mit grauen Stahlplatten zu. Die Türen sind nicht wirklich gesichert. Das Amt hat wohl nur so getan – und so hinterließ es eine Einladung zum Eindringen. Sie ist eine deutliche Aufforderung zum Vandalieren.

Denn in diesem vogelfreien Gebiet verursacht die Stadt den Unsinn, für den sie sich dann als Retter ausgibt – und die Rettung heißt: Das Haus ist kaputt, man kann es nicht stehen lassen. Dies bedeutet sinngemäß: an die Wand stellen und erschießen.

Von den beiden Denkmalämtern, der Unteren Denkmalbehörde in der Stadt und dem Landeskonservator Rheinland, habe ich noch nie einen Protest gehört.

Aber an diesem Winterabend gerät eines der Häuser in Bewegung. Plötzlich wird es Zimmer für Zimmer licht – flackernd, mit vielen Kerzen. Die Geräusche der Hausbesetzer dringen auf die Straße. Das alte Haus füllt sich mit Leben. Lichter wurden in die Fenster gestellt. Sie leuchten in die Dunkelheit der Straße. Die Gruppe besichtigt das Gebäude, bewundert die Räume und füllt sie mit Leben und angeregter Diskussion.

Als die Stunde abgelaufen ist, fällt das Leben in dem schönen, vom Verbrechen bedrohten Haus in sich zusammen – und das Dunkelgrau des Wintertages füllt erneut seine Räume. Die Hausbesetzer stehen davor und bekommen kaum Worte über die Lippen – angesichts des drohenden Todes.

Die Häuser sollten als Denkmäler erhalten werden – und dann wieder nicht – und dann wieder doch – und dann wären sie „unwirtschaftlich" in einem Land, indem Wirtschaft das Leben mehr und mehr zu ersetzen droht. Wirtschaft – für bald niemanden.

Das Wasser. Katrin Susanne Gems: „Gestern abend [4. Januar 2012] alarmierte mich Nils Kanschat, eines der engagiertesten Mitglieder der Geschichtswerkstatt, der zufällig in Bruckhausen vor Ort war, als das 4-Familienhaus aus den 20er Jahren auf der Kronstraße 20, das von der Stadt Duisburg schon vor Jahren leergezogen worden ist, von der Polizei besucht wurde: Aus den Fenstern floss Wasser. Vor Ort war auch der Sicherheitsdienst, der im Auftrag der Stadt nach vielen Beschwerden der Anwohner und vielen Fragen von Journalisten ab und zu patroulliert. Wir waren also sicher, dass man sich kümmern würde.

Heute [5. Januar 2012] gegen Mittag, als wir die Schäden an dem denkmalgeschützten Gebäude in Augenschein nehmen wollten, mußten wir feststellen, daß noch immer Wasser aus dem Haus strömte. Zahlreiche Anrufe bei

---

[49] Werner Hegemann, Pinno und Grund. Berlin 1929.

Polizei, Stadt Duisburg, Stadtwerken und schließlich der Notfallnummer der Gebag, der städtischen Wohnungsgesellschaft, die die leergezogenen Häuser in Bruckhausen verwaltet, ergab folgende Geschichte:

Am gestrigen Abend habe man festgestellt, dass Wasser aus dem Haus strömte. Die Polizei habe sich aber keinen Zutritt zum Haus verschaffen können und man habe sich daher damit begnügt, den Verantwortlichen bei der Gebag zu benachrichtigen, d. h.: Sie haben ihm auf den Anrufbeantworter gesprochen. Der hat dann pflichtbewußt heute morgen um 9:00 Uhr seinen Anrufbeantworter abgehört und nachdem die ganze Nacht Wasser durch das Haus geströmt war, sofort gehandelt. Vor Ort habe man festgestellt, daß offenbar Plünderer, die einen Heizkörper gestohlen haben, für das Ungemach verantwortlich sind und dann [habe man] das Wasser abgestellt.

Gegen Mittag hörte es dann tatsächlich auf zu fließen. Rücksichtsvolle Plünderer sind das, die nach dem Plündern ein Haus wieder so verschließen, daß die Polizei keinen Zutritt findet.

Unser Gang durch den Stadtteil förderte dann noch eine gefährlich zerstörte Schaufensterscheibe direkt an der Hauptstraße zu Tage, die nach Zeugenaussagen schon seit dem 27.12. 2012 in diesem Zustand sein soll. Nils sorgte mit einem Anruf bei der Polizei dafür, daß die Scheibe verschlossen wurde.

Schließlich offenbarte uns ein Container in der von mir gerne und nicht sehr scherzhaft bezeichneten Wagenburg der Bauarbeiter [beim Abreißen] an der Kaiser-Wilhelm-Straße seinen Inhalt: Säcke mit Gefahrgut, die seit dem Abzug der Bauarbeiter vor einigen Monaten offenbar dort vor sich hin lagern. Soweit ich das nachvollziehen kann, stammen sie aus der Asbestsanierung der Kaiser-Wilhelm-Straße 72. Inzwischen scheint auch der eine oder andere 'mal nachgeschaut zu haben, was sich denn wohl so in den Säcken befindet. Ich frage mich, warum der ganze Krempel noch da steht.

Weil uns das sonst niemand glauben würde, haben wir Fotos gemacht, wie immer zu finden unter: http://bruckhausen.blogspot.de/“

Stadt-Terror mit Kriminalität und Folter

Wem nutzt kriminelles Handeln ?

Mehrfacher Betrug. Die Verfahren sind eine Farce – im Grunde ein Betrug. Wenn Gremien unzureichend informiert werden, müssen sie geradezu blind abstimmen. Die inhaltliche Bearbeitung ist unterste Schublade. Von Abwägung kann man kaum sprechen. So ist alles nur scheinbar legal. Obendrauf wird der absurde Gedanke gesetzt: Wenn eine Mehrheit dies schluckt, wird alles zur Wahrheit geheilt.

Man setzt darauf: Die Opponenten im Parlament kriegt man rum – in der einen oder anderen Weise. Und den Opponenten außerhalb des Parlaments fehlt das Geld zum Prozessieren. Dann heißt es: Wo in der Justiz kein Kläger ist, ist kein Richter.

Die Öffentlichkeit wird weitgehend ausgeschaltet und zum Rest an der Nase herum geführt.

Das Rathaus weicht auch dem Diskurs mit den Fachleuten der Region aus.

Wohnungs-Leerstände in Bruckhausen? – das Rathaus hat sie geschaffen, um sich dann scheinheilig auf sie zu berufen.

Nachfragen werden abschlägig beschieden. Das Rathaus will, weil sie einen Vorwand zum Abreißen braucht, Leerstände und schiebt sie nun als Täuschung vor. Gezielt verwechselt sie Täter und Opfer. Dasselbe „Spiel" kennen wird aus der Zeit der großen Flächenzerstörungen in den 1960er und 1970er Jahren.

Die Veränderungs-Sperre ist infam daraufhin angelegt, Leerstand zu schaffen.

Gezielt erpreßt. Wie in den 1960er Jahren wurden Abwanderung und Leerstand von der Stadt gezielt gesteuert – hauptsächlich durch eine Veränderungssperre: Wenn jemand ein Haus im Stadtviertel kaufen will, darf er es nicht beleihen – also kann es keiner kaufen. Zum Rausgraulen von Bewohnern gibt es mehrere Maßnahmen: meist wird ihnen Angst eingejagt mit Sprüchen wie „Das Haus wird sowieso abgerissen." Hausbesitzer dürfen keine neuen Mietverträgen abschließen, die länger als ein Jahr laufen. Wer aber will nur für so kurze Zeit mieten ? Und der Vermieter muß die Stadt um Genehmigung fragen.

So kann man Hausbesitzer enteignen: Was juristisch nicht durchsetzbar ist (das weiß das Rathaus), richtet das Rathaus auf einem anderen Weg ein – als ein kaltes Enteignungs-Verfahren. Dies ist illegal – aber so lange es funktioniert, wird es gemacht. Scharf an der Verfassung vorbei, die vom Schutz des Eigentums spricht.

Die Stadt legte zwei Veränderungssperren hintereinander. Dies verlängerte die Zeit des Verfalls. Zweimal Sperre kann ungeheure Vernachlässigungen anrichten.

Eine solche Interpretation und Anwendung der Veränderungssperre ist schlicht ungesetzlich. Sie ist nicht für das Verfallenlassen gemacht, sondern gegen Spekulation während der Planungs-Zeit.

Hinzu kam ein Spektrum psychologischer Drohmittel mit Lügen wie „Verkaufen Sie, sonst wird enteignet!" – was gesetzlich nicht möglich ist.

Schließlich diente als Köder für den Auszug eine geringe Umzugspauschale mit dem Druck: „Greifen Sie zu, bald gibt es das nicht mehr."

Die Stadt setzte alle Ursachen für den Verfall selbst und tut dann heuchlerisch so, als reagiere sie nur darauf: als löse sie Probleme mit Abriß. Die Wahrheit sieht anders aus.

Inszenierte Kriminalität. Im Mittelalter schoß man Festungen sturmreif. Man nagte so lange an ihnen herum, bis man sie dann einnehmen konnte. Das Verfahren Bruckhausen ruft dieses Elend ins Gedächtnis – und auch, daß so etwas wie „Sturmreifmachen" unter anderen Etiketten weiter läuft.

Was geschieht in Bruckhausen ? Die Täter des Zerstörungs-Terrors zernagen Stück für Stück das Stadt-Viertel. Das Rathaus wendet Psychoterror und zum Teil offene Gewalt gegen Bürger an. Und es beugt das Recht. Insgesamt nennt man dies auch „strukturelle Gewalt". Im Prozeß der Flächen-Zerstörung stecken sogar Methoden, die zum Teil auf unterster Ebene kriminell sind. Und Methoden, die selbst fahrlässige Tötung in Kauf nehmen. Alles ist im Detail nachweisbar.

Löcher in den Dächern. Dazu geschehen „eigentümliche Dinge": An vielen Abenden vergrößert sich das Elend des Verfalls – vor allem an den Haus-Dächern. Wie kommen dunkle Gestalten ins Gebäude ? Sie steigen hoch hinauf und lösen direkt an den Giebelwänden Dachziegel. Wir sehen die Schäden am nächsten Tag von außen und fotografieren sie. Das Rathaus tut so, als wüßte es nichts davon.

Die Bürgerinitiative ermahnt die Rathaus-Oberen, die Häuser so zu sichern, daß niemand einsteigen kann. Dies ist gesetzlich vorgeschrieben. Nach Recht und Gesetz müßte das Rathaus diese Sicherheit garantieren. Überdies ist das Rathaus verantwortlich und sogar entschädigungspflichtig. Die Sicherungspflicht gilt einschließlich des Abriß-Tages. Sie gilt aus guten Gründen auch für städtisches Eigentum. Aber die Vorkehrungen, die das Rathaus trifft, haben genau die Löcher, die ausreichen, um die Zerstörer einzulassen.

Das Rathaus behauptet, die Schäden stammen aus Vandalismus und gegen den Vandalismus könne man nichts tun. Das ist dreist gelogen. Hier geht es zumindest zum Teil nicht um den üblichen Vandalismus von streunenden Personen oder Banden. Denn die genannten Zerstörungen geschehen nachweislich – dies haben wir dokumentiert – an Stellen, wo kein üblicher Vandale hinkommt und es für ihn auch kein Interesse gibt, hin zu langen. Vandaliert werden besondere Bereiche: mit Absicht ist die Zerstörung in den obersten Ecken der Dächer so angelegt, daß aus den geöffneten Stellen das Regenwasser in die innere Stirnwand eindringen kann und Wand und Decken durchfeuchtet. Hier geht es nicht um Plündern, sondern ums Ruinieren.

So etwas können nur die Personen in Szene gesetzt haben, denen die Zerstörung nutzt. Man muß nicht raten, wer eine solche Zerstörung zustande bringen will – es ist offenkundig.

Wer dies nun als konkrete Person und in welchem konkreten Amt oder bei der konkreten EG-DU oder durch die konkrete Abriß-Firma macht, wird natürlich - wie es zu diesem Geschäft gehört - , absichtsvoll im Dunkeln gehalten. Dann kann jeder konkrete einzelne behaupten, er wisse nichts davon. Und wenn ein konkreter Name genannt wird, kann der Betreffende zum Kadi gehen und eine Beleidigungs-Klage anstrengen – er gewinnt sie, weil nichts für eine konkrete Person nachweisbar ist. Aber daß es aus dieser Richtung kommt, darauf deuten Indizien hin. Es gibt in und außerhalb von Bruckhausen Personen, die dies „eine teufliche Methode" nennen.

Von Abend zu Abend vergrößern die Zerstörer und ihre Handlanger das Elend an den Dächern. Die Sadisten schaffen Ruinen Dann kann das Rathaus heuchlerisch sagen: Es lohnt sich nicht, die Häuser zu erhalten.

Offene Fenster. Wir beobachteten Häuser, wo die Fenster geöffnet wurden und dann offen bleiben. Nur ein benennbarer einziger hat den Schlüssel zur Wohnung. Was er in solchen Fällen mit dem Schlüssel anfing, kann sich jeder vorstellen, der abends im Fernsehen Krimis guckt.

Eingeschlagene Fenster. An Weihnachen 2011 wurden dem Invaliden Manfred Hoffmann in der Heinrichstraße in der Erdgeschoß-Fassade alle Scheiben seiner drei Fenster eingeschlagen – mit Pflastersteinen.

Der Grund dafür liegt auf der Hand. Manfred Hoffmann weigerte sich, aus der Wohnung auszuziehen. Denn das Rathaus konnte ihm keine Wohnung anbieten, die invalidengerecht ist.

Das Haus sollte zum 1. Januar in den Besitz der Stadt übergehen – und das Rathaus wollte es noch im Januar abreißen lassen.

Die Bürgerinitiative fordert das Rathaus auf, die zerstörten Fenster wieder herzurichten. Aber das Rathaus läßt sich Zeit. Der invalide alte Mann ist ihm nicht gleichgültig, sie will ihn ja vertreiben – mithilfe von Durchzug und Kälte. Er soll doch nicht so renitent sein, dieser Gewaltanwendung nicht zu weichen ! Aber mit Bürgerinitiativen-Hilfe läßt der alte Hoffmann die Fenster erstmal verbrettern. So lebte er ohne Tageslicht einige Zeit – bis sich das Rathaus nach mehreren Mahnungen bewegt. Es läßt keine Fenstergläser einsetzen, sondern leichtes Plexiglas. Dies läßt Kälte und Lärm durch.

Lärm-Terror. Manfred Hoffmann ist der vorletzte Bewohner der Straße. Der Abrißtrupp setzte seinen Nerven zu: Wochenlang arbeitete der Bagger, der das Haus gegenüber zerstörte, unaufhörlich und direkt vor Hoffmanns Fenstern – und jedes Mal beim Rückwärtsfahren hupte er - so unmittelbar vor den Scheiben, als stände er im Zimmer – und dies mit 96 Dezibel, mit einer Stärke an Lärm, die gesetzlich verboten ist.

Attentat. Das Haus neben Manfred Hoffmanns Wohnung wird in tagelanger Arbeit zerstört und der riesige Schuttberg von großen Lastwägen auf eine Deponie geschafft. Dann gibt es neben der Wohnung des alten Mannes nur Luft - je nach Tag und Stunde kälter oder wärmer. Der Alte hockt vor dem Ofen. Unter den Plexiglas-Fenstern sitzt im Sessel seine Freundin, eine alte Frau. Plötzlich schrecken die beiden zusammen: ein dicker Stein fliegt der

Frau in den Rücken. Sie könnte lebensgefährlich verletzt sein – es tut weh, aber sie hat „Glück".

Manfred Hoffmann eilt nach draußen - auf die Straße, aber da ist niemand zu sehen.

Dies war ein Anschlag auf ein Leben. Wer so etwas macht, ist kein ganz gewöhnlicher Vandale – er handelt mit Wissen und Vorsatz, - denn in der Wohnung gibt es Licht. Einfache Vandalen werden nie dort tätig, wo jemand deutlich sichtbar lebt.

Nach der Untat verrammelt der alte Mann erneut das Fenster. Dann bleibt es wieder Tag und Nacht dunkel

Er und die alte Frau sind nicht im Unklaren, wer die Untat getan hatte.

Zweites Attentat. Manfred Hoffmann erhält plötzlich eine „Erscheinung", die es sonst in der zivilen Welt nicht gibt: Plötzlich dringt etwas durch die Wand: die Spitze eines Preßlufthammer - mit erschreckendem Getöse.

Auf die Beschwerde beim Rathaus erhält er die Antwort: Man habe die Wand „prüfen" wollen.

Diese Kriminalität weckt Erinnerungen: an die faschistischen Schlageter-Banden vor 1933. Gibt es in Duisburg nicht vielleicht auch Mafia, die gegen ein paar Scheine hilfreich sein kann ? Es gab vor Jahren Mafia-Morde in einem Restaurant. Sie arbeitete nach dem Motto: Was im Weg steht, wird abgeräumt – nach dem Motto: Wir verlassen mal den rechtsstaatlichen Sektor der Republik.

Der Dichter Heinrich von Kleist hat einen ähnlichen Kriminalfall durchbuchstabiert – in seinem Theaterstück „Der zerbrochene Krug" (1802). Man kann sich an den Dorfrichter Adam erinnern. Adam muß über eine Tat zu Gericht sitzen, die er selbst begangen hat. „Mir träumt´, es hätt´ ein Kläger mich ergriffen, und schleppte vor den Richterstuhl mich; und ich, ich säße gleichwohl auf dem Richterstuhl dort, und schält´und hunzt´und schlingelte mich herunter, und judicirt den Hals in Eisen mir." Er tut alles, um die Aufklärung zu verhindern. Seine Täterschaft versucht er durch eine Prozeßführung zu verheimlichen, die allen Regeln spottet. Er dreht und wendet sich wie eine Schlange. Aber die Rechtsaufsicht ist eingetroffen, der Gerichtsrat, der sich davon nicht blenden läßt. Die Indizien sprechen deutlich. Und am Ende bricht das Schwindel-Gebäude zusammen.

Explosions-Gefahr. In leergezogenen, schlecht gesicherten Häusern werden von Plünderern Gasleitungen demontiert – ob durch Altmetall-Diebstahl oder absichtsvolles Ruinieren ist nicht auszumachen. Ein Streichholz oder Feuerzeug genügen, eine heftige Explosion entstehen zu lassen – eine Katastrophe. Das Rathaus wurde gemahnt, die Häuser zu sichern.

Dazu sagte Presse-Sprecherin der Stadt, Sonja Hundgeburth: Die Stadt halte es nicht für nötig, besondere Sicherheits-Vorkehrungen zu treffen. Man könne durch Verbarrikadierung nie auschließen, daß Kriminelle sich Zutritt verschaffen. [Das sieht nicht nach Wahrheit aus.] Die Verantwortung gehe nach Erteilen einer Abrißgenehmigung auf den Abriß-Unternehmer über. [Auch dies ist unkorrekt, man muß dafür Sorge tragen, daß der Abriß-Unternehmer korrekt arbeitet.] Man bediene sich qualifizierter Unternehmen. [Wie qualifiziert sie sind, ist sichtbar und dokumentiert.] Man sehe kein Risiko.

Katrin Susanne Gems: „Mit anderen Worten: Die Menschen in Bruckhausen haben keinen Anspruch auf Schutz in einer Situation, die das Rathaus bewußt und zum eigenen Nutzen herbeigeführt hat."

Anzeigen. Es hagelt Strafanzeigen gegen das Rathaus. Markus Hagedorn erhebt mit einer umfangreichen Begründung Strafanzeige wegen versuchtem Betrug oder versuchtem Diebstahl,

Nötigung durch Amtsmissbrauch und Verleumdung gegen eine(n) oder mehrere Mitarbeiter(innen) der Stadt Duisburg. Eine Firma klagt vor dem Verwaltungsgericht wegen

fehlerhafter Fortführung des Liegenschafts-Katasters[50] und dringt auf „wahrheitsgemäße Darstellung der Sachverhalte". Mehrere Anzeigen gehen zu den Gas-Unfällen ein. Muhammed Bülbül, schon vor Jahrzehnten zugewandert und angeseher Handwerksmeister, hat das Gas drei Häuser weiter gerochen und die Bürgerinitiative in Bewegung gesetzt. Ein Streichholz zum Zigaretten-Anzünden hätte eine grauenhafte Gasexplosion zustande gebracht.

Der Raub des Stadtteil-Symbols: des Fischers. In einer Häuser-Ecke in Bruckhausen stand seit den 1950er Jahren „der Fischer" – eine schöne Statue. Sie erinnerte an eine Wurzel des uralten Ortsteils: an das Fischerdorf Alsum (im 12. Jh. dokumentiert), an den Rhein und an Menschen, die, bevor das große Werk sie verdrängte, vom Fischfang lebten.

Als Katrin Susanne Gems in den Medien über diese Figur sprach, die sie sich in ihren Briefbogen gedruckt hatte, war die Statue über Nacht weg – einfach weg. Wer hat den Fischer geraubt ? Es kann nur jemand aus dem Netz der amtlichen Zerstörer gewesen sein, der dazu den Auftrag gab. Die Skulptur wurde brutal aus dem Postament gerissen ? Zerschlagen ? Abtransportiert ? Wohin ? Wir fragen die Stadt, die ja für das Desaster zeichnet. Typisch, daß es keine Aufklärung gibt. Dumm, daß man nicht einmal eine Ausrede erfindet „man habe die Statue sicher stellen wollen." Daher muß man konstatieren, daß es auch Diebstahl an öffentlichem Eigentum gibt – wer immer es veranlaßt oder macht. Der Raub des Fischers mit unbekanntem Verbleib gehört zu den illegalen Taten von Duisburg.

Die Folter: alle zwei Tage ein Abriß. In einem barbarischen Prozeß wird monatelang in Bruckhausen abgerissen: alle zwei Tage wird ein Haus in sich zusammen gerammt. Ein urbaner Stadtteil, der anderswo vorzeigbar wäre, wird scheibenweise abgehobelt. Tagtäglich dröhnen die Bagger.

Vor einem großen Bild auf einer hohen Hauswand stehen zwei Bagger, ein großer und ein kleiner. Heute zerlegen sie ein weiteres Haus in Stücke. Wieder fällt ein Stück Geschichte – ein Bild, das viele Erinnerungen mit sich trägt – es sollte sie durch die Zeiten transportieren, jetzt wird es zu Staub zermahlen.

Der Bagger ist ein Monstrum, eine gigantische gewalttätige Kraft. Das sieht man ihm an. Seine Funktion besteht auch darin, als Monster zu funktionieren: einzuschüchtern und Ohnmachts-Gefühle zu verbreiten – und dies in der Hand eines ihn dirigierenden Menschen, dem Barmherzigkeit fremd ist

Ein Mann aus dem Viertel sagt zu einem Bagger-Führer: „Sie sollten sich einen anderen Beruf suchen." – „Ich tue, was man mich geheißen hat." – „Aber sie nehmen teil an einem Verbrechen." – „Jemand muß es tun . . .." – „Das Verbrechen ?" – Er stutzt. Ist er nachdenklich ? Mühsam ringt er sich ein kleines Geständnis ab: „Nein, ist nicht schön." – „Suchen Sie sich einen anderen Job ! Mit diesem werden Sie nicht glücklich." – „Es gibt nicht so viele." – „Stimmt nicht." – Er versucht, sich eine weitere rhetorische Ausflucht zuzulegen. „Wir machen auch andere Arbeiten." – „Dann müssen Sie diese nicht machen. Ich würde mich nicht dafür hergeben."

Straßen-Sperrung. Beim Abriß eines Hauses wird die Edithstraße voll gesperrt. Dafür gibt es keine Genehmigung. Auf die Beschwerde dagegen bagatellisiert das Rathaus: Es war ja nur „kurzfristig". Das ist einer der vielen Lügen, die aufregen können. Tatsächlich waren es zwei Arbeitstage. Was für Gefühle entstehen, wenn das Rathaus es „nicht so genau nimmt" ? Ein Hauseingang ist komplett in die Baustelle einbezogen, wie können die Leute gefahrlos in ihr Haus kommen ?

Dienstaufsichtsbeschwerden. Sie werden von ganz anderen als den Adressaten bearbeitet. Sie landen unter den Tisch gekehrt. Dies gehört zur Rechts-Verweigerung, die bei vielen Menschen zu einem völligen Verlust des Vertrauens in den Rechts-Staat gerät.

Auch im Max-Taut-Quartier gibt es Terror. Unbekannte bringen nachts Spray-Schriften an die Wände. Sogar in der Nachbarstadt Oberhausen, in der Siedlung Eisenheim,

---

[50] Veröffentlich im Amtsblatt Nr. 30 der Stadt Duisburg vom 30. Juli 2012.

sprayen die Täter an mein Haus dieselben Texte. Auch hier sind offenkundig gedungene Täter am Werk. Ihre Auftraggeber wollen unerkannt bleiben. Wer sind sie ? Wem nutzen die Taten ?

Die Lemuren. Die Lemuren versuchen, die Leute heraus zu treiben. Die Lemuren hatte schon Goethe geschildert, im Faust II. In Bruckhausen und im Max Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz sind sie weiterhin am Werk. Wenn sie ihr Werk getan haben, streuen die Lemuren Vergessen.

Es gibt kein bedauerndes Wort der Stadt zur Kriminalität, die sich mit den Fällen - absichtsvoll oder unabsichtsvoll - verbindet. Das Rathaus schweigt. Es ist nicht erkennbar, daß der Bürger vom Rathaus geschützt wird – und daß er bekommt, was er in einem Rechtsstaat verlangen kann.

Der Alt-Oberbürgermeister Josef Krings, ein sehr ehrbarer Mann, interpretierte den geplanten Wall in der Grün-Anlage ironisch auf den Punkt: „Damit schützt sich die Politik vor dem Bürger.“

Duisburg reißt sich selber ab. Der Architekt Harald Jochum schrieb am 1-2-2012 einen offenen Brief an die Stadt Duisburg - Dezernat für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - z. Hd. Von Herrn Peter Greulich.

1. In der letzten Woche ist die Stadt Duisburg wieder damit fortgefahren, sich selber abzureißen – aktuell in Bruckhausen und da in der Heinrichstraße. Dabei kümmert es die Stadt wenig bis gar nicht, daß in der Heinrichstr.10 noch Herr Manfred Hoffmann wohnt, dem schon vor etlicher Zeit die Fensterscheiben eingeworfen wurden, die dann notdürftig durch Bretter verschlossen wurden. Dieser Zustand ist übrigens noch heute zu besichtigen. Von einem verantwortlichen oder gar fürsorglichen Verhalten der Stadt für ihre Bürger (und hier sogar Mieter) kann ich also nicht sprechen. Auch entsprechen Bretterverschläge vor Maueröffnungen in der Regel nicht der Wärmeschutzverordnung und lassen auch eine DIN-gemäße Belichtung der Wohnung nicht mehr zu.

Dazu kommt der infernalische Lärm der Abrißgeräte von gemessenen 98 DB, dem die genannten Bretterverschläge nichts entgegenzusetzen haben. -

Erst auf Protest von Anwohnern will sich die Stadt bequemen, umgehend neue Fenster in das EG der Heinrichstraße 10 einbauen zu lassen, was auch genauso umgehend zu erfolgen hat.

Weiterhin stelle ich fest, daß sich die Stadt erkennbar in keiner Weise um ihre Immobilie und die Mieter gekümmert hat, sie also hier in Kenntnis der Umstände vorsätzlich oder zumindest grob fahrlässig gehandelt hat, was, täte dies ein Bürger, ein Bußgeld, wenn nicht sogar eine Anzeige nach sich gezogen hätte – von den Organen der Stadt, versteht sich.

Ich gehe also davon aus, daß Sie folgerichtig gegen sich selber entsprechend vorgehen, mache Sie aber schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir Bürger für die rechtlichen Konsequenzen für
Sie nicht einstehen werden.

Ein sofortiger Umzug von Herrn Hoffmann ist jedoch diesem nicht zuzumuten, auch weil er behindert ist und die Stadt wie geschildert genügend Zeit dazu gehabt hat.

Es ist unglaublich, wie die Stadt Duisburg ihre eigenen Bürger behandelt.

2. Ein weiterer Fall trug sich in Marxloh bei einer sog. „Informations-Veranstaltung“ der Fa. Douvil („Outletcenter/Hamborn) zu. Der Geschäftsführer der Firma, Herr Roger Sevenheck, ließ zu dieser Veranstaltung die betroffenen Bewohner seiner Baumaßnahme nicht
zu und er oder sein Bauunternehmer stellte sich den vor der Tür wartenden Bürger und Bürgerinnen sinngemäß wie folgt vor: „Ich bin derjenige, der bei Euch abreißt. Bei Euch wohnen sowieso nur Alte und Arbeitslose!“ -

Danke Herr Sevenheck. Und Dank auch an die Stadt Duisburg, die solche „Investoren“ ins Haus holt, die die eigenen Bürger diffamiert (Vorsicht: Satire!).

Ich erwarte deshalb von der Stadt Duisburg, daß sie sich von diesem Investor distanziert und von den Verträgen zurücktritt.

In beiden Fällen erwarte ich, daß Sie unverzüglich Stellung nehmen bzw. die Misstände beheben lassen. - Anderenfalls behalte ich mir Dienstaufsichtsbeschwerden und weitere rechtliche Schritte vor."

Die Republik ist relativ transparent, aber mit dem Reporter Bob Woodward, der den Watergate-Skandal recherchierte, kann man auch in Duisburg sagen: „Watergate ist nie vorbei. In unserem Geschäft erfährt man nie die ganze Geschichte."

Strukturelle Gewalt mit klarem Nutzen: Veränderungs-Sperre

Zu den Mitteln des strukturellen Gewalt gehört die Veränderungs-Sperre.

Sie ist ein teuflisch-hinterhältiges Instrument, vor allem, wenn sie, wie üblich, viele Jahre anhält. Ihr ursprünglicher Sinn ist ins Gegenteil verkehrt.

Eigentlich sollte sie verhindern, daß für eine vernünftige Sanierung Grundstücke an Investoren verkauft werden und damit ordentliche Planungen durchkreuzt werden.

Hier wird die Intention umgekehrt: Sie dient dazu, daß den Eigentümern Reparaturen verboten werden - mit dem Ziel, daß die Häuser herunterkommen. Dann kauft die Stadt zu erheblich gedrückten Preisen auf. Sie profitiert vom Herunter-Kommen, das sie selbst erzwungen hat.

Wo sind die Richter, die über diese Kriminalität urteilen ?

Mit dem Instrument der Veränderungs-Sperre wurde den Eigentümern verboten, Wohnungen zu vermieten – ohne Zustimmung der Stadt. Auch dies ist hinterhältig. Die Stadt stimmte nämlich so gut wie nie zu. Was war die Folge ? – Sie war beabsichtigt. Eine Anzahl Einheimischer und vor allem Zuwanderer hatten mit großen Mühen Häuser erworben und dafür Hypotheken aufgenommen. Die Kalkulation basierte – wie üblich - darauf, daß ein Eigentümer seine Obergeschosse vermietet und durch die Miete teilweise seine Zins-Lasten vermindert bzw. erträglich macht. Mit dem Verbot der Vermietung wurde der Eigentümer – und viele weitere – in die Zahlungs-Unfähigkeit d. h. in den Bankrott getrieben. Sie mußten entweder ihr Haus mit Verlusten kaufen oder es versteigern lassen. Dann griff das Rathaus zu – und zahlte erbärmlich niedrige Preise. Jeder dieser Fälle ist eine persönliche Katastrophe. Vor allem für Menschen, die sich hier eine Heimat und eine Alterssicherung versprachen.

Die Sanierungspraktiken der Stadt entwerteten die Immobilien massiv. Schlitzohrig ließ das Rathaus von Gutachtern, die nicht nach Hintergründen fragen, die Häuser nicht nach ihrem Sachwert einschätzen, sondern nach ihrem Ertragswert. Aber diesen Ertragswert nahm ihnen das Rathaus weg, indem es die Verwertung der Sache verbot. Das Rathaus übte auch Druck auf Gutachter aus. Der Immobilienwert wird massiv herabgesetzt durch viel zu niedrige Schätzung. Die Immobilie wurde manipulativ zum Nachteil der Kleineigentümer so billig wie irgendwie gemacht. Daß dies funktionierte, sagt der Zwischenbericht der EG-DU vom Februar 2012.

Die Gerichte haben Zwangstausch im Rahmen eines Umlegungsverfahrens verboten,

Enteigungs-Drohung ? Das Rathaus drohte den Eigentümern mit Enteignung. Aber noch nie wurde in einer Sanierung in Deutschland enteignet. Die Drohung war ein Bluff. Das Rathaus wußte sehr gut, daß Enteignungs-Prozesse außerordentlich schwierig sind. Dafür müßte das Rathaus als Begründung das Allgemeinwohl nachweisen – in diesem Fall wäre es wohl unmöglich. Für eine öffentliche Grünfläche wurde noch nie ein Hausbesitzer enteignet. Die Drohung schreckte jedoch manche Eigentümer, die im Rechtswesen mit seinen Finessen keine Kenntnis haben.

Der aufrechte Markus Hagedorn und sein Hauseigentümer in der Heinrichstraße 18 wollen sich mit allen Mitteln gegen eine Enteignung wehren. Das Rathaus bot 120 000 Euro – das ist lächerlich. Dafür gibt es keine vergleichbare Existenzgrundlage.

Zuständig ist das Amt für Baurecht und Bauberatung, und darin besonders die Abteilung Bodenordnung und Erschließung. Amtsleiter ist Reiner Bartel, von dem Markus Hagedorn – wie er sagt – „freche Schreiben erhielt.

Öffentlichkeit - so weit wie möglich verhindert

Die Machthaber täuschen sich aber, wenn sie meinen, das Regieren unter Ausschluß der Öffentlichkeit sei einfach. Viele Menschen sind im Hinblick auf die Dimension Öffentlichkeit emanzipierter geworden.

Fast alles an städtebaulichen Aktionen ist nur möglich mit Landesgeld. Aber wir können verlangen, daß das Land sich in seinem Regierungs-Handeln öffentlich macht. Erst dann kann vermieden werden, daß es sich täuschen läßt wie beim sogenannten „Grüngürtel“. Dazu gab es zwar viele Konferenzen – man sagte: mit den Interessenten. Aber die Öffentlichkeit ist weit mehr.

Staatliches Handeln muß sich ebenso offen darstellen, wie von Bürgern Offenheit gefordert wird – spätestens vom Finanzamt.

Das Rathaus behauptet vieles, für das sie der Öffentlichkeit weder Argumente noch Beweis-Führungen vorlegt. Sie hält bei öffentlichen Maßnahmen Gutachten in den Schubläden und ebenso Akten. Sie verweigert die Herausgabe von Unterlagen. Dies ist immer noch die anachronistische Struktur einer absolutistischen Hoheits-Verwaltung, die nicht in einer demokratischen Gesellschaft angekommen und nicht zu ihr paßt.

Damit unterläuft sie ständig das Informationsfreiheits-Gesetz. Das heißt: Sie handelt strukturell illegal.

So werden zum Beispiel die Unterlagen zur Ermittlung der Leerstände nicht zur Einsicht gegeben. Klar, man könnte sie sofort anprangern wegen ihrer methodischen Fehlerhaftigkeit.

Nicht einmal Bezirks- und Stadträte erhalten Einsicht.

Auf diese Weise müssen Räte ohne Kenntnisse wichtiger Fakten abstimmen – und dadurch werden ihre Abstimmungen von der Grundstruktur in erheblichem Umfang schlicht illegal.

Viele Bürger haben längst erkannt, daß die formale Beteiligung in einer Sitzung der Bezirksvertretung zwar dem Buchstaben des Baugesetzes gehorcht, aber in einem demokratisch verfaßten Land eine Farce ist. Bestenfalls können Bürger Fragen stellen. Es gibt völlig unzulängliche Informationen. Dazu folgt keine Diskussion. Was vortragen wird, ist der Willkür dieser wenigen Personen ausgeliefert.

Und schon gar nicht hat diese kleine Minderheit in ihrer Isolierung Lust am Hinzulernen. Sie ist tief durchtränkt von Verachtung der Bürger - als Störenfriede. Sie verachtet auch die konstruktive Fähigkeit, über Alternativen nachzudenken und sie vielleicht sogar zu entwickeln.

Zu schriftlichen Einwänden erhalten Bürger immer dasselbe Schreiben mit dem lakonischen Satz: Die Einwände konnten nicht ausgeräumt werden.

Es müssen auch Betriebe durch Gesetz gezwungen werden, wenn es um öffentliche Angelegenheiten geht, sich ähnlichen Maßstäben an Öffentlichkeit zu unterwerfen.

Verantwortliche – mit einem Mangel an Verantwortung

Wer ist dies alles ? Der Vorstandsvorsitzender, der nichts wissen will.

Der Aufsichtsratsvorsitzende, den solche Pinatze nichts angehen.

Die Liegenschafts-Chefs, die sich immer auf Kurs fühlen, wenn ihre Vorstellung auf dem Papier steht.

Die Rathaus-Hierarchie der Helfershelfer, die niemals widersprechen.

Der Baudezernent Jürgen Dressler, der in die Pension floh, aber von Zeit zu Zeit mit dem ihm eigenen Umgang mit Logik von irgendwoher weitere „Maßnahmen“ fordert – den Abriß von noch drei Stadtvierteln, weil die Einwohnerzahl weiter abnimmt und daher Wohnungen leer stehen.

Sein Amtschef Martin Linne, der in eine Nachbarstadt flüchtete – unterstellen wir, dass er von dem schmählichen Geschäft in Duisburg die Nase voll hatte.

Der Nachfolger des Baudezernenten Carsten Tum, der schon in den ersten Tagen nach Amts-Antritt auf Anfrage sagte, alles sei durchaus in Ordnung. Was für eine Intuition !

Die Riege der Leute, die sich als Sozialverarbeiter bezeichnen, aber das Massaker maskieren. Sie sind eine ausgelagerte Institution der Stadt mit dem Namen Entwicklungsgesellschaft EG-DU - aber diese Institution ist eigentlich völlig überflüssig, weil sie nicht entwickelt, sondern massakriert. Und dies in einer armen Stadt, die an ihnen viel Geld sparen könnte. Aber diese Institution hängt wie die Kletten an den Fleischtöpfe der auswärtigen Institutionen wie EU und Land, um ihre Jobs zu erhalten.

Dann gibt es Schreiber von Hofberichten.

Wenn nicht schon längst die Sündenregister der katholischen Priester sich auf Kleinigkeiten reduziert hätten, um den Leuten zu gefallen, und alle wirklichen Sünden aus diesem Katechismus gestrichen wären, müßten die Beichtstühle voll sein. Denn es ist ein kleines Heer von Leuten, das sich an den Stadtmassakern die Hände schmutzig macht.

Benennbare Namen ! Aber wie sehr sich die Lemuren hinter der Anonymität zu verstecken versuchen, es gibt namentlich benennbare Verantwortlichkeiten – eine längere Liste. Solche Leute verstecken sich neben der Anonymität auch in der Abstraktion eines Gremiums, aber es sind Personen, die die Geschichte machen.

Oberbürgermeister Adolf Sauerland erklärte sich für nichtverantwortlich. Dies tut er auch bei anderen Gelegenheiten. Mit den 23 Toten der Love Parade will er nichts zu tun haben. Er sagte: In einem Jahr ist das vergessen. Das wollte er aussitzen. Sauerland hat für die Zerstörungen im Duisburger Norden eine tragende Rolle gespielt: Er ist einer ihrer Erfinder. Er unterschrieb serienweise. Er begleitete. Es ist kein selbstkritisches Wort von ihm bekannt. Er hatte die Verantwortung – aber er wird sagen, es sei nicht seine Verantwortung gewesen, weil es dazu ausführende Ämter als Mittäter gab.

Umgang mit Verantwortung - eine Frage der Mentalität. Ulrich Deuter (Chef der Kulturzeitschrift K.West). (Auszug) im Oktober 2011: „Gemeinsam sind Trotz und Gier, daß sie das Selbstgefühl dramatisch vergrößern, bei ebensolcher Trübung des Realitätssinns. Gier war es zweifellos, die 2010 die Behörden der Stadt Duisburg die Love Parade genehmigen ließ, Gier nach Ruhm. Etwas anderes aber muß es gewesen sein, das, was im September bekannt geworden, dieselben Behörden dazu bewog, die Trauerfeier für die Opfer der Love Parade Ende Juli zu verbieten. War es Trotz ? Trotz, weil die ersehnte Erhöhung durch die Love Parade sich in deutschlandweite Demütigung verwandelt hatte ? Trotz, weil die Trauerfeier ein Jahr danach auf Wunsch der Opferangehörigen von der Staatskanzlei ausgerichtet wurde und nicht von der Stadt ?

Duisburgs Stadtdirektor Peter Greulich hat nach dieser Gedenkfeier im MSV-Stadion Ministerpräsidentin Hannelore Kraft einen Brief geschrieben, in dem er ihr vorwirft, sie habe auf einem „nicht genehmigten Schwarzbau“ – auf einer [für die Gedenkfeier errichteten]

Bühne – geredet. Die rote Hannelore spricht auf einem Schwarzbau – das ist Direktor Greulich natürlich entgangen, denn Trotz trübt, wie Gier, die Klarsicht.

In der Tat, Duisburg trotzt. Die ganze Stadtverwaltung hat sich auf den Boden geworfen, brüllt und strampelt mit den Beinen: >Ihr werft uns vor, etwas genehmigt zu haben. Gut ! Dann genehmigen wir eben gar nichts mehr !< Seitdem wird alles, was nicht in atomsicheren Gebäuden stattfindet, von Duisburgs Behörden untersagt, was vor allem die freie Kultur- und die Klubszene lahmlegt. Nein, nein, nein, so schreit es aus allen Rathausfenstern. Duisburgs Kulturschaffende klagen über ein Klima des Verbietens."

Süddeutsche Zeitung über Peter Greulich: Er ist „der Übergangs-Bürgermeister nach der Abwahl Adolf Sauerlands 2012. Der Grüne und der Schwarze sind seit Jahren miteinander befreundet. Er wurde Stadtdirektor und Stellvertreter. Greulich „hat sich nicht viel anders verhalten nach der Katastrophe auf der Loveparade, mit seinem Leugnen der Verantwortung, er sah nur besser dabei aus."[51]

Kein Verbrechen, das das Kapital nicht riskiert

„Mit entsprechendem Profit
Wird Kapital kühn.
Zehn Prozent –
Und man kann es
Überall anwenden,
Zwanzig Prozent,
Es wird lebhaft;
Fünfzig Prozent,
Positiv waghalsig;
Für hundert Prozent
Stampft es alle menschlichen Gesetze
Unter seinen Fuss,
Dreihundert Prozent,
Und es existiert kein Verbrechen,
das es nicht riskiert;
Selbst auf die Gefahr des Galgens."

Dieses Gedicht von T. F. Dunning wurde 1860 publiziert – es ist 150 Jahre alt und heute noch aktuell.

Weitere Flächen-Abrisse und ihr Kosten

Kalkulation. Baudezernent Jürgen Dressler verkündete 2011, man wolle noch drei weitere Stadtviertel abreißen. Dies sagte er aus dem Bauch heraus – ohne ein Minimum an Kalkulation, was dies kosten würde.

Wir haben mal gerechnet. Nichts darf abgerissen werden, wenn es nicht von der Stadt erworben ist: Sie muß für jedes Haus eine Entschädigung zahlen. Nehmen wir einen Betrag von minimal 200 000 Euro je Parzelle und Haus. Wahrscheinlich muß man ihn höher veranschlagen.

[51] Bernd Dörries, Süddeutsche Zeitung 14. 2. 2012.

Man kann an einer Straße von durchschnittlicher Länge die Parzellen zählen. Jedes Viertel besitzt viele solcher Straßen. Heraus kommt für einen kompletten Abriß des Viertels eine Summe von rund 1, 5 Milliarden Euro. Für drei solcher Viertel an gewünschtem Abriß sind es 4,5 Milliarden.

Mitsamt den laufenden Kahlschlägen und der kommenden halbrunden Destruktions-Zone um das Stahlwerk kommen wir auf rund 6 Milliarden Euro. Dies ist etwa die Summe, die Thyssen das Desaster in Brasilien kostet.

Zu den Kosten für den Erwerb von Haus und Grundstück muß man die Summen für den Abriß und für die Deponie-Kosten rechnen. Wenn die Verwaltung mit jedem Hauseigentümer mehrfach verhandeln muß, kommen Unsummen an Verwaltungs-Kosten hinzu, denn jede Stunde eines Verwalters kostet brutto zwischen 80 und 120 Euro. Und ebenso einige Dienstleistungen wie z. B. Gutachter. Auch die Entscheidungs-Gremien kosten Geld. Wahrscheinlich werden einige Prozesse verloren.

Fördermittel „Soziale Stadt" ? Von 2008 bis 2010 erhielt Duisburg aus Förder-Mitteln des Programms „Soziale Stadt" 17, 6 Millionen Euro. Der größte Teil ging in die Häuser-Zerstörungen für den sogenannten „Grüngürtel". Was daran war sozial ? Waren die Mittel zweckentfremdet ?

Was geschieht mit dem Brachland ? Wenn das Brachland für Gewerbe-Flächen hergerichtet wird, kostet dies eine weitere immense Finanzsumme. Allerdings gibt es in der Stadt bereits viel ungenutzte Gewerbe-Fläche, die auf absehbare Zeit niemand braucht und in der bereits umfangreich Geld für Infrastrukturen vergraben ist.

Die wirtschaftliche Unvernunft. Die Abrisse sind unter finanziellem Aspekt eine Handlungs-Weise, die weitab von irgendeiner wirtschaftlichen Vernunft liegt. Hier werden vorhandene Werte in ungeheurem Ausmaß zerstört. Dies geschieht mit einem reduzierten Denken, das nicht einmal mit dem Wort Dummheit angemessen beschrieben ist.

Es ist schlicht Nihilismus, der die Verantwortlichen dazu treibt: Sie haben keine Wertschätzung für nichts und niemanden – nicht für die Menschen, nicht für die Sachen, nicht für die Vielfalt an Werten dieses riesigen Stadtbereiches und schließlich auch nicht für sich selbst. Sie gehen in die Geschichte ein als Menschen, die blind zerstörten – in einer Art Krieg gegen die eigne Bevölkerung.

Wenn man den Unsinn dieser Sinnlosigkeit nicht begreift, müsste man wenigstens erkennen, dass in einer Finanzlage, in der sich Staat und Stadt bewegen, solche Summen einfach nicht bewegt werden können.

Wer alles hat bislang nicht hingeschaut ? Bund und Land. Wo sind die Aufsichtsgremien ? Die Kommunalaufsicht ? Der Rechnungshof ? Der Bund der Steuerzahler ?

Lernen beim Oberbürgermeister Sören Link

Eine Reporterin der Zeitschrift „Zeus"fragt den Oberbürgermeister Sören Link: „Braucht man eine bestimmte Ausbildung, um Politiker zu werden ?"

Antwort: „Nein, braucht man nicht. Das ist das Schöne an der Demokratie, jeder hat die Möglichkeit alles zu werden."

Dann fügt er hinzu: „Man braucht nicht mal unbedingt einen Schulabschluß. Wenn man Politiker werden will, ist es sinnvoll, sich von einer Partei aufstellen zu lassen und es ist gut, eine Mehrheit hinter sich zu haben."[52]

Das ist Stoff für den Satiriker Oliver Welcke in der ZdF-Heute-Show.

---

[52] www.der westen/nrz/zeusmedienwelten/zeus /zeus-fuer-schueler . 9. 12. 2012.

Etwas später sagt der Oberbürgermeister: „Ich möchte, daß Duisburg von diesem negativen Image weg kommt."

Auf folgende Weise kann man um den heißen Brei herum reden. Die Schülerinnen Michelle Modlinski, Hannah Schäfer und Clara Strecker vom Landfermann-Gymnasium fragen: „In Marxloh sollten Menschen ihre Wohnungen verlassen, weil ihre Häuser für das geplante Factory Outlet Center abgerissen werden sollen. Finden Sie das richtig ?"

Antwort des Oberbürgermeisters: „Wenn es so wäre fände ich es nicht gut."

Bravo. Es ist aber so!

Dann fährt der Oberbürgermeister fort: Die Menschen, die am Zinkhüttenplatz wohnen, können mithilfe der Wohnungsbaugesellschaft . . .."

[Echt: mithilfe ? denen wird gedroht, die Wohnungsbaugesellschaft krümmt keinen Finger für sie. Hilfe !]

„ . . . in andere, auch bessere Wohnungen umziehen." –

[Können ? Sie werden zwangsumgesiedelt ! Nichts wird besser. Aber alles teurer !]

Der Oberbürgermeister „vollendet" seine „Argumentation" mit den beiden Sätzen: „Duisburg plant weiterhin ein Outlet Center an dieser Stelle. Es wäre ein wichtiger Impuls, um die Stadtentwicklung voran zu treiben."

Das klingt toll. Worte sind geduldig. Gerade wenn man nicht weiß, was Stadtentwicklung ist.

Das rhetorische Prinzip: Du kannst ruhig das Gegenteil von dem sagen, was du gesagt hast. Wenn du Glück hast, hört keiner zu.

Die Rolle des Rathauses und der Landesregierung NRW

In 20 neoliberalen Jahren wurde der Staat gezielt arm gemacht. Hinzu kam, daß die neoliberale Gebetsmühle unentwegt klapperte, der Staat solle sich heraushalten und klein machen.

Nun aber stecken sich ausgerechnet solche neoliberalen Interessen-Gruppen hinter den Staat und schicken ihn vor, er soll Hausbesitzern, oft auch Wohnungsgesellschaften, die Vermögenswerte ihrer Immobilien und ihre Miet-Renditen hoch halten.

Das Mittel dazu: Wohnraum verknappen durch Abrisse. Dies hat der Staat im Osten Deutschlands unterstützt. Jetzt wird es auch im Westen probiert.

Nun kostet jeder Haus-Abriß nach dem Eigentumsrecht, das die Verfassung garantiert, viel Geld – und dies hat keine arme Stadt. Daher soll der Staat einspringen – genauer: Das Bundesland mit seinem Stadtentwicklungs-Ministerium und dessen Etat.

Dies hat das Ministerium in Düsseldorf getan. 2005 bis 2009 war Oliver Wittke (CDU) Minister. Ohne Landes-Geld bzw. Brüsseler Geld, das über das Land verteilt wird, könnte Duisburg sich nicht minimal regen. Es ist also auch das Land verantwortlich für das Duisburger Desaster.

Hauseigentümern durch staatliche Maßnahmen mit viel Geld die Werte zu garantieren, ist überhaupt nicht die Aufgabe des Staates. Sie hat nichts mit dem Gemeinwohl zu tun, das dem Staat aufgeben ist, sondern mit partikularen Interessen.

Das Gemeinwohl fordert vom Staat, daß er reguliert – nach Prinzipien der Gerechtigkeit und der Sinnhaftigkeit.

Leerstand ist ein Problem des einzelnen Eigentümers, aber kein Problem der Stadt und der Gesellschaft.

Die Subventions-Gelder, die nach Bruckhausen fließen, können besser verwandt werden: zur Reparatur von Häusern, für Fassaden-Programme und für Infrastrukturen.

Wenn die Häuser mit solchen Mitteln repariert und dann zu niedrigen Preisen angeboten würden, ware Bruckhausen rasch wieder gefüllt. Aber dazu muß man anders denken können !

Sind die Probleme das Problem ? - oder die Problemlöser ?

Am Duisburger Norden wird deutlich, daß die Probleme weitgehend ganz woanders liegen als dort, wo sie den Leuten mit medialem Aufwand uns eingeredet werden. Die Probleme sind weitgehend die Problemlöser selbst.

Sie haben sich zu Problemlösern ausgerufen – ohne Fähigkeiten dazu. Sie manteln sich in Wagenburgen ein – unfähig zu Gesprächen mit Betroffenen und denkerischer Intelligenz. Sie berufen sich auf eine Legimierung in Wahlen: für alles und jedes. Es ist eine Legitimierung, die so nicht gemeint ist – und wundern sich dann, dass jemand singt „Uns ist es nicht genug, ein Kreuz zu malen, wenn es gar keine Wahl gibt bei den Wahlen."

Wenn man in eine Stadt wie Duisburg weiter hinein leuchtet, dann wird nicht nur mit der Katastrophe der „Love Parade" mit ihren Toten und den anschließenden dümmlichen Reaktionen deutlich, dass in dieser Stadt in wichtigen Bereichen ein Chaos herrscht.

Dafür steht nicht nur die Figur eines Oberbürgermeisters Adolf Sauerland, auf den man allzu leicht alle Schuld abzuladen möchte, sondern ein Geflecht von Politik und Verwaltung, das mit einem Bewusstsein der untersten Schublade handelt: ohne irgendeinen Sinn dafür, was für eine interessante Stadt am Rhein Duisburg tatsächlich ist und wie man damit adäquat umgehen könnte.

Aber man marschiert mit dickem Kopf durch allerlei Wände – vor allem in Bruckhausen und im Max-Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz.

Daran Schuld hat auch eine Konzernspitze, eingeschlossen die mitbestimmenden Aufsichtsräte der Gewerkschaften, die nach wie vor in feudaler Mentalität glaubt, sie habe mit der Killer-Phrase der Abzugs-Drohung und wegfallenden Arbeitsplätzen einen Freibrief für Unterwerfung.

Wir wissen seit langem: Wenn es einem Unternehmen Vorteile brächte, sich zu verlagern, hätte es das schon lange getan.

Dem Unternehmen wäre es zuzumuten, die Intelligenz zu haben zu erkennen, dass es keinen Sinn macht, von ohnmächtigen Untertanen gehaßt zu werden und in die Geschichte als Stadt-Zerstörer einzugehen. Diesen Ruf hatte Thyssen sich schon einmal erworben, als es versuchte, die Siedlung Eisenheim abzureißen – und dann erfahren musste, dass ein Aufstand von 50 Bürgerinitiativen es in einem „siebenjährigen Bürger-Krieg" verhindern konnte. In Bruckhausen gibt es bereits einen 30jährigen Krieg – so lange läuft Thyssens Stadt-Zerstörung mithilfe der Stadt-Politik.

Die Intelligenz reicht nicht aus, zu begreifen, dass dies niemandem nutzt. Es gibt weder bei Thyssen noch in der Stadtpolitik eine wirkliche Begründung zum Abriß der vielen Wohnungen. Das Verhalten ist „Stadtentwicklung mit Illusionen". Mit nichts, was sich real begründen läßt. Es basiert in Bruckhausen einfach auf dem, was man vor 30 Jahren mal erfunden hat, was längst als anachronistischer Unsinn überführt ist – und treibt es weiter, weil einige Männer meinen, sich selbst treu bleiben zu müssen, wenn sie den illusionären Unsinn fortsetzen . . .

Trotzdem arbeiten wir an dieser Region – mit Enthusiasmus. Mit Kritik und Ideen. Wir orientieren uns am Optimismus von Stéphane Hessel, der dazu aufruft „Empört euch !" – wir stehen an einer Schwelle, wir brauchen ein neues Denken. „Wir brauchen eine dritte Aufklärung" (Richard David Precht).

Wer hat Zukunft ? Markus Hagedorn: „Die alten Montanriesen haben mit dem Grüngürtelprojekt wieder einmal bewiesen, daß sie zwar die Macht haben, aber eben nicht die Innovationskraft und Phantasie, die zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben notwendig ist.“

Ebenso wenig ist rational verständlich, „warum die Stadt Duisburg ein Drittel eines Stadtteils mit hervorragender Infrastruktur und Verkehrsanbindung aufgeben will, der bis zur Entscheidung für die Grüngürtelpläne Bevölkerungswachstum hatte.“

Die Politik, die sich reformieren muß, hat die Aufgabe, dem Montan-Riesen selbstbewußt gegenüber zu treten und Leitplanken zu setzen.

Und selbst Phantasie zu entwickeln, statt mit längst überholten Vorstellungen zu hantieren.

Opfer - sind dies mißratene Kinder ?

Ein halbes Jahrhundert haben Politik und Stadtverwaltung am Duisburger Norden herum geschnitzt. Beide mochten diesen Norden nicht. Sie waren gefangen in Vorurteilen. Sie wünschten sich diesen Norden einfach weg – in solchen Phantomen denken viele, wenn sie meinen, sie müßten etwas für ihre Stadt tun.

Es wurde nie benannt, was da eigentlich geschah. Ein Literat hätte auf die Idee kommen müssen, dass dieser Norden von den Mächtigen als ein Kind nie geliebt wurde. Daß sich die „gute Bürgerei“ dieses Nordens schämt.

Man versteckte ihn – das war einfach. Man billigte ihm kein Interesse zu.

Aber es war auch Heuchelei. Denn man brauchte zugleich diesen hoch industrialisierten Norden. Er brachte Geld in die Stadt, auch wenn seine Manager wussten, wie sie einen erheblichen Teil der Gewinne anderswohin abzogen. Und für andere hatte er einen erheblichen Teil der Arbeitsplätze in der Stadt.

Die Variante: Mitleid – es verstärkt die Vorurteile. Es kamen Leute auf die Idee, diesem Norden helfen zu wollen. Aber sie fingen es grundfalsch an. Das Gefährliche an den Armuts-Forschern: Ohne es zu wollen, liefern die Gutmenschen vielem Schlechtdenken die Vorwände, das angebliche Übel mit brutalen Maßnahmen auszubrennen. Den Norden auslöschen zu wollen, ist keine Problemlösung – abgesehen davon, daß man es nicht schafft – denn so viel zum Verschwinden zu bringen ist unmöglich. Und es kann nicht verborgen bleiben, daß die falsche Therapie eine Kette von Unheil schafft.

Man solle den Norden verändern. Im Prinzip war dies nur eine andere Variante der alten These: Wir mögen dieses Kind nicht, aber wir tun einiges, um es artig aussehen zu lassen. Dies hieß doch: Die Potentaten (wer immer sich dazu aufwarf) wollten ein anderes Kind. Und je mehr sie darüber mitleidig oder erziehend redeten, desto deutlicher wurde den Leuten im Norden eingeflößt: Dieses Kind ist missraten.

Aber nie kam der Gedanke: Was ist eigentlich an diesem Norden dran ? Dazu werden wir weiter unten einiges zu sagen haben.

Wie werden Opfer gemacht ? Und wie lange ? 50 Jahre. Unvorstellbar, was dies für ein Mechanismus des Opferns war. Und der Heuchelei. Denn immer wurde den Opfern eingeredet, sie hätten hier ein schlechtes Leben und woanders ein besseres. Dies mochte relativ für manche stimmen. Anderen war es gleichgültig – sie zogen einfach ab. Dritte sahen sich betrogen, aber sie waren hilflos. Der Gedanke, dass sie sich dagegen wehren könnten, lag fast allen fern.

Und am weitesten entfernt lag für das Rathaus der Gedanke: Die Leute können durchaus in ihren Verhältnissen leben. Sie tun es auch. Der Unsinn besteht darin, daß das Rathaus so nicht leben möchte – und nicht in der Lage ist zu denken: Das muß ich auch nicht. Es gibt unterschiedliche Lebensweisen - wenn andere damit leben können, ist es gut.

Die soziale Bewegung war in alle Fallen gegangen. In der ersten schmort sie bis heute. Sie hat sich beschränkt auf Tarifverträge und auf einiges an Arbeitsbedingungen. Aber von weiterem will sie nichts wissen, weil sie darin nicht erkenntnisfähig ist.

Daher spricht sie mit ihren Leuten nicht darüber, was eine „gute Stadt" ist, außer mit gelegentlichen Sätzen, die nichts als Übernahmen von Vorurteilen sind. Sie schützt ihre Leute nicht. Und sie setzt ihre Leute nicht in die Lage sich zu schützen.

Die Opfer sind zum großen Teil nicht mehr auffindbar. So statistisch verseucht der Zeitgeist dieser Politik und Verwaltung ist, er hält nur fest, was er instrumentalisieren kann. Das heißt: Er ist nur interessiert an dem, was er für seine Interessen verwenden kann. Er wird sich niemals ein schlechtes Gewissen ins Nest setzen. Dafür könnten nur die Leute sorgen, die ihnen widersprechen. Aber die Gewalt, die die Staats-Besitzer haben, versucht, es unmöglich zu machen. Weithin mit Erfolg.

Zum Stadt-Massaker gehört es, die Akten unter Verschluß zu halten. Spätere Historiker werden sie jedoch finden – das kann man versprechen.

Die Täter haben die Opfer erst in die Hoffnungslosigkeit gejagt. Dann zeigten sie einen Strohhalm vor.

Will es keiner gewesen sein ? Es ist die EG-DU, die im Gewand des Sozialarbeiters auftritt und dann der Stadt die „Drecksarbeit" erledigt. Stellt man diese Leute, dann sagen sie, um sich zu entschuldigen, sie arbeiten doch lediglich auf Anweisung der Stadtverwaltung. Das ist immer die Ausrede von Untergebenen – im Extremfall zu Auschwitz und Hitler.

Aber Anweisung kann heute nicht mehr als das gelten, was es historisch jahrtausendelang war – in einer rechtstaatlichen Demokratie ist sie etwas anderes. Alte Ansichten dazu darf man nicht mehr durchgehen lassen. Jeder Mensch hat ein eigenes Gewissen, - dies soll man dem Gegenüber sagen. Das Gewissen können sie nicht „auf Kammer abgeben" wie früher beim Militär.

Über den Duisburger Norden wird von oben herab ein Netz von Unsinn gezogen.

Dies geht so weit, daß im Duisburger Norden Menschen Gefahr laufen umzukommen. Wer alte Leute aus ihren Verwurzelungen reißt, riskiert ihren Tod. Man könnte dies Fall für Fall verfolgen. Und die verantwortungslosen Verantwortlichen müßten es wissen. Was der Unsinn an Flächen-Zerstörungen an Folgen hat, konnte und mußte man seit 40 Jahren lernen. Darüber wurde viel publiziert und diskutiert.

Die Täter tragen gute Anzüge, manche auch Jeans. Manchmal lassen sie sich sehen – aber eher selten. Schreibtisch-Täter. Auch die Leute, die die Drecksarbeit machen, tauchen nur gelegentlich auf. Meist schicken sie weitere vor: zum Beispiel die Leute der Abräum-Firma.

Zum Umgang mit den Opfern gehört das rasche Vergessen. Und das Vergessen-Machen. Die EG-DU-Leute wissen, dass sich kein Journalist dieser Opfer annimmt. Über die Opfer herrscht Stille. Sie klagen hinter verschlossenen Türen. Niemand scheint sie zu hören. Will sie jemand hören ? Müsste er dann nicht etwas tun ?

Aber es gibt keine Phantasie dafür, irgendetwas zu unternehmen.

Also beruhigt man sich mit seiner Ohnmacht – das ist ein sanftes Ruhekissen, dabei kann man sich vom Fernsehen unterhalten lassen. Der große viereckige Onkel ist der zuverlässigste Freund.

Die Opfer verschwinden irgendwo. Sie hinterlassen meist keine Zeichen.

Man müsste an einer Wand wenigstens die Namen der Opfer einschreiben: Für die Opfer des Bürgerkrieges, den die Stadt gegen ihre Bürger führt. Bürger-Krieg – er dauert jetzt schon länger als die meisten Kriege.

Verständnislose Stadt-Analyse

Verständnislosigkeit von denen, die Experten für Verständnis sein müßten

Ist dieses Kind missraten, oder sind es die Leute, die das Kind verstoßen, weil sie blind dagegen sind, was dieser Norden wirklich ist ?

Die Lage ist grotesk. Mit vielen Millionen wird das absolut Falsche getan. Wenige Millionen davon würden genügen, wenn man auf ein anderes Geleis käme.

Man sehe sich das Exposé der Kölner Firma Dr. Jansen an, die den Auftrag hatte, Marxloh zu untersuchen. Zunächst kann man unter den herrschenden Zuständen relativ froh sein: Das Exposé dringt weniger radikal auf Zerstörung wie es viele andere ähnliche Firmen wohl vorgelegt hätten. Aber genau gelesen, steckt es voller Vorschlägen zu Zerstörungen.

Es hat auch sein Gutes: Mit der Ablehnung einer Gesamt-Zerstörung ist es dem Plan hinein gegrätscht, drei Kilometer lang verbrannte Erde zu machen. Dann aber ist das Exposé verständnislos: Es ist nicht in der Lage zu begreifen, daß eine Stadt eine Geschichte hat, die aus anderen Lebens-Erfahrungen besteht als die zeitgenössischen Mittelschichten-Klischees, die reflektionslos als Urteils-Grundlagen angesetzt werden.

Hinzu kommt die völlige Verständnislosigkeit gegenüber anderen Lebensweisen. Ich meine sowohl die Lebensweisen der Alt-Einwohner wie der Zuwanderer. Für die Deutschen werden die Klischees der leicht gehobenen Mittelschicht angesetzt – was dem nicht entspricht, müsse – so radikal ist das Exposé - zum Verschwinden gebracht werden. Für die Lebensweisen von Zuwanderern, die im Exposé so gut wie nicht erscheinen, wird genau dasselbe angesetzt wie für die Deutschen. Es gibt keinen Blick dafür, daß sie keineswegs einheitlich sind, sondern vielfältig.

Hier wird vorgetragen, was Jahrzehnte lang allenthalben als Begleitmusik zu Städtebau und Architektur gelehrt und praktiziert wurde – immer ungerührt an der Wirklichkeit vorbei und mit einer Ärmlichkeit, die nur der hinnimmt, der ebenso ärmlich aufgestellt ist und keine Lust hatte, sich mit entwickelteren Gedanken auseinander zu setzen, die man auch finden kann.

Der Anspruch des Exposés ist Wissenschaft, weil dies ihm den Status verleihen soll, daß man ihm vertraut. Aber was daran ist Wissenschaft ? Jedenfalls ist die Verständnislosigkeit für das differenzierte Leben der Menschen zutiefst unwissenschaftlich.

Das Spektrum dessen, was angesehen wird, beschränkt sich auf sehr Weniges – und wird gemessen an mitgebrachen Klischees des Bearbeiters. Diese setzen sich stillschweigend oder explizit als Dominanz über die unrecherchierten Sachverhalte.

Dadurch liefert das Exposé den Potentaten zu, die zeigen, daß sie an Verständnis keinerlei Interesse haben, sondern einzig daran, den Stadt-Bereich zum Verschwinden zu bringen.

Peter Strege: Industriedorf/Menschenansiedlung

Der folgende Text des Schriftstellers Peter Strege, der im Norden von Dortmund im stillgelegten historischen Pumpwerk der Kokerei Huckarde wohnt, kann andeuten, wie sich

Verständnis entwickeln könnte – welche Untersuchung und welchen Text man einer menschlichen, verständnisvoll differenzierten Planung zugrunde legen müßte.

Als wir noch im Geschirr der schweren Arbeit gefangen waren, habt Ihr uns geknechtet und das, was unsere Lebenart war, klein geredet und lächerlich gemacht.

Als wir den Duft der Mitbestimmung und Gleichberechtigung in die Nase bekamen, habt Ihr uns den Geruchssinn mit billigem Parfüm vernebelt und uns mit vorgehaltenen Konsumwürsten den Karren der Neureichen ziehen lassen.

Als die Arbeitsgesellschaft keine Blaumänner mehr brauchte, habt Ihr uns umgeschult und fit gemacht für Einsichten, inwieweit und warum wir nicht mehr gebraucht werden.

Als wir eingesehen hatten, wie schlecht es den Menschen geht und daß die, denen es besser geht, von dieser Betrachtung ausgeschlossen sind, haben wir uns an Harz IV gewöhnt.

Als es daran ging, unsere Arbeitswelt zum Gegenstand musealer Betrachtung zu machen, haben wir gehofft, daß Ihr etwas dazu gelernt hättet.

Als wir gemerkt haben, daß es auch dieses Mal gar nicht darum ging, die Art unserer Lebensführung, die von Euch durch die Art und Menge, wie sie durch die uns für die geleistete Arbeit gewährte Entlohnung bestimmt war, zu würdigen, da fingen wir an zu begreifen, daß wir für Euch immer noch und immer wieder der letzte Dreck sind.

Als in unseren Städten des Reviers noch Hammerschlag und Kohlendreck den Rhythmus der Tage bestimmten, habt Ihr Euch nicht aus Eurer Deckung getraut und fernab von uns ein eigenes behütetes Leben geführt.

Wir waren bei uns und haben das Leben gemeistert, erlitten, gefeiert und in gegenseitiger Ermutigung und Hilfe ehrenhaft durchgestanden. Wir haben die Stadtdörfer des Ruhrgebietes bevölkert und waren stolz auf unsere gleiche Unterschiedlichkeit.

Wenn, dann wäre es an uns gewesen, eine arbeitsbestimmte, eine von uns arbeitenden Frauen und Männern bestimmte Lebensform als proletarische kulturelle Klammer für den gesamten Lebensraum an Emscher und Ruhr zu erfinden.

Dieses, unser Gebiet, war und ist eine durch uns geformte, durch unsere Lebensnerven, durch unseren Lebenstrakt bestimmte durch und durch menschliche und menschelnde Zone. Hier, wo wir sind, wo unser Geist und die beseelte Nachbarschaft der kleinen Leute an den Kiosken und in den Schrebergärten Pause machen, wo die Wohnungen Butterplätze des Daseins waren und sind, wo der Bär brummt und dich das Mäusken beißt, da wo wir sagen, daß es zuhause ist, wo Heimat nicht von Zinszahlungen und Abtrag an den Banken keine Luft mehr kriegt, da liegen die Teile eines Ganzen, das kein von Euch erdachter metropoler Gedanke sein kann und werden darf.

Wie viele Male schon habt Ihr den Menschen der Region, habt Ihr uns den Lebensnerv geklaut ? Wie oft noch sollen wir Euren Vorgaben hinterherhecheln, wo wir doch oft genug haben lernen müssen, daß wir das von Euch gelobte und geliehene Land nicht erreichen werden, und auch eigentlich nicht erreichen wollen, . . . wenn wir genau darüber nachdenken würden.

Denn da, wo Ihr seid, ist uns die Luft zum Atmen zu dünn, da sind die Gläser, aus denen Ihr trinkt, zu dünnwandig, da sind die Kuchenstücke zu klein, da sind die gebratenen Würste zu mager, da wird zu sehr genippt und zu wenig deftig getrunken. Wir haben vielleicht weniger Schliff und Anstand als Ihr, aber allemal wissen wir uns zu benehmen und, wenn wir daneben gehauen haben, auch entsprechend zu entschuldigen. Ihr dagegen plant über unsere Köpfe und Lebensumstände hinweg eine Zukunft, von der niemand sagen kann, ob sie schmecken wird oder nicht. Das größere Risiko liegt immer bei denen, die am wenigsten zuzusetzen haben. Bei allem Zugewinn von Bildung und Kultur, bei all dem, wie es unsere Kinder besser haben sollten und auch in Teilen besser bekommen haben, es ist soviel an Herzblut und proletarischem Seelenverständnis auf der Strecke geblieben, daß eine weitere

Ausbeutung im Sinne einer zu schändenden regionalen Vielfalt und dem damit verbundenen massenhaften Verlust an Identitäten der kleinen Räume nicht hingenommen werden darf.

Wir sind das, was Metropole ausmacht und nicht spiegelverglaste Büropaläste und Einkaufsmeilen, die überall auf der Welt gleich aussehen !

Wir leben hier in uns angestammten Quartieren und nicht an den Wohlstandsperipherien und Speckgürteln der großen Städte, wo Einkaufszentren und Tankstellen, Baumärkte und Gewerbeparks die ehemals brachliegenden Fabriken und Zechen mit lockerer Bebauung autogerecht aufforsten. Den Leuchtturmprojekten und ehrgeizigen Großinstallationen ist Mißtrauen solange entgegenzubringen, solange die Verdrängung schwacher ökonomisch ausgestatteter Bevölkerung die selbstherrliche Planungskompetenz ausmacht.

Sollte jemand Zweifel an der vorgetragenen Argumentation haben, möge er sich die längs der Route der Industriekultur aufgerichteten Denkmale genauer anschauen. Wo bitte bleibt hier die lebensnahe Würdigung des gelebten Arbeitslebens ? Wo und wie wird an solchen Orten dessen gedacht, wie und unter welchen Bedingungen die hier arbeitenden Menschen sich mit, auf und in ihren Arbeitsplätzen und den Umständen ihrer täglichen Reproduktion zurechtgefunden und lebensbejahend tapfer umgegangen sind ?

Solange das wahre Erbe durch die Nachkommenden, denen es in der Tat ökonomisch besser geht, nicht im Sinne würdigenden Verhaltens und Umgangs mit der sie bedingenden Vergangenheit entsprechend angetreten wird, ist der Gedanke einer zentralisierten Metropole nicht nur fehl am Platz ! Schlimmer noch, das Befürworten einer zentralisierten Metropole Ruhr hieße, das Andenken derer, die hier die Buckel krümmten und die Familien durchbrachten, mit Füßen zu treten. Das und wie, was hier Frauen und Männer über mehrere Generationen hinweg gelebt haben, darf durch die Blindheit eines verschlierten Euroblicks nicht gegen die Wand gefahren werden !

Das Geschichtspäckchen zu tragen ist das Vornehme jeder Zukunftsgläubigkeit !

Reduktives Denken übersieht Atmosphäre, Milieu, Charaktere

Atmosphäre, Milieu, Charaktere gibt es überall – in der einen oder anderen Weise. *Maler beschäftigen sich endlos damit. Ihre Bilder hängen in unendlich vielen Wohnstuben. Dies bedeutet: Es gibt ein starkes und weitreichendes Bedürfnis nach Atmosphäre.*

Aber wie kommen Planer darauf, all dies beim Analysieren und Planen außen vor zu lassen – keinen einzigen Satz dazu zu sagen, als ob es nicht davon gäbe und nichts davon wichtig ist ? Zu glauben, daß man all dies nicht brauche – höchstens im Urlaub in einem schönen Mittelmeer-Ort ? Merken Planer nicht, daß sie einen verengten Blick haben wie ein Mensch, der sich in einer tiefen Depression bewegt: *Er nimmt die Welt als ein ausgeleertes „Fast-Nichts“ entgegen*. Der Phänomenen-Sinn ist ausgelöscht. Die Wahrnehmungsfähigkeit tendiert gegen Null.

Planer sollen lernen, sich vorzustellen, wie aufmerksame Literaten damit umgehen würde.

So kommt es dazu, daß vieles, was als Alternative zu Bestehendem oder Abgerissenem als sogenannte Modernität angeboten wird, ganz ähnlich entgegen als ein ausgelehrtes „Fast-Nichts“ entgegenkommt: als Erscheinungen, die psychopathologische Wirkungen haben – und vor allem das Gefühl der Leere bewirken.

Darüber haben Jane Jacobs, Alexander Mitscherlich und viele weitere Autoren geschrieben.

Gemenge. In Duisburg bedauert das Rathaus: Es gäbe im Norden ein „generelles Problem der Gemengelage.“ Warum ? Weil es hier aus historischen Gründen ein Gemenge gab.

Solche Klagen entstehen, wenn man nicht hinschaut. Und man nichts von der Genese von Städte weiß. Gemenge gibt es seit eh und je. Alles in der Stadt ist Gemenge. Mittelalterliche Städte sind Gemenge. Städte der Nachkriegszeit sind Gemenge.

Warum ? In keiner Stadt wurde alles zur selben Zeit gebaut, sondern in Schichten. *Jede Stadt besitzt Zeit-Schichten – die Stadt besteht aus vielen Gegenwarten.* Dies nennen wir Geschichte.

Geschichte ist zeitlich stets sehr ausgedehnt. Dies ist ein Teil der Substanz der Stadt - und ihrer Attraktivität. .

Es ist gegen jede Empirie, sich das Phantom zurecht zu legen, es gäbe die pure Stadt – aus einem Guß. Einzig aus dem „Heute". Das gibt es nirgendwo. *Alles, was gebaut wird, ist morgen Geschichte – und liegt als Zeit-Schicht über der vorhergehenden.*

Mit der absurden Vorstellung einer hochgradigen Simplifizierung hat das städtische Bauamt zum Abriß von Bruckhausen wie in der Zeit der Flächen-Zerstörungen der 1970er Jahre simpel *Striche gezogen wie eine Kolonialmacht auf einem anderen Kontinent – stur geradeaus, ohne Nachdenken.*

Reduktives Denken. Zugegeben: Atmosphäre, Milieu, Charaktere lassen sich schwierig beschreiben. Hingegen alles, was man vermessen kann. 100 Quadratmeter. 12 Hektar, 2 Kilometer. 189 cm groß, 120 cm Umfang. Rot, gelb, schwarz. Daten von Geburt, Herstellung, Auslieferung. Verwaltungs-Zugehörigkeit.

Die Reduktion auf Ziffern hat mit der Bequemlichkeit zu tun, zu der wir alle neigen, die aber kaum jemand an sich selbst bemerkt, reflektiert und zugibt. Daran haben sich die meisten Menschen gewöhnt. Bürokratisches und technokratischen Denken vereinfacht sich die Welt häufig auf ein arbeitsteiliges Feld. Die Sicht und den Umgang damit nennen wir den „Tunnelblick".

Man kann schockiert sein, wenn man darüber nachdenkt, daß eine solche Simplifizierung das Fundament ist für ein ständiges riesiges Verbrechen von Verwaltern und Planern an der Menschheit. Dieses Verhalten wird selten erkannt – und wenn man es sieht, will man es rasch zudecken oder verdrängen.

Es gehört zum Ausreden-Arsenal, daß man behauptet, nur für ganz weniges zuständig zu sein. So entsteht aus einer perversen Überschätzung der Institution, die sich oft ausschließlich für das Minimum des Baurechts zuständig fühlt, nicht etwa etwas Harmloses, sondern Gewalt: Tatsächlich aber entscheidet man durch die Behauptung des Wenigen nicht etwa bescheiden über etwas Weniges, sondern meist über eine Komplexität: Oft richtet man Komplexität hin, indem man Komplexität ausschließt.

Die Reduktion von Tatsachen auf das Wenige, was man mit Bequemlichkeit und von Amts oder Auftrags wegen meint, noch gerade so verarbeiten zu können, ist die Ursache für sehr viele tiefgreifende und weitreichende Zerstörungen. Man kann die Erkenntnis dieser Reduktion nicht radikal genug formulieren, denn sie ist selbst weitaus radikaler.

Nehmen wir den Fall Bruckhausen. In einer Runde sagte ein Mann, zudem sogar ein pensionierter Denkmalpfleger, er sei dafür, daß der Stadtteil abgerissen wird, der neben dem großen Stahl-Werk von Thyssen steht. Dort kann man doch nicht wohnen, sagt er. Es ist gut für die Menschen, daß auf der Abriß-Fläche ein Grüngürtel angelegt wird.

Er fragt nicht nach den Tatsachen. Er versucht keinen sogenannten Fakten-Check. Den Vorurteilen genügt das kurzatmige Denken aus dem Bauch, gepaart mit einem schnellen Blick auf die Oberfläche – und die Etablierung der eigenen Subjektivität als Richter.

Diese Art von Reduktionen gibt es landauf landab. Sie sind plausibel – wenn man nicht genau hinschauen will. *Wenn man sich gewiß ist, daß man die Welt mit ein paar Obersätzen in Schubladen stecken kann.*

Aber diese Verkürzung hat die Menschheit häufig in ungeheure Schwierigkeiten gebracht. Es gibt viele Sätze, die Katastrophen bagatellisieren und rechtfertigen. Man könnte Kataloge anfügen. Wenn einst etwa Millionen Menschen, wie lange geschehen, in unserem Teil der

Welt sagten, dass im anderen Teil der Welt die „Schwarzen“ nicht in der Lage wären, von sich aus etwas zustande zustande zu bringen. Oder dass Kinder aus Unterschichten nicht weit kommen können. So etwas kursiert auch heute, nach hunderten von Jahren an Aufklärung.

Blick zurück – im Zorn. Die Gremien, die die Guillotine für den Stadtteil beschliessen, waren wohl mal vor Ort, aber ihr beschränkter Bestand an Kriterien machte sich nicht die Mühe, den Ort wirklich wahrzunehmen. Sie übernahmen von drei Baubeamten, was diese schon vor Jahrzehnten, schon in der hohen Zeit des Abrißwahnes 1975, in ähnlicher Weise über diesen und weitere Stadt-Bereiche gesagt hatten. Sie übernahmen Klischees – um dann im Recht zu fühlen, wenn sie Zerstörung planten.

Es gibt heute im Rathaus kein Nachdenken darüber, was dieses Rathaus damals in den 1960er/1970er Jahren an Stadtbereichen vandalierend zerschlagen ließ, in Neumühl, Hamborn, Homberg, - und wie erbärmlich das heute ist, was an ihrer Stelle entstand, - voller Probleme.

Haben sich die Bau-Beamten mal angesehen, was sie oder ihre Kollegen in den 1960/1970er Jahren aufführten ? Zum Beispiel das Wohnviertel Hagens Hof. Ich erinnere daran, wie der damalige Baudezernent Norbert Giersch dem Bundesbauminister Hans Jochen Vogel für den Neubau in Neumühl ein Modell vorgeführt hatte, das purer Betrug war: Terrassen-Häuser – eine gezielte Täuschung. Als dies entdeckt wurde, war Minister Jochen Vogel außer sich vor Wut. Und von Terrassen-Häusern findet man heute keine Spur.

Siedlungen mit hohen Lebens-Qualitäten wurden schlecht geredet und abgerissen. An ihrer Stelle wurde die Banalität realisiert, die man sich heute anschauen kann. Hochhäuser versprachen Zukunft – man kann sehen, was für eine Zukunft dies ist.

Kriterium Unverständnis. Die Kriterien, wie sogenannte Stadtplanungs-Experten mit dem Sachverhalt Stadt umgehen, drücken immer noch *das volle Unverständnis aus für Stadt, Menschen, Straßen, Häuser, Atmosphäre, Milieu, Charaktere*.

Man muß das nicht alles lieben, worüber Stadtverordnete und Baubürokratie entscheiden müssen. Man darf seine persönliche Vorliebe haben. Auch seine Mode. Aber wenn man in einem Amt ist, geht es nicht um sich selbst, sondern um andere Menschen. Dafür muß man sich interessieren und sich um Verstehen bemühen. Doch unverantwortliche Verantwortliche in Räten und Verwaltungen *tragen ihre eigenen Vorurteile in die Sachlage hinein* und lassen sie bestimmen. Sie haben keine Lust und daher keine Fähigkeiten zur Analyse. Sie begreifen nicht, was Stadt ist.

Das gesetzliche Minimum. Sie operieren auf der Basis des gesetzlichen Minimums. Darüber hinaus existiert für sie fast nichts Weiteres. Sie begreifen nicht, was das gesetzliche Minimum bedeutet. Es entstand einst zum Schutz für einige Sachverhalte vor Mißbrauch und Spekulation. Dann kamen Leute und sagten: Das genügt, mehr müssen wir nicht tun. Wenn ihr mehr Vorgaben macht, haltet ihr uns auf. Man muß jedoch begreifen, daß das Minimum nur die Basis für Menschlichkeit und Gemeinwohl ist und daß Menschlichkeit und Gemeinwohl weit darüber hinaus tätig werden müssen.

Inzwischen kann man den Eindruck haben, daß es fast ein Wettbewerb zwischen Kommunen ist, dieses gesetzliche Minimum auch noch zu unterlaufen.

Perspektive Beliebigkeit. Manche sagen: Sollen die Leute doch umziehen – es stehen genug Wohnungen leer. Dies ist eine Rechnung der unterstehen Schublade. Sie sieht Menschen und Wohnungen lediglich als Ziffern an. Sie überliefert Menschen und Verhältnisse der Beliebigkeit.

Sphäre. Es handelt sich um mehr als um irgendeine beliebige und daher austauschbare Wohnung, irgendwo angelegt. Es geht um Sphäre. Wenn ein Baubeamter sagt, davon verstehe er nichts, kann man ihm nur raten, seinen Beruf zu wechseln.

Menschliche Zusammenhänge. Es geht um gewachsene Bindungen. *Es geht um Menschsein mit Menschen in der Umgebung*. Als man Arbeitersiedlungen zerschlug, bot man den Leute in ähnlicher Mentalität der untersten Schublade Wohnungen an: in hohen Häusern

– in gebauten Kisten. Und dann wunderte sich das Rathaus, daß, nachdem die ersten sich wie die Lämmer dreinschickten, viele Menschen aufmuckten und schließlich heftigsten Widerstand machten, der dieses minimalistische Vorhaben, mit dem man die halbe Region überziehen wollte, schließlich verhinderten.

Kriterium Charakteristik. Industrie-Denkmäler machen die Faszination des Ruhr-Nordens aus. Niemand käme auf die Idee, sie wohnzimmer-adäquat zu machen. Sie leben von der Atmosphäre, die eigentümlich ist.

Ähnlich geht es zu in Arbeiter-Bereichen.

Beleidigende und unwirtschaftliche Kriterien. Es ist ein Verbrechen , ein in hundert Jahren gewachsenes Viertel, das sich stets mit dem Stichwort Heimat verbindet, in Bedrängnis zu bringen.

Die Kriterien, mit denen dies in Bruckhausen und Marxloh vom Rathaus geschieht, sind in erheblichem Umfang Beleidigungen für ganze Bereiche des Volkes. Sie sind überdies unfaßbar dürftig. Wir haben 1975 in Eisenheim nachgewiesen, daß man für den Einbau einer Toilette und einer anderen Heizung kein Haus abreißen muß. Wir zeigten, daß es Abriß wegen einiger behebbarer Mängel volkswirtschaftlicher Unsinn ist. *Wenn man für einige Mangel ein Haus und ein Stadtviertel abreißt, kostet es ein Vielfaches als wenn man sie Stück für Stück einzeln reparierend und modernisierend behebt.* Dafür gibt es bedeutende Lehrmeister, ich nenne Hardt-Walther Hämer in Berlin-Kreuzber.

Das Recht auf Eigenheit. Viele Menschen richten sich ihre Welt ein mit ihren vorhandenen und oft auch eigentümlichen Möglichkeiten. Darüber darf man denken, wie man will, - aber es verlangt zunächst den Respekt, aus dem Verständnis und dann Toleranz hervorgeht.

Die Stadtviertel im Norden von Duisburg entsprechen zunächst nicht den Vorstellungen von Menschen, die sich im Süden von Ruhr ihre Häuser gebaut haben.

Gegen den Süden, der sich vornehm vorkommt, muß man nichts einwenden, aber es steht den Leuten, die dort leben, nicht zu, anderen zu sagen, wie es bei diesen anderen aussehen soll - und dies auf dem Weg der Stadtplanung, aus dem dann Gewalt entsteht.

Es ist absurd, aus seinem eigenen Geschmack eine Weltanschauung zu machen und sie anderen Menschen überstülpen zu wollen – und dazu noch ganzen Vorstädten .

Was muß man beim Planen erkennen ?

Differenzierung des Fortschritt-Gedankens. Es gibt inzwischen viele Bild-Bände, die Fotos von einst mit Fotos von heute konfrontieren. Diese Gegenüberstellungen fordern uns dringend auf, das Geschwätz und Geschrei vom Fortschritt zu relativieren.

Daß es Forschritte geben mußte und daß es sie gab, ist unbestritten. Aber man kann auf den Punkt formulieren: *Ein Teil des sogenannten Fortschritts, hatte damit überhaupt nichts zu tun – es war schlicht Kapitalverwertung.* Sie lebte davon, daß ein hoher Preis für ein Minimum an Leistung bezahlen mußte. Dies geschah teilweise unter Zwang, teilweise auch aus Bequemlichkeit und Dummheit, die den Griff nach dem Nächstliegenden oder durch Werbung Aufgeschwatzten steuerten.

Auf den Fotos des Neuen sieht man meist, wie reduziert wurde. Gleich nach dem Krieg zum Teil aus Notwendigkeit. Aber nach einigen armen Jahren war die Notwendigkeit nicht mehr notwendig, sondern die Republik wurde eines der wohlhabendsten Länder. Doch immer noch geistert die Reduktion durch die Köpfe.

Reduktiver Funktionalismus. Sie erlebte dann eine weitere Begründung: Nur Funktionalität sollte gelten. Stellen wir uns vor, jeder Mensch würde auf eine enge Funktionalität reduziert. Charly Chaplin könnte seinen Film „Modern Times“ neu drehen. *Der Mensch als Minimum ? So aber sieht vieles in unseren neuen Städten aus.*

Szenerien. Man kann beobachten, wohin sich viele Menschen orientieren, welche Szenerien sie aufsuchen, wo sie sich wohl fühlen.

Zunächst könnte es die einfachste Weise sein, dies zu ermitteln, wenn wir mit ihnen über ihren Urlaub reden. Dann erzählen sie uns neben manchen Vordergründigkeiten manches über gelungene Szenerien.

Das weit verbreitete Architektur-Entwerfen in den Städten ist reduziert auf das Investoren-Motto *„Länge mal Breite mal Geld“.* Es endet ästhetisch bei ein bißchen Geometrie, beim Anschein der Sauberkeit, bei viel Kunststoff, der langsam vor sich hin verfällt. Damit kann eigentlich nur ein Investor etwas anfangen.

Nur wenige Architekten wissen, wie man Szenerie gestalten kann. Dabei ist es sehr einfach.

Szenerie Hof. Ein interessantes Beispiel sind die Haackeschen Höfe in Berlin.Einst waren sie Hinterhöfe für vielerlei Gewerbe. Als dies auslief, entdeckten findige Leute diese Atmosphäre. Sie machten daraus eine Szene. Kneipen eröffneten – schoben sich von innen nach außen. Aus dem Hof entstand ohne weiteres Zutun ein Platz. Lebendiger könnte er kaum sein. Rund herum sitzen allerlei Leute an Tischen. Viele Menschen passieren, häufig schieben sie Fahrräder.

An dem, was sie trinken, kann man unterschiedliche Befindlichkeiten bemerken. Wer Bier trinkt, will länger bleiben – und verbreitet die Sphäre von gemütlicher Langsamkeit. Kaffeetrinker sind oft Leute, die beim Durchrauschen das Gefühl haben, daß ihnen eine Kleinigkeit fehlt. Es kommen Leute mit dem neugierigen Blick der Reisenden.

Zeitschichten und Nischen. Berlin hat viele Nischen. Was würde dieser Stadt fehlen, wenn es sie nicht gäbe ? Duisburg versteht sich nicht auf Nischen. Diese Nischen lassen sich nicht planen. Wo es keine Toleranz, sondern nur die festen Vorstellungen gibt von a) eng gestrickten Wohlstandsbürgern und b) ebenso faden Investoren spielt sich nichts langsam heraus.

Berlin hat viele Zeit-Schichten. Wenn man sich vorstellt, daß es so gebaut wäre, daß ausschließlich das am Leben ist, was gerade eingeweiht wird, wäre es nervig langweilig. Es lebt davon, daß es viele Leben aus vielen Zeit-Schichten gibt, die sich in Resten und Spuren noch irgendwie ausdrücken. 50 Jahre. 100 Jahre. Noch viel älter. Viele Wände kann man auf zehn Jahre datieren. Sie haben unterschiedliche Einfälle und unterschiedliche Ausdruckssprachen. Man könnte kartieren, was diese Fülle ist.

In Duisburg schämen sich die kleinkarierten Machthaber für alles, was gestern entstanden ist. Und für das Heute haben sie nur banale Vorstellungen. Am Blick auf Morgen hindert sie die hervorstehende Nasenspitze. Und für ihre Lügen dazu wächst jeden Tag die lange Nase des Pinocchio.

Patina. Jede Wand nimmt im Laufe der Zeit auf ihrer Oberfläche die Zeit auf: Spuren von Angewehtem. Wir nennen dies Patina. Das Wort geht zurück auf das, was mit ihr geschieht. Die Wand ist also nicht einfach die Wand, sie bleibt nicht, wie am ersten Tag, sondern sie beginnt allmählich in Spuren zu erzählen. In den Urlaubs-Städten bewundern wir dies – aber bei uns wird rasch schlecht geredet, von Medien verstärkt: „Herunter gekommen“, „verfallen“, „sauber machen“, „abreißen“. Wer wenig Wahrnehmungs-Vermögen besitzt, ist gegen fast alles unzufrieden oder gleichgültig.

Wände können sehr schön weiß sein, aber auch gelb-orange. Mit einem ganzen Farben-Spektrum. Grau kann Charakter haben. Es gibt Flecken, die sprechen. Schatten-Bilder. Sie rufen Assoziationen hervor. In den Maserungen von Holz stecken Bewegungen. Auch das Abblättern von Putz und Farbe gibt der Wand Bewegung. Mit Farbe wurde immer wieder markiert. Das läßt sich entschlüsseln.

Maler und Fotografen lieben diese Phänomene. Es gibt keinen vernünftigen Grund, sie zu vernichten.

Spuren der Arbeit. Sehr viele Menschen haben die Häuser gebaut. Manche sehr viele, aber selbst schafften sie es nicht zu einem Haus. Die Spuren der Arbeit vieler Hände sind in den Steinen, wie sie gesetzt sind, im Verputz, im Holz. Stadt ist nicht vom Himmel gefallen, sondern besteht aus den Werken vieler Menschen.

Schmuck. Menschen schmücken sich. Auch Bauten. „Das Ornament ist folgenlose Meditation", fand Walter Benjamin heraus.

Vielfalt. *Die Stadt lebt von der Vielfalt – mit Zeit-Schichten und Nischen*. Duisburg hat sie, aber sie weiß es nicht, sie bemerkt es nicht, sie sucht nicht danach, sie will sie nicht, sie haßt sie, sie hat kein Bild von sich, daher vergräbt sie Millionen: Sie senkt sich selbst ins Nichts.

Das Nichts ist weder Nische noch Zeit-Schicht.

Duisburg hat nicht einmal eine Philosophie des Nichts.

Ich höre die Ironie des Mephistopheles: „Drum besser wär ´s, daß nichts entstände."

Vegetation. Man kann froh sein, wenn ein knurriger Baum stehen geblieben ist.

Erde. Es breitete sich eine Manie aus, die Erde verschwinden zu lassen – weil man sie schmutzig nannte. Aber Erde ist lebendig, hat tausend Gestalten, fühlt sich besser an als Beton und der Asphalt, der für Reifen und nicht für Menschen gemacht ist.

Läden. Es gibt kaum mehr Läden, nur noch Supermärkte und Einkaufszentren. In einer Zeit, in der Wirtschaft und Geld wie eine neue Religion wesen und verwesen, sagen Leute, die mit wenig Verstand über Stadtviertel urteilen, sie ständen leer, sie wären öde, das Viertel sei „tote Hose". Dies liegt nicht an den Vierteln, sondern am Wandel des Handels zu zentralisierten großen Einkauf-Stätten und Internet. Man kann Läden zu Wohnungen umbauen – dies macht erfolgreich Amsterdam. Was an Laden bleibt, wirkt wie eine Antiquität – es kann gedankenfördernd sein.

Skurriles. Ziegelmauern haben inzwischen einen skurrilen Charakter. Auch Feldsteine. Man kann Doppelsinniges entdecken. Zweideutiges. Hintersinniges.

Milieu. Wenn sich vieles konzentriert und auch verdichtet, sprechen wir von Milieu. Die Innenstadt von Ruhrort ist ein Milieu-Bereich. Als ich 1965 zum Landeskonservator kam, sagte mein Chef, der Prof. Rudolf Wesenberg, daß man vorhat, ganz Ruhrort abzureißen. Wer heute nach Ruhrort kommt, kann nur den Kopf schütteln. Dieser Amtsbereich für das Bauwesen mitsamt der ihn tragenden Politik sollten in Sack und Asche gehen – angesichts der miserablen Geschichte des Abreißens. Ich könnte dazu ein zweites Buch schreiben. Ruhrort hatte ein spannendes Leben, als im damals größten Binnenhafen nich die Hunderte von kleineren Schiffen anlandeten. Das entsprach nicht der Vorstellung von feinen Herrschaften. Ich erinnere mich an Franz Josef Degenhardts ironische Lied „Spiel nicht mit den Schmuddelkindern, sing nicht ihre Lieder ! Geh doch in die Oberstadt, machs wie deine Brüder !" Mileus kann man ein wenig beschützen, auch pflegen. Milieus zählen zu den Reichtümern einer Stadt.

Dazu gehören die Gegensätze, die Ungereimtheiten, ein Stück Himmel – ein wenig Vorhölle. *Milieus sind Collagen. Alchemie. Sie rufen ein Durcheinander an Assoziationen hervor. Magie. Feuerwerke.*

Milieus kann man entdecken und an ihnen arbeiten – wie die beiden jungen Frauen, die in Ruhrort an einem alten Haus am Platz neben dem Bunker das Café Kaldi eröffneten und am anderen Ende des Platzes einen Kiosk. Die urige Kneipe des alten Boxer und vieles aus dem Milieu der Schiffer sind leider untergegangen, aber mit einem Blick der beiden Frauen hätte es einen anderen, einen produktiven Umgang mit dem alten Ruhrort gegeben. Die Milieus gehören zu den brach liegenden Schätzen einer Stadt. Aus alten Milieus kann man auch neue Milieus machen. Aber wenn man Teile seiner Stadt erst zunichte macht und dann meint, man könne Besseres aus dem Hut zaubern, dann schafft man nichts als Brachen. Duisburg ist eine Stadt, in der das Rathaus keine produktive Kurve hinbekommen hat.

Plätze. Plätze sind Potenziale, die ein halbes Jahrhundert lang verkümmerten, aber man kann versuchen, sie wieder in Bewegung zu bringen.

Erstmal kundig machen. Um mich von vornherein gegen Mißverständnisse abzugrenzen: Es geht nicht um Verklärung, wie man gern unterstellt, um mit Killer-Worten oder Killer-Phrasen Unliebsames abzuweisen. Eine Duisburger Ratsfrau sagte mir nach einer heftigen Diskussion zum Max-Taut-Viertel: „Ach, seien sie doch nicht so romantisch !“ Ich antwortete ihr: „Gnädige Frau, Sie meinen, dies sei eine Beschimpfung. Ich denke, Sie wissen nicht, was Romantik ist: eine der schöpferischsten Kleinepochen. Es wäre gut, wenn Sie sich erstmal kundig machten, ehe Sie versuchen, solche Worte zur Beschimpfung ins Gegenteil umzudrehen.“

Literaten. Man lese sich die kümmerlichen Analysen der Planer und Gutachter durch – Ausweise vom Sehen-Sollen, das fast nichts sieht. Bevor in einem Stadt-Bereich geplant wird, muß man einen Literaten hinschicken – einen Menschen, der Augen hat, gut beobachtet, Phänomene zeigen kann – und uns dies formuliert. Dies ist ein Teil einer Reform eines binden und autistischen Planungswesens.

Geschichten und Mythen. Die Viertel stecken voller Geschichten. Die meisten sind unter gegangen. Manche können wir noch am Zipfel festhalten. Der Schriftsteller, der den „Mond von Wanne-Eickel“ erfand, tat seiner Stadt etwas sehr Gutes.

Schrumpfende Stadt – Mißbrauch eines Stichworts

Schrumpfen und Leerstand – „Nichts Gewisses weiß man nicht“ (bayrisches Sprichwort)

Ein gigantischer Mißbrauch wird verbreitet mit dem Stichwort „Schrumpfende Stadt“ getrieben. Am deutlichsten zeigt es das Rathaus in Duisburg. Hier treibt der Dilettantismus Blüten.

Dieser Dilettantismus ist nicht naiv, sondern hinterhältig, menschenfeindlich, zynisch, nicht lernfähig – und führt zu den Folgen, die der frühere Minister für Stadtentwicklung Prof. Dr. Christoph Zöpel unlängst „Sozialverbrechen“ nannte.

Täuschende Zahlen. Am Anfang des zynischen Planes für Stadtmassaker steht ein dunkler Satz - ohne ein empirisches Fundament, nebulös, aber drastisch in seiner Behauptung: „Insbesondere durch die demographische Entwicklung sowie veränderte andere [welche ?] Rahmenbedingungen ergibt sich heute schon – perspektivisch weiter zunehmend – in der gesamten Stadt Duisburg ein Wohnungsüberhang von 20 000 Wohneinheiten.“

20 000 Wohnungen ? An anderer Stelle spricht 2012 das Rathaus von 14. 000 leer stehenden Wohnungen.

Was soll man ernst nehmen, wenn die zweitgenannte Ziffer ein Drittel unter der vorhergehenden liegt ?

Reaktionen. Tatsache ist, daß in der gesamten Entwicklung der Region die Einwohner-Zahlen ständig in Bewegung waren – lange Zeit aufwärts, seit den 1970er Jahren wieder abwärts. Die Reaktionen waren stets unterschiedlich. Man konnte die Region für überfüllt halten und froh sein, daß es Abwanderung gab. Oft brach man – schon seit vier Jahrzehnten – in Katastrophen-Geschrei aus. Je nachdem, wie man es intrumentieren wollte.

Tatsache ist, daß Deutschland Einwohner-Zuwachs hat. Jedenfalls muß man Tatsachen genauer ermitteln und darüber nachdenken – und darf sie nicht handhaben, wie es einem gerade in den Kram paßt.

Ermittlungs-Unsinn. Das Rathaus hat nie korrekt ermittelt, sondern es wird über den Daumen behauptet - für die Gutgläubigen. Für wie dumm halten die Oberen die Öffentlichkeit ? Die Vermutung liegt nah, daß das ganze Thema Schwindel ist – und von Interessen mißbraucht. Jeder Satz, der zu diesem Thema gesagt wird, ist unpräzis: nicht wirklich ermittelt und daher falsch.

Wenn man nichts weiß, verfallen Planer gern und oft auf die Methode, im Kaffee-Satz zu lesen. Dafür gibt es in Duisburg ein groteskes Beispiel. In Marxloh wurden viele Wohnungen ohne Gardinen als Leerstand gezählt. Meine Wohnungen haben ebenfalls keine Gardinen – bin ich Leerstand ?

Was für ein Dilettantismus ! Diese Methode der Leerstands-Ermittlung ist schlichter Betrug. Wegen seiner Folgerung, daraus Abriß herzuleiten, müßte er vor dem Strafrichter landen.

Bislang gibt es überhaupt keine Methode, die man Ernst nehmen kann. Aber die Daumen-Methode wird instrumentalisiert: zum Abreißen.

Wenn Leerstand eine Stadt wirklich interessiert, würde sie im Einwohner-Meldeamt ein Leerstands-Kataster anlegen. Allerdings ist auch dies ungenau, weil manche Bewohner nicht gemeldet sind.

Das Märchen von den Einwohner-Zahlen. Stadtdirektor Peter Greulich erzählt ein weiteres Märchen: Duisburg sei auf eine Bewohnerzahl von 620 000 Einwohnern angelegt gewesen. Er sagt nicht dazu, daß dies eine Prognose war – eine Prognose von der Art, die man besser nicht gegeben hätte, weil man wissen konnte, dass die Geschichte nie geradeaus läuft. Das war eine Prognose, die man, wenn man gelernt hätte, zumindest heute nicht mehr nennen dürfte.

Greulich weiter: 2012 liege die Einwohnerzahl „deutlich unter 500 000 – Tendenz weiter sinkend.“[53] Was sagt diese Ziffer, die wiederum pauschal ist und aus dem Kaffeesatz Zukunft liest ?

Zur Korrektheit könnte es gehören, eine genaue aktuelle Einwohner-Zahl anzugeben – er hätte sie sehr einfach erhalten: mit einem amtsinternen Telefonat vom Einwohner-Meldeamt oder vom Büro für Statistik. Aber er schwatzt lieber vom Ungefähren – und vermutet im Ungefähren unintelligente Leute.

Was ist Leer-Stand ? Zunächst ist Leerstand die Sache von Eigentümern. In einer Markt-Wirtschaft müssen sie sich selbst um die Vermietung von Wohnungen kümmern.

Zweitens: Leerstand muß man differenzieren: Es gibt unterschiedliche Leerstände – mit unterschiedlichen Motiven. Wie sehen sie aus ?

Stets gibt es einen gewissen Leerstand. Er stammt aus der Fluktuation der Bevölkerung.

Sind Wohnungen miserabel ? Jahrzehntelang haben Zuwanderer sich häufig die schlechteste Wohnung andrehen lassen, weil sie neu im Land sind, sich nicht auskannten und sie sich daher an einem Strohhalm festklammerten.

Sind Mieten zu hoch ? Dann gibt es Leerstand. Vor allem bei teuren Neubauten. Große Investoren können Verluste – leider – von der Steuer abschreiben, auch wenn sie über Jahre anhalten.

Haben Wohnungen eine ungünstige Lage ? An Hauptstraßen ? Sind sie abgelegen – schlecht erreichbar ?

Warten Hausbesitzer auf Mieter, denen sie mehr Miete abnehmen können ?

Haben sich die Ansprüche an eine Wohnung wirklich allgemein so erhöht, daß manche Wohnung nicht vermietbar ist ?

---

[53] Willi Mohrs, www.der westen.de/staedte/Duisburg

Zu dieser Differenzierung gibt es keine Untersuchungen. In keiner Stadt. Es wird daher nur aus dem hohlen Bauch und über den Daumen behauptet. Und dann ins Ungefähre hantiert.

Leerstand gibt es nie in der Fläche. Wichtigste Tatsache: Leerstand tritt immer nur punktuell auf. Mal hier ein Haus, mal dort eines. Leerstand tritt nie in der Fläche auf. Leerstand als Fläche ist eine gefährliche Idioten-Phantasie mancher Politiker und Planer. Daher ist es Unsinn, aus Leerstand zu folgern, daß man Flächen abreißen kann, soll, muß. Dies führt zum „Stadtmassaker“ (Dankwart Guratzsch).

Besonders peinlich ist dies, weil in Duisburg beim Abriß linke Parteien wie die SPD, die Grünen und die Linke antreibend mitwirken. Sie haben keinen Respekt. Sie wollen gleich ganze Flächen ausreißen. Aber in den Flächen wohnen Leute, die mit Leerstand nichts zu tun haben.

Einzige Ausnahme: Es können Hochhäuser zur Hälfte leer stehen, z. B. auf der anderen Rheinseite in Homberg. Die Ursachen lassen sich ausmachen. Hochhäuser sind Formen, die sich zum Wohnen nur unter bestimmten Bedingungen eignen. Zur Erinnerung: diese Wohnungen wurden einst als „Traum-Wohnungen“ und „Wohnungen der Zukunft“ angepriesen ! Daraus könnte man lernen, dem Zukunfts-Geschwätz kritisch zu begegnen.

Kosten für die Stadt. Flächenabrisse kosten Unsummen an öffentlichen Mitteln, denn jede Parzelle muß aufgekauft werden. Flächenabrisse vernichten ein Maximum an privatem Vermögen – und an anderen Werten.

Jedes Grundstück mit Haus kostet viel Geld, nehmen wir im Mittel 200 000 Euro an. Dann kann man die Grundstücke einer Straße ausrechnen und dazu addieren, wie viele Straßen in einem Stadtteil hinzu kommen. Weiterhin werden öffentliche Infrastrukturen vernichtet. Dafür lassen sich Kosten rechnen. „Was geschieht nach dem Abriß“? Selbst wenn das Grundstück brach und wild herum liegt, kostet es etliches. Und es macht Verluste: Der Stadt entgeht Grundsteuer. Wenn der Boden für Gewerbe hergerichtet wird, verschlingt die Maßnahme ungeheure Summen. Zudem gibt es in Duisburg übersatt Gewerbe-Gebiete, die sich schon seit langer Zeit nicht rentieren.

Man kann es nicht mehr und nicht skandalöser falsch machen als es in Duisburg geschieht.

Staats-Aufgabe. Wenn man überhaupt von Staats-Aufgabe spricht, dann ist es eine Staats-Aufgabe, daß das Ministerium den Städten, die sich im Problem derart falsch bewegen, mit besserem Wissen zuredet und vor allem: *ihnen keine öffentlichen Mittel für den Unsinn des Zerstörens gibt.*

Leerstand: Phantasie ist gefragt

Städte wachsen und schrumpfen. Wenn es ein paar Einwohner weniger gibt, ist dies kein wirkliches Problem. Damit muß man rechnen. Man darf sich nicht berauschen am Größenwahn, der im Wachstumsfetisch steckt.

Immer schon veränderten sich die Zahlen. Mit etwas Gedächtnis kann man sich erinnern an die Zeiten des raschen Zuwachses - er schuf sehr viele und schwierige Probleme. In der mit Menschen übervoll gepumpten Metropole Ruhr reduzierten sich seit den 1970er Jahren die Einwohner-Zahlen.

Aber die Köpfe in den Rathäusern denken immer noch geradeaus, statt sich variabel einzustellen: auf das Auf und Ab. Jetzt ist mal das Ab dran.

Unorthodoxes Problemlösungs-Verhalten. Leerstand ist in großen Städten geradezu normal – darüber gerät niemand in Panik. In Leipzig stehen 50 000 Wohnungen leer, in Berlin sogar 150 000. Andererseits ist die Nachfrage nach bezahlbaren Räumen riesig. Diesen Widerspruch regelt kein Markt – nur unorthodoxes Problemlösungs-Verhalten.

Phantasie ist gefragt. Die Funktionslogik der etablierten Immobilien-Märkte schießt zu kurz. Wen man die üblichen Gewinn-Kriterien zugrunde legt, kann sich nichts bewegen.

Man muß sich einiges mehr und anders gedacht einfallen lassen. Leipzig begegnet dem Leerstand mit Phantasie: Wer in ein leeres Haus einzieht, wird zum Hüter des Hauses auf Zeit. Leipzig spricht von „Wächter-Häusern“[54]. Man kann leere Häuser in Obhut geben – an Häuser-Paten. Sie dürfen darin einiges experimentieren – in Zusammenhang mit einem kleinen Stadt-Management-Team, das sehr unorthodox arbeiten darf und über etwas Projekt-Kleingeld verfügt.

Zwischennutzung. In die Leerstand-Debatte muß sich der Staat nicht einmischen, dies fordern im wesentlichen die großen Wohnungsgesellschaften und die Heuschrecken. Wenn es für den Staat einen guten Grund zur Intervention gibt, dann nur diesen einen: daß man das Problem positiv nutzen kann. Das Zauberwort heißt „Zwischennutzung“.

Aber dies läuft nicht mit passivem Verwaltungs-Verhalten, sondern dafür braucht man bewegliche Stadt-Manager, die verknüpfen.

Geplant: fünf Flächen-Zerstörungen. Phantasie ist im Rathaus Duisburg ein Wort aus einer unbekannten Denkweise. Hier herrscht das Motto: Wenn sich das Problem nicht lösen läßt, wird es an die Wand gestellt und erschossen. Das sieht dann so aus. In Bruckhausen wird ein Stadtteil abgerissen. Im Max-Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz droht weiterer Abriß. Darüber hinaus drohten der Planungsdezernent Jürgen Dressler und das Rathaus: „Weil die Bevölkerung schrumpft, müssen wir in Duisburg drei Stadteile abreißen.“

Diese Leute müßten von Amts wegen etwas von Verantwortung wissen. Natürlich meinen sie nicht die wohlhabenden Stadtteile im Süden, sondern Bereiche im Norden.

Weil jedes Haus aufgekauft werden muß, laufen die Kosten in Milliarden-Höhe. Dieses Geld gibt es überhaupt nicht. Grotesk: Stadtplanung als Illusion !

Dies ist kein Struktur-Wandel, sondern schlicht Aberwitz. Was hier in der untersten Schublade als rational ausgegeben wir, ist irrationaler Aberwitz.

Presse-Propaganda. Der „Westen“, die Internet-Zeitung der WAZ, schreibt am 24. 1. 2012 ein undurchdachtes Gebräu von Halbwahrheiten – ein Durcheinander, mit falschen Kontextualisierungen und Bezügen sowie der Tendenz zum Abreißen. „Die Mieter der Hamborner Zinkhütten-Siedlung setzen sich zur Wehr, ziehen vors Rathaus, bilden eine Menschenkette, um ihre Häuser vorm drohenden Abriss zu bewahren. Szenen wie diese könnten sich in den nächsten Jahren mehren.“ Soweit reicht gerade noch die Wahrheitsfindung und Berichterstattung. Dann aber schreibt Autor Willi Mohrs weiter: „Denn Duisburg schrumpft, die Zahl der leer stehenden Wohnungen steigt. Rund 14.000 Wohnungen sind in Duisburg aktuell ohne Bewohner. Diese Zahl nennt Stadtdirektor Dr. Peter Greulich, der vorübergehend auch das Planungsdezernat leitet. Duisburg sei in besten Zeiten auf eine Bewohnerzahl von 620.000 ausgelegt worden, doch liege die Einwohnerzahl inzwischen deutlich unter 500.000 – Tendenz: weiter sinkend.“

Die Einwohner-Zahlen in Ruhr, das zeitweise sehr stark übervölkert war, sinken seit 40 Jahren – mit durchaus guten Ergebnissen, wenn man in der Lage ist, hinzuschauen. Seit 1980 hat niemand mehr mit Flächen-Zerstörungen darauf reagieren wollen.

Willi Mohrs weiter: „Auch in der Siedlung, die dem geplanten Outlet Center weichen soll, stehen nach Angaben von Vermieter Immeo schon 50 der knapp 400 Wohnungen leer.“ Dies ist Teil der Kampagne für den Abriß – eine Heuchelei: Die Wohnungen stehen nicht einfach leer, sondern die Wohnungsgesellschaft Immeo und die Stadt unternehmen – ähnlich

[54] Martin Reischke, Verschwende die Fläche. In deutschen Städten regiert der Leerstand: „Zwischennutzung“ ist das Modell der Zukunft – auch für die Kultur. Süddeutsche Zeitung 6. 6. 2006.

wie in Bruckhausen – alles, um Leerstand künstlich zu schaffen. Durch die Abriß-Drohung.

Der Umwelt-Mediziner Michael Lefknecht bezeugt, daß Immeo ihm 2010 gesagt habe: Als die Stadt an die Firma herantrat, hätten nur sechs Wohnungen leer gestanden. Dies entsprach einer Vollvermietung. Immeo hätte von sich aus keinen Grund für Abriß gesehen.

Willi Mohrs: „Wir müssen Teile der Stadt abreißen", davon war schon Ex-Planungsdezernent Jürgen Dressler überzeugt. Es werde unvermeidlich sein, sich vor allem von unattraktiven Wohngegenden zu trennen, so der 2011 in den Ruhestand gegangene Dezernent. Dabei gehe es nicht nur um Leerstand, sondern auch um Kosten für Infrastruktur. Beispiel: Immer weniger Bürger müssen pro Kopf immer höhere Gebühren bezahlen, um ein längst zu großes Kanalnetz zu unterhalten."

Auch zur Infrastruktur fehlen differenzierende Nachweise.

Dressler brabbelt etwas daher, was er nicht durchdenken wollte. Was sind die unattraktiven Gegenden ? Jetzt darf jeder raten ! Und Angst haben, dass er selbst dabei ist ! Abreißen ist leicht gesagt, aber überhaupt nicht leicht getan. Und die höheren Gebühren ? Bei jedem Abriß entfällt die Gebühr für ein Stück Kanal, aber den Kanal gibt es nach wie vor. Es wird also teurer.

Erster Widerspruch. Man mag die Marktwirtschaft in ihrer derzeitigen Form kritisch sehen – aber es gibt sie. Wenn ein Hauseigentümer Wohnungen nicht vermieten kann, mag er sich fragen, woran es liegt. Antwort: Erstmal an ihm selbst. Er muß etwas tun. Natürlich spielt auch die Lage eine Rolle, das kann er nicht ändern. Aber vielleicht durch Vorteile kompensieren ?

Stadt und Staat haben nicht die Aufgabe, für die Werte von Eigentümern und Gesellschaften zu sorgen, zum Beispiel für Miet-Höhen - durch Verknappung des Wohnungsbestandes und Garantie von Eigentums-Werten.

Weitere Widersprüche. Das Rathaus will Baubestand im Duisburger Norden abreißen. Die Tatsache ist bekannt, die Ziffern werden im Dunkeln gehalten. Wahrscheinlich handelt es sich neben dem „drei Kilometer langen Lügengürtel" um das sattsam bekannte Wünsch-dir-was-Spiel, das eine seriöse Stadt-Planung ersetzt, „wenn man Stadt-Planung *nicht kann*".

Zur gleichen Zeit will der NRW-Städtebauminister Michael Groschek wieder sozialen Wohnungsbau in Gang bringen. Davon spricht ebenso der SPD-Kanzler-Kandidat Peer Steinbrück.

Allerdings merkt das Ministerium nicht, daß die Bedingungen selbst für Wohnungsgenossenschaft, die nicht an Gewinn interessiert sind, nicht die Kosten decken, weil sie seit zehn Jahren (!) nicht verändert wurden.

In Duisburg will eine SPD-Stadtregierung wenigstens tausend Wohnungen und virtuell tausende dazu abreißen – und zugleich soll gebaut werden ? Das reimt sich nicht.

Baudezernent Carsten Tum plant ein Phantasma: Im Süden der Stadt schicke Wohnungen zu bauen, um steuerkräftige Düsseldorfer nach Duisburg abzuwerben. Aber solche Zeiten sind vorbei: Duisburg müßte viel Kredit aufnehmen, um Infrastruktur vorzuinvestieren. Und hat der Dezernent sich mal angeschaut, daß Düsseldorf und Duisburg doch nicht so nah beieinander liegen ?

Nun wissen wir auch noch, daß es erheblich billiger und daher volkswirtschaftlich günstiger ist, vorhandenen Baubestand zu nutzen und gegebenenfalls zu verbessern. Damit sollte sich Stadt-Planung erstmal differenziert auseinander setzen.

Und mit den folgenden Gedanken !

Zuwanderung gegen das Schrumpfen

Wenn eine Stadt schrumpft, muß zugleich damit nicht auch der Verstand schrumpfen. Sonst könnte der Volksmund auf die Idee kommen zu spotten: „Eine schrumpfende Stadt, regiert von Schrumpfköpfen."

Deutlich ist: Das Rathaus hat keinerlei Realismus und keinerlei Phantasie gegen das Schrumpfen.

Ständig wird verschwiegen, daß es Zuwanderer gibt – und zwar in erheblicher Menge. Sind sie etwa Luft ? Nein, es sind Menschen – normale Menschen. Sie werden pauschal schlecht geredet. Es gibt zwar immer einige darunter, die unverträglich sind, aber die meisten sind Familien wie überall.

Diese Zuwanderer erscheinen lange Zeit nicht in der Bevölkerungs-Statistik. Warum nicht ? Eine korrekte Statistik müßte sie sogleich einarbeiten.

Zuwanderer . Jahr für Jahr gibt es Zuwanderer . Zur Zeit sind es viele Menschen aus früheren Ostblock-Staaten, die in die Europäische Union aufgenommen wurden. Zum Teil werden sie als Kontingent von den Oberbehörden zugewiesen. Duisburg habe, sagt das Rathaus, 2012 als Zuwanderer allein rund 5 000 Rumänen und Bulgaren erhalten.

Das Rathaus und Teile der Bevölkerung empfinden Zuwanderer als lästig. Der Hintergrund für das Rathaus: Es will Sozialkosten vermeiden. Und wo sie unvermeidlich sind, will es sie wenigstens minimieren. In Teilen der Bevölkerung gibt es Ausländer-Feindlichkeit – vorurteilsbeladen, pauschal, verallgemeinernd. Dabei stammt der größte Teil der Bevölkerung von Zuwanderern ab – die Metropole Ruhr war stets Zuwanderer-Gebiet.

Ausplünderung. In welche Szenerie kommt ein Teil dieser Zuwanderer ? Sie suchen eine Schlafstätte. Hausbesitzer bieten sie an: In drei- oder vierstöckige Häuser packen sie jeweils bis zu hundert Menschen. In jedem Haus gibt es nur drei Toiletten. Morgens kassiert der Hausbesitzer für jede Bettstelle oder Matratze zehn Euro. Friedrich Engels hat solche Zustände schon vor 1845 in einem Buch-Klassiker beschrieben: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England".[55]

Eine durchaus aufgeklärte Bürgerinitiative in Hochfeld fordert die Stadt-Verwaltung auf, dagegen etwas zu unternehmen. Aber das Rathaus unternimmt nichts.

Das Rathaus wird auf Gesetze hingewiesen: Sie kann solche Häuser als unbewohnbar erklären, schließen und versiegeln. Aber nichts geschieht. Das ist schlicht Rechtsverweigerung.

Die Stadt kann leer stehende Häuser beschlagnahmen und diesen Zuwanderern als Wohnungen geben – auf Zeit. Dies ist gesetzlich möglich. Dann erhalten vor allem Familien ordentliche Unterkünfte. Nein – wo es notwendig ist, wird weggeschaut, und wo nichts notwendig ist wie im Norden, werden den Menschen andere Wohnungen aufgezwungen.

Vernünftigerweise sollte das Rathaus die Aktionen, Zuwanderer in leere Wohnungen zu bringen, begleiten durch Sozialarbeiter. Sie können den Zuwanderern helfen, sich in die deutsche Gesellschaft einzufädeln. Gebraucht werden auch Dolmetscher. Denn zunächst sind die Zuwanderer ziemlich hilflos – gegenüber Verhältnissen und Sprache.

Das Rathaus könnte die Oberbehörden, die zuweisen, dazu bringen, für die Sozialarbeiter und die Dolmetscher einen Fond zu geben. Immerhin stammt der Innenminister Ralf Jäger aus Duisburg und gilt in Duisburg politisch als „der starke Mann".

Zuwanderung. Es gibt viele weitere Zuwanderer. Aus außereuropäischen Staaten kommen Asyl-Bewerber. Nicht alle werden abgewiesen.

Aber im Grund möchte das Rathaus nur Zuwanderer haben, die einiges an Steuern zahlen. Fachkräfte und Wohlhabende. Aber es gibt nicht nur solche Leute.

---

[55] Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigner Anschauung und authentischen Quellen. Leipzig 1845. Zweite durchgesehene Auflage Stuttgart 1892.

Integration. Wo liegt das Problem bei Zuwanderern ? Auch dies wird meist nicht differenziert diskutiert, sondern mit vagen Vorurteilen und Verallgemeinerungen daher gesagt.

Es gibt zwar einen Integrations-Minister, es gibt zwar Integrations-Projekte – dies ist ein Fortschritt. Er ließ sehr lange auf sich warten, er wäre schon in der ersten Nachkriegszeit notwendig gewesen – in der Zeit der großen Zuwanderungen mit den östlichen Flucht-Bewegungen. Damals gab es bei vielen Einheimischen einen Haß auf „Fliiiichtlinge“. Haben wir jetzt einen neuen Haß ? Hassen manche von diesen Ortsansässigen jetzt die neuen „Flüchtlinge“ ?

Wer in der Sache kundig ist, muß sowohl der Landesregierung wie dem Rathaus mehr abfordern: Integrations-Programme, die nicht zufällig, nicht Stückwerk, nicht einzelne Projekte sind, sondern systematisch mit Zuwanderung umgehen – es wird sie nämlich bis ans Ende aller Zeiten geben.

Bevor wir über ein solches Programm Vorschläge machen, einige Anmerkungen zu den nächstliegenden Problemen.

Die Lage ist absurd: mittelalterlich. Die Zuwanderung schafft für die Stadt, die ohnehin arm ist, durchaus finanzielle Probleme. Aber dagegen muß das Rathaus eine Strategie entwickeln. Nichts davon ist öffentlich erkennbar.

Daß überhaupt die Städte weitgehend eine Anzahl von Sozialkosten zahlen müssen, ist ein fataler Überrest von mittelalterlichen Stadtverfassungen und Zuständen. Diese sind in der Industrie-Epoche weitgehend ersetzt worden durch staatliche Strukturen - das war ein weit greifender Struktur-Wandel.

Aber weil die Städte weitgehend die Sozialkosten aufbringen müssen, ist jede Stadt „gebeutelt“, wenn zum Beispiel ein größeres Werk schließt, wie etwa in Ruhr in den 1980er Jahren. Dies ist eine Katastrophe – für die gesamte Stadt.

Um die Sozialkosten aufzubringen, ist jede Stadt fatal abhängig: erstens von ihren Betrieben – ob sie arbeiten oder entlassen - und zweitens von den Steuern – ob es genügend städtisches Einkommen gibt.

Die Zuständigkeit der Stadt für das Sozialwesen stammt aus einer Zeit, wo es noch keine durchgreifende Staatsbildung gab: aus dem Mittelalter. Jahrhunderte lang war jede Stadt so etwas wie ein Stadt-Staat. Fazit und Perspektive: Die Sozialkosten gehören in die Hand von Bundes-Institutionen. Dann kann die Stadt die Verteilung übernehmen.

Zuwanderung verursacht eigene Kosten. Auch dies muß budgetiert werden - als Programm. Und nur in einer Übergangszeit können dies Sonderkosten sein.

Die Städte nehmen die Misere hin – zwar grollend, aber passiv. Sie müssen energisch werden: Kämpferisch. Ein erheblicher Teil der Schulden jeder Stadt stammt aus dem fehlkonstruierten anachronistisch-mittelalterlichen Sozialwesen. Politik heißt Gestaltung. Wozu haben die Städte Abgeordnete im Parlament ? Sie müssen sich mit weiteren Städten verbünden, die ähnliche Probleme haben. Ein Städtetag als zahnloser Tiger, der sich im wesentlichen bloß akademisch aufstellt, aber kampflos bleibt, verändert keine Verhältnisse, die in diesem Bereich aus einem himmelschreienden Defekt bestehen.

Letzte Meldung: Im Januar 2013 schreibt die NRZ auf Seite 1: „Immer mehr Zuwanderer zieht es nach NRW. Besonders viele davon sind gut ausgebildet.“ Unter den Städten wird auch Duisburg genannt. Das Landesarbeitsministerium geht „davon aus, daß der Trend länger anhält.“ Vor allem sind es Polen (2012 rund 20 000), Griechen und Spanier. „Sie sind gerade in Zeiten des Fachkräftemangels hoch willkommen.“[56]

---

[56] Immer mehr Zuwanderer. NRZ 28. 1. 2013.

Die deutsch-türkische Stadt

Die tüchtigen Zuwanderer

Zuwanderer aus der Türkei. Unter allen deutschen Städten hat Duisburg die größte Anzahl von türkischen Zuwanderern. Sie kamen als Arbeitskräfte zum örtlichen Bergbau und zur Stahl-Indusrie. Aber diese Arbeitskräfte waren Menschen.

Wenn es in Duisburg nicht so viele türkische Zuwanderer gegeben hätte, sähe die Einwohner-Bilanz ganz anders aus.

Jedoch kamen zu den deutsch-deutschen Vorurteilen als Verdoppelung die deutschen Vorurteile gegen zugewanderte Türken – und dann zugleich gegen die Stadt-Viertel, in denen man die meisten von ihnen vermutet – mitsamt den Deutschen, die mit in Haft genommen wurden.

Statt die Probleme konstruktiv gestaltend anzugehen, sehen wir in beiden Ebenen immer noch banale Instrumentalisierungen in der untersten Schublade. Es gibt in Duisburg allenfalls einiges an Toleranz. Allenfalls einiges an gelegentlicher Hilfe. Aber es ist nicht erkennbar, daß diese Bevölkerungs-Schicht positiv und als produktiver Bereich der Stadt angesehen wird.

Mit dem Blick auf diesen in jüngster Zeit zugewanderten Teil der Bevölkerung könnte man Duisburg als gutes Beispiel vorführen: für einen bestimmten Grad an Integration.

Man müsste jedoch feststellen: Das Rathaus hat dazu wenig beigetragen. Die guten Ergebnisse haben die Zuwanderer selbst hergestellt. Sie entwickelten viel menschliche und soziale Struktur.

Bei genauem Hinsehen stellen sich die gängigen Negativ-Bilder über Muslime, Moscheen und Imame als unzutreffend heraus, sieht man von einigen Ausnahmen ab.

Zum Beispiel leistet die Moschee neben dem Kultur-Bunker am Raulien-Platz eine vorzügliche offene sozialkulturelle Arbeit. Über die Details könnte man ein Buch schreiben.

In Marxloh konnte die große Moschee völlig konfliktfrei entstehen. Evangelische und katholische Geistliche wirkten mit. Die Moschee ist offen – in vieler Hinsicht. Man kann sie besichtigen.

Die Stadt könnte stolz darauf sein, wenn nicht der Opportunismus gegenüber Vorurteilen immer noch mehr zählen würde als die ausgezeichneten Tatsachen, die man im Grunde weltweit vorzeigen kann.

Zuwanderer haben eine Handwerker-Struktur geschaffen, die von den meisten Deutschen aufgegeben war. Es gibt eine hohe Qualität des Handwerks. Dies beginnt bei Schustern und Schneidern und reicht bis zu kleinen Mittelbetrieben. Gelegentlich gibt es eine türkische Messe in der Maschinen-Halle im Landschaftspark Duisburg Nord. Sie präsentiert eine fabelhafte Szenerie der weitgespannten Krativität dieser Zuwanderer. In der Nähe des Rathauses Hamborn gibt es ein Café, das auch im Zentrum von Istanbul gut aussehen würde.

Zuwanderer schufen sehr viele Arbeitsplätze. Sie integrierten sehr viele und beispielhaft Jugendliche. In Marxloh entstand an der Kreuzung der beiden Hauptachsen geradezu ein bazarartiges Viertel für den Verkauf von Brautmoden, das inzwischen berühmt wurde.

Die Zuwanderer türkischer Herkunft haben unter sich viel soziale Kontrolle, was dazu führt, daß sie stolz sind auf die niedrige Kriminalitäts-Rate im Norden der Stadt.

Daß in der großen Zahl der Zuwanderer die eigene Sprache auch im Alltag weiterlebt, ebenso viele Sitten, wird von vielen Deutschen kritisiert, die „fremdeln“ und noch keinen Horizont für Zuwanderer haben. Als Ziel der Zuwanderung stellen sie sich vor, daß die

„Fremden“ dann genau so sind wie sie. Im Hinterkopf spuken nach Nationalismus und Deutschtümelei.

In dieser deutsch-türkischen Stadt entwickelt sich jedoch durch die Tatsachen ein Konzept. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Das ist historisch unausweichlich. So war es bereichsweise im Adel. So ist es bereichsweise in der Wirtschaftswelt. Symbolisch spiegelt sich dies in Fußball-Mannschaften. Dies wird in unterschiedlichen Weisen hingenommen. Weit mehr findet dieser Pluralismus im Alltag der Vororte statt. Dafür ist der Duisburger Norden ein vorzügliches Beispiel.

Slogan der Image-Kampagne der Handwerkskammer Düsseldorf: „Bei uns zählt nicht, wo man herkommt, sondern wo man hin will.“

Ein produktives Konzept: Zweisprachigkeit

Wenn es für Gebildete inzwischen eine Selbstverständlichkeit ist, mehrere Sprachen zu sprechen (der Autor bringt es auf vier plus zwei weitere passive), muß es ebenso selbstverständlich werden, daß türkische und andere Zuwanderer sowohl Deutsch lernen wie ihre Muttersprache behalten.

Die Fortschritte im Umgang mit der deutschen Sprache sind inzwischen ausgezeichnet: die zweite und dritte Generation sind darin aufgewachsen. Es ist ein großer Reichtum, die Sprache der Herkunft zu bewahren. Sie wird übrigens nicht mehr im Herkunftsland gelernt, sondern über die Eltern und hiesige Netze.

Die deutschen staatlichen Institutionen sind immer noch gegenüber dieser positiven Entwicklung passiv d. h. blind. Zukunfts-Vorstellung: Sie müssen sie nicht nur positiv bewerten, sondern auch fördern. Zwei Kulturen sind mehr als eine. Deutschland war in der NS-Zeit ein hochgradig abgekapseltes Land mit einer zynischen Verachtung gegen andere Völker. Aber in der Nachkriegszeit haben sehr viele Menschen fabelhaft gelernt: sowohl in menschlichen wie sprachlichen Bereichen.

Staatsbürgerschaft. Übrigens leben die meisten türkischen Zuwanderer seit Jahrzehnten in Duisburg und sind inzwischen deutsche Staatsbürger. Man kann bedauern, daß sich die Bundesregierung nicht entschlossen hat, eine doppelte Staatsbürgerschaft anzubieten.

Kulturell ist dies nicht unbedingt notwendig, weil die Staatsbürgerschaft immer weniger zum Verhalten beiträgt – sowohl die deutsche wie die türkische. (Der Autor ist Ehrenbürger einer toskanischen Stadt ohne die italienische Staatsbürgerschaft zu besitzen.)

Brücken-Land. Deutschland ist das wichtigste Brücken-Land auf dem Kontinent. Die deutsche Wirtschaft lebt davon – mit ihrem Export. Verkaufen kann man nur oder am besten, wenn man die Landessprache beherrscht.

Daraus muß der Integrations-Minister ein Programm machen. Eine gelungene Integration ist heute nicht dasselbe wie in diesem Land um 1900 die Integration der polnischen und balkanischen Zuwanderer statt fand. Damals raubte eine nationalistische Politik den Zuwanderern das Selbstbewußtsein und die Sprache – und damit einen Reichtum, der entsteht aus der Mehrsprachlichkeit und mancher kulturellen Eigen-Art (das Wort hat einen Dreifach-Sinn).

Duisburg liegt am Rhein, an der Achse Europas. Über den Rhein war es Jahrhunderte lang eine weltoffene Stadt. Nicht zufällig floh aus einem jahrzehntelangen Kriegsgebiet der bedeutendste Karthograf, Gerhard Mercator. Erst mit Preußen und dem Nationalismus verlor es diese Offenheit. Aber das ist vorbei. Es kann nun nicht nur mit seinen Konzernen Haniel und Thyssen, sondern auch an seinen Zuwanderern zeigen, daß es die nationalistische Enge hinter sich gelassen hat und sich zu einer europäischen Offenheit entwickelt.

Der katastrophale Umgang mit dem Duisburger Norden steht in groteskem Kontrast zu dem, was die Bevölkerung sich selbst aufgebaut hat. Ebenso im Kontrast steht der Abriß in

Bruckhausen und die immerwährenden Diskussionen um Abrisse in Marxloh. Dies sind Ohrfeigen für zugewanderte Mitbürger. Sie zeigen einen Totalausfall an Empathie, Sensibilität, Wissen und Perspektive.

Die Verhältnisse lassen jedoch erkennen, daß es in vielem überhaupt nicht auf das Rathaus ankommt. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst – und wie dies hier im Alltag zustande kommt und Erfolg hat, können wir im Duisburger Norden erkennen, wenn wir sorgsam hinschauen.

Letzte Information: „Zweisprachigkeit fördert das Denken. Wer seit seiner Kindheit zweisprachig lebt, profitiert davon nicht nur bei der Verständigung, sondern auch beim Denken allgemein. Senioren, die seit ihrer Kindheit zwei Sprachen nutzen, schneiden bei kognitiven Tests besser ab als einsprachig Aufgewachsene. Das belegt eine im Journal of Neuroscience veröffentlichte Studie. Sie zeigte auch, daß bei den zwei Versuchsgruppen während des Wechsels zwischen zwei Sprachen jeweils andere Aktivitätsmuster in den Hirnregionen entstanden.“ (FR)[57]

Duisburg kann daraus eine Perspektive machen.

Zerstörungs-Plan Bruckhausen

Das waren Zeiten ! – und wie sind wir in kurzer Zeit herunter gekommen ! – „und heute ist da Wild West“

Ich finde ein doppelseitiges Plakat mit vielen Bildern, das sehr einfallsreich ist. Es entstand im Jahr 2 000 (!). Zitate:

„Industriekultur 1930. Die imposante Kulisse blieb. Damals nannte man >Vereinigte Stahlwerke< - heute ThyssenKrupp Steel. Blick vom Beecker Kirmesplatz auf Bruckhausen.“

„Das internationale Bruckhausen um 1900. >Seltersbude< an der Dieselstraße.“

„Wer zuerst kommt, wohnt zuerst“

„Noch keine Bude ?“

„Im Stadtteil Bruckhausen gibt’s für jeden etwas. Nicht nur WG-taugliche Wohnungen bis zu 280 qm.“

„Ein Dienstleistungszentrum mit Supermarkt, Arztpraxen und Sparkasse; dazu ein großer Wochenmarkt, Kindergärten und –tageseinrichtungen.“

„Attraktive Freizeitangebote im ab 2001 fertiggestellten Bunker Heinrichsplatz.“

„ Der Kulturbunker ist ein guter Einfall. Aber es geht um mehr als um Alibis.“

„Hier [im Bunker] findet man Musikübungsräume sowie eine neue Terrassengaststätte.“

„Bruckhausen hat Verkehrsanbindungen in alle Richtungen. Neben A 59 – und A 42 – Anschluß bietet die DVG mit der Linie 901 und dem Nachtexpreß durchgehende Bahnverbindungen in die City und zur Uni.“

---

[57] Frankfurter Rundschau 9. 1. 2013, 23.

„Am 30. 10. [20]00 schau´n wir mal und treffen uns um 16 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus Schulstraße 41.“

„Bruckhausen hat viele Potenziale. Das vergleichsweise große Angebot an preiswerten und großräumigen Altbauwohnungen der ThyssenKrupp-Wohnimmobilien ermöglicht z. B. die Realisierung studentischer Wohnprojekte.“

„Bruckhausen hat was ! Ein renoviertes Steiger-Haus an der Schulstraße . . .

und einen der beliebtesten Wochenmärkte Duisburgs.“

„Wie wär´s mit Villa Wohn-Gemeinschaft !“

„Thyssen-Villen an der Kronstraße.“

Nicht <big brother<, sondern Operettengeschichte. In Bruckhausens gab es das >Große Haus< des Apollo-Theater, das 1928 entstand.

Einst wurden Postkarten verschickt: „Gruß aus Bruckhausen“

Dieses Plakat mit seinem Inhalt war ein Lichtblick bei der EG-DU. Das Plakat war gezeichnet mit „Infos – Hotlines: www.du-bruckhausen.de und www.pkim.de. Tel.: 0201/188 31 32 oder Stadtteilbüro Bruckhausen der EG DU: 0203/46 00 32-33.“ - „Gestaltungskonzept: EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH, Günter Matczik, Fotos: EG DU, Erinnerungsagentur-Nord, Stadtarchiv Duisburg. 10/2000.“

Hinzu kommt auf dem Plakat eine interessant gemachte Übersichtskarte. Auf der anderen Seite folgt ein Text: „Bude oder Villa in Bruckhausen frei !“ „Für wenig Kohle anne Hütte wohnen .. . . und dann noch eine 200 Quadratmeter-Bude von unserm Werks-Ingenieur echt ?“ „Thysssen-Villa-frei. Aktion für Schüler-und Studenten-Wohngemeinschaften Stadt Duisburg, Fachstelle für Wohnungsnotfälle, Evangelische Kirchengemeinde Bruckhausen in Kooperation mit der EG DU – Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH und ThyssenKrupp Wohnimmobilien AG“

„Mensch Leute, da hätt´n wir abba früher sofort zugegriffen !“

Das Plakat ist eine hervorragende Idee. Damals, im Jahr 2000 gab es noch so etwas wie Phantasie.

Dann aber – in wenigen Jahren – von 2000 bis 2005. ThyssenKrupp benannte sich um in „ThyssenKrupp Steel“ – wollte wohl was Besseres sein, wurde aber fremder.

ThyssenKrupp verkaufte seinen Wohnungsbestand an eine Heuschrecke, die keine Verantwortung und keine Leidenschaft an ihren Häusern hat. Ihr Geschäftsmodell hieß: Wohnungen verkaufen – so rasch wie möglich. Keine nachhaltige Bestands-Wirtschaft. Dies war ein Totalausfall an Perspektive, wozu dies in Zukunft führen könnte: Zu welchen Schwierigkeiten ? Welche Amputation von Chancen dieser Verkauf mit sich bringt ?

Hinter den Kulissen muß sich sehr viel abgespielt haben, wovon wir nur die Folgen sehen und geradezu kriminalistisch kombinieren müssen.

Die EG DU knickte ein. An die Stelle von positiven Energien setzte sie negative Energien.

An die Stelle von Entwicklung setzte sie Zerstörung.

Es standen die Jobs von 30 Leuten und dem Geschäftsführer auf dem Spiel – die wollte man retten, indem man sich die Beschäftigung erhielt – aber in welcher fatalen Weise !

Die Politik verließen Geist und Mut – und sie tat, was man in Deutschland manchmal für eine Problemlösung hält: das Problem an die Wand stellen und langsam erwürgen. Dies heißt hier: schlecht reden, rauslocken, rausgraulen, verfallen lassen, vandalieren lassen, Mülleimer-Fotografie, leer ziehen, platt machen, abreißen.

„Bei Euch ist ja richtig Wild West“. Sanierung als gigantische Lüge – statt Erhalten wird ein einzigartiges Würge-Verfahren zum Auslöschen entwickelt: Veränderungs-Sperre.

Geblieben sind Ausreden. Sprüche. Lügen. Brachen. Ein „Grüngürtel“, der keiner ist – im Volksmund ein „Lügengürtel“.

Gerhard Groß, Planer in der Stadtverwaltung München, sagt 2012 bei einer Besichtigung des Tatortes: *„Bei Euch ist ja richtig Wild West !“*

So ähnlich formulierten es auch die besten Planungsleute von Ruhr in Begehungen und Besprechungen in Bruckhausen und im >Schwarzen Diamanten<.

Zum Desaster gehört sieben Kilometer entfernt das Rathaus – unzugänglich verbarrikadiert - zur Burg mutiert.

Gesammelt: Gehörtes zu Bruckhausen

„Man muß die Inhalte eines solchen Bebauungsplanes öffentlich diskutieren. Unser erster Einwand: Dies ist hier überhaupt nicht geschehen. Hier erhielt Bruckhausen lediglich ein Etikett und wird blind der Zerstörung übergeben. Dies ist unprofessionell. Dies ist unzivil. Dies ist eine Art Kriegshandlung, in der wild bombardiert wird."

„Es wurde lediglich auf Zerstörung gesetzt, ohne an Alternativen zu denken."

„Ruhr unterliegt für den gesamten Wohnungsbereich einem pauschalen Vorurteil. Daher gibt es fast von nichts professionelle Kenntnisse. Man glaubt, man dürfe alles und jedes dem Vorurteil anheim geben."

„Das einzig Untersuchte an Wohnbereichen sind einige Arbeiter-Siedlungen, vor allem Eisenheim, und die Margarethenhöhe in Essen, die erfolgreichste Stadtplanung des 20. Jahrhunderts."

Aus dem Rathaus wird die Devise ausgegeben: „Keiner will da wohnen."

„Unsinn ! Es ist eine tendenziöse Behauptung, dass da keiner wohnen will."

„Die Statistiken sind gefälscht. Es gab in Bruckhausen ein Studenten-Wohnheim in einem Thyssen-Gebäude. Es wurde 2007 aufgelöst. Rund 70 Studenten wurden vertrieben. Fragt nach, wie dies in die Statistik eingegangen ist – und mit welchen Erklärungen. Aber solche Daten werden ohne Kontext eingesetzt und instrumentalisiert."

„Es gibt Makler, die die Häuser vermitteln würden."

„Wir haben eine Person, die professionell als Maklerin arbeitet. Sie würde sämtliche Häuser an Mieter vermitteln und die Reparaturen dirigieren, die dazu notwendig sind."

„Ein Teil von Bruckhausen ist städtisches Eigentum. Ich frage: Wieviel öffentliches Kapital wurde in den Sand gesetzt ? Seit 30 Jahren sind Fördergelder in den Stadtteil geflossen."

„Die EG-DU wurde gegründet, um Fördergelder zu holen."

„Ein ungeheurer Mißbrauch: Der Grüngürtel wird mit dem Programm >soziale Stadt< gemacht."

„Daß ein >Grüngürtel< entsteht, ist pure Behauptung. Es ist nicht mehr als ein ungefähr 100 bis 200 m breiter Streifen Wiese. Dies nutzt niemandem. Aber es wird als Park ausgegeben. Doch diese dilettantische städtebauliche Absurdität zielt ja nicht wirklich auf Grün und Park, sondern ist ein Vorwand für Kahlschlag – eine Maskerade für ein >Sozialverbrechen<".

„Der Volksmund nennt diesen nichtsnutzen Rasen-Streifen den >Lügengürtel<."

Vor 20 Jahren wurden in den Straßen Bau-Lücken geschlossen: mit Fördergeldern für Neubauten. Diese Häuser sind heute in gutem Zustand, aber sie sollen abgerissen werden.

„Im Bebauungsplan-Verfahren kann von Abwägung keine Rede sein."

„Die Planung ist von einem erschreckenden Dilettantismus. Von Professionalität kann keine Rede sein."

„Alle wichtigen Überlegungen finden nicht statt."

„Alles wird dem einzigen Ziel geopfert: Abriß."

„Hier sind alle Entwicklungen seit 1980 schlicht nicht gesehen oder ausgeblendet oder absichtsvoll ignoriert worden."

„Die Fülle der zum Bebauungsplan beschriebenen Seiten bewegt sich weitgehend außerhalb der wichtigen Probleme. Dies ist reiner Bluff."

„>Überalterte Bausubstanz< - das ist Unsinn. Die Häuser sind gerade mal rund 100 Jahre alt. Dann müsste ein Viertel aller deutschen Städte abgerissen werden. Daß es einzelne Reparaturen geben muß, ist selbstverständlich. Es gibt sie auch bei normaler Pflege eines Hauses."

„Das Rathaus wollte Bruckhausen kaputt machen. Daher ließ es weiter südlich ein neues Ortszentrum anlegen. Grotesk: In der Bauverbotszone an der A 42. Außerhalb des alten Bruckhausen. Es wurde zugeschnitten auf einen Supermarkt, auf die Apotheke, auf die Sparkasse. Wenn es professionell städtebaulich zugegangen wäre, hätte die Stadt zumindest die Sparkasse und die Apotheke in den alten Kern gelegt, möglicherweise auch den Supermarkt. Dies deutet bereits an, daß, was als städtebaulicher Mißstand ausgegeben wird, nicht an Bruckhausen lag, sondern an den Köpfen der Verantwortlichen, die hier städtebaulichen Unsinn betrieben."

„Die Stadt verlagerte die Kaufkraft des Viertels zum Teil nach außen, an den Ostacker. Baulich getrennt von Bruckhausen. Von der Ortsmitte zwei drei Kilometer entfernt. Ein solcher Unsinn zeigt die Unprofessionalität der Planung."

„Defizitäre Grün- und Freiraumsituation." – „Völliger Unsinn. Es gibt sehr viel Grün in Bruckhausen. Auch öffentliche grüne Innenhöfe. Weitere könnten leicht geöffnet werden und man hätte noch mehr öffentliche Grünfläche. Es gibt kaum einen Stadtteil, der soviel Grün hat. Es gibt wenigstens 5 Kinderspielplätze – das ist enorm für einen so kleinen Stadtteil. Es gibt den Park hinter der Schulstraße."

„Fehlende Infrastruktur im Ortskern." – „Wenn man Supermärkte nach außen verlegt, fehlen sie im Kern. Wenn man eine derartige Vertreibungspolitik betreibt, hat dies natürlich Wirkung auf die Geschäfte. Übrigens kann man daran inzwischen wenig mehr festmachen."

„In der Planung herrscht hier absichtsvoll ein veraltetes Denkmuster, das die Gesamtlage nicht erkennen will.

„Was sind soziale Mißstände ? Dies ist Geschwätz - nur eine Worthülse. Das kann man überall rein schreiben. Dazu gibt es keine Untersuchung."

„Der soziale Mißstand sind die Köpfe der Planer, die keine Lust haben, professionell zu sein."

„Thyssen hat schon in den 1970er Jahren bewusst , so ein früherer Mitarbeiter von Thyssen (Name bekannt), Gastarbeiter in das Viertel gesetzt, weil man dachte: in fünf Jahren gehen sie wieder, dann könne man abreißen. Diese Strategie wurde damals als >Ausfaulungsstrategie< bezeichnet."

Einsicht in die Bebauungsplanung

Das Amt für Baurecht und Bauberatung, gibt nach Gutsherrren Art Auskünfte – mal ja, mal nein. Es weiß nicht, dass in einer pluralistischen Gesellschaft alle Seiten gleichermaßen das Recht auf Einsicht haben. Katrin Susanne Gems testet von Zeit zu Zeit, wie das Amt es denn mit der Gesetzes-Lage hält: dem Informationsfreiheits-Gesetz. Sicher ist nur, dass es sie nicht mag. Und so macht es diese Einstellung, wo immer es kann, deutlich. Erfindungsreich versucht es, Anfragen mit Ausreden abzuwimmeln . Katrin Susanne Gems kommt nur weiter, wenn sie den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW bittet, das

Amt aus jeweils gegebenem Anlaß darauf hinzuweisen, dass Gesetze Gesetze sind[58]. Als Beamter sollte man das begreifen.

Das Amt begründet seine Verweigerung der Einsicht in die Denkmal-Dokumentation Bruckhausen mit dem Satz, dass „die Dokumention aktuell redaktionell überarbeitet“ werde.

Der Landesbeauftragte erklärte dem Amt, daß in der redaktionellen Überarbeitung nach § 4 Abs. 1 (FG NRW) kein Ablehnungsgrund zu sehen sei. Das Amt bleibt unbeeindruckt.

Briefe gehen in und her. Dann beschwert sich Katrin Suanne Gems bei der Bezirksregierung.

Eine prominente Stimme

Prof. Dr. Wolfgang Sonne von der Technischen Universität Dortmund Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen und dort Inhaber des Lehrstuhls Geschichte und Theorie der Architektur schreibt: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sauerland, wie ich gerade erfahre, soll demnächst der Abriss von Bruckhausen fortgesetzt werden. Im Namen des Deutschen Instituts für Stadtbaukunst und meines für die Lehre der Denkmalpflege zuständigen Lehrstuhls an der TU Dortmund bitte ich Sie dringendst, diese Abrissmaßnahmen auszusetzen und ein stadtverträgliches Konzept, das die bestehende Bebauung mit einschließt, umzusetzen.

Aus denkmalpflegerischer, städtebaulicher, ökologischer, ökonomischer, sozialer und auch politischer Perspektive stellt die momentane Abrissstrategie das genaue Gegenteil dessen dar, was unter einer nachhaltigen Stadtentwicklung notwendig ist.

Lassen Sie es nicht zu, dass Ihr Name mit einem solchen städtebaulichen Irrsinn verbunden wird.

Gerne bin ich bereit, an einem stadt- und denkmalverträglichen Konzept mitzuarbeiten.
Mit freundlichen Grüßen Wolfgang Sonne

Kopien: Jürgen Dressler, Stadtentwicklungsdezernent Stadt Duisburg
Katrin Gems, Geschichtswerkstatt Du-Nord.

Verletzung von Normen

Die Satzung der Stadt Duisburg zur Änderung der Satzung über die förmliche des Sanierungsgebietes Duisburg-Bruckhausen verletzt mehrere Normen:

Mangelnde Rechtmäßigkeit: Art.3 Grundgesetz: Gleichheit - verletzt. Art.11 GG Freizügigkeit – verletzt. Art.14 GG Eigentum – verletzt. - Verwaltungsrecht: Grundsatz vom Vorrang des Gesetzes: kein Handeln gegen das Gesetz.

Anforderungen des BauGB: Nachhaltige Raumentwicklung und weitere Normen des Baugesetzbuch nicht erfüllt. *Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes scheint erfüllt*. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wurde verletzt - die Verwaltung darf nicht stärker in die Rechte der Bürger eingreifen, als es der Zweck der Maßnahme erfordert. Der

[58] Korrespondenz des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit der Stadt Duisburg: www.geschichtswerkstatt-du-nord.de/htm/link_stadt.html

Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist ein allgemeiner Verwaltungsgrundsatz. Er ergibt sich aus dem Rechtsstaatsprinzip und gilt mittlerweile als Gewohnheitsrecht (siehe Maurerer § 4 Rn. 28).

Verhältnismäßig ist ein Verwaltungshandeln nur, wenn es folgende Anforderungen erfüllt. Es muß die Verfolgung eines erlaubten Zwecks erfüllt sein. Dies muß mit grundsätzlich erlaubten Mitteln geschehen. Dies muß geeignet sein. Geeignet ist ein Mittel, wenn es den verfolgten Zweck zumindest fördert. Es muß erforderlich sein. Erforderlich ist ein Mittel, wenn es kein milderes Mittel gibt, das den verfolgten Zweck zumindest fördert. Das Ganze muß im engeren Sinn verhältnismäßig sein. Dies muß auch proportional sein d. h. ein geeignetes und erforderliches Mittel muß in einem angemessenen Verhältnis zum Zweck stehen.

Dieses Projekt ist gekennzeichnet von mangelnder Zweckmäßigkeit**.** Es sind erkennbar: mangelnde Wirtschaftlichkeit (analog zu §6 1 HGrG), mangelnde Sparsamkeit (analog zu §7 1 BHO und Art.274 1 EGV), mangelnde Nachhaltigkeit (analog zu § 6 S 1 Wohnraumförderungsgesetz), mangelnde gute fachliche Praxis (analog zu §5 IV BnatSchG und zu §14 II BbodSchG), mangelnde Bürgernähe, mangelnde Akzeptanz, mangelnde Effektivität, mangelnde Effizienz, mangelnde Gleichbehandlung, mangelnde Schönheit der Landschaft (analog zu § 2 1 Nr.13 S1 BnatSchG), mangelnde Verlässlichkeit, mangelnde Praktikabilität, mangelnde Umweltverträglichkeit.

Unter diesen rechtlichen Aspekten gibt das Handeln des Rathauses ein verheerendes Bild.

Umwelt

Grobianistische Phase der Industrialisierung. Lange Zeit verlief die Industrialisierung in der Region Ruhr in einer grobianistischen Weise. Die Aneignung der Natur in den Werken konzentrierte sich auf sehr weniges. Dies führte zu sehr viel Abfall. Davon wurde, was materiell war, auf Müllkippen geschleppt. Flüssiges ließ man in den Boden laufen und Gasförmiges in die Luft schleudern.

Die Industriellen meinten, es gäbe genug Natur, angesichts des großen Umfangs der Natur sei die Menge an Abfällen unerheblich. Zudem meinten sie, daß Menschen mit Unzulänglichkeiten eben leben müßten. Dabei sparte man Aufwendungen – das war günstig für die Gewinne.

Nutzung der Nebenprodukte. Um 1900 entdeckten findige Naturwissenschaftler, dass man einen Teil der Abfall-Stoffe nutzen könne – vor allem daraus Gewinne ziehen. Dies wurde zunächst bagatellisiert mit dem Stichwort „Nebenprodukte". Aber vor allem aus der Kohle entstand eine umfangreiche chemische Industrie. In der Folge-Zeit machten einzig die Nebenprodukte die Kohle rentabel. Für sich allein war sie dies nur ein einziges Jahr – 1927, beim großen englischen Bergarbeiter-Streik. (Dabei verhielten sich deutsche Bergleute unsolidarisch.)

Man kann erkennen, wie produktiv es ist, auch das, was man gemeinhin Abfall zu nennen versucht, sich genauer anzuschauen.

Allerdings blieben die Industriellen nach diesem Erfolg lange Zeit in der Entwicklung stehen. So wurde der Zustand des grobianistischen Umgangs mit der Natur nur wenig reduziert. Die Auswirkungen waren vor allem im Industrie-Gebiet an Ruhr, Emscher und Lippe jahrzehntelang unter mehreren Aspekten als schädlich bemerkbar. Der Himmel war nicht blau, sondern beladen mit den Abgasen aus tausenden von Schornsteinen und von all

der „dicken Luft“, die aus den Anlagen, u. a. Hochöfen, ins Freie entwich. Das Wasser war giftig geworden. Die Erde verseucht.

Umwelt-Bewegung. Erst in den 1970er Jahren entstand eine Umwelt-Bewegung, die diesen Namen verdiente. Sie wurde getragen von vielen jungen Leuten. Die Machthaber in der Wirtschaft, in Politik und Verwaltung sowie in den Medien taten diese Umwelt-Aktiven zunächst als „Spinner“ ab. Angeblich riskierten sie die Arbeitsplätze. Mit solchen Sprüchen zogen die Unternehmer auch die Gewerkschaften in ihr etabliertes Netz, in dem Umwelt-Fragen lange Zeit tabuisiert waren – durch einen ungeheuren Konformismus-Druck in der Gesellschaft. Aber die Ökologie-Bewegung ließ sich nicht aufhalten. Sie sickerte überall ein. Und sie fand viel Zustimmung.

Die immer noch grobianistisch eingestellten Industriellen sahen sie als Investitions-Hindernis. Auch als Einschränkung ihrer Produktivität.

Dieses aggressive Verhalten der Wirtschafts-Egomanen wurde nur sehr langsam ein wenig domestiziert durch Gesetze, die mit viel Mühe dann doch gegen viele und starke Lobbyisten und gegen die von ihnen beeinflusste Politik durchgesetzt wurden.

Abstand. Ein Anlauf der Obrigkeit in den 1970er Jahren hatte verheerende Auswirkungen. Große Werke forderten von der Politik, dass sie Abstand zur Industrie schaffen solle. Dieser sogenannte Abstandserlaß der Landesregierung sollte dem Kahlschlag von Wohnbereichen rund um die Werke dienen.

Dies spielte sich in Oberhausen so ab. Der NRW-Innenminister Burkhard Hirsch (FDP) hatte es sich in den Kopf gesetzt, Eisenheim abzureißen – die älteste Arbeitersiedlung in der Region. Dazu versuchte er den gerade entstandenen Abstandserlaß zu benutzen. Eisenheim solle wegen der nahen Kokerei vom Erdboden verschwinden. Er bluffte – tatsächlich war der Erlaß gemacht worden, um im nahen Umkreis *neue* Ansiedlungen zu verhindern.

Die Eisenheimer Bürgerinitiative schrieb an den Umweltminister Friedhelm Farthmann (SPD): Wenn er seinem Kollegen Hirsch entgegenkäme, würde er sich in seiner Bewerbung zum Ministerpräsidenten ein Problem einhandeln – durch das kämpferisch erprobte Netz der Initiativen. Farthmann war ein intelligenter Minister: Er schickte seinen fähigsten Beamten, den Abteilungsleiter Dr. Franz-Josef Dreihaupt, nach Eisenheim. Dieser analysierte gemeinsam mit der Bürgerinitiative das Umfeld der damals stark emittierenden Kokerei Osterfeld.

Eisenheim lag in der Windrichtung, die es nur einige Tage im Jahr gab. In der häufigsten Windrichtung lag der Stadt-Kern von Osterfeld. Und unmittelbar daran angrenzend die Gesamtschule - mit tausenden von Schülern. Ebenso war ein großer Wohnbereich weit mehr betroffen von den Abgasen als Eisenheim. Die Initiative fragte: Wollen Sie das alles abreißen ? Und meinen Sie, dass Sie das zustande bringen ?

Dreihaupt reagierte pragmatisch: Der Abstandserlaß ist ungeeignet, das Luftproblem zu lösen. Minister Farthmann gab dem Minister-Kollegen Hirsch eine Absage. Dieser geriet darüber – wie kundige Journalisten der Initiative berichteten – außerordentlich in Wut, denn Hirsch hatte damit die letzte Karte im fünfjährigen Kampf um Eisenheim verspielt.

Um auch nur einen relativen Effekt zu erzielen, müßte man im Umkreis von 20 km die gesamte Bebauung abreißen. Nicht durchsetzbar. Unbezahlbar. Dem Gift in der Luft kann man nicht mit städtebaulichen Maßnahmen zuleibe rücken, sondern nur mit intelligenterem Produzieren und Filtern.

Der Abstandserlaß wurde sang- und klanglos in die Schublade gelegt. Dort blieb er, weil 1980 Minister Christoph Zöpel mit seiner Städtebaupolitik solchen unsozialen Unternehmungen generell ein Absage erteilte.

Normen. Brüssel setzte einige wichtige Normen. In den einzelnen Ländern hätte man sie niemals gegen die dort herrschenden Mächte mit ihrer Lobby durchsetzen können. Zum Beispiel im Bereich des Wassers die „Wasserrichtlinie“. Auch für die Luft wurden wichtige Vorschriften gemacht.

Die umfangreichste Begründung für den „blauen Himmel über der Ruhr", den Willy Brandt in einem Wahlkampf propagierte – damals noch eine ferne Vision – schuf die Industrie aus ganz anderen Gründen: durch umfangreiche Stillegung von Werken (Produktions- und Kapital-Verlagerung).

Umwelt-Initiative. Im Duisburger Norden entstand in Marxloh eine Umwelt-Initiative. Eine ihrer wichtigsten Figuren war der Umweltmediziner Michael Lefknecht. Die Initiative setzte Thyssen ständig unter Druck. Ärzte spielten auch in anderen Ruhr-Städten eine bedeutende Rolle, in Essen vor allem als einer der Pioniere Dr. Horst Pomp, der Gründer des „runden Tisches". Durch eine Umwelt-Initiative in Oberhausen wurde Bärbel Höhn bekannt – später NRW-Umwelt-Ministerin.

Thyssen-Abstands-Ideologie. Die Ideologie des Abstandes, die sich im Abstandserlaß spiegelte, ließ Thyssen nicht ruhen. Thyssen gibt zwar später an (Schreiben Ehrenbeck 8. 6. 2011), die Firma hätte mehr als 300 Millionen Euro in Umweltschutzmaßnahmen gesteckt, bei jeder Neuinvestition von einem Euro 30 Cent, aber dies geschah alles unter großem Außendruck und teilweise auch in unverschämten Deals. Die wichtigste Maßnahme war die Stillegung der Kokerei. Allerdings wurde an anderer Stelle eine neue gebaut. Damit aber war Bruckhausen weithin entlastet. Thyssen wurde auch von Brüssel gezwungen, die Filterung von Abgasen erheblich zu verbessern. Es verstand aber, die Termine immer wieder vor sich herzuschieben oder sich Aufschub zu verschaffen. 2012 ist Thyssen noch mit einigem im Verzug.

Insgesamt hat sich bis 2012 die Lage im Bereich der Luft so verbessert, dass Bruckhausen in der Luft-Qualität auf der Höhe von Köln liegt.

In mehreren Jahrzehnten übte Thyssen Druck auf die Stadt aus, den Ort Bruckhausen, der direkt vor dem Werk steht, langsam untergehen zu lassen. Mental geisterte der Abstands-Erlaß, auch wenn er rechtlich und stadtplanerisch keine Bedeutung mehr hatte, durch etliche Köpfe – bei Thyssen und in der Stadt-Verwaltung.

Direkt konnten diese Leute die Forderung nach Abstand und folglich nach Abriß nicht mehr auf den Abstands-Erlaß gründen, statt dessen führten sie andere Vorwände ins Feld. Das häufigste: Wer will denn da neben dem Werk wohnen ?

Das will gewiß nicht jeder, aber die Menschen, die es wollten, wurden schlicht vertrieben.

In der Hauptverwaltung. Im April 2 012 haben Prof. Roland Günter und Prof. Christoph Zöpel, der frühere NRW-Städtebauminister einen Termin mit der Führung von ThyssenKrupp Real Estate. Die Herren dieser Abteilung Liegenschaften wurden vom Vorstandschef Dr. Heinrich Hiesinger zu diesem Treffen angewiesen. Sie sagten gebetsmühlenhaft die sattsam bekannten Sätze, die die Stadtverwaltung seit einiger Zeit ausgegeben hatte.

Es ist erstaunlich, wie sich von Zeit zu Zeit die Vorwände für immer dasselbe Ziel, den Abriß von Bruckhausen wandelten. Plötzlich behaupten sie, die Frage der Luft habe für Thyssen nie eine Rolle gespielt, auch heute nicht.

Für heute mag dies sogar so sein, denn die Werte sind jetzt in einem Bereich, mit dem man nichts begründen könnte. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Realität tatsächlich von jedermann zur Kenntnis genommen wird. Denn in der Wolkenwelt der Vorurteile schwatzen immer noch viele Leute so viel daher, dass ihnen wie Pinocchio lange Nasen wachsen müssten.

Es besteht aber nach wie vor von Seiten des Rathauses das Interesse, sich die Option Umwelt für ihre Strategie offen zu halten.

Es ist eine gezielt in Umlauf gebrachte und gehaltene Fabel, daß die Bewohner des Nordens die Industrie und damit die Arbeitsplätze in Gefahr bringen. Die Boshaftigkeit dieses undifferenzierten Gerüchtes hält den Tatsachen nicht stand. Markus Hagedorn: „Umweltschutzmaßnahmen wirken sich so schwach auf den Profit der August-Thyssen-Hütte (ATH) der TK aus, daß es mitten in der Wirtschaftskrise wirtschaftlich war, die Sinteranlage der ATH so umzurüsten, daß sie die gesetzlichen Umweltschutzanforderungen übertrifft. Da

auch die Hochöfen 8 und 9 die gesetzlichen Umweltanforderungen übertreffen, müßten aktuell nur noch die bodennahen Emissionsquellen eingedämmt werden und Bruckhausen wird eine sogar den neuen EU-Vorschriften genügende Luftqualität haben. Dazu sind die Bezirksregierung Düsseldorf und der ThyssenKrupp-Konzern gesetzlich verpflichtet."

Politik, die verschläft

Das Verhalten der Linkspartei hat die Handschrift von Hermann Dierkes, dem Häuptling der Linken in Duisburg. Dies ist der Phänotyp eines Gewerkschaftlers, der nur wenig über Tarif-Verträge hinausblickt. Diese sind zwar wichtig, aber die Welt darf sich nicht darauf verengen. Sein Schlachtruf „Arbeitsplätze!" klingt zwar edel, ist aber so, wie er und andere ihn seit 30 Jahren posaunen, pure Gebetsmühle.

Wo waren die Leute in der Mitbestimmung in den Jahrzehnten, als die Konzerne ihre Kapitalien und damit die Arbeitsplätze woanders hin verschoben – und hier die Arbeit abschafften ? Sie stimmten mit den Managern. Als endlich einer der ihren, der kluge Franz Steinkühler, ihnen deutlich machte, wie der Mechanismus von Kapital und Arbeit aussieht, ließen sie gemeinsam mit der Kapitalfraktion unter Bruch des Bankgeheimnisses Steinkühler – ach soooo moralisch – hochgehen. Der Vorwand: Steinkühler hatte mit dem Wissen des Eingeweihten mit ein paar Aktien spekuliert. Aus dem Weg geräumt konnten beide Seiten ihre Ignoranz und Dummheit weiter fahren – ungestört.

Wo schlafen sie nun erneut ? ThyssenKrupp wollte in Brasilien billig Stahl produzieren, in Nordamerika weiterverarbeiten und zu hohen Preisen an die US-Autofabriken verkaufen. Aber in Brasilien stiegen die Lohnkosten. Und die Währung. Die Nachfrage aus den USA blieb zurück.

ThyssenKrupp wollte in Sepetiba in Brasilien ein gigantisches Stahlwerk bauen. Das ging schief. Billig gekauftes Gelände im Sumpf war nicht standfest – der Hochofen neigte sich. Nicht die eigene Tochter-Firma war eingesetzt, sondern eine billigere chinesische Firma, die miserable Arbeit lieferte. Vorstandsvorsitzender Dr. Ekkehard Schulz, lange Zeit in Duisburg ein Halbgott-Mythos, war nicht in der Lage, die opportunistisch beschönigenden Berichte seiner Beauftragen aus Übersee zu durchschauen.

Es war ein Desaster, wie damit der gesamte Konzern vor die Wand gefahren wurde. Es entstanden über 6 Milliarden Verluste. Steel America wird in der Bilanz 2011/2012 erneut mit einem Milliarden-Verlust belastet. So kam Thyssen in die Klemme. Um sich zu entlasten, verkauft nun ThyssenKrupp hochproduktive Teile seines Imperiums.

Die Technologie-Sparte aber macht satte Gewinne.

Aufsichtsrats-Vorsitzender Gerhard Cromme und Vorstands-Vorsitzender Heinrich Hiesinger verkünden seit Monaten, was man mehrfach in den Wirtschafts-Medien öffentlich lesen kann: dass sie ThyssenKrupp vom Stahl auf Technologie umstricken wollen – zum Technologie-Konzern wandeln. Hiesinger sieht die Zukunft in innovativen Ideen. Aus Ideen Produkte machen. Dies mag man für vernünftig halten. Aber es bedeutet: Die Stahlproduktion in Duisburg läuft aus.

Keinem dieser Leute wie Hermann Dierkes geht ein rotes Licht an.

Hiesinger stellt die Stahlwerke zum Verkauf.

Wenn dies wie in den 1980er Jahren gemacht wird, heißt es, dass das Stahlwerk in Duisburg in 5 Jahren still liegt.

Läßt man dies so laufen und wird woanders produziert, werden am Ende – wie in den 1980er Jahren in Ruhr – rund 20 000 Menschen arbeitslos werden – für die Stadt aufgrund der Sozialkosten u. a. ist dies zehn Jahre lang ein Desaster.

Dann hat die Schlafmützigkeit der Gewerkschafts-Leute und der Politik zu zigtausenden Arbeitslosen geführt.

Stadt, Regional- und Landesregierung sowie Gewerkschaften müssen – so sagen wir, der Deutsche Werkbund und die Bürgerinitiativen, - auf die ThyssenKrupp-Führung zugehen und sagen: Ihr könnt umstrukturieren – *aber hier*. Wir verlangen, dass die neuen Produktionen und Arbeitsplätze in Duisburg und in Ruhr angelegt werden. Denn hier gibt es dafür genügend Infrastruktur, u. a. mit der Kette der Universitäten.

Grundstücke gibt es genug. Am Rhein entlang zieht sich eine 40 km lange Kette von Industrien, von denen ein Teil brach liegt. Ich habe einmal Kenneth Hudson, dem besten Kenner der Industrie-Kultur, dieses Areal gezeigt. Er sagte: Nirgendwo in der Welt gibt es das in einem solchen Ausmaß.

Zukunfts-Perspektive: ein Sammulsurium von Allgemeinplätzen

Es gibt ein 200 Seiten dickes Buch zur Planung von Duisburg – mit dem Titel „Entwurf Strategie für Wohnen und Arbeiten." Das Rathaus ließ es als eine „Stadtentwicklungsstrategie" mit Bürger-Versammlungen in den Stadtteilen entstehen . Ziel-Perspektive ist „Duisburg 2027 – Wie wollen wir in Zukunft in Duisburg wohnen und arbeiten ?"

Dieses umfangreiche Werk sieht auf den ersten Blick gut gemeint aus, auch dank seiner opulenten Graphik. Aber auf den zweiten und intensiven Blick verschwindet der gute Eindruck.

Es gibt kein Datum der Erstellung. Weil es der damalige Oberbürgermeister Adolf Sauerland mit seinen sieben Beigeordneten zeichnete, kam es wohl um 2010 zustande. Frage: Wie kann jemand bis 2 027 vorausdenken – eine ganze Generation weit ? Der Oberbürgermeister kam schon zwei Jahre später abhanden. Zu einer solchen Zukunfts-Schau – in Rom machte man es an Eingeweiden von Tieren - sind nur Abstraktionen denkbar.

Es gibt einige Zahlen. Aber nie eine Frage, welche Bedeutung die Zahl hat – schon gar nicht ein Vergleich. Statistische Ziffern als Durchschnitt – sie sagen nichts aus über konkretes Einzelnes. Alles ist vage. Unkonkret sind sowohl die Analyse wie die Perspektiven. Sie bestehen aus einem Sammulsurium von Allgemeinplätzen, die man so ungefähr über jede Stadt sagen kann. Das ist alles nicht falsch, aber wenig aussagefähig und dadurch auch nicht hilfreich. Selten habe ich ein Buch gelesen, das soviel Aufwand an inhaltsleeren Begriffen und so wenig Konkretes zu bieten hat.

Mit solchen Abstraktionen kann man nichts anfangen – und so wird deutlich, was das Verfahren war: eine Beruhigungs-Kur für Bürger. Die Täuschung, daß sie mitreden können – aber bitte nur in inhaltsleeren Sätzen.

Zur gleichen Zeit gab es hoch auflaufende Konflikte, von denen aber im Wust der Allgemeinplätze nichts erkennbar ist. Man kann sich dazu denken, daß das Rathaus davon nichts hören wollte. Denn für Konflikte ist diese Art der Planung nach dem Motto „Allen wohl und keinem wehe" nicht geeignet. Dann bleibt nur noch eine Frage: Wofür ist sie denn überhaupt geeignet ?

Zwischendrin gibt es gefährliche Fallen, ummantelt in sachten technokratischen Begriffen. Da heißt es „Umstrukturierung des Wohnungsbestandes". He ! Kurz danach ein Satz: „Ersatz von bestehenden, aber nicht mehr erhaltenswerten Wohnungsbeständen." (S. 96) Aber Hallo ! Hier taucht das Klötzchenschieben aus den 1960er Jahren mit dem „Wünsch-dir-was" erneut auf. Kurz danach heißt es „Stadtumbau" – ein gewaltiges Wort, das auf leichten Füßen daher

kommt und – macht man Ernst damit – in aberwitzige Gewalt und Krieg gegen die Bürger einmündet. Ähnlich gefährlich ist das Wort „Nutzungsvorrang“, das für den Umgang mit Stadt als „Killer“ mißbraucht werden kann. Nichts gelernt seit 1980 ?

Harmlos daher kommend wird neben der Innenstadt ein zweites „Hauptzentrum Hamborn/Marxloh“ behauptet (S. 130). Erstens gibt es dafür nicht einmal Ansätze. Zweitens wird keine Begründung gegeben – und drittens darf man vermuten, daß dahinter schon der Plan für ein FOC (Factory Outlet Centrum) steht. Dies gerät zu einem immensen Konflikt, der weiter unten dargestellt wird.

Es gibt etliche Widersprüche. Da soll die „Nahtlage“ zur Industrie aufgehoben werden (Beispiel Bruckhausen) – und später heißt es „Die Nachbarschaft von Industrie- und Wohnsiedlungsbereichen bietet aber auch städtebauliche Besonderheiten und Entwicklungschancen.“ (S. 112)

Stadtumbau ? Eine große Phrase, aber völlig hohl – eine Phantasterei. Ein unprofessioneller Wahnsinn ! Ein großer Teil der Planer, Politiker und all derer, die davon schwadronieren, wollen und können nicht rechnen. Jedes Objekt kostet rund 200 000 bis 250 000 Euro an Kauf oder Entschädigung. Selbst mit Millionen kommt man nicht weit. Und diese Millionen hat niemand mehr. Ein Stadt-Viertel abreißen, kostet 1, 5 Milliarden. Dieses Geld gibt es nicht. Stattdessen: macht Vernünftiges, das wenig kostet und Mehrwerte schafft – machbare kleinteilige Arbeit in den Vierteln !

Fragwürdige Ziele. Abriß für die denunzierten „Problemstadtteile“ und durch diese Verknappung von Wohnraum höhere Quadratmeter-Mieten d. h. höhere Renditen. Am Südende der Stadt der Traum von umfangreichem Neubau im Luxus-Segment: für Menschen mit höheren Einkommen. Man will sie aus der Nachbarstadt abwerben – das heißt dann so: „für Düsseldorfer [!] mit Zuwanderungsgeschichte“. Düsseldorfer als Zuwanderer ? Dies ist ein Stück fürs Kabarett.

Bürgerversammlungen ? Für den Plan 2027 macht das Rathaus Veranstaltungen in den Bezirken. Mit Frontalunterricht wird die Zeit für die Präsentation nahezu ausgefüllt mit dem, was das Rathaus durchsetzen will. Bürger kommen so gut wie nicht zu Wort. Das Wort Bürger erweist sich als pure Rhetorik. Wen wundert es, daß kaum ein Bürger für diese Farce dazu beitragen will, den Saal zu füllen.

Ein anderes Planungsdenken. Fazit: Wir benötigen ein anderes Planungs-Denken. Planung in solcher abstrakten Weise braucht niemand. Planung soll sich in erster Linie der Menschen annehmen und mit und für sie arbeiten. Wenn man zudem mehr von der Geschichte dessen weiß, worum die Planung geht, wird man auf die hochmütige Anmaßung des gängigen Allmachts-Wahnes verzichten .

Katrin Susanne Gems am 9. September 2012 in der Kreuzeskirche Marxloh: „Wem gehört die Stadt ? Die Antwort ist eigentlich einfach, die Stadt gehört den Bürgern. Wir sind die Stadt, immer noch.“

Hochschulen. Viel zu viele Hochschulen sind die Lehr-Bereiche für Phantastereien, für Kopfstand-Bauten, für Taten mit neronischen Folgen – sie sollten dringend zur Realität zurückkehren. Und in diesem Rahmen Kreativität entwickeln. *Wir brauchen Ausbildungen zu sozialkultureller Professionalität für die konkreten menschlichen Lebensbereiche.*

Marxloh – kleine Stadt in der großen Stadt

Stadt-Entwicklung

Die kleine Stadt in der Stadt. Marxloh ist nur verwaltungsmäßig ein Stadtteil von Duisburg. Geht man von seiner Struktur und vom Lebensgefühl der 17 585 Bewohner (2011) aus, ist es im Wesen eine kleine Stadt in der Stadt. Dies hat einen hohen Reiz, aber in der Flut der Vorurteile haben es nicht alle entdeckt. Man kann sich nur wundern, wie blind es bei den Obrigkeiten des Rathauses zugeht und wieviel Ignoranz sie sich im Umgang mit Marxloh leisten.

Lage. Einst ist das Gebiet eine menschenleere Heide. Arnold Pollmann siedelt sich 1877 in der Aldenrader Heide mit einem Gasthof und einer Schmiede an – im heutigen Pollmann-Viertel.

Die Felder der Bauernfamilie Schulte-Marxloh lagen unweit vom historischen Lauf des großen Stromes, der hier bis zur Kanalisierung eine seiner unberechenbaren Schlingen hatte. Erhalten blieb das Hauptgebäude, das 1860 mit dem Geld aus dem Landverkauf neu gebaut wurden (Brandenburger Straße).

Im einstigen Überschwemmungs-Gelände entstand später der Volkspark Schwelgern (westlich der Wiesenstraße). Südlich davon lief die Landstraße von Duisburg nach Wesel: die Weseler Straße.

Das Grillo-Werk. Wie andere Ruhr-Städte entstand diese Stadt aus zwei Industrie-Werken: Grillo und Thyssen.

Wilhelm Grillo (Essen 1819-Düsseldorf 1889) und sein jüngerer Bruder Friedrich Grillo (Essen 1825-Düsseldorf 1888) gehören zu den legendären Industriellen der Metropole Ruhr. Wilhelm Grillo gründete mehrere Werke – sie bildeten ein kleines Revier in Hamborn (Duisburger Norden) und in Oberhausen. 1849 entstand das Zinkwalzwerk in Neumühl, 1881 die Zinkhütte in Hamborn. Kern, Verwaltung und Wohnsitz der Unternehmer-Familie sind die Grillo-Werke in Marxloh (Duisburg). Diese Aktiengesellschaft ist zu 100 Prozent im Familien-Besitz. Sie beschäftigt heute 1 700 Mitarbeiter.

Werk und Stadt. Vor dem Eingang zur kleinen Stadt an der Weseler Straße liegt an markanter Stelle das Grillo-Werk: Am Zugang stehen die Unternehmer-Villa und die Verwaltung von Grillo. Nördlich dahinter siedelten sich in der „kleinen Stadt" die leitenden Angestellten an. Und viele Arbeiter des Industriekonzerns Grillo.

Die Gründer-Zeit. Nördlich des Grillo-Werkes entstand um 1900 der Kern von Marxloh. Juristisch war es nie eine Stadt, aber es gibt mehr und bessere Kriterien für Stadt. Marxloh erscheint uns heute wie aus einem Guß errichtet – also in einer kurzen Zeitspanne erbaut. Zwei Dekaden prägen sie: Die sogenannte Gründer-Zeit von etwa 1900 bis 1914 und die 1920er Jahre.

Die stadtplanerische Figur ist im wesentlichen eine Einheit: Mit dem Rückgrat und der Mitte links und rechts der Weseler Straße ein klassisches Straßen-Raster.

Dahinter steckt eine städtebauliche Tradition von drei Jahrtausenden, vor allem das Muster von antik-römischen Städten. Es wurde in Deutschland im 19. Jahrhundert gern wieder benutzt, weil es eine klare Struktur bot, vor allem in den Erweiterungen der großen Städte, zum Beispiel in der Neustadt in Köln von Josef Stübben (1845-1936; 1890 Buch: „Der Städtebau").

Die kleine Stadt Marxloh ist gut gegliedert. In der Mitte kreuzen sich zwei breite Straßen (Weseler-Straße mit Kaiser-Wilhelm-/Kaiser-Friedrich-Straße). Die Kreuzung ist von Anfang an bis heute der auffällige magische Punkt des Städtebaues: das „Pollmannseck" – eine Berühmtheit. Fokuspunkt ist das Pollmann-Haus (1899 von Fritz Niebel, Duisburg), ein Geschäfts- und Büro-Gebäude.

Schichtung der Bevölkerung. Der Grundgedanke der Gleichheit, spektakulär propagiert von der Französischen Revolution 1789 und entfaltet in den Demokratie-Bewegungen, erreichte den Duisburger Norden nur eingeschänkt. Dies drückt sich auch im Wohnungsbau der Nachkriegszeit aus. Es gab einen Arbeiter-, einen Facharbeiter- und einen Angestellten-Wohnbau. Hinzu kam ein Viertel für die leitenden Angestellten – vom Volksmund das „Stehkragenviertel“ genannt.

Architektur. Die stringente stadtplanerische Struktur erhielt Bauten mit drei und später viergeschossigen Fassaden - gut gestaltet mit bürgerlichem Charakter. Die Häuser sind bereits in der ersten Dekade in vielerlei Weise individualisiert: Die Fassaden sind sehr unterschiedlich entworfen – darin zeigt sich die pluralistische Gesellschaft mit einem Höhepunkt an Individualisierung. Jedes einzelne Haus will ein eigenes Werk sein. Jedes hat *seinen* eigenen baulichen Ausdruck – man sieht ihm an, daß Ansprüche gestellt und realisiert wurden. Verblüffend ist der Einfalls-Reichtum der einzelnen Bauten. Dies kann man dann als ein vielfältiges Ensemble lesen.

Die Zwischenkriegs-Zeit. Diese Charakteristik steigerte sich in den 1920er Jahren mit den unterschiedlichen Formen der vielen Avantgarden dieser Zeit. So entstanden urbane Straßen und Gebäude – in einer zusammenhängenden Qualität, wie man sie in der Region in einer solchen Geschlossenheit nur selten findet. Vor allem damals, aber auch heute noch bietet sich uns ein „großstädtisches Bild“.

In den 1920er Jahren entstand an der Kreuzung das legendäre „Pollmanneck“: an allen vier Seiten eine weitere und größere Anzahl an vornehmen Läden. Die Bauten haben die Monumentalität jener Jahre, wie wir sie aus Berlin kennen. Sie bezeichnen ein Selbstbewußtsein, das sehr eigentümlich ist: Nach dem verlorenen Weltkrieg ist die Zeit hart, mit breit gestreuter Armut, aber zugleich regt sich in der Gesellschaft ein Vorwärtsgeist - mit vielen Zeichen der Modernisierung. Diese Stadt-Mitte macht für einen Augenblick vergessen, in welch schwieriger , ja chaotischer Zeit man damals dieses urbane Zentrum wahrnehmen konnte.

Das Hotel- und Warenhaus (1929 von Ewald Schnaare, Duisburg) an der Pollmanns-Kreuzung erregte Aufsehen durch seine zeitgenössischer Avantgarde-Gestalt. Im selben Jahr errichtet wurden das Gebäude der „Bauhütte“/Handwerkskammer und das Möbelhaus Pollmann (1929 von Viktor Czajerek/Ewald Schnaare, Duisburg). „Marxloh – was waren da für Geschäfte ! Hier war alles.“ (Hannelore Augustin)

Unweit vom Pollmanneck entstanden der Schwelgern-Park und das Schwelgern-Stadion (1923 von Franz Steinhauer, Duisburg) mit einem Freibad.

Die fatale Eingemeindung. Marxloh, das zu Hamborn gehörte, wurde zusammen mit dieser damals großen Stadt Hamborn 1929 nach Duisburg eingemeindet. Treibkraft war das blinde Denken des „groß, größer, noch mal größer“. Es war ein manisches Wetteifern mit anderen Großstädten – die Zeitgenossen sind davon ideologisch durchsetzt.

Auch hier wirkte sich die Übernahme wie in einem Krieg aus. Ebenso wie alle weiteren Bereiche im Duisburger Norden wird auch Marxloh vorurteilsbesessen schlecht geredet. *Und ebenso sehen auch hier die Tatsachen anders aus als die Vorurteile.*

Verfall. Mit dem enormen Wachstum des Verkehrs in den 1960er Jahren, donnerten durch die Weseler Straße Tag für Tag rund 10 000 Lastwägen auf der Achse von Duisburg nach Wesel. Damals zogen viele Menschen aus den Häusern an den lauten Straßen aus.

Aber durch die Autobahn 52 und eine Umgehungsstraße, dem Stadtring, ist dieses Unheil für die kleine Stadt in der Stadt längst verschwunden. Doch von den Folgen erholt sie sich erst langsam, obwohl seit einiger Zeit der Verkehr minimiert ist – fast zu einer Fußgänger-Zone.

Kompetenz-Mangel und Gefahr. Der Kern von Marxloh ist erstaunlich gut erhalten. Es zeigt die mangelnde Kompetenz der Behörden, eingeschlossen die Denkmalpflege, und des letzten Gutachters Dr. Jansen aus Köln, daß sie diese Qualitäten bislang weder erkannten

noch darstellten. Sie sind immer noch befangen in der ignoranten Ablehnung der ersten Jahrhunderthälfte – einer Ablehnung, die in den ersten drei Nachkriegs-Jahrzehnten verbreitet war. Der Gutachter machte sein Unverständnis und eine internalisierte Ideologie der „Hinterhof-Beseitigung" manifest, indem er die Qualitäten ausließ und sich statt dessen über die Innenbereiche der Straßen-Gevierte negativ äußerte – ihre Vielfalt als herunter gekommen einschätzte und übersah, welche Möglichkeiten sie heute und morgen haben. Er und das Rathaus konnten schon seit langem Besseres lernen: In den 1980er Jahren an Hardt Walter Hämers IBA in Berlin-Kreuzberg. Daraus müßten sie sich professionell-fachlich eine Analyse-Fähigkeit und Wertschätzung erarbeitet haben. Man darf sein Verständnis nicht immer auf dem basieren lassen, was man gerade weiß, oft aus dem Bauch und aus Vorurteilen, sondern es gehört zum Job, sich umzusehen und dazu zu lernen.

Der „Zerstörungs-Gürtel" um das Stahlwerk. Die rückständige Lern-Unfähigkeit im Rathaus hat Folgen. Marxloh geriet tief in den Strudel der Vorurteile und der Abriß-Diskussion im Duisburger Norden. Und in die Mühle der aberwitzigen Planung eines freizuschlagenden Zerstörungs-Gürtels von drei Kilometer Länge – anachronistisch wie ein Schuß-Feld einer mittelalterlichen Stadt - im Halbrund um das Stahlwerk Thyssen.

Auch wenn der Volkspark Schwelgern (1923) mit seinem Freibad bereits am westlichen Willy-Brandt-Ring die kleine Stadt in Distanz zum Stahlwerk rückt, dürfen Planer diesen aus anderen Überlegungen entstandenen partiellen Gedanken nicht uminterpretieren.

Der Abriß-Versuch. Wenn diese „kleine Stadt" mit ihrem klassisch-urbanen Charakter in einer anderen Großstadt stehen würde, hätte sie längst die Wertschätzung, die sie verdient. Aber in das banale Schema der Diskreditierung des Duisburger Nordens passen solche Werte nicht hinein – und daher versucht das Rathaus Marxloh abzureißen: 450 bis 500 Häuser. Der Widerspruch: Gleichzeitig spricht das Rathaus von umfangreichem Neubau – ganz woanders.

Jetzt aber finden sich zum ersten Mal Verteidiger – das sind – wie überall üblich - Bürgerinitiativen, hier angeführt von einer mutigen Frau, von Silvia Brennemann. Sie beschuldigen das Rathaus für das, was es seit langer Zeit dem Norden angetan hat: Verständnislosigkeit, Aggressivität, Vorurteile, mangelnde Sorge.

Das Brautmoden-Viertel

In den 1990er Jahren entsteht an beiden Straßen um das Pollmannseck etwas Überraschendes, das weithin berühmt wird. Es ist schön, daß die zugewanderten Türken andere Maßstäbe haben als das Rathaus. Bessere Maßstäbe. Ohne Vorurteils-Besessenheit. Daher siedelten sich Läden an, in denen aus der Türkei zugewanderte Kaufleute Brautmoden verkaufen, die zum Besten in der Mode gehören. Sie freuen sich, daß sie dies sogar in der Mitte einer kleinen Stadt tun können. Für die Zuwanderer ist dies ein Zeichen hoher Wertschätzung, für Ästheten eine Augenweide, aber ein Graus für vorurteilsbesessene Leute, die sich nicht einmal davon faszinieren lassen.

Diese Läden sind ein Traum. Die phantastischen Kleider widerlegen viele Vorurteile.

Es entstand ein „Viertel der Brautmoden" – ein Stadtbereich, der ein urbaner Bazar ist. Es spricht sich herum: Seit vielen Jahren kommen Familien von nah und fern – aus ganz Deutschland, auch viele deutsche Brautpaare. Zu den Geschäften gehören viele Handwerker, vor allem Frauen.

Das Viertel ist berühmt geworden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß es in Duisburg bürgerlich akzeptiert wird. *Wir begegnen der verbreiteten Aversion gegen Fremdes – obwohl es doch so außerordentlich schön und hoch erfolgreich ist. Stolz darauf sind nur die, die es verstehen.*

Die große Moschee

Der Ort hat – ebenso wie Bruckhausen und Hamborn – mehrere Moscheen. Denn es gibt innerhalb des Islam ein Spektrum von Zweigen. Der Duisburger Norden ist einer der ersten Stadt-Bereiche geworden, wo die Anlage von Moscheen, sei es in einem vorhandenen Gebäude oder als Neubau, zu einer Selbstverständlichkeit wurde – während anderswo - grundgesetzwidrig - die Religionsfeindlichkeit noch für eine „gute einheimische Sitte" gehalten wird, also das Sittenwidrige für Sitte.

Moschee. In jeder dieser Moscheen geht es um Schönheit. Wer sie betritt, erhält vom Gebäude mit seinem üppigen Dekor die Assoziation, sich im Paradies zu fühlen. Dies ist die theologische Bedeutung des Raumes.

Es ist keine Architektur-Tradition, die in Mitteleuropa gewachsen ist, sondern sie kommt aus dem Orient. Sie hat dort ihre Wurzeln und Verbreitung. Wer durch die Wüste reist, stößt in Beduinen-Zelten auf einen überraschenden Kontrast: auf eine Sucht nach Ornamenten. Orientlische Herrscher und Städte haben sie übernommen und mit ihren jahrhundertelangen Möglichkeiten des Reichtums weiter kultiviert. Es gab keine Idee des Neuen, sondern des immer gleichen Gelungenen. Dies könnte zum Nachdenken geben – in Mitteleuropa, wo die Idee des Neuen zum Teil inzwischen zu einer Zwangsneurose geworden ist, die unentweg t nach Jahreszahlen und nach Moden zu schräddern sucht.

In Europa war bis zur Ankunft der vielen Zuwanderer diese Schönheit nicht ganz unbekannt: Es gab sie vor allem in den Teppichen, die in den Niederlanden schon seit dem 15. Jahrhundert, in Deutschland im 19. Jahrhundert in wohlhabende Haushalte kamen und bis in die 1960er Jahre ein Zeichen für den Reichtum einer Familie waren.

Die Gläubigen, die im Islam, einer im Prinzip einfachen Konfession, den Allmächtigen ehren, sich ihm zu Füßen legen, tun dies in einem Ambiente, das sie mit Ornamenten und Blumen total umgibt – in einem architektonisch und ornamental abgebildeten Paradies.

Es ist die falsche Frage, die sich viele Einheimische stellen und die sie auch an andere Konfessionen stellen könnten: Ob man dies mag ? Es besteht schon eineinhalb Jahrtausende und hat lange Sinn gemacht. Diese Konfession hat nach dem Grundgesetz dieselben Rechte wie andere. Unsere Gesellschaft ist schon lange pluralistisch.

Der Islam ist in seiner Grundstruktur friedlich und auch tolerant. In seiner Geschichte war er erheblich toleranter als das Christentum. Der Islam ließ meist andere Religions-Gemeinschaften bestehen. Unsere Medien verbreiten jedoch häufig Bilder von kleinen extremen Gruppen, von Haßpredigern und Terroristen, die mit dem normalen Leben im Islam nicht das Geringste zu tun haben und von den Gemeinden und Gläubigen abgelehnt werden.

Im Duisburger Norden lernte ich Muslime und ihre Vorbeter, die Imame, kennen, die dem in der Presse verbreiten Vorurteils-Bild überhaupt nicht entsprachen. Diese in den Medien transportierten und in ihrer Bedeutung gigantisch vergrößerten Terroristen haben nichts zu tun mit meinen Erfahrungen. Ich hätte es überhaupt nicht gern, wenn man mich mit christlichen oder europäischen Terroristen, die es gibt, beschreiben würde. Es wird Zeit für die Notwendigkeit zu differenzieren.

Aufklärung im Islam. Wir haben im Grundgesetz verankert die Religionsfreiheit.

Der Islam ist historisch ein Seitenzweig des Christentum. Beide besitzen viel gemeinsames, was viele Muslime durchaus wissen und schätzen.

Der Prozeß der Aufklärung läuft auch im Islam. Ich traf in Bruckhausen in der Moschee neben dem Bunker einen Imam, der seit vielen Semestern zur Universität Osnabrück fährt, um sich dort weiter zu bilden: in einem sehr offenen klugen Verständigungs-Programm.

Man kann Jahr für Jahr Entwicklungen studieren. War es in den 1960er Jahren unmöglich, bei meinem Aufenthalt in Istanbul Frauen zu fotografieren, erlebte ich in Bruckhausen unlängst mit einer Gruppe von Weimarer Studenten im Hof einer Moschee, wo wir – ohne Anmeldung freundlich aufgenommen – bewirtet wurden; plötzlich holten mehrere der Frauen,

mit denen wir intelligente Gespräche hatten, ihre Fotoapparate und nahmen uns auf – lachend.

Die große Moschee. Neben mehreren kleineren Moscheen gibt es eine sehr große: die Ditib-Moschee an der Warbruckstraße. Sie besitzt den Glanz bedeutender türkischer Moscheen, vor allem von Istanbul: Impressionen aus tausend und einer Nacht.

Während es in einigen anderen Städten, unter anderem in Köln, heftige Kämpfe um den Bau einer Moschee gab, ist Marxloh beispielhaft: Der Planungsprozeß für das Projekt dieser größten aller Moscheen in Deutschland, zu deren Finanzen sehr viele Familien beitrugen, wurde nicht nur von Muslimen getragen, sondern auch von Protestanten und Katholiken mit ihren Pfarrern. Anschließend retteten diese drei zusammen eine katholische Kirche vor dem Abriß. Dies war ein großartiges Symbol für das Zusammenleben. Das spiegelt sich auch im Titel, den die Moschee trägt: „Begegnungsstätte". Sie ist geprägt von Zugänglichkeit. Einzelpersonen werden kostenlos geführt (Anmeldung 0203-5 78 98 40), an der Seite gibt es ein Restaurant.

Zuwanderer. In Marxloh sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung Zuwanderer . Aber sie sind dies oft schon in der vierten Generation. In Wellen kamen sie und die meisten blieben. Die Wirklichkeit dieser kleinen türkisch-deutschen Stadt ist friedlich. Die Bevölkerung sorgt selbst durch ein „soziales Hinschauen" (von Soziologen fälschlich „soziale Kontrolle" genannt) dafür, daß der Grad der Kriminalität niedriger liegt als in anderen Duisburger Stadtbereichen.

Wirtschaft. Viele türkische Familien haben sich, ausgehend von mitgebrachten Handwerks-Fähigkeiten, eine wirtschaftliche Struktur geschaffen, mit der sie auf eigenen Füßen stehen können. Kleine Betriebe sorgen für weitere Beschäftigung.

Diese Ökonomie läuft etwas anders als die herkömmliche deutsche, aber sie funktioniert gut, vor allem im Familien-Zusammenhang – und dies ist in Zeiten vieler Schwierigkeiten besonders wichtig. Die wenigsten fühlen sich arm. Es gibt kein Elend. Deutsche Vorgaben und statistische Maßstäbe schießen hier zu kurz und verleiten zu Fehlinterpretaionen. Es gibt viel Mittelstand, vor allem unter Kurden, die zum Teil zur allevitischen Konfession gehören.

Der ignorante Blick des Rathauses und vieler Menschen, die von Wirtschaft stets nur ein bestimmtes Klischee im Kopf haben, geht an den Tatsachen dieser teilweise von Migranten geprägten oft etwas anders geprägten Normalität völlig vorbei. Sie funktioniert wie weithin in der Türkei. Warum nicht auch hier ? Daran können sich nur einheimische Orthodoxe stoßen, die immer noch ein puristischen Bild mit nationalistischem bis hin zu rassistischem Vorurteil im Hinterkopf haben.

Ruhr als historische Zuwanderungs-Region. Wer Zuwanderung kritisiert, sollte sich vor Augen halten, daß es im Norden der heutigen Metropole Ruhr einst nur ein paar Höfe und Dörfer gab. *Und daß die Millionen Menschen, die heute hier leben, samt und sonders Zuwanderer waren – aus der Eifel, aus dem Westerwald, aus dem Osten, vom Balkan, auch aus den Niederlanden.*

Leider haben viele dieser älteren Zuwanderer-Nachkommen die bornierten Vorurteile der einst wenigen „Pfahlbürger" übernommen - ohne Reflexion über sich selbst und darüber, wie sie mit Vorurteilen bis heute Unheil anrichten. Ich traf Ältere, die einst nach 1945 aus Schlesien und Pommern hierher kamen und denen ähnliche Vorurteile entgegen schlugen – und die sie nun wieder unüberlegt ausgraben und gegen die neuen Zuwanderer benutzen.

Eigene Erfahrungen. Ich habe mit meiner Frau ein volles Jahr in Istanbul gelebt. In der Siedlung Eisenheim wohne ich unter vielen Zuwanderern. Ich habe Freunde türkischer Herkunft. Mein Eisenheimer Nachbar Zeki Tasli war bei einer 14tägigen Reportage-Reise in

der Oberhausener Partner-Stadt Mersin am östlichen Mittelmeer, eingeladen vom dortigen Oberbürgermeister, mein Dolmetscher[59].

Aus 40 Jahren Zusammenleben in der Siedlung Eisenheim weiß ich, daß man mit den Zuwanderern genau so gut zusammen leben kann wie mit deutschen Nachbarn.

Wer die Wirklichkeit ausläßt, bleibt im Gestrüpp seiner Vorurteile hängen. *Die einheimische Gesellschaft wird lernen müssen, sich selbst zu reflektieren und ihre Zukunft in einer pluralistischen Menschen-Gemeinschaft zu gestalten. Die Vielfalt läßt sich produktiv nutzen.*

Bürgerinitiativen

Bürgersinn. *Die städtischen Konflikte haben bei vielen Menschen den Bürgersinn angeregt. In allen Bereichen und Gebieten entstanden Initiativen. Es sind Netzwerke. Sie lernen, diskutieren, bilden sich fort, suchen und nutzen Experten.* Weil sie dabei weder an sich noch an andere hierarchische Anforderungen stellen und weil alles freiwillig und selbstbestimmt ist, entsteht eine erstaunliche Phantasie in den Problem-Bewältigungen.

Darin sind sie den Hierarchien im Rathaus, insbesondere den Parteien, weit überlegen. Denn dort werden nach wie vor Maulkörbe verteilt, die einem demokratischen Gemeinwesen unangemessen sind.

Kommunikation durch Internet. Weil die Bürgerinitiativen der örtlichen Presse nur in Ausnahmen vertrauen können, bedienen sie sich des Internets.

BI Zinkhüttenplatz: www.mattern-duisburg.de - www.horstniewrzol.de - http://www.facebook.com/buergerinitiative.zinkhuettenplatz.

www.geschichtswerkstatt-duisburg-nord.de - bruckhausen.blogspot.com

Überregionale Presse. Inzwischen verstehen sich viele Mitglieder darauf, die Presse auf die Probleme aufmerksam zu machen. Das Thema Duisburger Norden ist journalistisch inzwischen deutschlandweit unterwegs[60].

Das Max Taut-Quartier am Zinkhüttenplatz

Abriß für die avantgardistische Moderne, für Max Taut ?

Avantgarde-Quartier. In den 1950er Jahren ließ der Thyssen-Konzern im Duisburger Norden ein Wohn-Quartier mit 400 Einheiten für über tausend Bewohner planen: von einem

---

59 Daraus entstand das Buch: Roland Günter, Heimat + Kultur: zweimal ist mehr als einmal. Die Reise von Oberhausen in die südtürkisch-mittelmeerische Partnerstadt Mersin. Werkbund-Buchreihe „Eingreifen und Mitgestalten". Essen 2007.

60 Markus Bernhardt, „Wir sichern den Erhalt der Siedlung". In: Junge Welt. www.jungewelt.de/2013/01-02/051.php

der berühmtesten Architekten der avantgardistischen Moderne, der direkt zum Werkbund und dann auch zum Umfeld des Bauhaus gehört.

Zum Kontext gehören besondere Stichworte : Neuaufbau Deutschlands, Ringen um internationale Anerkennung von vernünftig, nachdenklich, menschenfreundlich gewordenen Bürgern. Auch die Erfolge dieser Haltung mit der Interbau Berlin 1957 und in der Weltausstellung 1957 in Brüssel

1955 begann die Planung für das Wohn-Quartier. Bis 1964 wurde das komplexe Viertel gebaut. Die Bewohner waren Arbeiterfamilien des Thyssen-Stahlwerkes.

Die Brüder Bruno und Max Taut. Der Architekt ist Max Taut (1884-1967). Sein Bruder ist der ebenfalls hochberühmte Bruno Taut. Die beiden sind ein Brüder-Paar, das gemeinsame Ideen vertrat und in vielen Projekten kooperierte. Sie entwickelten in Berlin Wohnanlagen, die inzwischen auf der Liste des Weltkulturerbes stehen.

Es spricht nicht für das Rathaus und für seine Denkmalpflege, daß das Max-Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz bis zum spektakulären Eklat in Duisburg ziemlich unbekannt blieb. Und ebenso wenig für beide, daß ein windiger Investor nun den Abriß planen darf.

Ich schrieb an den Staatskonservator. Prof. Dr. habil Roland Günter. 1. Vorsitzender Deutscher Werkbund NW. 2. Vorsitzender Gesamt-Werkbund. An: Herrn Staatskonservator Dr. Thomas Otten. Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr. Sehr geehrter Herr Dr. Otten, ein ganz wichtiges Baudenkmal wartet auf Schutz: das Quartier am Zinkhüttenplatz in Duisburg-Hamborn. Autor ist Max Taut, einer der bedeutendsten Architekten des 20. Jahrhunderts. Die Brüder Max und Bruno Taut erscheinen in der Baugeschichte häufig sogar zusammen. Der Wert besteht nicht nur im Namen der Person, sondern weit darüber hinaus in der einzigartigen Leistung von Max Taut. Das nachfolgende Gutachten mag dies vor Augen führen.

Die Stadt Duisburg erkennt von sich aus nicht den Wert dieses Areals. Angesichts der politischen Verhältnisse in dieser Stadt ist es m. E. unrealistisch, zu erwarten, daß sie selbst das Baudenkmal auf die Denkmäler-Liste setzt. Daher bitte ich Sie, die Stadt Duisburg dazu anzuweisen.

Ähnliches ist vor vielen Jahren in Oberhausen gelungen: mit der Siedlung Vondern und der Siedlung Stemmersberg. Dies hat seinerzeit Frau Minister Ilse Brusis verfügt.

Im Folgenden übersende ich Ihnen eine umfangreiche gutachtliche Begründung unter mehreren Aspekten. Mit den besten Grüßen Ihr Roland Günter.

Gutachten zum Zinkhütten-Quartier von Max Taut. 14. März 2012. Im Duisburger Norden, in Hamborn, liegt das Zinkhütten-Quartier. Es ist der Bereich um den Zinkhüttenplatz. 1953 hat ihn einer der bedeutendsten Architekten des 20. Jahrhunderts entworfen: Max Taut, ein Bruder von Bruno Taut. Beide erscheinen häufig im Zusammenhang und sind hoch berühmt. Thyssen gab die Aufgabe vor: in der Zeit des wirtschaftlichen Aufbaus im zerstörten Deutschland unweit vom Werk möglichst viele Arbeiter der Hütte mit ihren Familien unterzubringen. Sowohl Einheimische, die von Wohnungsnot betroffen waren, als auch Zuwanderer aus deutschen Regionen sowie unterschiedliche Ostflüchtlinge.

In dieser Region war das erste Problem neu: Massen-Wohnungsbau mit *großstädtischer* Prägung.

Das zweite Problem war eine *Reform-Orientierung für „Nutzen und Schönheit“*. Um dies zu entwickeln, holte Thyssen bewußt einen der berühmten Avantgardisten der 1920er Jahre: Max Taut. *In der Nachkriegszeit konnte es dafür kaum einen Planer mit mehr Erfahrungen als Max Taut geben. Taut legte hier einen umfangreichen Versuch an, den Massen-Wohnungsbau so menschlich wie eben möglich, differenziert und damit interessant zu*

gestalten. Gesucht war ein äußerst mögliches Maß an Licht, Luft (Luftschneise) und Sonne. Dieser Gedanke hatte damals bereits eine längere Tradition. Noch wenig verbreitet war der weiterführende Gedanke: daß dies Natur bedeuten könnte.

Max Taut entwickelte dies im Zinkhütten-Quartier in der äußerst möglichen Weise: Er zieht Landschaft ein. *Der Kern des Quartiers, so großstädtisch es auch ist, besteht aus Landschaft.* Sie wird am Rand umstanden von Gebäuden. Dazu füge ich als Anlage zu diesem Schreiben eine Anzahl Fotographien hinzu. Diese Bauten an den Seiten des Bereichs verleihen der Landschaft einen *platzartigen Charakter*. In ihrer Fassung hat diese Landschaft eine großzügig erscheinende Ausdehnung.

Zwei Jahre später entstand in Berlin mit demselben Konzept die berühmte Interbau Bauaustellung. Daran waren die Brüder Max und Bruno Taut entscheidend beteiligt. Im Umgang mit dem Landschafts-Raum ist das Duisburger Quartier sogar erheblich großzügiger und besitzt damit unter diesem Aspekt eine noch höhere Qualität. Max Taut hat hier eine einzigartige Formulierung des Grundgedankens gefunden und realisiert, der um dieselbe Zeit oder wenig später von Walter Rossow so formuliert wurde: *„Die Landschaft muß das Gesetz werden."* Dies hatte weitreichende Wirkung für den sich in den 1950er Jahren verbreitenden Siedlungsbau.

Die Entwurfs-Idee von Max Taut folgt der langen Diskussion einer avantgardistischen Werkbund-Gruppe. Sie entstand bereits in den 1920er Jahren. Bruno Taut sprach von der „Auflösung der [viel zu dichten] Städte." In der Gruppe, die sich in Berlin gleich nach dem Krieg zusammen fand, war unter anderem Hans Scharoun, der unmittelbar nach 1945 eine Zeit lang Leiter der Berliner Bauverwaltung war. Dazu gehörte Walter Rossow. *Die Idee lautete: Landschaft quer durch die Großstadt*. So stellte sie sich den Wiederaufbau des damals vorgefundenen, unsäglich zerstörten Berlin vor. *Max Taut hat dies in Duisburg in einem großen Wohnquartier formuliert und realisiert*.

Vorgabe war es, eine hohe Anzahl von Sozialwohnungen auf die Fläche zu setzen. Dies führte zu einem damals relativ hochgeschossigem Massen-Wohnungsbau. *Max Taut versuchte, diesen Massen-Wohnungsbau menschlich zu machen: mit einer Anzahl von funktionalen und ästhetischen Gestaltungsmitteln. Es gibt kein besseres Beispiel in der Baugeschichte des 20. Jahrhunderts.*

Zunächst setzt Taut die hohen Bauten an den Rand des Bereiches. Funktional hat dies den Vorteil, daß er keine Straße über das Gelände führen muß. Vor allem gewinnt er Platz für seine *Kern-Idee: die Landschaft.* Sie läuft nun längs durch die Großstadt-Bebauung. Der Bereich hat also keine Mitte mit Bauten, sondern eine Mitte in einer anderen Gestalt: *Der Raum ist die Mitte*. Seine Qualität heißt: Natur. Diese Landschaft ist ein weiter Atem-Raum. So etwas findet man nicht häufig nördlich der Alpen, eher in mediterranen Bereichen. Die grüne Fläche wirkt leicht, ein wenig schwebend durch die bereichsweise sanfte Modellierung. Der landschaftliche Charakter wird intensiviert durch *kleine Inseln aus Baumgruppen*.

Mit Sicherheit kannte Max Taut die Theorie und Praxis der englischen Gärten, wie sie am besten mit ihrer Psychologie im späten 18. Jahrhundert von C. C. L. Hirschfeld (1785) formuliert wurde.

Die Bebauung an den Seiten ist sehr variabel. Sie hat unterschiedliche Höhen. Die meisten Gebäude haben 5 Geschosse. Taut setzte ans westliche Ende der Landschaft ein Punkthaus, das mit 9 Geschossen turmartig über die ziemlich flachen Dächer der anderen Gebäude hinaus

ragt. Am entgegengesetzten östlichen Ende des Bereichs steht ein breites Gebäude mit 8 Geschossen. Es ist verräumlicht durch Laubengänge. Der nördliche Teil bildet mit drei Bauten in gleicher Höhe, jeweils mit 5 Geschossen, so etwas wie eine Fassade der Landschaft. Der südliche Bereich ist hingegen ganz anders organisiert: Hier ragen wie Finger einige Bau-Zeilen mit 5 Geschossen quer in die Landschaft hinein. Alle Zeilen besitzen an jedem Ende niedrigere Flügel: dadurch treppen sie sich zur Straße hin auf 3 Geschosse ab, in die Landschaft hinein sogar auf nur noch 2 Geschosse. *Damit entsteht eine gelungene menschliche Maßstäblichkeit*.

In der Gesamtkomposition erhält der weite Platz der Landschaft kontrapunktisch kleinere Plätze. Sie sind zwar mit denselben Elementen geformt, bilden aber zugleich einen Kontrast.

Variabel sind auch die Fassaden. Das Schema der einzelnen Wohnung ist gut ablesbar: ein Fenster und daneben ein Balkon. Dies wird vertikal markiert durch eine Dachrinne oder eine nach innen angelegte weiße Scheibenfläche. Max Taut koppelt optisch jeweils zwei Flächen, die Fenster besitzen. In der Fassade wechselt er dann zu einer vertikalen Zone von Balkonen. Auch diese koppelt er nebeneinander zu zweit. Besonders auffallend ist ihre funktionale Trennung: eine nach innen laufenden Scheiben-Fläche bildet in der Sicht auf die Fassade eine weiße Linie als linearer Akzent. Diese Komposition wiederholt sich mehrere Male. So entsteht eine Kleinteiligkeit der Fassade. Es wechseln Flächen und Räume sowie weiße vertikale Linien.

Dies erinnert an das Bauhaus mit Wassily Kandinsky (Punkt und Linie zur Fläche, 1926) und *Paul Klees Grundkurs (Pädagogisches Skizzenbuch*, 1925). Die dort vorgestellten fundamentalen Mittel Punkt, Linie, Fläche werden auf den Fassaden eingesetzt und konsequent benutzt. Dies geschieht so gekonnt variabel, daß nirgendwo Langeweile entsteht.

Ein weiterer Kontrast entsteht durch die Balkon-Brüstungen der niedrigeren dreigeschossigen und zweigeschossigen Flügel-Bauten: jeweils vier scheibenförmige Bänder bilden einen signalhaften Kontrapost zu den Wand-Flächen.

Dazu im deutlich gestalteten *Kontrast gibt es Flächen, die völlig leer sind*: die seitlichen Giebelwände der Häuser-Zeilen. Sie sind Wände ohne Fenster. Wenn man genau hinschaut, entdeckt man, daß es sich auf jeder Giebelwand um *zwei Flächen* handelt: Sie scheinen in der Mitte übereinander zu liegen . d. h. sich zu *überschneiden*. Überschneidung ist ein in der avantgardistischen Moderne gern benutztes Gestaltungsmittel.

Daß der Gestalter in einer *Schichtung der Wände* denkt, wird auch deutlich an den Balkonen. Die Brüstungen treten als blaue Flächen *vor* die roten und gelben Wandflächen. *Hinter* diesen Flächen liegt die Ebene der Rückwand der Balkone.

Zum Vortreten der Balkone gibt es eine Variante: das Zurücktreten. In den südlichen Zeilen gibt es Balkone, die die Brüstungen *hinter* die Fassaden-Fläche legen und dadurch die Balkone einziehen.

Nebenbemerkung. Die fensterlosen seitlichen Giebel-Flächen wurden um das Jahr 2000 mit einer Wärme-Dämmung versehen. Aber diese ist so geschickt gemacht worden, daß man sie nur wahrnimmt, wenn man es weiß. Zudem wurde die ursprüngliche Farbe und Tönung wieder aufgenommen. Außer an diesen Flächen gibt es keinerlei vorgesetzte Dämmung. Es kann also keine Rede davon sein, daß durch Wärme-Dämmung der originale Eindruck beschädigt wird.

Zurück zu Tauts Gestaltungsweise. Sie *nimmt nach dem 2. Weltkrieg die hohe Schule der Ästhetik der 1920er Jahre wieder auf und überträgt sie in den Massen-Wohnungsbau*. Damit experimentiert Max Taut unter erschwerten Bedingungen und zeigt, was möglich ist. Dies gehört zum *Denken im Deutschen Werkbund*, in dem Taut eine bedeutende Rolle spielte: Es ist die *Aufgabe, den Alltag zu veredeln ! Niemand wird im Massen-Wohnungsbau später dieses hohe Niveau erreichen.*

Hinzu kommt eine weitere Dimension, der sich die Brüder Bruno und Max Taut ganz besonders intensiv widmen: den Materialien, die die Träger von Farben sind. *Farbe spielt bei ihnen eine besondere Rolle – weit mehr als bei allen ihrer Zeitgenossen*.

Bruno Taut entwickelte in den 1920er Jahren als Baudezernent in Magdeburg die „farbigen Siedlungen". Max Taut nimmt diesen Impuls hier erneut auf. In den Fassaden werden die Abschnitte, deren unterschiedliche Gestaltungsweisen bereits beschrieben wurden, auch mit unterschiedlich farbigen Ziegeln versehen: Rote und gelbe Ziegel wechseln. Hinzu kommen farbige Balkon-Brüstungen: In den fünfgeschossigen Häusern haben sie ein intensives Blau. Es ist die auffallendste Farbe. Dadurch entsteht eine *Komposition mit Farben: gelbe und rote Ziegel-Flächen zu blauen Brüstungen. Weiße vertikale Streifen gliedern und setzen vertikale Akzente.* Das hohe Punkt-Haus hat ein warmes Rosa – zusammen mit dem Weiß der Balkonbrüstungen und den weißen Linien, die – einzig in diesem Gebäude - die Geschosse gliedern. Der Volksmund nennt das Haus den „roten Panther". Genannt seien noch zwei Varianten: Die Fassaden der südlichen fünfgeschossigen Bauten haben ein Rotbraun – als durchgehende Fläche. Zu dieser Flächigkeit entsteht in den niederen Flügeln ein Kontrapost: durch die signalhaften Balkone mit ihren weißen Streifen. Diese Farbigkeit erhält an vielen Stellen eine Vermittlung: durch helles und dunkles Grau.

In der Gestaltung von Max Taut finden wir neben seiner persönlichen Originalität auch das Wissen und die Erfahrungen der Farbigkeit des Bauhauses und des niederländischen De Stijl wieder. Ein Meisterwerk ! Ich kenne keine einzige Gestaltung im Massen-Wohnungsbau, die derart mit der Farbe arbeitet.

An dieser Stelle müssen wir einige Worte zu einem Thema sagen, daß sich durch die gesamte Gestaltung von Max Taut zieht: die *Einfachheit der Details*. Der Hintergrund ist Werkbund-Denken seit seiner Gründung 1907: „Einfachheit mit Geist." Die Einfachheit kehrt sich ab von der seinerzeit verbreiteten und lange Zeiten zurückreichenden Repräsentations-Kultur. Ausdrücklich – auch als gesellschaftliches Programm formuliert – wendet sie sich dem Alltag mit seinen einfachen Menschen zu. Sie will *das Alltagsleben veredeln und es kulturell entwickeln. Dies ist eine Kultur, die aus den eigenen Wurzeln und Möglichkeiten Produktivität zieht*.

Sie hat zunächst im Blick, was auf minimaler Ebene benötigt wird. In der sozialen Dimension geht es in den 1950er Jahren ebenso wie in den 1920er Jahren um *das gute Wohnen - für alle*. Auch für die Menschen, deren Bedingungen nahe am Lebensminimum liegen. Darauf ließen sich die Brüder Taut ein, ebenso wie weitere Avangardisten (Walter Gropius, Hannes Meyer, Ernst May u. a.). Sie versuchten, *mit ihren künstlerisch-ästhetischen Fähigkeiten das Vorgegebene in seinen Möglichkeiten zu erfassen und zu intensivieren sowie es zu Kompositionen zu steigern. Dies geschieht hier sowohl mit einer großen Anzahl von gebauten Bildern wie in einem räumlich-theaterhaften Ambiente.*

Es ist die Aufgabe der Denkmalpflege, dies zu sehen, zu erhalten und auch zu helfen, es zu erklären. Denn *auf den ersten Blick wird es zunächst nur gefühlt. Dann kann es in seiner Raffinesse erkannt und bewundert werden.*

Dies ist in einer Region, wo man es nicht unbedingt vermutet, ganz besonders wichtig, vor allem, wenn sie seit der Ära Zöpel und der IBA den Anspruch hat, *sich im Strukturwandel zur Kulturregion zu entwickeln*.

Am Schluß dieses Gutachtens noch einige Sätze zu einem ganz besonderen Bereich dieses Bauten-Komplexes: zu den Eingängen. Eingänge sind seit Jahrtausenden etwas Besonderes, weil sie die am häufigsten von den Menschen benutzte Szenerie in der Fassade sind: der Übergang von Außen nach Innen - und umgekehrt.

Daher sind sie hier *mit besonderer Raffinesse gestaltet*. Zunächst ragen die Treppenhäuser etwa einen Meter nach Außen vor die Fassade. Vorn legt Max Taut eine *Fläche* an: vor der Hauptfläche steigt eine zweite kleinere, schmalere und vertikale Fläche in die Höhe. *Damit wirkt die Fassade geschichtet* (in üblichen Treppenhäusern wird sie vertikal aufgeschlitzt). Hier entsteht sowohl formal wie farbig ein besonderes architektonisches Kunstwerk, das man normalerweise im Massen-Wohnungsbau nicht vermuten würde. Taut hebt diese schmale vertikale Fläche mit einem mittleren Grau ab - gegen die seitlichen Flächen. Links gegen eine Fläche mit dunklen Ziegeln. Eine solche Fläche erscheint nur an den Enden der Gesamtfassade. Rechts hebt er das Grau ab gegen die gelbe Ziegelfläche.

Das Innere der Treppenhäuser holt sich das Licht von den Seiten, also indirekt und gebrochen über Glasbausteine. Dies ist ein Umgang mit Licht, den die Brüder Taut lieben (siehe Bruno Tauts Glashaus in der Kölner Werkbund-Ausstellung 1914). Besonders raffiniert gestaltete Taut das Ambiente der Eingangs-Tür: als *eine räumliche Szenerie. Dies geschieht mit zwei Scheiben-Flächen: die untere als einstufiger Fußboden und die obere als Vordach*. Der Raum, den sie bilden, hat das Maß des Menschen. Die Wand neben der Tür besitzt eine dunkle Ziegel-Fläche. Die beiden waagrechten Scheiben kragen an einer Seite aus. Dadurch verlängert sich der Raum vor dem Treppenhaus, er wird unsymmetrisch – aber die vertikale Scheibe neben der Tür rückt nun nahezu in die Mitte des Raumes. *Es ist ein szenisches Spiel mit Scheiben-Flächen. Darin gibt es Spannungen, die den Beobachter beschäftigen.*

Dies ist der klassische Umgang mit Scheibenflächen, die Raum bilden. Mies van der Rohe läßt grüßen – er war in diesem Bereich der bedeutendste Gestalter. Hier können wir uns wundern, wie es Max Taut *gelang, so viel von der Avantgarde in den Massen-Wohnungsbau hinein zu tragen*. Das Zinkhütten-Viertel zeigt, daß die Moderne der 1920er Jahre nach 1945 an vielen Stellen *wieder aufgenommen* wurde (in Ruhr vor allem von Werner Ruhnau in seinem Theater in Gelsenkirchen).

Im Kontext der neuen Verhältnisse erhält die wieder aufgenommene Moderne zusätzliche Bedeutungen. Die mit demonstrativer Einfachheit angelegten Details zeigen eine ähnliche Philosophie, wie sie der deutsche Beitrag zur Weltausstellung in Brüssel 1967 hatte - mit größtem internationalen Erfolg: *Es ist die Zeit des deutschen Wiederaufbaues. Er knüpft an die großen Leistungen deutscher Gestalter der avantgardistischen Moderne der 1920er Jahre an, die ebenfalls unter schwierigsten Bedingungen arbeiteten. Er zeigt keinerlei Geste des Auftrumphens, sondern tritt bescheiden auf. Er überzeugt durch Menschlichkeit, Vernünftigkeit und eine Schönheit, die nicht aus Luxus und Repräsentation hervorgeht, sondern aus inneren Möglichkeiten des Einfachen – kurz aus „Einfachheit mit Geist“.*

Es ist bislang in und außerhalb der Forschung ungenügend gesehen, wie viel und in welcher Weise die Gestaltung der 1950er Jahre – nach der Hitler-Zeit - an die avantgardistische Moderne der 1920er Jahre anknüpft. Dies lässt sich auch im Zinkhütten-Viertel gut studieren.

Zum Schluß noch einige Anmerkungen. Das Quartier hat rund 400 Wohnungen. Darin leben rund 1 000 Menschen. Die Wohnungen sind in gutem Instandhaltungs-Zustand. *Sämtliche ursprünglichen Details sind vorzüglich erhalten* – höchst erfreulich für die Denkmalpflege.

Ein großer Teil der Bewohner hat Jahrzehnte bei Thyssen in der Hütte gearbeitet. Sie erhielten von Thyssen die Garantie, zum Teil auch schriftlich, hier bis zum Lebensende wohnen zu dürfen. Die Bewohner verlassen sich auf die gegebenen Zusagen, vor allem auf das Gewohnheitsrecht des Bleibens, das die damalige Firmenkultur mit Selbstverständlichkeit setzte. Hier entwickelte sich in den vielen Jahren auch ein gesellschaftliches Leben in vielen Zusammenhängen. Dies ist vor allem die Nachbarschaft. Für Kinder ist dieser Bereich ein Paradies.

Dies alles ist nun dadurch bedroht, daß ThyssenKrupp seine gesamten Wohnungs-Bestände verkaufte – an Finanzgesellschaften, die der Volksmund „Heuschrecken" nennt und die das *Wohnen nicht mehr im Sinne des Grundgesetzes als Grundrecht* sehen, sondern ausschließlich als frei verfügbare Finanz-Masse. Daher ist es auch unter diesem Aspekt wichtig, *der Region verantwortungsvoll mit den Mitteln staatlichen Handelns vorhandene Werte zu sichern. Dazu gehört untere anderem der Denkmalschutz.*

Der Denkmalschutz, der hiermit beantragt wird, *geht jedoch in erster Linie aus der einzigartigen Qualität des Baudenkmals selbst hervor*. Ich möchte als einer der frühen Pioniere des Denkmalschutzes (nach 1965 im Amt des Landeskonservator Rheinland unter Prof. Rudolf Wesenberg) betonen, daß ein Denkmal durch seine Existenz immer schon Denkmal ist, also auch vor dem Datum, an dem es unter Schutz gestellt wird.

Ich selber komme aus der Denkmalpflege und bin immer wieder verwundert darüber, was in örtlichen Bereichen nicht oder nur unzulänglich gesehen wird und wie man dann mit manchem umgeht. *Daher bitte ich Sie bzw. den Minister, die Stadt Duisburg anzuweisen, diesen Klassiker der Moderne in die Denkmäler-Liste aufzunehmen und einen adäquaten Umgang damit zu ermöglichen.*

Dieser Klassiker steht auch dem Land NRW und der Region ausgezeichnet. Dafür, dass er besser bekannt wird, können wir sorgen.

Max Taut hatte eine spannende und bedeutende Biografie

Max Taut (15. Mai 1884 Königsberg-26. Februar 1967 Berlin). Mit seinem Bruder Bruno Taut (1880 Königsberg –1938 Istanbul) und Franz Hoffmann (1884 Charlottenburg –1951 Berlin) führte er ein Architektur-Büro (Taut & Hoffmann, 1909 gegründet).

1918/1919 „Arbeitsrat für Kunst". Max Taut wird darin in einem Atemzug mit Behne, Gropius, Bruno Taut, Otto Bartning und Paul Zucker genannt. - Max Taut ist auch in der „Novembergruppe" mit Feininger, Kandinsky, Klee, Meidner, Bartning, Gropius, Häring,

Hilberseimer, Mies, Bruno Taut. Die Gruppe bestand bis 1933. - Manifest 1918 im Arbeitsrat für Kunst. - Mart Stamm arbeitete bei Max Taut. - Max Taut baut ein Haus in der berühmten Weißenhofsiedlung in Stuttgart (1927). - Max Taut gewinnt den Wettbewerb für das Bürohaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt. 1930. Max Taut steht im Zusammenhang mit dem „Neuen Frankfurt". - Ausstellung im Arbeitsrat 1920. - 1924 im „Zehnerring" mit Bartning, Behrens, Häring, Mendelsohn, Mies, Poelzig, Schilbach, Bruno Taut. 1926 erweiterte Neugründung. - In der Ausstellung 1932 am Funkturm „Sonne, Licht und Luft" mit Entwurf. - Im Sachverständigenausschuß der Reichsforschungsgesellschaft. - Gehag-Siedlung in Berlin. Im Dritten Reich wird er schon 1933 ebenso wie sein Bruder von jeder Beteiligung an öffentlichen Bauvorhaben ausgeschlossen. Er verläßt Berlin und lebt in Chorin (bei Eberswalde) zurückgezogen in der inneren Emigration. Sein Bruder Bruno Taut, mit dem er ständig zusammen arbeitete, ist in der Emigration in Japan und dann in der Türkei, wo er vor Kriegsschluß stirbt.

Nach dem Weltkrieg: Max Taut ist einflussreich im Netzwerk von Hans Scharoun, der kurze Zeit Chef der Berliner Bauverwaltung ist. Und er gründet 1945 und leitet die Bauabteilung der Hochschule der Bildenden Künste in Berlin. 1946 gründet er erneut das Büro Taut & Hoffmann. - 1947 trifft er Walter Gropius im zerstörten Berlin. - Max Taut: Reuter-Siedlung in Bonn. - Max Taut protestiert gegen Schulte-Frohlinde (Speers Büroleiter) als Chef des Planungsamtes Düsseldorf. - Max Taut baut das humanistische Ludwig-Georgs-Gymnasium in Darmstadt. Mit Plastiken von Bernhard Heiliger. Taut diskutiert in den Darmstädter Gesprächen. – 1955/1964 Zinkhütten-Quartier in Duisburg. - Max Taut baut in der Interbau Berlin 1957. - Die Bauten von Max Taut (es sind nicht besonders viele) stehen überall auf Denkmäler-Listen und sind geschützt.

Literatur zu Max Taut. Max Taut, Bauten und Pläne. Berlin 1927. – Alfred Kuhn, Max Taut – Bauten. Berlin 1932. – Max Taut, Berlin im Aufbau. Berlin 1946. – Max Taut. Ausstellung in der Akademie der Künste [Berlin] 1964. Katalog. - Max Taut – Zeichnungen, Bauten, Ausstellungskatalog. Berlin 1984. - Ag arch ruhrgebiet in Zusammenhang mit der Stadt Duisburg (Hg.), Architektur in Duisburg. Duisburg 1994. Max Taut. – Annette Menting, Max Taut. Das Gesamtwerk. München 2003. - Werner Durth/Paul Sigel, Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels. Berlin 2009. Max Taut finden wir auf vielen Seiten 132, 137, 162, 174, 179, 190, 199 f., 208, 219, 236, 242, 246, 390. 401, 413, 425, 436, 448, 453, 466, 477 f., 480, 482, 498, 656. Also 25 mal genannt. – Unda Hörner, Die Architekten Bruno und Max Taut. Zwei Brüder – zwei Lebenswege. Berlin 2010.

Ein gefräßiges Tier: ein Outlet-Center (FOC) will das Max-Taut-Viertel zerstören

Der Wunderglaube. Viele Jahre wird der Norden der Stadt arm geredet. Bis es vielleicht viele Leute glauben. Dies ist die Atmosphäre, in der auf der Suche nach Wundern die Phantasmen sprießen. Auf der Jagd nach dem Retter blühen Versprechen. Es genügt, gut zeichnen und Fotos montieren zu können und es entsteht eine Fata morgana. Alles wird erst mal geglaubt. Nicht von jedem, aber wer zweifelt, wird gruppendynamisch überrollt. Die Politik hat es Jahrzehnte lang eingeübt. Wer wagt da noch zu widersprechen ? Daraus entstand ein leichtes Spiel für Lug und Hochstapelei.

Wer steckt nicht alles in der Falle des Opportunismus, dem steten Begleiter politischer Karrieren und dem festen Pfeiler der Rathaus-Hierarchie. Wenn sonst nichts einfällt und der Spruch „Kein Geld" die billige Ausrede für Nichtstun ist, versucht man sich in Wunsch-Konzerten mit Phantasmen zu retten.

Stadtmassaker. Zwischen den Kernen von Hamborn und Marxloh, jeweils einige hundert Meter entfernt, soll das Max-Taut-Viertel um den Zinkhüttenplatz abgerissen werden. Angeblich ist der Investor, der Holländer Roger Seveneck, seit 2007 an der Arbeit. Er sagt, er sei nur der Projektentwickler, dann wolle er das Projekt verkaufen.

Ein ambitionierter Plan wird auf den Tisch gelegt: für ein FOC d. h. Factory-Outlet-Centrum.

Treibende Kräfte sind der Ratsherr Rainer Enzweiler, Rechtsanwalt , Notar, CDU-Fraktions-Chef, Vorsitzender im Auschuß für Wirtschaft und Stadtentwicklung, und Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU). Die SPD ist anfangs dagegen, fällt aber rasch um.

Das Projekt ist hoch umstritten. Denn es hat tiefgreifende Defekte:

Erstens bringt es durch seinen anmaßenden Umfang den Handel in der Duisburger Innenstadt in große Gefahr – ähnlich wie in der Nachbarstadt Oberhausen.

Und zweitens basiert es auf dem Abriß-Wahn für den Duisburger Norden: Es will das Max-Taut Quartier um den Zinkhüttenplatz dem Erdboden gleich machen : Es vergreift sich an einer hochbedeutenden Reform-Architektur des weltberühmten Architekten Max Taut, der mit ihr ein Beispiel gab, wie eine Anlage des Massen-Wohnungsbaues menschlich sein kann.

Drittens leben darin tausend Menschen – sie sollen vertrieben werden.

Dies ist eine Untat an einer „sozialkulturellen Architektur“ mit ihren Menschen - ein „Sozialverbrechen“ und ein „Stadtmassaker“. Man darf viel planen, aber nicht mit so hohen Folgen für menschliche und kulturelle Werte.

Die Erfinder. Der christdemokratische Stadtrat, Rechtsanwalt und Notar Rainer Enzweiler fühlt sich als Erfinder des Projektes, mit dem er dem Norden von Duisburg „goldene Berge“ verspricht - goldgräberhaft: Wohlstand und riesige Anziehungskraft. Es soll eine riesige Verkaufsstätte werden: mit dem hochtrabenden denglischen Namen Factory Outlet Center, abgekürzt FOC. Auf deutsch heißt dies – aber dann klingt es nicht mehr magisch, sondern banal - Fabrik-Ausverkaufs-Ware. Ladenhüter der letzten Jahre – mit Werbe-Schwindel zu exklusiver Marken-Ware hoch gepriesen.

Auf diesen Zug sprangen rasch weitere Stadträte auf, aus allen Parteien – von rechts bis links – jetzt sind sie alle dabei – umgefallen und in der Aufwärtsbewegung - bis auf einen einzigen Aufrechten, Karl Heinz Hagenbruck.

Rhein-Ruhr-Halle. Zuerst erfuhr die Bevölkerung, daß diese Verkaufs-Stätte auf der Fläche der traditionsreichen Rhein-Ruhr-Halle (1975) entstehen soll. Dieses große Gebäude war stillgelegt worden , sehr zum Ärger vieler Bürger und der SPD. Still gelegt ist auch das Stadtbad (1929 von Franz Steinhauer, Duisburg) gegenüber. Elegischer Nachruf eines Unbekannten in Youtube: „Schönheit ist nur dort zu finden, wo keiner sie zerstören kann“. Das Gebäude oder Gelände soll ebenfalls dem FOC unterworfen werden.

Beide stehen auf der Liste der Baudenkmäler, aber wenn das Rathaus die beschwörende Gebetsmühle von Arbeitsplätzen und Wohlhabenheit dreht, gilt auch eine Gesetzeslage wie der Denkmalschutz nichts mehr und wird rasch ausgehebelt.

Die Etappen der Täuschungen. Heute fühlen sich viele Menschen getäuscht.

Der erste Bebaungsplan aus den Stuben des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement , vorgelegt im Februar 2 010, will das FOC nur auf den beiden Grundstücken der Rhein-Ruhr-Halle und an der gegenüberliegenden Straßen-Seite des Stadtbades errichten lassen. Er scheint noch nicht an das Max-Taut-Quartier am Zinkhüttenplatz zu denken.

Aber das ist eine täuschende Taktik des Rathauses. Das Unheil wird der Bevölkerung in Raten serviert.

Es stellt sich später heraus, daß erstmal dieser kleinere Plan dem Volk bekannt gemacht wird, aber daß dahinter bereits das Gift großer Gefräßigkeit wirksam ist: Es entsteht ein

vergrößerter Plan. Dies wird raffiniert eingefädelt: Schon in der Ausschreibung im Juni 2010, unterschrieben von Oberbürgermeister Adolf Sauerland, in der Investoren gesucht werden, steht - verklausuliert - , daß eine „große Lösung“ möglich ist: Diese bedeutet dann den Abriß der Max-Taut-Wohnanlage um den Zinkhüttenplatz.

Zunächst merkt dies niemand.

Es fragt sich auch niemand, warum nur ein einziger Investor auftaucht: Roger Sevenheck. Man sagt, zwei weitere Interessenten seien abgesprungen. Man darf den Verdacht haben, daß die Ausschreibung auf Sevenheck zugeschnitten war – daß es sich also um einen Regelverstoß handelt.

Dieser „Entwickler“ gibt an, er wolle 15 000 qm Verkaufsfläche herstellen. Plötzlich aber spricht er davon, daß er 29 000 qm haben will. Dies wird aber zunächst nicht an die Öffentlichkeit gelassen – aus Furcht vor dem Aufschrei der getroffenen Bevölkerung. Das ist ein abgekartetes Spiel.

Auf die Frage, ob es nicht mit weniger Fläche geht, antwortet Sevenheck später harsch: Dann würde das Outlet nicht funktionieren. – Aber warum hatte er erst weniger Quadratmeter angegeben ?

Es kann sein, daß die Mehrzahl Rats-Mitglieder zunächst das Spiel ihrer Anführer nicht durchschauten, obwohl sie es von Amts wegen erkennen müßten. Für die tausend zu treffenden Bürger gibt es im Rathaus keinen wertschätzenden Gedanken: Sie erhalten keine vernünftige Information. Das sogenanntes Ausschreibungs-Exposé soll auf der Internet-Seite der Stadt gestanden haben – aber das findet man kaum, es war jedenfalls kaum publik.

Investor, Stadt-Verwaltung und Anführer sprechen nur wolkig im Ungefähren: Sie reden von „Nachbesserung“..

Der 2. Bebauungsplan. Im Oktober 2011 wird mit wenigen Sätzen der erste Aufstellungsbeschluß eingezogen und zugleich ein zweiter vorgelegt. Dieser schlägt vehement zu: das Max-Taut-Viertel um den Zinkhüttenplatz soll platt gemacht werden.

Aber auch dies hat nacheinander zwei Versionen. Erste Version: Sonst reichen die Parkplätze nicht aus. „Man war zu feige, das den Leuten offen zu sagen. Sie erfuhren es aus der Zeitung, die über die Immobilienmesse in Cannes berichtete, wo das Projekt FOC als große Lösung vorgestellt wurde.“ (BI Zinkhüttenplatz)

Einen Wohnbereich mit 1 000 Menschen in 400 Wohnungen, zudem von dem weltberühmten Architekten Max Taut als Reform-Projekt gebaut, für Parkplätze opfern ? – Was ist das anderes als eine Untat - ein „Sozialverbrechen“ und ein „Stadtmassaker.“ In welchem Land leben wir ? Folglich ensteht ein Sturm an Kritik und Protest.

Weil es allzu banal klingt, eine weltberühmte Architektur für banale Park-Plätze abzureißen, zieht der Investor nun seine zweite Version aus der Tasche, die er offensichtlich bereits von Anfang an geplant hatte: Er läßt an der Stelle der Parkplätze große Gebäude einzeichnen. Damit soll die Planung plausibler aussehen – und jetzt ist er auch vollends da, wo der Investor mit Salami-Taktik schritt für Schritt hin wollte.

Sein Plan sieht jetzt 90 Einheiten vor: dies sind 90 Geschäfte auf 21 500 qm Verkaufs-Fläche. Zum Vergleich; Karstadt will in Recklinghausen ein Warenhaus mit 12 000 qm Verkaufsfläche und 450 Parkplätzen bauen. Das FOC-Projekt erscheint gigantisch.

Das Verwirr-Theater. Es folgen weitere Verwirr-Stücke. Die Stadt, die in rund 2 Milliarden Schulden steckt, soll 6,5 Millionen Euro erhalten für die beiden Grundstücke der Rhein-Ruhr-Halle und des stillgelegten Stadtbad.

Verweigert wird widerrechtlich die Veröffentlichung des Vertrages über das Öffentlichste des Öffentlichen. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz muß dieser Vertrag zur Verfügung gestellt werden.

Mit dieser usurpierten Verfügungs-Gewalt hat das Rathaus das Öffentliche zur Privatsache gemacht. Auch von weiteren Kosten will das Rathaus nicht sprechen.

Es gibt im Rathaus kein Verständnis dafür, daß öffentliche Angelegenheiten eine öffentliche Sache sind und transparent sein müssen. Auf Nachfragen heißt es „Datenschutz“ – aber dies ist eine bewußte, nicht hinnehmbare Fehlinterpretation einer Gesetzes-Lage.

Nächste Täuschung. Nach dem Fall des Oberbürgermeisters Sauerland bietet sein amtierender Nachfolger Stadtdirektor Peter Greulich zur Beruhigung der Empörten einen „Runden Tisch“ an. Pure Propaganda. Er zieht das von vornherein Als Alibi angelegte Angebot sofort wieder zurück, als die Bürger die Grundprinzipien der Gleichberechtigung und einer Kommunikation auf Augenhöhe an einem solchen Tisch einfordern. Das heißt: gleiche und offene Veröffentlichung aller Verträge und Gutachten. Statt dessen spricht er in der üblichen chamäleonhaften Sophistik, die heute dies und morgen etwas anderes sagt, aber immer nebulös bleibt: Es sei kein runder Tisch, sondern eine „erweiterten Informationsveranstaltung.“ Darin redet er dann um den heißen Brei und weigert sich, auf gezielte Fragen zu antworten. Die Teilnehmer erfahren nichts, was sie nicht schon wußten. Stadtdirektor Greulich versteckt sich: Geschäftsgeheimnis und Nichtöffentlichkeit von Grundstücksgeschäften. Und schließlich gibt er das Manöver auch noch als Bürger-Versammlung aus – um sich eine wirkliche Bürger-Versammlung zu sparen. Dadrin steckt allerlei Illegalität.

Die Methode: weiterlaufender Absolutismus mit dem Verhalten einer Fürsten-Regierung des 18. Jahrhunderts – nun mit neuen Schutz-Schilden – übernommen aus der bürgerlichen Geschäftswelt (Geschäftsgeheimnis) sowie usurpiertem und mißbrauchtem bürgerlichen Freiheitsrecht (Datenschutz).

Heuschrecken-Verhalten. ThyssenKrupp hatte seinen gesamten Wohnungsbesitz an eine „Heuschrecke“ verkauft – wie man sagt, um sein neues Stahlwerk in Brasilien zu finanzieren. Dem verängerten Arm dieser Heuschrecke mit dem rätselhaft klingenden Namen „Immeo“ ist auch die Max-Taut-Anlage in die Hände gefallen. Die Gesellschaft lebt nicht vom sorgfältigen Vermieten ihres Wohn-Bestandes, sondern vom Verkaufen, Verkaufen, Verkaufen und möglichst schnellem Geldmachen.

In der Region verkauften diese und andere Heuschrecken (Annington, Gagfah u. a.) zwei Jahrzehnte lang auf Teufel komm raus Haus für Haus – aber nun ist der Markt ziemlich leer gefegt. Daher funktioniert das Geschäfts-Modell nur noch sehr schlecht: Die Heuschrecken hatten riesige Kredite aufgenommen und müssen sie bedienen. Immeo sieht eine Chance darin, die Max Taut-Anlage an den Investor zu verkaufen – man vermutet, um einer drohenden Pleite zu entgehen.

Wurden in früheren Jahrhunderten Menschen von einem Fürsten zum anderen verschoben, sind es heute Stadtbereiche, die von einem Hai zum anderen verschoben werden.

Flugblatt: „Noch am 11. 11. [2011] hatte >Immeo< geleugnet, daß ein Verkauf der Immobilie geplant sei. Nein, man werde sogar noch investieren. Welch eine Lüge, denn am folgenden Tag wurden Teile der Presse vor Ort über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt !“[61]

Respekt ? Ist das Respekt ? 1000 Menschen in 400 Wohnungen sollen vertrieben werden. Zu gleicher Zeit werden bei Thyssen Steel AG große Schautafeln angebracht: „Respekt vor Herkunft, Religion und Hautfarbe.“ Die Intention ist durchaus vernünftig: Thyssen kann nur produzieren, wenn die Leute, die aus unterschiedlichen Regionen kamen, sich verstehen.

Die Bürgerinitiative fügt nun hinzu: „Viele von uns leben seit 50 Jahren in der Wohnanlage. Auch wir wünschen uns Respekt !“ – „Arbeitskräfte ? – man braucht sie. Aber als Rentner sind sie ausgebraucht ? Dürfen Rathaus und Investor nun respektlos mit ihnen umgehen ? Ähnlich wie in Bruckhausen.“

---

[61] Bruno (77) und Ingrid (74) Wolter im Schreiben den den WDR „Aktuelle Stunde“ am 16. 11. 2011 und als Flugblatt für die Siedlung.

Die alten Leute hatten einst in ihren besten Jahrzehnten geholfen, das kriegszerstörte Deutschland wieder aufzubauen. „Wir haben malocht. Zuverlässig. Mit Tugenden. Haben wir verdient, was das Rathaus und ein zynischer >Entwickler< Sevenheck uns heute zumutet ?“

Die Menschen durften auf Treu und Glauben annehmen, daß die Wohnung gesichert sei. Sie war ideell im Ruhestand als Belohnung für geleistete Lebensarbeit gedacht.

Mail von Harald Jochums an ein Mitglied des Stadtrats: Die Bewohner der Max-Taut-Wohnungen sind „. . . überwiegend alte Duisburger Bürger und Bürgerinnen, die Duisburg nach dem Krieg wieder aufgebaut haben und nun in Ruhe ihren Lebensabend in ihrer vertrauten Umgebung verleben wollen. – Und wem haben sie das [Abreißen] zu verdanken ? Dem Stadtrat und allen weiteren Verantwortlichen der eigenen Stadt. – Ein unwürdiges Schauspiel, um es ganz harmlos auszudrücken. Ich bin bald so weit, es ein Verbrechen zu nennen. – Und wissen Sie, wie wir den Stadtrat neuerdings nennen ? >Dilettantenstadl<.“ (30. 9. 2012)

In der Bürgerinitiative hörten mehrere Personen ein Zitat von Sevenhecks Adlatus, dem Bauleiter Lomper, von Sevenhecks Firma Douvil GmbH nach der "Info"-Veranstaltung für die örtliche Kaufmannschaft in Marxloh. Wie der Mann sich vorstellte: „Ich bin der, der bei Euch abreißen soll. Da wohnen doch sowieso nur alte Menschen und Hartz IV-Empfänger.“

Eine Stimme aus der Initiative: „So sprechen Investoren, die von unseren Stadtvertretern in unsere Stadt geholt wurden. Super.“

Heuchelei als Rhetorik. Zum Volk hin wird gebabbelt. Was kann man bei schönen Worten und Widersprüchen von Politikern noch Ernst nehmen ? Am 18. Januar 2012 sagt Bezirksbürgermeister Uwe Heider (SPD): „Wer geglaubt hatte, daß sich das FOC nur auf den Platz der Rhein-Ruhr-Halle erstreckt, war blauäugig.“

Aber das Rathaus hatte es doch vorgelogen ! Der Bürgermeister fordert die Leute also auf, nichts mehr zu glauben.

Uwe Heider: „Mir tun die Leute leid, die dort wohnen und deren Wohnungen abgerissen werden würden, denn einen alten Baum verpflanzt man nicht.“[62]l – Heider hat doch den Abriß mit beschlossen und dann liefert er dieses heuchelnde Rührstück !

So geht es weiter – auch andere Politiker reden so. Wundert sich das Rathaus, daß immer weniger Mensch ihm etwas glauben.

Die Bonität des „Entwicklers“

Stadt im Nebel. Ein magischer Retter der hochverschuldeten Stadt aus allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten war aus dem Nebel aufgetaucht. Keiner weiß Genaues. Er stammt aus den Niederlanden. Woher genau, das wird nicht bekannt. Es gibt keine biografischen Daten.

Recherchen entstehen. Nicht etwa vom Rathaus, sondern von den Bürgerinitiativen. Sie weisen darauf hin, wie es daneben gehen kann, wenn man nicht weiß, was ein Investor wirklich unter den Füßen hat.

Zum Beispiel erschien 2005 in der Stadt Bonn der Koreaner Man Ki Kim Hyundai (er hatte es an seinen Namen angehängt) als Investor für ein Großprojekt „Kongreßzentrum“, in hochtrabendem Denglisch „World Congress Center Bonn“. Er wurde sogleich als „Glücksfall“ (Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann) gefeiert. Das Kartenhaus fiel zusammen: Man war einem Mann aufgesessen, der sich als ein Aufschneider und Betrüger erwies. Dann blieb „die große Anlage“ ein halbfertiger Bau - und jetzt muß sich die Stadt

[62] Hamborner Nachrichten 18. 1. 2012.

Bonn mit dem Unsinn plagen, den der hochstapelnde Investor hinterließ. Der Schaden wird auf 200 Millionen Euro beziffert. Und der Investor steht vor Gericht.

„Mindestens so interessant wie die Frage nach der Schuld des Koreaners ist die danach, wie sich eine ganze Stadt und ihre Verantwortlichen so leicht hinters Licht führen lassen konnten." „Nachgefragt, wer er denn sei, habe sie [die Oberbürgermeisterin] nie." (Bernd Dörries, SZ)[63]

Ohne Nachweis. Das „Ausschreibungs-Exposé" (Juni 2010) hatte gefordert, daß jeder Teilnehmer mindestens ein Projekt nachweisen kann, in dem ein Einzelhandels-Standort auch in innerstädtischer Lage geplant ist. Der holländische Investor Sevenheck erhielt den Zuschlag, obwohl er diese Bedingung nicht erfüllen kann: Er hat nichts Nachweisbares. Das Rathaus hat es ihm nachgesehen – dies ist ein derber Regel-Verstoß.

Was hat Sevenheck überhaupt an den Füßen ? Der Duisburger Wirtschaftsprüfer Dr. Richard Wittsiepe recherchiert und bekommt heraus: Sevenheck hat ein Geflecht von kleinen Firmen, von denen die größte lediglich 18 000 Euro Eigenkapitel besitzt – also so gut wie nichts.

Blind und taub. Aber die Gier nach einem wundersamen Investor macht blind und taub. Weder die Rathaus-Verwaltung noch die Fraktionen wollen die Bonität des Investors geprüft sehen. Obwohl Fachleute mehrfach warnen: Dies ist doch das Elementarste im Geschäft. Man müßte vermuten, daß bei dieser Unsicherheit niemand mehr ruhig schlafen kann.

Die Stadt macht einen Kaufvertrag über das Grundstück. Man erfährt nicht, ob darin die beiden großen Bauten, die Halle und das Bad, stecken, von der Stadt abgeräumt oder vom Investor abzureißen und zu entsorgen ? – was viel Unterschied im Gewinn der Stadt ausmacht. Auch vom Kaufvertrag mit Immeo und seinen Bedingungen in Bezug auf die Max-Taut-Wohnanlage erfährt niemand etwas. Dies alles ist so geheim wie in vordemokratischen Kaisers Zeiten.

Tatort Bonn ? Wir recherchieren, was Roger Sevenheck mit seinen Firmen Douvil und German Development Group in der Bundesstadt Bonn vor hat. Dort will er neben dem Hauptbahnhof etwas Ähnliches aufziehen wie in Duisburg.

Erneut fin dasselbe Spiel statt. Von Wundergläubigen, die es überall gibt, wird er begeistert begrüßt – aber die Opposition ist skeptisch. Ich telefoniere mit dem Liegenschaftschef. Er schätzt die Bonität von Sevenheck gering ein.

Die Bürgerinitiative erfährt aus Bonn: Sevenheck gibt sich knallhart. Aber auch dort kann er das Wichtigste nicht vorweisen: Eigenkapital. Daher bleibt die Bonner Verwaltung vorsichtig. Die Bonner Opposition setzt durch, daß Sevenheck *erst die Bankbürgschaften für die gesamte Investitions-Summe vorlegen muß*, dann darf er weiter machen. Das kann er natürlich nicht. Intern heißt es 2012, der Investor werde als wenig seriös eingestuft.

Der Bonner Rats-Beschluß am 26. Mai 2012 ist einstimmig: Sevenheck wird noch einmal aufgefordert, eine Überprüfung der Bonität vorzulegen. Er muß einen Eigenkapital-Nachweis erbringen. Wenn er dies nicht tut, wird der Rat die Verhandlungen für gescheitert erklären. Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch: „Der Investor soll erst nachweisen, daß er das Geld hat."[64]

Das blinde-Kuh-Spiel. In Duisburg wird von mehreren Seiten die Verwaltung gemahnt, nun endlich Sevenhecks Bonität zu prüfen. Stadtdirektor Peter Greulich wird aufgefordert, sich mit Bonn in Verbindung zu setzen. Seine Antwort zeigt, wie naiv es zugeht: „Nö, das brauch ich nich, der Investor sagt, er hat das Geld, - dann hat er es."

---

[63] Bernd Dörries, Willfähriges Opfer. Weil die Stadt Bonn unbedingt ein Kongreßzentrum wollte, ließ sie sich von einem dubiosen Investor blenden – zurück bleibt eine Bauruine. Süddeutsche Zeitung 12. 12. 2011.

[64] Bonner Rundschau 3. 11. 2012.

Am Hauptbahnhof stellt sich ein Witzbold auf und ruft: *Ich* hab das Geld – das Rathaus hat es mir geglaubt - ich geb es Sevenheck in einer halben Stunde." Die Leute lachen.

Duisburger Bürgerinitiativen prangern an, daß der Entwickler/Investor die Gutachten selbst aussucht und bezahlt. Sie fragen: Um Gefälligkeit zu bekommen ? Denn dies sind alles Partei-Gutachten.

Sevenheck schaut sich auch anderswo um. Die Bürgerinitiative: „Wir haben gehört, daß Sevenheck überall im Umland umher geht, weil er irgendwie investieren will, zum Beispiel in Dinslaken - und das alles ohne die nötige Liquidität nachzuweisen."

Endlos sind die Klagen über den Mangel an Transparenz und das Fehlen an Bürgerbeteiligung. Und über die nicht überprüften Warnungen. Über das Vorenthalten von Gutachten. So geheim sind die Gutachten, daß selbst der Stadtrat sie nicht zu Gesicht bekommt.

Beschlussdrucksache 11-1654 aus öffentlicher Sitzung: "Die Ausarbeitung der städtebaulichen Planung und die Abwicklung des Bauleitplanverfahrens wird durch (den) Investor in Abstimmung mit der Stadt Duisburg – unter Berücksichtigung der Planungshoheit der Gemeinde - erfolgen. Hierzu wird ein städtebaulicher Vertrag zwischen der Stadt Duisburg und dem Investor geschlossen. Der Investor hat externe Planungsbüros mit der Erarbeitung und Entwicklung des Bauleitplanes und erforderlicher Gutachten beauftragt. Er übernimmt dabei alle anfallenden Kosten."

Aber auch davon, wie dieser städtebauliche Vertrag aussieht, erfährt die Öffentlichkeit nichts.

Entmachtung des Rates. Die Partei-Fürsten entmachten selbst das Parlament und seine Ausschüsse. Sie setzten im Rat eine Begleitkommission durch. Diese umfasst Vertreter aller Ratsfraktion, der Fachverwaltungen, das IMD, Amt 61 des Bezirksamt Hamborn, des Investors bzw. diesen selbst. Geheimhaltung: sie tagt nichtöffentlich. Vertreter von Immeo werden zur Berichterstattung bzw. Befragung bezüglich des Umzugsmanagement hinzugezogen.

Ratspersonen in der Begleitkommission: Rainer Enzweiler (CDU). Heiko Blumenthal (SPD), Frank Börner (SPD), Betül Cerrah (FDP), Frank-Michael Rich (Grüne), Stefan Krebs (Jusu), Thomas Susen (CDU), Uwe Heider (SPD). Und von Immeo Ulrich Risthaus.

Harald Jochums: „Lieber Herr Börner [SPD-Rats-Mitglied, Landtagsabgeordneter] , Nennen Sie mir bitte irgendein Presseorgan, das im Sinne des Outletcenters schreibt. - Noch etwas: Ich fühle mich langsam in meiner Berufsehre gekränkt, wenn die Laienspielschar des Stadtrates es meint, es besser zu wissen als ich und die vielen anderen Fachleute. Ich pfusch' auch nicht in Ihrem Fachgebiet herum. - Fragen ja, aber nicht pseudofachliche Meinungen von voreingenommenen, befangenen >Investoren< kundtun."

Ein Klassiker der Moderne in Gefahr: Das Max Taut-Quartier in Duisburg (1953/1961)

Roland Günter, publiziert das Problem in der „Bauwelt" 21/2012.

In der Metropole Ruhr, die den „Wandel von der Industrie zur Kultur" als Motto ausgegeben hat, laufen Skandale, die dies heftig konterkarieren. Nachdem Städtebauminister Christoph Zöpel und Karl Ganser 1980 Schluß machten mit Flächen-Abrissen, verschreibt sich Duisburg nun erneut dem damals unfassbaren Abrisswahn. 1. Fall: Bruckhausen. Der industriekulturelle Biotop, der einzigartig in der Region die Stadtentwicklung vor den Toren eines großen Werkes zeigt, soll abgerissen werden. Besonders grotesk: mit Finanzen aus dem Landesprojekt „Soziale Stadt". In einigen Straßen wütet der Bagger. 2. Fall: Zinkhütten-

Quartier. 1953 von einem der berühmten Architekten des 20. Jahrhunderts, Max Taut, gebaut. Betrugsversuch: Die Ratsvorlagen nennen nicht einmal diesen Namen. 3. Fall: Die Stadt kündigt den Abriß von drei weiteren Vierteln an – dies würde sie, tief in Schulden stehend, weit über vier Milliarden Euro kosten. 4. Fall. Nach einem Geheimpapier soll im Norden 40 Prozent „rückgebaut" werden – zum Gebiet für Industrien, die schlicht phantasiert werden. Menschenverachtende Wahnsinnstaten. Wie in den 1970er Jahren. Nichts gelernt.

Entsetzt darüber ist Karl Ganser und hält – in der Sprache den Nibelungen – den Baudezernenten Dressler, der dies einfädelte, für einen „Unhold". Christoph Zöpel spricht von „Sozialverbrechen." Dazu gibt es inzwischen viel Publizität. Stefan Klein schrieb eine Seite in der „Süddeutschen". Dankwart Guratsch bezeichnete es in der „Welt" als „Stadtmassaker". Die Intellektuellen der Region regen sich dagegen auf.

Aber Politik und Verwaltung Duisburgs, angefüllt mit uneinsichtigen Betonköpfen, stimmen mit chinesischen Abstimmungszahlen zu: im Stadtrat 74 von 75 Mitgliedern. Der Bürgerzorn kocht heftig hoch. Er führte zur Abwahl des Oberbürgermeisters Adolf Sauerland, der all diese Wahnsinnstaten zu verantworten hatte, sich aber ebenso wenig der Verantwortung stellte wie bei der missglückten „Love Parade" mit ihren 21 Toten. Sein angeblich grüner Nachfolge-Resident Stadtdirektor Peter Greulich macht es genau so weiter. Der neue Baudezernent Tum findet das Sammulsurium an „Schweinereien" schon Tage nach Amtsantritt richtig. Duisburg steht im Ruf, die „Skandalstadt" an Rhein und Ruhr zu sein. Die Offiziellen reden ganze Stadtbereiche schlecht – und sich als Stadt.

Nichts hat bislang die Etablierten in *sämtlichen* Parteien zum Nachdenken gebracht. Gegen dieses beispiellosen „Stadtmassaker" wenden sich Bürgerinitiativen, die Piraten und der dezidiert parteilose aussichtsreiche, gebildete Oberbürgermeister-Kandidat Michael Rubinstein. Ihr Wunsch: Kein nächster Oberbürgermeister aus der alten Parteien-Struktur mit ihrem allbekannten Filz.

Skandalfall Zinkhütten-Quartier. Es wurde 1955 geplant, war 1961 weithin bezugsfertig und wurde bis 1964 gebaut. Entwerfer war einer der bedeutendsten Architekten des 20. Jahrhunderts: Max Taut. 400 Wohnungen für Hüttenarbeiter von Thyssen. Heute leben hier 1 000 Menschen mit spannenden Biografien und interessante Netze an Nachbarschaften. Damals wurden die Männer als die besten Fachleute, als zuverlässig, fleißig, hart arbeitend, „tüchtig" gelobt – heute lauten Abriß-Begründung so: „unwichtig", „überaltert", „bloß Rentner", „viel zu viele". Da liegen Assoziationen nah.

Warum sollen diese 1000 Menschen verschwinden, überall hin zerstreut werden ? In propagandistischer Sprache heißt es: „sozialverträgliche Umsiedlung". Helmut Mattern, Kopf der widerständigen Bürgerinitiative spottet: „Sozialverträglich nannte man einst auch die Guillotine. Was an der Grausamkeit der Vertreibung ist sozialverträglich ? – das ist doch unerträglich." Ein Investor will dort ein Outlet bauen. Die 1000 Menschen sollen abgeräumt werden – festhalten ! – für den Parkplatz. Warum wird er nicht an der anderen Seite des Geländes untergebracht ? Mühelos.

Hier taucht der nächste Skandal auf: ThyssenKrupp hatte seinen gesamten Wohnungsbestand an eine Heuschrecke in New York verkauft, diese reichte ihn weiter, weil ihr die Rendite nicht gefiel, an eine Heuschrecke in Frankreich – sie nennt sich hier „Immeo". Seither sind soziale Selbstverständlichkeiten, Zusagen, Garantien nichts mehr wert. Nun aber funktioniert das Geschäftsmodell dieser und weiterer Heuschrecken (z. B. Annington und Gagfah) nicht mehr: Sie können nur noch tröpfelnd Wohnungs-Verkauf realisieren, weil der Markt erschöpft ist. Also wirft Immeo dem Investor diesen Wohnbereich wahrscheinlich zum Schnäppchen-Preis auf den Tisch.

Nächster Skandal: Politik und Verwaltung sind in tiefe Gläubigkeit in den niederländischen Investor versunken: Er weist ein Geflecht von undurchsichtigen Firmen vor, aber die größte hat nur 18 000 Euro Grundkapital. Dieser Glaube ist nicht einmal an einer Bonitätsprüfung interessiert. Also unseriöser Schein – mit den üblichen Werbebilder zum

Reinfallen. Aber alle Parteien und das Rathaus glauben an diese Fata Morgana. Das Outlet wird in einem Gutachten der Handelskammer als stadtschädlich beurteilt.

Ein weiterer Skandal bettet sich in diese Kette ein. Das Datum weist ihn nach. Im Dezember 2011, als die Auseinandersetzung auf dem Höhepunkt war und Denkmalschutz gefordert wurde, behauptete die Denkmalpflegerin Dr. Claudia Euskirchen: Das Taut-Quartier sei kein Denkmal, es sei durch Wärmedämmung verändert.

Dies ist aber keineswegs der Fall.

Sie kennt sich im 20. Jahrhundert nicht aus. Ihre Analysefähigkeit reicht nicht hin, Max Taut angemessen zu beurteilen. Die Inkompetenz dieses Urteils schreit zum Himmel.

Und es stinkt: Hier liegt offensichtlich ein Deal mit Verwaltung und Politik vor, um den Abriß nicht zu behindern.

Derselbe Mangel an Fachkompetenz oder Opportunismus im Ausweichen vor einem Konflikt ließ die Denkmalpflegerin beim Landeskonservator, Frau Dr. Jansen-Schnabel zustimmen.

Dies ist kein Einzelfall, sondern symptomatisch. Ein erheblicher Teil der Denkmalpflege steht immer noch auf Kriegsfuß mit dem Gebauten des 19. und 20. Jahrhunderts. Noch in den 1970er Jahren gab es als Denkmäler nur Kirche, Burg und Schloß. Inzwischen aber ist die Baugeschichte der beiden Jahrhunderte ins Gesichtsfeld der Denkmalpflege gerückt. Aber von einem adäquaten Verarbeiten kann nur partiell die Rede sein.

Gegen diese Kette von Skandalen wehrt sich eine ganz starke Bürgerinitiative, der Deutsche Werkbund NW und ein Netz von Experten und Engagierten.

Das Taut Quartier ist zunächst ein Dokument für den mentalen und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands in der Nachkriegszeit. In der Wohnungsnot sowohl für Einheimische wie für Zuwanderer aus deutschen Regionen sowie für unterschiedliche Ostflüchtlinge.

Derzeit neu in dieser Gegend war der Massen-Wohnungsbau mit großstädtischer Prägung. Gesucht: Reform-Orientierung - sowohl für Nutzen wie für Schönheit. Um dies zu entwickeln holte Thyssen einen den berühmten Avangardisten der 1920er Jahre: Max Taut. In der Nachkriegszeit konnte es dafür kaum einen Planer mit mehr Erfahrungen geben. Er hatte mit Martin Wagner und seinem Bruder Bruno Taut intensiv gearbeitet.

Taut legte hier einen umfangreichen Versuch vor, den Massen-Wohnungsbau so menschlich wie möglich, differenziert und interessant zu gestalten. Gesucht: Licht, Luft und Sonne. Weitergeführt bedeutet dies: Natur. Kern-Idee des Quartiers: Landschaft. Sie wird am Rand umstanden von Gebäuden. Die Mitte ist Raum. Deren Qualität heißt Natur. Ein weiter Atem-Raum. Die grüne Fläche ist leicht gewellt. Sie wirkt schwebend . Landschaft ist intensiviert durch Baumgruppen. Die Bauten rundherum geben ihr einen platzartigen Charakter.

Hans Scharoun und Walter Rossow propagierten: Landschaft quer durch die Großstadt. So stellten sie sich den Wiederaufbau des zerstörten Berlin vor. Zwei Jahre nach dem Duisburger Taut-Quartier entstand in Berlin mit demselben Konzept die berühmte Bauausstellung. Entscheidend beteiligt: die Brüder Max Taut und Bruno Taut. Max Taut hat in Duisburg eine einzigartige Formulierung des Grundgedankens gefunden und realisiert, der von Walter Rossow so formuliert wurde: „Die Landschaft muß das Gesetz werden." Dies hatte weitreichende Wirkung für den Siedlungsbau. Allerdings wurde das Thema allmählich so banalisiert, dass es verschwand.

Die Bebauung an den Seiten ist variabel: mit unterschiedlichen Höhen, meisten fünf Geschossen, mit Flügeln, ausfächernd in die Landschaft - mit drei und zwei Geschossen, punktförmig gesteigert als Abschluß im Osten und Westen auf acht und neun Geschosse.

Variabel sind auch die Fassaden. Scheibenflächen. Optische Koppelungen. Lineare Akzente. So entsteht Kleinteiligkeit. Es wechseln Flächen und Räume sowie weiße vertikale Linien.

Dies erinnert an das Bauhaus mit Wassily Kandinsky (Punkt und Linie zur Fläche, 1926) und Paul Klees Grundkurs (Pädagogisches Skizzenbuch, 1925). Die dort vorgestellten fundamentalen Mittel Punkt, Linie, Fläche werden auf den Fassaden konsequent benutzt.

Hinzu kommt eine weitere Dimension, der sich die Brüder Max und Bruno Taut mehr als alle Zeitgenosssen widmen: den Materialien als Trägern von Farben. Bruno Taut entwickelte in den 1920er Jahren in Magdeburg die „farbigen Siedlungen". Max Taut nimmt den Impuls erneut auf. Fasssaden-Kompositionen mit Farben: gelbe und rote Ziegel-Flächen zu blauen Brüstungen. Weiße vertikale Streifen gliedern und setzen vertikale Akzente. Ich kenne keine Gestaltung im Massen-Wohnungsbau, die derart mit Farbe arbeitet.

Auffallend: die Einfachheit der Details. Der Hintergrund ist Werkbund-Denken. Die Einfachheit kehrt sich ab von der Repräsentations-Kultur. Ausdrücklich – auch als gesellschaftliches Programm formuliert – wendet sie sich dem Alltag mit seinen Menschen zu. Sie will das Alltagsleben veredeln: es kulturell entwickeln. Im Kontext der neuen Verhältnisse erhält die wiederaufgenommene Moderne zusätzliche Bedeutungen. Die demonstrative Einfachheit zeigt eine ähnliche Philosophie wie der deutsche Beitrag zur Weltausstellung Brüssel 1957. Er hatte größten internationalen Erfolg in der Zeit des deutschen Wiederaufbaues. Kein Auftrumphen, sondern: Bescheidenheit. Menschlichkeit. Vernünftigkeit. Und Schönheit, die nicht aus Luxus und Repräsentation hervorgeht, sondern aus inneren Möglichkeiten des Einfachen – als "Einfachheit mit Geist".

Die Eingänge sind die am häufigsten von den Menschen benutzten Szenerien. Gestaltet mit dem besten Instrumentarium der „Moderne": Flächen in räumlicher Schichtung. Abgehoben durch Farben. Spannungs-Flächen.

Tauts Gestaltungsweise nimmt nach dem 2. Weltkrieg die hohe Schule der Ästhetik der avantgardistischen Moderne der 1920er Jahre wieder auf. Er zeigt unter erschwerten Bedingungen, was möglich ist. Es stammt aus dem Denken des Werkbunds, in dem Taut eine bedeutende Rolle spielte: den Alltag veredeln ! Niemand wird im Massen-Wohnungsbau später dieses hohe Niveau erreichen.

Bislang wurde in der Forschung ungenügend gesehen, wie viel und in welcher Weise nach der NS-Zeit viele Gestaltungen in den 1950er Jahre an die avantgardistische Moderne der 1920er Jahre anknüpfen.

Die Denkmalpflege hat keinen Grund, das Taut-Quartier abzulehnen. Sämtliche Details sind vorzüglich erhalten. Die Wohnungen sind gut gepflegt. Immeo wird nun versuchen, zu ruinieren: durch Leerziehen und nicht mehr vermieten, unterlassene Reparaturen, Einladung zum Vandalieren – alles gut bekannt aus Bruckhausen. Daher ist es wichtig, dass staatliches Handeln der Region Ruhr Werte sichert – durch Abweisen der Veränderung des Flächennutzungsplanes und durch Denkmalschutz. Dieser Klassiker muß vor einem sozialen und kulturellen Verbrechen bewahrt werden.

Zur Gegendarstellung des Rathauses ein Leserbrief an die „Bauwelt"

Die Zeitschrift „Bauwelt" ermöglichte Roland Günter im Juni 2012 eine erneute Stellungnahme in einem umfangreichen Leserbrief:

Die Gegendarstellung der Stadt Duisburg ist ein Beispiel für ihren Umgang mit Tatsachen : rhetorische Schönfärberei für Grausamkeiten. Aber sie sind gut recherchiert. Dazu haben wir viel geschrieben. Nachlesbar: www. geschichtswerkstatt-du-nord.de und www. deutscherwerkbund-nw.de. Zur Zeit entsteht ein Buch. Und es gibt eine Fülle von alternativen produktiven Vorschlägen mit einer Schrift – angeregt von Stephane Hessels

„Empört Euch“ mit dem Titel „Kein Geld ? Trotzdem handeln mit Visionen“ (kostenlos erhältlich beim Werkbund-NW). Auch im Web des Werkbund-NW.

Leerstand tritt punktuell auf, es ist unzulässig, dafür Flächen zu zerstören. Es ist auch keine Aufgabe städtischer und staatlicher Politik, Liegenschafts- und Mietpreise durch Abrisse hoch zu halten – also durch Verknappung. Der Umgang damit ist nicht nur unsachlich, sondern auch unperspektivisch und phantasielos. Ein Beispiel: In Duisburg kommen zugewiesene Zuwanderer nur unter unwürdigsten Bedingungen unter: Bei Spekulanten in Häusern mit hoher Überbelegung, nur drei Toiletten, jeden morgen wird abkassiert. Bürger mahnen die Stadt – aber sie unternimmt nichts, obwohl sie nach Gesetz einschreiten müsste. Sie könnte leerstehende Wohnungen beschlagnahmen.

Missbrauch von Grün: Ein „Grüngürtel“, der wegen vieler Gleisanlagen u. a. überhaupt nicht machbar ist, kein vollmundig versprochener Park ist, niemandem dient, außer zur scheinhaften Begründung von Flächenzerstörung. Weitere Stadtviertel sollen verschwinden – das wird einfach in die Luft behauptet. Welche ? – das wird nicht gesagt, so dass sich viele fürchten müssen. Es gibt keine Kalkulation, dass dies Milliarden kostet ? – wozu ? wer zahlt ? Hat irgendeine öffentliche Hand noch Lust auf solche Abenteuer ?

In Duisburg kann man studieren, wie Städtebau mit Vorurteilen und Phantomen aussieht. Vorurteile gegen den industriellen Norden, ohne Hinschauen, ohne Analyse. Leerstand wird behauptet, wenn die „Ermittler-Firma“ eine Wohnung ohne Gardinen sieht !?! – so umfangreich geschehen in Marxloh, einem für mich baugeschichtlich besonders interessanten Stadtbereich, der jedoch gnadenlos schlecht geredet wird. Statistiken werden grotesk fehlinterpretiert: in Bruckhausen läge die Zahl der Rentner (!), Hartz 4-Empfänger (!), Ausländer (!) über dem Durchschnitt. Na und ? Gibt es keine Reflexion darüber, welche Diskriminierung in solchen amtlichen Dokumenten und Politik steckt ? Das sind Menschen ! Sie leben ! Grotesk: Abriß soll sie zum Verschwinden bringen ? Was für eine Denkweise !

1980 beendeten Minister Christoph Zöpel und Karl Ganser die Flächenzerstörungen in NRW. Heute schüttelt Karl Ganser den Kopf über den Unsinn, dass ein anachronistisches Konzept, das in der BRD die Stadt-Landschaft unglaublich zerstörte, nach 30 Jahren in Duisburg zurückkehrt. Christoph Zöpel nennt den barbarischen Abriß in Bruckhausen „Sozialverbrechen“. Und Dankwart Guratzsch sagt in der „Welt“: „Stadtmassaker.“

Das Max Taut-Viertel ist ein hoch wichtiges Baudenkmal – auch wenn sich die Stadt mit der örtlichen Denkmalpflege weigert, dies einzutragen. Hintergrund: Es soll einem Abriß für ein windiges Outlet nicht entgegenstehen. Ist das fachgerecht ? Die Stadt meint, das Verfahren stimmte – aber das Verfahren hat als Inhalt einen ein grotesken Irrtum. Es ist ein Skandal. Wenn ein Denkmalpfleger Max Taut nicht beurteilen kann, soll er kundige Leute als Gutachter einschalten - wie jedes anständige Gericht. Sich an Max Taut zu vergreifen, ist ein starkes Stück ! – ganz Ruhr muß sich dagegen wehren.

Insgesamt: Stadtplanung ohne Kompetenz, ohne Sorgfalt, ohne Verständnis für die Charaktere der Industrie-Stadt, mit Bauch-Ansichten zu dem, was gutbürgerlich zu sein hat und daher „weg muß“. Es herrscht die Oberflächlichkeit, ein Mangel an Analyse und Selbstreflexion, die zum Love-Parade-Skandal geführt haben. Und nachher will es keiner gewesen sein – aber es waren benennbare Personen und Vorgänge – dort wie hier. Ein mentaler Zusammenhang existiert, auch wenn die Stadt ihn – wie zu erwarten – „entrüstet“ von sich weist.

Duisburg braucht wirklich einen Neuanfang – aber mit anderen Personen. Die Abwahl eines Oberbürgermeisters, der nichts einsehen wollte, genügt nicht. Auch daraus wurde nicht ein Minimum gelernt. Die Stadt igelt sich ein. Schroff abgelehnt wurden mehrere Bitten, u. a. von Christoph Zöpel, nach einem Moratorium für Bruckhausen und einer offenen Werkstatt mit den besten Experten in Ruhr, die zum großen Teil vor Ort miteinander diskutierten. Dieses Kastendenken hat nichts zu tun mit Bürgerfreundlichkeit, Demokratie, sensiblem Umgang mit den Werten. Es deutet auf Konformismus, auch Filz, vor allem Beton in den

Köpfen. Leider – in einer Tradition gewachsen - quer durch Verwaltung und Politik. Das sind, wie die Abstimmungsziffern zeigen, durchaus „chinesische Verhältnisse“.

Mit einem solchen Mangel an Lernoffenheit kommt eine Stadt in tiefer Krise nicht weiter, sondern dümpelt mit ihren Skandalen dahin. Die Maskerade ist Marketing-Rhetorik. Aber das löst keine Probleme. Die Stadtregenten haben leider das Denken der IBA vergessen oder nie mitbekommen. Ein gut arbeitendes Netzwerk von Bürgern verteidigt die Stadt und weist perspektivisch auf ihre spannenden Qualitäten hin – mit einer anders konzipierten Stadtentwicklung. Prof. Dr. Roland Günter[65]

Ein Brief. Martin Oldengott, Beigeordneter für Stadtentwicklung in Castrop-Rauxel, in den 1990er Jahren einer der Impulsgeber der IBA Emscher Park, schreibt zum Artikel in der Bauwelt 21/2012: „Dein Artikel hat mich – ehrlich gesagt – begeistert. Du hast es mal wieder geschafft, die Dinge auf den Punkt zu bringen und pointiert zu kommentieren bzw. zu zerreißen. Deine Ausführungen teile ich voll und ganz und bin Dir dankbar, daß Du so vehement Wort ergriffen hast für einen guten und nachhaltigen Städtebau.“ (Brief 27. Juni 2012)

Eingabe zum Bebauungsplan: Abriß eines Klassikers

Prof. Dr. Dr. habil Roland Günter. 1. Vorsitzender des Deutschen Werkbund NW, stellvertretender Vorsitzender des Gesamt-Werkbund. Januar 2012.

Stadt Duisburg: Abriß eines Klassikers. Kritik des Bebauungsplanes Nr. 1179 – Obermarxloh – Factory-Outlet-Center (FOC). Oktober 2011. Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement 61-22. Bislang liegt nur der Aufstellungs-Beschluß vor, das Verfahren läuft, parallel auch das Verfahren zur Veränderung des Flächennutzungsplanes.

Auf den drei Grundstücken der Rhein-Ruhr-Halle (1975), des Stadtbades und des Zinkhütten-Quartiers will die Stadt einem Outlet Center Baurechte geben.

Was ist dies und was sind seine Hintergründe ?

Der Bebauungsplan soll im Klartext: Rechte zum Zerstören liefern.

Behauptungen, die nicht stand halten. Die Stadt will seit längerer Zeit die Halle nicht mehr betreiben. Und ebenso wenig das Stadtbad. An ihrer Stelle will sie eine Outlet-Verkaufsstätte genehmigen. Angegebenes Ziel: Stärkung des Hauptzentrums Hamborn-Marxloh. Dies ist eine Behauptung, die nicht stand hält.

Erstens: Wer braucht ein Outlet-Center? Das Versprechen heißt „Mode“. Tatsächlich kauft ein solcher Handel liegen gebliebene Ware von Fabriken auf und versucht sie unter die Leute zu bringen. Also: Nichts Neues. Nichts Besseres. Die Region fließt über von solchem Handel. Der bereits seit langem ruinöse Wettbewerb muß nicht noch einmal gesteigert werden.

Zweite Behauptung, die nicht stand hält: Das Outlet Center verspricht 800 Arbeitsplätze. Tatsächlich werden es aber höchstens 50. Dazu muß man sich denken, daß die meisten schlecht bezahlt sind.

Drittens: Mit dem Hauptzentrum Hamborn-Marxloh hätte es aufgrund seiner Lage nichts zu tun. Die Kerne von Hamborn und Marxloh sind nicht dasselbe, wie der Text [zum Bebauungsplan] fälschlich suggeriert, sondern zwischen ihnen liegen zwei bis drei Kilometer Terrain. Es ist eine Illusion, dies funktional und städtebaulich durch ein drittes Element zwischen den Kernen von Hamborn und Marxloh zueinander zu bringen. Diese Entfernung läßt sich weder zur einen noch zur anderen Seite aufheben bzw. überspringen.

---

[65] Roland Günter, Stadtplanung ohne Kompetenz, ohne Sorgfalt, ohne Verständnis. Gegendarstellung zu „Wüstung“ Bauwelt 29/2012, Seite 9 in: Bauwelt 31/2012.

Daher ist es eine nicht begründbare pure Behauptung und Wunschdenken, es könnte nun zur Innenstadt mit einem solchen Projekt ein zweites ähnlich potentes Hauptzentrum entstehen.

Städtebau als programmierte Öde ? Zunächst war die Fläche der Rhein-Ruhr-Halle und des Stadtbades für das Outlet vorgesehen. Dafür wurde der Bebauungsplan aufgestellt.

2011 kamen Outlet und die Stadt plötzlich auf den Gedanken, eine größere Fläche in Anspruch zu nehmen. Dazu wurde als „Begründung“ die verharmlosende und inhaltsleere Sätze gewählt: „Mittlerweile haben die planerischen Überlegungen [welche ?] zu dem Konzept [keine Angaben] geführt, eine größere [?] Fläche, die auch private Grundstücke [!!!] umfasst, als Entwicklungsoption [??? !!!] für ein Factory-Outlet-Center in das Plangebiet einzubeziehen.“ (Beschlussvorlage 04.10.2011).

Dann folgt ein Satz, der keinerlei Realität hat und erhalten kann: „Die Zielsetzung hat sich insofern erweitert, als dass die städtebauliche Verbindung in Richtung Marxloh durch raumbildende Gebäude nordöstlich der Duisburger Straße intensiviert werden soll.“

Aber: was da an Raumbildung verbessert werden soll, bleibt unergründlich.

Der Raum, wie er vorgefunden wird, ist gut gestaltet, im Zinkhütten-Quartier sogar ganz hervorragend von einem Architekten-Klassiker der Moderne – von Max Taut. Wenn an die Stelle von Max Tauts Wohnquartier ein riesiger Parkplatz tritt und die Outlet-Neubauten wie üblich aussehen, kann man sich mühelos die neue Öde vorstellen. Krauses Deutsch. Krause Begründung. Nichtssagende Floskeln - ohne Substanz. Städtebaulicher Unsinn.

Aber warum wird – in einem Bebauungsplan - das wirkliche Ziel von der Stadt nicht benannt ? Offensichtlich um den Stadtrat und wer sonst noch zuschaut nicht zum Kern der Sache zu führen: Outlet will eine – völlig vage – Erweiterungsoption und vor allem einen riesigen Parkplatz.

Dies mag ja schon auf einer grünen Wiese ein Problem sein, erst recht aber hier.

Denn: für diese Erweiterung sollen drei eingetragene Baudenkmäler fallen. Davon ibt es nicht einmal eine Andeutung im Text – woran aber ein Verfahrensrecht besteht.

Und was sind dies für Baudenkmäler ? Zumindest das Wohnquartier „Am Zinkhüttenplatz“ist hochkarätig. Städtebaulich in seinem Umfeld. Kulturell wegen eines hochberühmten Autors. Sozial, weil es 400 Wohnungen mit rund 1000 Bewohnern hat.

Eine groteske Unverhältnismäßigkeit. Eine barbarische Aktion – als Stadtplanung ausgegeben und mit allen dafür greifbaren Verlogenheiten maskiert. Sie unterstellt, dass wir alle dumm sind und nichts durchschauen.

Aber: die Zeiten der naiven Hinnahme sind vorbei. **Eine gezielt betrügerische Rats-Vorlage.** Im Aufstellungs-Beschluß für den Bebauungsplan fehlt – ignorant oder absichtlich – der Hinweis, dass es sich hier um ein Wohnquartier des berühmten Architekten Max Taut handelt, ähnlich berühmt wie sein Bruder Bruno Taut.

Warum fehlt das ? Klar, wer ein so wertvolles Quartier vandalieren will, darf seinen Wert nicht einmal andeuten.

„Der Betrieb der sanierungsbedürftigen Rhein-Ruhr-Halle wurde Ende März 2011 eingestellt.“ Verschwiegen wird, dass die Halle unter Denkmalschutz steht.

Weiterhin fehlen auch die Informationen, dass das Stadtbad und das Zinkhütten-Quartier auf der städtischen Denkmäler-Liste stehen.

Weiß das Bauamt wirklich nichts von Max Taut und vom Denkmalschutz ?

Einen Plan zu machen und nicht in die Denkmälerliste zu schauen – kaum denkbar. Das wäre eine Unfähigkeit und Ignoranz, die sich in der Profession niemand leisten dürfte. Sie würde schon einem Erstsemester kaum unterlaufen. Soviel Unfähigkeit müsste disziplinarisch bestraft werden.

Höchstwahrscheinlich ist es jedoch ein absichtsvolles Verschweigen .

Den hochkarätigen Architekten Max Taut und den Denkmalschutz darf man in einer solchen Vorlage unter keinen Umständen verheimlichen . Hier liegt ganz offenkundig der

Versuch vor, das Stadtparlament , einige Institutionen und die Öffentlichkeit gezielt zu betrügen.
Dr. Hans Otto Schulte (Staatsrat a. D. Bremen) nennt diesen Tatbestand wörtlich „Betrug".
Bereits aus diesem Grund darf ein solcher Plan keine Rechtskraft erhalten.

Bildung ? – es wäre doch schön, wenn sie im Rathaus ankommen würde. Im Verschweigen von Max Taut und in der fehlenden Analyse des hier gebauten Quartiers zeigt sich auch, wes Kind der Geistlosigkeit diese Planung ist.

Max Taut (1884-1967) ist ein Architekt aus der Reihe der weltberühmten Architektur-Klassiker der Moderne. Er war ein wichtiges und sehr aktives Werkbund-Mitglied. Taut hatte besonders in der Nachkriegszeit großen Einfluß im Werkbund und in vielen Planungen, vor allem in Berlin. Er gehört zu denen, die nach der NS-Zeit sich um einen redlichen Wiederaufstieg Deutschlands und seine Demokratie verdient gemacht haben. Dies trug damals erheblich dazu bei, dass nach dem Scherbenhaufen des NS-Regimes im In- und Ausland neues Vertrauen entstand. Dafür müssen wir seinem Werk nicht nur Respekt, sondern auch Dankbarkeit entgegenbringen. Es zu zerstören, ist Zynismus gegenüber dem Gedächtnis und erneute Barbarei.

[Es folgt ein umfangreicher Text zur Analyse von Städtebau und Architektur, der bereits im Vorhergehenden gebracht wurde.]

Rettung durch Banalität ? Die Öffentlichkeit und die Experten dürfen nicht hinnehmen, dass, wenn es Schwierigkeiten in der Nutzung von Gebäuden wie dem Stadtbad und der Stadthalle gibt, jedwede banale Nutzung als „Rettung" angesehen wird. Und den Heilsversprechen muß man nicht glauben.

Was für ein Tausch: Menschen gegen Parkplatz. Die weiteren Ziele und Begründungen des Bebauungsplanes sind nichtsssagende, abstrakte Leerformeln: „Aktivierung sowie städtebauliche Neuordnung des Planungsraumes." Das könnte man in aller Welt zu allem und jedem sagen.

Ebenso gänzlich unprofessionell ist die weitere Begründung des Abrisses des an Outlet anschließenden Zinkhütten-Viertels. Sie geht nicht analysierend darauf ein, sondern wischt mit einem Satz und mit einer Leerformel ihren Wert an die Seite. „Das bestehende Wohngebiet . . . entspricht nicht mehr den aktuellen Zielsetzungen [??? !!!] der Stadtentwicklung, da in Duisburg ein Überangebot von Wohnungen vorhanden ist . . .."

Dies ist eine unsoziale asymmetrische Stadtentwicklung . Mit einem solchen leeren Spruch könnte man ganz Duisburg abreißen. So etwas ist Geist des Rathauses. Dafür ein weiteres Beispiel. Baudezernent Dressler, der auch für das Taut-Quartier verantwortliche Unverantwortliche (vor einigen Monaten in Pension gegangen) hatte in der Presse verkündet, wegen der sinkenden Einwohnerzahlen müsse man in Duisburg drei Stadtteile abreißen. So gering war seine Professionalität, dass er nicht rechnete: Diese Abrisse würden rund 4 1/2 Milliarden Euro kosten – was für ein Wahnsinn in einer Stadt, die sehr hohe Schulden hat! So aber wird Stadtentwicklung in Duisburg gemacht.

Aus dem Rathaus, vom Oberbürgermeister Adolf Sauerland und vom Stadtdirektor Peter Greulich, kam kein Widerspruch zu Dressler. Das Trio Sauerland, Greulich, Dressler und die Fraktionsvorsitzenden der Rats-Parteien sind verantwortlich für die Flächen-Zerstörungen im Duisburger Norden.

Stadtentwicklung ist etwas anderes als eine barbarische Reaktion auf ein Überangebot an Wohnungen. Im Zinkhüttenviertel handelt es sich um einen banalen Versuch der „Heuschrecke", einen Bestand rasch zu verscherbeln. Und damit auch das Wohnungsangebot zu verknappen, um Mietpreise hoch zu halten. Dies geschieht zu Lasten von rund tausend Menschen, die existentiell tief getroffen werden.

Heinz Schleusser (ehemals Fraktionsvorsitzender der SPD in Oberhausen, dann Finanzminister in NRW): „Die Stadt Oberhausen darf niemals unsere Beute werden."

Wirtschaftlichkeit ohne menschliche Verantwortung. Das Bauamt sagt, im Zinkhütten-Viertel sei „eine städtebaulich sinnvolle und wirtschaftliche Sanierung dieses Wohnstandortes in dieser Größenordnung nicht gewährleistet.“ Dies ist erneut unprofessionelles Geschwafel.

Städtebaulich ist das Quartier sinnvoll und weithin vorbildlich. Klug angelegt ist eine seitliche Sackgasse, die Störungen vermeidet. Weiterhin gibt es ein überraschendes und hoch wertvolles Verhältnis von Freiraum und Bauten. Die Grundidee heißt: Landschaft in der Stadt.

Wirtschaftlich kann man die Wohnungen so gut modernisieren wie hunderte von anderen Quartieren aus dieser Zeit. Aber das liegt noch lange nicht an.

Wir fragen, was die Firma Immeo unter Wirtschaftlichkeit versteht. Ein Blick in ihr Geschäftsmodell verrät, dass damit keine herkömmliche Wirtschaftsführung gemeint ist, sondern ausschließlich extremer Gewinn. Eine Verantwortung, wie sie traditionell Wohnungsunternehmen als Pfleger von Wohnungsbestand hatten und haben mußten, kann man in diesem Geschäftsmodell nicht mehr finden.

Wohnungen gegen Parkplätze ! - ein architektonisches Meisterwerk von Max Taut wird ignorant einer Nichtigkeit geopfert. Dies ist etwas völlig anderes als verantwortlicher Städtebau.

Die Vorlage wendet sich an Ratmitglieder, die von der Sache nichts verstehen und sie bloß abnicken.

Die Stadt lud ein zum Vandalisieren. Noch einige Bemerkungen zu den beiden anderen Bauten. Der Vandalismus im ehemaligen Stadtbad, das seit über 10 Jahren nicht mehr genutzt, wird als Begründung für einen Abriß des Baudenkmals angeführt. Aber: die Stadt hat das Vandalieren absichtsvoll zugelassen, ja dazu eingeladen – durch gesetzwidrigen Mangel an Sicherung. Die Stadt selbst hat also verwahrlosen lassen – und damit den Vandalismus veranlasst.

Die angemessene Reaktionen auf dieses Verhalten wären eine Kette von Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen konkrete Personen, die dies zu verantworten haben.

Wie jedoch von der Duisburger Führungsspitze Verantwortung gesehen oder nicht gesehen wird, zeigt der Fall „Love Parade“.

Fata Morgana: „Boulevard“. Eine Lachnummer ist die „Zielsetzung“, „Impulse für einen geordneten Stadtumbau zu geben“. Die Sammlung inhaltsleerer Sätze setzt sich fort: Die Zielsetzung eines „Einzelhandelsschwerpunktes“ im [?] Hauptzentrum des Duisburger Nordens [dies kann man bestreiten] durch die Verknüpfung der beiden größten nördlichen Nebenzentren der Stadt Duisburg-Hamborn und Marxloh mit der Ansiedlung eines Factory-Outlet-Center angebunden werden [nichts wird angebunden]. Der zentrale Bereich um den August-Bebel-Platz soll mit der Entwicklung der Duisburger bzw. Weseler Straße als attraktiver Stadtboulevard an das geplante Factory-Outlet-Center angebunden werden.“

Das ist nichts Anderes als die in den 1960er Jahren verbreitete Fiktion, man könne mit so etwas Stadtbereiche zusammen binden. Es hat nirgendwo funktioniert.

Tatsächlich ist überhaupt kein Platz für einen solchen Boulevard vorhanden. Denn er müsste unter einer Eisenbahn-Brücke herführen, deren seitliche Pfeiler bis knapp an die Fahrspuren heran reichen. Ein Umbau der Brücke wäre finanziell und technisch außerhalb aller Möglichkeiten. Kurz danach stehen Gebäude ähnlich nah der Straße – auch hier gibt es keinen Platz. Dann folgt eine weit ausgelegte Kreuzung – sie ist ebenfalls ungünstig für einen Boulevard. Und es ist noch einiges an Weg zum Geschäfts-Zentrum von Marxloh.

Also: der Vorlage-Text ist hochgradig Planergefasel. Es wird deutlich, dass er pures Versprechen ist, das die Stadt nicht einhalten kann – also Augenauswischerei, ja ein Betrugsversuch.

Wer braucht Outlet ? Outlet ist ein denglisches Wort, für das sich nirgendwo eine Übersetzung findet. Gemeint ist ein Handelsunternehmen, das den Zwischenhandel d. h. den

städtischen Einzelhandel ausschaltet und angeblich direkt ab Werk verkauft. Damit verspricht es dem Kunden erhebliche Verbilligungen.

Tatsächlich ist Outlet ein Werbe-Ettiketten-Schwindel. Es suggeriert Fabrik-Verkauf. Dies ist es wahrscheinlich nur zum geringsten Teil. Meist ist es liegengebliebene Ware, die nun als Ramsch, ohne so deklariert zu sein, verhökert wird. Und aller Handel, der verkauft , ist Zwischenhandel.

Ein Outlet braucht niemand. Es gibt genug Handelsplätze – für alles und jedes.

Daher gibt es keinen Sachgrund, einer solchen Ansiedlung mit städtebaulichen Maßnahmen zu helfen. Und schon gar nicht mit einer umfangreichen und skandalösen Zerstörung.

Der Fall zeigt eine skandalöse Willfährigkeit der städtischen Führung (Sauerland, Dressler, Greulich u. a.) für sogenannte Investoren. Investoren bringen kein Geld, sondern sie holen Geld. Für Duisburg bringt es nichts.

Wundern kann man sich jedoch, daß der Duisburger Einzelhandel nicht Sturm läuft gegen diese weitere Aushöhlung der innerstädtischen Zentren. Denn an der Stelle, wo das Outlet geplant ist, hat es keinerlei städtischen Nutzen – es könnte ebenso auf der grünen Wiese stehen.

Zur „Ansiedlung eines FOCs in Duisburg-Marxloh“kommen Junker und Kruse (Stadtforschung und Planung Dortmund im Auftrag der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg – Wesel – Kleve) als „fachlicher Bewertung vorliegender Gutachten“ mit umfangreichen Begründungen zu einem in vollem Umfang negativen Urteil. Die Unmöglichkeit der Koexistenz eines zweiten Zentrums wird funktional im Gutachten von Hagemann/Junker/Kruse für die Handelskammer fundiert[66].

Da auch dieser Bereich in der Abwägung eine große Rolle spielt, wird auch hier eine Genehmigung für Outlet spätestens im Klageweg scheitern.

Regelungs-Bedarf. Die Landesregierung sieht 2013 endlich Regelungsbedarf. Es wird höchste Zeit, um das Windhundrennen von immer mehr Großmärkten zu beenden. Sie spielen sich als Investoren auf, aber sie plündern Strukturen aus, die zur Charakteristik der Innenstädte gehören.

Der Duisburger Planungsdezernent Jürgen Dressler berät nach seiner Pensionierung nun IKEA[67]. Das paßt zum Konzept der Stadt als Ware.

Abwägungsgebot. Für die Bebauungsplanung besteht juristisch zwingend ein Abwägungsgebot. Hier aber ist überhaupt nichts abgewogen. Einem in sich bereits fragwürdigen Investoren-Interesse werden umfangreiche und hohe soziale und kulturelle Werte geopfert und dazu städtische Hilfe und natürlich auch Infrastruktur-Kosten angeboten.

Ein solcher Bebauungsplan hat keine Chance, ein Klage-Verfahren zu überstehen.

Kulturelle Bedeutungen für die Region. Die städtische Führung ist kompetenzlos und ohne Verantwortung, wenn sie ihre Stadt und damit auch die Region verarmt.

Max Taut ist einer der „Unsterblichen“ – in Frankreich und in anderen Ländern würde er hoch geehrt. Das Viertel steht zu Recht auf der Denkmäler-Liste. Wie kann sich kultureller Reichtum in Stadt und Region bilden, wenn ein solches Kulturgut abgerissen wird. Und an die Stelle von Max Taut ein Outlet gesetzt wird.

Weitere Zerstörungen. Ich weise darauf hin, daß parallel dazu dieselbe inkompetente Stadt-Führung eine weitere Flächen-Zerstörung durchführen will: Bruckhausen. Dieser ist der einzige Stadtbereich, an dem man die städtebauliche Entwicklung eines Jahrhunderts – vom Dorf zur Großindustrie – noch greifbar hat. Es wäre für die Industrie-Kultur von Ruhr, die

---

[66] Julia Hagemann, Rolf Junker, Stefan Kruse, Ansiedlung eines FOCs in Duisburg-Marxloh. Fachliche Bewertung vorliegender Gutachten. Im Auftrag der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg – Wesel – Kleve zu Duisburg. Juni 2010.

[67] NRZ 30. 1. 2013.

dafür mit ihren bedeutenden Bau-Dokumenten geradezu ein Alleinstellungs-Merkmal für die Region ist, ein unersetzlicher Verlust. Ruhr braucht dieses Dokument für Städtebau und Architektur. Wir haben dafür einen Wiederaufbauplan, um es angemessen in Wert zu setzen.

Zum großen Teil ist die Zerstörung des Botanischen Gartens vorbereitet – und dies vom grünen Dezernenten Greulich. Er wäre ein ausgezeichnetes Lernfeld für ökologisches Denken. Eine Bürgerinitiative wehrt sich gegen die Zerstörung.

Hinzu kommt, dass von sechs katholischen Kirchen vier aufgegeben werden. Dazu kann es andere Lösungen geben, siehe dazu Wolfgang Pehnt, Sakraler Raum ist öffentlicher Raum. Die Preisgabe von Kirchengebäuden eröffnet auch Chancen sowie. Siehe dazu: Manifest des Deutschen Werkbunds NW, Vom Kirchensterben zu Piazzen für Stadtbereiche – eine Perspektive, in www.deutscherwerkbund-nw.de unter Veröffentlichungen.

In allen genannten Bereichen wehren sich Bürger, unterstützt von hochkarätigen Experten.

Wen wundert es, wenn Politik, Verwaltung und auch der Bischof kein Vertrauen mehr finden ? - weil sie nicht um Problemlösungen ringen, sondern bequem und kompetenzlos zerstören. Dies geschieht geradezu unter Ausschluß der Bürger.

Resumee. Schluß mit dem Unsinn – einem absurden Gemisch von Inkompetenz und asozialem Verhalten.

Schluß mit dem Stadt-Terror.

Schluß mit der Gefälligkeit für windige rücksichtslose Wirtschaftsinteressen.

Schluß mit den Illusionen.

Schluß mit dem Abnicken von Unsinn durch einen in der Sache desinteressierten Gemeinderat, dem Lernen und Arbeit im Problem nichts bedeuten.

Schluß mit der Abnabelung der Parteien von den Wählern. Was daran ist noch grün – Herr Greulich ? Was daran noch sozialdemokratisch – Herr Mettler ? Was daran christdemokratisch – Frau Vogt und Herr Enzweiler ? Was daran Links – Herr Dierkes ?

Schluß mit der größten aller Koalitionen, der Allparteien-Koalition: wenn es gegen die eigene Bevölkerung geht. Das Wahlkreuz alle vier Jahre ist keine Legitimierung von solchem Unsinn.

Schluß mit dem Zerstörungswerk, das selbst vor Namen und Leistung eines Max Taut nicht halt macht – und sich als kulturbarbarisch erweist.

In dieser Stadt muß der Wählerwille gelten und nicht die sozial und kulturell rücksichtslosen Interessen von Firmen wie Outlet und Immeo.

Schluß mit dem Industrie-Feudalismus, mit dem sich der „eiserne Ekki"(Schulz) von ThyssenKrupp die Zerstörung von Bruckhausen wünschen konnte. Vor dem Gesetz sind alle gleich – auch ThyssenKrupp !

Das Problem der Verantwortung gibt es nicht nur im Fall Love Parade, sondern auch in vielen weiteren Fällen. Mangel an Haltung, Kompetenz und kultureller Perspektive haben Duisburg zur „Skandalnudel" der Metropole Ruhr gemacht. Duisburg, das mit seiner Substanz eine faszinierende Stadt sein könnte, verdient in Politik und Verwaltung keine solche Führung.

Die genannten Fälle (zu denen man weitere hinzu fügen kann) sind abschreckende Lern-Beispiele, was Kommunalpolitik nicht sein darf.

Auch auf diese Einwände erhielt der Autor keine Antwort.

Walter Brune: FOC zerstört die Innenstadt: „Totengräber der eigenen Stadt"

FOC steht in krassem Gegensatz zum Masterplan für die Innenstadt Duisburg. Das zeigt, was Pläne wert sind. Sie werden meist so formuliert, daß man daran drehen und wenden kann, was man jeweils will – und wie sich im Augenblick mal der Wind dreht. Morgen weht er dann wieder ganz anders.

Kern des FOC: Kunden von einer Stadt zur anderen locken. Welchen Nutzen hat ein solcher Wettbewerb für die Region ? Wenn das Rathaus darum wirbt und die Weichen stellt, hat es den Bezug zur Realität verloren. Es schwebt in einer abgehobenen Welt der sogenannten Investoren.

Überall hat sich ein Teil des Verkaufshandels ins Internet verlagert. Nun kommt das nächste Problem: die Outlets stehen vor der Tür. Man kann sich vorstellen, was dann für die Läden in den urbanen Bereichen übrig bleibt – und wie dann die Innenstädte aussehen.

Zerstörung in den Innenstädten. In Mülheim liegt die Innenstadt bereits am Boden.

Walter Brune, Düsseldorf, hat eine Anzahl Einkaufs-Zentren gebaut, unter anderem die „Schadow-Arkaden" in Düsseldorf. Er gilt als der erfolgreichste Planer in diesem Sektor. Und als der kenntnisreichste. Aber irgendwann kam er „an Damaskus vorbei" und es kamen ihm harte Zweifel am Geschehen. Dann schrieb er zwei kritische Bücher[68]. Eines davon beschreibt, wie das CentrO in Oberhausen der alten Stadtmitte immensen Schaden zugefügt hat – die alte Mitte erheblich aushöhlte. Dies ist heute augenfällig.

Architekt Walter Brune: „Outlet-Center ist der Tod der Duisburger Innenstadt". (WAZ 21. 6. 2012) Walter Brune schreibt dem Ratsherrn Stephan Krebs in Duisburg am 4. Juni 2012. (freigegeben zur Veröffentlichung).

Sehr geehrter Herr Krebs, vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Mai 2012. Wenn ich Ihren Brief lese, fällt mir dazu nur das Bibelzitat „Vater vergib´ ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun" ein.

Als Architekt und Städteplaner habe ich in meinem Berufsleben mehrere Dutzend Einzelhandelsprojekte planen und durchführen können, u. a. auch eine große Anzahl Kaufhäuser für Karstadt, Horten und Kaufring sowie zahlreiche innerstädtische Einkaufsgalerie Projekte, wie z. B. die Kö Galerie und die Schadow Arkaden in Düsseldorf, die Sie vielleicht kennen.

Ich weiß also, wovon ich spreche und welche Bedeutung der Einzelhandel im Städtebau hat. Ich weiß genau, wie die Zusammenhänge funktionieren, aber mir ist auch bekannt, wie der städtische Einzelhandel zerstört werden kann. Hiefür gibt es auch genügend Beispiele.

Zunächst wäre es wichtig, das System eines FOCs im Detail zu analysieren. Ein FOC mit einer Verkaufsfläche von 30.000 ist kein FOC. Das Warenangebot eines FOC – soweit es diesen Namen verdient – umfasst 40 bis 50 Geschäfte mit einer Größe von 80 qm bis 100 qm auf einer Fläche von maximal 5.000 qm. Mehr Waren, die unter dem Begriff FOC verkauft werden, gibt es nicht. Diese Waren sind solche, die während einer Saison in den normalen Geschäften als Trendware nicht abverkauft wurden, aber noch das gute Label präsentieren.

Wenn also 25.000 qm mehr Verkaufsfläche (als 5.000) gebaut werden, ist diese Mehrfläche mit einem Shopping-Center „auf grüner Wiese" gleichzusetzen. Diese Center werden Ihnen auch hinreichend bekannt sein.

Auf diesen 30.000 qm wird der Kunde zukünftig alles finden, was auch der gewachsene innerstädtische Handel anbietet. Man *lockt* den Kunden mit 5.000 qm Outlet Ware und bietet gleichzeitig auf weiteren 25.000 qm genau das Warensortiment des innerstädtischen Einzelhandels an.

---

[68] Walter Brune/Holger Pump-Uhlmann/Rolf Junker, Angriff auf die City. Oder: Wie man mit einem Einkaufszentrum eine ganze Stadt ruiniert. (Droste) Düsseldorf 2006. Walter Brune, CentrO Oberhausen. Die verschobene Stadtmitte: Ein Beispiel verfehlter Stadtplanung. Auch kritisch gegen ECE.

Was sollen die Kunden dann noch in der Innenstadt ? Sie finden dort nichts anderes oder besseres, was nicht auch das FOC anbietet.

Der hierdurch angerichtete Schaden ist nicht wider gut zu machen.

Gerade dieses komplette Innenstadtsortiment „auf grüner Wiese“ bedeutet die Verödung, den Tod der Innenstadt.

Ein Shopping-Center unter dem Deckmantel eines FOC ist bezüglich der negativen Auswirkungen nach schädlicher und rigoroser, als ein herkömmliches Shopping-Center „auf der grünen Wiese“. Es ist eben ein „City-Killer-Center“.

Wenn Sie glauben, das Angebotsortiment eines FOCs mit Lizenzshops einzelner Marken wäre mit dem großflächigen, innerstädtischen Einzelhandel nicht zu vergleichen, ist das ein völliger Irrglaube, da sich die Lizenzshops nur auf einen kleinen Teil des FOCs beziehen.

Bei 30.000 qm Verkaufsfläche haben Zentren dieser Art natürlich Vollsortimente, ich gehe sicher davon aus, dass bekannte Einzelhandelsfilialisten, wie C&A, P&C, Kaufhof, H&M, Esprit, die derzeit noch Geschäftslokale in der Innenstadt betreiben, sich im FOC ansiedeln werden und die Stadt verlassen - früher oder später. Wie will man denn sonst 30.000 qm Verkaufsfläche füllen ?

30.000 qm nur mit Outlet Waren zu füllen, möglicherweise – wie Sie glauben – mit „Lizenzshops“, die in der Regel und wie von mir bereits erwähnt 80 qm bis 100 qm groß sind, bedeutet, dass dass das FOC 300 bis 400 Geschäftslokale haben müsste. Die größten Amerikanischen Mega-Shopping-Center haben noch nicht einmal 300 Geschäftslokale.

Also ist davon auszugehen – wenn man das System dieser Zentren kennt -, dass Großflächenanbieter selbstverständlich erforderlich sind und neben vielen gastronomischen Angeboten und Trendanbietern auch eingebracht werden.

Es ist doch klar, dass Investoren solcher Zentren alles in den schönsten Farben schildern, und zwar so, dass eventuelle Befürchtungen, die Innenstadt würde zerstört, unkundigen Entscheidern erst gar nicht bewusst werden.

Bitte schauen Sie sich mal Roermond an, aber bitte nicht nur das FOC, sondern auch die Innenstadt. Die gibt es nämlich nicht mehr, seitdem das FOC dort eröffnet ist.

Das Roermonder FOC ist deutlich kleiner als 30.000 qm.

Und wenn Sie auf den Fall hinweisen, bei dem sich Duisburg nicht für das FOC entscheiden würde, würde dies eine Nachbarstadt sicherlich. Ich kann Sie beruhigen, denn wenn das FOC in Duisburg gebaut wird, kann man in einigen Jahren sehen, wie viele Städte im Ruhrgebiet sich gerne gleiches einfallen lassen. In zehn Jahren wird es nicht nur das Duisburger FOC geben, sondern noch ein Dutzend andere.

Was aber dauerhaft verbleibt, ist die verödete tote Einzelhandelsszene der Duisburger Innenstadt, und da der Einzelhandel der wesentliche Belebungsfaktor einer Innenstadt ist, wird Duisburg – genauso wie Oberhausen – veröden, verarmen – man kann sagen: absterben.

Bekannterweise zahlen die Filialisten eines Shopping-Centers Gewerbesteuern grundsätzlich in der Stadt, in der der Hauptsitz des Unternehmens angesiedelt ist.

Wenn man die Kaufkraft an Duisburg binden will, muss man die Innenstadt attraktiv machen, und zwar stetig mehr tun, als bisher.

Und dass Duisburg Kaufkraft an Roermond verliert, ist sicherlich nicht ernst gemeint.

Für mich sind alle Personen, die ein solches Shopping-Center unterstützen, Totengräber der eigenen Stadt. Ich habe das – im Vorstadium – auch damals bezüglich Oberhausen gesagt und mehr als recht behalten. Hat es Duisburg wirklich nötig, den gleichen Fehler zu begehen ?

Positive Effekte entstehen aufgrund eines solchen Projektes in keiner Weise. Das einzig Positive, was dieses FOC bewirkt, ist ein riesiger Gewinn, der in den Taschen des Investors landet und leider oft auch in den Taschen der Befürworter „wider besseren Wissens“. Die Stadt Duisburg wird nur verlieren, insbesondere auch die Gewerbesteuern, die derzeit noch von den Inhabern Geschäften der Innenstadt bezahlt werden, denn diese Inhaber geführten

Geschäfte werden spätestens zwölf Monate nach der Eröffnung des FOC schließen. In einer kundenleeren Innenstadt kann nichts verkauft werden. Und die Königstraße in Duisburg hat nicht die überragende Qualität, dass man bei der Entscheidung, einkaufen zu gehen, nicht doch lieber in das neue und sehr reizvolle FOC fährt, statt in die verbliebenen Reste der Innenstadt. Sie hat keine Chance. Nein, Duisburg steht, wie Oberhausen, vor dem großen Problem einer „verschobenen Stadtmitte". Die sogenannte „Duisburger Neue Mitte findet dann im FOC statt", und jeder, der dies verneint, hat keine Ahnung, kein Interesse oder ist – wie auch immer – wirtschaftlich am FOC beteiligt.

Das Herz der Stadt befindet sich in der zentralen Innenstadt, in der – vereint mit den kulturellen Angeboten – der Einzelhandel stattfindet. Diese Gemeinsamkeit bestimmt auch die Identität der Stadt und letztendlich auch die Qualität der Stadt. In einer verödeten Stadt, in der der Einzelhandel fehlt, siedeln sich aufgrund eindeutiger Erfahrung auch keine Industrie und Dienstleister an. Sie wollen eine lebendige und pulsierende Innenstadt.

Mit freundlichen Grüßen Walter Brune.

Walter Brune hat die umfangreichste Erfahrung. Seit 1950 selbständig. Baute 1951/1955 für die Schwerindustrie sowie das Bergwerk Prosper-Haniel. Ende der 1950er Jahre engagierte ihn Karstadt. Er baute er 1965 die Karstadt-Hauptverwaltung in Essen. Und 20 Jahre lang für Karstadt Warenhäuser. Seine Firma ist eines der meist beschäftigten Architektur-Unternehmen. Für die Weltbank machte er zusammen mit Marcel Breuer umfangreiche Entwicklungsprojekte. Planung einer neuen Stadt am Kaspischen Meer in Persien: Namak Abroud. 1970 Rhein-Ruhr-Zentrum Mülheim. Aus der Kritik daran entwickelt er innerstädtische integrierte Einkaufszentren. 1983 Kö-Galerie Düsseldorf. 1960 BDA-Preis. 1989 Heuvel-Galerie in Eindhoven. 1988 Schadow-Arkaden Düsseldorf. Neumarkt-Galerie Köln. Galerie Roter Turm in Chemnitz. 2005 Urbanicom-Preisträger.

Er ist größter privater Investor und Betreiber von Geschäfts- und Büroimmobilien in Düsseldorf. Bürocenter Nord. Die Brune Immobilien Gruppe hat 200 Mitarbeiter.

Hammer Erklärung. 20 größere Städte in Nordrhein-Westfalen bilden breite Front gegen das in Werl geplante großflächige Outlet-Center mit der „Hammer Erklärung"[69]. Die Bürgermeister stehen für fast 2 Millionen Einwohner. Sie fordern die Stadt Werl (32 000 Einwohner) auf, „die Grenzen ihrer kommunalen Planungshoheit anzuerkennen). Ein Outlet gehe „eindeutig zu Lasten der Nachbarn". Dem Einzelhandel in der Region entsteht „massiver Schaden". Der Hammer Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann will sich mit allen rechtlichen Mitteln dagegen wehren.

Aufgeblasenes Auftreten. Zur mangelnden Seriösität von Investoren gehört eine Propaganda dieser Art, wie sie der Investors für das Werler Projekt betreibt: 80 000 qm Verkaufsfläche – also größer als irgendwo anders, 18 Millionen Menschen als potenzielle Käufer - das ist mehr als gesamt Nordrhein-Westfalen Einwohner hat , nämlich 17,8 Millionen.

Ähnlich aufgeblasen tritt auch Seveneck auf, der als potenzielle Käufer nahezu die ganze Metropole angibt.

Das Zentren-Problem in Nachbarländern

[69] Die "Hammer Erklärung" von 20 Bürgermeistern des Kreises Unna: http://www.wa.de/nachrichten/nordrhein-westfalen/breite-front-gegen-geplantes-outlet-center-werl-1510271.html.

Dänemark. „Einkaufszentren sind der Tod der Stadtkerne. In Dänemark gibt es eine strenge Gesetzgebung, die den Bau von Shopping-Zentren außerhalb von Orten einschränken und das kleine Gewerbe in den Stadtkernen schützen soll. Da einige Städte diese Regelung umgangen haben, will die Regierung diese Regelung nun verschärfen. Zu Recht, meint die linksliberale Tageszeitung Politiken, weil es nicht nur allein darum gehen sollte, billiger einzukaufen: „Dieses Schnäppchen-Denken ist kurzsichtig, weil geringe Preise in den Shopping-Zentren der Tod der kleineren Geschäfte im Zentrum der Kleinstädte ist. Und dies führt dazu, daß sich unsere Städte von kleineren Handelsplätzen in leere Bürokomplexe verwandeln: der Abschied vom kleinen Kleiderladen und ein herzlich willkommen für noch eine Filiale von H&M. Der Abschied vom Spaziergang am Samstagvormittag und statt dessen die Umwelt belastende Autofahrt zum Einkaufszentrum, falls man denn ein Auto hat." (8. 10. 2012)

Opposition in Belgien. „Das geplante Outlet in den Wiesen von Bleizo darf nicht kommen", fordern die Experten Raymond Gradus und Brigitte Bauer. „Es geht auf Kosten der kleinen Läden und der Erlebbarkeit des Stadtkerns. . . . Es ist der gnadenlose Schlag gegen die kleinen Läden und die Qualität des Stadtkerns."[70]

Kritik in den Niederlanden. In den Niederlanden gibt es bis 1012 drei Outlets: in Lelystad, Roosendaal und Roermond. Die Propaganda des Investors lautet auch hier: Wir verkaufen exklusive Waren, das hat mit dem normalen Handel nichts zu tun. Es stimmt ebenso wenig wie anderswo. Dafür kann der Investor keine Garantien geben. Man kann erwarten, daß Bleizo das soundsovielter Ladenzentrum wird. Es ist eine Entwicklung, die man in den USA und Großbritannien allenthalben erkennen kann: die Innenstädte laufen kommerziell leer. Dort gibt es bereits „no-go-areas" – Bereiche, in die kaum mehr ein Mensch hingeht.

Der Sonntag wird ökonomisiert, denn die Outlets sind immer sieben Tage geöffnet. Dann müssen die kleineren Läden in der Stadt mitziehen. Aber das können sie unmöglich. Es gibt auch die Erfahrung, daß Outlets die Tendenz haben, sich auszudehnen. Und es müssen in den Städten die Läden ständig mehr „Events" organisieren – was Kosten treibt, auch für die ganze Gesellschaft.

Schaden an der Qualität. Wenn die Mittel- und Kleinbetriebe verschwinden, verschwindet auch der Fachhandel mit dem Handwerk und der menschlichen Zugänglichkeit. Es ist ein hoher Preis, den die Gesellschaft zahlt, wenn sie die Handelstruktur nicht reguliert.

Das Wohnungswesen von Thyssen und die Heuschrecke Immeo

Thyssen hatte seit den 1920er Jahren mehrere Wohnungs-Firmen gegründet, um die staatlichen Subventionen für „sozialen Wohnungsbau", meist in Form von zinsgünstigen Krediten, „abzufischen". Von diesen Gesellschaften, zuletzt vor allem von „Thyssen bauen wohnen", wurde für die Mitarbeiter ein erheblicher Teil der Häuser im Duisburger Norden gebaut.

Das bedeutendste Bauvorhaben war die Großwohnanlage am Zinkhüttenplatz für Thyssen-Beschäftigte, die in den späten 1950er Jahren der berühmte Architekt Max Taut entwarf.

Als das „Wirtschaftswunder" mit den „reichen 1960er Jahren" zu einer Zunahme der Motorisierung führte, ließ Thyssen in Walsum, Voerde, Dinslaken und anderswo Wohnungen

---

[70] Raymond Gradus/Brigitte Bauer, Outlets maken kleine winkeliers kapot. Volkskrant 11. Dezember 2012.

bauen, die oft als moderner propagiert wurden. Viele Thyssen-Beschäftigte zogen „nach draußen“: aus der Industriestadt „aufs Land“.

In Marxloh wurden die Häuser aus der Vorkriegs-Zeit unrenoviert mit Gastarbeitern und Arbeitsmigranten aus Südeuropa und aus der Türkei belegt.

Verkauf an eine Heuschrecke. Mit dem Neoliberalismus lief die in den 1990er Jahren die Menschenverachtung hoch auf: ThyssenKrupp verkaufte seinen gesamten Haus-Bestand an eine „Heuschrecke“, von der sie wusste, dass diese keine Bestandspflege, sondern nur Weiterverkauf um jeden Preis betreiben würde – denn so sind alle Heuschrecken, von denen es mehrere gibt, aufgestellt.

Wo blieb damals die Mitbestimmung ? War sie blind ? Verklüngelt ? Sie konnte erkennen, wohin der Verkauf an eine Heuschrecke führt. Die Gewerkschaften mußten doch wissen, daß der Markt erbarmungslos ist. Sie stimmten zu, daß dieser Häuser-Bestand mit seinen vielen Berwohnern, erbarmungslos dem Marktradikalismus ausgeliefert wird.

Es waren Sozialdemokraten und Grüne, die unter Gerhard Schröder, Franz Müntefering und Joschka Fischer die Deregulierung zugunsten der Heuschrecken durchführten – und damit den Spekulanten und Finanzhaien das Feld frei gegaben. Und jetzt sorgen in Duisburg ihre Partei-Genossen erneut dafür, dass dieses Geschäft funktioniert. Als Zuständige für die Drecksarbeit wollen ihre Mandats-Träger die Leute mit Lug und Trug vertreiben.

ThyssenKrupp Ausverkauf und Immeo Wohnen. 1998 fusionierten Thyssen und Krupp. Im Immobilienbereich entstand aus der Fusion der jeweiligen Wohnungsgesellschaften die ThyssenKrupp Immobilien GmbH. Thyssen hatte 1991 42 723 Wohnungen (mit über 100 000 Mietern). Krupp besaß 1999 rund 16 500 Wohnungen. Insgesamt waren es rund 60 000.

2004 verkaufte ThyssenKrupp den Bestand von rund 48 000 Wohnungen an ein Konsortium von Morgan Stanley und Corpus Immobiliengruppe, gebildet u. a. von der Sparkasse Köln. Wieviele Wohnungen Thyssen einbrachte, läßt sich nicht ermitteln.

Irgendwann änderten die neuen Eigentümer den Namen: in „Immeo“. Der Volksmund nennt solche Gesellschaften seit einiger Zeit „Immobilien-Haie“ oder – wie zuerst der deutsche Vize-Kanzler Franz Müntefering - „Heuschrecken“.

Morgan Stanley in New York erwarb durch verschiedene Fondgesellschaften 93, 5 Prozent der Geschäftsanteile, Corpus 6,5 Prozent. Der gesamte Kaufpreis wurde verschwiegen.

Finanz-Geschäft. „Unter den neuen Eigentümern Morgan Stanley/Corpus wurde die Verbesserung des Ergebnis- und Cash flow-Betrages der Immeo-Gruppe zum primären Ziel der Gesellschafter und des Managements erhoben. [Im Klartext hieß dieses Ziel: äußerst möglicher Gewinn.] Mit der Trennung vom ThyssenKrupp Konzern haben sich deshalb die Wohnimmobilien als Investment vom klassischen Sach- zum Finanzwert weiterentwickelt.“ Dies bedeutet: Es geht nicht mehr um eine halbwegs abgerundete Fürsorglichkeit im Wohnungswesen, sondern nur noch um die Gewinn-Ziffer unter dem Strich.

Der zitierte, von Immeo selbst im Internet publizierte Satz ist erhellend: Es interessiert die Firma nicht mehr, wie es in den – nach umfangreichen Verkäufen - noch in ihrem Besitz befindlichen 48 000 Wohnungen rund 150 000 Menschen geht und welche Bedeutung der Wohnungsbestand für die Region hat, sondern einzig das menschlich abstrakte Finanzgeschäft. „Der alte Krupp, der über Wohnungen sozial dachte, dreht sich im Grab herum.“

Dies wirft Fragen im Kontext auf. 1951 trat das Montan-Mitbestimmungsgesetz in Kraft. Darin wurden die Aufsichtsräte in der Montanindustrie von Arbeitsgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzt. Warum kümmerte sich die Gewerkschafts-Seite nicht darum, dass nicht nur Arbeitsplätze verloren gingen (durch Schließung der Hütten verloren in Duisburg, Oberhausen und Hattingen 65 000 Menschen ihre Arbeit), sondern in großem Umfang auch der Wohnungsbestand ? Dies wirft kein gutes Licht auf die Arbeitnehmer-Vertretung.

Weiter-Verkauf. Das Rendite-Ergebnis genügte der „Heuschrecke" Morgan Stanley nicht. Daher gibt diese Investment Bank den Bestand weiter.

Schon kurze Zeit später übernahm 2005 die französische Immobiliengruppe Fonciére des Régions die Firma Immeo. Mit im Spiel sind Steuer-Modelle, die zum Teil über Luxemburg laufen.

Für nunmehr nur noch rund 40 000 Wohnungen (rund 20 000 waren bereits verkauft) wurden 2,1 Milliarden Euro angesetzt. Der genaue Kaufpreis konnte nicht ermittelt werden. Später wird der Wert mit 2,5 Milliarden Euro angegeben.

Die Firma Fonciére. Die Heuschrecke wurde 1963 in Metz gegründet, um Wohnungen für Stahlarbeiter in Lothringen zu verwalten. Sie besitzt heute im Gebiet von Rhein-Ruhr insgesamt rund 47 000 Wohnungen. Hier firmieren sie unter Immeo Wohnen Essen. Die Verwaltung mit 320 Mitarbeitern logiert in Oberhausen, an der Essner Straße im früheren Büro von „Thyssen bauen wohnen".

Leistungs-Verweigerung und Miet-Höhen. Mit dem Verkauf verschlechterte sich die Wohnungsverwaltung. Zunehmend klagten Mieter über Fehler in Nebenkosten-Abrechnungen.

320 Mitarbeiter sind extrem wenig Leute für die vielfältigen Aufgaben, die eine verantwortungsvoll e Bestands-Verwaltung hätte. Aber es geht Immeo nicht um die Bestandspflege, denn Immeo ist auf Verkauf von Wohnungen eingestellt. Immeo setzt so wenig wie irgend möglich Mittel in die Instandhaltung des Wohnungsbestandes ein. Zugleich mit dieser Leistungs-Verweigerung nutzt Immeo jede Möglichkeit, Miet-Erhöhungen durchzusetzen. Immeo- Selbstdarstellung im Internet: „Das Mietmanagement nutzt grundsätzlich alle zulässigen Spielräume bei der Durchführung von Mieterhöhungen."

Vandalismus. Da die Privatisierung selbst in Denkmal-Siedlungen ohne Bedingungen geschah, kann man sich vorstellen, wie viel der Vandalismus der großen und der kleinen Eigentümer in der Region angerichtet wurde. Die Region verlor einen erheblichen Bereich an Baukultur.

Gewinne. Die Wohnungsgesellschaften hatten jahrzehntelang mit der Gemeinnützigkeit eine begrenzte Rendite von 4 Prozent. Dann schlug neoliberales Denken in der Wohnungswirtschaft zu. In den letzten 20 Jahre entstanden Geschäfts-Modelle auf dem Wohnungs-Markt, die nicht mehr aus der unternehmerischen Kalkulation stammten, sondern unter den Gesichtspunkten des Finanzmarktes abliefen. Mit der Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes 1990 konnten die Wohnungsgesellschaften die Mieten an den Markt anpassen.

Der höchste Verdienst entsteht durch Verkauf. Er wurde bereichsweise von den Mietern erzwungen. Von 2004 bis 2007 wurden 8.300 Wohnungen verkauft.

Das Geschäftsmodell geht unter. Immeo gibt propagandistisch an, langfristig Bestandserhaltung betreiben zu wollen. Die uns bekannten Fällen belegen dies nicht, sondern sprechen für das Gegenteil: rasches Abstoßen. Immeo behält lediglich deshalb Bereiche, weil der Markt für Verkäufe weitgehend erschöpft ist.

Vergleichs-Beispiel: die britische Annington wollte in Ruhr rund 20 000 Wohnungen pro Jahr verkaufen. Sie kam jedoch nur auf 1 800. Damit war das Geschäftsmodell zerbrochen.

Die Heuschrecken sind stark in der Klemme. Die Immobilien-Investoren haben immense Kredite aufgenommen. Sie wollen den raschen Euro machen. Dazu versuchen sie, die Wohnungen zu verkaufen. Denn ihre Welt ist es nicht, mit den Wohnungen als Bestand gut umzugehen, sondern mit dem gewonnenen Geld am Finanzmarkt zu spekulieren. Das Geschäfts-Modell des Verkaufs gerät aber nach einiger Zeit ins Stottern. Der Markt ist um 2005 gesättigt, es gibt nur noch wenige Menschen, die kaufen wollen und können. Aber die Verzinsung für die aufgenommenen Kredite drückt. Die Kredite laufen in absehbarer Zeit aus. Wer leiht Geld – wenn das Geschäft sich abschwächt ? Die Heuschrecken haben mit Umschuldungen zu kämpfen.

Alle großen Investoren, die von Heuschrecken übernommen wurden, haben den Ausstieg aus ihren befristeten Investments eingeleitet (Gagfah, Annington, LEG, Immeo u. a.).

Mieter. Man kann keinem Versprechen mehr trauen. Es wird geschwätzt, was im Augenblick dienlich erscheint. Im zivilen Leben nennt man so etwas: Es wird gelogen, daß sich die Balken biegen.

In der Pressekonferenz am 14. Januar 2012 sagt Walter Ziegler von Immeo: Die Wohnungen „werden nicht mehr den aktuellen Anforderungen an familienfreundliches Wohnen gerecht“[71]. – Wie bitte ? Es sind ganz normale Sozialwohnungen. Kein Satz kann so neben der Wahrheit und der Professionalität liegen, daß er nicht wenigstens mal zum Bluffen ausprobiert wird.

Im Max-Taut-Viertel hat Immeo die Dreistigkeit, Mietern zusagen, sie ständen dem Gemeinwohl entgegen und sollten daher ausziehen.

In der Max-Taut-Siedlung macht ein Teil der Mieter eine Art Streik gegen die Zerstörung. „Ich ziehe nicht aus, ich ziehe einfach nicht aus.“

Geringschätzung der Kunden. Immeo verkaufte am 30. April 2012 ohne Wissen der Mieter rund 500 Wohnungen an die Residential Duisburg Grundstücks Gmbh. Die Mieter erfahren den millionenschweren Deal aus der Zeitung. Es wechselten 76 Laarer Häuser an der Apostelstraße, Zwingli-, Kanzlerstraße, Am Hagenbeckshof, Rhein-. Arndt-, Jahn-, Beukenberg-, Flora-, Spaten-, Schill-, Watt-, Scholtenhof-, Bessemer-, Deich-, Thomas-, Friedrich Ebert- und Werthstraße den Eigentümer.

Immeo verkaufte auch Wohnungen in Bruckhausen.

Wohnung als Ware. Die großen Werke in Ruhr hatten bis 1914 Wohnungen bauen lassen, weil sie Arbeiter suchten und unterbringen mußten. Weil dies nicht einfach war, mußten sie ihnen auch Qualitäten liefern. Dazu gehörte, daß sie die Mieter nur für ihre Gestehungs-Kosten zahlen ließen. Lange Zeit war die Wohnung kein „Geschäfts-Modell“, das heißt: Die Firmen wollten aus den Wohnungen keine Gewinne ziehen.

Erst als die großen Werke sich auflösten, mit dem Ende von Kohle und Stahl in der Region, lösten sich die Wohnungs-Gesellschaften von den Firmen – und dann wurden von den verselbständigten Gesellschaften die Wohnungen zur Ware gemacht, mit der man über seine Kosten hinaus Geschäfte machte. Dies begann in den 1970er Jahren: zunächst durch Verkauf in der sogenannten Privatisierung.

In den 1990er Jahren breitete sich zunehmend der Finanz-Kapitalismus aus. Hier konnte man plötzlich mit dem eingesetzten Geld weit mehr Rendite erzielen als mit den üblichen und normalen 4 Prozent – nun acht oder 13 Prozent. Das Modell hieß: Wohnungsbestände aufkaufen und zu schnellem Geld machen.

Im Casino des Finanzsystems sind Mieter Spielsteine im „Wohnungs-Roulette“ (WAZ) der Herren Thierry Beaudemoulin und Walter Ziegler.

Splitter aus Gesprächen mit Bewohnern

Edgar Reitz, Regisseur der Film-Reihe „Heimat“: „Wir verbringen dieses Leben miteinander verbunden, viel tiefer als wir ahnen.“[72]

„Die Gebäude sind gepflegt – in Ordnung.“

Werner Braasch, einst Thyssen-Werksfahrer: „Warum soll das hier denn weg ?“

„70 Prozent der Mieter haben bei Thyssen malocht.“

„Sie haben im harten Winter 1978/1979 gestreikt.“

---

[71] NRZ 14. 1. 2012.

[72] Edgar Reitz, in: SZ 17/12/2012.

„Wir wollen am 23. bei unserer Sitzung das Unterstützer-Plakat präsentieren. Man kann sich nicht vorstellen, wie viele Leute hinter uns stehen. Davon könnten wir zwei Plakate machen."

„Ich habe auf E-Mail rund geschrieben."

„Die Leute haben einen wilden Zorn auf die Parteien."

„Wenn man sich das vor Augen hält !"

„Die Abgeordneten in der Politik haben alles vergeigt. „

„Wir haben die ganze Siedlung mit Plakaten voll gehängt."

„Viele junge Arbeiter-Familien fanden hier ihre erste Wohnung. Sie leben noch heute hier."

„Viele Witwen leben knapp über dem Sozialsatz," sagt die BI-Sprecherin Helga Vokke.

„Der Hausmeister hat viele Plakate herunter gerissen. Aber am nächsten Tag hingen wir neue auf."

„Es ist noch nicht verkauft worden. Nur Vorverkauf. Es sind noch keine Verträge geschlossen."

„Die Zahlen gehen weit auseinander. Man spricht von 5 Millionen. Auch von 40, 5 Millionen für die Siedlung."

„Es wurde erzählt, daß als erstes die Garagen abgerissen werden. Aber das können sie nicht. Denn sie müssen erstmal gekündigt werden."

„Das ist eine der vielen Drohgebärden, um uns zu verunsichern."

„Die sollen reden und quasseln, bis ihnen das Öl aus den Ohren kommt."

„Um 16.30 treffen sich die Leute am Rotkreuz, dann kommt der Bus, der uns kostenlos unterstützt, und fährt die Leute zur Kreuzes-Kirche zur Versammlung. Zweimal. Und später zurück."

„Der Verwalter sprach nur vom Umzug, aber zum Mietvertrag hat er nichts gesagt."

„Wir wollen uns doch nicht bekloppt machen."

„In der Zeitung ist der Verwalter bald am Heulen, daß seine Umzugs-Angebote nicht so angenommen werden."

„Eine alte Frau wollte die Küche ersetzt haben. Hat sie nicht gekriegt. Wie sollen die das dann nach dem Umzug finanzieren."

„Ich kann das körperlich nicht mehr. So ein Streß."

„Die ganze Privatsphäre wird zerstückelt."

„Es ist doch nicht so, dass du in die erste Wohnung reingehst und dann geht alles auf."

„Eine umzugswillige Frau wurde bis nach Walsum geschickt. Achte Etage. Da sagte sie: Was soll ich denn hier ?"

„Der Investor läßt erst Gelder fließen, wenn die Siedlung leer ist."

„Der Investor pokert. Und dann sagen sie: Die Bevölkerung pokert."

„Die Leute werden eingeseift, belogen und betrogen."

„Wir wollen dem Minister schreiben wegen des Denkmalschutzes."

In der Rheinpreußen-Siedlung wurden in den 1970er Jahren zwei Hungerstreiks gegen den Abriß gemacht. Rheinpreußen wurde gerettet. Man kann es besichtigen."

„Die Politiker haben keine Inhalte. Sie wollen nur Macht haben."

„Ein Teil von dem, was die Regierung von sich gibt, sind doch nur leere Versprechen."

„Wie viele Leute in der Politik sind Vorteilnehmer ?"

„Die wulfen doch alle. Das machen doch viele."

„Die Information zu Enzweiler ? – das steht im Internet. Der Fall Gebag: Er saß im Aufsichtsrat und hat für die Gebag die Verträge gemacht und sich dafür bezahlen lassen, das durfte er nicht, das ist aufgeflogen, dann mußte er zurücktreten."[73]

---

[73] Christian Heiko Spieß und Thomas Rodenbücher, www.xtranews.de/2010/03/16/von-politikern-bauunternehmern-und-notaren-wer-wuerde-vom-bau-des focs-profitieren-2/

„Karl Heinz Rave, ehemals Hallenleiter von Rhein-Ruhr, hat dem Enzweiler einen starken Brief geschrieben."

„Wir müssen alle Leserbriefe schreiben: Die ganze Stadt-Spitze müßte weg. Alle."

„Pöstchenreiterei. Bei Rot, Grün, Links."

„Wir müssen den Gegensatz zwischen Geist und Macht ertragen."

„Die Bürgerinitiative muß Wächter über die Stadtpolitik sein."

„Erklärt euch zu einem Bürger-Komitee ! Ihr könnt das erste Bürger-Komitee in Deutschland sein."

„Immer am Problem arbeiten."

„Immer selbstbestimmt."

„Gegenseitig helfen. Das ist Solidarität."

„Immer ohne Geld."

„Wir müssen gegen die Vorurteile arbeiten."

„Alle, die bei uns arbeiten, haben alle einen deutschen Paß."

„Wenn man alle Zugewanderten wegschicken würde, ginge bei uns das Licht aus. Das fängt an bei der Putzfrau - bis zu was weiß ich. Das mußt du dir mal vorstellen."

„Die Menschen zusammen bringen – es ist ein langer Weg dahin."

„Die Gebag hat über alle Köpfe hinweg verkauft. In Homberg zwei Hochhäuser. Keiner wußte was. Ich schrieb dem Arbeitsdirektor, aber ich kriegte keine Antwort. Sie sitzen alle zusammen."

„Der Investor, Immeo und das Rathaus reden von >sozialvertäglichem Umzugsmanagement<. Das ist typisch für Sozialdemokraten: In der Sache unterwerfen sie sich der Macht des Kapitals, sie verteilen ein Bonbon und erwarten, daß die Leute dann gut über sie denken. Viele Leute fallen darauf herein."

„Der Investor lügt sich durch. Im Oktober [2012] verkündet er, zwei Häuser stehen leer, ich reiße sie im Dezember schon mal ab. Stimmt überhaupt nicht. Die Hälfte der Mieter wohnt noch darin und will nicht ausziehen."

„Immeo versucht, die Mieter zu Aufhebungsverträgen zu nötigen."

„Wir hatten in der Siedlung bereits einige Todesfälle, Menschen, die noch hier wohnten, oder kurz nach ihrem „sozialverträglichen" Umzug verstorben sind."

„Manche Bewohner leben seit 50 Jahren in der Siedlung."

„Es gibt noch Mieter, die den Aufbau von Deutschland in den 1950er Jahren gemacht haben".

Margarethe Jewke: „Mein ganzes Leben habe ich hier verbracht. Mich müssen sie mit den Füßen raustragen."

„Es war die erste Siedlung mit Fernheizung."

Hannelore Augustin: „Wir sind als erste eingezogen. Ich habe alle Zeitungs-Artikel über die Siedlung gesammelt. Sie können sie in Ruhe ansehen. Ich halt ja meinen Mund nicht, ich sag meine Meinung."

„Zuhause sind wir, wo wir erzählen."

„Jupp Krings [der Alt-Bürgermeister] ist so menschlich."

„Den kenne ich."

„Wir machen einen Bustransfer zur Versammlung in der Kirche."

„Wir haben ein Unterstützer-Plakat gemacht, das ist schon voll."

„Gibt es Vorverkaufsverträge ?" – „Ich glaube, noch nicht."- „Ich habe gehört, der Investor will 40, 5 Mio. Euro für die Siedlung zahlen."

„Sie haben noch nicht mal die Kündigung geschickt."

„Ich hab einen Karnevalswagen gemacht und die ganzen Köppe von den Politikern reingesetzt und ins Internet getan. Die Pappnasen."

„Der Herr Mörsdorf ist Verwalter. Er sagt, ab Mai gäbe es keine Umzugsgelder mehr. 1200 Euro Umzugskosten. Da kommste doch nicht mit hin. Wenn jemand eine Einbauküche nach Maß hat, die kriegt er nie wieder.“

„Ich hab mich erst auch einlullen lassen, dann kam die Bürgerinitiative.“

„Wir hatten eine Rechnung von 20 000 Euro gemacht.“

„Hinter allem steckt der Enzweiler.“

„Karl Heinz Hasenbrink war der letzte Chef der Rhein-Ruhr-Halle. Er ist sauer, wie man mit der Halle und mit ihm umgegangen ist.“

„Für das Bürgerbegehren zur Abwahl des Oberbürgermeisters Adolf Sauerland kamen 20 000 Unterschriften mehr zusammen als erforderlich waren. Die Bürgerinitiative nannte sich >Neuanfang für Duisburg<.“

„Da hat doch keiner mit gerechnet - mit der Abwahl vom Oberbürgermeister.“

„Der Konflikt hat auch sein Gutes. Durch die Bürgerinitiative sind wir zusammen gewachsen. So viele Freundschaften gab es lange Zeit nicht. Es geschieht hier viel – zusammen.“

Schimanski. Aus Mülheim vom MBI: „. . . bereits reif für eine neue spannende Folge mit Kommissar Schimanski in „Tatort Duisburg“. . . Schimmi so wütend, daß er sich getarnt als Finanzinvestor von Cerberus an den grünen Greulich (oder umgekehrt), den FOCler Sevenheck und den Immeoianer Ziegler heranmacht . . . . Wie dieser hyperspannende Krimi weiter und ausgeht, wird nicht verraten . . . „ (MBI, greulich neulich oder das FOCfatale in Duisburg-Hamborn ? Internet 23. Oktober 2012).

Drohbriefe und Zerstörungen

Helmut Mattern, Sprecher des Max-Taut-Viertels, wurde am 7. März 2012 abends von einem Auto verfolgt worden. Am nächsten Morgen fand er einen Drohbrief im Briefkasten. Alle Plakate in der Siedlung sind zerstört. Sylvia Brennemann fuhr mit ihm zur Polizei.

Ein weiterer Drohbrief folgte. Wer kann daran Interesse haben ?

Einschüchterung. Sie zielt vor allem auf Menschen, die aus der Tatsache, daß so etwas sehr selten ist und wir in einem weitgehend zivilisierten Land leben, leicht in Ängste verfallen und sich dann anpassen.

Auch Bonn soll mit einem ähnlichen Outlet-Center von Douvil beglückt werden. Gibt es einen Zusammenhang zu Folgendem? Auch der Chef der städtischen Liegenschaften in Bonn erhielt einen wüsten Drohbrief.

Der Verdacht liegt nah, daß es mafiöse Strukturen gibt. Sind dies filmreife Fälle für Schimanski ?

Am Osterwochenende wurden wieder mehrfach nachts Plakate zerstört worden. Helga Vocke und Helmut Mattern sahen morgens auf den Boden ihres Hauseingangs zwei Worte gesprüht: "Hau ab!" Anfang Januar 2013 fanden zwei Bewohner am Morgen ihre Autos besprüht.

Zerstörung von Protestplakaten. Die Bürgerinitiative hängt überall im Max-Taut-Quartier Protest-Plakate auf. Eines Morgens finden die Akteure, daß viele abgerissen wurden – über Nacht. Wiederum von irgendwelchen Dunkelmännern. Die Initiative hängt neue Plakate auf. Auch sie landen in Fetzen im Gras.

Die Initiative versendet eine Pressemitteilung (15.3.2012): „Wir lassen uns nicht einschüchtern. In der Nacht vom 14.3. auf den 15.3. ist es erneut zu einer großen Zerstörung aller Protestplakate in der vom Abriss bedrohten Zinkhüttensiedlung gekommen. Nachdem es in den vergangenen vierzehn Tagen vermehrt zu derartigen Zerstörungen gekommen war und es vor allem briefliche und telefonische Bedrohungen gegen den Sprecherkreis gegeben hat, hat die Initiative bereits in der vergangenen Woche Strafanzeige, vorerst gegen

Unbekannt gestellt.“

Helmut Mattern, Sprecher der Initiative, sagt: „ Wir werten diese Angriffe als Versuch, uns einzuschüchtern und uns von unserem erklärten Ziel abzubringen. Dies wird dem oder den Tätern nicht gelingen. Es gibt offenbar ein übergroßes Interesse, uns aus der Siedlung zu vertreiben.“

Helga Vocke, ebenfalls Sprecherin: „ Wir sind sehr gut organisiert und haben alle MieterInnen dazu aufgefordert, ihr Umfeld, besonders nachts gut im Auge zu behalten. Ich bin zuversichtlich, dass man den Tätern schnell auf die Schliche kommen wird und die Strafanzeige dann gezielt geführt werden kann. Es ist schon sehr empörend, inzwischen ist Material zerstört im Wert von mehreren 100 Euro. Die Initiative, die sich inzwischen zu einer regelrechten Bürgerbewegung entwickelt hat, kann sich über mangelnde Unterstützung auch über die Stadtgrenzen von Duisburg hinaus nicht beklagen und arbeitet derzeit an der Planung weiterer Aktionen.“

Horst Niewrzol, Sprecher der Initiative:“ Unsere Terminkalender sind gut voll, wir werden laufend zu Veranstaltungen eingeladen, an denen wir über das geplante Projekt und die uns betreffenden Folgen berichten. Soviel Solidarität zu bekommen, gibt enorme Kraft.“

Einschüchterung durch Abriß-Lügen. Am 13. Oktober 2012 sagte Investor Roger Sevenheck im Rundfunk, daß die „Bagger im Grunde Anfang Januar anfangen zu rollen.“[74] Dies ist eine Drohung. Dann verkündet Sevenheck : „Im Dezember werde man mit dem Abriß beginnen, zwei Gebäude stünden schon jetzt komplett leer.“ Dies ist gelogen. Im Oktober muß Sevenheck zugeben, daß der Start des FOC wohl verschoben werden muß.

Mieterschutzbund: viele Fragen und Mahnungen

Mieterbund Rhein-Ruhr e.V. Mieterschutzverein Groß-Duisburg e.V. Mieterschutzbund Duisburg e.V. : Wohnraum für Parkplätze? Keine Geschäfte auf dem Rücken der Mieter !

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sauerland, mit Unverständnis haben die Vorstände und mehr als 30.000 Mitglieder der in Duisburg ansässigen Mietervereine und mittlerweile wohl auch die Mehrzahl der in Duisburg beheimateten mehr als 300.000 Mieter zur Kenntnis genommen, dass Rat, Stadtverwaltung und Sie als Repräsentant und gewählter Oberbürgermeister der Stadt Duisburg die Vernichtung preiswerten Wohnraumes von mehr als 390 Wohnungen beschlossen haben und durchsetzen wollen.

Völlig unverständlich wird dieses Vorhaben vor dem Hintergrund, dass der Abriss der Wohnungen für Parkplätze des geplanten Factory-Outlet-Center erfolgen soll. Die betroffenen mehr als 1.100 Mieter sind bisher weder von der Verwaltung der Stadt Duisburg noch von Ihnen als gewählter Oberbürgermeister über die Tatsache als solches, die Hintergründe und Notwendigkeit und auch nicht über den geplanten zeitlichen Ablauf des Abrisses der Wohnungen informiert worden.

Sie sind als Oberbürgermeister nicht einmal zu den zahlreichen Veranstaltungen der Mieterinitiative der Mieter der Zinkhüttenplatzsiedlung erschienen und haben es auch nicht für notwendig erachtet, verantwortliche Mitarbeiter der Verwaltung zu diesen Veranstaltungen zu entsenden, um hier Rede und Antwort zu stehen.

---

[74] Deutschlandfunk 13. 10. 2012, 9.10 Uhr.

Eine diesbezügliche Anfrage von Medienvertretern, ob die Stadt und deren Oberbürgermeister nicht verpflichtet seien, die betroffenen Mieter hier unmittelbar zu informieren, ist von der Pressesprecherin dahingehend beantwortet worden, dies sei Privatsache zwischen dem Vermieter und den Mietern und damit sinngemäß, damit habe die Stadt nichts zu tun.

1. Sind die Sorgen und Existenzängste der betroffenen Mieter um den Erhalt ihrer Wohnungen wirklich Privatsache, wenn die Stadt und damit der Oberbürgermeister für die Schaffung von Parkplätzen für das FOC den Abriss von preiswertem Wohnraum und damit die Vertreibung von Mietern durch städtische Planungen verursacht und betreibt?
2. Haben unter den gegebenen Umständen die Mieter der Zinkhüttenplatzsiedlung kein Recht auf unmittelbare Informationen durch die Stadtverwaltung und den ihr vorstehenden Oberbürgermeister?

Ist die Vernichtung von preiswertem Wohnraum für die Schaffung von Parkplätzen und damit die Vertreibung von langjährigen und teilweise mehr als 80 jährigen alten Mietern unter dem Gesichtspunkt der Grundsätze der Daseinsfürsorge, denen die Stadtverwaltung und insbesondere der gewählte Oberbürgermeister verpflichtet sind, vertretbar, nur weil dies offenkundig preiswerter ist als der Bau von Tief- und Hochgaragen?

Kann die Stadt Abrissgenehmigungen wirksam erteilen, wenn die Mietverhältnisse der betroffenen Mieter rechtlich wirksam nicht gekündigt werden können?

Warum sind weder das Amt für Wohnungswesen, noch das Sozialamt und nicht einmal die kommunale Wohnungsvergabe beauftragt worden, sich um Mieter zu kümmern, um so bei freiwilligen Umzügen von älteren, kranken und einkommensschwachen Mietern zu helfen und so soziale Härten zu vermeiden?

Bei allen Beteiligten, insbesondere bei den betroffenen Mietern, den Interessenvertretungen der Mieter, den Sozialverbänden und bei den Mietern in Duisburg ist zwischenzeitlich der fatale Eindruck entstanden, dass die Stadt Duisburg und insbesondere Sie als gewählter und verantwortlicher Oberbürgermeister ihren Verpflichtungen gegenüber den Mietern und insbesondere den einkommensschwachen und älteren Mietern in dieser Stadt nicht in dem erforderlichen Umfange nachkommen.

Es drängt sich die Vermutung auf, dass man in Duisburg in Zukunft vielleicht günstiger Designerkleidung einkaufen, aber als Mieter nicht dauerhaft sicher wohnen kann

Der Abriss einer ganzen Siedlung mit 400 Wohnungen ist nicht nur wohnungspolitisch sondern auch städtebaulich nicht zu vertreten. Alle Wohnungen sind in einem guten Zustand, wozu nicht nur die früheren Eigentümer Thyssen Krupp Wohnimmobilien sondern auch die jetzige Eigentümerin, Immeo Wohnen Service GmbH [?], und insbesondere auch die Mieter mit eigenen erheblichen Investitionen beigetragen haben.

Bei der Siedlung handelt es sich um eine der letzten errichteten typischen Werkswohnungs-Siedlungen in dem unverwechselbaren Baustil der 50er Jahre, die von der engen Verflechtung und Verbundenheit der August Thyssen Hütte und ihren Arbeitnehmern Zeugnis ablegt. Die hier wohnenden Mieter haben in ihrer überwiegenden Zahl nach dem 2. Weltkrieg zu dem Aufbau der Industrie und damit zu dem Aufbau der Stadt Duisburg beigetragen.

Die Zinkhüttenplatz-Siedlung verdient es, als Denkmal der jüngeren Geschichte erhalten zu bleiben und nicht wegen der profanen Errichtungen von Parkplätzen dem Erdboden gleich gemacht zu werden.

Dies verdienen aber vor allen Dingen die Menschen, die dort teilweise seit fünfzig Jahren wohnen.

Da offenkundig weder die Verwaltung noch Sie als Oberbürgermeister sich mit obigen Problemen und den sich daraus ergebenden Fragen eingehend auseinandergesetzt haben und auch dem Rat in seiner Sitzung am 27.Oktober 2011 entsprechende Vorgaben, die in der Ratssitzung zu einer Beratung darüber hätten führen können, nicht vorgelegt worden sind, erlauben wir uns Ihnen dieses Schreiben als offenen Brief zugehen zu lassen in der Hoffnung, dass hierdurch die zwingend notwendige öffentliche Diskussion angeregt und geführt wird, nämlich die Diskussion darüber, ob preiswerter, gut erhaltener Wohnraum wegen der geplanten Errichtung von Parkplätzen vernichtet werden soll und damit auch der Lebensraum und die Heimat von mehr als 1.100 Mietern.

Wir werden insoweit auch Unterschriften sammeln und gegebenefalls eine Bürgerbefragung durchführen.

Vielleicht ergibt sich dann, dass hier intelligentere Lösungen der Unterbringung von Kraftfahrzeugen als die Vernichtung von Wohnraum möglich sind.

Mit freundlichen Grüßen Mieterbund Rhein-Ruhr e. V. Jürgen Effenberger. 1. Vorsitzender. Mieterschutzverein Groß-Duisburg e. V. Horst Neureither. 1. Vorsitzender. Mieterschutzbund e. V. Peter Hesse. 1. Vorsitzender.

Der Oberbürgermeister und die Verwaltung antworteten auf keine der gestellten Fragen.

Alte Menschen werden entwurzelt

Margarete Wösthoff sagte in der Bürgeranhörung zum FOC am Freitag, 2. März 2012 in der Clauberg Halle in Duisburg-Marxloh:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin 54 Jahre, bin gebürtige Marxloherin und wohne in diesem Stadtteil. Als Diplom-Pädagogin und Heilpraktikerin für Psychotherapie arbeite ich seit fast 20 Jahren mit hoch depressiven Menschen und möchte an meine Vorredner anknüpfen, die den gesundheitlich-sozialen Aspekt in ihren Beiträgen bereits kurz erwähnt haben.

Vorab jedoch ist es mir ein Anliegen auf Folgendes hinzuweisen: offensichtlich haben wir, was das Außen-vor-lassen der Bewohner der Siedlung am Zinkhüttenplatz betrifft, es mit einer wiederkehrenden Handlung zu tun. Wiederkehrend ist zu beobachten, dass diese Menschen nicht in die bauliche Planung mit einbezogen, vergessen und außen vor gelassen werden.

Nein, es handelt sich nicht um eine einmalige unbewusst aufgetretene Handlung, sondern hier geht es offensichtlich um etwas Systematisches; sprich mit System Vollzogenes.

Während der Informationsveranstaltung am 28.02.2012 wurde von Seiten der Immeo und anderen Verantwortlichen von einem sozialverträglichen Umzug der Bewohner gesprochen. Die Sozialverträglichkeit hört dann auf, wenn der Umzug vollzogen und die Menschen in ihren neuen Wohnungen leben. Die Folgen, die dieser erzwungene Wohnortwechsel für alte und hochaltrige Menschen haben kann, können in psychiatrischen Erkrankungen wie Depressionen und Ängsten münden.

Gerade in dieser Lebensphase sind Themen wie Abschied und Verlust von den alten Menschen zu bewältigen. Mit Abschied und Verlust ist das Ertragen gemeint, dass die frühere selbstverständliche Funktionstüchtigkeit des Körpers nachlässt und dass Lebensgefährten und Freunde sterben. Und nun kommt auch noch der Umzug hinzu.

Wie wir gehört haben, kann der Umzug letztendlich nach einiger Zeit zum Tod der Menschen führen. Jedoch davor haben diese Menschen ein Leben in Qual zu verbringen. Beeinträchtigt durch die psychiatrischen Erkrankungen der Depression und Ängste leben sie mit Antriebslosigkeit, Schwere und Müdigkeit und ohne Lebensfreude, fühlen sich elend und leiden unter dem Verlust von Sicherheit und Orientierung.

Darüber hinaus gibt es Studien, die die Zusammenhänge von Depressionen und Demenz untersuchen. Und wenn es um Demenz geht, führen wir uns vor Augen, dass der erkrankte Mensch aufgrund des langsamen und sicheren Verlusts seines Geistes auch seine Würde nicht mehr eigenständig vertreten kann ! Er ist zunehmend auf sein Umfeld angewiesen, das sich für den Erhalt seiner Würde einsetzt und das nun die Aufgaben übernimmt, seine Würde zu vertreten.

Setzen Sie sich jetzt schon für die Würde der Bewohner ein und verhindern den Abriss der Siedlung.

Wir, die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Duisburg erholen uns aktuell von den katastrophalen Folgen der Entscheidung, die Loveparade in unserer Stadt durchzuführen. Wir haben gesehen, wohin Allmachtsphantasien und ignorantes Imagebewußtsein führen können.

Ich habe am Jahrestag der Katastrophe teilgenommen und erlebt, welche Wirkung die für jedes Opfer aufgestellte Sonnenblume hatte. Es waren 21 Sonnenblumen. Ich möchte hier bedenken, dass nicht wieder eine Entscheidung von den Verantwortlichen der Stadt Duisburg getroffen wird, die als Folge wiederum den Tod für Menschen bedeuten kann.

Ich lebe gerne in meinem Stadtteil Marxloh. Marxloh ist ein Stadtteil mit vielen armen Menschen, mit vielen Problemen und Duisburg ist eine arme Kommune und braucht dringend Geld. Das wissen wir alle. Sie können jedoch nicht die finanzielle Seite anheben, und gleichzeitig die sozialen Folgen auszublenden. Führen Sie sich vor Augen, daß Sie es mit Einzelschicksalen zu tun haben. Entscheiden Sie sich gegen den Abriß.

Eine Bewohnerin (Adelheid Hollnack): „Ich gehöre zu den ersten, die hier eingezogen sind. Wir haben zwei Drittel unseres Lebens hier verbracht. Es ist eine Schande, wie sie mit uns älteren Menschen umgehen. Eine Schande ! Unsere sozialen Geflechte gehen kaputt.“

Rede in der evangelischen Kreuzeskirche in Duisburg-Marxloh

Am 23. Februar 2012, um 17 Uhr, treffen sich die Mieter in der Kreuzeskirche. Es sprechen: Roland Günter. Harald Jochums. Josef Krings. Der frühere Hallen-Leiter Hasenbrink. Für die Leute wird ein gesponderter Pendelbus eingesetzt.

Roland Günter: Liebe Frauen und Männer vom Zinkhütten-Viertel ! Ich möchte Euch Mut zusprechen. Dafür gibt es mehrere sehr gute Gründe. Ihr seid hier mit so vielen. Ich sehe, dass Ihr zusammen haltet. Die Jungen und die Alten. Dies habt Ihr viele Male in Eurem Leben gemacht. Am Arbeitsplatz. Mit den Kindern. In der Familie. In der Nachbarschaft. Ihr seid solidarisch. Daher empfangt Ihr auch viel Solidarität von anderen Menschen.

Was hier an Unrecht geschieht, wisst Ihr alle – und viel besser als ich. Ich habe dieses Unrecht in Artikeln beschrieben. Im Internet kann man das lesen. (www.deutscherwerkbund-nw.de) Über Verrat und Verräter sprechen wir an anderer Stelle. Ich will hier die kostbare Zeit

zur Ermutigung nutzen. Ermutigung - damit Ihr gut schlafen könnt. Opfert dem Sevenick und seinen Leuten nicht Euren Schlaf, das verdienen sie nicht und es lohnt sich nicht.

Ich gebe Euch ein Beispiel, wie das Zusammenhalten zu einem ganz großen Erfolg geführt hat – dies soll Euch ermutigen. In den 1970er Jahren entstanden im ganzen Ruhrgebiet 50 Bürgerinitiativen in Arbeitersiedlungen. Sie kämpften ebenso wie Ihr gegen große Konzerne, Spekulanten, Finanzhaie, Heuschrecken, die ihre Siedlungen zerstören wollten.

Diese dachten, sie hätten leichtes Spiel mit der Bevölkerung. Aber die Leute hielten zusammen wie Pech und Schwefel. Das beste Beispiel habt Ihr hier in Duisburg auf der anderen Seite des Rheins: in Homberg in der Siedlung Rheinpreußen. Der Zusammenhalt war großartig. Und ebenso in anderen Siedlungen. Wir haben uns gegenseitig geholfen.

Wir haben auch zusammen gefeiert. Feiert im Sommer auf Eurer schönen Wiese !

Am Ende haben wir alle gewonnen. Tausend Siedlungen waren gerettet. Für 500 000 Menschen. Dies war ein ganz großer Sieg.

Daraus entstand ein Städtebauministerium. Mit einem ausgezeichneten und sehr sozialen Minister. Er hieß Christoph Zöpel. Neulich, nach vielen Jahren, wo er im Bundestag und als Minister im Auswärtigen Amt war, ist er wieder gekommen – und ist großartig für Bruckhausen eingetreten. Und gestern hat er mir gesagt, ich soll Euch alle grüßen und Ihr dürft ihn als Euren Unterstützer der Öffentlichkeit darstellen.

Ich bitte Euch: Fühlt Euch nicht wie Opfer, sondern sagt Euch jeden Tag, dass dieses dramatische Geschehen eine Art Prüfung ist, in der wir uns bewähren sollen. Ihr alle. Und auch ich. Und viele weitere.

Wir leben Solidarität. Dies tut uns allen gut. Davon haben wir etwas. Sie bereichert unser Leben. Es ist schön, Freunde zu haben. Ihr kommt in Kontakt mit vielen guten Menschen. Ihr könnt stolz sein auf Euch. Ihr gebt vielen anderen ein Beispiel. Ihr fechtet einen Kampf aus, mit dessen Beispiel auch in anderen Orten Spekulanten verjagt werden.

Dies ist als Problem kein kleiner Fall, sondern an Euch lernen viele Menschen in der ganzen Metropole Ruhr. Führt viele Leute, die von überall her kommen, durch die Siedlung. Trinkt mit ihnen Kaffee. Erzählt ihnen !

Thyssen hatte sich damals in Eisenheim nicht wenig den Ruf beschädigt. Das tut es heute wiederum mit Bruckhausen und mit Immeo. Wenn Thyssen ein Gewissen hätte, müsste es Immeo sagen: Finger weg von der Vertreibung von Menschen, die einst für uns einen Teil ihres Lebens eingesetzt haben.

Bei der Verteidigung der Bergarbeiter-Siedlungen waren es vor allem die alten Leute, die ganz stark waren: mit ihren Argumenten, mit ihren Lebensgeschichten, mit ihren Appellen an Gerechtigkeit, mit ihrer Glaubwürdigkeit.

Denken wir auch daran, dass das Zinkhütten-Quartier ein hoch bedeutendes Baudenkmal ist. Seine Kern-Idee: Landschaft zwischen den Wohnbauten. Einer der berühmtesten Architekten des 20. Jahrhunderts hat es geschaffen: Max Taut. Es ist eine Schande für Duisburg, dass sich Politik und Verwaltung an diesem kulturellen Werk vergreifen.

Sie werden nicht durchkommen. Pläne können durch Mehreres zu Fall kommen:

- Durch Fehler im Verfahren. Solche Fehler können wir nachweisen.
- Durch mangelhafte Abgewogenheit. Erst wenn die Pläne angenommen sind, können wir vor Gericht ziehen – das tun wir dann aber auch. Und wir sagen: tausend Menschen mit 400 Wohnungen gegen eine Parkfläche ? Dies hat keine Spur von Allgemeinwohl - dies ist ein Verbrechen.
- Hinzu kommt: das ganze Outlet-Projekt ist ein Phantom: städtebaulich von vorn bis hinten unseriös angelegt, reine Werbung, ein Schwindel, eine Phantasterei. Die aufschäumenden Versprechen kann der sogenannte Investor überhaupt nicht einhalten, er macht sie nur, um zu täuschen.
- Wir können den Widerstand so hoch auflaufen lassen, dass es für den Investor zu teuer wird. Dann läßt er das Vorhaben von einem Tag auf den anderen wie eine heiße Kartoffel fallen.
- Es gibt noch viele weitere Gründe.

Wir haben ein Netz von Menschen, die mithelfen. Das Wichtigste aber ist: dass Ihr zusammen haltet. Wenn Ihr zusammenhaltet und viele solidarisch mithelfen, dann werden wir siegen.

Ich rate Euch: Fallt nicht herein auf das Umzugs-Geld. Das ist ein Linsen-Gericht. Es reicht nicht und es ist ja übermorgen ausgegeben ist. Wer sich darauf einlässt, zahlt drauf und wird es bitter bereuen. Wir haben alle Chancen, in den Wohnungen zu bleiben. Bis zum Lebensende. Dann haben wir alle durch unseren Widerstand ein Stück Stadt-Geschichte geschrieben.

Diese Spekulanten demolieren den Ruf der Stadt. Wir werden einen ganz anderen Ruf für die Stadt aufbauen – einen guten, menschlichen, sozialen, kulturellen: dass hier Menschen leben, die zusammenstehen, die sich wehren, die intelligent sind, auch so schlau, miese Schachzüge zu durchkreuzen. Wir werden in diese Welt andere Maßstäbe einbringen als das Geld und die Korruption, die hier deutlich erkennbar ist.

Die Bevölkerung hat unlängst den Kopf einer schlechten Stadt-Regierung abgewählt. Es war auch der Zorn. Der Zorn hat über das Gefühl der Ohnmacht gesiegt. Wir können ein ähnliches Beispiel geben.

Wir brauchen saubere Parlamente, nicht Versammlungen von Lobbyisten und Vorteilnehmern. Zum Beispiel Rechtsanwälte und Notare, die das Geschäft einfädeln, es im Parlament durchbringen und die Verträge machen. Dies ist ein Fall für den Staatsanwalt.

Politik und Verwaltung sollen Respekt vor Menschen haben. Sie sollen nicht im Geschäftemachen, sondern im Sozialstaat einen tiefen Sinn erkennen.

Die Bewohner in der Siedlung bildeten Nachbarschaften und Freundschaften in der Nähe ihrer Wohnungen – dies war für ihr Leben sehr wichtig. Die Wohnung ist nicht nur eine Quadratmeterfläche zum Essen, Schlafen und für den Fernseher, sondern ein fester Ort in einem sozialen Gefüge. Dazu gehören die vielen kleinen Dinge, an denen Bedeutungen und Prozesse hängen. Erinnerungen. Viele viele Geschichten. Aufhellende Blicke. Viel Liebe. Glück.

In diesen Wohnungen stecken vielschichtige Erfahrungen und Biographien. Eine Wohnung in diesem Kontext schützt auch vor dem Alleinsein. Weil immer mehr Menschen in ihrer vertrauten Umgebung sterben möchten, gibt es inzwischen ambulante Hospiz-Dienste. Halten wir uns vor Augen, dass die Menschen, die von uns gingen, oft in der Nähe der Wohnungen bestattet wurden – so ist es schön, daß Witwen und Witwer in der Nähe zu den Gräbern gehen können, um mit denen zu sprechen, mit denen sie ihr Leben zugebracht hatten. Die Jungen brauchen die Generation der Alten. In anderen Kulturen sind alte Menschen sakrosankt – sie werden geehrt. Denn Lebenserfahrungen haben mit Weisheit zu tun. Dies kann nur abtun, wer zynisch ist und Menschen verachtet. Dies alles ist Menschenrecht.

Die Menschenrechte sind die Grundlage eines Staatswesens, das sich nach der Hitler-Ära geschworen hatte, wieder anständig und respektvoll mit Menschen umzugehen.

Bei uns im Duisburger Norden können viele Menschen ein positives Bild dieser Stadt lernen. Erkennen, was Werte sind. Was Menschen sind.

Wir wollen nicht mehr vom goldenen Kalb des Geldes geblendet werden, sondern wir wollen einen Neuanfang in Duisburg haben, der auf diesen Werten aufbaut.

Wir sind hier in einer evangelischen Kirche. Auch dies heißt: Ihr seid nicht allein. Ich trage einen großartigen Satz von Bonhöffer im Kopf mit mir. Jedes Mal, wenn ich daran denke – und ich denke oft an ihn - treibt er mir in die Augen die Tränen der Freude und des Mutes. Das ist Bonhöffers Satz: „Von guten Mächten wunderbar geborgen." Dies schrieb Bonhöffer im Angesicht des extremsten Augenblicks, am Tag vor seiner Hinrichtung durch die Nazi-Schergen – seine Wirkung war so großartig, dass er in der Welt bis heute viel Gutes bewegt. Also, habt Mut ! Stehen wir zusammen ! Wir werden gewinnen!

Und noch zwei Sätze. Ihr habt einen guten Freund wieder gewonnen: Den Alt-Bürgermeister Josef Krings. Das war damals ein guter Bürgermeister. Am liebsten würde ich ihn mir zum neuen Bürgermeister wünschen.

Kompetenz-Mangel der Denkmalpflege

Schwierigkeiten des Verstehens: Denkmalschutz

Der urbanistische Part. Vor den Toren des Thyssen-Werkes liegt der hochinteressante Stadtteil: Bruckhausen. Er zeigt die Stadt-Entwicklung eines Jahrhunderts. Damit ist er für die Metropole Ruhr, die sich mit einer Kette von Industrie-Denkmälern einzigartig profiliert aufstellte, der wichtigste urbanistische Bereich der Industriekultur. Und einzigartig – in dieser Weise anderswo nicht auffindbar.

Der Perlen-Kette der Industrie-Denkmale fehlt bis heute der urbanistische Part. Dies wäre Bruckhausen, das nun durch den Abriß-Wahn halbiert wird.

Alternativen im Umgang mit Bruckhausen? 2010 stellen Betroffene in einem offenen Brief Alternativen vor und *verlangen eine Unterschutzstellung des Gebietes als*

Denkmalschutzbereich. Sie bitten um eine Stunde Gehör des Rates – aber nicht einmal diese Stunde wird ihnen zugestanden.

Weitsicht ? Wenn die Stadt Duisburg ein wenig weiter geschaut hätte als auf überholte banale städtebauliche Klischees, würde sie den Kern von Bruckhausen als Gesamtes unter städtebaulichen Denkmalschutz gestellt haben: als Beispiel für Stadtentwicklung. So wird es noch heute gefordert. Auch für das, was nach den Zerstörungen noch übrig geblieben ist – und wohl bleiben wird.

Widersprüche. Markus Hagedorn schreibt am 11. Dezember 2011[75]: „Da hat uns jemand wohl unfreiwillig einen Gefallen getan, weil die Argumentation der Stadt endlich mitgeteilt wurde. Ich hatte auf meinen Denkmalschutzantrag zwar eine Ablehnung, aber ohne Begründung erhalten. Die Argumentation von Frau [Dr. Claudia] Euskirchen ist sehr dünn. Wenn die enge Nachbarschaft Bruckhausens mit dem aktiven, angeblich weltweit zweitgrößten integrierten Stahlwerk die schützenswerte Besonderheit ist, dann braucht dafür das Stahlwerk nicht unter Schutz gestellt zu werden. [Die Taktik von Frau Euskirchen ist durchsichtig: Als Bedingung das Unmögliche ansetzen, damit, weil dies unmöglich ist, auch das Mögliche nicht gemacht werden soll. RG]

Noch dünner wird die Argumentation, wenn man berücksichtigt, dass die alte Thyssen-Hauptverwaltung bereits unter Denkmalschutz steht und für die sogenannte neue Thyssenhauptverwaltung, die direkt an Bruckhausen grenzt, ein Antrag auf Denkmalschutz läuft. Der wird wohl nicht unbegründet abgelehnt werden.

Wenn man dann noch in Betracht zieht, dass der Hochofen 4 (1975), den man so oft auf Fotos von der Dieselstraße sieht, seit 2008 stillgelegt ist und man diesen leicht unter Denkmalschutz stellen könnte, weil er über 50 Jahre alt ist. Dann hätte wir ein schützenswertes Ensemble aus Industrieanlage mit Verwaltungsgebäuden und schon für sich allein den schutzwürdigen Bereich Stahlstadt Bruckhausen.

Ich denke, dass man aufgrund dieses Artikels nochmals an die untere Denkmalbehörde schreiben sollte. Glück Auf! Markus.“

Die bürgerliche Stadt. Bruckhausen war keine typische Arbeiter-Siedlung, sondern eine kleine bürgerliche Stadt – mit einer Mischung von Menschen, Berufen, Tätigkeiten.

Immer schon bestand Bruckhausen, das in einem wenig besiedelten ländlichen Raum entstand, aus Zuwanderern. Sie kamen in Wellen – aus der Nähe, aus mittlerer Entfernung, von weither. „Die Lebensumstände der >kleinen Leute<, der Arbeiter, Handwerker, Ladenbesitzer erlebbar zu halten, ist im Interesse der Allgemeinheit.“ (Markus Hagedorn)

„Die Geschichtshefte der EG-DU vermitteln kein historisch korrektes Bild von Bruckhausen, Sie berichten ausführlich über die Geschichte des Konzerns statt über die Geschichte der Bevölkerung,“ schreibt Markus Hagedorn und vermutet, „daß dabei die Bedeutung der demokratischen Wurzeln verblaßt und die Konzernmacht verherrlicht wird.“

Verständnislose Denkmalpflege. In den Äußerungen der Unteren Denkmalbehörde gibt es kein Wort über die Faszination, die die Industrie hat. Claudia Euskirchen ist Denkmalpflegerin einer bedeutenden Industrie-Stadt, aber sie versteht sie nicht. Sie ist für dieses Terrain inkompetent.

Dies zeigt sie auch an ihrem Unverständnis für das Max Taut-Viertel, dem sie den Denkmalschutz versagt.

Aber auch die Kolleginnen im Landesamt für das Rheinland sind nicht besser: Wir finden dort Verständnislosigkeit für das 20. Jahrhundert. Ich vermute, daß die Personen, die eine Urteilsfähigkeit hatten (es gibt sie), nicht konsultiert waren oder außen vor gehalten wurden.

Der Fall Wehofen. Die bedeutende Siedlung Wehofen (1920er Jahre) steht unter Denkmalschutz. Um 2010 ließ die Eigentümerin Rhein-Lippe, dann aufgegangen in der

---

[75] Markus Hagedorn "new@n-i-b-b.de" new@n-i-b-b.de. Empfänger: "Katrin Susanne Gems" <katrin@kgemsfotografie.de. 11. Dezember 2010.

Evonik bzw. Vivawest, einen seitlichen Teil verwahrlosen und vandalieren, obwohl auch er unter Denkmalschutz steht, um einen Abrißvorwand zu haben und dort neu bauen zu können. Dies geschah in einer Zeitspanne von rund zwei Jahren. Claudia Euskirchen schaute nicht hin.

Erst nach einer heftigen Intervention der Bürgerinitiative mit Hilfe der Presse bewegte sich die Denkmalpflegerin wenigstens zu einer Pressekonferenz von Angehörigen des Stadtteilrates. Tätig war die Initiative, - nicht die von Amts wegen Verpflichtete. Dann wurde dieser Bereich der Siedlung gerettet – aber nicht vom Denkmalschutz, sondern durch Aushandeln zwischen Bürgerinitiative und Eigentümerin.

Ignoranz gegen Werte. Bei den vorbereitenden Untersuchungen wurde der kulturelle Wert von Bruckhausen verschwiegen. Darüber mußte der Gutachter doch auch mit der Denkmalpflege reden. Als wir auf den Wert hinwiesen, gab es dazu keine Überlegung. Weil das Rathaus sich ignorant verhielt, kann von Abwägung im Bebauungsplan-Verfahren keine Rede sein.

Die Denkmalpflege versagte auch in folgendem Fall: In Bruckhausen an der Dieselstraße stand – einzigartig - lange Zeit ein Hochofen als „point de vue". Das Bild davon ging durch die Medien. Der Hochofen wurde stillgelegt. Dann ließen das Rathaus und der Denkmalschutz ihn ohne Widerspruch untergehen.

Verschwiegen wurde im Bebauungsplan-Verfahren für Outlet im Zinkhütten-Viertel der Name Max Taut. Über den Hintergrund muß man nicht rätseln.

Möglicherweise hatte dies sogar eine Vorgeschichte: Warum taucht im Buch „Architektur in Duisburg" (1994) das Max Taut-Quartier nicht auf ? Unentschuldbar – egal welche Begründung dafür vorgebracht würde[76].

Städtebaulicher Denkmalschutz. Die städtische Denkmalpflege erwies auch ihre Inkompetenz, indem sie nur auf einzelnes sah, aber *keinen Sinn für die städtebauliche Dimension* entwickelte. Sie kann sich nicht heraus reden: Seit einigen Jahren ist der städtebauliche Denkmalschutz ein Thema und wird in vielen Fachkongressen besprochen.

2010 hatte die Bürgerinitiative beantragt: die Unterschutzstellung des gesamten Sanierungsgebietes als Denkmalschutzbereich nach § 5 des Denkmalschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie berief sich auch auf das Washingtoner Abkommen von 1987, der internationalen Charta zur Denkmalpflege in historischen Städten. Weiterhin auf die Rahmenkonvention über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft des Europarates (Faro, 27. 10. 2005).

Thomas Parent, 2. Direktor des Westfälischen Industriemuseums in Dortmund und bedeutender Wissenschaftler: *Bruckhausen ist „ ein Bauensemble von produzierendem Hütten- und Stahlwerk und dazugehöriger Gründerzeit-Stahlstadt. Nur noch an diesem Ort ist im Ruhrgebiet das enge Nebeneinander von montan-industrieller Arbeitswelt und unmittelbar anschließendem Wohngebiet erlebbar.*

Duisburg-Bruckhausen ist eine Geschichtslandschaft von hohem Denkmalwert: Die aufwändig gestalteten Stuckfassaden im Neurenaissance- und Jugendstil erinnern an öffentlichen und privaten Reichtum zu Zeiten früherer Hochkonjunktur.

Bruckhausen ist fraglos ein hochkarätiges Geschichtsdenkmal und dies gilt für verschiedene Aspekte: Architektur-. Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte."

Beschlossen, aber aufgehoben. Die Denkmalpflege versagt auch an Einzel-Denkmälern. Am 11. 12. 2010 schreibt Katrin Susanne Gems zum Bebauungsplan /"Schwarzer Diamant" und Villa Kronstraße: „Liebe MitstreiterInnen, am Montag hat der Rat der Stadt Duisburg

---

[76] Ag arch ruhrgebiet, Architektur in Duisburg. (Mercator Verlag) Duisburg 1994. Herausgegeben von der ag arch ruhrgebiet in Zusammenarbeit mit der Stadt Duisburg [das kann eigentlich nur das Denkmalamt sein] mit Beiträgen von Sabine Haustein, Jutta Heinze und Burkhard Biella sowie einer stadtgeschichtlichen Einführung von [Stadtarchivar] Joseph Milz. Für die Artikel über Hamborn zeichnet Burkhard Biella.

den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan für Bruckhausen mit einer Gegenstimme beschlossen. Die EG-DU hat nun offiziell bei der Unteren Denkmalbehörde beantragt, die Doppelvilla auf der Kronstraße und den „Schwarzen Diamanten" abzureißen. Beide Gebäude stehen vorläufig unter Denkmalschutz. Der Sanierungsbeirat hatte sich für den Erhalt der Gebäude eingesetzt, ihr Erhalt war beschlossen. Auch der Leiter des Stadtplanungsamtes, Martin Linne, wollte den „Schwarzen Diamanten" erhalten. [Jetzt ist er in Krefeld Baudezernent.] Seit sie sich im Besitz der Stadt befinden, ist beiden Gebäuden stark zugesetzt worden. Nun sagt die Stadt/ EG-DU, der Erhalt der Gebäude sei wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Bilder der beiden Gebäude unter: http://bruckhausen.blogspot.de/ Wir haben das natürlich erwartet, trotzdem bin ich immer wieder über die Dreistigkeit, mit der vor den Augen der Öffentlichkeit gehandelt wird, völlig entsetzt."

Man kann in Bruckhausen ansehen, daß einem Rathaus und darin auch einem Denkmalamt, eingeschlossen das Rheinische Amt, der Umgang selbst mit eingetragenen Denkmälern nichts wert ist. Die vorzüglich entworfenen Direktoren-Villen aus den 1920er Jahren in der Kronstraße, eine ganze Straßen-Zeile, sogar im Besitz der Stadt, sind dem Verkommen preisgegeben. Die Sicherungen von Fenstern und Türen sind so unvollständig, daß sie geradezu zum Vandalieren einladen.

Gutsherrenart. Denkmalschutz ist eine Gesetzes-Lage – der Umgang damit geschieht in Duisburg jedoch nach Gutsherrenart d. h. nach Laune.

Inkompetenz. Die Leiterin der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Duisburg, Claudia Euskirchen, sieht keine rechtliche Grundlage, um den Stadt-Bereich Bruckhausen unter Denkmalschutz zu stellen. „Wir haben gesehen, daß es über einzelne Gebäude hinaus nichts Schützenswertes gibt. Die Stadt wird diesen Denkmalbereich nicht umsetzen können, weil es rechtlich nicht durchsetzbar ist."[77]

Sie mag ja Teile des Rechts kennen, aber etliche andere Teile sind ihr verborgen geblieben - entweder aus Ignoranz, die nicht über den Teller schaut, oder aus Mangel an Fortbildung, oder weil Opportunität gegenüber der Politik höher gestellt wird als das vorhandene Recht.

Die Denkmalpflegerin ist in ihrem Bildungsstand zum Denkmalschutz vor Jahrzehnten stehen geblieben. Tatsächlich gibt es schon lange Denkmalschutz für ganze Stadt-Bereiche, das muß sie wissen. Der Autor hat den ersten in Deutschland um 1970 unter Schutz gebracht: die Südstadt in Bonn. Auch damals argumentierten Gegner und wenig mutige Denkmalpfleger, es könne doch nur Einzeldenkmäler geben. Dann verbreitete sich sowohl der Schutz für Ensembles wie auch der Schutz von Stadt-Bereichen.

Hinzu kommt, daß Euskirchen die Entwicklung der Industrie-Kultur und deren Denkmalschutz in der Metropole Ruhr entweder nicht kennt oder absichtsvoll ausläßt. Diese Inkompetenz wirkt sehr zum Schaden der Stadt, die sie doch schützen soll. Als in den 1960er Jahren Egon Verheyen (1937-2008) den Inventarband des Landeskonservators für Duisburg[78] schrieb, kannte man davon noch nichts – so mag man diesem angesehen Wissenschaftler vergeben. Aber unentschuldbar ist, daß Claudia Euskirchen sich nach 40 Jahren nicht auf Stand gebracht hat.

Denkmalpflege in Duisburg ist konzeptlos. Sie müßte sich ein Bild der Stadt aus Sicht der Stadtplanung und der Bauten machen. Dann wird deutlich, was zur Zeit durch eine inkompetende Stadtentwicklung zugrunde zu gehen droht.

Fall Matena-Tunnel. Von der Kaiser-Wilhelm-Straße führt ein Tunnel unter dem Werksgelände hindurch zum Rhein – wohl ziemlich einzigartig in der deutschen Industrie-Geschichte. Im Dezember 2012 wird verkündet, daß der Matena-Tunnel, ein legendärer Ort der Schimanski-Filme, zerstört werden soll: Thyssen und die Stadt haben ihn nie gepflegt, jetzt wollen sie ihn zuschütten. Wie üblich wird in Duisburg gesagt, dies sei unumgänglich.

---

[77] http:/7www.derwesten.de/duisburg/nord/kampf-um-bruckhausen-id4045773.html.

[78] Egon Verheyen, Die Denkmäler des Rheinlandes: Duisburg. Düsseldorf 1966.

Nun steht aber der Tunnel unter Denkmalschutz. Aber dieser regt sich wieder nicht.

Es könnte der Denkmalschutz die Zerstörung ablehnen. Mit drei einfachen Argumenten. Erstens kann man den Tunnel für Lastwägen sperren und nur für Fahrräder und Fußgänger offen halten – dann bedarf es auch keiner als Vorwand herbeigerechneten Straßenbau-Investitionen. Zweitens gibt es ein öffentliches Wege-Recht. Es hat über 100 Jahre stand gehalten. Ausgerechnet jetzt, wo Thyssen fulminant im Abstieg ist, muß die Stadt es nicht aufheben – sie kann die Aufhebung verweigern. Drittens ist die Wirtschaftlichkeit des Tunnels sehr wohl gegeben. Denn die von Thyssen als Ersatz verheißene Konstruktion einer Brücke für Fußgänger und Radfahrer kostet weitaus mehr Geld als die Aufrechterhaltung des Tunnels.

Aber das Rathaus lebt im lang geübten Gehorsam des Industriefeudalismus, einem mentalen System, in dem das Rathaus auf Männerstolz vor Königsthronen verzichtet,

---

Informations-Verweigerung

Zahlreich sind die Fälle, in denen die Stadt Informationen verweigert, die sie nach Gesetz geben müsste – aber nicht gibt.

Beispiel Denkmaldokumentation. Die Stadt Duisburg hat Bruckhausen im Zuge des „Sanierungsverfahrens" von der unteren Denkmalbehörde in Zusammenarbeit mit einem externen Büro dokumentieren lassen. Diese Dokumentation vom Krefelder Büro Strauß & Fischer liegt der Stadt seit Dezember 2009 vor.

Die Geschichtswerkstatt Du-Nord hat am 30.06.2010 nach dem Informationsfreiheitsgesetz Einsicht in die Dokumentation beantragt. Sie wird verweigert. Einsicht erhielten wir erst über einen weiten Umweg, der normalerweise nicht offen steht – über einen Beamten im Ministerium, dessen Namen wir natürlich nicht nennen können.

Seit Juli 2010 wurden 11 Gebäude in Bruckhausen abgerissen. Der Bebauungsplan für Bruckhausen ist aber noch lange nicht durchgelaufen und verabschiedet. Ab dem 5. Mai 2011 soll er (nach Auskunft vom Stadtplanungsamt) veröffentlicht werden.

Seit diesem Tag läuft die vierwöchige Frist für Einwendungen der Bürger gegen diesen Bebauungsplan. Wird ein Bebauungsplan in einem Normenkontrollverfahren überprüft, kann das Gericht nur diejenigen Einwände berücksichtigen, die innerhalb der Monatsfrist schriftlich vorgetragen wurden.

Zitat aus dem Bau-Gesetzbuch: „§ 136 (4) Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen dienen dem Wohl der Allgemeinheit. Sie sollen dazu beitragen, dass die vorhandenen Ortsteile erhalten, erneuert und fortentwickelt werden, die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbilds verbessert und den Erfordernissen des Denkmalschutzes Rechnung getragen wird."

Die Forschungen des Büros Strauß und Fischer können wertvolle Informationen zur Geschichte und Bedeutung des Stadtteils liefern. Die Stadt begründet die Verweigerung der Einsicht in die Dokumentation damit, dass „die Dokumentation aktuell redaktionell überarbeitet" werde. Wer glaubt das ? Wer überarbeitet ? Oder werden die Gutachter unter Druck gesetzt, Texte zu verändern ?

Bereits vor Monaten hat die Geschichtswerkstatt daher den Landesbeauftragten

für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW eingeschaltet[79]. Dieser hat der Stadt erklärt, dass in einer redaktionellen Überarbeitung kein Ablehnungsgrund nach § 4 Abs. 1 IFG NRW zu sehen ist. „Spätestens mit dem öffentlichen Ausliegen des Bebauungsplans muss die Dokumentation öffentlich gemacht werden, da der Öffentlichkeit sonst wertvolle Informationen zum Gebiet des Bebauungsplans vorenthalten würden. Die Geschichtswerkstatt erwartet daher die Veröffentlichung der Denkmaldokumentation für Anfang Mai.“

Absichtsvoller Gesetzes-Bruch: Feuerwehr-Übung im Denkmalhaus

Das Doppelhaus Kronstraße 6 hatte Thyssen 1923 für leitende Angestellte von den renommierten Architekten Peter Grund und Karl Pinno in der Reihe der Beamtenhäuser bauen lassen. Ein sehr schönes Haus – mit Ziegel-Gestaltungen und Skulpturen. Es kam als Baudenkmal auf die Liste, die es schützen soll. Im Jahr 2007, als die „Sanierung“ einsetzte, war es bewohnt. Dann wurde es von ThysenKrupp „entmietet“. Anschließend kaufte es die Stadt an - um das völlig intakte, gut gepflegte Gebäude zunächst dem Verfall zu überlassen – es runter ruinieren zu lassen.

Der Denkmalschutz ist eine Gesetzeslage, welche die Stadt Duisburg durch die Untere Denkmalbehörte (Leitung: Dr. Claudia Euskirchen) zu verwalten und zu verantworten hat. Aber wie wenig das Rathaus daran interessiert ist, zeigt sich: Das Haus wurde absichtsvoll (was sonst, man weiß doch, wie man es professionell machen müßte) so wenig abgesichert, daß Vandalen eingeladen wurden. Das Gesetz wurde also absichtsvoll gebrochen. Die Personen im Rathaus sind namentlich bekannt.

Schließlich sagte die Stadt, die sich ihr eigenes gesetzesbrecherisches Handeln ungerührt angesehen hatte und auf mehrfache Mahnungen nicht reagierte, das Haus solle abgerissen werden – es sei aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu erhalten“. Dabei war es kurz zuvor wirtschaftlich gut verwertet worden - aber die Stadt hatte dies absichtsvoll zunichte gemacht. Dies ist ein Beispiel, wie mit einer Lügenlogik Ursache und Wirkung pervers verdreht werden – nicht zum ersten Mal.

Ämter handeln gegen die Gesetze. Dies müßte fast reichen, um einigen Personen den Stuhl vor die Tür zu stellen. Denn wer sich als Funktionär des Staates derart gesetzeswidrig verhält, hat in den Funktionen, in die er eingesetzt wurde, offensichtlich nichts zu suchen.

Es kommt noch grotesker.

Feuerwehr-Übung im Baudenkmal. Die Stadt setzte eins drauf. Am 23. Okober 2012 berichtet Katrin Gems unter der Überschrift „Feuer und Wasser“: „Heute abend gegen 20 Uhr schien es [in diesem Haus] zu brennen. Es stellte sich jedoch heraus, daß es sich hier nicht um Brandstiftung handelte [oder doch – von der Feuerwehr selbst], die von einer umsichtigen Feuerwehr gelöscht wurde. Auf Nachfrage, was denn passiert wäre, erklärte ein Feuerwehrmann, es sei nichts passiert, es handele sich lediglich um eine Feuerwehrübung.

[Auch dies ist Brandstiftung !]

Weitere Fragen, zum Beispiel jene, ob das in einem denkmalgeschützten Haus nicht reichlich geschmacklos sei, beantwortet er mit dem nicht vollständigen Satz „Kein Kommentar“. Ich befürchte, daß die Polizei tatsächlich in der ersten Etage des Hauses

---

[79] Die Korrespondenz des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit der Stadt Duisburg finden Sie hier: http://www.geschichtswerkstatt-du-nord.de/html/links_stadt.html

gezündelt hat, um dann >übungshalber< zu löschen - in einem Haus, das seiner historischen Bedeutung wegen unter Denkmalschutz steht.
Das Wasser, das zweifellos kein Fake war, hat der Holzdecke des Hauses sicher gut getan. Diese Stadt bricht ständig Gesetze. Gibt es kein Mittel dagegen ?“
Es ist nicht bekannt, ob die Denkmalpflegerin Claudia Euskirchen protestierte.

Denkmalschutz: opportunistisch

Nicht Fachlichkeit, sondern politischer Druck. Das Max Taut-Quartier wird vom Rathaus mit keinem Satz als kultureller Wert diskutiert, sondern in die Ebene der Gebetsmühle getan, „wir brauchen Arbeitsplätze und Handel“ – ein Satz, mit dem man, hätte er Substanz, auch den Kölner Dom abreißen könnte. Er zeigt erhellend, auf welcher Ebene amtliche Gedanken ablaufen.
Das Max-Taut-Quartier ist in bestem Zustand. Für Ruhr und die Stadt ist es eine Perle.
Wer immer behauptet, die denkmalrechtliche Einstufung von Bruckhausen und vom Max-Taut-Quartier sei korrekt, weil die beiden Denkmal-Behörden sie nicht in ihren Akten stehen haben, dem können Fachleute nur sagen: Beide irren. Beide sind von der Substanz her Denkmäler – ob eingetragen oder nicht.
Es liegt auf der Hand, dass in Duisburg nicht fachliche Entscheidungen getroffen wurden, sondern politischer Druck tätig war. Dem hat sich wohl auch eine geschwächte untere und eine ebenso im Umgang mit der Politik geschwächte obere Denkmalbehörde gebeugt.
Inzwischen gibt es eine gutachtlich fundierte Eingabe an den zuständigen Minister (siehe oben).
Die Behörden werden dringend aufgefordert, einem entwickelten Stand an Sachkenntnis zu folgen und neu zu beurteilen. Denn was hier geschieht, ist bislang rundherum eine Blamage für die Untere sowie auch für die Obere Denkmalpflege.
Es entspricht eben nicht der Gesetzgebung, wenn es nur formal stimmt (das ist stets die übliche Ausrede), aber inhaltlich voll daneben liegt. Wo es an Urteilskompetenz mangelt (was ja sein kann), müssten die Instanzen selbstkritisch sein und Gutachten einholen, wie es jedes anständige Gericht macht.
Der Skandal. Die Duisburger Denkmalpflegerin, Dr. Claudia Euskirchen machte auf die Anfrage von Katrin Gems offensichtlich einen Gefälligkeits-Handel mit ihrer Stadtspitze. Darauf weist das Datum ihrer Stellungnahme hin: Dezember 2 011. Dies war die heiße Phase des Projektes Outlet Center. Da wollte sie dem Unternehmen wohl keine Schwierigkeit machen, sondern schrieb an Katrin Gems, die Taut-Architektur verdiene keinen Denkmalschutz, weil die Giebel Wärme-Dämmung erhalten haben.
Ich sah mir die Situation mehrere Male an. Die Giebel haben in der Tat Dämmung erhalten – aber nur an der Schlagwetter-Seite, die nie Fenster und Balkone besaß. Diese Dämmung ist vor etlichen Jahren sehr gut gemacht: Sie folgt der originalen Form und auch der Farbe. Dagegen kann man keinen Einwand haben. Aber alles andere ist komplett original – und dies ist zwanzig mal mehr als die Giebel.
Es gibt so gut wie keine Denkmal, das nicht in irgendeiner Weise angetastet ist. Dies ist für einen vernünftig denkenden Denkmalschutz kein Grund, es nicht als Denkmal zu bewerten. Die Details von Max Taut sind hervorragend und ebenso gut erhalten. Herrscht hier Blindheit? Oder Gefälligkeit ?
Ein Denkmalpfleger hat nach Gesetzeslage zu urteilen – egal, was man von ihm fordert. Er hat, auch wenn er sich in einer Hierarchie eingebunden fühlt, eine Sonderstellung: Die Gesetzes-Lage macht den Denkmalschutz auch in der Stadt autonom. Er muß sich von der

Gesetzeslage leiten lassen und nicht vor der Hierarchie des Arbeitgebers. Hier aber ließ der Denkmalschutz sich offensichtlich korrumpieren - ein Fall, der zum Himmel schreit.

Wie es zur Zustimmung des Landesdenkmalamtes kam, kann ich nur ahnen. Wahrscheinlich durch einen ähnlichen Opportunismus. Ich kann mir vorstellen, dass man dem Referenten gesagt hat: Da ist aus politischen Gründen nichts drin, ersparen wir uns einen Konflikt. Dann begann auch die Korrumpierung dieses Amtes. Das ist nicht neu, sondern vielfach in der Vergangenheit vielfach so gelaufen: Über die Minister-Anrufung wurde nach politischer Opportunität entschieden.

Ich rufe nun das Ministerium an und hoffe, dass es von oben her – dies ist nach dem Denkmal-Gesetz möglich – das Taut-Quartier unter Schutz stellen. Das Ministerium kann die Stadt anweisen, dies zu tun. Es ist mir bereits einige Male geglückt.

Ich war, auch weil ich selbst einst beim Landeskonservator gearbeitet habe, bisher relativ nachsichtig gegenüber der Denkmalpflege in der Region, die in erheblichen Bereichen grottenschlecht ist. Denn ich wollte sie nicht zusätzlich schwächen. Aber hier ist ein Punkt gekommen, der den Rubikon überschreitet. Dies ist der Punkt, wo sich Denkmalpflege faktisch abschafft. Wir können es uns in der Region nicht erlauben, dass die Denkmalpflege sich selbst zur Nichtigkeit macht. Wir brauchen sie. Sie ist Gesetzeslage – ob sie das will oder nicht. *Gesetze werden gemacht, um Sachkriterien der Willkür zu entziehen*.

Notwendige Reformen im Denkmalschutz

Respekt und Kultur der Gesetzes-Lage. Denkmalschutz ist eine Gesetzeslage. Aber in vielen Städten gilt sie so gut wie nicht. Viele Rathäuser unterlaufen sie. Dies kann in mehreren Weisen geschehen. Mit einer Denkmal-Kultur ist es nicht weit her.

Entmachtung der Denkmalpflege. Mit dem Denkmalgesetz in NRW von 1980 hat die Politik die Obere Denkmalbehörde entmachtet. Das war nach dem Geschmack des Zeitgeistes, der zwar für seine Hochglanz-Werbebroschüren nicht ohne schöne Denkmal-Bilder auskommt, aber keine Denkmalpflege haben will – mit lauter ignoranten ungeprüften Behauptungssätzen. Für die Obere Denkmalbehörde galt nur noch die Formel „im Benehmen" – mehr Kaugummi kann ein Gesetz kaum enthalten.

Ungelernte Lektion. Die Entscheidung über Denkmäler wurde in die Städte verlagert. Das war eine Falle. Das Lockmittel hieß: Wenn sie das nun bestimmten sollen, lernen sie, was Denkmalschutz ist und identifizieren sich damit. An der einen oder anderen Stelle mag es so gewirkt haben. Aber tatsächlich geriet der Denkmalschutz in die Hände des Filzes lokaler Politik und Verwaltungen – und streckte sich meist danach, ohne es zu müssen (siehe oben). Die Kommunen holten sich zum erheblichen Teil stromlinienförmiges Personal. Zusätzlich arbeiteten manche mit Anweisungen „von oben". Denkmalschutz geriet in die Ebene des „Opportunen". Nach einer ersten Welle von Bauten, die unter Schutz gestellt wurden, stellten viele Städte fast nichts mehr auf die Liste.

Die Minister-Anrufung, damit dieser von oben Städte verpflichtete, Gebäude unter Schutz zu stellen, wurde von den Landeskonservatoren praktisch ausgehebelt – mit der Ausrede, daß dies keine Chance habe. NRW-Minister Harry Voigtsberger erklärte offen, er werde niemals etwas gegen den Willen einer Stadt tun. Dies ist ein katastrophales Motto – auch des Umgangs mit dem Sinn des Gesetzes.

Und was geschah in der bestimmenden Unteren Ebene ?

Fehlende Qualifikationen. Ob etwas ein Denkmal ist, kann man nicht von Irrtümern abhängig machen, die strukturell selbst angelegt werden: Die Qualifikationen von Denkmalpflegern sind in vielen Städten mangelhaft oder manchmal überhaupt nicht vorhanden. Manche Städte schieben Bedienstete in die Abteilung Denkmalpflege ab, die keinerlei Vorbildung dazu haben. Es kann durchaus geschehen, daß jemand vom

Kanalbauamt zur Denkmalpflege delegiert wird. Oder daß er neben dem Kanalbau auch noch den Bereich Denkmalpflege bearbeiten muß. Hier erweist sich das Denkmalgesetz besonders defizitär. In einer Novelle muß unbedingt gefordert werden, daß es für die Untere Denkmalbehörde in den Städten eine Qualifikation d. h. eine adäquate Vorbildung geben *muß*.

Zuviele Denkmäler – zu wenig Personal ? Denkmalpfleger wie Dr. Claudia Euskirchen in Duisburg und Dr. Petra Beckers in Essen beklagen sich, sie hätten viel zu viele Denkmäler. Absurd: man kann die Zahl der Denkmäler nicht von der Arbeitsfähigkeit oder Arbeitswilligkeit der Amtspersonen abhängig machen. Claudia Euskirchen kann sich am wenigsten beklagen: Sie hat die höchste Personalbesetzung in der Region. Kann sie ihr Amt nicht organisieren ? Die Kollegin in Essen müßte allenfalls für mehr Personal plädieren.

Aber aus meiner persönlichen Kenntnis der Denkmalpflege kann ich sagen, daß es noch niemals eine adäquate Personal-Decke gegeben hat. Das muß man bedauern, es wirft kein gutes Bild auf Stadt und Land. Aber ein Denkmal ist ein Denkmal – unabhängig von den Zuständigkeiten und Bedingungen.

Denkmalpfleger ist kein einfacher Job. Für viele ignorante Menschen ist der Denkmalpfleger eine Haßfigur. Das Vorurteil ist unwissend, ohne reale Begründungen, pauschal. Selten erfährt der Denkmalpfleger im Rathaus eine Wertschätzung. So etwas wie Karriere oder Aufstieg gibt es nicht. Der Denkmalpfleger braucht ein „standing" – mit Rückgrat – aber da sieht es oft nicht gut aus.

Denkmalpfleger erhalten und geben sich selbst das Gefühl, daß sie angewiesen werden können. Tatsache ist, daß viele in erheblichem Umfang opportunistisch sind – mit vorauseilendem Gehorsam vermeiden sie Schwierigkeiten. Gesetzes-Lage ist jedoch, daß der Denkmalpfleger als Fachbeamter dem Gesetz verpflichtet ist – dies kennt er, aber selten kennt es sein Hierarchie-Vorgesetzter . Der Denkmalpfleger kann und muß sich weigern, Unsinn abzuzeichnen. Dazu muß er eine Persönlichkeit sein, denn es gilt, auch Druck aushalten zu können. *In einer Gesetzes-Novelle muß ausdrücklich verstärkt werden, was bereits als Gesetzes-Lage sinngemäß durchaus vorhanden ist: Der Denkmalpfleger handelt nicht auf Anweisung.*

Mangel an Einsichten. Ein gravierender Mangel in den Städten besteht darin, daß die Denkmalpfleger meist keine Vorstellung von der Struktur der Zeit-Schichten ihrer Stadt besitzen, sondern nur von Fall zu Fall denken.

Das Stichwort Stadtentwicklung ist dort noch nicht angekommen. Sie agieren defensiv statt ihre Denkmäler als Schätze zu sehen, mit denen man eine Biographie der Stadt zeichnen und ins Bewußtsein bringen kann. Im „Entwurf Strategie für Wohnen und Arbeiten" (um 1910)[80] ist die Denkmalpflege unsichtbar. Sie mußte sich einbringen.

Es gibt kein Bild von Duisburg – gesehen als Zeit-Schichten der Denkmalpflege.

Die Denkmalpflege ist bei den Fällen stehen geblieben, behandelt sie je nach intellektueller Kapazität gut oder schlecht, denkt aber fast nirgendwo darüber hinaus und dann in Zusammenhängen.

Dadurch hat sie sich in eine schwache Position manövriert.

Wie sieht eine starke Denkmalpflege aus ? Wenn sie deutlich zu machen versteht, welchen Anteil die Denkmalpflege an der Struktur der Stadt besitzt. Ihr Material sind die Zeit-Schichten. Und die Zusammenhänge. Die Manifestationen der Lebens- und Sprachweisen vieler Zeiten. Dies wird anschaulich vor Augen gestellt – im städtischen Alltagsleben. Als Überraschungen. Als Herausforderungen zum Nachdenken und Vordenken. Auch emotional: als Aufforderung zur Empathie, als Mitgefühl, als Anleitung zum vernünftigen Umgang mit dem „Anderssein des anderen" (Theodor W. Adorno). Dies alles begründet einen Teil des sozialen Denkens.

---

[80] Entwurf Strategie für Wohnen

Gestern – heute – morgen. Auf dem Material der Bau-Denkmäler kann man das Bild einer Stadtentwicklung aufbauen, die mehr ist als der Zufall der Investitionen in der Gegenwart und eine vage Zukunfts-Hoffnung. Dies ist mehr ist als einige Rettungs-Bruchstücke, die meist nicht verständlich gemacht werden. *Gestern, heute und morgen sind ein Zusammenhang*. Dagegen darf man nicht blind sein - man muß ihn studieren und etwas daraus machen, das Stadtentwicklung heißt. Dann kann man Stadtplaner dazu bringen, anders zu denken: aus den Ressourcen der Stadt. Einer, der dies vorgelebt hat, war Karl Ganser im Ministerium und in der IBA[81]. Er gab Ruhr wichtigste Impulse.

Die erbärmliche Lage der Denkmalpflege beginnt bei einem Teil der Denkmalpfleger selbst. Ein bißchen Verwaltung, hier und da ein bißchen Schutz, ein paar technische Kenntnisse und kunsthistorische Begriffe, die nicht verarbeitet sind, genügen nicht.

Duisburg ist ein Lernbeispiel zum Vordenken, was noch zu tun ist.

Der Geschichtsschreiber Prokop oder die Anstrengung, die öffentlichen Angelegenheiten öffentlich zu machen

Im 6. Jahrhundert gab es den Geschichtsschreiber Prokop. Er schrieb Bücher zur Verherrlichung der Taten des Kaisers Justinian und besonders seines Feldherrn Belisar mit dessen vielen Kriegen. Dies war für Geschichtsschreiber üblich, dafür wurden sie finanziert. Von ihnen erfahren wir vieles. Ohne solche Leute könnte es keine Geschichtsschreibung geben. Aber sie lieferten immer nur die halbe Wahrheit. In der Regel blieb es dabei.

Die andere Seite der Wahrheit. Aber Prokop tat etwas Einzigartiges. Bislang kann die Geschichtswissenschaft nicht erklären, warum er dies tat. Offensichtlich hatte er einen Sinn für Gerechtigkeit. Und er war so überaus intelligent, daß er auch die andere Seite bedachte: was an Verbrechen die hohen Herrschaften ihren Völkern antaten.

Er schrieb zum beauftragten Buch der Lobhudelei ein weiteres : seine geheime Geschichtsschreibung. Sie wurde zeitlebens nicht veröffentlicht, die Wahrheit hätte ihn den Kopf gekostet, sie kursierte jedoch auf irgendeine Weise. Der Text blieb durch eineinhalb tausend Jahre erhalten.

Die alten Lügen-Märchen. Aber wirklich wahrgenommen ist die Wahrheit bis heute nicht. In Ravenna werden angesichts der Mosaiken des Kaiser-Paares von Führern und sogar von Wissenschaftlern immer noch die alten Lügen-Märchen erzählt statt die von Prokop enthüllten Wahrheiten.

Wohltaten statt Untaten. Dies liegt daran, daß Geschichtsschreibung weitgehend immer noch dahin tendiert, den Regierenden eher Wohltaten zuzutrauen als Untaten. Diese verbreitete Vorannahme, der auch ein großer Teil der Medien folgt, führte dahin, daß auch heute ein Cliquenwesen von Regierenden regieren kann, das wenig angefochten wird von Geschichts-Schreibern.

Das Dunkel ausleuchten. Geschichtsschreibung ist außerordentlich schwierig. Aber großenteils macht sie es sich auch ziemlich bequem. Sie nimmt hin, daß der größte Teil der Akten unzugänglich gehalten wird – trotz Informationsfreiheitsgesetz, das es seit der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts gibt. Und daß man den Potentaten bei ihren Absprachen nicht in die Hinterzimmer folgen kann.

Aber Geschichtsschreibung ist notwendig. Denn es ist eine moralische Waffe, Unrecht und seine Täter an den Pranger der Geschichte stellen zu können. Manchmal ist es die einzige Waffe. Sie funktioniert auch nicht mit Sicherheit, denn ein großer Teil der Täter ist dieser

---

[81] Roland Günter, Karl Ganser. Ein Mann setzt Zeichen. Eine Planer-Biographie mit der IBA in der Metropole Ruhr. Essen 2010.

Dimension unzugänglich. Wenn ein Heer von Lemuren Tag für Tag im Dunkeln schaffen muß, wenn es von bequem oder opportunistischen Leuten als ein kleines Rädchen im Getriebe bagatellisiert wird, entwickelt sich eine Mentalität, der alles egal ist – auch der Pranger der Geschichte.

Die Bella figura nicht stören. Bei denen, die im Rampenlicht stehen, ist die Fähigkeit eingespielt, sich über alle Kritik und Bedenken hinweg als „bella figura" darzustellen.

So habe ich einen Nerv getroffen, als ich in Duisburg die Denkmalpflegerin Claudia Euskirchen an den Pranger dafür stellte, daß sie für das Wohn-Viertel, das der berühmte Architekt Max Taut geschaffen hatte, ein blindes Verdikt abgab – es sei kein Baudenkmal. Das war nicht nur blind gegen die Tatsache, daß es wirklich eines ist, sondern auch blind gegen Opportunismus. Denn natürlich wußte die Dame, die sich auch in anderen Fällen als urteilsschwach gezeigt hatte, daß es ein Bündnis von Stadt-Regierung und Investor gibt, das nicht gestört sein will. Argumente gegen die Kritik oder einen Diskurs über den Sachverhalt gab es nicht, es verlangte jedoch der Baudezernent Carsten Tum, daß man Untergebene in Ämtern nicht kritisiert.

Es mag seine Illusion sein, daß alle Impulse von einer Handvoll Oberen ausgehen. Tatsache ist jedoch, daß mehr Impulse in den Ämtern aus anderen Ebenen kommen und von den Oberen nur in Lautsprecher-Funktion dargestellt werden. Es gehört also zur Geschichtsschreibung dazu, sich nicht auf solche Rituale einzulassen.

Transparenz. Das Begehren des Baudezernenten Tum ist durchsichtig. Es möchte gern – wie einst am absolutistischen Fürsten-Hof, der sich nach außen abschottete, seinen umfangreichen Apparat mit seiner Hierarchie und seinen Tausenden von Mitwirkenden in Nebel einhüllen. Aus Mangel an Einsicht, kann kaum anfechtbar gemacht werden, was da getan wird.

Den Gefallen, die Undurchsichtigkeit hinzunehmen, werden wir ihm nicht tun. Demokratie ist kein Geheimbund. Wir arbeiten daran, daß ein Bewußtsein für Transparenz entsteht.

Im Fall der Zerstörung der Stadt Duisburg sind dies keineswegs alles gute Menschen, die der Bevölkerung dienen, sondern sie ziehen seit mehreren Jahren in mehreren Bereichen Untaten eiskalt durch.

Solidaritäts-Aktionen

Innere Solidarität. Die Bürgerinitiative bittet die Bewohner solidarisch zu sein: Alle sollen sich weigern auszuziehen. Dies ist dann wie ein Streik im Werk. Immeo wird es außerordentlich schwer fallen, ich dagegen durchzusetzen. Ein Flugblatt kursiert am 3. Januar 2012: „Keine Angst vor Immeo. Ihr müßt keinen in die Wohnung lassen, die euch ihre alten schlechten Wohnungen anbieten. Unser Anwalt hat uns geraten, nicht freiwillig auszuziehen. Wenn die Kündigung kommt, sofort Einspruch einlegen, dann habt ihr neun Monate Zeit, dann Krankheit (Suizid) angeben wieder ein Jahr länger usw. Wer freiwillig auszieht, dem brauchen sie [Immeo] nichts zu zahlen. Euch rausklagen wird für Immeo teuer. Kommt Donnnerstag 5. 1. in die Kreuzeskirche um 17 Uhr."

Petition. Im November 2011 richten Bruno Wolter und Ingrid Wolter eine Petition an den Petitions-Ausschuß im Landtag NRW: gegen das FOC. „Wir sind überwiegend Menschen der älteren Generationen. Wir haben es erst möglich gemacht, daß Thyssen diese Häuser bauen lassen konnte. Wir haben unsere Knochen hingehalten. Und das ist jetzt der Dank dafür."

Menschen-Kette. In den ersten Januar-Tagen des Jahres, am 13. Januar 2012, machen die Leute aus dem Max-Taut-Viertel zusammen mit Mieter-Initiativen aus dem ganzen Land, vor allem dem Mieterforum Ruhr, am Zinkhüttenplatz eine Menschen-Kette. Dies ist eine Inszenierung eines Rituals, das Zusammengehörigkeit symbolisiert – und als ungewöhnliche Form Aufmerksamkeit erzielen will. Damit verbinden sie eine Aktion von mehreren Tagen: eine Mahnwache vor dem Landtag.

Ein Zeichen aus Kerzen. Am ersten Sonntag im Oktober 2012 werden auf dem Rasen Kerzen aufgestellt.

Gäste am Zaun von Gauck. Bundespräsident Joachim Gauck besucht am 26. November 2012 den Landschaftspark Duisburg-Nord. Die Bürgerinitiative Zinkhüttenplatz organisiert unter der Regie der befreundeten Theatergruppe Atif einen „Flashmop" – eine Präsentation, die Personen anklagt: mit Pappfiguren, denen Portrait-Masken aufgesetzt sind: von Immeo-Chef Walter Ziegler, vom Investor Roger Sevenheck, vom Stadtdirektor Peter Greulich und vom CDU-Ratsmann Enzweiler. Sie „begrüßen" den schweigenden Präsidenten, auch mit einem breiten Spruchband und Sprechchören: „Wir werden laut, weil man uns die Wohnung klaut."

Ulla Niewrzol, eine Bewohnerin des Zinkhüttenplatzes: „Wir werden keine Gelegenheit auslassen um den Verantwortlichen unseren Unmut entgegen zu tragen.“ Die Sprecherin der Bürgerinitiative Helga Vocke:“ Auch wenn wir, wie üblich, nur jenseits des Zaunes stehen durften, so hatten wir doch gute Hör und Sichtnähe zum Geschehen in der Gebläsehalle, in der sich die namhaften Politiker unseres Landes versammelten. Unsere Sprechchöre haben sie erreicht. Daß man gerade uns nicht vorläßt, um unser Anliegen vorzutragen, war uns bewußt, wenn man bedenkt, daß sogar unsere Politiker vor Ort bisher nicht bereit waren, mit uns zu sprechen.“ Zusätzlich zum Flashmop verteilten wir am 10. November vor dem Rathaus Fluglätter für unsere Kundgebung. Horst Niewrzol, Sprecher der Bürgerinitiative, prangert das „schwache Demokratie-Verständnis der Stadt“ an[82].

Solidaritäts-Camp. Der linke Jugendverein Young Struggle legt am Zinkhüttenplatz ein Zelt-Lager an. Trotz widriger Wetterbedingungen kommen viele Leute und diskutieren. Es herrscht gute Stimmung. Viele Besucher und Besucherinnen, auch von außerhalb, lassen sich im großen Cafe-Zelt bei warmen Getränken über die Geschehnisse informieren. Die Mieter und Mieterinnen nutzen, weil sie keinen öffentlichen klimatisierten Ort haben, das Zelt, um sich auszutauschen und um das weitere Vorgehen zu planen.

Helga Vocke, Sprecherin der Bürgerinitiative: „ Das Hin und Her, das nahezu tägliche emotionale Achterbahn fahren zerrt sehr an unseren Nerven, so daß es eine Wohltat ist, das Camp vor der Haustür zu haben. Vielen Betroffenen kreisen die Gedanken ständig um die aktuellen Ereignisse, so können wir uns gegenseitig aufbauen und stützen.“

Ein Sprecher von Young Struggle schätzt das Camp so ein: „Wir sehen sehr deutlich die Bedeutung unseres Camps, es gilt, nun den Kampfgeist der Bewohner zu stärken. Der gemeinsame Treffpunkt im Zelt wird sehr gut angenommen. In dieser Woche bekommen wir Unterstützung von anderen linken Gruppen aus NRW, so daß wir das Camp bis zum kommenden Sonntag fortsetzen können.

Gemeinsam mit den Bewohnern planen wir weitere Aktionen zum Erhalt der Siedlung. Wir freuen uns sehr über diese Solidarität. Der Kampf um die Zinkhüttensiedlung ist nicht nur ein Duisburger Problem, sondern hat längst Wellen über die Stadtgrenzen hinaus geschlagen.“

Horst Niewrzol ergänzt: „ Wir proben ziemlich erfolgreich das zukünftige Mehrgenerationenwohnen.. Es ist empörend, dass auch unser Argumentations-Papier bisher von Seiten der Politik unkommentiert geblieben ist, obgleich wir schwerwiegende Gründe gegen den Bau des FOC vorweisen können.

Letztlich wird unser Widerstand und der Abstands-Erlass zu den Grillowerken das Vorhaben FOC verhindern, aber es wird ein Langstreckenlauf, bei dem wir den längeren Atem haben.“

Weltweite Petition. Die Bürgerinitiative am Zinkhüttenplatz setzt eine weltweite Petition in Gang[83]. Mit der Bitte um Solidaritäts-Erklärungen. www.avaaz.org/de/petition/Stopp_den *nau*des_FOC-Duisburg_hamborn/?lauch

---

So machen Volksvertreter und das Rathaus

[82] Presse-Mitteilung der BI Zinkhüttenplatz am 12, 11, 2012,

[83] http://petition.avaaz.org/de/petition/Stopp den Bau des FOC in Duisburg.Hamborn/?copy. Weltweite Petition.
http://www.facebook.com/buergerinitiative.zinkhuettenplatz!/buergerinitiative.zinkhuettenplatz

die Demokratie kaputt.
Und so kann sie vielleicht gerettet werden.

Abrisse – eine dumpfe Drohung in der ganzen Stadt

Einstimmen auf Abriß. Willi Mohrs: „Stadtentwicklung. In Duisburg droht Abriss in vielen Stadtquartieren. Bagger rollen in Duisburg-Bruckhausen, um alte, marode und leerstehende Häuser abzureißen. Der geplante Abriss der Siedlung am Zinkhüttenplatz zugunsten des Outlet-Centers im Duisburger Norden könnten nur der Anfang sein: Denn in Duisburg stehen immer mehr Wohnungen leer. Und die Stadt schrumpft weiter. In etlichen Stadtteilen droht Abriss - nicht zuletzt, um die verbleibenden Bewohner finanziell von Gebühren zu entlasten. [eine unsinnige Behauptung !]

Bruckhausen wurde zum Problemfall. Noch augenfälliger ist das Leerstand-Problem in Bruckhausen, einst ein blühender Stadtteil vor den Toren des Thyssen-Werkes. Genau diese einst vorteilhafte Nähe wurde in den letzten Jahrzehnten zum Problemfall. Die Wohnungen zu vermieten, wurde immer schwieriger [es wurde von der Stadt in der „Sanierungs"-Satzung geradezu verboten !]. Im selben Maße sank die Bereitschaft, in die Bausubstanz zu investieren [auch dies wurde verboten !]. Nun wird abgerissen in großem Stil, um Platz zu schaffen für den „Grüngürtel" zwischen Industrie und Wohnbebauung, der den Rest des Stadtteils attraktiver [???] machen könnte." [84]

So wird laut und mehrfach vom Abriß von drei weiteren Stadtvierteln gesprochen und publiziert. Und so wird durch falsche Zusammenhänge und unterschobene unzutreffende Kontexte ein Lügen-Gebäude aufgezogen, das die Bevölkerung auf Zerstörungen einstimmen will.

Dementi-Strategie. Wenn wir einen „Würdenträger" darauf ansprechen, bestreitet er. Der Baudezernent Carsten Tum dementiert heftig - in einer Gegendarstellung in der Bauwelt (29/2012, Seite 9). Es ist das übliche Dementi: um die Tatsachen zu vernebeln. Denn es macht sich ja nicht gut, den Leuten die Tatsachen zu erzählen: daß man am Zerstören ist. Wer will das schon gern hören

Aber: der Baudezernent weiß von Amts wegen, daß im Halbrund um das Thyssen-Stahlwerk in drei Kilometern Länge abgerissen werden soll – drei Kilometer lang ! Will sich eine ganze Stadt darüber jahrelang darüber belügen lassen, weil das Rathaus und Thyssen dies geheim halten wollen ?

Darüber hinaus redet das Rathaus von drei Stadt-Vierteln, die abgerissen werden „müssen". Carsten Tums Vorgänger im Amt des Baudezernenten, Jürgen Dressler, hatte die drei Abriß-Viertel erfunden. Welche Bereiche sollen dies sein ? Dazu sagen die Urheber nichts. Oder wissen sie es selbst (noch) nicht ? Oder wissen sie es ? - und sie schweigen dazu. In der Wagenburg des Rathauses, in der es drunter und drüber geht, sind Geheimnisse Teile einer Strategie. Das Geheimnis ist stets eine Drohung für die Bürger ?

Kann man so eine Stadt regieren ? Mit der Suggestion der Zerstörung ? Dies bringt sie in eine schwierige Atmosphäre des andauernden Wankens.

Gesetzes-Kenntnis ? Wie die Denkfähigkeit von Dressler aussah, mag ein Vorfall zeigen. Die Bürgerinitiative Wehofen bat Oberbürgermeister Adolf Sauerland um einen Termin. Die Initiative brachte „ihren Professor" (Roland Günter) mit. Dieser verteilte in der

---

[84] http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/in-duisburg-droht-abriss-in-vielen-stadtquartieren-id6276736.html. 24. 1. 2012.

Besprechungsrunde in einem Rathaus-Saal eine Seite Papier. Dressler las, schrie und tobte: Das ist eine Provokation ! – Günter sagte ruhig zum Oberbürgermeister: Euer Ehren, ich bitte Sie, Ihrem leitenden Gemeindebeamten zu sagen, dass dieser Text vom ersten bis zum letzten Wort ausschließlich Gesetzes-Text ist – er möge ihn bitte respektieren." Der Oberbürgermeister warf seinem blamierten Dezernenten einen überaus bösen Blick zu. Das Nachspiel lief unter vier Augen.

Geld verbrennen. Beim Abreissen bleibt unter dem Strich kein Gewinn, sondern immense Verluste. Mit Abrisse wird viel Geld verbrannt. Mit diesem Geld könnte das Rathaus auch auf offener Straße ein Feuer machen: in denglisch als ein „Event".

Mit dem Abreißen fügt das Rathaus seiner Stadt offene Wunden zu – dies trägt ihr einen schlechten Ruf ein. Er wird nicht rasch vergessen: Die Stadt steht am Pranger der Geschichte.

Ein Bericht

Dienstagabend, 3. März 2012, in der Clauberg-Halle. Ein großer Saal in der Gesamtschule Duisburg-Hamborn – überfüllt mit Bewohnern des Stadtbereichs um die Max-Taut-Siedlung am Zinkhüttenplatz. Die Rhein-Ruhr-Stadthalle nebenan wurde vor einem Jahr geschlossen. Das Zentrum in Duisburg hat keine Sympathie für den Vorort im Norden, der einst mit über 100 000 Einwohnern eine Großstadt war. Seit der Eingemeindung 1929 ging es bergab.

Der grüne Stadtdirektor Peter Greulich, unlängst noch der getreuliche Gehilfe des abgewählten Oberbürgermeisters Sauerland, hat ebenso wie viele andere „Zentristen" zum Duisburger Norden die Meinung: Am liebsten abreißen.

Was hier in der Clauberg-Halle abläuft, könnte die Städt ähnlich berühmt machen wie einst der großartige Kampf um das Krupp-Werk in Rheinhausen.

Die Bezirksvertretung muß laut Gesetz zwei Bürgeranhörungen machen: zum Investoren-Projekt Outlet, für das die Max Taut-Wohnanlage abgerissen werden sollen.

Die Veranstaltung nennt sich: Bürger-Information. Erst soll eine Stunde lang das Podium mit Stadtdirektor und Parteien-Vertreter sowie den Leuten des Investors sprechen, dann dürfen mit der Gnade der Obrigkeit auch einige Bürger ein bisschen etwas sagen – „aber bitte kurz!"

Normalerweise geht fast niemand zu solchen Veranstaltungen. Die Parteien erwarten nur sich selbst, um ein Ritual eines Auftritts zu Selbstbestätigung rasch hinter sich zu bringen. Am nächsten Tag spielt die Presse für sie den Lautsprecher - und der ist in dieser Stadt an Hofberichterstattung kaum zu übertreffen.

Weil dies sich immer weniger Leute zumuten, sinkt und sinkt bei den Zeitungen die Abonnentenzahl. Und weil die Hofberichterstattung auch eine Frage der Job-Erhaltung in der Journaille ist, gibt es Internet-Darstellungen, die aber nur von einigen Leuten aus der sich immer mehr ausdünnenden Polit-Szene gelesen werden.

Die Bürgerinitiative, unterstützt von einigen Fachleuten, vor allem aus dem Deutschen Werkbund, hatte in einer Zusammenkunft in der Kreuzeskirche eine andere Strategie beschlossen: „Heute lassen wir den Investor und die Partei-Leute nicht ungestört zu Wort kommen". Und so machen die Leute im überquellend vollen Saal einen riesigen Lärm. trommeln mit flachen Händen auf die Tische. Und von Zeit zu Zeit rufen sie in Sprechchören wie Rock-Musik laut und rhythmisch durch den Saal: „Wir bleiben hier".

Das Podium versucht, die üblichen Aufforderungen an die Leute zu bringen – sie sollen sich „disziplinieren", indem sie sich an die Rituale des Brav-Seins halten. „Hören Sie uns doch erstmal zu, dann können Sie was sagen," sagt der Reihe nach einer nach dem anderen von denen, die da oben sitzen. Von unten kommt es zurück: „Wir wissen alles, - schon ganz

lange, - wir brauchen keine Wiederholung. Wir sollen hier doch nur zum Schweigen gebracht werden – wie üblich."

Die Oberen versuchen die zweite Beruhigungstablette herunter zu reichen: „Wir wollen das Projekt miteinander besprechen – auf Augenhöhe." Von unten kommt es zurück: „Sie sitzen einen Meter sechzig höher als wir – wo ist da die Augenhöhe?" Und ein zweiter ruft von unten: „Kommen Sie erstmal runter vom hohen Roß und in die Ebene des Volkes – nach hier unten."

Stadtdirektor Greulich schiebt die Hände in die Hosentaschen und grinst.

Ein weiterer Zwischenrufer fügt hinzu: „Sie reden immer dieselben Sprüche. Das sind Gebetsmühlen. Sie drehen sie seit 30 Jahren. Es sind verlogene Verlockungen, die an die Gutmütigkeit der Menschen appellieren. Zugleich drohen sie: Wenn ihr nicht daran glaubt, seid ihr destruktiv und böse.

In solchen Versammlungen kann man sehen, wie sich die repräsentative Demokratie vergiftet hat. Die Leute wählen nach Parteiprogrammen Abgeordnete, die sie vertreten sollen. Tatsächlich aber drehen diese Leute sich im Handumdrehen gegen sie und vertreten alles, was gegen die Leute läuft, selbst den größten Schwindel: hier ist dies ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen jedwede Kultur – der Abriß eines Baudenkmals von Max Taut, die Zerstörung von 400 Wohnungen und die Vertreibung von 1 000 Menschen. Wofür ? Für den weiten Parkplatz, den sich ein Outlet wünscht. „Geht es nicht ohne Zerstörung ?

Der Outlet-Chef sagt von oben und beinhart „Nein !"

Die Bürgerinitiative versucht, mit dieser Abend-Strategie von Lärm und Sprechchören die diensteifrige Obrigkeit und den Investor zu schrecken. Sie sollen sehen: Hier haben sie riesige Schwierigkeiten zu erwarten. „Wir werden in zwei Jahren auch einen Wahlkampf gegen die Ratsmitglieder machen, wir rufen dazu auf, keinen von diesen Verrätern wieder zu wählen. Wir stellen eigene Leute auf." Eine tiefere Kluft zwischen der Bevölkerung und den Parteien als an diesem Abend hat es in Duisburg nie gegeben.

Bei der Abwahl 2012 des Oberbürgermeisters Adolf Sauerland zeigte sie sich aufs Deutlichste. Das Motiv war der aufgelaufene Volkszorn. Es traten Leute an die Urne, die schon jahrelang die Parteien verachtet en und nicht mehr zum Wählen gingen, weil sie nicht einmal minimales Vertrauen in sie haben.

6. März 2012. Drei Tage später. Freitagabend. Die Clauberg-Halle ist erneut voller Menschen. Der Bezirksvorsteher Uwe Heider muß hier noch einmal das gesetzlich vorgeschriebene Ritual ablaufen lassen: „Bürgern anhören" – und doch nicht anhören. Wie ungern sie, darunter der SPD-Chef Frank Börner, dies tun und wie sie es demonstrativ herunter spielen und zu nichts machen, zeigt sich im Prozeß.

Sehr viele Menschen melden sich zu Wort. Ohne Zeitdruck kann jeder seine Einwände ausbreiten – und das tun dann alle. 30 Personen sprechen. Die Beiträge haben durchweg hohe Qualität. Kein einziger spricht sich aus für das Investoren-Projekt und zugunsten der Parteien. Die Einwände haben ein breites Spektrum und ergänzen sich. Die Sprecher nehmen kein Blatt vor den Mund. Sie sagen es ruhig, eindringlich, ausdrucksvoll. Oft gibt es Satz für Satz Beifall.

Der Investor sitzt mit eisiger Miene wie erstarrt vorn links in der Ecke. „Der hört doch nicht zu," sagt jemand. Und ein zweiter: „Das geht ihm am Arsch vorbei."

Eine Psychotherapeutin schildert, wie es alte Leute erleben, wenn sie gegen ihren Willen verdrängt und umgesiedelt werden. „Ängste, Nervosität, Schlaflosigkeit. Desorientierung. Sinnleere. Die Depression lauert. Gefahr für Krankheiten."

Ich melde mich zu Wort und erhalte das Mikrophon: „Wenn Sie nach fünf Jahren schauen, was mit den deportierten Leuten geschehen ist, dann werden Sie erkennen: Sie, Verwalter und Politiker, haben die Lebenszeit vieler Menschen verkürzt. Juristisch heißt dies: Sie haben

billigend den vorzeitigen Tod von alten Leuten in Kauf genommen. Man kann es auch etwas anders ausdrücken: Sie gehen über Leichen.

Gewählte Volksvertreter, die sich von ihren Leuten abgekehrt haben, sind Mithelfer dieses Verbrechens. Sagen wir es so deutlich, wie der Tatbestand es erfordert: Sie sind Komplizen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit."

Jemand im Saal spricht von einer Kultur-Schande, wenn ein Baudenkmal von Bruno Taut, einem der bedeutendsten Architekten des 20. Jahrhunderts abgerissen wird. „Duisburg, die Skandalnudel am Rhein, ruiniert sich den Ruf."

Dann öffnet der Bezirksvorsteher den zweiten Teil der Versammlung. Jetzt dürfen nur noch die Bezirksvertreter sprechen. Sie machen es sehr kurz. Einzig die Fraktionsvorsitzenden reden. Denn unter sich trauen sie selbst den Hinterbänklern nichts zu.

Siegfried Baumeister, ein legendärer Bürgerkämpfer, ruft in den Saal: „Warum diskutieren Sie nicht ? Diskutieren Sie doch, was die Leute gesagt haben !" Von oben kommt der Hinweis aufs Ritual: „Herr Baumeister, Sie dürfen jetzt nichts sagen." Das Publikum quittiert den Satz mit Buhrufen und Pfiffen.

Morgen wird in den Zeitungen wieder stehen, dass die Leute ausfällig waren. Am Mittwoch geiferte die Presse bereits in Hofbericht-Manier aus vollen Rohren gegen die Mennschen, die sich unterstanden, sich zu wehren.

Jetzt zeigt sich, wes Geistes Kind die sogenannten Politiker sind, die die „politeia" nicht mehr kennen: Kein einziger nimmt von dem immens umfangreichen Strauß an Einwendungen auch nur einen einzigen Satz an. Keiner zitiert. Keiner kommentiert. Nicht einmal ein einziger widerspricht und begründet. Es ist gespenstisch.

Waren die vom Volk Gewählten vorhin - in der ganzen Zeit, wo das Volk sprach, ganz woanders gewesen ? Beim Fußballverein ? Im Hinterzimmer der Kneipe, wo sie sich abkasperten ? Nein, sie waren körperlich dabei, aber die Köpfe hatten sie weggeschickt. Sie sitzen seit drei Stunden reglos auf ihren Sitzen, mit dem Rücken zum Volk, sie sehen es nicht an. Wo sind sie gewesen ? Es gibt im Saal Lautsprecher. Die Sätze aus dem Volk waren verständlich. Ein Tonband zeichnete jedes Argument auf. Aber – diese Herren und zwei Damen demonstrieren die Unverschämtheit, des Volkes Stimme entweder gar nicht hören zu wollen oder sie zum einen Ohr hinein und zum anderen hinaus laufen zu lassen.

Sie boykottieren das Volk. Als Volksvertreter.

Der SPD-Fraktionschef startet seine Stellungnahme. Er findet das Projekt gut für den Stadtteil. Und er spart sich Argumente. Der Investor hört es gern. Dieser Sozialdemokrat könnte genauso gut der CDU angehören. Klare Ansage: Wir vertreten hier den Investor und ignorieren das Volk. Von dem ist mit keinem Satz die Rede.

Der CDU-Fraktionschef beginnt seine Rede, indem er dem SPD-Kollegen zustimmt. Eine große Koalition ist entstanden. Davon weiß man nun, dass ihnen die Dollarzeichen in den Augen stehen und dass das Volk nicht zählt. Das Volk kommt bei ihnen nicht vor.

Dann spricht Herbert Führmann, der Vertreter der Linken, Mitglied im Ausschuß Wirtschaft, Stadtentwicklung, Verkehr. Die Leute im Saal horchen auf. Von den Linken erwartet man Widerspruch. Aber der kompetenzarme Führmann, der von Grün nach Rot gewechselt war und sich dem Diktat des Gewerkschaftsbosses Hermann Dierkes als „Parteisoldat" einfügt, sagt mit den Sätzen seiner Vorgänger genau dasselbe, was CDU, SPD, FDP, Grüne lapidar verlauten ließen. Im Volk ruft jemand dazwischen: „He, bist du ein Linker ?" Er bekommt keine Antwort.

Das ist nun eine Allparteien-Koalition gegen das Volk. Eine Parteien-Aristokratie hat sich gebildet, welche die Demokratie aushebelt. Von ihr droht höchste Gefahr für die mühsam in langen Prozessen errungene Demokratie. So etwas ist inzwischen weit verbreitet.

Die ebenso verbreitete Antwort: Nicht zur Wahl gehen. Aber dies ist eine fatale Strategie. Diese Aristokratie ist überhaupt nicht auf Volkes Stimme angewiesen. Im Gegenteil: Bei ihr herrscht Zufriedenheit. Denn das Nichtwählen wird als Lethargie gelesen.

Die sinnentlehrten Parteien, die sich kaum mehr unterscheiden, besonders wenn irgendwo jemand mit Geld winkt, würden sich noch mit 10 Prozent Wählern legitimiert fühlen. Die FDP führt es mit ihren 2 Prozent vor.

Und die sogenannten Investoren zeigen, wie man es macht. Daß es nicht mit rechten Dingen zugehen muß.

Da denken redliche Leute an redliche Staatsanwälte. Einer von den letzten im Saal sagt: „Der [Ex-Bundespräsident] Wulff ist an Vorteilnahme wahrscheinlich eine Kleinigkeiten gegen die Fülle an Kleinverdienern, die in den Städten in den Räten sitzt."

Ich füge hinzu: „Verfassungsrechtlich ist ein Gemeinderat ein Teil der Korporation Regierung. Jedes Ratsmitglied muß ein Versprechen ablegen, eine Art Eid. Daher darf ein Stadtrat ebenso wenig einen Vorteil annehmen wie ein Beamter, ein Lehrer, ein Müllmann." – „Wir brauchen endlich saubere Parlamente. Dann verhalten sich die Volksvertreter wieder anders. Rufen wir laut nach den Staatsanwälten !"

Die Demokratie ist nicht von offenen Staatsstreichen, auch nicht von Terroristen und Gotteskriegern, sondern von einer Fülle von Abgeordneten bedroht. Diese beiden Nachmittage in der Vorstadt von Duisburg haben gezeigt, wer die Demokratie aushebelt – und dafür noch heuchlerisch „im Namen der Demokratie" sagt.

Aber in einer solchen Krise, in einer von Politik und Verwaltung zu Boden gefahrenen Stadt, wachen Demokraten auf. Bürgerinitiativen. Sie brachten es fertig, einen Oberbürgermeister abzuwählen. Sie wollen nun Politik und Verwaltung verändern. Demokratie wieder herstellen. Die Menschen als Wichtigstes in Politik und Verwaltung einsetzen. Keine Flächenzerstörungen mehr !

Schluß mit dem Größenwahn der Großprojekte, sagt der Alt-Oberbürgermeister Josef Krings, der als altersweiser Ratgeber von den Jungen geschätzt wird. Sie sollen sich auf die Stadtteile konzentrieren. Dort Lebensqualitäten fördern. Den Menschen ein „Kiez-Gefühl" schaffen. Eine Gruppe von Werkbund-Leuten und weiteren hat mit dem „Duisburger Manifest" – im Geiste von Stephane Hessels Aufruf „Empört euch" – einen Leitfaden von konkreten Möglichkeiten vorgelegt[85]. Viele Menschen sagen: „Dies ist geradezu ein kommunalpolitisches Programm."

Es wird ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Allgemein hofft man, dass er parteilos ist. Und in zwei Jahren will die Abwahlinitiative eine eigene Kandidaten-Liste präsentieren. Im Grundgesetz steht: „Die Parteien tragen zur Willensbildung bei." Dies heißt im Klartext: Demokratie ist Volkes Wille. Und wer gewählt ist, soll, wenn er Demokrat ist, sich nicht wegdrehen und der anderen Seite zu Füßen liegen, sondern sich an Volkes Wille orientieren.

Dies heißt für Vorhaben: Schluß mit dem Abkaspern hinter verschlossenen Türen und anschließendem Durchpeitschen, sondern offene Diskussion, lange Diskussionen, Hinhören, Aufnehmen, Verabeiten.

Die Initiative von Hamborn, die Leute aus dem Zinkhütten-Viertel, auch die Leute aus Bruckhausen, und die die Leute aus den Initiativen in Duisburg-Maxloh und in Duisburg sind die Helden, die die Demokratie retten – gegen die oben beschriebene Weise, welche die Demokratie zu Tode bringt.

WDR Sendung >Die Story< : „Die Wut der Mieter."

Das WDR-Fernsehen sendet am 1. Oktober 2012 um 22 Uhr eine dreiviertel Stunden lange

---

[85] Deutscher Werkbund NW, Kein Geld? – Trotzdem handeln mit Visionen !. Sonderpublikation der Schriftenreihe „Einmischen und Gestalten". Oberhausen 2011. – Stéphane Hessel, Empört Euch ! (Ullstein) Berlin 8. Auflage 2011 (zuerst 2010).

Reportage über die Mieter der Max-Taut-Siedlung am Zinkhüttenplatz [86].

Vorausgegangen ist eine Recherche von rund einem Jahr in der Siedlung und zu Ereignissen. Sie führt zu vielen Schauplätzen und Personen: in Wohnungen, in Amtsstuben, in die Versammlungen in der Kreuzeskirche.

Die wichtigste Passage ist am Schluß eine Szene, in der auf einer Brücke der grüne Stadtdirektor Peter Greulich in seiner Körpersprache und im kurzen Sprechtext zeigt, wie sehr ihn die Schicksale der Mieter gleichgültig lassen.

Die Sendung nimmt keine Stellung. Sie läßt viele Lügengeschichten der Täter ohne Nachfrage so passieren, daß der naive Zuschauer denken kann „Ist doch alles in Ordnung, habt euch doch nicht so!“ Beiträge dieser Art ist man von den Medien fast gewöhnt. Dazu möchte man gern erfahren, was hinter den Kulissen der Sende-Reihe sich abspielt – welche Einflüsse es gibt, ob dort immer noch Zensur herrscht.

Nahezu an keiner Stelle erreichte die Reportage eine existentielle Dimension, wie es in den 1970er Jahren vielen Fernseh-Filmen gelang. Als Beispiele dafür seien die Filme der WDR-Sendereihe „Ende offen“ von Ludwig Metzger und Helmut Rywelski in der Redaktion von Gerd Wiegand angeführt. Und die Filme von Klaus Helle, vor allem „Flöz Dickebank“.

Man konnte froh darüber sein, daß die „story“ in einer halbwegs vernünftigen Sende-Länge umfangreicher die Geschehnisse präsentierte, aber sie verhielt sich dabei sehr ambivalent.

In den nächsten Tagen fragte ich viele Menschen, wie sie die „Story“ wahrgenommen hatten. Es stellte sich heraus, daß die Wahrnehmung so gut wie völlig selektiv war. Wer ohnehin mit den Menschen in der Siedlung sympathisierte, das waren aufgrund der Bekanntheit des Falls sehr viele, las den Film in dieser Richtung. Wo der Sachverhalt neu war, gab es kaum ein Hinzulernen. Die Reaktion war eher Gleichgültigkeit – genau das, worauf die Täter setzen.

So mag man darüber nachdenken, ob die Ambivalenz der Autoren mit ihrem Konzept, zu beiden Seiten Distanz zu halten und formal ausgewogen zu sein, der Film-Gattung Reportage die Brisanz nimmt, die sie überhaupt erst zur Reportage macht.

Gästebucheinträge nach der WDR Sendung „Die Story“

Andrea Bensing: Eigentlich schaue ich um diese Uhrzeit kein Fernsehen mehr, sondern schlafe bereits. Durch Zufall habe ich auf dem WDR „Die Story“ gesehen, die über den Zinkhüttenplatz und den geplanten Bau des FOC berichtete. Ich bin entsetzt über die Ignoranz der Verantwortlichen, vor allem über die des Stadtdirektors Greulich. Es stinkt zum Himmel!!! Da müssen entweder handfeste finanzielle Interessen hinter stehen oder sagenhafte Dummheit!!!
Ich war über das Thema nicht genau im Bilde, doch nach diesem Bericht, vor allem der sachverständigen Meinung des Düsseldorfer Stadtplaners [Walter Brune], ist die Lage doch klar! Es spricht nichts - aber auch gar nichts - für den Bau des FOC und die Vertreibung von so vielen Menschen, die einen Großteil ihres Lebens dort verbracht haben! SCHANDE !!! Bitte informieren Sie mich, ob ich mich an irgendwelchen Aktionen beteiligen kann. Morgen werde ich einen Brief an Herrn Sören Link [den Bürgermeister] schreiben. Viel Mut und Kraft wünsche ich Ihnen allen!

---

[86] http://www.wdr.de/tv/diestory/sendungsbeitraege/2012/mieter.isp. Sendung des WDR am 1. 10. 2012 zum Zinkhüttenplatz. „Die Story“ vom Zinkhüttenplatz. WDR III, 1. 10. 2012, 22.00-22.45.
http:/www.wdr.de/tv/diestory/sendungsbeitraege/2012/1001/mieter.jshttp://www.blaulichtreporter.de/ Wiebold aktuell zum Zinkhüttenplatz. wieboldtvnews@t-online.de

B. Oehlmann: Ich habe gerade im WDR den Bericht über den geplanten Abriss Ihrer Siedlung gesehen. Ich bewundere Ihren Mut und wünsche Ihnen und Ihren Mitstreiterinnen weiterhin viel Durchhaltevermögen.

M. Köhler: Ich habe gerade im Fernsehen einen Bericht über Ihre Siedlung und das geplante Outlet Center gesehen. Unvorstellbar was mitten in Deutschland möglich ist! Und nicht zu glauben, das alles wegen einem Ramsch-Verwerter! Da wird einem von der Politik schon ganz deutlich gemacht wie die Prioritäten gesetzt werden, nicht ? Ich habe den größten Respekt vor Ihnen! Dass Sie sich alle zusammen schließen und kämpfen und zusammen halten! Gerade in der heutigen Zeit, wo jeder nur an sich denkt. Hier gerade merkt man, dass man zusammen doch was erreichen kann und manchmal mehr Macht am Ende hat als die "Großen und Mächtigen". Ehrlich, ich weiß nicht was ich an Ihrer Stelle täte, aber ich drücke Ihnen allen die Daumen! Eigentlich geht es nur darum: wer am Ende den längeren Atem hat... Ich wünsche ihnen allen viel Kraft und den längeren Atem!

Gaby K.: Ich habe auch gerade den Bericht gesehen im WDR. Kämpft weiter und lasst euch nicht kleinkriegen! Der Investor ist doch nicht ganz koscher! Ich wünsche euch alles erdenklich Gute und das ihr ein schönes Weihnachten in Eurer Siedlung verbringt. Chapeau!

Timo Tasche (Marl): Habe auch den WDR- Bericht mit Entsetzen zur Kenntnis genommen. Es ist immer traurig, wenn wirtschaftliche Interessen gegenüber Menschlichen vorgezogen werden. Ich hoffe, daß ihr euch nicht unterkriegen laßt. Und wenn das auch nichts mehr hilft, vielleicht an die Bäume ketten. Viel Glück.

Michael: Gerade habe ich die Sendung über Ihre Siedlung im WDR gesehen. Politiker ! Die treten die kleinen Leute mit Füßen und habe keine Skrupel, ihre Interessen mit allen Mitteln durchzusetzen. So machen es Bänker und Kinderschänder auch. Ich wünsche Ihnen die Kraft durchzuhalten und daß Sie in Ihrer Heimat bleiben können.

Schwatte Piet Morian: So etwas ähnliches hatte es in rheinhausen schon mal gegeben. Auch hatte man alte bergmannssiedlungen abgerissen. Im dichterviertel, denkmalschutz, gewachsene Sozialität . . . ??? scheiß egal ?? Diesmal kommen investoren, von denen niemand weiß, wer sie wirklich sind und ob das anscheinend nicht vorhandene geld nicht aus organisierter kriminalität herrührt. Geldwäsche sollte ja laut finanzministerium erleichtert werden. Aus diesem grund allein besteht zwingende notwendigkeit, daß die hintermänner genannt werden und rechenschaft über die herkunft ihrer gelder abgeben. Politiker, die diesem nicht hinreichend rechnung tragen, sollten mit einer strafanzeige wegen veruntreuung und möglicher beihilfe zur geldwäsche belegt werden . . .. Wer wohl an diesem kaufrauschmodell alles verdienen mag . . . ? Der düsseldorfer raumplaner hat das ja ganz richtig erkannt . . .. Womöglich wurden die häuser des zinkhüttenplatzes mal mit sozialen mitteln vorfinanziert. Evtl. könnte für einen teil der siedlung denkmalschutz beantragt werden, als soziales kulturerbe Hamborns. Zumindest für die 3-4etagenhäuser, die eine *maßgebende größe* in der sozialen *menschen gerechten* Stadtplanung haben. Wie gesagt, politik kann auch asozial und menschenrechtswidrig sein . . ..

Antje Hendricks: Sehr geehrter Herr Mattern, ich erkläre mich solidarisch mit den Mietern am Zinkhüttenplatz und möchte Sie und die Bürgerinitiative Zinkhüttenplatz gerne bei weiteren Protestaktionen unterstützen. Können Sie mir bitte mitteilen, wann und wo weitere Aktionen geplant sind? Ich hatte schon 2011 von dem Vorhaben über den Bau eines Fashion Outlet Centers in Hamborn/Marxloh gehört. Ich war aus verschiedenen Gründen dagegen und hätte damals nie gedacht, dass eine solch absurde Idee tatsächlich in die Tat umgesetzt

werden könnte. Noch dazu ein Abriss einer ganzen Wohnsiedlung. Die Dokumentation am Montag im WDR 3 Fernsehen "Die Wut der Mieter" machte mich selber sehr wütend. Ich bin schockiert über so viel Menschenverachtung und Dummheit der amtierenden Politiker dieser Stadt. Ich bewundere den Einsatz und das Standvermögen der BI Zinkhüttenplatz und hoffe sehr, dass der Widerstand der Mieter siegen wird. Gerne möchte ich selbst meinen Teil dazu beitragen. Wenn wieder Protestaktionen geplant sind, oder Unterschriftenaktionen - ich bin dabei. Mit freundlichen Grüßen Antje Hendricks, Duisburg-Großenbaum.

„Ich klage an“ („J´accuse“) – die Parteien

Menschenrechte einfordern. Wir klagen den Umgang mit alten Menschen an. Sie haben Jahrzehnte auf der Hütte gearbeitet. In schwierigen Jahren. Unter schwierigen Bedingungen. Auch ihre Familien. Sie wohnen in gut gestalteten Häusern der Hütte wie in einer Landschaft. Sie hatten sich auf das Versprechen verlassen, hier ungefährdet bis an ihr Lebensende zu bleiben – eine sichere Wohnung zu haben. Sie bildeten Nachbarschaften und Freundschaften in der Nähe ihrer Wohnungen – dies war für ihr Leben wichtig.

Wohnung als Anker im Sozialgefüge. Die Wohnung ist nicht nur eine Quadratmeter-Fläche zum Essen, Schlafen und für den Fernseher, sondern ein Anker in einem sozialen Gefüge. Wichtig sind auch die vielen kleinen Dinge, an denen Bedeutungen und Prozesse hängen. Erinnerungen. Geschichten. Ein erhellender Blick. Vielerlei Liebe. Glück. Mehrschichtige Erfahrungen. Biographien.

Eine Wohnung in diesem Kontext schützte auch vor dem Alleinsein. Weil immer mehr Menschen in ihrer *vertrauten* Umgebung sterben möchten, gibt es inzwischen auch ambulante Hospiz-Dienste. Die Menschen, die davon gingen, wurden oft in der Nähe der Wohnungen bestattet und Witwen und Witwer gehen oft mehrmals in der Woche zu den Gräbern, um mit denen zu sprechen, mit denen sie ihr halbes oder ganzes Leben zugebracht hatten.

Die Jungen brauchen die Generation der Alten. Alte Menschen sind in anderen Kulturen sakrosankt – sie werden geehrt, weil Lebenserfahrungen mit Weisheit zu tun haben. Dies kann nur bagatellisieren, wer zynisch ist.

Menschenrecht: Respekt vor Menschen. *Die Menschenrechte sind die Grundlage eines Staatswesens, das sich nach der Hitler-Ära geschworen hatte, wieder anständig und respektvoll mit Menschen umzugehen.*

Der evangelische Pfarrer Rolf Lauer von der Kreuzeskirche hatte bei einer Demonstration in Marxloh, wo das Rathaus ein Rotlicht-Viertel plante, dem Rathaus entgegen gehalten: „Sie haben keinen Respekt vor Menschen.“

Die Menschenwürde ist mehr wert als die Millionen, mit denen eine Heuschrecke spekuliertt.

Verstecken. Keiner will es persönlich gewesen sein. Sie verstecken sich hinter abstrakten Sätzen und abstrakten Institutionen sowie abstrakten Ratsbeschlüssen. Sie reden sich auf eine Kette heraus.

Am Pranger der Geschichte. Aber alle Namen sind bekannt – und sie gehören namentlich an den Pranger der Geschichte. Sie verneinen Schuld, aber sie sind alle schuld. All die Personen, die im Stadt-Parlament dem Abriß zugestimmt haben. Die Verwaltung, die die Pläne machte – an der Spitze der Baudezernent Dressler, den Karl Ganser einen „Unhold“ nannte. Oberbürgermeister Sauerland und Stadtdirektor Greulich, die sie abzeichneten. Bis zum letzten, der die Hand an das Viertel legt, haben sie Schuld. Wir nennen sie mit Namen – in diesem Buch. Sie alle sind Totengräber der Menschenwürde.

Es gelten keine Ausreden. Keine Beschönigung. Nicht der Satz, dass man das überleben kann. Wohnungen gegen Parkplätze eines Outlet - das ist eine Katastrophe für die Menschen, für die Stadt, für die Region, für die Kultur an der Ruhr, für die Nachkommenden.

Hier wird Wirtschaftlichkeit betrieben, ohne Rücksicht auf Menschenrechte zu nehmen. Marktradikalismus und Neoliberalismus haben ein Feld des Daseins auf weniges reduziert. Ihre Grausamkeit kann man hier deutlich erkennen. Wenn man weiß, dass das Verpflanzen von alten Bäumen und alten Menschen in vielen Fällen die Lebenszeit verkürzt und zum Tod führt, kommt man auf die Erkenntnis, dass solche Wirtschaftsradikale auch noch Leichen in Kauf nehmen. Keinerlei „Staatsraison", schon gar nicht das Wirtschaftsdenken eines windigen Outlet, darf sich über die Menschenrechte stellen.

Sozialverträglichkeit ? Dieses Wort ist pure Heuchelei. Wo bleiben denn die Menschen, die hier vertrieben werden ? Sie verschwinden nicht einfach vom Erdboden. Es kann nicht damit getan sein, daß ihnen 700 oder 1200 Euro für den Umzug in die Hand gedrückt werden. Damit kommen sie nicht einmal aus. Der Investor will sie mit einem Linsen-Gericht abspeisen – für eine Komplexität von Verlusten durch die Vertreibung. Und Politik und Verwaltung stimmen zu.

Die Bewohner werden aufgefordert, „moderne Menschen sein . . . flexibel . . . mobil" wird gesagt. Aber dies ist keine Moderne, sondern tiefes 19. Jahrhundert. Manchester-Kapitalismus.

Um 1800 war „sozialverträglich" auch die Guillotine gegenüber damaligen anderen Hinrichtungsarten.

Opportunistische Umfaller. 2004 sollte die Rhein-Ruhr-Halle renoviert werden – „als ein schönes Stück Hamborn" und „die Hamborner Bürger haben einen nachhaltig [!] schönen Veranstaltungsraum zurück erhalten". Und: noch im März 2005 hatte der sozialdemokratische Bezirksvorsteher Uwe Heider und sein Kollege Frank Börner (SPD) öffentlich im Internet (frankboerner.de) bekundet, „dass an der Stelle der Rhein-Ruhr-Halle ganz sicher kein weiterer Discounter, Getränke- oder Baumarkt entstehen darf. >Das wäre mit uns nicht zu machen!<"

Heider und seine Mitspieler sind Meister im Seitenwechseln – wenn scheinbar großes Geld sich ansagt. Wie kann die Bevölkerung solchen Leute noch trauen ?

Zusammenleben und Vertrauen. Für ein gutes menschliches Zusammenleben braucht man ein hohes Maß an Vertrauen. An diesem Fall wird sichtbar, wie Mandatsträger, denen in der Gesellschaft so etwas wie Führung (auf Zeit) anvertraut wurde, Vertrauen in der erbärmlichsten Weise ruinieren. Parteien, Gewerkschaften, Mandatsträger, Verwaltungen.

Es galt als ungeschriebenes Gesetz, teilweise auch geschrieben, dass die Menschen nach vielen Jahren Arbeit in der Hütte ihre Wohnungen sicher haben. Jetzt sind sie ein Spielball: zwischen Marktradikalismus und Verrat der eigenen Leute.

Seelenverkäufer. Mandatsträger mit sozialen und christlichen Etiketten spielen Schicksal für eine Vielzahl von Menschen. Dafür wurden sie nicht gewählt. Nicht für Wahlbetrug an Wählern. Nehmen wir den Fall vieler sozialdemokratischer Mandatsträger. Was daran ist sozial und was demokratisch ? Ein solcher Mann oder Frau ist einer, der seine Wähler, die ihm vertraut haben reinlegt. Er läuft als Verkäufer herum, um diese Wähler dazu zu verführen, sich den Ast abzuschneiden, auf dem sie sitzen.

Alles, was einst Sozialdemokratie auf die Beine gebracht hat, ist hier nicht mehr sichtbar. Es ist untergegangen in persönlicher Vorteilnahmen – in einer Art Agentschaft für Leute, die wirtschaftlichen Vorteil versprechen . Sie sind in Ämter eingezogen und haben sich deformiert.

Einst wurde eine gerechtere Ordnung gefordert, nun räumen ihre Nachkommen die Menschen als Hindernisse für einen brutalen Kapitalismus aus dem Weg. Viele Menschen, die aus der Armut kamen und in vernünftige Verhältnisse gerieten, sollen sie nun erneut einem hemmungslosem Gewinnstreben weichen und in die Armut zurückfallen.

Sozialstaatlichkeit ? Die alten Menschen, aber auch andere, haben sich jahrzehntelang auf Fürsorglichkeit verlassen. Einige Zeit funktionierte sie – in den wohlhabenden 1960er Jahren. Fürsorglichkeit, d. h. die misericordia hat in den europäischen Städten eine jahrhundertelange Tradition. Sie ist die Wurzel des Sozialstaates. Aus ihr entstanden die Arbeiterhilfe und dann der Sozialstaat.

Mandatsträger. Sie kennen einige Hinterstuben. Dieser Kenntnis und ihrer flinken Nutzung verdanken sie ihren Aufstieg. Sie besitzen diese total eingeschränkte Effektivität, die auf alles in der Welt verzichten kann – aber diese Beschänkung zieht ihre Effektivität hoch.

Sie kennen ihre Stadt nicht. Sie wollen es auch nicht. Sie lieben ihr Ego und merken nicht, dass es mit diesem Minimum an Menschlichkeit und Welt ganz klein bleibt.

Sie sind keine Flaneure. Sie streifen nicht durch ihre Stadt. Sie sind nicht fähig mit den Menschen zu reden – alles an ihnen kommt von oben herab, führt sich so auf – und ist nicht einmal wirklich oben, sondern nur die Fiktion des Oben.

Irgendwo haben sie etwas bewegt, zugegeben, aber schauen wir, was sie zerstören, dann ist ihre Tätigkeit auf Zerstörung angelegt, weil sie ihre Stadt und ihre Menschen nicht gelten lassen können und wollen. Was gilt ihnen außer ihrem Ego überhaupt etwas, wenn sie nicht in der Lage sind, im Vorort eine Straße wahrnehmen zu können ?

Ihr Kopf arbeitet wie eine Mühle. Was immer sie vor sich haben, wird in diese Mühle getan – es muß immer nur soviel heraus kommen wie sie selbst mit den wenigen Klischees, die sie besitzen, an Vorteil daran haben können.

Sie werden irgendwann im Nichts verschwinden, weil sie von ihrer Stadt nicht mehr als eine Vorstellung des Nichts hatten. Wie kann man ein Stadtdirektor des Nichts sein und sich dann noch mehr erwarten als eine Gehaltsstufe !

Greulich war in Duisburg der erste Grüne, der Karriere machte. Einen Aufstieg, der versprach, nun endlich . . .. Ja, was ? Was endlich ? Das hatte er vergessen, als er oben war. Er hatte es nie wirklich gelernt. Weil Greulich das Grün nur für sich brauchte, ruinierte er Grün. Er ist einer von denen, die das Vertrauen verspielt haben. Wer glaubt so einem noch ?

Der Norden der Stadt breitet sich weit aus. Viel zu breit für einen, der da nur mit seinem Dienstwagen rasch durchfährt, um zum Rathaus zu gelangen. Was will er davon haben ? Nichts.

Er begreift seine Stadt nicht – und er will sie nicht begreifen. Er begreift vielleicht einige chemische Formeln. Aber wozu selbst diese ? Wahrscheinlich ist jeder Autist ihm gegenüber ein glücklicher Mensch. Verblendung nannte man es jahrhundertelang. Das Wort ist nicht in Mode, aber die Sprache bleibt: was es andeutet, besteht. Verblendung. Sie kann auch blenden. Das ist ganz in der Nähe des Wortes blind.

Er spielt die Klaviatur der Macht. Der strukturellen Macht. Wenn einer erstmal im Rathaus ein Podium erklommen hat, kann er damit viel Unheil anrichten – aber der Krug geht nur einige Zeit zum Wasser, bis er bricht.

Ist dies Grün, wenn so einer überhaupt nichts von einem Botanischen Garten versteht ? Wenn er ihn – gegen eine weitere Duisburger Bürgerinitiative - platt zu machen versucht, statt zu begreifen, dass ein Botanischer Garten eine Schule, eine äußerst lehreiche Schule für Grün sein könnte – wenn man ihn versteht ? An einem Botanischen Garten kann jedermann unendlich viel lernen. Aber ein solcher Grüner als Herrscher darüber ? Das ist so, wie wenn man einem Hund die Aufsicht über einen Teller Wurst überträgt.

Redet er mit den Menschen ? Versucht er, ihre Welt zu verstehen ? Was Normalität ist ?

Der Norden der Stadt ist ebenso normal wie die Vorstädte von Karlsruhe, München, Hamburg. Was aber meint dieser Stadtdirektor zum Norden von Duisburg ? Reißt den Norden ab !

Der Norden von Duisburg ist nach seiner Einwohnerzahl eine Großstadt. Das war er auch, ehe man ihn 1929 in die unheilvolle Ehe mit der Mitte zwang. Diese Mitte hat den Norden

immer verachtet. Wer verachtet, kümmert sich nicht darum. Seine Rechtfertigungen dafür macht er sich mit diskriminierenden Vorurteilen zurecht. Mit der Wirklichkeit haben sie nichts zu tun. Und dann entsteht eine Schlacht, deren Waffen die Bombenhagel der Vorurteile sind. Nicht nur, dass sie den Tatsachen nicht entsprechen, sind sie auch gemein, weil sie zynisch gegenüber den Menschen sind.

All diese konkreten Menschen brauchen ebenso konkret eine Wohnung, wie die Greulichs sie haben. Sie müssen ebenso essen wie die Greulichs. Sie haben ebenso Menschenrecht wie die Greulichs. Sie haben ebenso Anspruch auf Lebenssinn wie die Greulichs.

„Ich klage an“ („J´accuse“) heißt eine weltberühmt gewordene Schrift des französischen Schriftstellers Emile Zola, die er um 1900 schrieb: gegen eine vorurteilsbesessene Führung seiner Gesellschaft.

„Ich klage an“ nenne ich diese Schrift: gegen Menschen, die ihre Ämter nicht verstehen, sie mißbrauchen, die mit Menschenverachtung über ihre gesellschaftlichen Aufträge hinweggehen.

Kampf und Erfolge von Bürgerinitiativen in Siedlungen

Einst gab es in der Metropole Ruhr rund 2 000 Arbeiter-Siedlungen. Sie wurden gebaut, um dringend benötigte Arbeitskräfte für die Großzechen mit ihren bis 4 000 Bergarbeitern anzulocken. Alle diese Wohnnungen hatten für ihre Zeit einen weit überdurchschnittlichen Standard. Die Familien kamen von überall her. Es gab nirgendwo einen besseren Übergang von der agro-pastoralen Gesellschaft in die Industrie-Gesellschaft.

Als in den 1960er Jahren das große Zechen-Sterben begann, wurden diese Siedlungen Spekulations-Objekte. Nachdem sie noch kurz zuvor als besonders gute Wohn-Bereiche galten, wurden nun propagandistisch in den Medien Vorurteile gestreut: Wahrheitswidrig wurden sie diffamiert als Slums. Nach dem Abriß wollten große Wohnungsgesellschaften hohe Häuser bauen, um aus dem Bodenwert mit mehr Wohnungen höhere Gewinne zu erzielen.

Bis 1972 war die Hälfte aller Siedlungen abgerissen: rund 1 000. Diesen erbärmlichen Prozeß schildert der früheste Film dazu: „Kein Knappenchor singt. Das Ende einer Straße“ – von Werner Filmer und Lukas Maria Böhmer. Er wurde 1969 im WDR ausgestrahlt. Es gab keinerlei öffentliche Reaktion.

Der Widerstand begann 1972 in der ältesten dieser Siedlungen, in Eisenheim[87] in Oberhausen. Eine Bürgerinitiative entstand. Das Eis war gebrochen: Rasch folgten weitere in anderen Siedlungen. 1975 kämpften in Ruhr 50 Initiativen. Zusammen mit 50 zum Teil hochkarätigen Beratern. Nach sechs Jahren hatte sie sämtliche tausend damals noch überlebenden Siedlungen gerettet.

Und es gab weitere Erfolge: Das Initiativen-Bündnis zwang den NRW-Innenminister Burkhard Hirsch dazu, Schluß zu machen mit dem Wohnen im Hochhaus, gefördert mit stattlichen Subventionen. Sie drängten NRW-Ministerpräsident Johannes Rau dazu, ein holte

[87] Zu Eisenheim siehe: Roland Günter, Eisenheim. Die erste deutsche Arbeiterkolonie und ihre Architektur. In: Wolfgang Ruppert (Hg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur. (Beck) München 1986, 127/136 (Anwendung der Figurationssoziologie von Norbert Elias auf Räume und Objekte des Alltags). Reprint in der Sonderausgabe: 1988. - Roland Günter, Ein Ort des Nachdenkens. 150 Jahre Arbeitersiedlung Eisenheim. In: Oberhausen ´96. Ein Jahrbuch. Oberhausen 1996, 78/82. - Janne Günter/Roland Günter, >Sprechende Straßen< in Eisenheim. (Klartext) Essen 1999. Roland Günter/Janne Günter, Eisenheim. Rheinische Kunststätten. Köln 2013.

sich als Abteilungsleiter Städtebau Prof. Karl Ganser. Die beiden nahmen die Siedlungen unter ihren Schutz. Sofort, 1980, machten sie Schluß mit jedwedem Flächen-Abriß.

Der Neumühl-Skandal. Im Duisburger Stadtteil Neumühl wird Ende der 1960er Jahre „saniert“. Dies ist das Lügen-Wort für Zerstörung – für ein Stadtmassaker in unvergleichbarem Ausmaß, das größte in Nordrhein-Westfalen, zu verantworten vom Oberbürgermeister August Seeling (SPD). 1967 sollen 5300 Wohnungen zerstört werden. 14 000 Menschen müssen ihre Wohnungen verlassen und ansehen, wie der Bagger ihre Häuser zu hohen Schutthaufen zerschlägt. Sie werden „umgesetzt“ – zwangsweise in Hochhäuser, wo 9 800 Wohnungen entstehen sollen.

Als Bundesminister Hans Jochen Vogel anreist, täuscht ihn der Beigeordnete Norbert Giersch mit einem „schönen Modell von Terrassenhäusern.“ Als der Minister dies wenig später erfährt, ist er außer sich über diesen Betrug - und über die Banalität der hohen Häuser.

In Neumühl kämpften zwei Bürgerinitiativen gegen den Abriß. Einer der Anführer ist legendär: Ernst Honak – der „Löwe vom Bergmannsplatz“. Zunächst erreichten sie Aufschub des Abrisses. Nach langem Kampf retteten sie die Wohnungen von 4 000 Menschen. Vor allem am Bergmannsplatz kann man sehen, um welche Werte es ging – was blieb und was verloren ging. Dieser Rest kam 1975 unter Denkmalschutz.

Viel zu viel Verkehr ?

Ein Bauvorhaben kann nur genehmigt werden, wenn die Erschließung gewährleistet ist. Dies ist Gesetzeslage. Manches Großvorhaben ist an dieser Klippe zerschellt.

Ein FOC will eine Flut von Autos anziehen. Ist dafür die Verkehrs-Infrastruktur geeignet ? Auf den ersten Blick erscheint es so. Es liegt günstig in der Nähe eines Autobahn-Kreuzes und an einer Abfahrt. Die vorhandenen Straßen sind breit. Aber beim zweiten Blick tauchen erhebliche Schwierigkeiten auf.

Es gibt zwei Verkehrsgutachten. Das erste ließ die Stadt 2009 anfertigen, auf dieser Basis gab der Investor ein zweites in Auftrag. Wir haben es einem Experten gegeben, der Chef-Verkehrsplaner eines Regierungs-Bezirkes war, um es zu beurteilen.

Das Gutachten ist im wesentlichen korrekt. Es arbeitet nach einem Programm, in das Ausgangs-Daten eingefüttert wurden. Festgestellt wird der Ist-Zustand. Angefüllt wird eine Prognose. Diese geschieht mit vernünftigen Annahmen zu den Verkehrs-Strömen.

Der Gutachter beantwortet nur seine eigenen systemimmanenten Fragen und hält sich aus weiteren Fragen (Umwelt u.a.). Dies ist üblich. Allerdings muß man, wenn man das Gutachten in der Hand hat, diese Selbstbeschränkung verstehen, *daher ist es unumgänglich, anschließend auch die weiteren Fragen zu stellen.*

Quintessenz: Das gewünschte Verkehrs-System ist möglich. Aber der Gutachter sagt: Aber nur, wenn es viel Ausbau gibt. Er deutet an, daß dies kostspielig ist.

Ausgelassene Fragen. Schwachpunkt: Der Gutachter läßt im Gutachten eine wichtige Frage offen: Wie sieht es auf der Autobahn aus – also auf der Zufahrt ? Es macht keine Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Autobahn 59. Auch nicht über das südlich davor liegende Autobahn-Kreuz A 42/A 59.

Davon abhängig ist jedoch sowohl die Gestaltung der Ausfahrt wie die Autobahn selbst – mit der Frage, ob es Rückstaus gibt und wie davon der Verkehrs-Fluß der Autobahn eingeschränkt wird.

In der samstäglichen Spitzenstunde fahren – angenommen – 1 657 Kfz von der Autobahn 59 ab. Diese Fahrzeuge belasten den rechten Fahrstreifen der Autobahn. Die Leistungsfähigkeit eines Autobahn-Fahrstreifens beträgt bestenfalls 2 000 Kfz in der Stunde. Ein störungsfreier Betrieb ist bei diesen Belastungen nicht selbstverständlich.

Ähnliches gilt für die Auffahrt zur Autobahn 59. Es kann nicht unterstellt werden, daß die Autobahn 59 in der Spitzenstunde 1 524 Kfz aufnehmen kann, ohne daß der Verkehr zusammen bricht. Die Belastung, die die Prognose annimmt, erreicht fast die Grenze der Kapazität.

Daher müssen die Annahmen des Gutachtens diskutiert werden. Angenommen sind 2,5 Personen pro Kfz. Sind es aber nur 2,0, dann ist die Anzahl der Automobile größer – und übersteigt die Grenze der Kapazität. In einem Gutachten zu einem Einkaufs-Markt werden 1,5 Personen pro LKW angenommen[88].

Auch der Anteil der Spitzenstunde am täglichen Verkehr wird nicht erläutert. Aus den Tabellen und Anlagen des Gutachtens läßt sich der Wert 0,2 errechnen. Freizeit-Parks liegen deutlich höher.

„Wenn es im Bereich Trödelmarkt gibt, entstehen regelmäßig Staus."

Finanzierung. Der Umbau der einzelnen Knoten ist richtig teuer. Wer bezahlt die Millionen dafür ? Die öffentliche Hand oder der Investor ?

Die meisten Kosten entfallen auf den Umbau des Verkehrs-Kreisels und die Abfahrt von der Autobahn. Und dann muß um das FOC erheblich am Straßennetz gebastelt werden.

Der Investor will die Autobahn auf sechs Spuren verbreitert haben. Schwierig. Es gibt mehrere Brücken. Sie müßten neu gebaut werden. Kurz nach der Abfahrt kommt eine lange Autobahn-Brücke. Kann dort die Verkehrsfläche auf diese Spurweite erweitert werden ? Wohl kaum.

Die Abfahrt müßte für die zu erwartende Menge an Autos verbreitert werden. Aber ein Supermarkt, die Kaufhalle, will dafür kein Gelände verkaufen, er braucht es zum Rangieren seiner Lastwägen.

Dies kostet alles immenses Geld. Der Entwickler/Investor behauptet vollmundig, er wolle es finanzieren. Von welchem Geld ? Niemand kennt bis heute die Geldgeber/Investoren. Man kann es ihm kaum glauben. Denn er will ein Geschäft machen – und er wird wissen, daß er es nicht mit so vielen Vorkosten belasten kann. Seine Behauptung gehört offensichtlich zu seinem rhetorischen Waffen-Arsenal, dessen Glaubwürdigkeit von Monat zu Monat im Sinkflug ist.

Die Stadt dürfte nicht in der Lage sein, den Ausbau zu finanzieren. Zu tief steckt sie in Schulden – mit rund zwei Milliarden Euro. Zudem gibt es inzwischen Festellungen von Rechnungshöfen und Gerichtsurteile, die das hemmungslose Finanzieren von Verkehrs-Möglichkeiten für Private einschränken, zum Beispiel beim Europapark in Rust (Baden).

Hinzu kommt: Für den Autobahn-Ausbau ist der Bund zuständig. Das Bundesland gibt dem Bund Empfehlungen. Aber es gibt eine Dringlichkeits-Liste mit Kriterien. Zwar weiß man nicht, wie darin die Positionierung eines Vorschlags ausgeht, aber der Umbau einer Autobahn benötigt vom Warten bis zum Ausbau viel Zeit. Mit privatem Geld kann man an der Liste vorbei ziehen.

Das Bundesfernstraßengesetz legt in § 7 a fest, was für einen privaten Wunsch zu zahlen ist (Vergütung von Mehrkosten): „Wenn eine Bundesfernstraße wegen der Art des Gebrauchs durch einen anderen aufwändiger hergestellt oder ausgebaut werden muß, als es dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis entspricht [FOC ist kein regelmäßiges Verkehrsbedürfnis], hat der andere [der Investor] dem Träger der Straßenbaulast die Mehrkosten für den Bau und die Unterhaltung zu vergüten. . . . Der Träger der Straßenbaulast kann angemessene Vorschüsse oder Sicherheiten verlangen." Identisch lautet der § 16.1 im Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW).

Die Vorschüsse und Sicherheiten werden gefordert, um zu sichern, daß im Insolvenzfall nicht die Öffentliche Hand belastet wird.

[88] Hermann Klaas Projektentwicklung GmbH, VUS, „Emsgalerie".

Weitere Sachverhalte. Das Verkehrsgutachten fühlt sich für weitere Fragen nicht zuständig. Aber es gibt sie. Dies sind vor allem Umwelt-Sachverhalte. Messungen zeigen, daß Luft und Lärm teilweise Grenzwerte überschreiten – der Feinstaub nahezu ständig. Die Bevölkerung müßte für ein FOC einen Preis bezahlen, von dem sie nichts hat. Die Menge der Automobile verschlechtert fundamentale Lebens-Qualitäten.

Die Zeit arbeitet für den Widerstand der Bürgerinitiative. Das Geld wird knapper. Die Modewelle Outlet-Kaufen geht vorbei. Der glänzende Lack springt ab. Die Widerstände vergrößern sich.

Behörden-Termin. Der Bürgerinitiative gelang es, die Unterlagen des Scoping-Termins (seit 1997 von der EU vorgeschrieben) zum Umfang und zur Abgrenzung der Behörden-Aufgaben am 21. Dezember 2012 im Rathaus in die Hand zu bekommen.

Der Landesbetrieb „Straßen.NW“ weist auf eine erhebliche Anzahl von Nutzungs-Einschränkungen für das Areal hin. Dafür fordert er etliche Untersuchungen, u. a. über den großräumigen Verkehr und eine Prognose bis 2026.

Weitere umfangreiche Einwände und Untersuchungs-Anforderungen kommen vom Amt für Umwelt und Grün: Die Grenzwerte werden schon jetzt bei 13 000 Verkehrsbewegungen am Tag überschritten. Durch das Outlet Center soll dieses Verkehrs-Aufkommens verdoppelt werden. Wie soll dies gesetzlich akzeptabel gemacht werden ohne Trickserei ? Das Amt fordert eine Ausweitung der Verkehrsanalyse, die zu eng ist. Und eine Absenkung der jetzt schon zu hohen Lärmpegel. Wie die Überschreitung der Feinstaubwerte und die Belastung des Stadtklimas, das Grenzen setzt, bewältigt werden sollen, steht in den Sternen[89].

Zu achten ist weiterhin auf die Auswirkungen des Mehrverkehrs.

Galerie der Totengräber. Harald Jochums: „[Stadtdirektor] Greulich werde ich schreiben, daß ich ihn in die Galerie der Totengräber unserer Stadt aufgenommen habe, was ihm als ausgebildeten Geologen wahrscheinlich thematisch näher liegt als Stadtplaner, ein Beruf, von dem er noch nicht einmal eine Ahnung einer Ahnung hat. – Und zu einem Mitglied einer Umweltschutzpartei taugt er auch nicht, wenn er sogar befürwortet, daß durch das >Outletcenter< tausende von Autos zusätzlich unsere Stadtluft verpesten würden.“ (Mail 1. 10. 2012)

Bringt die Störfall-Verordnung die Wende ?

Im Scoping-Termin 2012 weist die Bezirksregierung darauf hin, daß das Chemie-Werk Grillo unter den Artikel 12 der Seveso-II-Richtlinie (Störfall-Verordnung) fällt. Das Plangebiet hat nicht den gegen Katastrophen zum Schutz der Menschen erforderlichen Achtungsabstand zu Grillo. Weil dort Schwefeldioxid vorhanden ist, muß die Entfernung 900 m betragen. Älterer Bestand wird noch toleriert, aber Neubau wie ein Outlet Center darf nicht genehmigt werden. Denn dieser hätte nur einen Abstand von höchstens 250 m.

Jüngst entstand für die Störfall-Verordnung ein verstärktes Bewußtsein: nach dem schweren Brand im Chemie-Werk in Krefeld, von deren Gift-Wolken auch der Süden von Duisburg betroffen war.

2008 gab es einen Störfall bei Grillo!

Gemäß Verordnung empfiehlt die Bundeskommission für Anlagenschutz bei Verwendung von Schwefeldioxid einen Mindest-Sicherheitsabstand von über 800 Metern. Grillo verarbeitet in seinen chemischen Werken noch weitere Grundstoffe. Für Ammonik werden 400 m empfohlen, für Chlor 1300 m. Diese Abstände werden nicht erfüllt. Es wird

---

[89] Dazu: Richard Wittsiepe, FOC gefährdet die Gesundheit der Bewohner im Duisburger Norden. In: xtranews – Duisburg Magazin www..xtranews.de . Duisburg 2012.

hingenommen, weil die Bauten ringsherum Bestandschutz haben. Aber wenn neu gebaut würde, etwa ein umfangreiches FOC, werden die Sicherheits-Abstände verpflichtend. Das FOC kann also nicht gebaut werden.

Das Rathaus dreht und wendet sich: Es will Teile der Grillo-Werke verlagert sehen. Aber das kostet sehr viel Geld. Dies lehnt der Vorstands-Vorsitzende der Grillo AG, Ulrich Grillo ab. Er kündigt an, einen der renommiertesten Anwälte einzuschalten.

Grillo weist als Warnung auf den Krefelder Vorfall hin: auf die Giftwolke. Dies habe seine Haltung bestärkt. „Die Gesetze lassen eine FOC-Ansiedlung nicht zu. Wir schränken unseren Betrieb nicht ein, wollen mehr Arbeitsplätze schaffen, keine abbauen." Er fordert dazu auf, andere Flächen für das FOC zu suchen.

Der Investor läßt verlauten: „Es ist Sache der Stadt, das Problem zu lösen." Baudezernent Carsten Tum gibt sich wie immer unbeeindruckt - in der Wagenburg des Rathauses: „Das ist nicht das Ende des FOC !"[90] Das Rathaus will ein neues Gutachten haben. Wird so lange manipuliert, bis es paßt ? Hier werden die Auftraggeber wohl keinen Erfolg haben, denn die Gesetzes-Lage ist klar und nicht interpretationsfähig.

Unternehmer Ulrich Grillo wurde übrigens 2012 zum neuen Präsidenten des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) gewählt.

Offener Brief zu vielen Sündenfällen

Am 24. Oktober 2012 verschickt die Bürgerinitiative Zinkhüttenplatz ein Resumee. Als offener Brief an alle Entscheidungsträger in der Stadt Duisburg mit Fakten zum geplanten Factory Outlet. Das Rathaus soll innehalten, prüfen und überlegen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bisher macht es nach außen, d.h. in der veröffentlichten Meinung, den Eindruck, dass die bisherigen Entscheidungsträger der Stadt Duisburg sich in Sachen FOC schon völlig festgelegt hätten. Es scheint so gut wie keine parlamentarische Opposition und keine kontroverse Diskussion im Stadtrat zu geben.

Faktisch gibt es derzeit einen nicht grundbuchlich abgesicherten und nicht öffentlich bekannten Vorvertrag zur Übertragung des Grundstücks über 6,5 Mio € mit dem Investor, einen Aufstellungsbeschluss des Rates und den erheblichen Druck seitens der Wohnungsbaugesellschaft Immeo auf die Mieter, die Wohnungen zu entmieten. Die vertraglichen Regelungen zwischen dem Investor und Immeo und der Stadt sind unbekannt. Es scheint also beschlossene Sache zu sein, ein Factory Outlet Center zwischen den Stadtteilen Hamborn und Marxloh zu bauen - auch, wenn diverse Fragen noch nicht geklärt sind und ganz objektive Hürden wie die Verkehrs- und Störfallproblematik im Weg stehen und man weiter nicht offen mit dem Thema umgeht.

Trotzdem wird mit Begriffen wie Entwicklungschancen, Aufschwung und Arbeitsplatzgenerierung geworben. Wer möchte da nicht begeistert mitjubeln, gilt doch gerade der Norden der Stadt als besonders problematisch. Hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsleerstände und eine starke Belastung der Umwelt gelten als Hauptprobleme. Es wird so getan, als sei das Projekt für das betroffene Gebiet ein Lottogewinn. Wer sind also die tatsächlichen Gewinner und die eigentlichen Nutznießer?

[90] M. O. Hänig, Bild 29. 9. 2012.

Wir, die BI der betroffenen Bewohner am Zinkhüttenplatz, die BI gegen den Häuserabriss in Marxloh und viele Unterstützer fordern die Entscheidungsträger der Stadt auf - gerade durch die in der letzten Zeit entstandene Situation - innezuhalten und endlich in einen wirklich offenen und auch ergebnisoffenen Dialog mit uns Bürgern einzutreten. Dazu fassen wir in diesem Schreiben unsere Argumente, die Sie alle gut bedenken sollten, zusammen.

Zur Entstehungsgeschichte. Die Diskussion über ein Factory-Outlet-Centrum geht zurück in die 1990er Jahre, als über eine Belebung der Kaiser-Friedrich-Straße in Marxloh nachgedacht wurde. Besonders wurden die FOC-Pläne durch Herrn Enzweiler und Herrn Sauerland vorangetrieben. Die SPD sprach sich zunächst dagegen aus und votierte auch für den Erhalt der Rhein-Ruhr-Halle. Die Grünen zogen in der Kooperation mit OB Sauerland mit und die Fraktion der Linken generierte sich ebenso als Befürworter des Projektes.

Der erste Sündenfall. Das, was aber auch nach einhelliger Meinung vieler ein unverzeihlicher Sündenfall war, war die Tatsache, dass nicht nur die Bewohner der Zinkhüttensiedlung sondern letztlich auch die meisten Politiker von den Protagonisten getäuscht wurden. Denn es war in den ersten Ratsvorlagen (Drucksache-Nr. 07-1820 vom 8.11.2007 und Drucksache-Nr. 10-0217 vom 8.2.2010. der sog. kleinen Lösung) und in der öffentlichen Diskussion nur immer von einem FOC auf dem Grundstück der Rhein-Ruhr-Halle und des alten Stadtbades die Rede. In der Ausschreibung, dem sog. Exposé um Investoren zu suchen, findet sich dann verklausuliert ein Hinweis auf die „große Lösung" mit Einbeziehung der Zinkhüttenplatzsiedlung. Nur dass es keiner merkte. Der Investor sprach aber bereits 2008 von einer Größe von 29 000 qm und nicht von 15 000 qm wie im Exposé, hatte also nie etwas anderes vor. Die Verwaltung und der IMD verweisen jetzt auf dieses Exposé!

Hand aufs Herz, welcher Ratsherr oder welche Ratsfrau hat das damals gelesen? Den Bürgern stand das Papier nicht zur Verfügung und es wurde auch nicht aktiv verteilt. Es ging immer um den Ersatz der Rhein-Ruhr-Halle und um die im Aufstellungsbeschluss für den B-Plan Nr. 1112 ausgewiesene Fläche.

Anstatt einen offenen Weg zu gehen, stielte man mit der Drucksache-Nr.11-1654 vom 4.10.2011 die sog. „große Lösung" mit Abriss der Zinkhüttensiedlung ein, indem man den alten Aufstellungsbeschluss aufhob und einen neuen Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan 1179 verabschiedete. Mit diesem Vorgehen war man erfolgreich, weil keiner wirklich merkte, was da gespielt wurde. Natürlich hat man alles formaljuristisch korrekt gemacht und das im Amtsblatt veröffentlicht.

Ein Magazin, das besonders einfache Leute und Rentner ständig lesen.

Der 2. Sündenfall: Man war zu feige, das den Leuten offen zu sagen. Sie erfuhren es aus der Zeitung, die über die Immobilienmesse in Cannes berichtete, wo das Projekt FOC als große Lösung vorgestellt wurde. Man kann heute nicht bedauernd sagen, das sei schlecht kommuniziert worden und einfach so weiter machen und die Betroffenen auch weiterhin ausschließen. Nachdem die Wellen unserer Empörung verständlicherweise hoch schlugen und wir sehr emotional reagierten, bot Stadtdirektor Greulich zur Beruhigung der Gemüter einen „Runden Tisch" an, auf dem alles erörtert werden könnte.

Der 3. Sündenfall: Beim ersten Treffen, bei dem wir gleichberechtigte Bedingungen für eine Kommunikation auf Augenhöhe einforderten, zog er den „Runden Tisch" sofort zurück und sprach von einer „erweiterten Informationsveranstaltung" ohne substanzielle

Informationen zu geben. Er und die Verwaltung versteckten sich hinter Geschäftsgeheimnissen und der Nichtöffentlichkeit von Grundstücksgeschäften.

So erzeugt man Wutbürger. Stuttgart 21 lässt grüßen. Denn auch dort wurden die Bürger über Jahre ausgetrickst. Und jetzt zeigt sich das Dilemma dort im Brandschutz wie hier im Abstandserlass der Störfallverordnung. Natürlich hätten die Fachleute in den Stadtverwaltungen das alles wissen müssen! 2008 gab es doch schon einen Störfall bei Grillo!

Wer sind also die Nutzniesser dieser Planungen? Wirklich die Stadt Duisburg, die vordergründig 6,5 Mio. € einnimmt? Dafür aber ihr Zentrum und den Einzelhandel im Norden schädigt (siehe Centro OB und die Oberhausener Innenstadt). Wie viel städtisches Geld, über das keiner redet, ist schon in diese Planungen gesteckt worden, denn wie viele Stunden sind in der Stadtverwaltung schon eingesetzt worden? Und wer berechnet den Vertrauensverlust und die Glaubwürdigkeit, der die Stadt und die Politik trifft?

Die Immobiliengesellschaft Immeo, die heute Teil einer französischen Heuschrecke ist und versucht zu verkaufen, was geht, um der 2015 drohenden Pleite zu entgehen. Welchen Imagepreis zahlt sie dafür bei all ihren Mietern?

Der **Investor Sevenheck,** der absolut kein Eigenkapital hat, wie die Bonner Verwaltung und Herr Wittsiepe nachgewiesen haben. In Bonn verlangt die Verwaltung, dass er zunächst 14 Mio. € von einer seriösen Großbank auf ein Sperrkonto überweist, bevor eine Eigentumsübertragung stattfinden kann – weil man ihm nicht traut. Er kommt dem seit März nicht nach – weil er das Geld nicht hat und offensichtlich auch keine seriösen Geldgeber. Bis heute sind die Bilanzen 2010 seiner Firmen, die Herr Wittsiepe unwidersprochen als Strohfirmen bezeichnet, nicht veröffentlicht und die Grunderwerbssteuer, die ein solventer Investor aus der Portokasse gezahlt hätte, kann er natürlich auch nicht zahlen. Am Ende muss das auch noch die Stadt zahlen! Wer hier in Duisburg die Geldgeber sein sollen ist auch nicht klar. Die Gerüchteküche brodelt bereits. Das sind alles Belege dafür, dass er kein Geld hat und mit dem FOC erst den großen Reibach machen muss.

4. Sündenfall: Man verschließt sich Argumenten. Wie im 45-Minuten-WDR-Beitrag „Die Story“ am 1.10.2012 gezeigt wurde, interessieren alle diese Katastrophenmeldungen zur Zuverlässigkeit des Investors Stadtdirektor Greulich als Verantwortlichen für die Verwaltung keine Bohne und er sieht es nicht als notwendig an, sich mit seinen Bonner Kollegen kurz zu schließen. „Wir haben bestes Einvernehmen mit Herrn Sevenheck“ – Basta. So kann man doch nicht mit den Dingen umgehen! In welche Katastrophen ist Duisburg durch derartige Ignoranz gerade in der jüngsten Zeit schon geführt worden! Jetzt bahnt sich die nächste an. In welchen Abhängigkeiten steckt die Stadt vielleicht jetzt schon? Aber die Verträge werden nicht veröffentlicht, und so kennen auch die Ratsleute diese nicht.

5. Sündenfall: Abriss der Max Taut Siedlung. Während in Städten wie Berlin eine von den Taut-Brüdern gebaute Siedlung wie die Hufeisensiedlung als architektonische Meisterleistung Interessierte aus aller Welt anzieht und ein tiefes Bewusstsein über den historischen Wert solcher Gebäude existiert und gepflegt wird, soll hier völlig geschichtslos ein derartiges Kleinod den Interessen eines offensichtlich zwielichtigen Investors geopfert werden. Prof. Roland Günter und Ex-Bauminister Christoph Zöpel haben so eine Untat bereits deutlich gebrandmarkt. Weshalb die Zinkhüttensiedlung nicht schon lange unter Denkmalschutz steht, bleibt das Geheimnis der dafür verantwortlichen Denkmalschützer.

Aber genauso wie der Bestandschutz bezüglich der Störfallproblematik für die Rhein-Ruhr-Halle gilt (s.u.), gilt er auch für die Zinkhüttensiedlung. Wenn im Abstandsumkreis um die SO2-Spaltanlage bei Grillo von 800 m keine Neuanlagen errichtet werden dürfen, liegt die Siedlung komplett in dieser Zone.

6. Sündenfall: Schädigung der Brautmoden-Meile. Nutznießer sind in keinem Fall die Hamborner oder Marxloher, sie sind im Gegenteil wie so oft die Gelackmeierten. Nehmen wir zunächst einmal die in den städtischen Gutachten bescheinigten Zahlen zum Umsatzverlust in den betroffenen Zentren. In allen umliegenden Stadtteilen inklusive der Innenstadt wird mit einem Umsatzverlust von etwa 3 bis 6 % gerechnet. Gerade Marxloh, das mit seiner Brautmoden-Meile selbstständig eine neue Chance der Entwicklung sucht, ist massiv betroffen, da dieses Zentrum in den Kinderschuhen steckt, eine zarte Pflanze und sehr fragil ist. Diese Entwicklung müsste ge- und unterstützt werden. Viele der dortigen Geschäftsleute stehen am Beginn ihrer Selbstständigkeit. Gerade sind sie dabei, die ersten Ausbildungsplätze in den jeweiligen Berufsgruppen zur Verfügung zu stellen. Ein Verlust von 6 % ist hier unweigerlich mit einem Verlust von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen verbunden.

7. Falsches Argument: Das FOC schaffe Arbeitsplätze. Nach einem Gutachten des Handelsverbands BAG heißt es, dass FOC‘s im Wesentlichen zur Erhöhung von Minijobs führen. Laut diesem Gutachten von 2010 gehen mit einem neuen Arbeitsplatz in einem FOC *drei* Arbeitsplätze in umliegenden Einzelhandel verloren, zudem erhöhen sich die Leerstände. Grundsätzlich kommen FOC‘s mit deutlich weniger Arbeitsplätzen aus als der normale Einzelhandel. Zusammenfassend stellt der Handelsverband fest: „ Die Umsatzpotentiale kommen aufgrund von Umverteilung und Verdrängung zustande und nicht durch die Erschließung von Marktlücken. Sie intensivieren nicht die Kaufkraft.“

Ein ähnlich lautendes Gutachten der IHK kommt zu folgender Schlussfolgerung: Dietz-Felbinger von der IHK am 23.6.2010 dazu: „FOC‘s sind für Duisburg das falsche Feld. Die von der Stadt bescheinigten positiven Aspekte sind von der Stadt herbeigeschönte Wunschwerte.“

7. Falschdarstellungen zur Situation der Siedlung. Als weitere Verlierer sind die betroffenen Mieter am Zinkhüttenplatz zu nennen. Das Quartier, bestehend aus 396 Wohnungen, hatte vor einem Jahr einen Leerstand von ca. zehn Prozent, der nach Aussage der Betroffenen nicht entstanden ist, weil niemand dort wohnen wollte, sondern, weil seit einiger Zeit einfach nicht an Interessierte vermietet wurde. Offiziell heißt es, die Wohnungen seien in schlechtem Zustand und es wolle ohnehin niemand dort wohnen. Unter den Betroffenen herrscht große Verärgerung über diese Aussagen. Schauen Sie sich bitte die Häuser selbst an, vergleichen Sie mit anderem ähnlich alten Wohnbestand und sprechen Sie mit den Betroffenen, über die Sie mitentscheiden. Kurz und gut: Hier soll ein gewachsenes identitätsstiftendes Wohnquartier den finanziellen Interessen anderer weichen - über die Köpfe der Betroffenen hinweg.

Es sind auch hier vollmundig von Seiten der Verantwortlichen Unterstützungen und Gespräche versprochen worden, von denen bis zum heutigen Tag nichts umgesetzt wurde. Es ist festzustellen, dass hier guter und bezahlbarer Wohnraum zerstört werden soll. In der Zwischenzeit sind ca. die Hälfte der Mieter ausgezogen worden, weil Sie [Politik und Verwaltung] es wollten oder weil sie dem Druck nicht mehr Stand gehalten haben.

Fakt ist, dass der Investor und Immeo natürlich genau wissen, dass die Mieter, die bleiben wollen, mit legalen Mitteln nicht aus den Wohnungen zu entfernen sind. Der Mieterbund

spricht da ganz klare Worte. Man kann es ihnen also nur vermiesen, dort zu wohnen, sie unter Druck setzen, immer wieder neue Abrissankündigungen in die Presse setzen, Zerstörungen anfangen, Bäume fällen, Drohtelefonate tätigen, immer mehr Geld für den Umzug anbieten und sie so weich kochen, daß sie z.B. nicht mehr ruhig schlafen können. Das Ganze nennt man dann sozialverträgliches Umzugsmanagement.

8. Unterlassung: Die Auswirkungen auf die benachbarten Stadtteile sind nicht untersucht. Der Stadtteil Marxloh, der in den letzten Jahren durch ein tiefes Tal wirtschaftlicher Depression geschritten ist, verzeichnet seit einigen Jahren einen gewissen Aufschwung. Die Brautmoden-Meile und der Bau der DITIB-Moschee haben Marxloh zu einem Magneten für Touristen und Heiratswillige gemacht. Dazu kaufen Abiturientinnen und viele Schützenfrauen hier preiswert ihre langen Festkleider. Die damit verbundene Infrastruktur befindet sich in einem positiven Aufwärtstrend. So ist die Sorge der Einzelhändler, von diesem Mammutprojekt Outletcenter erdrückt zu werden, nicht unberechtigt.

Die dazu seitens der Stadt erstellten Gutachten geben nur sehr unzureichend darüber Auskunft, welche Konsequenzen für Marxloh daraus erwachsen können. Das Versprechen, im FOC keine orientalischen Brautmoden zu verkaufen, sichert in keiner Weise die Besonderheit des in Marxloh entstandenen Zentrums. Vielmehr erscheint es aus der Sicht verschiedener VertreterInnen der Einzelhandelsverbände sinnvoll, Investoren zu unterstützen, die vor Ort in die Infrastruktur passen und das Konzept unterstützen. Wie z.B. die Ansiedlung eines muslimischen Hotels oder eines Basars in der Kaiser-Wilhelm-Straße.

Außerdem wäre es für die Nachhaltigkeit wichtig, die Einzelhändler dabei finanziell zu stärken, damit sie sich qualifizieren und weiterbilden können, um Lehrlinge auszubilden.

9. Wer bezahlt bestimmt die Musik. Alle sog. Gut-achter werden – wie üblich - vom Investor bezahlt – und somit auch ausgesucht. Schon die Fragestellung eines Gutachtens ist oft richtungweisend dafür, was der Fachmann antwortet. Man war am „Runden Tisch“ noch nicht einmal bereit, uns die Gutachten-Aufträge zu übermitteln, geschweige denn die Gutachter zu benennen. Wie viel Angst muß dahinter stecken?

Denn in der Tat handelt es sich ja um Partei-Gutachten, die eine gewollte Tendenz stützen sollen und nicht um neutrale Gutachten, die im Konsens zwischen Investor, Stadt, Behörden und Betroffenen bestimmt worden wären. Diese Praxis ist undemokratisch. Wenn im Sinne eines Neuanfanges wirklich Transparenz gewollt ist, sucht man mit den Betroffenen die Gutachter aus und stimmt die Fragen an die Gutachter im Einvernehmen ab.

Die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gutachten, die zur Beurteilung des Projekts dem Rat bisher vorgelegt wurden, stammen allesamt vom Oktober 2009 und begutachten lediglich eine Gesamtfläche von 15 000 qm – also die „kleine Lösung“. Die neuen Planungen des FOC beschreiben aber eine Gesamtfläche von 25 000 qm und mehr. Das heißt, dass die bisherige Gutachtensituation die realen Planungen nicht widerspiegeln. Hier ist es dringend erforderlich, neue Begutachtungen vorzunehmen.

Schon das Verkehrsgutachten zur kleinen Lösung aus 2009 zeigte große Probleme auf. Der Gutachter kritisierte die Zahlen der Stadt. Bitte lesen Sie sich das einmal in Ruhe durch. Eine kritische Würdigung können wir Ihnen gern zur Verfügung stellen. Das neue Gutachten, das der Öffentlichkeit auch immer noch nicht vorliegt, muss erklären, wie man ein geschätztes

Verkehrsaufkommen von ca. 10 000 zusätzlichen PKW pro Tag und Anlieferverkehr bewältigen will.

Das Autobahnkreuz Hamborn an der A59 und die Abfahrt Marxloh haben schon jetzt zu den Hauptverkehrszeiten mit täglichen Staus zu kämpfen. Von der zusätzlichen Umweltbelastung in dieser Umweltzone, in der die Feinstaubwerte der EU-Richtlinie bis heute nicht eingehalten werden, ganz zu schweigen. Wie mit diesem massiven Verkehrsaufkommen innerhalb der Ortszentren Hamborns und Marxlohs umgegangen werden soll, findet im Gutachten keinerlei Erwähnung.

In einem Gutachten des HDE im März 2010 heisst es: „Verkehrstechnisch droht Duisburg der Supergau“. Der Handelsverband BAG äußert sich ebenfalls zum erhöhten PKW Aufkommen und den allgemeinen zu erwartenden Belastungen der ohnehin überbelasteten Region sehr negativ. Durch den hohen Flächenverbrauch und die damit verbundene starke Bodenversiegelung stellen FOCs eine zusätzliche Umweltbelastung dar. Das erhöhte Verkehrsaufkommen konterkariert alle Bemühungen, den PKW-Verkehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu verlagern. Der Vorrang der DVG auf der B8 wird sicher auch geopfert werden.

Bei der Info-Veranstaltung am 4.7.12 wurde unsere Frage, wer denn die neue Autobahnanbindung und den sechsspurigen Ausbau der A59 bis zum Hamborner Kreuz bezahle, dahingehend beantwortet, daß das der Investor zahle und nicht die Stadt. Wie viel öffentliche Gelder allerdings da hineinfließen werden, dazu wurde kein Kommentar abgegeben. Der Abriss Bruckhausens lässt grüßen. Dort zahlen das Land und die EU 80% der Kosten!

10. Sündenfall: Störfallproblematik. Dieses Thema stellt den Supergau für das Projekt dar und entsprechend waren dann auch die Einlassungen der Protagonisten. Man sieht es auch an den hilflosen Versuchen, das Thema aus der Welt zu schaffen. Auch wenn wir das Gutachten bisher wie üblich nicht lesen konnten und es nach Umweltinformationsgesetz angefordert haben, so scheint hier wenigstens ein Gutachter Rückgrat bewiesen zu haben.

Die Rechtslage dazu ist seit dem BVG Urteil aus dem letzten November, das sich ausdrücklich auf die Abstandsregelung der EU-Richtlinie bezieht, völlig klar. Schon beim Genehmigungsverfahren um die Erweiterung dieser Sondermüllverbrennungsanlage – von Grillo SO2-Spaltanlage genannt - in den Jahren 1994 bis 1998 war die Stadt beteiligt. Die BI gegen Umweltgifte hat damals wegen der äußerst prekären Störfall-Lage klar gegen die Erweiterung der Anlage votiert und gefordert, eine derart problematische Giftküche, in der die schlimmsten schwefelhaltigen Industriesäuren als Abfälle verbrannt werden, nicht in einem so dicht besiedelten Gebiet zu betreiben. Dafür wurde die BI von den städtischen Vertretern wegen vorgeblicher Behinderung des Wirtschaftsstandortes nur verhöhnt. Das ist alles im Protokoll des Erörterungstermins und in der Presse nachzulesen.

Auch beim Mini-Störfall in 2008, der bereits den ganzen Stadtteil in Aufruhr versetzte, zu Evakuierungen führte und ein heilloses Chaos im Katastrophen-Management wie jüngst auch wieder beim Compo-Brand in Krefeld offenbarte, wurde das mögliche Problem deutlich, wurde aber schnell unter den Tisch gekehrt. Ein Bericht über dieses Ereignis wurde bis heute - unserer Kenntnis nach - nicht veröffentlicht.

Jetzt zu glauben, man könne das Störfallproblem mit Einhausungen und technischen Lösungen aus der Welt schaffen, ist naiv und zeugt von Unwissenheit. Denn jeder

Störfallexperte wird auf den sog. „Dennoch-Störfall“ hinweisen. Denn selbst trotz aller Prüfungen und möglichen Szenarien, die geprüft werden, geht die Störfallkommission davon aus, dass auch absolut unvorhersehbare Schadensereignisse eintreten können. Und dafür existiert heute eben der Abstandserlass. Daran gibt es nun mal kein Vorbei.

Um hier gleich Manipulationen einen Riegel vorzuschieben, verweisen wir darauf, daß, wenn es nicht zu einvernehmlichen Lösungen mit uns kommen wird, wir besonders auch an dieser Stelle im sicher dann kommenden Normenkontrollverfahren gerichtlich sehr genau prüfen lassen werden, ob die EU-Regelungen und die Störfallverordnung eingehalten werden.

11. Sündenfall : Abriss der Rhein-Ruhr-Halle. In einem früheren Gutachten der Stadt wurde die energetische Sanierung der Halle mit ca. 11 Mio. € beziffert. Später wurde von den FOC-Befürwortern via IMD die Summe von 23 Mio. € Kosten aus durchsichtigen Gründen in den Raum gestellt – ohne eine Begutachtung wie von der SPD gefordert.

Vor dem Hintergrund der Störfallproblematik, die den verantwortlichen Planern angeblich jetzt erst bekannt wurde – aber wie oben ausgeführt seit dem Erörterungsverfahren um die Erweiterung der SO2-Spaltanlage im Jahre 1998 der damals beteiligten Stadt sehr wohl bewußt sein mußte (s.o.), verlieren die Argumente für einen Abriss der Halle ihren sachbezogenen Gehalt. Denn die Halle hat jetzt noch Bestandsschutz. Nach einem Abriß darf dort nichts Neues mehr gebaut werden. Verhindern Sie also schnellstmöglich weitere Zerstörungen! Sorgen Sie dafür, daß die Halle ganz schnell wieder an die Fernwärmeversorgung angeschlossen wird, um Frostschäden zu vermeiden.

Was macht die Politik? Mit Hilfe eines völlig undemokratisch zusammengestellten Begleitausschusses hat man es geschickt geschafft, die parlamentarische Kontroverse zu vermeiden. Die Fraktionsspitzen haben damit de facto eine Gleichschaltung im Stadtrat erreicht. Die Aktivitäten des Begleitausschusses unterliegen keiner parlamentarischen Kontrolle, denn sie sind nicht offen. Die ohne relevante Diskussionen, aber auch ohne genaue Kenntnisse der Materie (Verträge, Bedingungen, Probleme) erfolgten Abstimmungen belegen diesen Tatbestand. Man verlässt sich auf die Begleitkommission, die nur mit Befürwortern besetzt ist.

Gleichzeitig ist man offensichtlich völlig hilflos, offen und konstruktiv mit den Betroffenen zu kommunizieren. Wir fragen uns, für wen die gewählten Vertreter da sind.

Was macht die Verwaltung? Die Verwaltung versteckt sich natürlich hinter dem Ratsbeschluß und nutzt die Möglichkeiten des Baugesetzbuches ohne wenn und aber aus. Diese Form von sog. Bürgerbeteiligung, die da auf dem Papier steht, nutzt nur dem Investor, mit dem man ja bestes Einvernehmen hat (er nennt z.B. eine städtische E-mail sein Eigen, sein Mitarbeiter Lompa ebenso!), nicht aber den Menschen, die betroffen sind und somit übel ausgetrickst werden. Sie können zwar alle Klagen und Argumente vortragen – „Wir prüfen das.“ Später heißt es dann lapidar, „den Einwendungen der Bürger konnte nicht abgeholfen werde“. Das ist keine wirkliche Mitbestimmung, sondern Pseudodemokratie. Das was bisher um dieses Projekt gelaufen ist, tritt die Demokratie, wenn man das Wort noch in seiner eigentlichen Bedeutung als Herrschaft des Volkes versteht, wirklich mit Füßen.

Dazu mißbraucht die Verwaltung ihr Herrschaftswissen und informiert auch die Politik geschweige denn die Bürger nicht offen über die Probleme (siehe Verkehrsproblematik und Störfallproblematik). Auch den Anwürfen zur Seriosität des Investors müsste die Verwaltung doch nachgehen, diese prüfen und offen legen. Aber nur Schweigen im Walde.

Der Investor kann bisher keine eigenen Referenzen angeben, sondern schmückt sich mit fremden Federn. Dazu ist zu bedenken, daß der Investor nicht der Betreiber sein wird. Die vorgeblich englische Betreiberfirma wird im Anschluss an den Bau die Mietkonditionen und das damit verbundene Warenangebot bestimmen. Aus den Studien bereits vorhandener FOCs weiß man, dass FOCs mit ihrem Warenangebot nicht statisch sind, sondern die Tendenz haben, ihr Angebot den Angeboten der umliegenden Zentren anzupassen und somit durchaus zur vernichtenden Konkurrenz dieser Zentren werden können. Das in der ursprünglichen Planung vereinbarte Versprechen, dass es im FOC keine Gastronomie geben wird, ist bereits durch die geplante Erlebnisgastronomie nicht eingehalten worden. All das müsste doch offen diskutiert werden und vertraglich geregelt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren im Rat und alle Entscheidungsträger, wir fordern Sie inständig auf, alle diese Argumente zu bedenken und endlich in einen offenen und gleichberechtigten Dialog zur Lösung der Probleme mit den Bürgern einzutreten. Erörtern Sie das Projekt endlich offen und auf der Basis aller Informationen und ohne Fraktionszwänge im Rat und in den Bezirksvertretungen. Ziehen Sie das Ding nicht einfach durch.

Aus allen Argumenten und Einschätzungen heraus schließen wir uns auch dem Appell des Handelsverbands und der IHK an, auf das FOC zu verzichten, da die benachbarten Zentren in Hamborn und Marxloh sowie die Duisburger City einem bedingten Zerfall ausgeliefert werden.

Und die Max Taut Siedlung am Zinkhüttenplatz muss erhalten werden und unter Denkmalschutz gestellt werde. Wir schlagen vor, sie als Genossenschaftsmodell wie manche Zechensiedlungen weiter zu führen, da zudem das Vertrauen der Mieter zu Immeo zerstört ist.

Ein „Neuanfang für Duisburg“ muss anders aussehen. Gehen Sie in sich und sprechen Sie mit uns.

Im Namen der Bürgerinitiative der Bewohner des Zinkhüttenplatzes Helmut Mattern. Im Namen der Bürgerinitiative gegen den Häuserabriss in Marxloh Sylvia Brennemann.

Die Wagenburg bröckelt. Die Wende kündigt sich an.

Es kommt zu einer ersten Stunde der Wahrheit. Für den Kauf der Grundstücke soll der Investor die sofort fällige Grunderwerbs-Steuer dem Finanzamt zahlen. Dies sind für das Grundstück des Stadt-Bades und der Rhein-Ruhr-Halle 300 000 Euro und für das Grundstück der Max-Taut-Wohnanlage 800 000 Euro. Roger Sevenheck weigert sich. Er sagt, er wolle erst zahlen, wenn er die Baugenehmigung in der Tasche habe. Das Finanzamt weist ihn auf die Gesetzes-Lage hin. Sevenheck will davon nichts wissen. Das Finanzamt will mit ihm nicht handeln, sondern verlangt, was korrekt ist. Es setzt eine Frist.

Leserbrief des Wirtschaftsprüfers Dr. Richard Wittsiepe: „Was glauben Sie, was passiert, wenn Sie als Unternehmer oder Privatperson dem Finanzamt erklären, daß eine fällige Steuer nach Ihrer privaten Rechtsansicht nicht zu zahlen ist und sich das Finanzamt [wie Sevenheck dreist fordert] die Vorschriften mal näher ansehen sollte ?“

Wenn die Frist abgelaufen ist und der Investor nicht gezahlt hat, muß die Stadt zahlen. Eine Stunde vor Ende der Frist ist das Geld noch nicht auf dem Konto des Finanzamtes – dies recherchiert eine Bild-Reporterin.

Einige Tage später sind in der Bürger-Sprechstunde des neuen Oberbürgermeisters Sören Link drei Personen der Bürgerinitiative des Max-Taut-Viertel. Sie befragen Sören Link. Erst weiß er nichts zu sagen, dann greift er zu seinem Telefon, schreibt eine SMS an die Holding-Gesellschaft der Duisburger Stadt-Firmen DVV (Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft) und verlangt Auskunft über den Stand zu den Vorfällen um die Steuerzahlung, da die Bild-Reporterin vom Finanzamt die Auskunft erhielt, daß kein Geld eingegangen sei.

Was hat diese Holding damit zu tun ?

Sören Link sagt, die DVV habe ihm per Mail und dann auch schriftlich mitgeteilt,, daß die Grundsteuer-Schuld erloschen" sei.

Michael Lefknecht schickte dem Oberbürgermeister am nächsten Tag die Zusammenfassung des Gesprächs. Er hat sie nicht dementiert.

Was heißt dies ? Ist der Betrag gezahlt ? Die Presse verbreitet dies. Als „Beleg" hielt der Presssprecher des Oberbürgermeisters ein Schreiben einer holländischen Bank in die Kamera. Was hat diese Bank damit zu tun ?

Oder geht da irgend etwas finster zu ? Hat die städtische Holding etwa für den Investor gezahlt ? Dies wäre ein Fall für den Staatsanwalt: mit der Vermutung der Veruntreuung öffentlicher Gelder. Da ist einiges zu recherchieren.

Immeo kündigt den Vertrag. Sevenheck kann auch die Grunderwerbs-Steuer von 900 000 Euro für das Immeo-Grundstück der Max Taut-Wohnanlage nicht zahlen.

Nun platzt Immeo der Kragen – in der Furcht, daß Immeo zahlen muß, wenn Sevenheck es nicht kann: Immeo kündigt den Kauf-Vertrag für die Max-Taut-Anlage.

Sie teilt dies in einem Schreiben allen Mietern mit. Weiter schreibt sie: Alle Umzugs-Verhandlungen und Umzugs-Gelder werden bis nächsten März, also in 5 Monaten, auf Eis gelegt.

Die Bürgerinitiative reibt sich die Augen. Ist das der Sieg ? Sie feiert.

Aber sie ist nicht sicher, ob etwas dahinter steckt. Zweifel entstehen. Aber warum hat Immeo die Kündigung des Kaufvertrages allen Mietern mitgeteilt ? Dies hätte sie – nach ihrer Logik - keineswegs tun müssen. Es könnte dafür sprechen, daß sie Sevenheck nicht mehr traut.

Glaubt oder weiß Immeo, ob Sevenheck geblufft hat ? – Ist der Bluff aufgeflogen ? Hat sich Sevenheck als ein aufschneidender Habenichts entpuppt ?

Dann hätte Immeo nach dem Auszug der vielen Mieter sehr viel Mietzins verloren – und möchte nicht weiteres Einkommen verlieren.

War dies der Tatsachen-Beweis der Bonität des Investors ?

Auch das Grün kommt nicht. Im Dezember 2012 schreibt die Rheinische Post: „Von Grün ist noch keine Rede."

Sichtbar wird, wie das Projekt langsam zerplatzt.

Hildegard Chudobba schreibt in der Tageszeitung „Rheinische Post" am 26. November 2012: „Duisburg ist das deutsche Griechenland. Die Stadt ist pleite und unter einen Rettungsschirm geschlüpft, den das Land ausgebreitet hat. Sie hat ein Sparkonzept erarbeitet und muß sich pingelig daran halten. Gleichzeitig aber taucht ein Problem nach dem anderen auf." Dann folgt eine Liste der Schwierigkeiten: Baumängel am City Palais – und Zutritts-Sperre. Museum Küppersmühle – mangelhafte Schweißarbeiten des „Schuh-Kartons" – die Aussicht auf hohe Kosten oder auf das Nichts. Problem Hauptbahnhof. FOC. Verfallende Straßen und Brücken.

Die Rheinische Post stellt fest: 2013 wurden in Bruckhausen 33 Häuser abgerissen. Erst 33 ? Es sollte doch eine vielfache Zahl sein ?

Es sieht so aus, daß kaum mehr Geld in der Kasse ist. Aber: Abrisse kosten Geld – das wird jetzt sichtbar, wo das Geld knapp geworden ist - oder nichts mehr vorhanden ist.

Den Plan, drei Kilometer Abriß durchzuführen, halten Experten, die sich mit Finanzen auskennen, für aussichtslos.

Duisburg ist höchst verschuldet. Es hat kein eigenes Geld. Es kann nur um Geld vom Land oder der EU betteln. Aber sein Ruf ist ruiniert. Es hat keine Aussicht, weiteres Geld zu erhalten. Denn das Projekt ist erst zu einem Bruchteil durchgeführt. Es ist viel zur groß. Drei Kilometer Abriß würden geschätzte vier bis 6 Milliarden Euro kosten. Der Sinn eines solchen Projektes liegt inzwischen weit unter Null. So hat es zwar einige Schäden angerichtet, aber es ist auf Sand gelaufen – und hat keinerlei Aussicht auf Realisierung.

Völlig absurd ! 400 sehr gute Wohnungen im sozialen Wohnungsbau mit den höchsten Ansprüchen in der Max-Taut-Wohnanlage abreißen ?

Der Sozialbericht 2012 bescheinigt, daß künftig allein in Duisburg rund 5 000 bezahlbare Wohnungen fehlen.

Förder-Strategie. Vor allem Sozialwohnungen werden benötigt – in Deutschland sind es 4 Millionen. Der freie Markt richtet es nicht – wir haben jahrzehntelange Erfahrungen. Die Renten sind praktisch nicht gestiegen, aber die Mieten und die Energie-Kosten. Und vorhandene Bindungen laufen aus. Ein brisantes Feld.

2013 hat sich der Minister für Stadtentwicklung und Wohnen, Michael Groschek, in dieser Richtung engagiert: Er hat nun nach eigener Aussage über 800 Millionen Euro Kreditmittel für sozialen Wohnungbau zur Verfügung. Es wäre vernünftig, dieses Geld zumindest als erstes zu einem erheblichen Teil in die Renovierung und Modernisierung von Wohnungen zu stecken, die stadtplanerisch, anders ausgedrück: zur Quatiersentwicklung wichtig sind, wie zum Beispiel in Bruckhausen und Marxloh. Dann könnte als Neubau städtebaulich die Lückenschließung gefördert werden. Und erst als Drittes der Neubau im Irgendwo – aber bitte mit städtebaulichem Anspruch.

Der Minister ist auf der richtigen Spur, wenn er das Ordnungsrecht im Mietwohnungsbau (Instrument der Wohnungsaufsicht) „so verschärfen will, daß Instandhaltungsvernachlässigungen sofort geahndet werden können, und zwar mit Geldstrafe. Das ist die einzige Sprache, die leider Gottes einige von diesen Wohnungsunternehmen verstehen.“ Er spricht dabei im Deutschlandradio von „Heuschreckenunternehmen. Die über den deutschen Wohnungsmarkt hergefallen sind.“[91]

Die Wohnungs-Gesellschaften bzw. ihre Vorgänger sind durch Sozialmittel groß geworden. In zwei neoliberalen Jahrzehnten haben sich eine Anzahl aus dieser Veranwort ung herausgezogen bzw. neoliberale Regierungen haben sie davon „freigestellt“. Aber: Wohnung ist keine beliebige Handelsware. Und Stadt ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

Denkmalschutz - letzte Meldung – zum Scoping-Termin am 21. Dezember 2012. Dr. Gundula Lang vom Amt für Denkmalpflege im Rheinland schreibt: „Außerdem wurde durch das LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland die Siedlung am Zinkhüttenplatz als denkmalwert eingestuft. . . . Im Rahmen des Bebauungsplans ist daher nach Auffassung des LVR-Amts für Denkmalpflege im Rheinland die Unterschutzstellung des Denkmals zu verfolgen und abzuschließen.“[92]

In den Parteien beginnt bei immer mehr Mitgliedern der Unmut gegen den Kurs.

Man sagt, viele hätten ein schlechtes Gewissen.

Man sagt, Sevenheck habe sich mit Ulrich Grillo überworfen.

Man sagt, Ziegler von Immeo komme mit Sevenheck nicht klar.

Urban Priol: „Wer auf Grund läuft, der kann nicht mehr sinken.“

---

[91] „Das soziale Grundrecht auf Wohnen wurde zur Handelsware deklariert“. NRW-Bauminister zur Wohnungsbausituation in Nordrhein-Westfalen. Michael Groschek im Gespräch mit Sandra Schulz. http://www.dradio.de/dif/sendungen/interview/1934307/

[92] Schreiben des LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland vom 20. 12. 2011.

Warum kann man heute keine Großprojekte durchziehen ?

An einigen Orten wird die Frage gestellt. In Hamburg. In Stuttgart. In Berlin/Brandenburg. Wir zählen auch Duisburg dazu.

Das Vorhaben gehört in die Kategorie Großprojekte: für ThyssenKrupp einen drei Kilometer langen sogenannten Grüngürtel anlegen. Das heißt : ein besiedelte Gebiete abreißen – das ist ungefähr eine Aktion, wie eine Stadt im 16. Jahrhundert ein breites Schußfeld für Kanonen vor ihrer Stadtmauer anlegte. Damals gab es vor der Stadt nur wenige Häuser und das Terrain gehörte weitgehend der Stadt, aber im 19. und 20. Jahrhundert wurde überall gesiedelt, alles muß gekauft werden und kostet immenses Geld – und so wollen Thyssen und das Rathaus heute große Bereiche der Stadt abreißen. Warum muß ein solches Großprojekt daneben gehen ?

Dieses Großprojekt will keins sein, es verschweigt den Auftraggeber, der im Dunkeln bleiben will – jetzt aber kommt es durch die Tätigkeit von Bürgerinitiativen ans Licht. Seine Strategie heißt Schweigen, es gibt keinen gezeichneten Plan, aber es gibt diese „Idee" des leer geräumten Gürtels um das Stahlwerk. Ständig wird Grüngürtel gesagt, aber nie genau, immer bleibt das Verhängnis im Nebel – aber es sind Taten auf dem Weg: punktförmig, hier ein Stück, dort ein Stück. Das Großprojekt, der wohl umfangreichste Abriß in Deutschland, ist völlig intransparent.

Unbezahlbar. Aber: eine Zerstörung in diesem Umfang bleibt unbezahlbar. Auch wenn ThyssenKrupp 30 und mehr Millionen dafür ausgibt. Damit ist nur ein kleines Stück Zerstörung finanziert, das gesamte Vorhaben kostet Milliarden. Es ist absehbar, daß dieses gigantische Zerstörungswerk auf einem Viertel an Strecke liegen bleibt. Milliarden für den kompletten Abriß in 3 Kilometern Länge – soviel Geld gibt es nicht. Schon gar nicht im hich verschuldeten Duisburg – weder im Rathaus noch von ThyssenKrupp.

ThyssenKrupp ist jetzt durch ein anderes miserabel geplantes Großprojekt – in Brasilien und in den USA – in großen Schwierigkeiten. Man sagt, die Firma habe dort 12 Milliarden Euro versenkt.

In Duisburg werden die angezapften Geldquellen der EU und des Bundeslandes nicht mehr sprießen, denn der Unsinn des Vorhabens ist endlich zutage gekommen und wird weit durch Deutschland hindurch publiziert.

Den Subventionen werden Grenzen gesetzt: zunächst von der öffentlichen Armut, an der die Konzerne durch vielerlei Steuertricks beteiligt sind. Die Vorwände, unter denen das Projekt von verfilzten städtischen Strukturen geplant und durchgeführt wird, funktionieren im Dunkeln bis zu einem gewissen Punkt – aber dann läuft das Vorhaben vor die Wand. Auch durch das Licht, in das die Bürgerinitiativen es gesetzt haben.

Stadtzerstörung als Stadtentwicklung ? Wenn dies Stadtentwicklung hieß, zeigten die Tatsachen, daß es genau das Gegenteil ist – eine solche Diskrepanz können heute auch die Mächtigsten nicht lange durchhalten. Das Blendwerk wirkt nur eine Zeit lang – dann grätscht eine lange Aufklärung in diesen Anachronismus hinein.

Die Argumente erweisen sich als Schein-Argumente: Phänomene wie Leerstand und Abwanderung haben andere Gründe als die vorgebrachten und sind mit Mitteln der Zerstörung nicht zu bewältigen. Auch die Heuchelei mit der Armut, die man angeblich beseitigen will, funktioniert nicht: Armut kann man nicht mit Städtebau und Architektur bewältigen.

Mißmanagement. Der Urheber der Zerstörung, ThyssenKrupp, macht auch hier Mißmanagement – zusammen mit dem Rathaus.

Das angeblich prestigeträchtige Vorhaben, mit dem das Rathaus die Stadt verbessern wollte, schlägt schon seit einiger Zeit gegen die Stadt um: sie gilt als die Skandalstadt in der Metropole Ruhr.

„Duisburgruine". Andreas Roßmann zählt am 7. Januar 2013 in der FAZ eine Reihe aktueller Skandale in Duisburg auf: „Die neue Mercatorhalle , die 2007 im Citypalais, einer pseudomondänen Investorenarchitektur, eröffnet wurde und, damals überaus umstritten, den dafür abgerissenen Vorgängerbau, ein stadtbildprägendes Denkmal mit
hohem Indentifikationswert, ersetzen sollte, musste wegen Bauschäden und Versäumnissen beim Brandschutz geschlossen werden. Dass die Lüftungsanlage schon bei den ersten Konzerten die Besucher mit Küchengerüchen benebelte, war bloß eine atmosphärische Begleiterscheinung, die Stufen im Rang sind unterschiedlich hoch, an Treppen fehlten die Handläufe, und im Großen Saal, wo Stromkabel falsch oder gar nicht isoliert wurden, bestehen erhebliche bauliche und technische Mängel, bei deren Beseitigung sensible raumakustische Erfordernisse zu berücksichtigen sind . . ..“ - Wer das liest, müßte eigentlich wissen, was in dieser Stadt los ist. „Duisburgruine“ scheint mir ein überaus treffender Titel zu sein, sagt Katrin Susanne Gems[93].

Katalysator für andere Fragen. Für viele Menschen ist – wie im Theater - die Katastrophe auch ein Katalysator. Am Ende der Katastrophe stellen sich positive Fragen. Was macht wirklich Sinn für eine Stadt ? Was kann gelernt werden ? Was können Alternativen sein ?

Was kann dabei herauskommen ? Daß man die vorhandenen Tatsachen des Gebietes anders lesen und interpretieren muß. Daß Vorurteile nicht einfach akzeptiert werden, sondern daß man sie aufarbeiten muß. Und daß man Zuwanderung als Chance begreifen soll.

Weiterhin: Nicht Großkotzigkeit sondern eine kleinteilige Arbeit bringt den konkreten einzelnen Bürgern etwas.

Rathaus und Stadtplanung müssen in eine andere Rolle kommen: nicht mehr absolutistisch und mit Tricks und Manipulationen in pseudodemokratischer Maskerade auftreten, sondern weise Diskurs-Prozesse in Gang setzen und in Gang halten. Dies ist Stadtkultur.

Die Großprojekte in Duisburg gehen genau so wenig wie der Berliner Großflughafen. Wo man hinschaut: Kein Plan, kein Verstand.

Die in diesem Buch beschriebenen Verfahren sind allesamt unseriös. Wie kann man so viele Verfahrens-Fehler machen ? Offensichtlich nur, wenn man glaubt, man könne ohne einiges Krummes nicht zum Ziel kommen. Aber was sind das für Ziele ? Sie kosten viel und bringen nichts.

Mangel an Seriosität. Wenn ein Investor von Mal zu Mal etwas ansagt, vor allem leichtfertig Termine, und es dann nicht einhalten kann und verschieben muß, warum glaubt ihm dann noch das Rathaus ? Warum sagt es ihm nicht: Mit Ihnen kann man keine Stadtentwicklung betreiben - Ihnen kann man nicht trauen. Sie verwechseln ständig den seriösen Umgang mit der Realität - mit Ihrem Wünsch-dir-was, womit Sie Propaganda betreiben.

Daraus kann man nur den Schluß ziehen: beide, Investor und Rathaus, sind gleichermaßen unprofessionell. Kann man an solche Leute Schicksale knüpfen ? Nein und dreimal Nein.

Politiker tun so, als könnten sie alles. Aber wenn sie es nicht können, sollen sie es sein lassen, sonst ist ihr Handeln im Grunde Hochstapelei.

---

[93] Zu den genannten Skandalen kann man weitere hinzu fügen: Die millionenschwere Spekulation um das Landesarchiv. Verkauf einer Plastik von Giacometti aus dem Lehmbruck-Museum (SZ 21. 11. 2012). Der „Schuhkarton“ für das Museum Küppersmühle – mit seinen Schweißnähten, die nicht halten – eine „neue Form von Größenwahn“ (Josef Krings).

Umkehr
Umdenken und Perspektive könne Sie lesen, wenn Sie das Buch umdrehen

Umdenken und Perspektive:

Die visionäre Stadt-Regierung

Notwendig: Reflexion

Zur „Repräsentiven Demokratie“ gibt es ein groteskes Mißverständnis. Es sind nicht wenige, die glauben, daß der Stimmzettel bei den Wahlen eine Übertragung von Macht ist, die wie ein Blankoscheck funktionieren muß. Und auch die Leute, die nicht wählen, hätten damit zugestimmt, daß ein Pulk von Repräsentanten so handelt, wie es ihm gut dünkt.

Dies würde der Willkür der Repräsentanten Tür und Tor öffnen. Sie wissen allerdings, daß ihnen Gesetze und Institutionen Grenzen setzen.

Aber die Willkür neigt auch dazu, Gesetze zu brechen – nach dem Motto „Wo kein Kläger ist (weil Klage riskant und teuer sein kann), ist kein Richter.“ Oder listig Gesetzes-Lücken (die häufig sind), zu nutzen. Oder Gesetze zu drehen und zu wenden.

Wer sich so verhält, ist im Grunde ein Dezisionist. Dezisionismus ist eine Theorie des Rechts, nach der jemand die Macht, die er hat, nach dem Motto nutzt: Ich entscheide total nach meinem Willen. Der Theoretiker dieser These hieß Carl Schmitt. Sein wichtigster Schüler hieß Adolf Hitler. Er hatte seinen Unrechtsstaat auf dieser These aufgebaut.

Nun hat die Verfassung von 1949 daraus einiges gelernt und einer solchen These Schranken gesetzt. Aber in der Praxis kommt sie an den Dezisionismus nicht so einfach heran. Er ist nur in seiner harten Weise verschwunden ist, aber existiert in kleineren Formen weiter („ein *bißchen* Hitler“). Das zeigt das Beispiel Duisburg.

Dies ist, wie wir sahen, ein Modell, das teilweise Demokratie nicht entwickelte, sondern in der untersten Schublade spielt. Und sagen wir es offen: Es hält von Demokratie nur so viel, wie sie der eigenen Willkür dient. Das heißt: Der Dezisionismus läuft innerhalb der Verfassung weiter, soviel er darin Möglichkeiten findet.

Dezisionismus übersieht jedoch eine anthropologische Grundlage der Gesellschaft. Es gibt Gesellschaft. Es gibt nicht nur einen Machthaber, sondern auch Menschen. Nicht Gefolgschaft (wie die Nazis sagten), sondern Gesellschaft. Das heißt: Menschen, die Ernst genommen werden wollen.

Dies ist nicht nur ein Prinzip der Toleranz, sondern es ist vor allem sehr produktiv. Duisburg ist wiederum ein Beispiel dafür, daß in einer zerstörenden Willkür-Herrschaft einer Gruppe Widerstand, Abkehr, Feindschaft, ein schlechter Ruf entstehen. Dies nutzt niemandem. Es bringt das Gemeinwesen nicht nach vorn. Beute-Stücke für Personen gibt es immer, aber die Ausplünderung des Gemeinwesens, richtet umfangreichen Schaden an und ist Rückwärtsgang statt Vorwärtsbewegung.

Wem als Repräsentanten Macht zugespielt ist, tut gut, so aufgeklärt zu sein, daß er damit in einen Dialog mit der Gesellschaft, mit vielen Menschen eintritt, um mit ihnen zusammen am Allgemeinwohl weiter zu arbeiten. Dies ist weit mehr als eine Formalie, sondern es ist ein informeller Prozeß. In der politischen Praxis und Theorie wird dies nicht gut genug gesehen und gehandhabt. Daran muß gearbeitet werden.

Diskurse und Prozesse müssen stets Inhalte haben. Jeder Inhalt stellt den Beteiligten Fragen nach Sinn und Unsinn. Man kann daran ablesen, daß es Sinn macht und dem Allgemeinwohl nützt, wenn man Menschen respektiert (auch wenn sie keine Macht haben), wenn man intelligent ist d. h. die komplexe Substanz eines Problems erkennt, und wenn man versucht, Probleme nicht an die Wand zu stellen und zu erschießen, sondern im Diskurs nach produktiven Lösungen sucht.

Wir machen im Folgenden dazu Vorschläge, die aus den umfangreichen Erfahrungen und Diskussionen vieler Menschen stammen.

Notwendig: Wechsel des Blickes

Ideologie der Mittelstands-Gesellschaft. Die Annahme einer homogenen Gesellschaft ist für Politik und Planung sehr gefährlich ist: Sie versucht, die Welt nach einer Leit-Vorstellung gehobener Mittelschichten zu kämmen. Wir müssen verstehen, daß wir keine wirklich homogene Gesellschaft sind.

Aufstieg war der Traum von Generationen. Das war nicht falsch – aber wenn Aufstieg sich zur Mittelstandsideologie in einer Konsum-Gesellschaft verengt, wird es eine gefährliche Ideologie. Sie produziert Verständnislosigkeit und asoziales Verhalten von oben, wie wir es in Duisburg exemplarisch vor Augen sehen.

Herunter-Schauen. Da es seit Jahrhunderten in der Gesellschaft die Neigung gibt, seine eigene Lage mit der Lage anderer Menschen zu vergleichen, haben sich Verhaltensweisen eingebürgert, die zu ziemlich vielen Konflikten führen: Auf andere herunter zu schauen.

Die Einschätzungen der eigenen Lage und der Lage anderer beruht zum Teil auf Illusionen. Wohlhabende besitzen meist nie so viel wie es aussieht. Sie können viel ärmer sein, als sie tatsächlich an Lebens-Möglichkeiten haben. Herunter-Schauen hebt das Selbstwert-Gefühl. Aber es ist eine Illusion. Solche Verhaltensweisen sind ziemlich unschädlich, wenn sie im Alltag nur beiläufig mitlaufen. Aber sie können große gesellschaftliche Schäden erzeugen, wenn sie sich radikalisieren – wie in Duisburg.

Absurde Ungleichheiten. In Deutschland gab es bis 1918 eine Standes-Gesellschaft. Menschen wurden durch Geburt unterschieden – in Adlige, Bürger, Bauern, Arbeiter. Darin brodelte die Vorurteils-Küche.

Schon lange vor 1918 wurde das Dtandes-Denken in Frage gestellt, vor allem von Denkern und Literaten, und in vielen Bereichen langsam aufgelöst – in leisen und in dramatischen Prozessen. Die treibende Idee war die Vision eines anderen Gesellschafts-Modells: der Gleichheit der Menschen.

Hochmut in der bürgerlichen Gesellschaft. Was aber nur teilweise aufgelöst wurde, war das tatsächliche Gefälle zwischen reich und arm – und das Herunterschauen auf die Ärmeren. Dieser Hochmut, den wir schon in Dantes mittelalterlicher Welt als eine schwere Sünde

kennenlernen, wirkt auch in dieser Gesellschaft – zum Beispiel in den Vorurteilen über den Norden der Stadt Duisburg und in den Bebauungsplänen für Bruckhausen und Marxloh. In einer zweiten Version wirkt er im Max-Taut-Viertel: mit deren tausend Menschen kann man machen, was man will – und wirtschaftliche Illusionen höher stellen.

Wohnort-Segregation. In US-Städten, aber manchmal auch im Duisburger Norden, ziehen Menschen aus Stadt-Vierteln weg, wenn sie ihnen nicht mehr genügend vornehm erscheinen. Oder wenn Quartiere arm geredet werden. Dadurch entsteht eine starke Trennung der Gesellschaft. Der Widerspruch: Obwohl die Vereinigten Staaten das erste Land waren, das die Gleichheit der Menschen ohne Ansehen von Geburt, Hautfarbe und Reichtum propagierte, gab und gibt es dort bis heute heftige Konflikte, die der Gleichheits-Idee der Demokratie hart entgegen laufen: Weiße gegen Schwarze, Schwarze gegen Puertorikaner und einiges mehr. Sie führen vielerorts zur Abschottung der Gruppen. Die Folgen reichen weit: viele Menschen treten tagtäglich die Menschenwürde und die Menschenrechte mit Füßen.

Extreme Ausgrenzung. Zum Grausamsten an Trennung der Gesellschaft gehörten die Jahre der NS-Herrschaft. Das Regime und was ihm anhing hatte Juden und dann auch ganze riesigeVölker zu Untermenschen gestempelt und daraus dann die Vernichtung dieser Menschen abgeleitet.

Umkehrung. Sozialistische Gesellschaften hatten, obwohl sie im Grundsatz für die Gleichheit der Menschen eintraten, die Rangfolge, die sie bekämpften, umgekehrt: mit der Diktatur des Proletariats. Allerdings wurde dieser Satz nur partiell Realität, denn die Führungen kamen nur teilweise aus dem idealisierten Proletariat. Lenin stammte aus einer Adels-Familie. Inzwischen wurde auch in diesen Bereichen, sofern es sie noch oder wieder gibt, gelernt: In jeder Version des Sozialismus muß es um Gleichheit gehen.

Grundgesetz. *Wir haben uns nach 1945 ein gutes Grundgesetz gegeben. Es schreibt als Leitmotiv eine demokratisch ausbalancierte Gesellschaftspolitik vor. Dazu gehört, daß die Gleichheit der Lebens-Bedingungen hergestellt werden soll. Dies führte zu vielen konkreten positiven Veränderungen. In der Gesellschaft gab es daran in den letzten Jahrzehnten viel produktive Arbeit.*

Verdrehte Sanierung. Aber es gab auch große Irrtümer. Weil die Regenten und viele, die ihnen folgten, Städte und Stadtviertel für „zurückgeblieben“ bewerteten, „sanierten“ sie sie. Sie sanierten nicht wirklich. *Das Wort Sanierung war in Wirklichkeit eine grobe Täuschung. Denn tatsächlich löschten sie ganze Stadtviertel aus, wenn mächtige Interessen wie Grundstückspekulanten und Baulöwen sowie Großmärkte sich der Grundstücke bemächtigen wollten.* Reihenweise waren die Rathäuser zu Diensten. Es wurde gelogen, was das Zeug hielt. Immer mußte als heuchlerischer Vorwand das Vorurteil und das geheuchelte Ziel herhalten: Das Viertel ist zurück geblieben, wir bringen es nach oben.

Dagegen bildete sich immenser Widerstand. Er führte dazu, daß Sanierung wieder Sinn erhielt. Der erste, der dies realisierte, war der Berliner Professor Hardt-Walter Hämer: Er riß nicht mehr ab, sondern führte Kreuzberg in einen *Prozeß einer behutsamen Entwicklung*.

Wer sich die reale Grausamkeit dieser brutalen Zerstörungen wirklich vor Augen führt und sich vom herrschenden Sprachgebrauch nicht täuschen läßt, erkennt, dass dabei ein Krieg gegen ganze Bürger-Gruppen statt fand. Diese Abriß-Mentalität war kriegerisch: Es handelte sich um eine Problemlösung, die das herbei geredete Problem ohne Willen und Fähigkeit zu wirklicher Lösung an die Wand stellte und erschoß.

Daran hatten Planer, die sich wissenschaftlich nannten, ohne es zu sein, und Sozialwissenschaftler, die beide sich ideologisierten und die Hand aufhielten, großen Anteil.

Heuchelei. In den Urteilen mancher Wohlhabender spielt Heuchelei eine große Rolle. Sätze, daß man den Ärmeren helfen müßte, klingen oft gut, sind jedoch häufig nicht wahrhaftig. Die Vorschläge des Abrisses von umfangreichen Bereichen, die neuerdings wieder hoch kommen, tun naiv, sind aber unrealistisch – und in den mentalen und tatsächlichen Folgen verheerend.

Die Armuts-Forscher müssen dem Brutalismus der Kapitalverwertung in der Stadtplanung ebenso entgegentreten wie dem Kapitalismus, der der wesentliche Grund für die Armut ist.

Verstehen lernen. Statt den illusionären Unsinn des „Wünsch dir was" vergangener Jahrzehnte für Stadt-Bereiche weiter zu führen, brauchen wir einen Blickwechsel.

Wir müssen lernen zu verstehen, was die Lebens-Lagen von Menschen sind, die den Kriterien von Wohlhabenden nicht entsprechen.

In den Vorstädten der Metropole Ruhr gibt es ebenso wie in allen deutschen Vorstädten keineswegs das Elend, die Verwahrlosung oder Verkommenheit, mit dem viele Wohlhabende die Vorstädte schlecht reden. Sie kennen sie nicht, höchstens aus dem Auto beim Durchfahren.

Verfehlte Wissenschaft. Leider tragen die Wissenschaften zum Kennenlernen so gut wie nichts bei. Sie führen miserabel recherchierte und unsinnige Statistiken auf, statt Fall-Analysen zu machen. Damit liefern sie den Entscheidungsträgern Schein-Kriterien, die aberwitzig neben der Sache liegen - tief geprägt von verständnislosem Unsinn und Heuchelei.

Wir brauchen eine Wende: *mit Kenntnissen, Kenntnissen und noch mal Kenntnissen.*

Bruckhausen ist nur die Spitze des Eisbergs.

Die Stadt der zwei Welten – und eine Charta der Stadt

Außergewöhnliche Verhältnisse verlangen außergewöhnliche Denkweisen und eine außergewöhnliche Sprache.

Es gibt eine Stadt, die sich nicht annehmen kann, wie sie ist.

Sie ist verloren.

Es gibt viele Städte dieser Art.

Duisburg geht es ganz besonders schlimm.

Wer ist denn stolz auf diese Stadt ?

Wer lebt gern darin ?

In den Abwanderungen zeigt sich auch, daß viele Menschen glauben, hier keinen fruchtbaren Boden zu haben.

Viele schämen sich dieser Stadt.

Wegen ihrer Skandale.

Es gibt nicht nur den Skandal der Love Parade. Als Ausdruck mangelnder Umsicht. Und dann mit dem mitleidlosen Auftritt des Oberbürgermeisters, der an einem schrecklichen Tag und bis heute nur sich selber sieht und nicht, was da geschehen ist.

Er kann nicht die anderen sehen, seine Mitmenschen, seine Stadt. Nur sich selbst.

Karrierezerfressen suchten er und viele in seiner Umgebung Schutzschilde: Ausreden, Verdrängen, Vergessen.

Sichtbar ist, daß sie nichts draus gelernt haben, sondern nach wie vor denken: Weiter so wie immer schon !

Die Love Parade mag auch ihre Schicksale durchkreuzt haben – aber dann mußte sie vieles anders machen als vorher.

Sie mußten überlegen, dass sie für Stadt-Quartiere wie den drei Kilometer langen „Zerstörungsgürtel" um das Stahlwerk mit Bruckhausen und Marxloh sowie für das Max-Taut-Viertel am Zinkhüttenplatz nicht Schicksal spielen dürfen.

Nach der Love Parade mußte Nachdenken dazu führen, dort nicht Menschen aufs Spiel zu setzen – durch Vertreibung, Inkaufnahme von frühem Tod, Zersprengen von Gemeinschaften, Zerstören von Identitäten.

Der politische Stil hat sich abgekoppelt von den Menschen. Er folgt ganz anderen Zielen, als der Menschlichkeit, als dem Sinn für Stadt, als dem Sinn für Öffentlichkeit, für Demokratie.

An den Skandalen läßt sich erkennen, daß Repräsentanz zu einer teils diktatorischen, teils aristokratischen Perversion des ursprünglich intendierten demokratischen Denkens geworden ist. Politik und Verwaltung sind zu Kasten mutiert. Bürger sind für sie unangenehme Störer, statt die Träger eines demokratischen urbanen Gemeinwesens zu sein.

Wir brauchen wieder einen ganz anderen Umgang mit uns selbst.

Dann wird ein anderer Umgang mit den Menschen daraus werden.

Und dann entsteht auch ein anderer politischer Stil.

Es gibt in dieser Stadt auch viele Menschen, die sich untereinander helfen.

Sie wollen dafür kein Geld.

Sie tun es wegen der Menschenwürde – weil der andere ein Mensch ist und weil sie mit dieser Erkenntnis und mit diesem Tun selbst zum Menschen werden.

Sie versuchen, in dieser Stadt wieder die Menschenwürde einzuführen.

Sie tun dies mit heißen Gefühlen und wachem Verstand.

Sie hören von Schiller und Beethoven „Alle Menschen werden Brüder."

Sie empfinden, daß dann wieder diese Freude kommt, die die Energie ist, eine Stadt anzutreiben.

Dies verändert das menschliche und daraus folgend auch das politische Handeln.

Es beendet die Kälte des Zerstörens, die Kälte der zynischen Geschäfte, die Auslieferung der Stadt an Leute, die sie verwüsten.

Die Freude schweißt Menschen zusammen – zum Beispiel im Max-Taut-Quartier am Zinkhüttenplatz.

Sie erkennen, was sie haben und was sie sind.

Sie gewinnen die Stärke, sich zu verteidigen - wie in einem Streik.

Sie gewinnen Menschen im ganzen Land - zur Solidarität.

Sie wünschen sich andere als die gerade Mächtigen.

Sie wünschen sich Menschen, die Mensch bleiben, wenn sie zu einer öffentlichen Tätigkeit geschickt werden.

Sie schreiben sich eine Charta der Stadt. So etwa könnte ihr Geist aussehen:

Die Charta der Stadt

Der erste Satz handelt von der Menschenliebe.

Daraus geht der zweite hervor. Er handelt von den Menschenrechten.

Der dritte gilt dem Schutz der Schwachen.

Der vierte Satz handelt von der Bändigung der Unverschämten, die die Stadt und ihre Bevölkerung zur Beute nehmen, sie ausplündern und dann abziehen – wie so oft geschehen.

Die Charta braucht nicht viele Sätze, wenn diese Sätze so ernst genommen werden, daß sie zum Leben des Menschen werden.

Fünfter Satz: Die Charta bittet alle Menschen, zu erkennen, was an Werten ihre Stadt besitzt. Denn erst mit dieser Erkenntnis kann man seine Stadt zu lieben lernen.

Sechster Satz: Wer als Mensch gewählt wurde, verspricht, Mensch zu bleiben – in allen seinen Beschlüssen und Handlungen.

Siebter Satz: Gewählte und Amtsträger hören auf, schnelle Beschlüsse zu fällen, ohne gedacht zu haben, ohne sich beraten zu lassen. Sie hören auf, alle anderen auszuschließen - außer die Lobbyisten.

Nein, im Gegenteil: Sie nehmen sich Zeit, darüber nachzudenken, was sie tun wollen. Sie öffnen sich dem Rat von vielen Menschen. Sie diskutieren darüber. Dieses gemeinsame Nachdenken ist ein Prozeß – er wird als Prozeß der wichtigste Wert des Öffentlichen und damit zum Besten der Stadt geraten.

Damit blüht die Stadt wieder auf.

Die Hinterzimmer, in denen mafiaartig unter Ausschluß der vielen gekungelt und wie unter Gangstern verschworen wird, verlieren ihre Bedeutung.

Achter Satz: Aus der Menschlichkeit entsteht erneut die Politeia d. h. die Stadt mit ihrer Vielfalt und Gemeinschaft der Menschen.

Darin herrschen Toleranz – nicht nur passiv-duldend, sondern das aktive Wohlwollen und auch die Förderung aller Gruppen: aller sozialen Lagen – aller Bildungslagen – aller Herkünfte – aller Glaubens-Überzeugungen.

Neunter Satz: Dann muß sich die Stadt nicht mehr um ihr Ansehen sorgen. Es wird sich herumsprechen – egal ob die Presse miserabel oder gut ist - , daß dies eine Stadt ist, in der Bewohner versuchen, als Mensch zivilisiert, weise und auch so etwas wie ein Philosoph zu sein.

Zehnter Satz: Die Menschen werden in und an ihrem Kiez arbeiten. Sie haben aller Zerstörung entsagt. Sie erkennen ihre Fähigkeiten. Jeder wird mit seinen unterschiedlichen Möglichkeiten etwas dazu beitragen. Es wird niemanden mehr geben, den man dadurch diskreditiert, dass man ihm nachsagt, er habe keinen Nutzen, er tauge nichts. Denn jeder hat in seiner Unterschiedlichkeit viele Potenziale, immer steckt etwas in ihm, was in einer solchen Gemeinschaft ein produktiver Beitrag ist.

Elfter Satz: Man wird sagen: Diese Stadt ist nicht wirklich arm, sondern sehr reich. Denn sie entwickelt alles, was für das Leben, für das eigene und das andere und das öffentliche Leben Sinn macht. Ihr Reichtum heißt Sinn. Ihre Fähigkeit heißt Sinn-Findung.

Dies ist eine dauerhafte Haltung.

Es ist diesen Menschen wie Schuppen von den Augen gefallen, wie reich die Welt an Sinn ist, wenn man den Sinn sucht. Und wenn man all das, was uns heute als goldenes Kalb erscheint und als Jahrmarkt der Eitelkeiten vorgestellt wird, erkennt als das, was es ist: im Grunde Nichtigkeiten.

Zwölfter Satz: Man wird diese Stadt feiern, weil sie es verstand, aus dem tiefsten Tal, in dem die Armen ihre Tränen verstecken mußten und die Reichen in ihrer Hartherzigkeit erstickten und damit die Stadt in den Abgrund ruiniert hatten, wieder heraus zu kommen. Man wird die Stadt feiern, weil sie aufstand und sich neu gründete.

Zwölfter Satz: Die Menschen werden es als Ehre ansehen, wenn sie beschimpft werden: als Romantiker, als Traumtänzer, als weltfremd, als Weltverbesserer. Sie wissen, daß die Romantik eine kurze Epoche mit vielen produktiven Impulsen war. Daß man den Traum braucht, um sich aus der Banalität zu lösen. Daß man den Jahrmarkt der Eitelkeiten mit seinen Fallen und Verbrechen verlassen muß, um die Welt zu gewinnen. Daß man die Welt immer und überall ein Stück verbessern soll statt sie zu zerstören.

Es wird eine Stadt der Visionen werden können - der kleinen und der großen.

Die Geschichte kann die Menschen stärken. Alles, was nach vorn entwickelt wurde, entstand gestern, vorgestern, vor kurze und langen Zeiten aus Visionen. Und nicht aus der Habgier von einzelnen. Nicht aus zerstörendem Schräddern, um daraus und folgend ein menschenverachtendes Geschäft noch einmal zu vergrößern.

Die Charta appelliert an den Mut zu Visionen, die aus der Menschenliebe entstehen.

Dreizehnter Satz: Die Charta hängt als Plakat in Straßen und auf Plätzen.

Jeder kann die Charta lesen. Lehrer besprechen sie mit Schülern. Gemeinden aller Konfessionen und Religionen diskutieren sie.

Die Parteien gehen in sich und reformieren sich.

Die Charta hat viele Schutzpatrone: Franz von Assisi, Savonarola, Martin Luther, Gerhard Mercator, Spinoza, Ignaz Semmelweis, Dietrich Bonhoeffer, Johannes XXIII., viele weise Männer des Islam und des Judentums. Jeder kann Personen hinzu tun, denen er sich verbunden fühlt. Seine Schwester und seinen Bruder und wen auch immer.

Vierzehnter Satz: Duisburg muß keine Skandalstadt bleiben.

Andere Städte können daraus lernen, wie man sich aus dem Elend befreien kann – und wohin.

Dies gelingt aber nicht mit Marketing, nicht mit Geschäften, nicht mit „Geiz ist geil", der blind das Billigste befördert, nicht mit Propaganda. Sondern es kann sich realisieren, wenn Bevölkerung und Träger von Mandaten und Ämtern angesichts der schrecklichen Skandale in dieser abgewirtschafteten Stadt umkehren: eine neue Haltung und ein anderes Verhalten entwickeln, umsetzen und hilfreich werden.

Menschenliebe und Menschenrechte sind die größte Ressource der Stadt.

Ruhr ist ein Laboratorium

Die Metropole Ruhr ist ein Laboratorium – ein umfangreiches Experimentier-Feld für viele Probleme der Industrie-Epoche. Darin geht es über herkömmlich Gesehenes hinaus und weiter zu den Problemen, die sich aus dem ständigen Wandel ergeben, der der Industrie-Epoche seit jeher immanent ist. Das heißt: Struktur-Wandel gibt es nicht nur in Ruhr, sondern überall und zu allen Zeiten.

Dazu stellen sich Fragen: Für wen ? Wie ? Wie kann man negative Folgen nutzen, um etwas Positives daraus zu machen. Etwa aus Abfällen ? Aus aufgegebenen Gebäuden ? Aus Brachen ? Abreißen ist phantasielos, kopflos, ein Verbrechen.

Nachdenken führt erstens zur Suche danach, was historische Tätigkeiten als Ressourcen für die Gegenwart darstellen – man braucht dazu eine andere Theorie zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Daraus geht eine Suche nach Ressourcen hervor.

Dann kann im nächsten Schritt die Frage folgen: Was machen wir daraus? Dann ist das Neue, was es eigentlich immer war: eine Montage von Ressourcen, nun eingepasst in etwas andere Verhältnisse und damit nur ein neuer Fall.

Wir können daraus entnehmen, dass dieses Labor Fragen stellt, die die halbe Welt interessieren müssten oder könnten, weil sie durchlaufende Probleme angehen.

Ruhr – als ein Laboratorium für die Welt. Was war da ? Welche Potenziale hatte es ? Was geschah damit ? Was kann man daraus im Wandel machen ?

Wir üben darin auch Verhaltens-Weisen: Wie kann man einem Zerstörungstrieb widerstehen, der atavistisch ist, sich aber mit einigem Täuschungs-Potenzial als modern ausgibt ? Wie kann man Vorhandes aufnehmen und sorgsam weiterentwickeln ?

Wieder ausgemeinden: Hamborn als eigene Stadt.

Der Norden dieser großen Stadt, der zur Hälfte gegen seinen Willen eingemeindet wurde, braucht eine Bewegung, die historisch an „Los von Rom" im 16. Jahrhundert denken läßt: „Los von Duisburg" bedeutet: Ausgemeindung – zu einer eigene Stadt Hamborn. Mit einem eigenem Parlament und mit einer eigenen Verwaltung.

Wenn es nach einem Jahrhundert nicht gelungen ist, daß die Mitte und der Süden von ihren Vorurteilen ablassen und den Anstand gelernt haben, mit dem Norden gut umzugehen, dann liegt es – auch aufgrund der historischen Entwicklung – nah, wieder auf eigene Füßen zu kommen und eine eigene Stadt zu bilden.

Die Größenordnung stimmt. Es gibt in Ruhr mehrere Städte dieser Art.

Es gibt keinen wirklichen Grund, Hamborn weiterhin in einem miserablen Status zu halten.

In einem selbständigen Hamborn kann man sich noch viel besser klar machen, welche Qualitäten der Norden hat. Und dies auch im Zusammenhang mit seiner Industrie-Geschichte.

Hamborn ist an Einwohnerzahl so groß wie Oberhausen. Und erheblich größer als die Mitte von Duisburg.

Perspektiven für die Stadt: Aufruf zum Umdenken in der Kommunalpolitik

Das Städtewesen gehört zum Besten, was Mitteleuropa besitzt.

Dazu kann man viel nachlesen, zum Beispiel bei Max Weber.

Stadt ist eine Klammer für Gemeinschaftlichkeit - in vielen Ebenen.

Infrastrukturen. Dies verstärkte sich in der Industrie-Epoche: Stadt stellt Infrastrukturen her. Diese können nur gemeinschaftlich getragen und finanziert werden. Und sie eröffnen einen höheren Nutzen - mit mehr Möglichkeiten für alle.

Dies ist Konsequenz und Frucht eines faktischen Demokratisierungs-Prozesses. Als Teilhabe für alle.

Dafür haben sich Generationen eingesetzt, es erarbeitet und durchgesetzt.

Politik ist mehr als Geld verteilen. Seit den 1990er Jahren hatten sich Politik und Verwaltung angewöhnt, sich immer mehr auf das Verteilen von Geld zu orientieren. Auch als die Städte systematisch verarmt wurden – übrigen fast ohne Gegenwehr aus Politik und Verwaltung – , beschränkte sich politisches Handeln aufs Geld-Verteilen. Weil es heute fast nichts mehr zu verteilen gibt, reduziert sich Politik und Verwaltung weitgehend auf Untätigkeit. Jeder Einfallslose kann sich mit der vornehm klingenden Ausrede hinstellen: Es gibt kein Geld !

Die Arbeitsgruppe. Zu diesem Problem trafen sich im „Blauen Turm der vielen Bücher" in der historischen Siedlung Eisenheim einige Personen mit großer Erfahrung. Sie dachten darüber nach, wie wir in den Städten eine Vorstellung von Politik gewinnen können, die über das Geld-Verteilen hinaus geht. Sie formulierten eine Herausforderung und eine Vision.

Organisator des Kreises war Franz Tews, Werkbund-Mitglied, tätig bei den Grünen. Alt-Oberbürgermeister Josef Krings brachte seine immense Erfahrung ein. Der evangelische Superintendent Armin Schneider hatte das Wissen eines komplexen Gemeindewesens, also der Basis. Hinzu kam Michael Rubinstein, Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde Duisburg-Oberhausen-Mülheim. Dann der Träger des alternativen Aachener Friedenspreises Pfarrer Austen Peter Brandt aus Walsum. Und aus Marxloh der Umwelt-Mediziner Michael Lefknecht.

Die Arbeitsgruppe stellte einen Katalog zusammen – von rund 17 Seiten. Sie veröffentlichte ihn als ein „Manifest für ein Regieren ohne Geld"[94].

---

[94] Arbeitsgruppe, zum Teil aus Werkbund-Mitgliedern, Kein Geld ? Trotzdem handeln – mit Visionen. Deutscher Werkbund. Oberhausen 2011.

Dies geschieht in ähnlicher Form, wie der berühmte Franzose Stephane Hessel sein Manifest „Empört Euch“ publizierte. Auch dieses Manifest ist ein Aufruf zur Empörung:

- über die zunehmende Abwesenheit von produktiver Gestaltung bei den Mandatsträgern in Politik und Verwaltung.
- Empören sollen sich Bürger: von diesen Leuten eine Veränderung ihrer Köpfe fordern – und damit wieder Handlungsfähigkeit.
- Schlechte Rahmenbedingungen, wie wir sie alle kennen, sind keine Begründung für Handlungs-Verweigerung, für Ignoranz und für Phantasielosigkeit.

Man kann nichts verändern, wenn man nicht merkt, daß man in der Falle sitzt. Duisburg muß entdecken, dass es sich selbst bislang in einer Banalität vergraben, versteckt, demotiviert hat. Diese Banalität steckt nicht in Duisburg, sondern in den Köpfen. Die Stadt wird in einer erbärmlichen Städte- und Medien-Konkurrenz wahrgenommen und nicht als eine Menschen-Gemeinschaft.

Die Botschaft muß lauten: Wir machen die Städte menschlich. Mit einer Fülle von kleinen Maßnahmen, die meist kein Geld oder nur sehr wenig kosten. Wir realisieren Demokratie, indem wir Bürger ernst nehmen und mit ihnen zusammen arbeiten.

Wir alle sind die Stadt – und eine neue Politik und Verwaltung verändert unsere Rollen: wir regen die Menschen an, die Stadt in die eigene Hand zu nehmen.

Wir wollen in einem Terrain leben, in dem Bürger an sich und an der Stadt arbeiten.

Wenn Duisburg sich in den Köpfen erschließt – könnte es in seinen Dimensionen ein Vorbild werden. Für die Region, die ein Laboratorium ist, für andere Städte, für Deutschland und vielleicht für die Welt.

Denn: die Vielschichtigkeit zu entdecken und sie dann zu leben lernen, und dies nicht mehr naiv, sondern weise geworden, das kann eine produktive Zukunft der Welt sein. Die Tatsachen legen es nah.

Wiederaufbau-Plan in Bruckhausen

Immer noch genug, um darauf zu entwickeln. Markus Hagedorn: „Nach fünf Jahren Sanierung ist hier ein Kriegsgebiet.“ Er lebt seit langer Zeit mitten drin, er leidet unter diesem Krieg, er bedroht seine Existenz, er ist erzürnt – er bittet darum, diesen Krieg zu beenden.

Hier tobt sich der Abrisswahn der 1960er Jahre erneut aus. Ebenso wie damals wird er mit dem Schein der Legalität umgeben. Damals wie heute stimmten Parlamente mit chinesischen Abstimmungs-Ziffern diesem Irrsinn zu. Wir glauben schon lange nicht mehr an die Spruchwelt, die für den Wahn aufgebaut wird.

Trotzdem: Markus Hagedorn stellt fest, daß „das [von ThyssenKrupp] vernachlässigte Gebiet wesentlich schöner und in einem besseren Zustand ist, als es die ThySi-iMs glauben machen wollen.“ ThySi-iMs ist ein Bruckhauser Wortspiel für Thyssen-Vasallen.

Studium vor Ort. Die intelligentesten Köpfe von Ruhr haben den Prozeß vor Ort studiert und sind zum einhelligen Schluß gekommen, daß hier etwas anachronistisches Absurdes geschieht und daß noch genügend Substanz geblieben ist.

Diese intelligenten Gespräche fanden vor Ort in Rundgängen statt - und im „Schwarzen Diamanten“, einem historischen Lokal.

Es steht auf der Denkmalliste, aber trotzdem soll es abgeräumt werden . Übrigens geschieht dies wie vieles weiteres ohne Verfahren. Es müßtr wenigstens formal aus der Denkmäler-Liste gelöscht werden. Um so etwas geht es schon lange nicht mehr – nach dem Motto „Wo kein Kläger ist, ist kein Richter.“

Die EU hat die Zuwendungen für eine „Sanierung“ gemacht. Dies hieß: Verbesserungen - nicht Zerstörung. Die Stadt und das Land haben das Förderziel umgedreht, weil die EU – blind wie sie oft ist - nicht hinschaut und nur Zahlen aber keine Inhalte kontrolliert. Die Ausgaben sind so, wie sie bislang angelegt wurden, außerhalb der Legalität.

Überlegen wir eine legale Sanierung. Noch kann man den Abriß stoppen.

Für die Sanierung war Geld angesetzt – es wurde zweckentfremdet zur Zerstörung – aber es gibt vielleicht noch etwas Geld, das nun wieder produktiv eingesetzt werden kann.

Was läßt sich mit dem angesetzten Geld machen ?

Wiederaufbauplan. Der Phantasielosigkeit und dem Mangel an Perspektive der Stadt stellen wir eine Wiederaufbauplanung entgegen. Markus Hagedorn denkt auch an Leipzig mit der Idee der Wächter-Häuser.

Er hat schon 2010 errechnet, daß man für jedes von den 200 Häuser des Gebietes rund 100 000 Euro ausgeben könnte. Für das Dach 30 000. Für Bäder 30 000. Für Fenster 10 000. Für Wärmedämmung 20 000. Für jedes Haus rund 100 000 Euro. Insgesamt könnte mit 20 Millionen Euro das Stadt-Quartier gerettet und ordentlich wieder hergestellt werden.

Die Stadt hat bereits für 9 Millionen Euro Häuser gekauft. Diese kann sie in die Sanierung einbringen. Auch durch Sanierungs-Mittel kann sich die Miete verbilligen. Viele Häuser, so Markus Hagedorn, sind in gutem Zustand, dann müssen weniger Mittel eingesetzt werden – man kann sie anderswo im Viertel verwenden.

Mit dem Geld, was übrig bleibt, ergeben sich mehrere Chancen: Für Solaranlagen, eine Abwasser-Biogas-Anlage, Dach- und Fassaden-Begrünungen.

Man könnte durch Vergünstigungen Starter und Kleinfirmen anziehen sowie Kulturelles fördern.

Dies kann den Stadtbereich attraktiv machen.

Die Stadt könnte auf die Idee kommen, eine Liste leerstehender Häuser zu publizieren und sie zur Miete oder zum Kauf auszuschreiben.

Fazit: Was heute hier tatsächlich abläuft, ist an Grobschlächtigkeit kaum überbietbar, aber wenn man morgen Phantasie, Menschlichkeit und Bildung einzieht, kann mit den vorhandenen Finanzen und Möglichkeiten sogar Außergewöhnliches entstehen.

Es lohnt sich: Bruckhausen besitzt eine große Zahl von Häusern der Gründerzeit d. h. um 1900. Diese Gestaltung der Straßen wird in Belgien die „belle epoche“ genannt“. Nie waren ganze Straßenzüge besser gestaltet. Und Bruckhausen ist ein städtebaulicher Biotop der Industrie-Kultur: der einzige, der eine Stadtentwicklung vor einem großen Werk zeigt. Mit einer Vielfalt von städtischen Szenerien.

Dies kann man gut mit Tafeln erklären und mit historischen Fotos illustrieren.

Markus Hagedorn schlägt vor, die Straßenbahn – nach einstigem Modell – zu erweitern: durch den Matena-Tunnel zum Alsumer Berg an den Rhein. Das Projekt ließe sich aus den Mitteln einer produktiven Verbesserung („Sanierung“) finanzieren.

Zudem kann Bruckhausen zu einem Modell-Projekt der Integration werden. Denn hier läuft die Integration von Zuwanderern seit langer Zeit ausgezeichnet.

Die Karawanserei Duisburg Nord

Duisburg Nord ist ein besonders ausgeprägter Zuwanderungs-Raum. Damit darf man nicht passiv umgehen, sich nicht von gängigen Vorurteilen lähmen lassen, sondern man muß ein offensives Konzept entwickeln. Wir können, ja wir müssen Zuwanderer als ein produktives Potenzial erkennen und mit ihnen Chancen nutzen.

Die „Karawanserei“ soll ein Platz für Handel und Handwerk werden. Städtebaulich ergänzt sie als eine Hof-Anlage ein Straßen-Geviert, das zerstört war und nun wieder

geschlossen wird – also die städtebauliche Figur repariert. Ein Hof ist eine funktionell interessante und zugleich schöne Baugestalt mit drei Geschossen. Den freien Raum umgeben herkömmlich Arkaden und im ersten Geschoß ein Umgang.

Die Idee und der Entwurf stammt vom „werkbund jung“ – von Studenten der Bauhaus-Universität Weimar. Dies ist eine der Gruppen, die den Zerstörungsprozeß studierte, mehrmals nach Bruckhausen kam, dort ein Seminar machte, mit Empathie und Wut das Geschehen verfolgte und dann der Regenerations-Fähigkeit des leidgeprüften Stadtbereichs vertraute.

Von Einheimischen und Zuwanderern gut aufgenommen, studierte die Gruppe Traditionen und Fähigkeiten von orientalischen Zuwanderern und entwickelte daraus ein Konzept. Was sich in Herkunfts-Ländern in Jahrtausenden bewährt hatte, könnte auch hier ein interessanter Beitrag sein: Identifikation vertiefen, Wertschätzung verbessern, Anerkennung fördern, zum offenen Austausch anregen.

Die Karawanserei assoziiert sowohl die historischen Höfe, die es in Bruckhausen gab, wie auch die orientalischen Höfe. In beiden gab es Handwerks-Werkstätten und Handel. Daher kann die Karawanserei erneut ein Platz für Produktion und Markt werden. Die Entwerfer benutzen dafür das Stichwort „ethnische Ökonomie“.

Sie schafft Arbeitsplätze. Darin sollen junge Leute ausgebildet werden. Der Hof soll unterschiedliche Gewerke aufnehmen – nebeneinander wie in einem alten Bazar. Dies bewirkt Synergien.

Angeschlossen ist – in traditioneller Funktion - die Möglichkeit zum Übernachten.

Die Karawanserei kann ein Markstein und ein Symbol dafür sein, daß der Wiederaufbau von Bruckhausen einer Segregation innerhalb der Bevölkerung entgegen wirkt und statt dessen im Zusammenwirken produktive Möglichkeiten fördert. Sie könnte signalisieren: Es geht nicht mehr um eine partikularistische Betrachtungs-Weise, die zur Zerstörung geführt hatte, sondern um eine ganzheitliche Betrachtungs-Weise.

„Die visionäre Stadt“ mit einer weisen Regierung.

Siena. Im Rathaus von Siena gibt es zwei Fresken: Die gute und die schlechte Regierung. Die Stadt ließ sie nach einer wichtigen Verfassungs-Reform von Ambrogio Lorenzetti (um 1290 Siena-1348 Siena) um 1337/1340 malen[95]. Diese berühmten Bilder sind Mahnungen. Sie zeigen die Folgen des Regierens. Tatsächlich wurde die berühmte toskanische Stadt rund 50 Jahre recht gut regiert.

Die Kraft dieser Bilder besteht darin, daß sie die Folgen des Verhaltens zeigen. Im einen Fall Streit bis hin zu Mord und Totschlag, Unsicherheit, Verarmung, Selbstbedienung durch Raub, Verfall der Äcker und Wiesen, Hunger, Elend, Tod. Im anderen Fall: Blühende Öffentlichkeit, viele Menschen auf den Plätzen, Handel, Wohlhabenheit, Sicherheit des Reisens und Transportierens, Schönheit von Bauten.

Der Bürgermeister. In der Vision wird der alte Jupp Krings erneut Bürgermeister. Er wollte es nicht, murmelte etwas von seinen vielen Jahren, aber schließlich überzeugten wir

[95] Dagmar Schmidt, Der Freskenzyklus von Ambrogio Lorenzetti über die gute und die schlechte Regierung. Eine danteske Vision im Palazzo Pubblico von Siena. Interdisziplinäre Dissertation Universität St. Gallen 2003.

ihn – mit dem Argument, daß der italienische Staatspräsident Giorgio Napoletano ebenso alt ist. Der Italiener war in den finsteren Jahren von Berlusconi der moralische Rückhalt des Landes. Er hatte bestimmte Unrechts-Gesetze nicht unterschrieben.

Eine Figur wie ein Bürgermeister, sagten wir, muß kein Arbeitstier sein, sondern ein weiser Mann. Dazu braucht man keinen Aufwand, sondern Lebenserfahrungen und vor allem eine Haltung.

Diese Person ist ein Symbol für die Stadt. Ein Mensch mit einer absolut sauberen Weste. Einst half er mit, die Rheinpreußen-Siedlung zu retten. Gebildet. Kulturell. Er hatte im Kreis der Leute mitgearbeitet, die über das Regieren ohne Geld nachdachten.

Die Stab-Funktion um den Bürgermeister. Wir setzen dem Bürgermeister einen Stab von Leuten zusammen, die ihm gut zuarbeiten. Eine Mischung von ziemlich jungen Leuten und älteren, die nur noch fünf Jahre bis zur Pension haben. Es gibt auch zwei, die schon über die Pensionsgrenze hinaus sind – aber ihr Rat ist unersetzlich.

Das Rathaus ist nun transparent. Seit der Wende in der Kommunalpolitik sind sämtliche Akten vollständig transparent d. h. einsehbar. Jedermann/frau kann in jede Schublade hineinschauen. Wir schafften die blöden Ausreden ab, warum etwas geheim sein sollte. So gut wie nichts muß geheim sein. Das einzige sind Krankheiten. Wem ein Grundstück gehört, kann jeder wissen – Schluß mit dem Schutz der Spekulanten. Es gibt keine geheimen Verträge mehr. Zwei junge Damen führen jeden, der etwas wissen will, durch das Rathaus – beraten und öffnen die Schubladen. Jeder kann und soll sich informieren. Es wird viel mehr auch ins Netz gestellt als zuvor.

Transparenz gibt es selbstverständlich für alle Finanzen. Sämtliche Kosten sind einsehbar. Was hat Norman Foster für seinen Masterplan bekommen ? Dies und viel Weiteres sind öffentliche Gelder. Prinzipiell gibt es im öffentlichen Bereich keine Privatangelegenheiten. Wer sich auf Öffentliches einläßt, muß sich auch auf die konkreten Spielregeln des Öffentlichen einlassen.

Endlich ist das gesamte Liegenschafts- und Bauwesen transparent geworden.

Die Transparenz gilt auch für die ausgelagerten Städtischen Betriebe. Es wird nicht mehr hingenommen, daß sich unter dem Hinweis auf ein anderes Wirtschafts- und Rechts-System eine Dunkelzone ausbreitet. Auch dort ist bei uns alles einsehbar.

Entschleunigung. Wir hoben einen folgenreichen Defekt auf: Zuvor hatte der Entscheidungsprozeß, für das formal ein Gremium mit Delegierten zuständig ist, das größte, ja fast das einzige Gewicht. Jetzt ist der Arbeitsprozeß, in dem im besten Sinne viele mitwirken, weitaus wichtiger. Es gibt zwar Entscheidungen eines dafür legitimierten Gremiums, aber dies ist weithin nur die Ritualisierung dessen, was im Arbeitsprozeß weitaus vernünftiger als zuvor erarbeitet wurde und meist Konsens ist.

Vor allem eines läuft jetzt völlig anders: Für alle wichtigen Entscheidungen nimmt man sich nun Zeit – viel Zeit. Denn wir nehmen einige Grundsätze ernst:

- In der Demokratie dürfen und sollen sehr viele Menschen mitreden. So viele wie möglich sollen das Gefühl haben, daß sie keine Objekte, sondern Subjekte ihrer Geschichte sind. Daß sie auf dem Zug der Zeit auch selbst reisen.

- Demokratie ist die Chance für die Phantasie. Erstens kommen, wenn viele mitreden , viel mehr Argumente, Einfälle, Gesichtspunkte zur Sprache. Daraus entwickelt sich dann, wenn man darauf achtet, eine produktive Kombinatorik der Gedanken.

- Demokratie ist in erster Linie ein Lern-Prozeß. Menschen lernen gegenseitig voneinander. Dazu brauchen sie Zeit. Dies ist der Sinn einer Arbeitsweise im Bundestag: daß jedes Gesetz eine erste Lesung und nach einem Diskussions-Prozess eine zweite Lesung hat, an deren Ende abgestimmt wird.

Erst wenn ausführlichst diskutiert ist, werden Beschlüsse gefaßt. Diese müssen nicht automatisch besonders gut sein, aber die Wahrscheinlichkeit, daß sie weitaus besser sind als die herkömmlichen, ist erheblich größer.

Breite Besetzungen. In den Ausschüssen wird darauf geachtet, daß es interdisziplinär und weit gespannt zugeht: zum Beispiel sitzen im Schul-Ausschuß nicht nur Lehrer und Eltern, sondern auch Schüler und weiterhin völlig Unbeteiligte, die nicht in den Klischees des vorhandenen Bildungswesen befangen sind.

Abweichende Meinungen werden nicht mehr gruppendynamisch zusammen geknüppelt, sondern erhalten besondere Aufmerksamkeit, denn wir wollen nicht Konformismus fördern, sondern Kreativität.

Keine Vorteilnahme mehr! Wir haben das Grundgesetz ernst genommen, das sagt: Nicht nur die Verwaltung, sondern auch der Stadtrat ist eine Körperschaft des Staates und damit des Regierungs-Handelns.

Daher unterliegen alle Mitglieder den gleichen Anforderungen wie die Beamten im Hinblick auf Korruption. Für sie gelten dieselben strengen Maßstäbe. Damit wollen wir vermeiden, daß ein Parlament eine Versammlung von Lobbyisten und Karrieristen ist. Im Rathaus darf es keine Vorteilnahme geben, auch keine indirekte und verdeckte. Dafür müssen nun dieselben scharfen Vorschriften für Sauberkeit angewandt werden, die auch für Beamte gelten.

Abgeordnete und Amtsträger haben zusätzlich eine Ehrenordnung unterzeichnet. Die Einhaltung dieser Ehrenordnung wird streng kontrolliert.

Vorteilnahme ist Korruption. Dies muß unmöglich werden. Man stelle sich vor, ein Lehrer würde dem Kind einer wohlhabenden Familie gegen Geld eine unverdiente Zensur geben. Es spricht für den Stand der Lehrer, daß dies so gut wie nie geschieht. Ebenso wie beim Lehrer und beim Pastor basiert die Tätigkeit von Abgeordneten auf einer neuen Philosophie: auf dem Idealismus, nicht für sich, sondern für die Allgemeinheit zu arbeiten. Dies kann man in unterschiedlichen Orientierungen (u. a. Parteien) tun.

Wo Verdacht entsteht, wird die Kontrolle angerufen. Sie besteht bereits: in der Disziplinar-Aufsicht sowohl der Stadt wie des Regierungspräsidenten. Und in der örtlichen Staatsanwaltschaft. Sie müßte eigentlich genügen – aber sie funktioniert nicht, weil diese Instanzen so gut wie ständig weg schauen. Wir bringen sie jetzt zum Hinsehen.

Es gibt keinen Vergleich mit der Wirtschaft. In der Wirtschaft mag man über Geld anders denken, aber hier geht es nicht um Geld. Ein öffentliches Amt zu haben, ist vergleichbar einem Lehrer oder Pastor oder Krankenschwester. Sie widmen sich der Sache das heißt um Menschen und um nichts weiteres. *Die Arbeit für das Gemeinwesen ist eine völlig andere und nicht vergleichbare Dimension mit der Wirtschaft*.

Sitzungs-Gelder. Alle Sitzungs-Gelder sind abgeschafft. Damit wurden mehrere Mißbräuche beseitigt. *Wir wollen in öffentlichen Ämtern nur noch Bürger haben, die sich der Politik als einer Aufgabe für die Gemeinschaft widmen.* In Vereinen gibt es auch keine Sitzungs-Gelder.

Klientele. Notare, Rechtsanwälte und andere Berufe sind aufgefordert, diese Gremien nicht zur Suche nach Klientelen zu benutzen. Gegen Mißbrauch gibt es Maßnahmen.

Ansprechbarkeit. Zum Codex gehört die ständige Ansprechbarkeit aller Personen für jedermann. *Wer politisch tätig ist, muß erreichbar sein.*

Stellungnahme. Besonders wichtig: *Jedermann hat das Recht, Stellung zu nehmen.* Zu jeder Zeit. In jedem Verfahren. Jeder hat ebenso das Recht, eine Antwort zu erhalten – mit einer intelligenten Begründung.

Öffentliche Diskurse. *Wichtige Fälle benötigen stets eine öffentliche Diskussion – als Diskurs, nicht als Formalie.*

Die Einwände sind altbekannt. Die Furcht, damit regierungsunfähig zu werden. Dies ist ein heuchlerischer Vorwand. Für Mißbrauch gibt es nur sehr wenige Fälle. Tatsache aber ist, wie man am Fall Duisburg erkennen kann, daß hier aufgrund der miserablen Handbhabung von Demokratie eine eklatante Unfähigkeit zum Regieren vorlag.

Personal. Zu wenig Personal ? Dem Staat wurde bereits sehr viel genommen, also müßte genügend Personal vorhanden sein. Vor allem: Wenn man weniger Unsinn macht, spart man Zeit und Personal. Abgeordnete ersparen sich die Zeit für Lobby-Arbeit und können diese Zeit nun in das Allgemeinwohl investieren.

Bürger-Beteiligung. In die Entscheidungsprozesse werden Bürger einbezogen. Das Prinzip gibt es bereits: durch die Bürger-Mitglieder in den Ausschüssen. Aber es wird miserabel genutzt. Es muß verbessert – und erweitert werden: durch fallweise Einbeziehung von Experten. Darüber hinaus müssen Experten sich selbst anmelden können. Auf Antrag müssen auch Betroffene integriert werden.

Insgesamt heißt dies, daß Entscheidungen länger brauchen – weil sie diese Zeit notwendig haben. Andererseits lassen sich Entscheidungs-Prozesse auch klüger und damit zeitsparend organisieren. Und viele Kleinigkeiten gehören nur ins Parlament, wenn sie zum Streitfall werden. Dies gehört zur Entschleunigung der Entscheidungs-Findungen.

Beratung. Alle Verwalter darf man um Rat fragen – sie müssen gescheiten Rat geben.

Weiterbildung. Politik und Verwaltung trainieren sich in Schulungen und Diskussionen ein in das Kapitel „Regieren ohne oder mit sehr wenig Geld“.

Glaubwürdige Personen. Neben den institutionellen Grund-Regeln braucht das Parlament menschlich glaubwürdige Personen. Sagen wir es offen: Menschen, die sich um die Wahrheit bemühen und nicht lügen, die andere nicht über den Tisch ziehen, sie nicht ausschließen, keinen Filz bilden. Menschen die ihre Meinung sagen und sie mit Argumenten begründen.

Rechtsverweigerung. Wer Rechte hat, soll sie auch erhalten – wenn irgend möglich ohne prozessieren zu müssen. Wenn es aber doch dazu kommt, muß ihn kein Armuts-Risiko daran hindern – wir haben einen Rechtshilfe-Fond für den Bürger.

Aufsichtsräte. Bislang wurden Mandate mit erheblichen Nebenverdiensten als Belohnungen verteilt. Jetzt werden Aufsichtsrat-Mandate nicht mehr bezahlt. Das Geld wird in einen gemeinnützigen Spenden-Topf getan: für die Arbeit der Werkstatt gegen Vorurteile.

Anti-Filz-Aktion. Lange stand die Stadt – und nicht nur sie – im Geruch, ein zäher Filz zu sein. In diesem System aber gibt es keine Vettern-Wirtschaft mehr. Einst hat jeder, der mal zur Wahl ein Flugblatt verteilte, einen Hausmeister-Job erhalten. Damit ist nun Schluß. Ämter werden nicht mehr wie im antik-römischen Klientel-System vergeben, um sich Vasallen zu ziehen. Jetzt werden sie nicht mehr nach Partei verteilt, sondern nach Charakter und Fähigkeit.

Der Souverän sind die Bürger. Es gibt viel zu viele Menschen, die immer noch im Schema von Obrigkeit und Untertan denken – nicht mit diesen Worten, aber mit einer solchen Mentalität. Dies ist weiterlaufender Absolutismus – vordemokratisch. Die Bevölkerung ist der Souverän. Staat ist die Selbstorganisation des Volkes. Sie muß für das Volk da sein.

Das Volk. Natürlich ist Volk etwas Vielfältiges und Vielschichtiges. Und auch kein Idealsubjekt, das alles besser weiß. Aber wir dürfen nicht mehr hinnehmen, daß wir regiert werden von organisierten Besserwissern, die ihr Wissen nicht in Diskurse stellen, es der Bevölkerung überstülpen in alter absolutistischer Manier.

Ich weiß, daß dies ein komplexes Thema ist, auch weithin unbearbeitet, daß auch nicht allzu viele Menschen ein aktives Interesse an der Entwicklung demokratischer Strukturen haben, daß dies Mühe macht, manchen Frust bringt, - aber es muß sein, wenn wir menschlich, gemeinschaftlich und entwickelt weiter leben wollen.

Dies sind Werte. Sie lassen sich nicht mit Geld, Konsum, Bequemlichkeit aufwiegen.

Die Stadt ist keine Firma mit Bürgern als Kunden. Viel mehr sind Bürger die Träger der Zivilgesellschaft. Daher müssen Politik und Verwaltung die Bürger einbeziehen - als Struktur. Dies ist unabdingbar in der Demokratie. Wir brauchen so viel wie möglich das aktive Handeln jedes einzelnen Bürgers und von Gruppierungen.

Resumee. Wir machen Schluß mit dem Kasten-Denken. Das Rathaus ist keine abgeschlossene Burg mehr, sondern gehört uns allen.

Nicht Macht, sondern Inhalte

Entscheidender Struktur-Fehler: Demokratie über Macht organisieren zu wollen. Dies beginnt damit, daß Macht zum Hauptgedanken wird, daß Macht zum Inhalt des Prozesses wird, und es endet damit, dass am Ende nur das schmähliche Ergebnis vor Augen steht: die Inhaltsleere der Macht. Dies ist der Bodensatz eines rein formalen Verständnisses von Demokratie.

Wer Besseres will, muß zunächst Politik und Verwaltung zivilisieren: auf Inhaltliches ausrichten. Und zweitens in der Machtausübung sehr zurückhaltend zu sein. Die Macht-Gremien müssen Bescheidenheit lernen.

Zu sehr vielen Fragen müssen Bürger herangezogen werden. Das ist im Grunde einfach: Man darf nicht warten, daß sie ins Rathaus kommen. Viele sind dann auch gehemmt und verschüchtert – sie wissen mit der fremden Atmosphäre nicht umzugehen.

Besser ist die Methode „Kalif von Bagdad“. Dieser ging unerkannt unter die Menschen und hörte zu.

Karl Ganser als Intendant der IBA Emscher Park machte ähnliches. Ganser lud auch immer wieder zu Diskussions-Runden ein. Die 1990er Jahre IBA waren ein „goldenes Jahrzehnt“, in dem die intelligenten sozialkulturellen Fähigkeiten von einem solchen Intendanten in den Prozeß hineingenommen wurden . Das Ergebnis kann man bewundern – bis heute. Die Metropole Ruhr kam durch diese 120 Projekte aus der tiefsten Krise, in die sie durch eine grottenschlechte Führungsschicht von Wirtschaft und Städten geraten war , wieder auf ein ansehnliches, in Teilen sogar brillantes Niveau.

Daran haben die einen gelernt, die anderen waren zu bequem dazu.

Schluß mit dem Wachstums-Denken, dafür Konsolidierung und Qualifizierung.

Wir haben im Grunde alles, wir müssen nicht mehr haben. Diese Gesellschaft ist bis zu den einzelnen viel reicher als sie von sich selbst denkt. Über arm und reich zu reden, muß mehr sein, als sich Statistiken zur Armut wechselseitig um die Ohren zu hauen.

Es gibt mehrere Ebenen, in denen wir diskutieren müssen.

Fundamental: Die Gesellschaft könnte wieder Bescheidenheit lernen.

Wertzuschätzen, was ist.

Menschen wert zu schätzen, auch wenn sie nicht demselben Bild entsprechen, das Mächtige von sich haben.

Verzichten auf manches, was machbar ist.

Ideologien. Ich nenne mehrere Ideologien.

Die Zwangsvorstellung, daß etwas neu sein muß. Das muß es nur selten geben.

Wir müssen das Gebrauchte wieder aufwerten. Dies ermöglicht ein umfangreiches Tauschen. Die visionäre Stadt hat mehrere Tausch-Zentren eröffnet. Damit arbeiten wir gegen die zunehmende Armut.

Wir pflegen, damit vieles länger hält.

Viel zu viele Leute sind mit viel zu vielem unzufrieden – vor allem, wenn ihnen das Wetter nicht paßt. Wir versuchen, uns pragmatisch mit vielem zufrieden zu geben. Wir können damit leben – auch gut leben. Duisburg muß nicht Düsseldorf werden wollen.

In einem sozial aufgestellten Gemeinwesen kann man nicht so leicht arm sein.

Wir bringen wohlhabende Leute dazu, ihr Geld auszugeben. Es haben sich in unserer visionären Stadt viele kleine Dienstleistungen gegründet, die den Leuten gegen einen Geld-Schein helfen, Ikea-Möbel zusammen zu setzen, Hecken zu schneiden, etwas zu streichen, umzugraben, Garten-Arbeiten zu machen und vieles mehr.

In dieser Philosophie folgen wir nicht dem „Tanz um das Goldene Kalb", sondern wir versuchen zu schaffen: Sinn – Sinn – Sinn.

Im Zentrum steht die ständige Bildung der Einwohner – mit vielen Möglichkeiten.

Sie versucht stets, die Stadt als Zusammenhang zu sehen.

Es gibt Bereiche, in denen man mit wenig Aufwand verbessern kann. Plätze lassen sich verbessern: mit niedrigen Mauern, auf die man sich setzen kann.

Auch mit Scheiben-Flächen.

Plätze sind nicht wirksam, wenn man sie voll stellt. Durch Entrümpeln - dazu gehört das Blech - erhalten sie mehr Raum-Qualität.

Es müssen meist nicht Dinge sein, die wir haben wollen, sondern Seins-Weisen, die wir anstreben können.

Es ist eine Aufgabe: Verhalten zu verändern.

Eine Mentalität propagieren, die sich anderen Menschen zuwendet.

Dies schafft Netz-Werke sehr unterschiedlicher Art.

In Netz-Werken liegt viel Zukunft. Die deutsche Industrie verdankte ihren weltweiten Vorsprung zwischen 1900 und 1930 – mitten im Elend der Zeit nach dem verlorenen Weltkrieg – der Fähigkeit, Netz-Werke zu knüpfen. Man spricht vom Verbund-System.

Jede normale Aufgabe kann man durch Querdenken mit mehr Qualität planen und machen.

Dann lassen sich damit Mehr-Werte erzeugen

Arbeitsstellen.

Die visionäre Stadt hat einen Teil der Verwaltung umorganisiert. Sie richtete eine Anzahl von Arbeits-Stellen ein. Darin wird nicht verwaltet, sondern gearbeitet.

Arbeitsstelle Anti-Vorurteils-Arbeit und Bildung. Stadt besteht nirgendwo aus Mehrheiten, sondern aus lauter kleinen und kleinsten Minderheiten.

Demokratie lebt von der Vielheit mit ihrer Unterschiedlichkeit. Dieser Pluralismus soll sich ausspielen können: wie ein Team. Dann gelingt Stadt. Dazu ist viel Moderation notwendig.

Sprachen. Weil es immer mehr Zuwanderer gibt, ist eine Sprachenschule entstanden, als Zweig der Volkshochschule. Darin wird nicht nur Sprache gelernt, sondern auch Kultur verständlich gemacht. Zunehmend gibt es auch Menschen, die die Sprachen lernen wollen, die die Zuwanderer mitbringen. Für Zuwanderer stellt die Stadt Dolmetscher. Sie helfen, die Neuankömmlinge in die Gesellschaft einzufädeln.

Die Sprache wird nicht schulisch, sondern spielerisch gelernt – vor allem durch vieles Miteinander-Reden.

Zum „produktiven Konzept der Zweisprachlichkeit" siehe oben.

Öffentlichkeits-Arbeit als Bildung. Schluß mit dem herkömmlichen Stadt-Marketing, das banal ist und kaum mehr macht, als Liegenschaften vorzuführen. Es wird aufgelöst. Seine Ressourcen werden genutzt, um andere Aufgaben zu erfüllen.

Es gibt Stadt-Entdecker, die für die Einheimischen und für Reisende zeigen, was diese Stadt ist. Dazu ist ein völlig neues Konzept entstanden.

Ständig wird die Stadt vorgeführt – auch um Vorurteile gegen Stadt-Bereiche abzubauen.

Anti-Vorurteils-Arbeit. Weil Stadtentwicklung in dieser Stadt besonders stark durch Vorurteile geschädigt ist, gibt es eine Arbeitsstelle, die sich damit beschäftigt, Kampagnen

gegen Vorurteile zu führen – und besonders die Lebensqualitäten in den Stadt-Bereichen zu zeigen.

Dort und im Duisburger Norden gibt es nicht nur das Problem der deutsch-türkischen Integration (deren Gelingen viel zu wenig wahr genommen wird), sondern auch das Problem der mangelnden Integration von Deutsch-Deutsch. Denn was nicht dem Wohlfahrtsstandard in vielen Köpfen entspricht, wird abqualifiziert – und damit ganze Stadtviertel. Man schaut überhaupt nicht hin – sonst könnte man sehen, dass dort Menschen vernünftig leben. Es gibt kein Kalkutta. Keine Elends-Viertel. Der Norden ist ordentlich ausgestellt.

Vorurteile und Planung tun jedoch so, als gäbe es diese vielen Menschen nicht. Verschwinden sie vom Erdboden ? So etwas spukt als Illusion im Kopf des Baudezernenten Dressler, als er unlängst behauptete: Wegen der sinkenden Einwohnerzahlen müssen drei Stadtviertel abgerissen werden. Abgesehen vom Zynismus kann er nicht rechnen: Dies würde vier Milliarden kosten. Im armen Duisburg ohne Geld ? Dies ist kompetenzlose Stadtplanung mit Vorurteilen und Illusion.

In diesem Unsinn gibt es eine Spirale. Erstens: Industrie-Arbeiter-Viertel sollen nichts gelten, zweitens wegen der Rentner, drittens wegen der Migranten. Das Integrations-Problem heißt also: deutsch-deutsch, wohlhabend-weniger wohlhabend, unterschiedliche Lebensweisen und Kulturen.

Eine der ersten Handlungen von Politik und Verwaltung, die kein Geld kostet, muß darin bestehen, Menschen zueinander zu bringen - mit viel Gesprächen.

Arbeitsstelle Deutsch-türkische Stadt. Duisburg ist in Deutschland die Stadt mit den meisten Zuwanderer n aus der Türkei. Auslöser war der Bergbau am Anfang der 1960er Jahre. 2008 haben 159 000 Menschen eine Zuwanderungs-Geschichte. Dies sind 32, 3 Prozent der Geamtbevölkerung. Im Norden liegt der Prozentsatz auf rund 40 Prozent. In einigen Jahren wird es über die Hälfte der Bewohner sein. Auch dies widerlegt den Unsinn ihrer Diskriminierung. Dies sind Menschen wie alle anderen. Der Süden der Stadt hat nur halb so viele Zuwanderer (19, 9 Prozent). Das Rathaus kümmerte sich bislang nur darum, daß die Ziffer für Kindergarten-Plätze erfüllt würde.

Eine miserabel interpretierte und instrumentalisierte Statistik sagt: Diese Zuwanderer hätten ein niedrigeres Durchschnitts-Einkommen als in der Stadt. Man muß erstens die Ermittlungs-Grundlage bestreiten – wahrscheinlich gibt es sie nicht einmal, sondern auch dies ist nur so daher gesagt. Zweitens muß man sich deutlich machen, daß eine Struktur des Familien-verbandes, die hier weitgehend funktioniert, eine andere Interpretation nahe legt: Daß es auch bei niedrigeren Einkommen Solidaritäten gibt, die kompensieren – ja häufig vieles ermöglichen, was ein einzelner auch bei höherem Einkommen nicht zustande brächte.

Die Zuwanderer haben den wichtigsten Anteil daran, daß der Norden die jüngste Bevölkerung der Stadt hat. Böswilligkeit legt dies jedoch ebenfalls gegen sie aus – obwohl die Republik nach Kindern jammert. Doch dann möge man bitte etwas dafür tun – und nicht auch noch die Leute diskreditieren, die dafür tätig sind.

Seine Heimat verlassen zu müssen, weil sie keine Arbeit bietet, ist ein hartes Los. Vor allem für die erste Generation. Den vielen Unbill, vor allem Vorurteile schlucken zu müssen, ist vor allem für die erste Generation der Zuwanderer ungerecht – er wirft kein gutes Licht auf die Menschen, die zum Empfang von Ankommenden nur Vorurteile bereit halten.

Inzwischen leben die meisten Zuwanderer seit Jahrzehnten hier oder sind hier geboren. Fast alle sprechen die Sprache nicht schlechter als die alten Einheimischen, manche sogar erheblich besser, viele in der dritten Generation haben Abitur und studieren. Aber der Mensch fängt nicht beim Abitur an – daher sagen auch die Abiturienten-Ziffern kaum etwas aus. Wenigstens die Hälfte hat die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen.

Wenn wir das Wort „anpassen“ vermeiden, können wir substantieller davon sprechen, was die Zuwanderer auch von den Einheimischen gelernt haben und wertschätzen. Zum Beispiel nehmen 2012 viele beim Martinszug durch das Abrißgebiet Bruckhausen teil.

Was wissen die Leute über die mitgebrachten Lebensweisen ? Die Einheimischen haben doch selbst eigene Lebensweisen, es gehört zur intelligenten Toleranz, anderen eine ihnen eigene Lebensweise zu gestatten. Warum gibt es da von Seiten der Einheimischen eine Rivalität ? Der Anspruch, daß alle die gleichen Lebensweisen haben *müssen*, ist schon lange überholt. Zuletzt hatte das NS-Regime ihn ausgegeben und, wo immer es dazu in der Lage war, militant durchgesetzt, bis hin zur versuchten Ausrottung ganzer Völker. Steckt etwas von dieser Mentalität vielleicht immer noch unterbewußt in vielen Köpfen.

Die Lebensweisen müssen nicht gleich sein. Das einzige, was gleich sein muß, ist die Basis der Menschenrechte. Und die Gesetzeslage. Darüber hinaus müssen die unterschiedlichen Lebensweisen nur kompatibel sein. Dies bedeutet: Ohne Gewaltsamkeit gegeneinander. Ohne strukturelle Gewalt. Die Armut des anderen darf kein Problem sein.

Arbeitsstelle für Wohnen, vor allem für Zuwanderer. Die Arbeitsstelle für Wohnen führt zusammen mit dem Einwohner-Meldeamt die Liste der leerstehenden Wohnungen.

Dann kümmert sie sich darum, daß diese Wohnungen Zuwanderern zugewiesen werden. Sie nutzt dafür die vorhandenen Gesetze, die Beschlagnahmen zulassen. Die Zuweisung kann auf Zeit, z. B. drei Jahre, oder unbegrenzt geschehen.

Die Arbeitsstelle organisiert auch, daß die Wohnungen mit einem vernünftigen Standard hergerichtet werden. Sie verteilt Fördergelder nicht mehr für aufwendige und kostspielige Arbeiten, sondern auch für kleinere einzelne Maßnahmen wie z. B. Einbau einer neuen Heizung. Und für Reparaturen.

Sie organisiert die Vermietung – je nach finanzieller Lage der Bewohner.

Sie überläßt die Neuankömmlinge nicht mehr sich selbst und der Leere, sondern *sie kümmert sich auch darum, sier in die Gesellschaft einzufädeln*. Sozialarbeiter und Dolmetscher begleiten die Zuwanderer. Sie sucht Unterstützer und Freunde für die Familien und stiftet Nachbarschaften. Sie denkt auch an Förderung der neuen Sprache sowie Erhaltung der mitgebrachten Sprache (Zweisprachlichkeit).

Wir arbeiten daran, daß eine „Kultur des Willkommens“ (Joachim Gauck) entsteht.

Arbeitsstelle Leerstand. Wenn ein Haus leer steht, geraten wir nicht mehr in Panik und haben keinen Abrißwahn mehr. Die üblichen Nutzungss-Klischees sind nicht alles – es gibt vieles mehr. Nach dem Beispiel von Görlitz sorgen Mitarbeiter dafür, das das Dach dicht ist und die Zugänge gesichert. Wir verunstalten die Fassade nicht mehr mit Vermauerungen, die negative Phantasien hervorrufen. Vielmehr mobilisieren wir Phantasie, um die Fassade in der einen oder anderen Weise attraktiv zu machen. Da ist positive Phantasie gefragt. Wir wissen, daß viele Menschen und Projekte mietgünstige Räume suchen. Wir versuchen Zwischen-Nutzungen für fünf Jahre anzubieten. Wir haben viel Geduld – auch wenn es 10 Jahre dauert, um das Haus wieder in einen normalen Lauf der Dinge zu bringen.

Arbeitsstelle zur Förderung von Ressourcen. Die Mitarbeiter schauen in Vereinen und anderswo nach Ressourcen und versuchen, dort Aufgaben hinein zu geben sowie zu vernetzen. So werden aus manchen Brachen Fußball-Terrains für Jugendliche.

Kinder brauchen eigentlich nicht die üblichen Kinder-Ghettos. Sie können sich selbst Bereiche anlegen. Wenn das Kiez funktioniert, ist es auch bespielbar.

Die größte Ressource ist der Mensch. Jeder Mensch kann Nützliches tun, nicht im Sinn des betriebswirtschaftlich Verwertbaren, sondern in einer Vielfalt von Möglichkeiten. Die Mitarbeiter versuchen, dies anzuregen. Wir denken einen Satz von Hannelore Kraft weiter: „kein Kind darf verloren gehen – kein Mensch darf verloren gehen.“

Wie wird man konkret ein mündiger Mensch in einer Stadtkultur mit wirklicher Demokratie ? Wenn man in seiner Nahumgebung aktiv wird. Dies beginnt im eigenen Haus. Es hat zu tun mit der Straße. Es kann sich in die Nachbarschaft ausweiten. Dazu gehören Vereine. Auch Parteien.

Es gab in den 1950/1960er Jahren eine

Alle konfessionellen Gemeinden sind stadtbildende Geflechte und können mit einer offenen Haltung in Zukunft sehr wichtig für das öffentliche Leben werden, vor allem weil sie Werte besitzen.

Arbeitsstelle Planungs-Kultur. Was die meisten Planer simpel im Kopf haben und ihren Zeitgenossen vorsetzen, ist keine Planungs-Kultur, sondern der scheinprofessionelle Ausdruck weitreichenden Unverständnisses. Meist bearbeiten sie nur Minimalien: kaum mehr als das juristisch erforderliche Minimum. Darüber hinaus erleben wir Abriß-Phantasien. Sie können als eine menschenverachtende Aggressivität gelesen werden , aber nicht als Planungs-Kultur. Das schreiendste Symbol dafür ist Bruckhausen.

Planungs-Kultur ist etwas anderes: die Entwicklung eines umfangreichen und tiefen Verständnisses für Menschen und Orte. Zum Fundament aller Planungs-Kultur gehört es, erst intensiv verstehen zu lernen und dann im Bestand zu planen.

Die Arbeitsstelle berät. Keinem guten Beamten ist es verwehrt, seine Beurteilung eines Antrags zu verschweigen. Er soll beraten - im Hinblick auf Vermeiden und Verbessern.

Festzuhalten: Das Hervorragende kostet am Ende erheblich weniger als das kurzatmig Banale. Fazit: Versuchen, was bislang banal war, intelligent zu machen.

Für größere Projekte lassen wir uns viel Zeit: mit Hauruck kann man keine Probleme lösen. *Jedes Projekt machen wir mit allen Positionen transparent.*

Wir gehen mit der Gesellschaft anständig um und täuschen sie nicht mehr mit halben Wahrheiten: *von Anfang an wird zu Zeit und zu den Kosten reiner Wein eingeschenkt.*

Wir setzen einen Risiko-Zuschlag von 100 Prozent an. Die Summe klingt dann nicht so gut wie die geschönten niedrigen Summen üblicher Projekte, die sich später - zu vielem Ärger - auf das Doppelte und Dreifache erhöhen. Die Kosten-Transparenz verhindert, daß man durch Mehrkosten ständig draufsatteln muß – mit oft immensen Konflikten in der öffentlichen Diskussion.

Das Verfahren hat noch ein Gutes: Man erkennt, wann etwas aufgrund der Kosten Unsinn ist – und läßt es sein. In Duisburg folgte man nur Phantastereien, die nicht gerechnet wurden.

Arbeitsstelle Bau-Kultur. Zur Bau-Kultur gehören nicht nur Bauten, sondern – ebenso wichtig ! - liebevoll angelegte Szenerien. Sie werden nach dem Vorbild der einst hoch erfolgreichen Aktion „Unser Dorf soll schöner werden" prämiert. Jeder bekommt seine Anerkennung, nicht in Geld, sondern als Wertschätzung.

Wi5r haben eine weit reichend und langfristig angelegte Aktion auf die Füße gestellt: „Unsere Stadt soll schöner werden".

Für die Verbesserung der Stadt gibt es viele Kurse. Wir haben den ökologischen Archetekten, der im Friemersheimer Wasserturm lebt, zum Chef dieser ungewöhnlichen Bau-Kultur-Schule gemacht, Harald Jochums.

Arbeitsstelle für Poetik. Dieses Team sucht oder schafft poetische Situationen. Es ist dafür mit vielen Mitteln tätig. Die Grundideen stammen vom Film-Autor Tonino Guerra, der die Drehbücher für die klassischen italienischen Filmer schrieb (Fellini, Antonioni, Rosi, Tarkofskij u. a.) und seine Region mit „poetischen Orten" in eine Aufmerksamkeit brachte, die sie rettete[96]. Die zweite Idee stammt von Gerda Sökeland, die mit einer Gruppe „More Than Words" von Malern und Sprayern in der Stadt Herten Aufmerksamkeit für eine Fülle von Szenerien dieser Stadt schuf. Mit der Finanzierung der Stadtwerke Herten.

Durch erhebliche Kürzungen der bis dahin überproportionalen Gehältern von Chefs städtischer Firmen konnte ein Fond für ähnliche Vorhaben entstehen.

Arbeitsstelle Erinnerungskultur – für die Gegenwart und für morgen. In diesem Zusammenhang wurden vorhandene Institutionen reformiert und mit vielen Menschen

---

[96] Siehe dazu: Roland Günter, Poetische Orte. Im Tal der Marecchia zwischen dem Hochappennin und Rimini. Mit einem Vorwort von Thorsten Scharnhorst. Essen 1998. – Roland Günter, Poetische Orte retten. In: Der Architekt 10/2001, 32/35.

erweitert: zum Haus der Geschichte. Es ist der Fokuspunkt für jeden, der auf die Geschichte der Stadt neugierig ist und daran arbeitet. Die Struktur schafft interdisziplinäres Denken.

Es gibt keine Unterschiede mehr von Rang und Stand: der Hochschulprofessor arbeitet mit dem Lehrer und mit dem Heimatforscher – mit Erwachsenen, Zuwanderern, Kindern, Jugendlichen, alten Leuten.

Das Haus der Geschichte ist auch ein Haus der unterschiedlichen Kulturen. Es sorgt für Aufmerksamkeit für mitgebrachte Kulturen und ihre weitere Pflege.

Denkmalpflege. Es gibt sie, aber kaum jemand nimmt sie wahr. Sie macht auf sich aufmerksam. Die Denkmalpflege hat den Auftrag, die Stadt darzustellen: mit ihren Objekten. Damit man endlich sieht, welchen bedeutenden Anteil an der Stadt der historisch gute Bestand spielt – als Schokoladen-Seite der Stadt.

Die Stadtentwicklung erhält den Auftrag, dies weiter zu treiben. Sie soll auf der Stadtkarte Gebiete angeben, die gelungen sind. Dann sollen die Planer die Maxime erhalten, damit besonders sorgfältig umzugehen.

Die Stadt hat eine kostenfreie Bauberatung eingerichtet – für Bauherren, Architekten, Anstreicher. Die Baubehörde macht immer wieder Schulungen der Mitarbeiter und der Dienstleister.

Sie arbeitet eng mit der Denkmalpflege zusammen.

Verminderung des Häßlichen. Die visionäre Stadt macht Aktionen zur Reduktion der Verhäßlichungen in der Stadt. Zum Beispiel sollen langsam die hässlichen Plastik-Jalousien verschwinden.

Pflege von Kunst im öffentlichen Raum. Es wird auch nicht länger hingenommen, daß es Kunst im öffentlichen Raum gibt - und sie dann nicht gepflegt wird. Der Verfall der Pflege ist zur Selbstverständlichkeit geworden – aber das nehmen wir nicht länger hin. Zur Kunst im öffentlichen Raum ist ein Buch in Arbeit, das sie insgesamt abbildet, wie es zum Beispiel in Düsseldorf geschah[97].

Schriften auf städtischen Wänden. An viele Wände werden kluge anregende Texte geschrieben. Vorbild: Die Siedlung Eisenheim wurde mit 70 Text-Tafeln erzählt[98]. Der Doktor Martin Luther wollte die Geschichten der Bibel an die Haus-Wände seiner Stadt Wittenberg schreiben. In vielen protestantisch geprägten Städten wie z. B. Celle steht die halbe Bibel mit Schrift-Sätzen an den Fachwerk-Häusern.

Arbeitsstelle verbesserte Stadt-Wahrnehmung. Die Stadt ist weitaus besser als jedes Unterhaltungs-Programm im Fernsehen. Daher muß man an der Wahrnehmung und an der Kommunikation arbeiten. Dies ist Aufgabe von vielen Menschen – von Bürgern, Verwaltung, Politik. Und vom Stadtmarketing, das dieser Aufgabe nicht nachkommt – und es doch tun müsste.

Wir können Stadt-Karten besonderer Art produzieren. Arbeit im Internet. Tafeln an Gebäuden und interessanten Orten. Postkarten.

Schulen sollen Kenntnisse des Ortes vermitteln. Vom Kindergarten zur Hochschule. Vereine einbeziehen. Und Kirchen-Gemeinden.

Stellen wir mit Bürgern, Verwaltern und Politik ganze Kataloge von Gelungenem auf.

Holen wir zusammen, was viele einzelne wissen und was sie bewegt . Und machen wir es öffentlich.

Leuchttürme der Stadt sollen die Wahrnehmung nicht beherrschen und anderes ausschließen, aber es gibt sie. Sie sind eine Chance – man muß viel mehr mit ihnen anfangen.

---

[97] Rolf Purpar, Kunststadt Düsseldorf. Objekte und Denkmäler im Stadtbild. (Grupello-Verlag) Düsseldorf 2. Auflage 2009.

[98] Siehe dazu: Janne Günter/Roland Günter, Sprechende Straßen in Eisenheim. Essen 1998. Sämtliche Texte der Tafeln.

Diese Leuchttürme leuchten erst erkenntnisöffnend, wenn man sie in Zusammenhängen darstellt.

Auch viele weitere Objekte und Bereiche verdienen es, vorgezeigt werden.

Entdecken wir das Kleindimensionierte !

Es gibt besondere Bereiche.

Es gibt Objekte, die man erschließen muß, zum Beispiel das Pumpwerk von Alfred Fischer in Beeck.

Darzustellen ist auch die intellektuelle Geschichte der Stadt. Der Karthograf Mercator war eine der grundlegenden Figuren für die Globalisierung der Welt.

Das Stadtarchiv kann hilfreiche Zuarbeit leisten.

Arbeitsstelle für Milieus. Es gibt in der Stadt viele Milieus. Unter diesem Aspekt und mit verständiger Wahrnehmung kann man entdecken: Das Milieu einer Straße. Das Milieu um eine Kirche herum. Um einen öffentlichen Ort. Um ein Baudenkmal. Milieus wilder Gelände. Stadtteil-Milieus. Man kann auch Milieus schaffen.

Wenn man Milieus nicht versteht und nicht akzeptiert, werden sie nicht respektiert - dann beginnt Fremdheit, Vorurteil, Aggression, bis hin zu Abriß-Phantasien, wie wir sie als aufoktroyierte Ungeheuerlichkeiten im Duisburger Norden sehen.

Man kann sich für Patina interessieren. Sie fotografieren. Sie schätzen lernen. Dann erschließen sich Kulturen und Zeit-Schichten.

Milieus gehören zum Besten einer Stadt. An ihnen kann man seine Vorurteile abarbeiten – und ablegen. Wer ganzheitlich verstehen will, muß sich mit dem Stichwort Milieu auseinandersetzen. Zum Beispiel gibt es in Duisburg das Milieu von Ruhrort. Und von Bruckhausen. Und viele weitere. Stadtplanung, die keine Milieus versteht, ist keine wirkliche Stadtplanung. Man kann anregen und helfen, daß die Bewohner die Milieus entdecken: Eine Karte anfertigen. Man kann sie suchen und Nachrichten sowie Fotos dazu eingeben.

Arbeitsstelle Finanzierungen. Wie im Zöpel-Ministerium 1980 schafft auch heute der Verzicht auf Großprojekte finanziellen Spielraum für kleine Maßnahmen und Projekte.

Investoren bringen kein Geld, sondern holen es aus der Stadt heraus. Sie versteuern meist woanders. Die Stadt richtet ihnen nicht mehr für viel Geld die Infrastrukturen her – es lohnt sich fast nie.

Es ist kaum mehr Geld für städtische Verkehrs-Infrastrukturen da – das kann man sehen. Aber daraus kann man einen besseren Schluß ziehen: Wenn man anders mit der Stadt umgeht, etwa mit dem Prinzip Kiez (siehe unten), hierarchisiert man die Straßen. Es gibt Durchgangs-Straßen und Wohnstraßen. Im Kiez muß man nichts mehr in sie investieren. Da ist Langsamkeit geboten. Es sind viele Sackgassen entstanden.

Wir haben uns gewundert, wie üppig Städtische Gesellschaften sich mit Personal ausgestattet haben – mit Wasser-Köpfen. Und wo es wichtig war, hieß es: kein Geld. Wir sind dabei dies zu ändern. Personen abzuziehen und an anderen Stellen einzusetzen.

Übrigens: Es ist immer noch viel Geld im Haushalt des Rathauses.

Arm und reich ist auch eine Frage des Umschichtens. Und eine Frage der Werte, die man mobilisieren kann. Wohlhabende müssen und können – auch zu ihrem Vorteil – lernen, daß sie für die Allgemeinheit mehr beitragen sollen.

Dies geht auch ganz konkret. Viele Leute sind zu geizig, fürs Hecke-Schneiden und Garten-Arbeit jemandem einen Schein in die Hand zu drücken. In Hausmeister-Diensten können Jobs entstehen.

Wir haben das Prinzip Liste eingeführt: Arbeitsstunden, die früher schwarz liefen, werden eingetragen. Dann legt der Auftraggeber 10 Prozent drauf: für die Sozialkosten. Der Arbeiter geht damit zweimal im Jahr zum Amt, um die Beiträge einzuzahlen. Das ist unbürokratisch und bleibt zugleich im System.

Arbeitsstelle Sparen. Sinnhaftes Sparen ist gelenkt vom Nachdenken über Ressourcen und ihre Verschleuderung. *Wir können in vielem einfacher leben. Ohne auf Lebensqualitäten zu verzichten*.

Beispiel: Es müssen nicht die ganze Nacht hindurch alle Straßen-Laternen brennen. Inzwischen gibt es Sensoren: Wenn jemand kommt, geht das Licht an – und wenn er weg ist, geht es aus. Ampeln sind teuer, besonders in der Wartung – eine einzige kostet pro Jahr 10 000 Euro. Viele kann man abschaffen. Wir alle müssen eine intelligente Bescheidenheit lernen.

Identifikations-Bereich: das Kiez

Es gibt zwei Aufgaben-Bereiche. Der erste in der visionären Stadt ist die sorgfältige Verwaltung der Infrastrukturen. Daß die Straßenreinigung funktioniert. Dies ist sehr wichtig, weil sich an verschmutzten Straßen und Ecken Vorurteile fest machen. Und wenn die Verantwortung der Stadt funktioniert, kann man die Bewohner leichter dazu bringen, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen. Man muß wechselseitig ein gutes Beispiel geben. Wenn etwas nicht klappt: Anruf im Rathaus.

Der zweite Bereich ist das Gestalten. Daran gewöhnt sich jetzt langsam die Verwaltung, nachdem sie sehr lange nur ans Verwalten gedacht hat. Darüber wird zwar seit den 1970er Jahren diskutiert, aber gelernt war es nicht: als eine zweite Dimension.

Wir gestalten einen Kiez. Das erste und wichtigste Thema für alle, für Bewohner, Räte und Verwalter, sieht so aus: Der wichtigste Bereich, in dem jeder lebt, ist das unmittelbare Umfeld der Wohnung. Vor der Haustür. Die Straße. Die Nachbarschaft. Die Wege des nachmittäglichen Spaziergangs. Wir nennen dieses Umfeld, das man mit den Füßen erfährt, den Kiez. Erst später kommt das Stadt-Viertel und die Stadt. Im Kiez findet die wichtigste Identifikation mit dem Ort statt. Identifikation ist lebenswichtig – vor allem in einer Globalisierung, die eine Abstraktion ist.

Wir tun einiges, um diese Bereiche ein Stück weiter zu entwickeln. Dazu gehören oft Kleinigkeiten. Wir setzen Pflanzen und Bäumchen ein. Wir verändern manchen Standplatz für den Mülleimer. Mit der Laterne können wir ein bißchen mehr machen: Kinder hängen Figuren daran, geben ihnen Namen, entwickeln Geschichten, schreiben sie auf ein Plakat, heften sie als Erklärung an die nächste Hauswand. Da kommt manche Oma in Erinnerung und zu Ehren. Oder ein Fußballspieler. Oder ein Ereignis, an das sich der Großvater erinnert. Die Leute bepflanzen den einen oder anderen Quadratmeter. Kinder übernehmen die Pflege.

Menschliches Maß: im Kiez. Die Stadt ist zwar untergliedert in Stadtteile, aber diese sind viel zu groß: Daher können die Menschen sie nicht intensiv zu ihrer Identifikation wahrnehmen und verarbeiten. Sie erscheinen abstrakt. Konkret können die Menschen nur Kerne wahrnehmen, die einen geringen Umfang, Dichte und Charakteristik haben.

Es ist ein anthropologisches Bedürfnis, Nachbarschafts-Bereiche zu erleben – also eine konkrete Umgebung.

Am besten geschieht dies in Siedlungen. Daher bedürfen sie eines besonderen Schutzes.

Der kleinräumige Umkreis ist der städtische Bereich, um den man gern am Nachmittag seinen Spaziergang machen möchte.

Dafür gibt es ein Wort, das aus der Erfahrung in Berlin stammt: das „Kiez". Das Wort stamm aus dem Slawischen und bezeichnet einen kleinen überschaubaren Bereich, einst eine Ansiedlung vor einer Burg. In diesem Areal kennt man sich aus, es hat eine Charakteristik, man fühlt sich nicht im All aufgelöst, sondern irgendwie konkret und geborgen.

Wir müssen die Stadtteile in solche Kleinbereiche untergliedern. Und sie kennzeichnen: für das Bewusstsein und für das Gedächtnis.

Wir schaffen viele Kieze. Weil die Stadtteile viel zu groß sind, um sich mit ihnen konkret identifizierne zu können, werden viele Kieze geschaffen. Wir vergessen Gedanken an Zentralisierung und Vereinheitlichung – sie sind für das konkrete Leben nicht notwendig, sie lenken ab. Das Ziel heißt: möglichst vitale Identifizierung mit dem eigenen erlebbaren Wohnumfeld.

Namen geben. Jedes Kiez erhält einen Namen. Die Bewohner diskutieren lange hin und her. Der Name trägt psychologisch stark zur Identifikation bei. Dann werden Tafeln aufgestellt.

Übersicht. Wie erhalten wir eine Übersicht über die vielen Kieze des Stadtviertels ? In jedem Kiez wird eine große Tafel aufgestellt: mit einem Stadtplan, der die Kieze zeigt.

Im Internet, das allmählich immer mehr Menschen handhaben, wird eingegeben, wie sich die einzelnen Kieze entwicklen. Was sie tun. Gestaltende Personen werden genannt. Man kann Bilder sehen und Texte lesen.

Kooperation. Diese Kiez-Entwicklung führt zu einer neuen Struktur der Verwaltung. Die Impulse gehen erstmal von den Bewohnern aus. Sie rufen kleine Versammlungen und Arbeitsgruppen zusammen. Die Verwaltung gruppiert sich um: Es entsteht eine Abteilung Kiez. Die Beamten sind Kooperations-Partner der Bewohner. Sie herrschen nicht, sondern sie helfen. Sie sind keine Spezialisten, sondern arbeiten im Querschnitt.

Kiez-Budget. Jedes Kiez erhält auch Geld, denn die Kiez-Bewohner zahlen ja mit ihren Steuern Geld ein. In den Diskussionen geht es erster Linie nicht um die teuren Aufgaben, sondern um eine Vielzahl von kleinen. Dabei erkennen alle: Es kommt nicht darauf an, die Straße glatt und schnell zu machen, sondern schön. Bäume pflanzen. Blumen dazwischen setzen. Einen Einfall sichtbar machen. Eine dunkle Ecke aufhellen. Ein Transparent über die Straße zu hängen. Mit einer Brache etwas anfangen: darin die Kinder Buden bauen zu lassen. Poetische Hinweis-Tafeln aufzustellen.

Das Rathaus lernt, daß nicht für alles Geld eine detaillierte gesetzliche Vorgabe notwendig ist, die alles andere ausschließt. Meist genügt ein Verwendungs-Nachweis .

Die Verhaltensweisen werden entbürokratisiert. Es gelten die Normen Transparenz, Zugänglichkeit für alle, offene Schubladen, jeder darf mitreden, Verlangsamung der Entscheidungen, keine Hierarchie, kein Stammesverhalten mit filzigen Herrschern, sondern Freundlichkeit, Nachbarschaftlichkeit, Kooperation, Miteinander-Reden.

Bedeutsamkeit. Wir stehen nicht mehr im Wettbewerb. Es geht nicht mehr um eine Olympiade des Bedeutsamen, das in den Medien groß heraus kommt, wir legen uns nicht mehr zu Füßen der Medien, die übermorgen in der Müllverbrennungs-Anlage sind. Es geht um Sinnhaftigkeit. Dies heißt: Es soll jedem einzelnen und allen konkret ein wenig besser gehen.

Das Kiez entwickelt sich aus den vorhandenen Ressourcen. Es entdeckt sie und baut darauf auf, macht ein bißchen mehr daraus. Was immer das ist. Da ist Phantasie gefragt.

Zusammenhänge. In dieser Entwicklung können Vereine und Kirchen-Gemeinden mitspielen. In einer pluralistischen Gesellschaft öffnen sie sich und gewinnen Bedeutung nicht nur für ihre eigenen eingeschriebenen Mitglieder, sondern für alle. Ihre Möglichkeiten werden ausdrücklich für das Kiez genutzt.

Öffentlichkeit. Mit der Kiez-Bewegung bildet sich erneut Öffentlichkeit – jetzt von unten. Man merkt rasch, welche Szenerie im Kiez Menschen anzieht, wie kleine Öffentlichkeiten entstehen, wo man stehen bleibt und sei es nur für einen Augenblick. Wo sich Kinder und Jugendliche treffen. Wo alte Leute miteinander reden. Straßen und Plätze bilden mehr Atmosphäre des Öffentlichen. Oft genügt weniges, um dies herauszuarbeiten.

Geschichten. Wir sammeln Geschichten und regen sie an. Geschichten von den Leuten (wie in Eisenheim), von Kindern, von Literaten. Vielleicht kriegen wir es dann hin, daß auch in Verwaltung und Politik Geschichten entstehen. Wer in solcher Weise wahrnehmen kann,

lernt das „Anderssein des anderen“ (Adorno) zu sehen und zu schätzen – als Teil der eigenen Stadt.

Kiez-Berater. Die Kiez-Berater im Rathaus bilden sich aus, für solche Impulse sensibel zu werden. Sie machen sich aber nicht mehr selbständig wie früher, sondern versuchen, in Kontakt mit den Menschen zu bleiben, sie nicht zu bevormunden, ihnen nicht das abzunehmen, was die Leute selbst machen können.

Investoren ? Genau an dieser Stelle endet der würdelose Wettlauf des Gierens um Investoren. Wir brauchen sie nicht. Wenn sie doch kommen, sind wir äußerst vorsichtig. Wir prüfen, ob sie sich einfügen oder zerstören. Wir wollen keine neuen Opfer von Geschäfts-Modellen sein. Die Priorität in der Stadt haben die Lebens-Qualitäten. Nicht das Große, sondern die Fülle des konkreten Kleinen.

Außen-Bezüge. Wenn man von uns spricht, dann soll man sagen: Duisburg macht nichts Spektakuläres mehr, es hat die Nase voll vom mißlungenen Unsinn, von den selbst aufgebauten Wänden, vor die das Rathaus gelaufen ist. Duisburg hat einen Neuanfang gemacht: mit einer anderen Weise, an seine Stadt zu denken, mit den Menschen und der Stadt umzugehen, aus sich etwas zu machen, mit dem, was man hat.

Die Vision heißt: Menschlichkeit und Miteinander. Wir machen daraus kein Marketing, sondern wir zeigen es, wenn jemand kommt, es sehen und erleben will. Wir heißen Gäste willkommen und integrieren sie. Wir fragen sie auch aus über ihre Erfahrungen. Dies sind unsere Außen-Bezüge. Wir versuchen uns nicht mehr als Clowns im Jahrmarkt der Eitelkeiten und in der Vergeblichkeit.

Entdecken und animieren. Ein Verwalter oder Politiker soll unablässig die Ressourcen der Bürgerschaft entdecken. Und dazu ermuntern, dass kleine und größere Gruppen Beiträge zur Stadt entwickeln. Daß sie kleine Arbeitsgruppen. Erarbeiten und umsetzen. „Tue Gutes und rede darüber“. Die Aufgabe kann auch darin bestehen, dies kommunizierbar zu machen. Das ist mit heutigen Mitteln relativ leicht. Man muß viele Themen darstellen, die man nie oder sehr selten in den Medien hat.

Es gibt einen weiten Bereich, der kein Geld kostet. Man kann in jeder Stadt viele Straßen zu Sackgassen machen. Dadurch werden wichtige Lebens-Qualitäten geschaffen: Ruhe, Gefahrlosigkeit, die Straße wird zum Platz, Kinder können hier spielen, man kann Feste feiern. Nachbarschaft. Identität.

In einem hölzernen Gartenhaus kann man Spiel-Geräte aufbewahren.

Es kann den Adoptiv-Großvater geben. Den Geschichten-Erzähler.

Ein Schauspieler zeigt Bewohnern, wie man spannend vorliest. So entsteht eine Lese- und Erzähl-Kultur.

Wir können die öffentlichen Plätze mehr und qualitativer bevölkern. Es werden Tage ausgerufen, wo Menschen gebeten werden, diese Plätze zu beleben: an mitgebrachten Tischen zu essen und zu trinken.

Bewohnern und Gruppen können wir ein Stück des öffentlichen Raumes zum Gebrauch und zur Pflege übergeben. Auch um eine solche kleine Fläche in Besitz zu nehmen, darauf etwas auszustellen, sie zum Treffpunkt zu machen.

Arme Leute sollen öffentliches Land als Garten-Parzelle erhalten.

Man kann Wege entdecken, sie gestalten und ins Bewußtsein rücken. Beispiel: Den Weg vom Bahnhof zur Universität attraktiv und anregend machen. Nicht mit neuen Gebäuden, die teuer sind, sondern mit anregenden Zeichen.

Verfallene Stadtbereiche können von Studenten, die Quartiere suchen, wieder anziehend gemacht werden. Als Studenten-Viertel. Dies ist eine Attraktivität, die so gut wie nichts kostet, aber sehr wirksam ist. Wenn man mit Häusern jenseits klischierter Vorstellungen umgeht, gibt es kein Haus, mit dem man nichts mehr anfangen könnte.

Wir entdecken den Charme von Orten und arbeiten ihn heraus. Wir regen Literaten an, darüber zu schreiben. Ihre Texte kann man an Wänden anschlagen.

Die Ganztags-Schule ist eine Herausforderung: nachmittags Kinder und Jugendliche nicht zu verwahren, sondern zu bilden. Womit ist dies besser möglich als mit der Erfahrung einer lebendigen Stadt. Mit dem Potenzial dieser Mädchen und Jungen lässt sich vieles konkret entwickeln.

Schulen werden als Treffpunkte in Stadt-Vierteln zur Verfügung gestellt. Mit mancherlei Requisiten. Dies kann kleinen Theater-Gruppen dienen.

Wir stellen die Jugend-Arbeit von Sportvereinen und anderen Gruppen dar. Dabei können sie sich kulturell entwickeln. .

Dimensionen. Funktionen müssen stimmen – das ist wichtig. Aber man darf sich nicht darauf beschränken. Der Altmeister des poetischen Films, Tonino Guerra, sagte uns: „Ihr Deutsche seid in euren Städten Weltmeister im Hinblick auf die Funktionen. Aber eure Städte sind kalt. Sie haben wenig Spiritualität.“ Arbeiten wir daran !

Städte haben nie eine einzige Zeit-Schicht. Sie sind nie einzig Gegenwart. Die Mehrschichtigkeit der Zeiten macht die Stadt interessant. So wird Stadt zu einem aufgeklappten visuellen Lesebuch.

Wir können dies zusätzlich verständlich machen – durch Erklärungen.

Städte brauchen: Atmosphäre. Charme. Geist. Milieu.

Dies hat mit Unterschiedlichkeit zu tun, die man sehen und anerkennen muß.

Man muß keine Angst vor sogenannter „Überfremdung“ haben, wenn man auch mal eine Straße türkisch aussehen lässt. Zum Nachdenken: Es gibt halbe Stadtviertel, die toskanisch geprägt sind: mit den Villen aus dem 19. Jahrhundert. Dagegen hat noch niemand etwas gesagt. Freuen wir uns also auch an Türkischem !

Die Chancen der Region stammen erstens aus den Hinterlassenschaften d. h. aus dem Erbe, zweitens aus produktiven Verhaltensweisen seiner Menschen, drittens aus dem Charakter des Laboratoriums und viertens aus den Perspektiven mit ihren menschlichen Utopien.

Im „Politischen Nachtgebet“ in der Kreuzeskirche Marxloh (6. 9. 2010) fragte der Pfarrer Wilhelm Huft: „Ist Demokratie in unserer Stadt noch eine Lebensform, wie sie das Grundgesetz vorsieht, das uns große Chancen für Menschlichkeit bietet ? Oder ist Demokratie nur noch eine Fassade, hinter der sich Partikularinteressen rücksichtslos durchzusetzen versuchen ? Soll Duisburg eine Stadt werden, in der Megaereignisse das Image prägen oder soll es eine Stadt sein, in der die Kreativität von vielen Bürgern, von sozial Engagierten und Künstlern beispielsweise zum Markenzeichen der Stadt gerechnet werden.“